

Inhalt

DDR-bezogene Hochschulforschung? Vorbemerkungen	7
Die Idee der Hochschule in der DDR <i>Gertraude Buck-Bechler</i>	13
Sozialistisch behaust. Hochschulbau in der DDR <i>Peer Pasternack</i>	31
Die Universität Halle und die Franckeschen Stiftungen nach 1945 <i>Jan-Hendrik Olbertz</i>	59
Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994 <i>Peer Pasternack</i>	73
Militär- und Polizeihochschulen in der DDR <i>Anke Burkhardt</i>	109
Von Organen zu Diskussionsangebotsunterbreitern. Die geistes- und sozialwissenschaftliche Zeitschriftenlandschaft in der DDR und in Ostdeutschland nach 1989 <i>Peer Pasternack</i>	141
Erziehungswissenschaft im Transformationsprozess <i>Jan-Hendrik Olbertz</i>	181
Die Reflexion der DDR-Wissenschaftsgeschichte in den Einzeldisziplinen. Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster <i>Peer Pasternack</i>	219
Hochschulpädagogik. Hintergründe eines „Transformationsverzichts“ <i>Jan-Hendrik Olbertz</i>	239
Transformationsbegleiterin und Transformationsgegenstand. Die ostdeutsche Hochschulforschung 1990 – 2000 <i>Peer Pasternack</i>	275
Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Hochschulen. Ein Projektbericht <i>Peer Pasternack / Katja Schulze</i>	293
Die DDR-bezogenen Bestände der HoF-Bibliothek <i>Kerstin Martin</i>	307
Autorinnen & Autoren	313
Text-Provenienzen	314

DDR-bezogene Hochschulforschung?

Vorbemerkungen

HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung hat im Dezember 1996 seine Arbeit aufgenommen und betreibt seither in der programmatischen Forschungsperspektive „Qualitätsentwicklung an Hochschulen in aktorszentrierter Perspektive“ zwei Untersuchungslinien: „Qualitätsentwicklung in Lehre und Studium“ sowie „Steuerung und Selbstorganisation von Qualitätsentwicklung“. Hierzu erhebt HoF Wittenberg Daten, erarbeitet Prognosen, bietet Planungshilfen an, stellt die aufbereiteten Informationen zur Verfügung, um Reformprozesse zu stimulieren und zu begleiten. Konkret geht es in den laufenden Forschungsprojekten um Fragen wie duale Studiengangsmodele, gestufte Studienabschlüsse, den Übergang von der Hochschule in den Beruf, die regionalen Wirkungen von Hochschulgründungen, den Beitrag der Hochschulen zum lebenslangen Lernen, die Strukturreform der Hochschulmedizin, Budgetierung der Hochschulhaushalte, Steuerung und Selbstorganisation der Hochschulreform sowie Europäisierung, nationale Steuerungsmöglichkeiten der Hochschulsysteme und die Hochschulentwicklung in den osteuropäischen Transformationsstaaten. Drei Mitarbeiterinnen widmen sich überdies, gefördert durch die VW-Stiftung, dem Aufbau eines weitgreifend angelegten, netzbasierten Informations- und Dokumentationssystems Hochschulforschung.

Neben all dem hat HoF Wittenberg indessen seit seiner Gründung einen weiteren Forschungsstrang verfolgt, der anfangs nicht explizit programmatisch angelegt war, sondern sich gleichsam selbstläufig ergab. Er ergab sich zunächst daraus, dass

HoF Wittenberg in den ostdeutschen Bundesländern das einzige Institut ist, das ausschließlich Forschung über Hochschulen betreibt. Daher konnte es nicht verwundern, dass die hier versammelte spezifische Ost-Expertise über die Jahre hin immer wieder nachgefragt worden ist. Neben diesen externen ad-hoc-Anfragen waren es die in HoF Wittenberg zusammengeführten fachlich-institutionellen Herkünfte und individuelle Interessen, die den anfangs gleichsam virtuellen Forschungsstrang entstehen ließen: *DDR-bezogene Hochschulforschung*.

Die Geschichte des Instituts wurzelt in der „Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst“. Diese hatte – grundfinanziert vom Bundesbildungsministerium – von 1991 bis 1996 die Neustrukturierung des ostdeutschen Hochschulwesens analysierend und dokumentierend begleitet. Daraus war unter anderem ein 1997 veröffentlichter Abschlussband entstanden.¹ Dort lieferten die Projektgruppen-WissenschaftlerInnen in acht Einzelstudien (zu den Themen „Hochschulsystem im gesellschaftlichen Kontext“, „Strukturen der Hochschullandschaft“, „Hochschulzugang und Bildungsbeteiligung“, „Wissenschaftliches Personal“, „Wissenschaftlicher Nachwuchs“, „Lehre und Studium“, „Forschung an Hochschulen“ und „Internationale Hochschulbeziehungen“) nicht allein eine empirisch-analytische Bilanzierung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989ff. Vielmehr begannen sie jede dieser Einzelstudien mit einer ausführlichen Darstellung der Situation in der DDR, die das Ausmaß des sodann beschriebenen Wandels erst hinreichend deutlich werden lässt: Daher handelt es sich bei diesem Band auch um eine historiographische Kompaktdarstellung wesentlicher Aspekte des DDR-Hochschulwesens. Damit fanden intensive Bemühungen um die dokumentarische Sicherung des Erbes des DDR-Hochschulwesens ihren Höhepunkt und Abschluss. Die derart nachgewiesene Kompetenz führte dann aber auch in den Folgejahren – nun im institutionellen Rahmen von HoF Wittenberg – immer wieder dazu, dass entsprechende Expertise nachgefragt wurde.²

Hinzu trat, dass neben MitarbeiterInnen der Projektgruppe Hochschulforschung auch weiteres, einschlägig ausgewiesenes Personal in das 1996 gegründete Institut eingetreten war. Zwei Personen insbesondere führten eine Stärkung des virtuellen Forschungsstranges „DDR-bezogene Hochschulforschung“ herbei:

¹ Gertraude Buck-Bechler/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim 1997.

² Vgl. etwa im vorliegenden Band den Beitrag von Gertraude Buck-Bechler: Die Idee der Hochschule in der DDR.

Gründungsdirektor Jan-Hendrik Olbertz, Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Halle-Wittenberg, ist ausgewiesener Experte für das DDR-Bildungssystem und die Geschichte der DDR-Erziehungswissenschaft. Das hatte unter anderem dazu geführt, dass er in den 90er Jahren Kovorsitzender einer entsprechenden Enquete-Kommissionen der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) war³ und als Berichterstatter der Bundestags-Enquetekommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ verpflichtet wurde.⁴

Mit Peer Pasternack kam nicht nur der Verfasser und Herausgeber zahlreicher Bücher zum DDR-Hochschulsystem und zur ostdeutschen Wissenschaftstransformation der 90er Jahre in das Institut, sondern auch der Herausgeber von „hochschule ost“.⁵ Diese Zeitschrift war 1991 gegründet worden und ergänzt unterdessen im zehnten Jahrgang die überschaubare Familie hochschulforscherischer Journale in Deutschland. Damit hatte und hat HoF Wittenberg auch eine direkte personelle Beziehung zum für DDR-bezogene Hochschulforschung einschlägigen Periodikum.

Das Institut nutzte sofort den hierdurch auch gegebenen Zugang zur systematischen Bibliographierung der in diesem Themenfeld relevanten Literatur, koppelte dies mit den hauseigenen bibliothekarischen Ressourcen und nahm die Produktion der einschlägigen Bibliographie in Angriff, die dann 1999 erscheinen konnte.⁶

Inhaltlich soll unter *DDR-bezogener Hochschulforschung* zweierlei verstanden werden: einerseits die Geschichtsschreibung zum DDR-Hochschulsystem und andererseits die Analyse von Nachwirkungen der DDR auf das gesamtdeutsche Hochschulsystem.

³ Vgl. Adolf Kell/Jan-Hendrik Olbertz (Hg.): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim 1997; vgl. in diesem Zusammenhang auch im vorliegenden Band den Beitrag von Jan-Hendrik Olbertz: Hochschulpädagogik. Hintergründe eines „Transformationsverzichts“.

⁴ Vgl. im vorliegenden Band den Beitrag von Jan-Hendrik Olbertz: Erziehungswissenschaft im Transformationsprozess.

⁵ Vgl. <http://www.uni-leipzig.de/~hso>

⁶ Peer Pasternack: Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 – 1998, Weinheim 1999. Sie dokumentiert 50 Jahre ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung, soweit diese sich in Publikationen, die seit 1989/90 erschienen waren, niederschlägt. Verzeichnet sind – systematisch rubriziert und annotiert – 1.931 selbständige Titel; daneben wurden 14 Zeitschriften bibliographisch ausgewertet.

Indem auch die Nachwirkungen einbezogen werden, wird zugleich deutlich, dass es nicht allein um die Beschäftigung mit einem historischen Gegenstand geht. Nicht nur gehört damit auch die Transformation des ostdeutschen Hochschulsystems in den 90er Jahren zum Gegenstand DDR-bezogener Hochschulforschung; ebenso werden auch die durchaus vielfältigen aktuellen Herausforderungen, die in diesem Zusammenhang entstehen, integriert. So ist eine Mitarbeiterin des Instituts Konsultantin der Kultusministerkonferenz und des Bundesbildungsministeriums für die teils diffizilen Fragen der Anerkennung von Studienabschlüssen der DDR-Militär- und Parteihochschulen.⁷ Ein anderes Beispiel ist das Projekt „Die DDR in der Lehre an deutschen Hochschulen“, das von HoF Wittenberg im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur realisiert wird.⁸ Ebenso läuft am Institut ein historiographisches Projekt mit Gegenwartsbezug in gänzlich anderer Hinsicht: In Vorbereitung des 500jährigen Jubiläums der Wittenberger Universitätsgründung 2002 wird untersucht, welche lokalen Anknüpfungspunkte für die Wiederbelebung akademischen Lebens in Wittenberg die Stadtgeschichte zwischen 1817 – dem Jahr der Aufhebung der Universität – und 1994 – dem Jahr der Gründung der Universitätsstiftung Leucorea – bereithält.⁹

Die im vorliegenden Band zusammengeführten, thematisch weitgefächerten Studien waren bislang teils verstreut veröffentlicht, teils nur in Gestalt von Projektberichten oder als Manuskripte verfügbar. Im Untertitel nennt sich der Band eine *Eröffnungsbilanz*. Damit soll ausgedrückt werden, dass es um eine Bestandsaufnahme an einem Startpunkt geht: an einem Punkt, bis zu dem die DDR-bezogene Hochschulforschung bei HoF Wittenberg zwar noch kein mit forschungsprogrammatischer Systematik bearbeitetes Feld gewesen ist, von dem aus jedoch eine systematischer als bisher grundierte Bearbeitung dieses Feldes stattfinden soll.

Letzteres bietet sich nicht zuletzt deshalb an, weil HoF Wittenberg auch über eine besondere Bibliothekssammlung verfügt. Durch Übernahme des Bestands des früheren DDR-Zentralinstituts für Hochschulbildung (ZHB) mit Sitz in (Ost-)Berlin hatte eine Schrifttumssammlung gesichert werden können, die in dieser Art einmalig ist. Sie umfasst mehrere Tausend Titel (ab 1980 in einer Datenbank erfasst,

⁷ Vgl. im vorliegenden Band den Beitrag von Anke Burkhardt: Militär- und Polizeihochschulen in der DDR.

⁸ Vgl. im vorliegenden Band den Beitrag von Peer Pasternack/Katja Schulze: Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Hochschulen.

⁹ Vgl. im vorliegenden Band den Beitrag von Peer Pasternack: Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994.

für die Zeit davor über Zettelkataloge erschlossen).¹⁰ Von besonderem zeithistorischen Interesse können in diesem Zusammenhang bspw. die Sammlung der Studien- und Lehrprogramme der DDR und die große Anzahl nichtbuchhändlerischer Literatur (Forschungsberichte, Studien, unveröffentlichte Materialien u.ä.) sein.

Diese Bestände nicht allein vorzuhalten, sondern sie auch zu bearbeiten, soll – entsprechende erfolgreiche Mitteleinwerbungen vorausgesetzt – verstetigter Bestandteil der künftigen Arbeit des Instituts werden. Worauf dabei aufgebaut werden kann, soll dieser Band – als Bestandteil der Bilanzierung der ersten fünf Jahre HoF-Tätigkeit – dokumentieren.

Wittenberg, im Januar 2001

Peer Pasternack

¹⁰ Vgl. im vorliegenden Band den Beitrag von Kerstin Martin: Die DDR-bezogenen Bestände der HoF-Bibliothek.

Die Idee der Hochschule in der DDR

Gertraude Buck-Bechler

Die Leistungsfähigkeit eines Hochschulsystems erschließt sich – so möchte man auf den ersten Blick meinen – über seine Strukturen. Insofern dürften neuerlich zu beginnende Untersuchungen zu Strukturen des DDR-Hochschulsystems kaum noch zu wesentlich anderen als bekannten Erkenntnissen führen, geht man davon aus, dass sich in den vergangenen 10 Jahren eine ganze Reihe von Publikationen mit diesem Themenbereich beschäftigt hat.¹

Allerdings fällt beim Vergleich der Publikationen auf, dass die Wertung von Leistungen des Hochschulsystems in der DDR recht unterschiedlich vorgenommen wird – wobei im Verlauf der bisher vergangenen 10 Jahre nach dem gesellschaftlichen Umbruch eine deutliche Tendenz von ursprünglich teilweise sehr pauschaler negativer Bewertung zu später differenzierterer Bewertung zu erkennen ist. Für diesen Fakt lassen sich verschiedene Erklärungen finden; auf eine, aus Sicht der Autorin die Problematik sehr unmittelbar treffende soll in dieser Darstellung aufmerksam gemacht werden.

Dabei wird von folgender These ausgegangen: Während Hochschulstrukturen ganz allgemein nur das Ordnungsgefüge des sozialen Gebildes Hochschule in Gestalt einzelner Akteure und Gruppen ergeben, erhalten die Aufgaben eines Hochschulsystems erst durch die der Organisation zugrunde liegenden *Zwecke* ihr eigentliches Gepräge. Nicht in den Strukturen, sondern in diesen Zwecken muss sich das Selbstverständnis der Institution Hochschule manifestieren; aus ihnen bezieht sie ihre Identität. Um also verstehen zu können, warum bestimmte Strukturen diese und jene Leistungsmöglichkeiten eröffnen, diese und jene Bedingungen für Bildungs- und Wissenschaftsprozesse setzen, ist es notwendig, ihre Zwecksetzung

¹ Vgl. u.a. Wissenschaftsrat (1992); Schluchter (1994); Buck-Bechler et al.(1997); Söllner et al. (1998); Pasternack (1999).

ausfindig zu machen. Dieses Anliegen ist bisherigen Untersuchungen zum DDR-Hochschulsystem nur eher mittelbar zu entnehmen.

Eine ausschlaggebende Ursache dafür dürfte sein, dass historisch konkrete Zwecke für die Organisation Hochschule selten so explizit zu finden sind, wie ihre Strukturen Gestalt annehmen. Im Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um die Organisation Hochschule, die sich vor allem aus politisch-ideologischen, ökonomischen, wissenschafts- und bildungstheoretischen sowie kulturhistorischen Motiven speisen, entwickelt sich eher eine Gemengelage von Zwecken als eindeutig belegbare Zielsetzungen. Die systeminternen und -externen Gruppierungen in diesen Prozessen des Interessenkonflikts und der mehr oder weniger gelungenen Konsensbildung zwischen widersprüchlichen Interessenlagen sind um so vielfältiger, je stärker die Organisation Hochschule in das gesellschaftliche Ganze integriert ist, was spätestens in modernen Gesellschaften mit der als öffentliche Körperschaft verfassten Hochschule zu einem vielfältigen Geflecht von Interessen- und Funktionsbezügen führt. Zur Erhellung von Zweckbestimmungen lassen sich mindestens drei Erklärungsmuster heranziehen:

- kulturkreisspezifische universitäre Traditionen (etwa die Humboldt'sche Universitätsreform in Deutschland)
- funktionale Beziehungen des Hochschulsystems im gesellschaftlichen Kontextsystem (dazu zählen mindestens Qualifizierungs- und Bildungsfunktion, soziale Selektions- und Integrationsfunktion, Wissenschafts- und Infrastrukturfunktion, staatliche Legitimationsfunktion und Selbsterhaltungsfunktion²), die die Aufgaben der Hochschulen sowohl gegenüber anderen gesellschaftlichen Teilsystemen als auch im Interesse des eigenen Fortbestehens markieren
- staatliche und politische Programme, die Schwerpunkte in den Funktionsbezügen setzen und damit bei Hochschulen in öffentlicher Trägerschaft in besonderer Weise das Verhältnis von Selbststeuerung und Fremdsteuerung, von Hochschule und Staat charakterisieren.

Allein diese Aufzählung lässt bereits erkennen, dass sich die Zwecke eines Hochschulsystems nicht eindeutig aus bestimmten Interessenlagen ableiten lassen, und sie macht teilweise erklärbar, warum in der Hochschulpraxis neben präzisen Ausformulierungen von Zwecken ebenso sehr verschwommene Leitideen für das Handeln der Akteure in ihrer Organisation zu finden sind.³

² Vgl. Pöllauer (1997); Franke (1999).

³ Dass dieser Umstand u.a. auch dazu führt, dass Akteure in den Hochschulen auf dieser Basis nur sehr schwer ein korporatives Bewusstsein entwickeln können, sei hier nur am Rande erwähnt. Eine ausführlichere Erörterung würde vom eigentlichen Gegenstand dieser Darstellung ablenken.

Deshalb scheint der im Zusammenhang mit dem deutschen Universitätsmodell immer wieder auftauchende *Idee*-Begriff nach Ansicht der Autorin noch am ehesten geeignet zu sein, die oftmals anzutreffende Gemengelage von klar formulierten Zwecken, erklärten Absichten und gewollten Visionen für ein historisch konkretes Hochschulsystem begrifflich zu umfassen.

Im folgenden wird daher der Versuch unternommen, die Idee des Hochschulsystems der DDR als eine solche besondere Gemengelage zu charakterisieren und so für Wertungen der Leistungsfähigkeit dieses Hochschulsystems einen gesamtheitlichen, vielleicht auch besser objektivierbaren Orientierungshintergrund zu schaffen. Dies könnte helfen, Einschätzungen bekannter Leistungen stärker in Bezüge zu Absichten und Zwecken des Gesamtsystems zu stellen.

Für die Beschreibung der Idee des DDR-Hochschulsystems werden die o.g. drei Erklärungsmuster herangezogen. Sie reichen aber dafür nicht aus. Zusätzlich und diesen drei Erklärungsmustern gewissermaßen übergeordnet muss die für den Staatssozialismus in der DDR typische weltanschauliche Einbettung und ideologische Dogmatisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und Prozesse kommentiert werden.

1. *Die Gemengelage der Idee des DDR-Hochschulsystems erhielt ihre Grundprägung aus dem Verständnis von Interessenausgleich und Konsens auf der Grundlage marxistischer Weltanschauung und dogmatischer Interpretation im Staatssozialismus der DDR.*

Wenn oben festgestellt wurde, dass die Institution Hochschule als gesellschaftliches Teilsystem einem vielfältigen Geflecht von Interessen und Funktionsbezügen unterliegt, aus dem Zweckbestimmungen im Diskurs hervorgehen, so muss man sagen, dass in der DDR die „Philosophie“ für gesellschaftliche Prozesse, darin die Idee für das Hochschulsystem eingeschlossen, nur bedingt das Ergebnis von Konsenssuche im Sinne etwa „europäischer Aufklärung“ war, sondern vor allem Ergebnis von Verständigung im Korsett einer ‚einzig wahren‘ Weltanschauung zur Beschreibung von (Natur und) Gesellschaft, des Marxismus-Leninismus.

Diese Weltanschauung steht zwar nicht vordergründig in Distanz zu Forderungen europäischer Aufklärung. Auch sie stützt sich auf Grundsätze der Art, dass Aussagen über die Welt mit Hilfe überprüfbarer Argumente rational zu begründen und dass nach demokratischem Prinzip in der Argumentation zu Fragen von Wahrheit und Gerechtigkeit die von allen Beteiligten und Betroffenen geäußerten Gründe zur Geltung zu bringen sind. Aber diese Weltanschauung orientiert vor allem darauf, dass Diskurs mit dem Ziel der Verständigung (vgl. Habermas 1984) nicht unter der alleinigen Norm zu führen sei, Verständigung zu erreichen, sondern vor

allem Verständigung unter den Normen der sich als ‚in sich geschlossen‘ verstehenden Weltanschauung. Zu diesen Normen zählen insbesondere Klassencharakter, offene Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit (Kosing 1985).

Mit dem Absolutheitsanspruch, nur auf dieser Grundlage gesellschaftliche Prozesse wirklich erkennen zu können, waren in der DDR schon oft benannte, nicht zu hinterfragende Normierungen des Denkens und Handelns verbunden, und zwar besonders hinsichtlich des Wahrheitskriteriums (‚gesellschaftliche Praxis als letzte Wahrheitsinstanz‘), des Freiheitsverständnisses (‚Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit‘) und des Demokratieverständnisses (‚Demokratie als wirkliche Herrschaft des Volkes unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse‘).

Zusätzlich erhielt die sozialistischen Gesellschaftsstrukturen eigene weltanschauliche Formung des Arbeitens und Lebens in der DDR eine Umklammerung durch abstrakte Dogmen des Staatssozialismus: Diese beschworen aus ‚zwanghafter Harmonisierung‘ im Grundsätzlichen Interessenübereinstimmung zwischen Gesellschaft und Individuen; damit täuschten sie einen ohne Diskurs zu Stande gekommenen Konsens gleichsam vor und ließen in statischer Auslegung marxistisch-weltanschaulicher Positionen eine ‚nach vorn offene‘ Persönlichkeitsentwicklung und damit auch Gesellschaftsentwicklung nicht zu.

Beides, weltanschauliche Gebundenheit und staatspolitische Dogmatisierung, haben zur Entfremdung des Hochschulsystems in der DDR von einem wissenschaftlichen Selbstverständnis in europäischer Tradition geführt, kritische Instanz der Aufklärung in der Gesellschaft ohne Einschränkung zu sein. (Diese Entfremdung zu erkennen, ist für so manche Akteure im DDR-Hochschulwesen ein langer und teilweise auch schmerzvoller Prozess gewesen, weil sie sich über eine lange Zeit durchaus absichtsvoll zu Normen marxistischer Weltanschauung als soziale Grundwerte einer neuen und erhofft sozialeren Gesellschaftsordnung hingezogen fühlten).

Aus dieser weltanschaulichen und staatspolitischen Umklammerung heraus hat sich die Idee des Hochschulsystems der DDR vor allem als *Zwecksetzung* ‚von oben‘ (der Staat als das Machtinstrument der Partei der Arbeiterklasse, der ‚Interessenvertreterin des werktätigen Volkes‘) entwickelt (‚was der Parteilinie nützt, ist auch dem einzelnen dienlich‘). Pluralistische Konzepte, demokratische Selbstfindung und darauf aufbauende Konsensbildung mit vielleicht auch neuen Einsichten entsprachen nicht der Partei- und Staatsräson. Hierin wurden nicht nur Gefahren unkontrollierbarer Eigendynamik vermutet, sondern vor allem das In-Frage-Stellen der ideologischen These von der grundsätzlichen Planbarkeit und Beeinflussbarkeit von gesellschaftlichen und individuellen Entwicklungsprozessen, was nach Partei-

Lesart das Vertrauen in die immer wieder bekundete gesellschaftliche Verantwortung für den einzelnen hätte erschüttern können.

Vertrauen darauf, dass eine neue, bessere Gesellschaft aller Ziel ist, und Hilflosigkeit darüber, wie wenig akzeptabel die Wege dahin oftmals sind, mögen zugleich auch wesentliche Gründe mit dafür gewesen sein, dass Lehrende und Studierende mehrheitlich die weitgehend fremdbestimmte Zwecksetzung ihrer Organisation Hochschule zum Teil angenommen oder sich auch nur mit ihr arrangiert und sie dann im vorgegebenen Rahmen durch Engagement und Charisma mit geprägt haben (vgl. u.a. Buck-Bechler 1994, 28).

Dass sich auf diese Weise eine in sich sehr *widersprüchliche* Gemengelage als Idee des Hochschulsystems in der DDR manifestiert hat („von oben“ beabsichtigt, „von unten“ interpretiert und mit Leben erfüllt), soll nach dem genannten Erklärungsmuster im folgenden ausschnittsweise veranschaulicht werden.

2.1. Traditionspflege:

Hochschule war auch in der DDR der Tradition der deutschen Universität von Humboldt, Schleiermacher und Fichte – weltanschaulich zurechtgebogen – verpflichtet.

Grundprinzipien des Arbeitens an Hochschulen in Humboldt'scher Tradition sind in der DDR nicht nur vielfach programmatisch gefordert,⁴ sondern durch Strukturen auch gesichert worden – insbesondere Einheit von Lehre und Forschung in der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden. Belege dafür sind u.a., dass

- an allen Hochschulen gelehrt *und* geforscht wurde, weil Forschung als unverzichtbare Grundlage eines hohen Niveaus der Aus- und Weiterbildung und als Quelle des wissenschaftlich-technischen Fortschritts galt. Diese strikte Verankerung von Lehre und Forschung an Hochschulen bestand auch dort, wo zunächst politische Programme für Hochschulen vorrangig eine Ausbildungsfunktion vorsahen, wie etwa bei der Neugründung der Ingenieurhochschulen zu Beginn der 70er Jahre geschehen. Das Selbstverständnis der Hochschullehrer an diesen Hochschulen schloss Forschung in ihr Aufgabengebiet mit ein, so dass sich politische Programme nicht immer – wie an diesem Beispiel zu sehen – in allen Punkten realisieren ließen. Übrigens hat dieses Selbstverständnis von Hochschullehrern in der DDR hinsichtlich der Verbindung von Lehre und For-

⁴ Aus Sicht von Partei und Staat lagen im wissenschaftlich-technischen Fortschritt (bei unterschiedlich parteipolitisch geprägten Sprachformulierungen) entscheidende Schubkräfte für das angestrebte Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell (gleich welcher korrigierten Variante).

schung nach 1989 dazu beigetragen, dass bei der Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern der Forschungsbezug von vornherein (und im Unterschied zu den alten Bundesländern) in die Aufgabendefinition dieses Hochschultyps integriert worden ist;

- vielfältige Formen selbständiger wissenschaftlicher Tätigkeit für Studierende vorgesehen waren, entweder unmittelbar als obligatorische Studienbestandteile verankert (Forschungsbelege, Forschungspraktika) oder studienbegleitend ausgetragen als Fachwettstreite, Erfinderwettbewerbe und zentrale Leistungsschauen für Studenten und junge Wissenschaftler, um nicht nur das Aufnehmen von Wissenschaft anzuregen, sondern auch in die Arbeit mit Wissenschaft einzuführen (hier lassen sich bestimmte Parallelen zur Humboldt'schen Vision von Bildung durch Wissenschaft nicht von der Hand weisen). Die Betreuung der Studierenden durch Lehrende war dabei nicht nur quantitativ gut gelöst, sondern wurde auch von ihnen als Bestandteil ihrer Rolle weitgehend akzeptiert und entsprechend verwirklicht. Im Unterschied dazu war die Einstellung der Studierenden zu selbständiger wissenschaftlicher Tätigkeit weitaus zurückhaltender. Sich wissenschaftlich mit Fachfragen auseinander zu setzen und an der Forschung teilzunehmen, wurde von einer Mehrheit der Studierenden nicht als Funktion des Studiums und nicht als erstrebenswert betrachtet. Dafür gab es eine ganze Reihe von Gründen. Neben einer starken quantitativen Belastung durch Stofffülle in einer vorgeschriebenen Studienzeit waren es eben auch die politisch-ideologischen Restriktionen, die den Freiraum für das Ausloten des eigenen kreativen wissenschaftlichen Leistungsvermögens stark einschränkten und ihn dadurch nicht attraktiv genug machten.⁵

Ein gleichfalls tragendes Prinzip der Humboldt'schen Universitätsidee, und zwar Lehre und Forschung in Einsamkeit und Freiheit, hat keine ausdrückliche Benennung in der Idee von Hochschule in der DDR gefunden. Diese Feststellung kann auf Grund der beschriebenen weltanschaulichen Gebundenheit des Hochschulsystems im Grundsätzlichen nicht verwundern. Allerdings kann sie auch nicht ohne weiteres Anlass dafür sein, Forschung, Lehre und Studium in der DDR einfach nur mit der Negation des entsprechenden Humboldt'schen Prinzips zu belegen. Der Sachverhalt ist widersprüchlicher, als er in einfacher Schwarz-Weiß-Malerei zum Ausdruck gebracht werden könnte. In der Idee des Hochschulsystems in der DDR war ein bestimmter Sinngehalt von Freiheit durchaus impliziter Bestandteil, und zwar mindestens in folgenden Bedeutungszusammenhängen:

⁵ Näher dazu Buck-Bechler et al. (1997, 496).

- Lehrende und Studierende sollten frei von aufgabensichernden finanziellen Belastungen ihren Tätigkeiten an der Hochschule nachgehen können. Das bedeutete staatliche Finanzierung von Lehre und Forschung, unbefristete Arbeitsverhältnisse (von wenigen Ausnahmen abgesehen) und ein System elternunabhängiger, nicht rückzahlpflichtiger Stipendien. Der Staat nahm sich in die Verantwortung für das Bereitstellen der Ressourcen⁶ (mindestens mit diesem Aspekt ist eine Parallele zum hier in Rede stehenden Humboldt'schen Prinzip gegeben), erwartete aber nach DDR-, 'Philosophie' auch, dass die Akteure an Hochschulen ihre Aufgaben als gesellschaftlichen Auftrag ansehen sollten, über dessen Erfüllung sie rechenschaftspflichtig waren, um Planvorgaben einzuhalten und Fehlinvestitionen zu vermeiden.
- Lehrende hatten die Möglichkeit, demokratische 'Mitbestimmung' bei der Erarbeitung von staatlichen Rahmenplänen in Lehre und Forschung auszuüben und waren weitgehend autonom im inhaltlichen Ausfüllen dieser Pläne, sofern sie nicht Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit in ihrer weltanschaulichen Gebundenheit zuwiderliefen. Studierende dagegen waren an eine straffe inhaltliche Reglementierung (mit sehr eingeschränkten Wahlmöglichkeiten) ihres Studiums gebunden, die eine zügige Absolvierung des Studiums sichern sollte, was nun wiederum nicht nur im Interesse des Staates lag, sondern auch von den Studierenden beabsichtigt wurde.
- Viele weitere staatliche und parteipolitische Reglementierungen akademischer Selbstverwaltung (von Direktiven für die Verwendung von Fonds und den Ablauf des Studienjahres bis zu Reisebeschränkungen und Publikationsverboten) sollten von den Akteuren im Sinne von 'Einsicht in gesellschaftliche Notwendigkeiten', also als Ausdruck gesellschaftlicher Bewusstheit, freiwillig akzeptiert werden. Obwohl solche Restriktionen von Lehrenden wie von Studierenden als sehr belastend empfunden worden sind und geforderte Einsicht oftmals nur rhetorisch bedient wurde, hat sich die Mehrheit auch damit auf ihre Weise arrangiert. Wer die 'Nische' Hochschule erreicht hatte, erfreute sich eben doch im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Bereichen einer gewissen Freizügigkeit und wollte dieses, wenn auch kleine Privileg nicht aufs Spiel setzen.

⁶ Diese grundsätzliche staatliche Verantwortung ist durch den latenten Mangel an Investitionen in den späteren Jahren der DDR und durch zunehmende generelle Knappheit an materiellen Ressourcen in allen gesellschaftlichen Bereichen, so auch im Hochschulwesen, nicht in Frage gestellt, wohl aber konterkariert worden.

2.2. Funktionsverantwortung:

Dominiert wurde die Idee des DDR-Hochschulsystems allerdings durch seine funktionalen Bezüge im gesellschaftlichen Kontextsystem, für die vor allem die Reproduktionsprobleme der Gesellschaft Ausgangspunkt waren.

Die ideologisch geprägte Vision von der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft als ‚umfassendes gesellschaftliches System‘ wies von Anfang an dem Hochschulsystem in der DDR einen festen Platz im Kontext der anderen gesellschaftlichen Teilsysteme⁷ und damit im zentralstaatlichen System der Planung, Lenkung und Leitung zu. Aus der erwarteten ‚Dienstleistung für die Gesellschaft‘ heraus wurde die Hochschule instrumentalisiert, nahm die Idee des Hochschulsystems in der DDR expressis verbis Gestalt an. Die Skala gesellschaftlicher Funktionsbereiche war groß (also die Dienstleistungserwartung hoch); aber nicht immer haben alle Funktionsbereiche den gleichen Stellenwert gehabt, was zu bestimmten Ideenüncierungen im Laufe von 40 Jahren geführt hat. Die Funktionsbereiche lassen sich begrifflich mit gebräuchlichen Termini beschreiben, wobei die einzelnen Bereiche nicht überschneidungsfrei voneinander abzugrenzen sind. Für folgende gesellschaftliche Funktionen sollte das Hochschulsystem der DDR Verantwortung übernehmen:

- *Ausbildungs-(Qualifizierungs-)funktion* zur Sicherung der für alle gesellschaftlichen Bereiche erforderlichen Fachkräfte (im Sinne der notwendigen ‚Produktivkraftentwicklung‘);
- *Wissenschaftsfunktion* im Sinne von Erkenntniserweiterung (als notwendige Voraussetzung für ‚wissenschaftlich-technischen und gesellschaftlichen Fortschritt‘) und von kultureller Sachwahrung;
- *staatspolitische* (ideologische) *Funktion* für Transparenz von ‚marxistisch-leninistischer‘ Ideologie, für das Bearbeiten gesellschaftlicher Probleme und für das ‚Vorleben‘ sozialistischer Verhaltensweisen;
- *Sozialisationsfunktion* zur gesellschaftlichen Integration der Heranwachsenden durch wissenschaftliche Bildung und kommunistische Erziehung;
- *Reproduktionsfunktion* nicht nur für Berufsgruppen, sondern auch für Sozialstrukturen und Statusverteilung und damit für Machtstrukturen im Sinne einer ‚Volksdemokratie‘;

⁷ Dass sich damit in der DDR eine Entwicklung vollzogen hat, die allgemein für entwickelte Industrieländer konstatiert wird, weil sich Hochschule im Zuge einer ‚Verwissenschaftlichung der Gesellschaft‘ einer komplementär dazu verlaufenden ‚Vergesellschaftung‘ auf Dauer nicht entziehen kann (Scholz 1993), sei hier am Rande vermerkt.

- *Selbsterhaltungsfunktion* zur Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit des eigenen Systems durch ein zentral vorgegebenes Maß an akademischer Selbstverwaltung und durch gezielte Nachwuchsentwicklung;
- *Standortfunktion* zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des regionalen Umfeldes der Hochschule;
- *Substitutionsfunktion* als Übernahme insbesondere von Erziehungsfunktionen, die andere gesellschaftliche Bereiche nicht (mehr) leisten konnten.

Die kurzen Erläuterungen zu den einzelnen Funktionsbereichen lassen schon erkennen, dass Hochschule in der DDR nicht vorrangig aus einer systemimmanenten Verantwortung für das Wissenschaftssystem einerseits und aus einer Verantwortung für die Individualentwicklung von Bildungssuchenden andererseits wirksam werden sollte, sondern in erster Linie aus ökonomischen und staatspolitischen Erwägungen heraus, in die erstgenannte Verantwortungsbereiche – durchaus nicht abwertend – integriert worden sind.

2.3. Programmauftrag:

Staatspolitische Programme haben in der DDR die Akzente im Ideengehalt der Funktionen gesetzt, wobei damit nicht nur staatlich notwendige Steuerung im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Erfordernisse gesichert, sondern vor allem auch ideologische Bevormundung und politische Überwachung ausgeübt werden sollten.

Diese doppelte Zielrichtung staatspolitischer Programme ist in der Idee des DDR-Hochschulsystems deshalb besonders zu betonen, weil nicht Vorgaben nur allein dadurch, dass sie vom Staat kamen, zu Verwerfungen in den Aufgaben des DDR-Hochschulsystems geführt haben, sondern dadurch, dass nicht wenige Vorgaben mit ideologischer Indoktrination verbunden waren. Hierin verwirklichte sich in besonderer Weise die ‚führende Rolle der Partei‘ für die Lenkung der Tätigkeit des Staates. Sie betraf sowohl die wissenschaftlich-berufsbezogene als auch die pädagogisch-didaktische wie die soziale Dimension der Leistungsprozesse an Hochschulen. Zu den wesentlichen Akzentsetzungen durch staatspolitische Programme gehörten:

- bedarfsorientierte Planung der Hochschulleistungen in Aus- und Weiterbildung, in Forschung und in Nachwuchsentwicklung nach volkswirtschaftlichen Erfordernissen, eingebunden in das staatliche System zentraler Planung aller gesellschaftlichen Aufgaben;
- kontinuierliche Einflussnahme auf die Persönlichkeitsentwicklung von Heranwachsenden vom Kindergarten bis zum Berufseinstieg durch Integration des Hochschulsystems in ein einheitliches sozialistisches Bildungssystem;

- bedingungslose Orientierung am Marxismus-Leninismus als ‚einzig wahrer‘ Weltanschauung und Gesellschaftstheorie;
- Thematisierung von theoretischen Erkenntnissen zur Persönlichkeitsentwicklung im allgemeinen und zur Persönlichkeitsentwicklung unter sozialistischen Bedingungen im besonderen als Prinzipien der Lehr- und Studiengestaltung: eigenverantwortliche, selbständige Tätigkeit als Voraussetzung für Persönlichkeitsentwicklung; Verbindung von pädagogischer Führung und studentischer Selbständigkeit, von Theorie und Praxis und von Erziehung und Selbsterziehung im Kollektiv sowie lebenslanges Lernen als Charakteristika dieser Tätigkeit;
- Steuerung des Zugangs zu den Hochschulen nach leistungsmäßigen, staatsbürgerlichen und sozialen Kriterien im einheitlichen Bildungssystem;
- akademische Selbstverwaltung nach dem Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus‘.

Selbst diese Aufzählung wesentlicher Akzentsetzungen in der Idee des Hochschulsystems der DDR durch staatspolitische Programme legt nicht ohne weiteres offen dar, wo die Idee lediglich sozialistischen Idealen verpflichtet war, wie u.a. Gewährleistung sozialer Sicherheit und Chancengleichheit, bildungsmäßige Emanzipation für alle oder Förderung der Leistungsvoraussetzungen jedes einzelnen, und wo in ihr viel mehr politische Infiltration und Überwachung angesiedelt waren, die zur Pervertierung und Degeneration selbst der Ideale geführt haben. Auch hierin widerspiegelt sich die bereits mehrfach erwähnte Widersprüchlichkeit in der Gemengelage für die Idee der Hochschule in der DDR. Neben jenen mit dem Anliegen von Wissenschaft nicht zu vereinbarenden Absichten und Zwecken waren eben auch solche in ihr zu finden, die noch heute ohne weiteres als moderne Zwecksetzung von Hochschule bezeichnet werden können (etwa die Verbindung von Theorie und Praxis, das Prinzip lebenslangen Lernens, die Förderung von Begabungen u.a.m.).

Diese Widersprüchlichkeit soll noch einmal beispielhaft an der Konturierung der o.g. Funktionsbereiche durch staatspolitische Programme gezeigt werden.

Die *Ausbildungsfunktion* hatte sich an der Kopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem und an der Studierbarkeit des Angebots zu orientieren. Um *bedarfsorientiert aus- und weiterbilden* zu können, mussten einerseits

- ein Ausbauprogramm für Hochschulen und für das Netz der Hochschulen realisiert werden, das bereits in den 70er Jahren zu einer Verdopplung der Aufnahmekapazität im Vergleich zum Nachkriegsstand führte;
- mindestens auch Differenzierungen in den Bildungswegen und in den Abschlüssen gewährleistet werden. Als Differenzierung in den Bildungswegen wurden eine gewisse Durchlässigkeit im tertiären Bildungsbereich praktiziert und von den Hochschulen verschiedene Studienformen (grundständig, postgradual; Präsenz-, Fern- und Abendstudium) angeboten. Differenzierte

Abschlüsse konnten durch die im tertiären Bildungsbereich angesiedelte Hochschulbildung und Fachschulbildung erlangt werden. (Hingegen hat sich die von Partei- und Staatsführung erwartete und zeitweilig praktizierte Stufung von Abschlüssen an Hochschulen nicht längerfristig etabliert, vgl. Buck-Bechler et al. 1997, 55).

Andererseits musste der Bedarf prognostiziert und gesteuert werden. Dabei machte auch die DDR die Erfahrung, dass sich Arbeitskräfteprognosen in ihrer Aussage nur bedingt als verlässlich erweisen und deshalb immer wieder Korrekturen an den Plangrößen vorzunehmen waren. Dies hat allerdings nicht den Bedarfsansatz in Frage gestellt, sondern die parteipolitische Strategie ‚zentraler Steuerung‘ gestärkt:

- Für die Aufnahmekapazität in den einzelnen Fachrichtungen wurden parteipolitische Schwerpunkte gesetzt. Erfordernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ließen den Bedarf in Ingenieur- und auch Naturwissenschaften höherrangig erscheinen als etwa denjenigen in geisteswissenschaftlichen Studienfächern.
- Um das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Arbeit zu sichern, musste der Zugang zu den Hochschulen (aber nicht nur aus dieser Sicht, wie an der Reproduktionsfunktion zu zeigen sein wird) geregelt und am Ende des Studiums eine entsprechende Absolventenlenkung in die Volkswirtschaft durchgeführt werden. Dies hatte sehr unterschiedliche Auswirkungen. Für Studienberechtigte war die Studienfach- und Studienortwahl und für Absolventen die Berufs- ortwahl oftmals sehr eingeschränkt (allerdings wurde damit studentische Mobilität erzwungen). Und Studieninteressierte hatten kein Anrecht darauf, auf direktem Weg (eher später auf Umwegen) zu einem Hochschulstudium (gleich welcher Wahl) zu gelangen. Die Steuerungsweichen dafür wurden selten erst in der Abiturstufe gestellt; vielmehr fielen Entscheidungen dieser Art durch die Existenz eines einheitlichen Bildungssystems schon vor Aufnahme der Heranwachsenden in die Abiturstufe.

Trotz dieser bedarfsorientierten Steuerung führte die Kopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem verbunden mit der Absolventenlenkung zu verzerrenden Effekten auf dem Arbeitsmarkt, weil Hochschulabsolventen zwar aufgenommen werden mussten, aber zunehmend nicht immer mehr qualifikationsgerecht eingesetzt werden konnten. Erspart blieb mit dieser Verfahrensweise den Hochschulen, Substitutionsfunktionen für Fehlpositionen in der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen – wie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen üblich – übernehmen zu müssen (wenn man einmal davon absieht, dass in Zeiten inflationärer DDR-Planzahlen der Zugang zu den Hochschulen zusätzlich beispielsweise über obligatorische Vorpraktika mit gesteuert worden ist).

Um die *Studierbarkeit* des Angebots in Aus- und Weiterbildung zu gewährleisten, musste die pädagogisch-didaktische Dimension von Leistungsprozessen Gewicht erlangen. Lehrende wurden deshalb darauf orientiert, Curricula-Entwicklungen nach fachwissenschaftlichen *und* didaktischen Konzepten vorzunehmen und der Betreuung der Studierenden einen hohen Stellenwert einzuräumen, wofür sich auch eine entsprechende *Lehrkultur* entwickelt hat. Die Folge war einerseits, dass die Selektionsmechanismen im Verlauf des Studienganges für Studierende minimiert, also weniger Schwund- dafür höhere Abschlussquoten erzielt werden konnten. Andererseits ließen sich über so entwickelte enge soziale Beziehungen weitaus besser auch erzieherische Absichten verwirklichen, über die noch zu sprechen sein wird.

Die für die Identität einer Hochschule so wichtige *Wissenschaftsfunktion* ist in der DDR nicht unterschätzt worden. Allein die bereits dargelegte Berufung auf die Humboldt'sche Tradition der Einheit von Lehre und Forschung, aber auch die herausgehobene Rolle des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Gesellschaftskonzept der DDR haben diesen Fakt schon belegt. Wenn trotzdem hier noch einmal diese Funktion beleuchtet wird, dann deshalb, weil sie sich zum einen zwar am *Code der Wahrheitssuche* orientieren sollte, wenn auch *weltanschaulich vorbestimmt*, aber zum anderen dem *Code der Zweckhaftigkeit* von Forschung neben dem Code der Wahrheitssuche ein höheres Gewicht einzuräumen hatte. Hieraus ergaben sich deutliche Verzerrungen bis Entstellungen im Funktionsverständnis:

- Die weltanschauliche Begrenzung der Wahrheitssuche verursachte mindestens eine qualitative Zweiteilung im Erkenntniszuwachs. Es gab Forschungsergebnisse, die in Untersuchungen der objektiven Realität gewonnen wurden und in wissenschaftsüblichen Größenordnungen auch international zu anerkannten Leistungen geführt haben. Und es gab Erkenntniszuwachs, der das Ergebnis von Analysen der objektiven Realität in methodologischer Orientierung an Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und sozialistischer Ideologie war: dieser konnte sich nicht nur durch mehr oder weniger große Realitätsferne auszeichnen, sondern hat mitunter selbst zur Entstellung der weltanschaulichen Grundlagen mit beigetragen. Daraus jedoch den Schluss zu ziehen, dass diese Zweiteilung im Erkenntniszuwachs einerseits den Natur- und Technikwissenschaften und andererseits den Geisteswissenschaften zuzuordnen sei und damit letztere von vornherein diskreditiere, ist eine nicht haltbare, vorschnelle Verallgemeinerung, die in den Umbruchjahren Anfang der 90er Jahre leider zu vermeidbaren Fehleinschätzungen Anlass gegeben hat. Sicher war es in den Geisteswissenschaften riskanter, vielleicht auch stellenweise unmöglich, reali-

tatsadäquaten Erkenntnisgewinn anzustreben. Aber ihn grundsätzlich auszuschließen, wird auch hier den Leistungen dieser Disziplinen im einzelnen nicht gerecht. Allein schon die Tatsache, dass Forschungsergebnisse erzielt worden sind, die nur deshalb nicht in die Öffentlichkeit gelangen durften, weil sie Korrekturen am eingeschlagenen Weg zum Sozialismus als notwendig erscheinen ließen, widerlegt eine pauschale negative Abwertung. Aber auch heute noch als anerkannt geltende Leistungen, etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, in den Sprach- und Literaturwissenschaften der DDR, rechtfertigen die Forderung nach einer differenzierteren Bewertung von Leistungen in den Geisteswissenschaften. Außerhalb dieser Disziplinen sind weltanschauliche Beschränkungen nicht mit dem gleichen Nachdruck zur Wirkung gekommen, aber sie waren auch dort existent und haben sich hinderlich für manchen Forschungsweg ausgewirkt. Außerdem hat auch hier Prioritätensetzung durch nationale und internationale Forschungspläne, verbunden mit den Restriktionen der Haushaltsfinanzierung, jederzeit zentralstaatliche Steuerung präsent sein lassen.

- Der Vorrang, der der ökonomischen Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen in einer auf wirtschaftliches Wachstum durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt orientierten Gesellschaft eingeräumt wurde, erklärt den großen Anteil angewandter Forschung an DDR-Hochschulen (er betrug in den 80er Jahren in den Natur- und Ingenieurwissenschaften fast zwei Drittel des Forschungsvolumens) und die enge, für die Ausbildung sehr förderliche Kooperation mit der Wirtschaft (vertraglich geregelt). In diesem Zusammenhang sind auch die besonderen Leistungen von Hochschulen zur Entwicklung des regionalen Umfeldes zu sehen (Standortfunktion), deren Widersprüchlichkeit sich vor allem aus einer teilweisen Einseitigkeit des Wirtschaftsraumes (z. B. Chemieregion) und aus einer zunehmenden Schwerfälligkeit des plangebundenen Wirtschaftssystems ergaben.

Die *staatspolitische Funktion* hatte sich vor allem am Beitrag der Hochschulen zur internationalen Anerkennung der DDR und zur Stabilisierung ihrer Gesellschaftsentwicklung zu orientieren. Von besonderen Anforderungen bis zu Auflagen blieb kaum eine Disziplin oder ein Fachgebiet verschont, wobei natürlich das Spektrum der inhaltlichen Anforderungen fachspezifisch differenziert war: Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, dass beispielsweise geisteswissenschaftliche und ökonomische Fachgebiete vor allem für die theoretische und praktische Weiterentwicklung der Grundlagen sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und kommunistischer Persönlichkeitsentfaltung zu sorgen hatten, Sportdisziplinen für Trainingsmethoden zur Erzielung von Wettkampf-Höchstleistungen, natur- und

ingenieurwissenschaftliche Disziplinen für eine Minimierung der ‚Störanfälligkeit‘ der DDR-Wirtschaft durch ‚kapitalistische Ausfuhrbeschränkungen‘ u.v.a.m. Dabei sind den Hochschulen auch Aufgaben übertragen worden, die sie in eine mit dem Ethos von Wissenschaft nicht zu vereinbarende und teilweise auch die Würde des Menschen missachtende Nähe zur Parteidoktrin gebracht haben.

Aber auch hier verbietet sich wiederum jede Schwarz-Weiß-Malerei. Die erwartete Verknüpfung der Lehr-, Forschungs- und Studienarbeit mit der Behandlung gesellschaftlicher Problemstellungen, wofür u.a. auch Lehr- und Studienzeit zur Verfügung stand, hat Lehrende wie Studierende für gesellschaftliche Anliegen sensibilisiert und zu Stellungnahmen herausgefordert (in „von oben“ gewünschte und in nicht gewünschte Richtungen). Im Unterschied dazu war das obligate Studium des Marxismus-Leninismus, wenn es nach Parteistrategie als Administrierung einer Weltanschauung veranstaltet wurde, vor allem der Ort für zwiespältige Lippenbekenntnisse und eine Entartung des Disputes auf der Basis von Worthülsen. Beides zusammen hat einerseits nachweislich das Konfliktpotential an Hochschulen in der DDR im Umgang mit staatspolitischen Programmen immer wieder einmal gestärkt, aber gleichzeitig den individuellen Rückzug in die Nische oder in das Private gefördert.

In sehr engem Zusammenhang zur Wissenschafts- und staatspolitischen Funktion stand die *Sozialisationsfunktion* der Hochschule in der DDR. Vor allem über diese Funktion wurden entscheidende Wirkungen von Bildungs- und Erziehungsprozessen erwartet.

Für Bildung an DDR-Hochschulen fungierte im Humboldt’schen Sinne Wissenschaft – in der oben vorgenommenen Begrenzung – als Medium. *Arbeit an und mit der Wissenschaft* war deshalb das erklärte Ziel für studentisches Tätigsein. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass dieses Ziel zum Teil weit über die sehr berufsbezogenen Interessen von Studierenden hinausgegangen ist. Trotzdem hat es in der Gestaltung von Aus- und Weiterbildung stets als Leitbild fungiert, was z.B. auch auf entsprechende methodische Studienkonzepte und Vorgehensweisen orientierte und letztlich zu einem anerkannt fundierten, wissenschaftlich-berufsbezogenen Ausbildungsstand bei vielen Absolventen an DDR-Hochschulen geführt hat.

Im Hochschulsystem der DDR ging es aber nicht nur um Bildung von hochqualifizierten Fachleuten, sondern vor allem auch um *Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten*. Dafür sollten Normen und Werte sozialistischer Moral und Ethik grundlegend sein, zum einen vermittelt durch das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium (auf dessen zwiespältige Wirkung schon hingewiesen wurde) und zum anderen erlebbar gestaltet im sozialen Zusammenleben. Der einzelne sollte in

eine erwartete „Lebens-Philosophie“ hineinwachsen, und dies konnte in vielfältig organisierten sozialen Beziehungsgeflechten geschehen, die den Lebensraum für Studierende bildeten: studentische Kollektive, Gemeinschaft von Lehrenden und Studierenden, Arbeitskollektive in den praktischen Studienabschnitten usw. In diesem Zusammenhang ist es sicher richtig, davon zu sprechen, dass eine *Substitutionsfunktion* der Hochschule als Ersatz für familiäre soziale Beziehungen durchaus im Blickfeld parteiideologischer Bestrebungen lag. (Gleichzeitig begrenzt sich aber diese Funktion in der DDR auch vorwiegend auf diesen Wirkungsbereich).

Dass über diese sozialen Beziehungen gezielt Einflussnahme bis zur ‚Auftragserteilung‘ versucht wurde, ist unbestritten; nur hat dies die Mehrheit der Studierenden nicht wie erwartet erreicht, denn die politisch-ideologische Wirksamkeit des Bildungssystems ist aus Parteisicht zu keiner Zeit als befriedigend eingeschätzt worden und hat deshalb stets in Kritik gestanden. Entschieden wirkungsvoller waren diese sozusagen organisierten sozialen Beziehungen – und dies sollte ebenso unstrittig sein – in einer anderen Richtung: Sie haben vielen Studierenden geholfen, in einer gewissen sozialen Eingebundenheit bei Minimierung individueller Risiken das Studium mit Erfolg zu beenden.

Über den humanistischen Sinngehalt sozialistischer Persönlichkeitswerte zu urteilen, kann nicht Aufgabe dieser Darstellung sein. Aufmerksam zu machen ist aber darauf, dass sich auch hier, wie in anderen angesprochenen Themenbereichen, Entartungen des DDR-Erziehungssystems nicht mit einer pauschalen Entwertung von sozialistischen Persönlichkeitsidealen im Ganzen begründen lassen. Noch 10 Jahre nach dem friedlichen Umsturz des gesellschaftlichen Systems werden unterschiedliche Lebensauffassungen zwischen Ost und West sowohl in positiver als auch in negativer Bewertung durch Untersuchungen nachgewiesen, deren Wurzeln zweifelsfrei in ehemals unterschiedlichen Wertsystemen und Lebenswelten zu finden sind. Ein Nachdenken auch darüber sollte also opportun sein.

Die Eingriffe in die *Reproduktionsfunktion* der Hochschule in der DDR durch Partei und Regierung waren vor allem daran orientiert, durch entsprechende Reglementierungen die *neue Intelligenz als wissenschaftliche Werktätige*, der Statusdenken fremd sein sollte, in der ideologisch vorbestimmten Sozialstruktur zu etablieren, um das ‚allmähliche Verschwinden‘ von Klassen- und Schichtenstrukturen (die Überwindung von sozialer Ungleichheit) belegen zu können.

Es kann nicht verwundern, dass dabei das besondere Augenmerk auf der Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern durch ein Studium lag. Zum einen wurden bei ihnen am ehesten die Voraussetzungen für eine neue Intelligenz – unbelastet von traditionellen akademischen Wert- und Machtvorstellungen – vermutet.

Zum anderen repräsentierten sie die ehemals benachteiligten Schichten, die ihr Recht auf Bildung bis dato hatten nur schwer einlösen können, gerade weil sie der akademischen Tradition nicht verwurzelt und ohne finanziellen Rückhalt gewesen waren. Es war gleichsam eine Selbstverständlichkeit – und in der Öffentlichkeit auch akzeptiert –, dass sich die Kinder der nunmehr die ‚Macht ausübenden Arbeiter und Bauern‘ der besonderen staatlichen Fürsorge auch im Bildungsbereich erfreuen konnten. Und es wurde in Kauf genommen, dass damit unter den Bedingungen eines nicht offenen Zugangs zu den Hochschulen das uneingeschränkte Recht auf Bildung wieder für andere, nunmehr benachteiligte Gruppierungen verletzt werden musste.

Die besondere Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern wurde vor allem in den ersten Jahrzehnten der DDR praktiziert. Später hat sich diese Strategie durch Generationswechsel größtenteils selbst ad absurdum geführt, ohne jedoch ganz zu verschwinden. Die Zugangsregelungen für die Hochschulen folgten nunmehr erweiterten Kriterien, in denen aber nach wie vor neben Leistungsvoraussetzungen politisch-moralische Reife und gesellschaftliche Aktivitäten einen hohen Stellenwert hatten.

Außerdem sollte durch bestimmte Rahmenbedingungen vermieden werden, dass der Erwerb von Hochschulabschlüssen einem herausgehobenen Schichtbewusstsein hätte förderlich werden können: So sollte beispielsweise die einheitliche Bezeichnung „Diplom“ als Hochschulabschluss Gleichwertigkeit zwischen den einzelnen Fachrichtungen suggerieren. Daneben war das tarifliche Vergütungssystem so ausgelegt, dass mit einem Hochschulabschluss kaum herausragende finanzielle oder Macht-Vorteile in der beruflichen Laufbahn (von Ausnahmen abgesehen) erzielt werden konnten, was natürlich auch kaum Karriere-Motive und Leistungsanreize geweckt hat.

Insgesamt ist es mit diesen Strategien gelungen, den akademischen Habitus im traditionell sich abgrenzenden Milieu zu erschüttern, aber nicht, ihn in einem neuen Selbstverständnis als wissenschaftlicher Werkstätiger gänzlich aufgehen zu lassen. Als ein kleiner Beleg dafür kann gelten, dass die Anrede der lehrenden und forschenden Akteure an den Hochschulen auch nach 40 Jahren Hochschulentwicklung in der DDR sehr traditionell mit den von ihnen erlangten oder ihnen verliehenen akademischen Graden und Titeln erfolgte.

Auf solche Weise staatlich und parteipolitisch gelenkt und kontrolliert, blieb für das die *Selbsterhaltungsfunktion* der Institution Hochschule prägende Merkmal *Autonomie* in der Idee von Hochschule wenig Platz. Nach dem Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus‘ mit staatlicher ‚Einzelleitung‘ und ‚kollektiver‘ Beratung

waren Machtstrukturen fest etabliert, mussten sich also nicht immer wieder neu im akademischen Machtgerangel entwickeln. Damit war einerseits die Durchsetzung zentraler Beschlüsse gewährleistet und akademische Selbstverwaltung auf einen klar konturierten Rahmen bei gleichzeitiger politischer Überwachung begrenzt. Andererseits waren damit die Verantwortungsebenen in der Leitung der Hochschule definiert und mit Umsetzungskompetenz ausgestattet, was vor allem akademische Selbstverwaltung traditionell auszeichnende Selbstblockaden (hervorgerufen durch sorgsam auszubalanzierende Gruppen- und Statusinteressen) ausschloss.

In der Praxis der Selbstverwaltung an den Hochschulen erfolgte das ungleiche Wechselspiel von zentraler Reglementierung und institutioneller bzw. individueller Selbständigkeit: In Abhängigkeit von persönlichen Haltungen auf den zwei Leitungsebenen an der Hochschule (Rektorebene, Sektionsebene) und vom Gegenstand der Fachdisziplin wie der Art der Verantwortung konnten zentrale Vorgaben an den Hochschulen verarbeitet und in ihrer Umsetzung modifiziert werden (basisdemokratische Elemente der Beratung, soweit diese nicht mit politischen Machtkonstellationen kollidierten). Zunehmend korrigierte auch ‚das Leben‘ zentrale Wiesenungen, ohne dass sie formell geändert wurden.

Erwähnenswert ist aber ebenso, dass demokratische Mitbestimmung mitunter dort eingefordert und praktiziert worden ist, wo sie sich zum Nachteil für das eigentliche wissenschaftliche Selbstverständnis von Hochschule auswirken musste: im Prozess der Wahrheitssuche. Schon fast zwanghafte Vorstellungen von ‚kollektiver Beratung‘ haben, was durchaus nicht nur Einzelfälle waren, dazu geführt, dass über individuell erzielte Forschungsergebnisse in ihrer Gültigkeit nicht disputiert, sondern ‚demokratisch‘ abgestimmt wurde.

Weit weniger beschnitten war der Stellenwert der Ausbildung des *wissenschaftlichen Nachwuchses* in der Selbsterhaltungsfunktion. Sieht man einmal davon ab, dass auch dieser bedarfsorientiert rekrutiert wurde, und zwar oftmals in Selbstrekrutierung durch die Hochschulen, gehörte die Förderung des Nachwuchses zum Selbstverständnis der Hochschulen. Integriert in den Lehr- und Forschungsbetrieb schufen organisatorische Bedingungen (etwa über Forschungsstudium, Assistenz oder Aspirantur), intensive Betreuung, soziale Absicherung und Arbeitsplatzgarantie gute Voraussetzungen für erfolgreiche Nachwuchsförderung. Natürlich schränkten auch hier das staatspolitische Mitsprache- und Kontrollrecht sowie Auswahlkriterien den individuellen Entscheidungsraum mehr oder weniger ein; von einer echten ‚Kaderschmiede‘ kann aber nur im Zusammenhang mit der Nachwuchsentwicklung für leitende Funktionsstellen im Staats- und Parteiapparat gesprochen werden.

In einer Art Zusammenfassung kann resümiert werden, dass auf dem Boden solcher und weiterer, hier nicht genannter Widersprüchlichkeiten in der Idee des Hochschulsystems der DDR nicht nur bekannte Verwerfungen in den Leistungen des Hochschulsystems gediehen, sondern auch beachtenswerte Ergebnisse erzielt worden sind, was zu zwei einschränkenden Bemerkungen Anlass sein sollte: Zum einen lassen sich Elemente moderner Studien- oder Forschungsgestaltung in der DDR nicht ohne weiteres mit der Hoffnung auf gleiche Erfolge unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen übernehmen. Das Hochschulsystem DDR funktionierte in sich (mehr oder weniger gut) in seiner ganzen Widersprüchlichkeit, weil sich die Akteure unter den gegebenen Bedingungen damit arrangiert hatten. Es ist zunächst als offen anzusehen, welche Wirkungen mit gleichen Elementen unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen erzielbar sind. Zum anderen sind pauschale Bewertungen von Leistungen des DDR-Hochschulsystems mit Vorsicht zu behandeln, weil sie in dieser Form kaum der hinter den Leistungen stehenden Idee als Gemengelage Rechnung tragen und somit nur selten dem Anspruch einer historisch gerechten Beurteilung genügen können.

Literatur

- Buck-Bechler, G. (1994): Das Hochschulwesen der DDR Ende der 80er Jahre, in: R. Mayntz (Hrsg.), *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*. Frankfurt a. M./New York.
- Buck-Bechler, G/H.-D. Schaefer/C.-H. Wagemann (Hrsg.) (1997): *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung*. Weinheim.
- Franke, M.(1999): *Hochschule als lernende Organisation. Zweidimensionaler Wandel am Beispiel einer Universität*. Hamburg.
- Habermas, J. (1984): *Diskursethik. Notizen zu einem Begründungsprogramm*, in: *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt a.M.
- Kosing, A. (1985): *Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie*. Berlin.
- Pasternack, P. (1999): *Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 - 1998*. Weinheim.
- Pöllauer, W. (1997): *Funktionen des Studiums. Eine soziologische Untersuchung zu Dimensionen und Wandel universitärer (Aus-)Bildung*. Klagenfurter Beiträge zur bildungswissenschaftlichen Forschung Bd. 30. Klagenfurt.
- Schluchter, W. (1994): *Die Hochschulen in Ostdeutschland vor und nach der Einigung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B25/1994.
- Scholz, W.-D.(1993): *Hochschulstudium im Wandel*. Universität Oldenburg.
- Söllner, A./R. Walkenhaus (Hrsg.) (1998): *Ostprofile. Universitätsentwicklungen in den neuen Bundesländern*. Opladen.
- Wissenschaftsrat (1992): *Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin*. Köln.

Sozialistisch behaust

Hochschulbau in der DDR

Peer Pasternack

“Habe ich Ihnen noch nie von meiner Zeit in Leipzig erzählt? Grausig, kann ich Ihnen sagen. Stellen Sie sich die Universität wie unseren Philosophenturm vor, nur fünfmal so hoch. Innen alles schummrig und kafkaesk. Der Fahrstuhl hält nie in dem Stockwerk, das Sie gedrückt haben. Sie irren durch einen Kaninchenbau wie Alice im Wunderland. Merkwürdige Wesen, die Sie stumm anblicken, sausen aus Türen und verschwinden in anderen Türen. Alles scheint nach einer Verabredung zu funktionieren, von der Sie allein ausgeschlossen sind.” (Schwanitz 1998, 108)

1. Sozialistische Architektur: das Ringen um Begriff und Konzept

„Die künstlerisch-ideologische Aufgabe von Städtebau und Architektur im Sozialismus“ bestehe darin, so wurde aus Anlass einer theoretischen Konferenz zum Bauen in der DDR 1960 formuliert, „daß in ihren Werken, ausgehend von der Einheit der Zweckmäßigkeit und der Schönheit in umfassendem Sinne, die Ideen und Vorstellungen der sozialistischen Gesellschaft widergespiegelt werden.“¹

Solche Ziele waren bereits im Frühjahr 1951 gesetzt worden, als die politischen Funktionäre im Ministerium für Aufbau eine Propagandakampagne zum „Kampf um eine neue deutsche Baukunst“ initiiert hatten. Diese stand ganz im Zeichen einer offensiven Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Staat und dessen neuem, von der internationalen Moderne inspirierten Baustil. Als zentrales Ziel der

¹ zit. bei Durth et al. (1998, 80).

baukünstlerischen Anstrengungen in der DDR galt eine originäre Architektur für das erste deutsche Gemeinwesen, das sich in sozialistische Richtung zu entwickeln anschickte. Zunächst setzte man – streng ausgerichtet am sowjetischen Vorbild² – auf die großen nationalen Bautraditionen des 19. Jahrhunderts. Schinkelsche Baukunst wurde zum orientierungsgebenden Muster – nicht nur für repräsentative öffentliche Gebäude, sondern auch für den Wohnungsbau. Angesagt war damit eine handwerklich aufwendige Architektur in „schöpferischer Weiterentwicklung des nationalen Bauerbes“, bei der viel Wert auf das architektonisch-künstlerische Detail gelegt wurde. „Monumentale Bauten im Stilkleid des Klassizismus (sollten) von vergangener und kommender Größe einer Baukunst künden, die mit überhistorischer Geltung auch in Deutschland die Glücksversprechen des Sozialismus bestätigen würde.“ (Durth et al. 1998, 41)

Das von Hermann Henselmann, Leiter einer Meisterwerkstatt der Bauakademie und Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst, 1951 entworfene, unterdessen berühmte ‚Wohnhochhaus an der Weberwiese‘³ wurde für einige Jahre zum anerkannten Maßstab solcher politisch gewünschter Architektur. Normative Vorgabe bis etwa Mitte der fünfziger Jahre war damit für Architekten in der DDR das Bemühen um die Verwirklichung einer sog. Dialektik von sozialem Inhalt und nationaler Form, also die Integration des deutschen Architekturerbes und eines an den ‚Bedürfnissen des Volkes‘ orientierten Bauens. Die Debatten in den folgenden Jahren zeugen davon, dass ein solches, eher allgemein formuliertes Ziel nicht leicht in architektonische Entwürfe zu übersetzen war. Im Mai 1953 bilanzierte das Ministerium für Aufbau, die Bemühungen darum seien „steckengeblieben“, und schlussfolgerte, es müsse weiter darüber nachgedacht werden, was sozialistischer Realismus in der Architektur sei (vgl. Durth et al. 1998, 123).

Zu einem praktisch relevanten Ergebnis kam man bei diesen Überlegungen allerdings nicht: Die Auffassung, wonach sozialistische Architektur nicht nur sozial, sondern auch ihrer ästhetischen Erscheinung nach spezifisch sein, also ein künstlerisch anspruchsvoller, originär *sozialistischer Architekturstil* entwickelt werden müsse – diese Auffassung wurde im April 1955 durch die erste Baukonferenz der DDR faktisch ad acta gelegt. Die neu ausgegebene Losung war, wie zuvor schon, orientiert an der aktuellen sowjetischen Architekturdiskussion – nun aber nach dem Tode Stalins –, doch mehr noch an DDR-eigenen ökonomischen Zwängen. Jetzt hieß es: „Besser, schneller und billiger bauen!“ Die damit verbundene ästhetische Wende war vor allem einem Umstand geschuldet: ein Bauen im Stile aufwendig gestalteter Monumentalarchitektur ließ sich als durchgängige städtebauliche Praxis

² Vgl. zum Hintergrund Schätzke (1991) und Nicolaus et al. (1997).

³ Vgl. ausführlicher Düwel (1995a).

für die DDR ökonomisch nicht realisieren. Jetzt ging es um Typisierung, um eine Wende zur „radikalen Standardisierung“.

Das alte Konzept, das auf „Schönheit, Monumentalität, Bequemlichkeit und Tradition“ insistierte, wurde damit aufgegeben. Nun galt ein Konzept moderner Architektur, die rationalen Kriterien der Verbindung von ökonomisch-technologischen Möglichkeiten und sozialen Funktionen verpflichtet sein sollte. Es ging nicht mehr vordergründig um „sozialistische deutsche Baukunst“. Das neue Ziel bestand vielmehr darin, das DDR-Bauwesen an das „Weltniveau“ heranzuführen: Gemeint war damit vor allem schnelles, solides Bauen in ansprechender Ästhetik (Durth et al. 1998, 79). So indirekt wie deutlich wurde damit wohl auch erstmals die Vergeblichkeit einer Suche eingestanden, an der sich am Ende vier Künstler-, Architekten- und Architekturtheoretikergenerationen „entweder apologetisch oder im Ringen um den Versuch, mit Kunst gesellschaftsverändernd zu wirken“, beteiligt hatten: der Suche nach einem spezifisch deutsch-sozialistischen Architekturstil (Guth 1995, 8).

„Die in den 50er Jahren in sozialistischen Ländern – auch in der DDR – vertretene Auffassung, wonach die sozialistische Entwicklung der Architektur nicht nur sozial, sondern auch phänomenal zu einer spezifischen ‘sozialistischen Architektur’, zu einem ‘sozialistischen Architekturstil’ führen können⁴, haben⁵ sich theoretisch als falsch und praktisch als unbrauchbar erwiesen“, wurde denn auch 1987 im Rahmen eines repräsentativen Kunstlexikons der DDR bilanziert. “Das primäre Kriterium einer dem Sozialismus – als erster Stufe des Kommunismus – adäquaten Architektur ist nicht ihre zum Stil gewordene Form“, hieß es jetzt. Vielmehr hänge der soziale Wert von Architektur von der Wertung ihrer Eigenschaften im sozialen Gebrauch der Menschen ab.⁶

2. DDR-Hochschulbauten als sozialistische Architektur?

Die architekturpolitischen Debatten spiegelten sich auch im DDR-Hochschulbau. Die Behausungen der Hochschulen waren und sind nie nur funktionsgebundene Unterbringungsorte, hier für Forschung und Lehre. Sie sind als architektonische Objekte zugleich Zeichen: Repräsentationsobjekte ihrer Betreiber. Gilt dies für

⁴ lies: kann

⁵ lies: hat

⁶ Lexikon der Kunst, Architektur ..., Stichwort “Architektur”, in: Bd. 1, Leipzig 1987, S. 243/244. – Als neuere Literatur, die zur DDR-Architektur und -Stadtplanung übergreifende Bilanzierungen versucht, liegt vor: Hoscislawski (1991), Düwel (1995), Durth et al. (1998), Flierl (1998), Barth (1998) und Palutzki (2000).

öffentliche Gebäude generell,⁷ so tritt in der Hochschularchitektur doch eines noch hinzu: Als Orte der Bewahrung überkommenen Wissens, der darauf gründenden Wissenschaftsentwicklung wie der Wissensvermittlung an junge Menschen gelten die Hochschulen als Innovationsagenturen der Gesellschaften schlechthin. In dem Zusammengehen von Traditionsbindung, intendierter resp. faktischer Elitenproduktion, Infragestellung als systematischem Denkansatz und Zukunftsoffenheit ergeben sich widersprüchliche Anforderungen. Diese sollen in der baulichen Form symbolischen Ausdruck finden. Bauen erfordert also auch hier immer den Kompromiss zwischen Symbolik, Funktionalität und Ästhetik.

2.1. *Periodisierung*

Bereits in den 50er Jahren war eine Fülle von Hoch- und Fachschulneubauten oder -wiederaufbauten entstanden. Nach Rothe (1985, 51-53) lassen sich für diese Zeit schon zwei Perioden der DDR-Hochschulbauplanung unterscheiden: 1945-1955 standen Planungen für den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Hochschulkomplexe und -bauten im Mittelpunkt; zugleich begannen 1950 Planungen für den Neubau Technischer Hochschulen sowie für die Erweiterung und Verlagerung von Hochschulkomplexen, die dann bis 1965 das Hochschulbaugeschehen bestimmten. Die 50er Jahre hatten in der DDR folgende Neu- und Wiederaufbauten erbracht:

- die Hochschule für Planökonomie in Berlin-Karlshorst;
- der Schwerpunkt „Hochschulstadt Dresden“ mit Neubauten für die Hochschulen für Verkehr und Eisenbahnwesen, TU-Institute für Thermodynamik, Maschinenbau, Schwachstromtechnik und Strömungsmaschinen, die Fakultät für Pädagogik und Kulturwissenschaften, die Palucca-Schule, die Institute für Landtechnik, für Textilchemie und für Fördertechnik, die Medizinische Akademie, die Institute für Arbeitsökonomik und für Maschinenbau, die Fachschule für Gartenbau in Pillnitz, die Arbeiter- und Bauernfakultät mit Wohnheimen und Mensen; in Bautzen die Ingenieurschule für Fördertechnik;
- in der Universitätsstadt Leipzig der Neubau des Campus der Hochschule für Körperkultur (DHfK), das Institut für Sportmedizin, das Zentralinstitut für

⁷ Zur Geschichte der DDR-Architektur öffentlicher Gebäude und Gebäudeensembles können vergleichend folgende neueren Veröffentlichungen herangezogen werden: Topfstedt (1993); Köhler (1993); Ruben/Wagner (1994); Henselmann (1995); Guth (1995); Hartung (1996); Engel/Ribbe (1996); Hain (1996); Hain/Stroux (1996); Leinauer (1996); Nicolas/Obeth (1997); Peters (1997). – Für zahlreiche weitere Publikationen zu DDR-Architektur und -Stadtplanung, insbesondere zum an dieser Stelle weniger interessierenden Wohnungsbau, sei auf die Bibliographie „Auswahl deutschsprachiger Veröffentlichungen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR ab 1989“ (bis 1996) verwiesen, in IRS (1997, 129-139).

- Isotopen- und Strahlenforschung, das Physiologische, Pharmakologische, Anatomische, Chemische und das Physikalische Institut;
- in Schwerin das Institut für Lehrerbildung Paulshöhe und das Institut für sozialistische Landwirtschaft;
 - in Ilmenau die Hochschule für Elektrotechnik;
 - an den Universitäten Rostock und Greifswald eine Schiffsbau technische Fakultät, das Großkulturchemische Institut, das Hygieneinstitut, Institute für Mineralogie, Geologie, Pharmazie, Agrobiologie, Geographie, Mikrobiologie und Organische Chemie;
 - sodann zahlreiche Lehrerbildungsinstitute im ganzen Land, darunter der Komplex in Erfurt, Neubauten in Halle-Kröllwitz, Siebenlehn bei Meißen und die Pädagogische Hochschule in Güstrow;
 - die Akademiestadt Freiberg als Zentrum der Montanwissenschaften mit Neubauten für das Chemische Institut, die Institute für Berg- und Hüttenkunde und für Erzaufarbeitung sowie Studentenwohnheimen;
 - des weiteren die Hochschule für Maschinenbau Chemnitz und das dortige Institut für Physik, die Bauingenieurschule Cottbus, die Fachschule für Landtechnik in Nordhausen und die Finanzfachschule in Gotha;
 - der Ausbau des Universitäts- und Akademiestandortes Jena mit den Instituten für Chemie, Geologie, Physik sowie für Physiologische Chemie und Pharmakologie, die Akademieinstitute für Mikrobiologie und experimentelle Therapie, für Bodendynamik und Erdbebenforschung sowie für magnetische Werkstoffe;
 - schließlich die Technische Hochschule für Chemie Leuna-Merseburg.⁸

Erkennbar ist, dass dieses Bauen strukturpolitischen Schwerpunktsetzungen folgte: insbesondere die Fachrichtungen Wirtschaft und Ingenieurwesen wurden favorisiert. Das kann kaum verwundern: Den Kommunisten war nach der Aufteilung Deutschlands mit dem Ostteil ein allein nicht existenzfähiger Wirtschaftsraum zu gefallen. In diesen mussten ganze Industrien, Verkehrsstrukturen und produktionsorientierte Dienstleistungsstandorte eingepflanzt werden. An der Abfolge und regionalen Verteilung der innerhalb eines einzigen Jahrzehnts neu geschaffenen und nach Kriegszerstörungen wieder aufgebauten Hoch- und Fachschuleinrichtungen lässt sich die wirtschaftliche Schwerpunktbildung erkennen.

Zugleich sollte aber auch eine schon äußerlich entzifferbare Botschaft von „sozialistischem Forschen, Lehren und Lernen“ erkennbar werden. Doch war die Forderung nach einem originär sozialistischen Hochschulbau auf der Ebene der symbolischen Formensprache der Bauwerke nicht so leicht umsetzbar. In den frühen fünfziger Jahren griff man daher anfangs auch im Hochschulbau – in Ermangelung

⁸ Der Verf. dankt Simone Hain, Berlin, die diese Zusammenstellung zur Verfügung gestellt hat.

eines eigenen, innovativen Formenkonzepts – auf die nationalen Bautraditionen zurück. Ebenso wie in anderen städtebaulichen Sektoren sollte im Hochschulbau ein monumentaler Baustil in klassischer Manier zweierlei leisten: sowohl an das humanistische Erbe anknüpfen, als auch ein „nationales Selbstbewusstsein“ des neuen Gemeinwesens und seiner heranzubildenden intellektuellen Elite ausdrücken. Als Beispiel für solche Versuche lässt sich die Leipziger Hochschule für Körperkultur (DHfK) nennen: Sie zählte zu den sogenannten „Leitbauten“, mit denen der neue, sozialistisch-realistische Architekturstil gleichsam archetypisch vorgeführt werden sollte.⁹

Simone Hain sieht in den architektonischen Zeugnissen dieser Phase zunächst, „neben einer Gruppe, die eindeutig der Heimatschutz-Stilistik und konventionellen Grundrisschemen verpflichtet war, das ganze Dilemma der ästhetischen Doktrinierung der ersten Hälfte der fünfziger Jahre“:

„Während man in dieser Zeit selten souveräne und entwerferisch freie Lösungen findet, überwiegt bei funktionaler, also durchaus moderner Grundrißdisposition im Aufriß und in der Baukörpergestaltung eine gewollt solide und letztlich banale Stofflichkeit, die man wohl am treffendsten als ‘verleidete Moderne’ bezeichnen könnte. Noch erkennt man die großartige Geste und den sehnsüchtigen Wunsch nach einem gestalterischen Höhenflug, doch ist statt Spannung Beruhigung, statt Kontrast Gleichschaltung, statt Spiel Disziplinierung eingetreten. Aus diesem Befund treten lediglich einige zentral mit besonderer Aufmerksamkeit bedachte Vorhaben heraus, die – wie die Hochschule für Körperkultur oder die Hochschule für Planökonomie – stilistische Highlights der Periode der ‘nationalen Traditionen’ darstellen. Erst nach 1956 und hier zuerst in Dresden (Institut für Arbeitsökonomie) wandelt sich die Anmutungsqualität der Hochschulbauten hin zu einem teilweise ausgesucht noblen modernen Rationalismus.“ (Hain 1997, 5)

1965 begann eine neue, dritte Planungsperiode, die neben – wie zuvor schon – Erweiterungen und Verlagerungen von Hochschulkomplexen dem Neubau von Universitätskomplexen gewidmet war (Rothe 1985, 52). Ähnlich wie in Westdeutschland wurde die Neusetzung der Schwerpunkte dadurch ausgelöst, dass die Politik die schnelle Erhöhung der hochschulischen Ausbildungskapazitäten forderte. Zugleich wurde 1965 in Dresden eine „Forschungs- und Entwicklungsstelle für Technologie der Hoch- und Fachschulbauten“ gegründet – während in der Bundesrepublik 1963 auf Beschluss der Kultusministerkonferenz das „Zentralarchiv für Hochschulbau“ in Stuttgart mit forschungs koordinierenden Funktionen gebildet worden war. Aus der Dresdner Einrichtung entstand 1970 das „Institut für Hoch- und Fachschulbau“, das bis zu seiner Abwicklung am 31.12.1990 die wichtigste Instanz für

⁹ zum DDR-Hochschulbau der 50er Jahre vgl. ausführlich Hartung (1999).

Hochschulbauforschung und -projektierung in der DDR war.¹⁰ Zu der 1965 begonnenen Planungsperiode schätzt der Institutshistoriograph rückblickend ein, dass der „Umfang der Forderungsprogramme einschließlich der Forderung nach einprägsamen architektonischen Großformen ... unter Mißachtung des kulturhistorischen Bestandes zu Gesamtplanungen“ führte, „die in den meisten Fällen – mit Ausnahme der Universitätskomplexe Leipzig und Jena – die gegebenen Realisierungsmöglichkeiten überstiegen.“ (Rücker 1999, 75)

Auch architektonisch kam es, ebenso wie in Westdeutschland, zu unterschiedlich bewerteten Lösungen. Die Unwirtlichkeit der Betonbauten suchte man, wo der zur Verfügung stehende Platz es ermöglichte, durch räumliche Freizügigkeit auszugleichen. Dennoch kam es auch in der DDR zu Wirkungen, wie sie für Komplexe beschrieben sind, die zu gleicher Zeit in der Bundesrepublik entstanden waren:

„So symbolisiert die massierte Anordnung von standardisierten Großbauten beispielsweise in Bochum sowohl das bildungspolitische Konzept der Massenuniversität als auch die architektonische Vorstellung, daß der Vielfalt universitärer Nutzungsvorgänge am besten mit völlig gleichartigen Standardgebäuden zu entsprechen sei, die durch technische Vorkehrungen im Innern beliebige Veränderungen zulassen. [...] Es blieb auch unberücksichtigt, daß die Eintönigkeit der nun die Universität repräsentierenden Standardgebäude in vielen Fällen Assoziationen hervorruft, die mit dem Begriff ‚Lernfabrik‘ gekennzeichnet sind. ...“ (Rath 1983, 285)

Werde die Ausstrahlung solcher Komplexe von den Hochschulangehörigen „nicht selten als monoton und steril empfunden“, so habe es aber immerhin auch einige Neugründungen – wie Konstanz oder Bielefeld – gegeben, deren bauliche Gestaltung die „beiden Universitäten zugrunde liegende Idee von der Verflechtung der Disziplinen und der integrierenden Rolle der Universitätsbibliothek“ abbildet (ebd., 285f.).

Ab 1972 folgte dann in der DDR nach Rothe (1985, 52) die vierte Periode der Hochschulbauplanung. Die Konzentration lag jetzt auf Planungen für die komplexe Rekonstruktion von Hochschulen. Politisch wurde auf die „intensiv erweiterte Reproduktion der Grundfonds“ orientiert. Sanierung, Umbau und Modernisierung des

¹⁰ Einen geschichtlichen Überblick zur Tätigkeit des Gesamtinstituts liefert Rücker (1999); Korneli/Gläser (1999) ergänzen dies durch einen Überblick für den am Institut existierenden Bereich „Medizinischer Hochschulbau“, der ca. 25% der personellen Kapazität des Instituts in Anspruch nahm. Neben dem Dresdner Institut gab es vier Projektierungsbüros für das Hoch- und Fachschulwesen: an der TU Dresden das sogenannte TU-Projekt (unabhängig von dem Institut, wenngleich nicht ohne Kooperationsverbindungen; vgl. zu den Bauten von TU-Projekt: TU Dresden 1988), an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, der Hochschule für Bauwesen (später TH) Leipzig und an der Ingenieurhochschule Wismar.

Bestehenden rückte in den Vordergrund (Rücker 1999, 75). Eindrucksvolles Beispiel dafür war die Berliner Charité (vgl. Korneli/Dellas 1999). Zugleich wirkte sich die beginnende wirtschaftlichen Agonie der DDR aus: „Die im Laufe der Jahre, besonders ab 1978, ständig mehr eingeschränkten Realisierungsmöglichkeiten führten zu einer immer stärkeren Konzentration auf die bloße Instandhaltung, ohne dabei den Verschleiß der überalterten Bausubstanz aufhalten zu können.“ (Korneli/Gläser 1999, 94)

2.2. Hochschulbau und Sozialgeschichte

„Die DDR ist ein einziges riesiges Fortbildungsinstitut“, bemerkte der Chefredakteur der *Zeit*, Theo Sommer, als er 1986 mit großem Stab die DDR bereiste (Sommer 1986, 11). Die DDR war aber auch eine riesige Baustelle (ebd.). Welche Zusammenhänge gab es zwischen diesen beiden Umständen?

Verbunden waren mit den Hochschulbau-Projekten immer auch weitergehende städtebauliche Projekte: Wohnmöglichkeiten, teils ganze Wohngebiete für Lehrkräfte, Studenten und Absolventen. Damit gelangen diejenigen in den Blick, welche die neuen Bauten bevölkerten. Die Expansion des Hoch- und Fachschulwesens in der DDR hatte die Grundlage geschaffen für einen massenhaften sozialen Aufstieg aus den zuvor von höherer Bildung weitgehend ausgeschlossenen Schichten. Sich qualifizieren – so die Grunderfahrung vieler DDR-Bürger, vor allem solcher aus der ersten Aufbaugeneration – bringt persönliche Aufstiegschancen mit sich. Dem zugrundeliegenden politischen Willen entsprach es, dass dieses Massenerlebnis mit der weniger erfreulichen Erfahrung sozialer Auslese beim Hochschulzugang verbunden war. Als Theo Sommer 1986 die DDR als Fortbildungsinstitut identifizierte, stammten 77 Prozent der Studierenden aus Elternhäusern, in denen der Vater einen niedrigeren Bildungsstatus hatte als sein studierendes Kind. Und diejenigen, die den Aufstieg schon hinter sich hatten, unterschieden sich, so Sommer, von westdeutschen Politikern und Spitzenbeamten vor allem dadurch, dass sie viel stärker wie Technokraten redeten:

„Jeder Parteifunktionär ein Wohnungsbauexperte, jeder Ratsvorsitzende ein Rationalisierungsfachmann. Nicht mehr die stalinistischen Sozialingenieure sind am Schalthebel, die den alten Adam in der Fabrik des neuen Menschen umkrepeln wollen, sondern die Diplomingenieure.“ (Sommer 1986, 12)

Waren die DDR-Hochschulbauten nun dementsprechend steingewordene Variationen über das Thema ‚Arbeiterklasse und Intelligenz‘? Symbole der als Produktivkraft definierten Wissenschaft? Fanden sich in ihnen Spuren einer Erkennbarkeit als originär sozialistische Bauwerke?

„In der Form national, im Inhalt demokratisch!“: Um die Einlösung dieser in den frühen fünfziger Jahren erhobenen Forderung der politischen Führung und der damals führenden Architekten an das DDR-Bauwesen hat man sich auch im Hochschulbau durchaus bemüht¹¹ – wobei ‚demokratisch‘ selbstredend nicht im Sinne des politischen Liberalismus gemeint war, sondern die gesellschaftliche Aneignung gesellschaftlich erzeugten Reichtums meinte. Auf der inhaltlichen Ebene war eine solche Option unter den Bedingungen einer staatlich gesicherten kulturellen Hegemonie politischer Eliten, die dem Marxismus-Leninismus als ideologischer Basistheorie anhängen, auch relativ problemlos umsetzbar: Hochschulen waren in der DDR von Beginn an definiert als Stätten *sozialistischer* Bildung und Erziehung. Das bedeutete nicht nur, in der Ausbildung der Studierenden auf strikte weltanschaulich-theoretische Orientierung an der Staatsdoktrin des Marxismus-Leninismus zu achten. Bezogen auf die Rekonstruktion vorhandener und die Konzipierung neuer Hochschulbauten bedeutete diese Zielstellung auch, räumlich und ästhetisch die neuen, als sozialistisch intendierten Bildungsvorstellungen, also das *kollektive* Lehren, Forschen, Lernen und Leben, zu präferieren.

2.3. Bildzeichen-Architektur

Mitte der 60er Jahre war das Programm zur radikalen Standardisierung wieder weitgehend aufgegeben worden. Jetzt sollte die Monotonie bekämpft werden. 1967 kritisierte Walter Ulbricht das Übermaß an Provinzialismus in der Architektur und verwies auf die Chance, welche die noch vorhandenen Leerflächen in den Städten böten:

„Das Ministerium für Bauwesen und die Bauakademie hätten sich bisher auf die technologischen Probleme konzentriert. Das sei auch richtig und weiterhin notwendig. Jetzt aber müsse die sozialistische, DDR-typische Architektur forciert und systematisch entwickelt werden. Die Westdeutschen hätten ihre Städte zugebaut und verbaut. Sie können uns nicht mehr einholen. Wir besäßen die Chance, es besser zu machen und die Überlegenheit des Sozialismus auf diesem Gebiet weithin sichtbar werden zu lassen.“¹²

Nun kamen Gedanken zum Zuge, welche die Kulturfunktion von Architektur unterstrichen. Die Zusammenarbeit von Architekten und Künstlern sollte gefördert werden. Verbunden wurde dies mit Anregungen aus neueren Theorieentwicklungen:

¹¹ Siehe dazu Hartung (1999); vgl. auch – und zwar zur TH Dresden – Nowak/Lienert (1997).

¹² Information über die Beratung des Genossen Walter Ulbricht zu Problemen der Entwicklung von Architektur und Städtebau in der DDR am 8.12.1967. Niederschrift vom 11.12.1967 aus der Abteilung Bauwesen des ZK der SED, zit. bei Palutzki (2000, 221).

„Die Informationstheorie belehrt uns darüber, daß bestimmte Bauwerke in den Zentren der Städte als einmalige Zeichen Informationen liefern, die für das Erlebnis nicht nur außerordentlich wichtig sind, sondern auch durch ihre Identität mit der gesamten Erlebniswelt der Bürger der Stadt eine ganz entscheidende Bedeutung haben.“ (Deutsche Bauakademie 1968, 19)

So entstand die „Architektur der Bildzeichen“, die auch für den Hochschulbau Bedeutung entfalten sollte. Hervorzuheben waren nun mittels architektonischer Lösungen zentrale Funktionen der jeweiligen Städte: Rostock als Stadt des Schiffbaus und der Seeschifffahrt, Jena als die Stadt der Zeiss-Werke und der Universität, Halle als „Stadt der Chemie und einer Universität“, Magdeburg als „Stadt des Maschinenbaus und einer Hochschule“, Leipzig als Stadt mit internationaler Messe, Buchherstellung und Universität (ebd., 17). Städtebauliche Dominanten sollten auf diese Funktionen verweisen.

Konzeptionell und mit entsprechenden Bauentwürfen maßgeblich beteiligt war Hermann Henselmann. Nicht um architektonische ‚Bilder‘ – „in der Form architektonischer Gegenstände, deren Bedeutung bekannt ist“ – ging es ihm, sondern um „architektonische ‚Bildzeichen‘ in der Form außerarchitektonischer, noch nicht als Architektur gewohnter Gegenstände, deren ikonische Bedeutung allerdings bekannt ist und die nun, indem sie zur Bedeutungsübertragung in der Architektur herangezogen werden, eine symbolische Funktion erhalten“ (Flierl 1968, 46).

Drei Projekte dieser Art, die Plastik und Architektur zusammenführen sollten, hat Henselmann zum DDR-Hochschulbau beigetragen, zwei wurden realisiert.

Für Leipzig entwarf er als Bestandteil des neuen Universitätszentralkomplexes am Karl-Marx-(Augustus-)Platz ein 1973 fertiggestelltes Hochhaus, dreiseitig konvex geformt, 140 Meter hoch: „eine eindrucksvolle architektonische Geste“ (Topfstedt 1999, 171):

„Im Sinne der damals grassierenden Bildzeichen-Architektur sollte das Hochhaus als ‚aufgeschlagenes Buch‘ und mithin als bauliche Metapher für ‚Wissenschaft‘ verstanden werden. Eine zusätzliche semantische Aufladung im Sinne einer allgemeinen Siegesymbolik erfuhr der Turm durch seinen 20 Meter hohen, als Stahlfachwerkkonstruktion ausgeführten Aufsatz in Gestalt einer kühn aufgipfelnden ‚Fahne‘.“ (Ebd.)

Für Jena entwarf Henselmann gleichfalls einen Turm, der ursprünglich zwar als Forschungsgebäude für Carl Zeiss Jena projektiert, dann aber, 1972, zum Universitätshochhaus umgewidmet worden war.¹³ Der runde Baukörper erinnert an die

¹³ „im Dezember 1970, als Ulbrichts Wirtschaftspolitik parteiintern kritisiert und auf der 14. Tagung des ZK der SED angekündigt worden war, bestimmte städtebauliche Projekte müsse man später verwirklichen, versuchte das hochverschuldete Zeiss-Werk, den in Bau befindlichen Turm loszuwerden. Da die Universität ebenfalls dringend neue Flächen benötigte, wurde ihr das Hochhaus ab Januar 1971 aufgedrängt“ (Sänger 2000, 190).

Bergfriede der umgebenden Burgruinen, die anfangs gar linsenförmig geplanten Fenster sollten auf die Produktion des VEB Carl Zeiss hinweisen (Sänger 2000, 188), und alsbald wurde der Turm als Fernrohr gedeutet, womit der symbolische Bezug zum Zeiss-Werk wieder hergestellt war. „Wie andere seiner Bauten ist dieser für den Standort überdimensionierte Komplex ein soziales Formgefüge, das keine Rücksicht auf die alten Strukturen nimmt.“ (Ebd.)

Ein dritter bildzeichnerischer Hochschulbau-Entwurf Henselmanns kam nicht zur Ausführung: die Ende der 60er Jahre geplante Hochschule für Landwirtschaft in Neubrandenburg:

„Mit sicherem Gespür für den *genius loci* der Stadt wählte Henselmann ... die mittelalterliche Stadtmauer und ihre Tore als Vorbild für die neue Hochschule. Mit dieser Stadtbildrezeption stand er ganz in der Tradition der Romantik. [...] Henselmann komponierte sein Ensemble als 115 Meter hoch aufragendes ‚Tor‘ mit anschließender ‚Stadtmauer‘, einer langen Scheibe, die einen leichten Bogen beschreibt. [...] Das dringende Bedürfnis nach einem markanten Turm als obligatorischer ‚Stadtkrone‘ konnte durch Rückgriff auf ein Tor befriedigt werden.“ (Wiesemann 1999, 133f.)¹⁴

Zu unterscheiden ist für die beiden realisierten Türme in Leipzig und Jena zweierlei: die Radikalität des architektonischen Entwurfs und die Funktionalität des Bauwerks. Die architekturhistorische Einordnung kommt zu folgendem Ergebnis – hier formuliert im Blick auf das Jenenser Gebäude –: „Es bleibt ein Bergfried, eine an der mittelalterlichen Architektursymbolik orientierte ‚Trutzburg der Wissenschaft‘, die für DDR-Verhältnisse einem Prunkbau gleichkommt.“ Es repräsentiere die Avantgarde der späten sechziger Jahre und „zählt ebenso wie das etwa gleichaltrige BMW-Hochhaus in München zum International Style“.¹⁵

Kritischer fällt die funktionelle Bewertung aus. Das im Grundriss dreiecksförmige Leipziger Universitätshochhaus zeichnete sich infolge nach innen gewölbter Außenwände durch maximalen Grundstücksverbrauch bei minimalem Raumgewinn aus. Der Anteil der Hauptnutzfläche an der Nettogeschossfläche lag mit 45% deutlich unter dem in Bürogebäuden üblichen Wert von 70% Hauptnutzfläche zu 30% Verkehrs-, Nebennutz- und Funktionsfläche. Die Etagenarchitektur war kommunikationsfeindlich – zumal im Zusammenhang mit der konsequenten Trennung von den Hörsälen und Seminarräumen, die in anderen Gebäuden des Komplexes separiert wurden. Hinzu traten Probleme durch eine permanent überforderte Kli-

¹⁴ Dort auch Abbildungen des zuvor – gegen Henselmanns Gewohnheit – noch nicht publizierten Entwurfs.

¹⁵ Nachforschungen über ein Herrschaftssymbol. Kunsthistorische Annäherung an den „Turm von Jena“, in: *Uni-Journal Jena* 1/1999, S. 14f.; vgl. ausführlicher Diers et al. (1999).

maanlage bei hier zudem nicht öffnungsfähigen Fenstern. Diese Nachteile des Hochhauses hatten ihm beizeiten ein schlechtes Image bei seinen Insassen verschafft. Für den Turm in Jena wird ähnliches berichtet (Sänger 2000, 180). Unter den Prämissen kühner architektonischer Lösungen trat „der eigentliche Ausgangspunkt für den Hochschulbau, nämlich hochrationelle Lösungen für Lehre und Forschung zu schaffen, ... etwas in den Hintergrund“ – wie es der verantwortliche Abteilungsleiter im DDR-Hochschulministerium formuliert (Hicke 1999, 66). Und Thomas Topfstedt, nicht nur Leipziger Architekturhistoriker, sondern auch mit 20-jähriger Uni-Turm-Nutzererfahrung versehen, weiß zu berichten:

„Weniger gut stand es freilich von Anfang an um die Gebrauchseigenschaften des Turmes. Nach Henselmans ersten Vorstellungen sollte er fensterlos ausgeführt werden und übereinandergestapelte Hörsäle enthalten, was gewaltige Verkehrsflächen und eine Vielzahl von Nottreppenhäusern und Fahrstühlen erfordert hätte. Dieses funktionell absurde Konzept wurde mit baupolizeilichen und finanziellen Argumenten rasch zu Fall gebracht, doch erwies sich auch die schließlich verwirklichte Nutzung des Turmes als folgenschwere, weil den genuinen Abläufen des universitären Betriebes zuwiderlaufende Fehlentscheidung: in das Hochhaus zogen die zu verschiedenen Sektionen zusammengefaßten Fachbereiche ... und die Sektionsleitungen ein, wodurch die Lehrenden definitiv von den Studierenden getrennt wurden. Die Hochschullehrer und die wissenschaftlichen Mitarbeiter saßen räumlich beengt und mit einem völlig unzulänglichen Arbeitsinstrumentarium im Turm; die Studierenden aber hatten nach Auflösung der alten Institutsstrukturen und der dazugehörigen, einst wohlausgestatteten Institutsbibliotheken überhaupt keine richtige Heimstatt mehr. Die unausbleibliche Folge war, daß jegliche spontane Kommunikation zwischen Lehrenden und Studierenden und damit die auf einer unmittelbaren räumlichen Nachbarschaft von Forschung und Lehre, von Bibliothek, Seminarraum und Hörsaal beruhende herkömmliche Form der akademischen Ausbildung wenn nicht völlig unterbunden, so doch ungeheuer erschwert wurde. [...] Hermann Henselmans vielgepriesener, durch seine kühne Form zweifelsohne bestechender ‚Turm der Wissenschaft‘ wurde für alle, die gezwungen waren, dort ständig zu arbeiten, zu einer Dauerbelastung.“ (Topfstedt 1999, 171)

Henselmann hatte auch noch ein weiteres bildzeichenhaftes Haus der Wissenschaften, Kultur und Bildung für Rostock in Form eines Schiffsbugs entworfen (vgl. Schäche 1995, 159), doch war dieser Form von repräsentativen Funktionsbauten keine längere Konjunktur gegönnt. Mit der Bildzeichenarchitektur, so das DDR-Standardwerk „Kunst der DDR“ 1983, „wurden Abbildfunktionen der bildenden Kunst recht äußerlich auf die Architektur übertragen, ohne der notwendigen inneren Einheit eines Bauwerkes von Erscheinungsbild, Funktion, Konstruktion und Ökonomie zu entsprechen. Dieser Weg wurde deshalb nicht fortgesetzt“ (Kuhirt 1983, 126).

2.4. Campus-Anlagen

Der staatgewordene Sozialismus war ein kollektivistisches Projekt. Das spiegelte sich auch in den Hochschulbauten der DDR. Abgesehen von einigen vorrangig semiotischen Manifestationen wie dem Leipziger Universitätsturm (Topfstedt 1999) lässt sich über die meisten in der DDR realisierten Hochschulkomplexe sagen, dass sie baulich sozialintegrativ angelegt waren. Das verband sich mit der Intention, einen ablauffeffizienten Hochschulbetrieb zu ermöglichen. Kurze Wege durch Konzentration und Kombination von Funktionen, also das Neben- und Ineinander von Institutsräumlichkeiten, Laboren und Ateliers, Vorlesungssälen und Seminarräumen, Bibliotheken sowie Mensen, schließlich die Vermittlung von Studium und Freizeit durch Einbeziehung von Studentenklubs, Wohnheimen und Sportstätten: dies kennzeichnete die Campus-Projekte wie etwa die Hochschule für Elektrotechnik (dann TH) Ilmenau, den Ausbau der PH Güstrow, die TH-Anlagen in Merseburg und Zwickau oder das Bildungszentrum in Cottbus, ebenso auch kleinere Anlagen, die campusähnlich für einzelne Hochschulteile, insbesondere die Naturwissenschaften, gebaut worden waren.

Die bauliche Zusammenführung der diversen Funktionsbereiche bediente unterschiedliche Wünsche. Die Funktionsverdichtung an einem Ort sollte der Vereinzelung des studierenden, lehrenden und forschenden Individuums entgegenwirken und das kollektive Arbeiten – heute spräche man von *Teamwork* – befördern. Hier stand einerseits die Erwartung Pate, intersubjektiver Austausch rege kreative Prozesse an. Andererseits korrespondierte es mit der prinzipiell individualismuskritischen Gesellschaftsdoktrin; diese Doktrin konnte auch von bildungstheoretischen Auffassungen über die Notwendigkeit der Förderung individuellen Schöpfertums, wie sie seit den siebziger Jahren von einer wachsenden Zahl von DDR-Wissenschaftlern (und in deren Gefolge auch einigen Funktionären) vertreten wurde, nicht entscheidend aufgebrochen werden. Daneben folgte die Funktionsverdichtung in den DDR-Hochschulbauten der Idee effizienter Ablauforganisation, die sich aus dem Anspruch speiste, gesellschaftliche Ressourcen durch Nutzungsintensivierung optimal auszuschöpfen. Schließlich sollte insbesondere über die Verklammerung von Studien- und Freizeitbereich auch ein hohes Maß an sozialer Kontrolle ermöglicht werden.

Eines der frühen DDR-Campusprojekte war die Hochschule für Elektrotechnik (dann Technische Hochschule, heute TU) Ilmenau. Am Nordhang des Thüringer Waldes gelegen, leistete man sich dort eine ausgesprochen geringe Bebauungsdichte, als 1953 mit der Projektierung und 1956 mit der Bauausführung begonnen wurde: Bei einer Geländefläche von 476.000 m² sind nur 90.000 m² Nutzfläche. Eine Hochschule im Grünen entstand, deren locker bebauter Campus Fakultäts- und

Lehrgebäude, die Zentralverwaltung, Mensen und Studentenwohnheime, Bibliotheken sowie das Hochschulsportzentrum beherbergt und daneben soziale und kulturelle Einrichtungen wie Arztpraxis, Kaufhalle, Ausstellungsräume, Tennisplätze integriert.¹⁶

Ähnlich wie in Ilmenau, wo seit den 50er Jahren mit wechselnder Intensität bis in die 80er Jahre gebaut worden war, entstand auch das Bildungszentrum in Cottbus über verschiedene Etappen, die drei Jahrzehnte umfassten. Die Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau war die erste DDR-Baustelle, auf der die Großblockbauweise eingesetzt wurde, und das Bildungszentrum Cottbus mit der dortigen Hochschule für Bauwesen gehörte zu den ersten Hochschulanlagen, die in diversen Stahlbetonbauweisen errichtet wurden. In Cottbus ging die übliche Funktionsverdichtung einer Campusanlage auch noch über unmittelbar hochschulische Bezüge hinaus: Neben der Bau-, dann Ingenieurhochschule (1991 neugegründet, heute unter dem Namen Brandenburgische TU Cottbus firmierend) und den zugehörigen Einrichtungen wie Mensa, Bierkneipe, Wohnheimen und Sportanlagen residierten dort auch das Institut für Lehrerbildung, eine Kindergärtnerinnen- und eine Berufsschule, schließlich Kindergarten und Kinderkrippe sowie eine Poliklinik.

Derartige Bildungszentren galten im übrigen eine Zeitlang als moderne Funktionseinheiten, durch die sich Synergien erzeugen ließen. So war, um ein weiteres Beispiel zu nennen, ein ähnlicher Komplex Anfang der siebziger Jahre in Halle-Neustadt errichtet worden, wo eine Mischnutzung durch einen kleinen Bereich der halleischen Martin-Luther-Universität, Berufsschulen, eine Erweiterte Oberschule (Gymnasium), Lehrlingswohnheime und Sportanlagen realisiert wurde. Der Nachteil dieser meist nicht in zentraler städtischer Lage angesiedelten Bildungszentren bestand in der Separierung: Funktionen, die dort konzentriert waren, waren zugleich den Wohngebieten entzogen; eine organische Verklammerung der Lebensbereiche wurde aufgegeben.

2.5. *Studentenwohnheime*

Eine zentrale Rolle bei der Projektierung der Campusprojekte spielten Studentenwohnheime. An der Pädagogischen Hochschule Halle-Kröllwitz etwa wurden noch in den achtziger Jahren zusätzliche Wohnheime in Stahlbetonbauweise auf das Hochschulgelände gesetzt. In Ilmenau finden auch heute noch 80 Prozent der Studierenden auf dem Campus Quartier. Zwischen 1960 und 1980 waren in der DDR insgesamt 20 Wohnheimkomplexe gebaut worden, davon 80 Prozent in unmittel-

¹⁶ Der Verf. dankt Bernd Riese vom Dezernat Akademische und Rechtsangelegenheiten der TU Ilmenau für seine Auskünfte zur Bauentwicklung der Hochschule.

barer Nähe zur jeweiligen Hochschule (Krause et al. 1982, 85¹⁷). Doch auch darüber hinaus, d.h. an hochschulabgelegeneren Standorten hatten fortdauernd neue Wohnheime errichtet werden müssen, um die Unterbringung der Studierenden abzusichern. Darüber hinaus ist wichtig festzuhalten, dass die Unterbringung der Studierenden, wie übrigens auch die gastronomische Versorgung aller Hochschulangehörigen,¹⁸ in der DDR zu den Aufgaben der Hochschule zählte. Für eine Sozialgeschichte des Hochschulbaus (wie der Hochschulentwicklung) in der DDR ist mit den Wohnheimen jedenfalls ein zentrales Phänomen benannt, das aus der ehemaligen Bundesrepublik bspw. so nicht bekannt ist.

Studieren mit Wohnheimunterbringung war kennzeichnende Sozialerfahrung für die meisten Studentengenerationen der DDR. Seit den sechziger Jahren hatte das Leben im Wohnheim das traditionelle studentische Wohnen zur Untermiete sukzessive verdrängt. Auch der seit Beginn der achtziger Jahre zu verzeichnende Trend, in (zwar illegal, aber weithin unter städtischer Duldung bezogenen) sog. Abrisshäusern studentische Wohn- bzw. Hausgemeinschaften zu bilden, machte den Wohnheimen ihren Rang als unterdessen dominierende studentische Wohnform nicht streitig. Das Leben im Elternhaus schließlich – als vierte Wohnoption – war zunehmend dem Drang nach frühzeitiger Selbständigkeit gewichen, welche letztere wiederum durch schrittweise ausgeweitete Stipendienregelungen auch finanziell und durch die Wohnheime eben auch praktisch ermöglicht wurde.

Die Studentenwohnheime waren insoweit zu intensiv genutzten Angeboten geworden, in einem biographisch frühen Stadium elternunabhängig zu werden, ohne dass dies mit einer abrupten Adoleszenzverkürzung verbunden sein musste: denn das Aufgeben der familialen Alltagsbindung war unmittelbar verbunden mit dem Neugewinn eines Netzes studentischer Sozialbindungen, die den Studienalltag und, über das Wohnheim, das Freizeitleben integrierten. 1983 wohnten ca. 75 Prozent aller Hochschulstudenten- und -studentinnen in Wohnheimen (Richter 1983, 1).

Zu einer Idealisierung der Wohnheime freilich besteht kein Anlass. Zunächst ergab sich aus dem Umstand, dass in den siebziger Jahren die Studierendenzahlen in der DDR überproportional gestiegen waren, ein nie vollständig befriedigter Bedarf an Wohnheimplätzen. Ein wesentlicher Teil der Wohnheimplatznachfrage resultierte zudem daraus, dass durch Fächerkonzentrationen im Zuge der III. Hochschulreform 1968ff. zahlreiche Fächer nicht mehr in Elternwohntort-Nähe studier-

¹⁷ die Quelle bietet zugleich einen so kompakten wie instruktiven, zudem illustrierten Überblick über die „funktionelle und bauliche Entwicklung“ des Studentenwohnheimbaus in der DDR.

¹⁸ weshalb auch Mensabauten unmittelbarer Bestandteil des DDR-Hochschulbaus waren; vgl. dazu Zimmermann (1999).

bar waren, da sie nur noch an ein oder zwei Hochschulen landesweit angeboten wurden: Ein Teil der studentischen Mobilität mag auf diese Weise auch erzwungen gewesen sein, ohne im Einzelfall unbedingt individuellen Bedürfnissen zu entsprechen. Für die Wohnheime ergaben sich aus der kapazitätsüberschreitenden Nachfrage beträchtliche Einschränkungen des Wohnkomforts, die den ursprünglichen Projektierungsintentionen erheblich widersprachen; denn der gesetzliche Anspruch auf einen Wohnheimplatz erzwang eine Bewältigung der Unterbringungsquantitäten zulasten der Qualität.

Eine zeitgenössische Studie hatte die Entwicklung des DDR-Studentenwohnheimbaus in folgender Weise beschrieben:

„Die erste Generation ... war durch konsequente Geschlechtertrennung gekennzeichnet. Die Wohngeschosse bestehen hier aus meist gleichgroßen Wohn-Schlafräumen, denen im Geschoß zentrale Sanitärräume ..., Teeküche und Klubraum zugeordnet wurden.

Die zweite Generation wurde in Auswertung internationaler Erfahrungen der 60er Jahre ... entwickelt und in großem Umfang gebaut. Die Funktionsstruktur der Wohngeschosse, die sich aus Wohngruppen für jeweils 10 Wohnheimplätze aufbaut, ermöglichte eine Belegung der Studentenwohnheime nach pädagogischen Prinzipien (z.B. sektionsweise Belegung). Der ‚Zehnergruppe‘, die aus vier Wohn-Schlafräumen (zwei Zweibett- und zwei Dreibettzimmern) besteht, ist dezentral ein Sanitärbereich ... zugeordnet. In der Wohnsektion wurden Teeküche, Gemeinschaftsraum, Putz- und Abstellraum zentral vorgesehen. Diese Wohnheime sind flexibler nutzbar als die der ersten Generation. Sie genügen jedoch den gegenwärtigen und künftigen Anforderungen nicht mehr.

Eine dritte Generation von Wohnheimen wird erforderlich, um den veränderten Anforderungen... und der ... veränderten Altersstruktur der Studierenden gerecht zu werden. Durch die veränderte Altersstruktur der Studierenden, sowie durch sozialpolitische Maßnahmen zur Förderung junger Ehen bis zum 26. Lebensjahr und zur Stimulierung des Geburtenzuwachses, ergaben sich Veränderungen der sozialen Stellung der Studierenden, die Veränderungen der Wohnbedürfnisse zur Folge haben. Gegenwärtig sind ca. 50 Prozent mehr Studentenehepaare in Wohnheimen unterzubringen als 1975. Fast alle Studentenehepaare (98,5 Prozent) haben ein Kind ... Der Anteil der [alleinerziehenden, G./P.] Studentinnen mit einem Kind ist um etwa 60 Prozent angewachsen. [...] Der Trend beim Bau von Studentenwohnheimen ... geht im Wohn-Schlaf-Arbeitsbereich zum Apartmenttyp über. Mit kleineren komplettierten Einheiten können die unterschiedlichen Nutzeranforderungen erfüllt, differenzierte Wohnbedürfnisse befriedigt sowie Ordnung und Sicherheit im Wohnheim verbessert werden.

Die Funktionsstruktur der dritten Generation von Wohnheimen ... baut auf dem Gruppenapartment mit zwei bis drei Wohn-Schlafräumen auf, denen funktionell bedingte Nebenräume ... und eine Kleinstküche vorgelagert sind.“ (Richter 1983, 1)

Die derart beschriebenen ursprünglichen Ansprüche der Planer und Architekten mussten dann jedoch vielfach daran scheitern, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen den quantitativen Unterbringungsanforderungen permanent unterlegen waren. Infolgedessen waren die Wohnheime zu einem großen Teil chronisch überbelegt. Aus Zweibett- wurden Dreibett-Zimmer, in für drei Personen projektierten Räumen mussten dann vier Studierende ihre Herberge finden; ursprünglich für Klubzwecke ausgewiesene Zimmer wurden mit Betten und Schränken bestückt. Die Übernutzung der Funktionsräume – Küchen, Sanitärbereich – war in der Folge eine weitere problematische Konsequenz.

Zugleich aber mussten sich Architekten und Projektanten gegen uneinlösbare Ansprüche wehren. „Überspitzte Wunschvorstellungen“, so hieß es, seien die Ideen, aus dem Studentenwohnheim die „Hochschule in der Hochschule“ machen zu wollen“ oder aus dem Wohnheimplatz den wichtigsten Studienplatz:

„Mitunter wird die Rolle des Studentenwohnheimes als Faktor des Erziehungs- und Ausbildungsprozesses überschätzt, indem überzogene Anforderungen an bauliche Lösungen formuliert werden. Ohne die Bedeutung des Studentenwohnheimes in diesem Prozeß abmindern zu wollen, müssen wir doch wohl immer berücksichtigen, daß Qualität und Niveau der Erziehung und Ausbildung primär in den Bereichen für Erziehung, Lehre und Forschung – also in Hörsälen, Seminarräumen, Kabinetten, Praktika, Konstruktionsräumen, Bibliotheken u.a. wissenschaftlichen Arbeitsräumen für Lehre und Studium – bestimmt werden ... Das studentische Wohnen und damit die Sicherung weiterer spezifischer Bedürfnisse der Erziehung und des Selbststudiums in Studentenwohnheimen müssen sich in diesen ... Prozeß einordnen.“ (Queck 1982, 7)

Eine produktive Nachwirkung der durch das Leben im Wohnheim geprägten studentischen Alltagskultur hat sich indes über das Ende der DDR und über den Wechsel von der letzten DDR-Studentengeneration zu den ersten ‚gesamtdeutschen‘ Generationen hinweg erhalten: Es ist dies die Studentenklub-Kultur – ein Phänomen, das ohne die Wohnheime so flächendeckend, wie es auch heute noch weithin anzutreffen ist, kaum denkbar gewesen wäre. Sowohl die Bereitstellung extra ausgewiesener Räumlichkeiten in den Studentenwohnheimen wie die räumliche Konzentration der Studierenden dortselbst waren (und sind) die wesentlichen Voraussetzungen, um eine dezentrale Klublandschaft an den meisten ostdeutschen Hochschulstandorten entstehen und fortexistieren zu lassen.

Seit 1990 werden die großteils in Großplattenbauweise errichteten Studentenwohnheime in Ostdeutschland systematisch saniert und z.T. gestalterisch aufgewertet.¹⁹

¹⁹ vgl. zu den Ergebnissen Mutius/Nußberger (1994, 62f., 68-75, 134-141).

2.6. DDR-Hochschularchitektur: Botschaft durch Bekunstung

Das Ziel der Vermittlung von eindeutigen Botschaften durch anspruchsvolle Bauten blieb unerreicht, obgleich es als Zielstellung sozialistischen Bauens bis zum Schluss – trotz ökonomischer Zwänge zu pragmatischen Lösungen und Mangel an originellen Ideen zur Umsetzung dieses Anspruchs – nicht wirklich aufgegeben wurde. Doch eine Vermittlung sozialistischer Botschaften gelang auch beim Hochschulbau letztlich nicht auf der Ebene architektonischer Stilmittel. Denn selbst wenn die markanteste Unternehmung in dieser Hinsicht, die Bildzeichenarchitektur, als ein diesbezüglicher Versuch gewertet wird, so muss dann doch sogleich darauf verwiesen werden, dass diese nur bedingt ‚sozialismustypisch‘ war: Parallel zum Forschungshochhaus in Jena errichtete bspw. BMW in München als Hauptverwaltungssitz ein Hochhaus²⁰ nach dem Grundmodell eines Vierzylindermotors, zudem aluminiumverkleidet, also durch und durch ein ‚Bildzeichen‘.

So verwundert auch nicht, wenn Wiesemann (1999, 137) darauf aufmerksam macht, dass Henselmann bereits in Leipzig, stärker noch in Jena und besonders deutlich in dem nicht ausgeführten Neubrandenburg-Entwurf insofern recht unbekümmert bei seiner Motivsuche vorging, als ihm die gesellschaftspolitische Symbolik sozialistischen Inhalts wenig bedeutet habe. Wichtiger sei ihm vielmehr der lokale Bezug gewesen – neben anderen Motiven:

„Die Ortstypik seines gebauten Bildes mußte unmittelbar einleuchten, jeder neue Bau mußte sich von den zuvor entworfenen völlig unterscheiden, und – dem nicht uneitlen Architekten besonders wichtig – die gewählte Form mußte sich in einen möglichst brillanten eigenen Entwurf umsetzen lassen.“ (Ebd.)

Ein Ausweg, die Botschaft des gesellschaftlichen Fortschritts dennoch, trotz aller erfahrbaren Unzulänglichkeit der gebauten Versuche, zu transportieren, wurde benötigt. Dieser Ausweg fand sich schließlich darin, die Idee propagandistischer Indienstnahme der Hochschulbauten für die Verbreitung sozialistischer Ideen über eine Synthese von international üblicher moderner, rein funktionaler Architektur einerseits und bildender Kunst andererseits zu realisieren. Als ein gangbarer Weg dazu erschien die Signierung der Hochschulbauten als originär sozialistische Architektur durch eine ‚Beschriftung‘ mittels Kunstwerken, vor allem solcher der sozialistisch-realistischen Stilrichtung.

Architekturbezogene Kunst – über deren gesellschaftspolitische und künstlerische Zielstellungen wie ästhetisch-praktische Ausformung es seit Mitte der siebziger Jahre intensive theoretische Debatten gab – versuchte, das Scheitern des Konzeptes eines sozialistischen Architekturstils aufzufangen. „In dem Moment, wo Ge-

²⁰ nach Plänen Karl Schwanzers, 1970-72

wünschtes und Wirklichkeit unüberbrückbar auseinander zu klaffen begannen, also spätestens seit dem Ende der sechziger Jahre, warf sich architekturbezogene Kunst in die Bresche.“ (Guth 1995, 385)

Das konnte in Hochschulen bzw. an Hochschulbauten verschiedene Formen annehmen: das Hochschulgelände als Kunstpark und Galerie, illustrative Wandmalereien innen und außen, Ornamentik am Baukörper, der Wettbewerb für KunststudentInnen oder der Auftrag an einen etablierten Künstler.

Die Deutsche Hochschule für Körperkultur in Leipzig etwa baute eine eigene Kunstsammlung „Sport in der bildenden Kunst“ auf und bestückte aus diesem Bestand ihre weiträumigen Flure, Treppengänge und Freiflächen (vgl. Witt 1998). Wandbilder wurden an nahezu allen Hochschulen über die gesamten DDR-Jahrzehnte hin in Auftrag gegeben und unterlagen selbstredend auch den allgemeinen kunstpolitischen Konjunkturen – etwa wenn in den 50er Jahren zahlreiche Werke der frühen Wandbildbewegung dem Formalismus-Verdikt zum Opfer fielen: Die der Wandmalerei – im ursprünglichen Sinne des auf die verputzte Fläche aufgemalten Bildes – „eigenen stilistischen Vereinfachungen wurden zum Vorwand einer kunstpolitischen Kampagne genommen. Anhand der Wandmalereien führte die Partei der Öffentlichkeit und den Künstlern vor, daß in der bildenden Kunst formale Abstraktionen nicht geduldet wurden“ (Schönfeld 1999, 231).

Manche Kustodien der Hochschulen suchten zugleich, offiziöse Anforderungen zu relativieren, indem sie Aufträge für baugebundene Kunst an unangepasste Künstler vergaben.²¹ Die Jugendhochschule der FDJ in Bogensee wurde in den 80er Jahren im Rahmen eines Wettbewerbs für KunststudentInnen gestaltet. Dabei sei es den Studenten schwer gefallen, das Thema „Kommunistische Zukunft“ zu bearbeiten, berichtet der Projektbeauftragte der FDJ, und in der Tat war zu dieser Zeit bereits kaum noch ein Kunststudent zu etwas zu zwingen: „Das, was sie in verschiedenen Bildern thematisierten, hätte – wäre es von einem Lehrer oder gar von einem Schüler ausgesprochen worden – an der Jugendhochschule sofort zu einem politischen Erdbeben geführt.“ (Schütrumpf 1999, 227)²²

Aber auch bei solchen Bekunstungsaktionen ging es nicht immer allein um die politische Aussage, die Intentionen bedienen oder sie unterlaufen sollte. Eitelkeiten und Netzwerke zeitigten gleichfalls ihre Wirkungen. So berichtet Ulf Zimmermann, Architekt und Projektleiter mehrerer Hochschulmensa-Bauten, über seine Erfahrungen bei der innenräumlichen Gestaltung:

²¹ Vgl. Fischer/Schieferdecker (1998) und Ebersbach/Behrends (1998).

²² Vgl. auch den Katalog: Zentralrat der FDJ (1986).

„Leipzig [die DHfK-Mensa in der Friedrich-Ludwig-Jahn-Allee, p.p.] ist für mich ein Beispiel mit sehr schlechten Erfahrungen. Bei diesem Vorhaben wurden wir eigentlich das einzige Mal regelrecht ausgebootet. An der DHfK gab es einen ‚Kunstwart‘, wohl auf dem Gebiet Kunstgeschichte tätig, der zu keiner kooperativen Zusammenarbeit bereit war. Wir haben zwar einiges durchsetzen können, z.B. die Glasgestaltung im Erfrischungsraum mit den hinterleuchteten Glaselementen von Rudi Sitte oder im Kaminraum ein Bild von Günter Richter. Aber im Nachhinein sind die Räume regelrecht mit Kunst überfrachtet worden. Das alles geht auf diese eine Person zurück, die uns nie mehr eingebunden hat.

In Halle [die Universitätsmensa Am Weinberg, p.p.] hatten wir Schwierigkeiten, weil sich dort der Verband Bildender Künstler sehr stark machte und seine eigenen Leute unterbringen wollte. Am Ergebnis sah man, daß einige, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Funktion beteiligt waren, zwar die größte Fläche in Anspruch genommen haben, aber damit nicht zurechtgekommen sind.“ (Zimmermann 1999, 102)

Anders bei dem Relief „Karl Marx und das revolutionäre weltverändernde Wesen seiner Lehre“ von Klaus Schwabe, Frank Ruddigkeit und Rolf Kuhrt über dem Portal (vgl. Adam 1999), Werner Tübkes Monumentalgemälde zum Thema „Arbeiterklasse und Intelligenz“ im Hauptgebäude (vgl. Beaucamp 1985) oder Hartwig Ebersbachs Installation „Antiimperialistische Solidarität“ im Hörsaalgebäude (vgl. Ebersbach/Behrends 1999) der Leipziger Universität: Sie können hier stellvertretend genannt werden für zahlreiche allemal gelungenen Versuche, die zugeschriebene sozialistische Identität eines Hochschulbauwerkes auf eine sinnlich auch wahrnehmbare Ebene zu heben. Dass es dabei, wie bei Tübke und Ebersbach eindrücklich zu entdecken, jede Menge semisubversiven Unterlaufens des im Werktitel formulierten politischen Auftrags gab – dies freilich konnte sich nur dem erschließen, der die Sinnschichten der Werke zunächst zu unterscheiden und sie alsdann zu decodieren vermochte.

Insgesamt sind die „Wände der Verheißung“ (Guth) ihrer Aufgabe, Bauwerke als solche eines sich sozialistisch definierenden Gemeinwesens auszuweisen, durchaus gerecht geworden. Dass diese Intention der politischen und künstlerischen Elite auch verstanden wurde, davon legten nicht zuletzt die Versuche der Bilderstürmerei, die Forderungen nach Depotverbannung der alten DDR-Symbole an Hochschulbauten nach dem Zusammenbruch der DDR Zeugnis ab.²³

²³ Vgl. dazu Adam (1994, 98-100), Pasternack (1999), Schieck (1999).

3. Erbe-Entsorgung, -verwaltung oder -aneignung?

Bei der Betrachtung der Ergebnisse des DDR-Hochschulbaus wird jede Bewertung der gefundenen Lösungen mindestens berücksichtigen müssen,

- dass es sich vielfach um Kompromisse zwischen Ansprüchen der Architekten und Künstler einerseits und der Auftraggeber andererseits handelte, Kompromisse, die zudem oftmals in politisch aufgeladenen Auseinandersetzungen entstanden;²⁴
- dass manches Gestaltungselement seinerzeit international als modern und sozialverträglich galt – etwa fensterlose Räume oder nackter Beton;
- dass den architektonischen Inszenierungsabsichten schon dadurch deutliche Grenzen gesetzt waren, dass der Hochschulbau auch in anderen Bereichen bestehende Defizite zu berücksichtigen und z.T. auszugleichen hatte, bspw. und insbesondere im Gesundheitswesen, woraus sich die zentrale Stellung des medizinischen Hochschulbaus in der DDR begründete;²⁵
- dass der Hochschulbau fortwährend damit zu kämpfen hatte, dass das Hochschulwesen als sog. „nichtproduzierender Sektor“ galt (während Industrie und Landwirtschaft die „produzierenden Sektoren“ waren); daraus ergaben sich immer wieder Schwierigkeiten, ausreichende Ressourcenzuweisungen für die eigenen Vorhaben gegenüber denen der güterproduzierenden Wirtschaft als vorrangig durchzusetzen;
- schließlich wird zu berücksichtigen sein, dass der Entwurf immer das eine war, die Aufnahme des jeweiligen Projekts in die Bilanzierung und die Bauausführung unter DDR-Bedingungen das andere:

“Auf allen Ebenen der Bilanzierung fand ein rigoroses und listenreiches Gerangel um Bauanteile in der Bilanz statt. Keine Bilanz war stabil. Dringende Erfordernisse der Volkswirtschaft, elementare Notwendigkeiten des realen täglichen Lebens, subjektive oft ehrgeizige Pläne einflußreicher Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre auf allen Ebenen sowie nicht ausreichende Materialressourcen führten immer wieder zu Bilanzveränderungen”. (Krehl 1990, 9)

Manches Problem, mit dem sich die heutigen Nutzer der überkommenen DDR-Hochschulbauten heranzuplagen haben,²⁶ wurzelt bereits in diesen Rahmenbedingungen des Bauens in der DDR.

²⁴ Ein eindrückliches Beispiel findet sich bei Ebert (1999) anhand der Kunsthochschule Berlin-Weißensee geschildert.

²⁵ Vgl. dazu Korneli/Gläser (1999), Korneli/Dellas (1999) und Hicke (1999).

²⁶ dazu exemplarisch Hammerschmidt (1999) über die Gebäude der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden und ihre Weiternutzung durch die heutige Hochschule für Technik und Wirtschaft.

1988, also noch in der DDR, hatte der Leipziger Architekturhistoriker Thomas Topfstedt folgende Sätze veröffentlicht:

„Die ideologische Bedingtheit des in den 1960er Jahren noch beträchtlich gestörten Verhältnisses gegenüber dem städtebaulichen und architektonischen Erbe erweist sich insbesondere in der konfrontativen Absicht, durch den Bau neuer, gleichsam als ‚Siegesmale‘ der sozialistischen Gesellschaft verstandener Höhendominanten und Platzensembles die Denkmäler vergangener Geschichtsepochen zu entwerten oder gar zu beseitigen ... Dieser Einstellung fielen u.a. die Leipziger Universitätskirche ... und in Potsdam das Stadtschloß ... sowie die dortige Garnisonskirche ... zum Opfer, weil man in ihnen nicht das zu erhalten bereit war, was sie waren, nämlich Baudenkmale hohen Ranges, sondern sie als deplaciert im neuen Ensemble einer sozialistischen Architektur empfand.“ (Topfstedt 1988, 58)

Zwei Jahre später schienen erneut „ideologische Bedingtheiten“ die architektonischen Debatten zu dominieren. In einer Hinsicht mag dies verständlich sein: „Die Diskussion in Jena, die Ende der 60er Jahre/Anfang der 70er Jahre über die Turmerrichtung und den damit einhergehenden Verlust großer Teile der Innenstadt nicht möglich war, wurde gewissermaßen mit zwanzig Jahren Verspätung nachgeholt“, heißt es über die zeitweise dramatische Debatte über den Turm in Jena (den die Universität bereits 1992 ohne Wehmut aufgegeben hatte). (Schieck 1999, 142)

In Leipzig war mit dem Universitätshochhaus zugleich die Frage nach der innerstädtischen Präsenz der Universität verbunden. Das aber ging der Universität erst spät auf. Die 1997er Perspektive des Leipziger Rektoratskollegiums fand sich referiert, als der Gesamtvorgang im Universitätsjournal dann folgenderweise zusammengefasst wurde:

„Bei Nutzern des Hochhauses gab es seit Inbetriebnahme im Jahre 1973 viele Klagen über die Arbeitsbedingungen. Dies führte zusammen mit den sehr hoch veranschlagten Sanierungskosten 1993/94 zur Entscheidung, daß Hochhaus zugunsten eines Neubaus aufzugeben. Erst das Scheitern des Verkaufs 1995 verstärkte die Diskussionen in der Universität zugunsten eines Erhalts. Dabei wurden die inzwischen teilweise verbesserten Arbeitsbedingungen, die Nähe zu den Hörsälen, die wesentlich geringer zu veranschlagenden Sanierungskosten, aber auch der Symbolcharakter des Hochhauses als Wahrzeichen der Universität und Leipzigs als Universitätsstadt hervorgehoben. Zugleich wurde durch die negative Haltung des S[ächsischen]M[inisteriums für]F[inanzen] zum Grundstücksvermögen der Universität und den Verkauf des Mehring-Hauses die Entscheidung zum Hochhaus als Grundsatzfrage für den Immobilienbesitz der Universität und möglicherweise für den Standort Innenstadt insgesamt angesehen.“ (Hochhaus und kein Ende 1997, 10)

Als das Rektoratskollegium zu diesen Einsichten gelangt war, war es jedoch bereits zu spät.²⁷ Die Universität musste den Turm 1998 räumen. Inhaltlich und atmosphä-

²⁷ ausführlich dazu Pasternack (1999).

risch war die Leipziger Diskussion aber nicht allein von ursprünglich dominierenden Abneigungen gegen das unkommunikative Hochhaus geprägt. Wesentliche Bedeutung entfaltete vielmehr, dass der Uni-Turm nur der weithin sichtbarste Teil eines insgesamt ungeliebten Minicampus in der Leipziger City ist – der es in der Tat sowohl ästhetisch wie funktional schwer macht, ihn zu mögen. Dieser Minicampus wiederum wurde und wird nicht allein wegen seines wenig anheimelnden Charakters emotional abgelehnt, sondern vor allem deshalb, weil, um ihn zu errichten, zuvor das alte Leipziger Universitätshauptgebäude und die spätgotische Universitätskirche gesprengt worden waren. Kein anderes hochschulbezogenes Bauwerk in Ostdeutschland bewegt seit 1989 die Gemüter stärker als die 1968 abgerissene Paulinerkirche, deren Wiederaufbau sich auch die meisten derjenigen wünschen würden, die ihn aus pragmatischen Gründen für unrealisierbar halten (vgl. Löffler 1999).

Verschärfend trat hinzu, dass genau an der Stelle des früheren Universitätskirchen-Standortes seit 1974 das großdimensionale Relief „Karl Marx und das revolutionäre weltverändernde Wesen seiner Lehre“ steht. Waren es anfangs, in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, nicht zuletzt finanzielle Gründe, die spontane Entsorgungen – etwa dieses Reliefs – verhinderten, so ist unterdessen aber auch wieder mehr Gelassenheit eingetreten. Die Symbole des vergangenen Systems werden als zeitgeschichtliche Zeugnisse und in ihrem künstlerischen Eigenwert, der politische Ordnungen ggf. zu überdauern vermag, wahrnehmbar: So ist zum 30. Jahrestag der Sprengung 1998 eine Stahlinstallation errichtet worden, die an die Universitätskirche erinnert, indem sie in stilisierter Weise den Umriss und die Rosette der Kirche nachbildet.²⁸ Frappierend daran wirkt, dass die Installation zugleich das 1974 aufgestellte Karl-Marx-Relief als zentrierendes Gestaltungselement aufnimmt, indem sie es rahmt.

Hier nun zeigt sich exemplarisch: Die Baubeschriftungen, die in der DDR unter der Hand des Künstlers oftmals zu mehrschichtigen Kommentaren erweitert worden waren, lassen sich jetzt auch ihrerseits artefaktisch kommentieren. Ob sich die Botschaften mit dem ursprünglich auftragserteilenden System erledigt haben, kann derart geprüft werden. Das scheint zumindest eine produktivere Verarbeitung der DDR-Erfahrungen zu sein als die stillschweigende Entsorgung, die niemand bemerkt, oder die Entsorgung mit großer öffentlicher Geste, die für den Augenblick wirkt, und nur für diesen.

²⁸ von Axel Guhlmann; vgl. Schrödl et al. (1998).

Literatur

- Adam, Hubertus (1994): "Unsere Gesellschaft bedarf der monumentalen Darstellung ihrer großen revolutionären Inhalte". Eine Idee und ihr Scheitern. Anmerkungen zum Leipziger Universitätsrelief, in: Thomas Topfstedt/Pit Lehmann (Hg.), *Der Leipziger Augustusplatz*, Leipzig, S. 87-104.
- Adam, Hubertus (1999): Zeichen der Universität oder platzbeherrschendes Monument? Zur Planungs- und Entstehungsgeschichte des Leipziger Universitätsreliefs, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunstet*, Leipzig, S. 187-201.
- Barth, Holger (Hg.) (1998): *Projekt Sozialistische Stadt. Beiträge zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR*, Berlin.
- Beaucamp, Eduard (1985): *Werner Tübke – Arbeiterklasse und Intelligenz. Eine zeitgenössische Erprobung der Geschichte*, Frankfurt a.M.
- Deutsche Bauakademie (Hg.) (1968): *Neue Anforderungen an Städtebau und Architektur*. 22. Plenartagung der Deutschen Bauakademie, 16.-17. Oktober 1968, Berlin (DDR).
- Diers, Michael/Stefan Grohé/Cornelia Meurer (Hg.) (1999): *Der Turm zu Jena. Architektur und Zeichen*, Jena.
- Durth, Werner/Jörn Düwel/Niels Gutschow (1998): *Architektur und Städtebau der DDR. Band 2: Aufbau. Städte, Themen, Dokumente*, Frankfurt a.M./New York.
- Düwel, Jörn (1995): *Baukunst voran! Architektur und Stadtplanung in der SBZ/DDR*, Berlin.
- Düwel, Jörn (1995a): *Der Erstling: Zur Baugeschichte der Weberwiese in Berlin*, in: ders., *Baukunst voran! Architektur und Stadtplanung in der SBZ/DDR*, Berlin, S. 135-151.
- Ebersbach, Hartwig/Rainer Behrends (Iv.) (1999): "Die Fledermaus" oder "Antiimperialistische Solidarität" aus der Perspektive des Blochschen Prinzip Hoffnung, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunstet*, Leipzig, S. 202-218.
- Ebert, Hiltrud (1999): *Der Erweiterungsbau der Kunsthochschule Berlin-Weißensee*, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunstet*, Leipzig, S. 104-114.
- Engel, Helmut/Wolfgang Ribbe (Hg.) (1996): *Karl-Marx-Allee. Magistrale in Berlin*, Berlin.
- Fischer, Karin/Jürgen Schieferdecker (1998): *Die Kustodie der Technischen Universität Dresden. Mehr als nur eine Einrichtung zur Verwaltung von Musealien*, in: *hochschule ost* 1/1998, S. 174-183.
- Flierl, Bruno (1968): *Hermann Henselmann – Architekt und Architektur in der DDR*, in: H. Henselmann: *Gedanken, Idee, Bauten, Projekte*; Berlin.
- Flierl, Bruno (1998): *Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Kritische Reflexionen 1990-1997*, Berlin.
- Gibas, Monika/Peer Pasternack (Hg.) (1999): *Sozialistisch behaust & bekunstet. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR*, Leipzig.
- Guth, Peter (1995): *Wände der Verheißung. Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR*, Leipzig.
- Häder, Ulf (1999): „Ich habe Türme gebaut“. Hermann Henselmann als Architekt des Forschungshochhauses, in: M. Diers/St. Grohé/C. Meurer (Hg.), *Der Turm zu Jena*, Jena, S. 43-56.
- Hain, Simone (1996): *Archäologie und Aneignung. Ideen, Pläne und Stadtfigurationen. Aufsätze zur Ostberliner Stadtentwicklung nach 1945*, hrsg. vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS, Erkner b. Berlin.
- Hain, Simone (1997): *Das Jacob-Filter-Syndrom. Bemerkungen zu einer Sozialgeschichte des Studierens in der DDR*, unveröff. Ms.
- Hain, Simone/Stephan Stroux (1996): *Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR. Mit einem Foto-Essay von Michael Schroedter*, Berlin.
- Hammerschmidt, Valentin (1999): *Die Gebäude der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden und ihre Weiternutzung durch die Hochschule für Technik und Wirtschaft*, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunstet*, Leipzig, S. 115-128.

- Hans-Joachim Hicke (Iv.) (1999): Hochschulbau in der DDR. Administration und Entscheidungswege, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunstet*, Leipzig, S. 53-71.
- Hartung, Ulrich (1996): Arbeiter- und Bauerntempel. DDR-Kulturhäuser der fünfziger Jahre – ein architekturhistorisches Kompendium, Berlin.
- Hartung, Ulrich (1999): Hochschulbauten der DDR in den fünfziger Jahren, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunstet*, Leipzig, S. 26-52.
- Henselmann, Hermann (1968): Gedanken, Idee, Bauten, Projekte; Berlin.
- Hochhaus und kein Ende, in: *Universität Leipzig 2/1997*, S. 8.
- Hoscislawski, Thomas (1991): Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin.
- Huber, Ludwig (1983): Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Bd. 10: Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule, Stuttgart.
- Institut für Hoch- und Fachschulbau an der TU Dresden (Hg.) (1982): Internationales Seminar „Studentenwohnheime – soziale Anforderungen und bauliche Lösungen“ am 31.3.1981 an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Referate (=Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau Bd. 22), Dresden.
- IRS (1997) = Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS (Hg.), *Im Dickicht der Archive. Forschungs- und Sammlungsarbeit zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR*, Erkner b. Berlin.
- Köhler, Tilo (1993): Die Stalinallee, Berlin.
- Korneli, Peter/Geerd Dellas (1999): Neubau und Rekonstruktion der Berliner Charité, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunstet*, Leipzig, S. 144-153.
- Korneli, Peter/Dietrich Gläser (1999): Medizinischer Hochschulbau in der DDR, , in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunstet*, Leipzig, S. 85-95.
- Krause, Eberhard/Heinz Berndt/Friedrich Richter (1982): Studentenwohnheime in der DDR. Ihre funktionelle und bauliche Entwicklung, in: Institut für Hoch- und Fachschulbau an der TU Dresden (Hg.), Internationales Seminar „Studentenwohnheime – soziale Anforderungen und bauliche Lösungen“, Dresden, S. 81-100.
- Krehl, H.-J. und Autorengemeinschaft (1990): Wohnbausubstanz und Wohnbaubedarf in der DDR. Zustand, Erfahrungs- und Erneuerungserfordernisse städtischer Bausubstanz, vor allem der Wohngebäude in der DDR, Bremerhaven.
- Kuhirt, Ullrich (1983) (Hg.): *Kunst der DDR 1960 – 1980*, Leipzig.
- Leinauer, Irma (1996): *Das Außenministerium der DDR. Geschichte eines politischen Bauwerkes*, Berlin.
- Lexikon der Kunst, Architektur, bildenden Kunst, Angewandten Kunst, Industrieformgestaltung, Kunsttheorie, 7 Bde., Leipzig 1987 bis 1994.
- Lienert, Matthias/Achim Mehlhorn (Hg.) (1997): *Geschichte der Technischen Universität Dresden in Dokumenten, Bildern und Erinnerungen*, Bd. 3: *Zur Wissenschaft in Dresden nach 1945*, Dresden o.J. (1997).
- Löffler, Katrin (1999): Der Entscheidungsprozeß für die Sprengung der historischen Universitätsgebäude in Leipzig, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunstet*, Leipzig, S. 154-167.
- Mutius, Albert von/Jörg Nußberger (Hg.) (1994): *Bauen für Studenten. Wohnanlagen in Deutschland seit 1990*, Basel/Berlin/Boston.
- Nachforschungen über ein Herrschaftssymbol. Kunsthistorische Annäherung an den “Turm von Jena”, in: *Uni-Journal Jena 1/1999*, S. 14f.
- Nicolaus, Herbert/Alexander Obeth (1997): *Die Stalinallee. Geschichte einer deutschen Straße*, Berlin.
- Nicolaus, Herbert/Simone Hain/Karl D. Keim (1997): *Reise nach Moskau. Quellenedition zur neueren Planungsgeschichte*, Berlin.

- Nowak, Claudia/Matthias Lienert (1997): Abriß der baulichen Entwicklung der TH/TU Dresden, in: M. Lienert/A. Mehlhorn (Hg.), Geschichte der Technischen Universität Dresden in Dokumenten, Bildern und Erinnerungen, Bd. 3, Dresden o.J. (1997), S. 29-41.
- Palutzki, Joachim (2000): Architektur in der DDR, Berlin.
- Pasternack, Peer (1999): Intransparenz & Konfliktkarriere. Wie der Universität Leipzig nach dem Ende der DDR ihr Hochhaus abhanden kam, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), Sozialistisch behaust & bekunsted, Leipzig, S. 177-186.
- Peters, Paulhans (1997): Eine Zukunft für die Karl-Marx-Allee, Hamburg.
- Queck, Werner (1982): Ausgewählte Probleme des studentischen Wohnens, der Wohnbedürfnisse und Wohnbedingungen der Studenten in der DDR, in: Institut für Hoch- und Fachschulbau an der TU Dresden (Hg.), Internationales Seminar „Studentenwohnheime – soziale Anforderungen und bauliche Lösungen“, Dresden, S. 2-9.
- Rath, Wolfgang (1983): Hochschulbau und Hochschularchitektur, in: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Bd. 10: Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule, Stuttgart, S. 281-290.
- Richter, Friedrich (1983): Wohnheime an Hoch- und Fachschulen. Grundlagen für die Investitionsvorbereitung und Projektierung (=Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau Bd. 25), Dresden.
- Rothe, Rudolf (1985): Ergebnisse, Erfahrungen und Aufgaben der Hochschul-Bauplanung in der DDR. Ein Beitrag zur Qualifizierung der funktionellen und baulich-räumlichen Entwicklung von Hochschulkomplexen. Dissertation B, TU Dresden, unveröff.
- Rothe, Rudolf/Rainer Schmidt (1990): Baubestand der Hochschulen in der DDR. Statistischer Überblick, Hannover.
- Ruben, Thomas/Bernd Wagner (Hg.) (1994): Kulturhäuser in Brandenburg. Eine Bestandsaufnahme, Potsdam.
- Rücker, Manfred (1999): Das Institut für Hoch- und Fachschulbau. Entwicklung, Aufgaben, Leistungen und Abwicklung, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), Sozialistisch behaust & bekunsted, Leipzig, S. 72-84.
- Sänger, Johanna (2000): Der Turm von Jena. Ergebnisse eines Forschungsprojekts, in: *hochschule ost* 1-2/2000, S. 179-194.
- Schäche, Wolfgang (Hg.) (1995): Hermann Henselmann. „Ich habe Vorschläge gemacht“, Berlin.
- Schätzke, Andreas (1991): Zwischen Bauhaus und Stalinallee. Architekturdiskussion im östlichen Deutschland 1945-1955, Braunschweig/Wiesbaden.
- Schieck, Tilo (1999): Erhalt oder Abriß – Die Turm-Debatte der Gegenwart, in: M. Diers/St. Grohé/C. Meurer (Hg.), Der Turm zu Jena, Jena, S. 139-146.
- Schönfeld, Martin (1999): Erziehungsbilder. Wandmalereien an Hochschulen der DDR diesseits und jenseits der Staatsbürgerkunde, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), Sozialistisch behaust & bekunsted, Leipzig, S. 229-239.
- Schrödl, Jutta/Unger, Wolfgang/Werner, Peter (Hg.) (1998): Installation Paulinerkirche 1998. Mit grafischen Blättern von Axel Guhlmann und Dokumentationsfotos der Installation, Leipzig.
- Schütrumpf, Jörn (1999): Zweierlei Maß. Kunst am Bogensee, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), Sozialistisch behaust & bekunsted, Leipzig, S. 219-228.
- Schwanz, Dietrich (1998): Der Zirkel. Roman, Frankfurt a.M.
- Sommer, Theo (1986): Am Staate mäkeln, doch ihn ertragen, in: *Die Zeit* 26/20.6.1986, S. 9-13.
- Topfstedt, Thomas (1988): Städtebau in der DDR 1955-1971, Leipzig.
- Topfstedt, Thomas (1993): Oper Leipzig. Das Gebäude, Leipzig 1993.

- Topfstedt, Thomas (1999): Vom "Weisheitszahn" zum Werbesymbol. Der Leipziger Universitätsturm im Wandel seiner Bewertung, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunestet*, Leipzig, S. 168-176.
- Topfstedt, Thomas/Pit Lehmann (Hg.) (1994): *Der Leipziger Augustusplatz. Funktionen und Gestaltwandel eines Großstadtplatzes*, Leipzig.
- TU Dresden, der Rektor (Hg.) (1988): *TU-Projekt. Entwürfe Projekte Objekte*, Dresden.
- Wiesemann, Gabriele (1999): Die Hochschule für Landwirtschaft in Neubrandenburg. Eine neoexpressionistische Architekturphantasie von Hermann Henselmann, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunestet*, Leipzig, S. 129-143.
- Witt, Günter (1998): Sportstudenten, Kunst und Ästhetik. *ex post facto* betrachtet, in: *hochschule ost* 1/1998, S. 156-164.
- Zentralrat der FDJ (Hg.) (1986): *Junge Kunst im Auftrag. Jugendobjekt "Bildkünstlerische Ausgestaltung der Jugendhochschule 'Wilhelm Pieck'"* (Katalog), Potsdam.
- Zimmermann, Ulf (1988): *Mensabauten*, in: TU Dresden, der Rektor (Hg.), *TU-Projekt. Entwürfe Projekte Objekte*, Dresden, o.S.
- Zimmermann, Ulf (Iv.) (1999): *Mensabauten*, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaust & bekunestet*, Leipzig, S. 96-103.

Die Universität Halle und die Franckeschen Stiftungen nach 1945

Jan-Hendrik Olbertz

Das Ende des Hitlerregimes 1945 fällt nahezu unmittelbar mit dem Ende der Selbständigkeit der Franckeschen Stiftungen zusammen. In der sowjetischen Besatzungszone wurden das öffentliche Schulwesen und der Hochschulsektor unter die Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) gestellt. Ansprechpartner der Hochschulen waren zum einen die mit SMAD-Befehl Nr. 1 gebildete sowjetische Militärverwaltung in der SBZ mit ihrer Hochschulabteilung sowie deren regionale Gliederungen, die neuen Volksbildungsministerien der Länder und Provinzen sowie schließlich die mit Befehl Nr. 17 gebildeten „Deutschen Zentralverwaltungen“, das deutsche Pendant zur sowjetischen Militärverwaltung.

Das Schicksal der Franckeschen Stiftungen wurde vor allem durch eine Verfügung der Präsidialregierung vom 4. Dezember 1945 besiegelt, wonach die Stiftungen in ihrer Gesamtheit als Pädagogisches Institut der Universität anzugliedern waren. Die Stadtverwaltung dagegen wollte die Stiftungen unter städtische Trägerschaft stellen und zu einer Einheitsschule umbauen, die als "Musteranstalt" mit einer "Antifa-Schule" für Kinder, deren Eltern in den faschistischen Konzentrationslagern umgekommen waren, verbunden werden sollte. Sogar dieses - politisch motivierte - Vorhaben läßt die latente Anerkennung der von den historischen Zeitläufen unberührt gebliebenen Bedeutung des Ortes unter den neuen Machtverhältnissen erkennen. So gab es um die Zukunft der Franckeschen Stiftungen zunächst harte Auseinandersetzungen. Das Direktorium stellte sich dem Plan der Stadt mit folgendem Vorschlag entgegen:

"Aufgrund (der) gesetzlichen Neuordnung des gesamten Schulwesens ist ... von dem Direktorium die Vorbereitung und Gründung der *Einheitsschule der Franckeschen Stiftungen* in die Hand genommen worden. Sie sollte 24 Klassen der Ober-

schule und 26 Klassen der Grundschule umfassen, verbunden mit einem Alumnat ... Die Schulen der Stiftungen sollten zu einem besonderen Schulaufsichtskreis zusammengefaßt werden, der aus dem Schulaufsichtskreis der Stadt Halle auschied und neben diesem unter der Aufsicht der Bezirksregierung stand" (Delhaes 1955, S. 165).

In Verbindung mit dem Vorschlag, "die stiftische Einheitsschule zu einem Versuchsfeld der Pädagogischen Fakultät auszugestalten", schien eine Angliederung an die Universität hinnehmbar (ebd.) – ein Kompromiß, der nur verständlich scheint, wenn man sich die Alternativen vor Augen führt. Wie erwartet, wollte sich die Stadt darauf nicht einlassen, und das Direktorium legte mit einer Eingabe an die Präsidialregierung Widerspruch gegen den städtischen Plan ein. Die Stiftungen bestanden darauf, die behördliche Verfügung vom Dezember 1945 umzusetzen, denn es ging ihnen um die "Erhaltung der pädagogischen Tradition, Fortbestand als öffentlich rechtliche Körperschaft mit Selbstverwaltung und Bewahrung ihres gesamten Vermögens als wirtschaftliche Einheit" (ebenda, S. 166). "Die große Mission", argumentierte das Direktorium mit einigem Geschick, "die den Stiftungen in Verbindung mit der neu gegründeten Pädagogischen Fakultät durch die Verfügung vom 4.12.45 zugewiesen" sei, gebe "die Gewißheit, daß die Stiftungen haushaltsmäßig wie die Universität vom Staat behandelt werden würden" (ebenda).

Nur vor dem Hintergrund der Gefahr einer endgültigen Preisgabe des Stiftungsgedankens im Falle einer Übernahme durch die Stadt kann man dieses Eintreten für die "Universitätslösung" verstehen. Immerhin war der Einspruch erfolgreich, und so wurde ein besonderer Schulaufsichtskreis der Stiftungen gebildet, der im November 1946 durch sechs städtische Grundschulen erweitert wurde. Am 20. September 1946 folgte eine Verordnung, der zufolge die Stiftungen als "Franckesche Stiftungen, Pädagogisches Institut der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg" zum Bestandteil der Universität erklärt wurden.

Durch ihren Beschluß bestätigte die Provinzialregierung die Stiftungen als *Landesinstitution* (bzw. Teil einer solchen), wodurch das Stiftungsziel im Rahmen der Universität, so die Hoffnung, zumindest partiell aufgehoben werden konnte. "Der den Stiftungen nunmehr gegebene Name als Pädagogisches Institut der Universität", resümierte Delhaes, "berechtigt die Universität zu vielen einschneidenden Maßnahmen, verpflichtet sie aber, den Stifterwillen zu wahren, nachdem sie die Vermögenswerte übernommen hat, die zur Erfüllung des Stifterwillens von ihm und den Generationen nach ihm bereitgestellt worden sind" (ebenda, S. 187).

Damit wurden die Stiftungen nicht einfach von der Universität vereinnahmt; sie begaben sich in gewisser Beziehung auch unter ihren Schutz. Dennoch mußten sie für dieses Überlebenskonzept einen hohen Preis zahlen: den Verlust der rechtlichen Selbständigkeit. Inhaltlich blieben sie in gewissem, wenn auch bescheidenem,

Maße erhalten; der Stiftungsgedanke und die Traditionen der Schulstadt wurden durch die Universität und ihre Pädagogische Fakultät bzw. die spätere Sektion Erziehungswissenschaften wach gehalten, aber ihre Handlungsspielräume waren inhaltlich wie organisatorisch entschieden eingeengt, wirklich eigenständige Entwicklungswege für Jahrzehnte versperrt.

Praktische Voraussetzungen für den Vollzug der "Vernunftsehe" mit der Universität, zugleich auch inhaltliche Basis für die künftige Zusammenarbeit, erwachsen zunächst aus zwei neuen Fakultätsgründungen, die sogar in einem gewissen inhaltlichen Kontext mit den Stiftungen standen: der Arbeiter-und-Bauernfakultät (ABF) mit ihren Vorläufern in Gestalt der Vorstudieneinrichtungen sowie der Pädagogischen Fakultät. Beide fühlten sich – je auf eigene Weise – dem Ort verpflichtet bzw. veranlaßt, in einen Diskurs mit der Stiftungsidee zu treten und an dieser damit, keinesfalls immer gewollt, in gewisser Weise auch festzuhalten.

Die neugegründeten Universitäts-Fakultäten

Mit dem Befehl Nr. 50 der SMAD, der die Wiedereröffnung der Universitäten und Hochschulen regelte, wurde ebenso wie im Schulbereich zunächst vor allem die Entfernung faschistischer Funktions- und Verantwortungsträger aus dem Hochschuldienst verfügt. In Halle beispielsweise befanden sich unter den 216 Angehörigen des Lehrkörpers der Universität 132 NSDAP-Mitglieder. Am 30. September 1945 erließ die DZVV eine Zulassungsverordnung, deren Präambel lautete:

”Durch das Hitlerregime ist Deutschland auf den tiefsten Stand seiner Geschichte gebracht worden. Man kann nicht bestreiten, daß hierin ein Beweis für das Versagen eines großen Teils der deutschen Intelligenz vor und während der Herrschaft des Faschismus liegt. Die Heranbildung einer neuen Intelligenz ist ein dringendes Gebot der Stunde” (Staatsarchiv Dresden).

a) Vorsemeester und Arbeiter-und-Bauern-Fakultät

Vor diesem Hintergrund lautete die Forderung, begabten Jugendlichen auch aus unteren sozialen Schichten und ohne Reifezeugnis den Zugang zur Hochschule zu eröffnen und dafür Sorge zu tragen, "daß Bildungslücken durch Sonderkurse an den Universitäten und Hochschulen mit aller Dringlichkeit beseitigt werden" (ebd.). Zu den entscheidenden Umstrukturierungen des universitären Fakultätsgefüges nach dem Ende des Krieges gehörte daher zunächst die Eröffnung der sogenannten Vorsemeester für Arbeiter- und Bauernstudenten am 3. Mai 1946, die mit der Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission am 31. März 1949 als

„Arbeiter-und-Bauern-Fakultät“ (ABF, s.u.) den Status regulärer Fakultäten erhielt (vgl. Olbertz 1996, S. 28 ff.). Die Vorstudienrichtungen bzw. Arbeiter- und Bauernfakultäten vereinigten Elemente von Volksschule, Oberschule und Universität. Zielgruppe waren gemäß ihrer Funktion junge Leute, für die sonst bis auf wenige Ausnahmen nur die Bildung von Volks-, maximal Mittelschulen erreichbar gewesen wäre. Zur Zielgruppe gehörten also vor allem Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien, aber auch Kriegsheimkehrer, die ihre schulische Bildung durch den Krieg hatten unterbrechen müssen. Die Struktur der ABF, die Lehrinhalte – allgemeinbildender Fächerkanon – und die Lehrmethoden waren in wesentlichen Punkten mit dem Unterricht an Oberschulen vergleichbar, und natürlich stimmten sie mit diesen im formalen Ziel überein: dem Erwerb der Hochschulreife.

Nachdem am 1. Februar 1946 die Martin-Luther-Universität ihren Lehrbetrieb wieder aufgenommen hatte (mit ganzen 40 Professoren und 1016 Studierenden), begann am 3. Mai das erste Vorsemester mit 447 Studenten. 304 von ihnen erreichten trotz der äußerst kargen Lebensverhältnisse und eines straffen Ausbildungsalltages nach einem Jahr den vorgesehenen Abschluß und konnten mit dem Studium an den regulären Fakultäten beginnen (vgl. Schubärth/Grossert 1952, S. 9f.). 19 Studenten hatten sich der Abschlußprüfung mit Erfolg bereits nach Ablauf eines Semesters vorzeitig unterzogen. Die umgekehrte Rechnung besagt aber auch: Rund ein Viertel der Studierenden (124) schaffte den Abschluß nicht. Nach den Erfahrungen des ersten Jahres wurde die Dauer des Studiums an den Vorsemestern von zwei auf drei Semester heraufgesetzt. Anfang November 1946 begannen erneut 160 Studierende ihre Ausbildung – ein Jahr darauf 262. In den Jahren bis 1949 wuchs die Studentenzahl der Vorsemester kontinuierlich. Bis zum August 1949 entließen sie 661 Absolventen. Anfang der 50er Jahre ging es bereits um jährliche Zulassungsquoten dieser Größenordnung.

In Halle wurde die Vorstudienabteilung aufgrund räumlicher Probleme zunächst in wechselnden Gebäuden untergebracht, bis sie 1951, dann bereits als Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF), in die Franckeschen Stiftungen zog und dort 1952 in einem eigens errichteten Neubau (Haus 47) ihr endgültiges Domizil fand.

ABF - Zulassungsvoraussetzungen

Der Zugang zu den Vorsemestern war durch detaillierte Zulassungbestimmungen und eine Aufnahmeprüfung geregelt. Sie bestand aus einem mündlichen und einem schriftlichen Teil, der einen deutschen Aufsatz, eine „schriftliche Prüfung der Allgemeinbildung“ in Form eines Fragekatalogs, ein Diktat und eine „Rechenarbeit“ mit Aufgaben aus den vier Grundrechenarten einschloß.

Der Allgemeinbildungsbegriff der Vorsemeester, der sich hinter dem Fragekatalog zur Prüfung der Allgemeinbildung verbarg (vgl. dazu Olbertz 1996), hinterläßt einen interessanten Eindruck. Offensichtlich war die "Brechung des Bildungsprivilegs" weniger „inhaltlich“ gemeint, sondern zunächst vor allem auf den *Zugang* von Kindern aus der Arbeiter- und Bauernschaft bezogen, um deren Teilhabe an einem letztlich unangetastet traditionellen (eigentlich "bürgerlichen") Allgemeinbildungskonzept zu sichern. Im Rahmen der Aufnahmeprüfung ging es um eine Art von Wissen, das sich über die Aufzählung von Erdteilen, Baustilen, klassischen Kunstwerken, Blütenbestandteilen, Flüssen, Königreichen und (immerhin) Herrscherinnen usw. „abfragen“ ließ. Eine inhaltliche Reform oder wenigstens kritische Erörterung dessen, was Bildung sein und wofür man sie brauchen könnte, scheint – jedenfalls in diesem Zusammenhang – noch gar nicht von Bedeutung gewesen zu sein. Die Fragen waren übrigens zu 100% richtig zu beantworten, was die SED-Kreisleitung Dessau am 14.05.1947 zu einem Protestschreiben an das Kuratorium der Universität veranlaßte (vgl. UAH Rep. 6, Nr. 2567).

Feste Lehrpläne gab es in den ersten Jahren nicht, sondern sie wurden von den Lehrkräften selbst ausgearbeitet, in den Fachgruppen und Dozentenbesprechungen beraten und dann über die Direktion der Vorsemeester an die Landesregierung zur Genehmigung weitergegeben. Mit der Gründung des Staatssekretariats für das Hochschulwesen wurden "Lehrplankommissionen" einberufen, die für die einzelnen Unterrichtsfächer detaillierte Lehrpläne erarbeiteten, die mit Beginn des Studienjahres 1951/52 verbindlich in Kraft traten.

Seit dem Herbst 1949 war das Studium wie folgt organisiert: Nach einem einheitlichen Grundstudium von zwei Semestern für alle Studenten (unabhängig von ihrer späteren Studienfachwahl) erfolgte eine Aufteilung nach drei Studienzweigen:

- der mathematisch-naturwissenschaftliche Zweig (N-Zweig)
- der medizinisch-biologisch-landwirtschaftliche Zweig (M-Zweig)
- der gesellschaftswissenschaftliche Zweig (G-Zweig).

Trotz dieser jetzt deutlichen Aufteilung nach Studienschwerpunkten blieb der Unterricht an den ABF von seinem Charakter her fachübergreifend allgemeinbildend, mit dem Ziel der Studienvorbereitung.

Erziehung in den Vorsemeestern

Die Vorsemeester bzw. die ABF verstanden sich nicht nur als Ausbildungsstätten, sondern – vielleicht in erster Linie – auch als Orte der Erziehung. Unter anderem dienten sie dazu, "Kader" heranzubilden, die später führende Positionen besetzen

und dort im Sinne der Regierung agieren würden. Erziehungsziele an den Vorstudieneinrichtungen waren das „richtige Bewußtsein“ (antifaschistisch, prosowjetisch, später sozialistisch), politische Zuverlässigkeit, Arbeitsbereitschaft, Disziplin, Kollektivgeist und schließlich ein allgemein „anständiger“ Lebenswandel, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit dem anderen Geschlecht. Zugleich ging es immer wieder um Höflichkeit und Ordnung, eine zum revolutionären Pathos oft nicht recht passende Biederkeit.

Bevorzugte Erziehungsmethode war der Wettbewerb der Studiengruppen. Schon Ende der 40-er Jahre kam nach sowjetischem Vorbild eine ungeahnte Wettbewerbs- und „Selbstverpflichtungsbewegung“ auf. "Stoßbrigaden Vorsemester" wurden gebildet, die in ständigen Arbeitseinsätzen den Wiederaufbau der Betriebe vorantrieben, Kampfprogramme wurden aufgestellt, Selbstbekenntnisse abgelegt, Versammlungen abgehalten.

Konflikte

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren bestimmten Vorsemester bzw. ABF maßgeblich das politische Erscheinungsbild der Universität nach außen, im Innern aber spielten sich harte Auseinandersetzungen ab. Zunehmendes Konfliktpotential erwuchs aus den politisch und ideologisch motivierten Auswahl- und Förderungsmechanismen in der Zulassungspraxis vor allem dann, wenn es um die Zuteilung materieller Ressourcen (in einer Zeit allgemeiner Knappheit) ging.

Im Innern der Universität waren der Akzeptanz der ABF immer enge Grenzen gezogen. Es ist sogar zu vermuten, daß die Studierenden der ABF selbst unter dem politischen Profil, das ihre Einrichtung in die Universität hineinbringen sollte, zu leiden hatten, und daß dabei eine neue, subtile Diskriminierung herauskam, die zwischen den Studierenden der alten Fakultäten und denen der neuen Fakultät wechselseitig tiefe Vorbehalte hinterließ. Der Graben zwischen der traditionell bürgerlichen Intelligenz und der neuen Arbeiterintelligenz dürfte dadurch eher weiter aufgerissen als geschlossen worden sein. Der andere Effekt war ein Zusammenrücken der Vorsemesterstudenten in der einmal auferlegten Rolle, was immer auch Isolation bedeutete, die gelegentlich bis in die sozialistische Gegenwart der DDR spürbar blieb.

Neben Auseinandersetzungen mit Studenten, die "kleinbürgerlicher Haltungen" bezichtigt und nicht selten wegen geringfügiger Disziplinverstöße oder mißliebiger politischer Äußerungen exmatrikuliert wurden, gab es auch Konflikte besonderer Art, die das Grundanliegen der Arbeiter- und Bauernbildung ins Gegenteil zu verkehren drohten.

Das war vor allem dann der Fall, wenn ABF-Studenten auf ihre früheren Kollegen in den Betrieben „herabblickten“ und ihre Herkunft aus der Arbeiterklasse gleichsam „vergaßen“. Beispielsweise beschwerte sich die Belegschaft der Buna-Werke am 24.2.1949 bei der Direktorin der ABF, weil einige Volksstudenten während eines Arbeitseinsatzes ihren ehemaligen Arbeitskollegen erklärt hatten, „ihr könnt froh sein, wenn ihr später einmal bei uns als Spüljungen anfangen könnt“ (UAH Rep. 36 Nr. 137). Der Fall schlug einige Wogen, verlief aber nach einem schlichtenden Antwortschreiben der Direktorin, die offensichtlich Schaden von allen Beteiligten abwenden wollte, mit Rügen und Verwarnungen noch vergleichsweise glimpflich (vgl. ebenda).

Neben Konflikten dieser Art boten aber auch mangelnde Lernleistungen immer wieder Anlaß zu Auseinandersetzungen, denn die fachlichen Anforderungen an den Vorsemestern bzw. der ABF sind stets recht hoch gewesen. Entsprechende Maßstäbe konnten die Vorstudieneinrichtungen kaum unterschreiten oder gar herabzusetzen, wollten sie ihre ohnehin gestörte Akzeptanz innerhalb der Universität nicht ganz aufs Spiel setzen.

Allerdings spielten sich die Konflikte nicht nur zwischen Lehrkörper und Studierenden ab. In einem besonders interessanten Fall beanstandete eine Inspektorin vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut (der späteren Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR) im März 1958 nach einem Besuch der Stiftungen den Spruch "Franckens Stiftungen. Unere Hülfe steht im Namen des *Herrn*, der Himmel und Erde gemacht hat" (Psalm 124, 8) im Eingangsbereich des Hauptgebäudes. Dieser Spruch, ursprünglich auf Tafeln angebracht, war in feiner Serifenschrift direkt auf dem Putz über dem Eingangsportal aufgebracht. Die Inspektorin nahm vor allem Anstoß an der unmittelbaren Nachbarschaft zu den Türschildern des Bereiches Unterrichtsmethodik Physik, weil sie Naturwissenschaft und Christentum für unvereinbar hielt und im Nebeneinander von materialistischer Evolutionstheorie und Schöpfungsgeschichte offenbar einen meldepflichtigen Fall ideologischer Koexistenz sah. Die Universität erhielt vom Berliner Staatssekretariat für das Hochschulwesen die Aufforderung, sich des Problems in angemessener Weise anzunehmen. Die vor Ort gefundene Lösung bestand darin, so die Meldung der Verwaltungsdirektorin, daß die "beanstandeten Sprüche ... auf unsere Veranlassung von der Parteileitung der Pädagogen mit Transparenten zugedeckt worden sind". Mit dieser fast schon stilvollen Unterwanderung einer politischen Anmaßung konnte die komplette Entfernung der Sprüche, was den geringsten technischen Aufwand erfordert hätte, - zumindest noch eine Zeitlang - vermieden werden.

Nomen est omen: Die ABF „Walter Ulbricht“

Als mit der Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) vom 31.3.1949 die Umwandlung der bestehenden Vorstudienanstalten in Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (mit dreijähriger Studiendauer) vollzogen wurde, hatte die hallese ABF noch keinen eigenen Namen. Nach einem zunächst gescheiterten Versuch erfüllte das Zentralkomitee der SED den Wunsch der ABF, den Namen Walter Ulbrichts tragen zu dürfen und teilte mit, daß der Antrag vom Genossen Ulbricht befürwortet sei. Die Namensverleihung werde "vom Genossen Walter Ulbricht selbst vorgenommen" (vgl. ebenda). Aus der Festrede Ulbrichts auf dem für diesen Vorgang einberufenen Festakt ist der berühmte Satz überliefert, daß es Aufgabe der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät sei, "die Festung Wissenschaft zu erstürmen und in diesem Kampf nicht zu erlahmen" (ebenda, S. 49).

Wie immer man zu der politischen und ideologischen Inanspruchnahme der Vorstudieneinrichtungen steht – in der SBZ und der frühen DDR hatten sie entscheidenden Anteil an der Überwindung des Bildungsmonopols von Angehörigen der Ober- und Mittelschicht. Ihre fast 35.000 Absolventen (von rund 52.000 aufgenommenen Studenten), die im langjährigen Durchschnitt zu 40% aus der Arbeiter- bzw. Bauernschaft stammten, sind aus dem Demokratisierungsprozeß an den Universitäten und Hochschulen nicht wegzudenken. Fast ein Viertel aller ihrer Absolventen, die anschließend ein Hochschulstudium aufnahmen, sind an den Vorseminaren bzw. der ABF der halleschen Universität zur Hochschulreife geführt worden. Auch hinsichtlich der Gesamtzahl der Studierenden war diese Einrichtung die größte derartige Institution in der SBZ/DDR.

Die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft an den ostdeutschen Universitäten und Hochschulen änderte sich infolge der Zulassungspolitik und der ersten Absolventenjahrgänge der Vorstudienanstalten in kurzer Zeit erheblich, indem der Anteil von Arbeiter- und Bauernkindern zwischen 1945 und 1947/48 etwa um das Siebenfache auf rund 30 % anstieg. Erreicht wurden diese Quoten auch - aber nicht ausschließlich – durch die zunehmende Zurückweisung von Kindern bürgerlicher Herkunft. Die Paradoxie dieser Zulassungspolitik machte sich übrigens in der nächstfolgenden Generation z.T. schmerzlich bemerkbar, indem ehemalige Arbeiter- und Bauernstudenten, jetzt selbst Angehörige der "sozialistischen Intelligenz", Schwierigkeiten bekamen, ihren eigenen Kindern den Weg auf die Universitäten zu ermöglichen.

1966 wurde die ABF mit der zweiten Halleschen ABF, der ABF II, zum Institut für die Vorbereitung auf ein Auslandsstudium zusammengeschlossen. Die ABF II hatte schon seit 1954 die alleinige Aufgabe, Abiturientinnen auf ein Studium in der Sowjetunion vorzubereiten. Jetzt verlor auch die ABF "Walter Ulbricht" in den

Franckeschen Stiftungen die Funktion der Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern, da mit dem 17jährigen Bestehen der DDR eine spezielle Einrichtung dafür nicht mehr für notwendig erachtet wurde.

b) Die Pädagogische Fakultät

Neben den Vorstudienanstalten gehörte die am 1. Oktober 1946 eröffnete Pädagogische Fakultät zu den universitären Neugründungen nach dem Ende des Krieges. Auch ihr Aufbau stand in einem engen Zusammenhang mit dem Ziel der Heranbildung eines neuen, bald sozialistischen wissenschaftlichen Nachwuchses für den Schulbereich. Die politische Bedeutung, die man der neuen Fakultät zumaß, ist durchaus mit jener der ABF vergleichbar, denn wiederum wurde den Studierenden per SMAD-Befehl eine Reihe von Privilegien zugestanden, z.B. eine generelle Gebührenbefreiung und die Bevorzugung bei der Stipendienvergabe.

Die Gründung der Pädagogischen Fakultäten erfolgte auf der Basis des Befehls Nr. 205 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 12. Juli 1946, der sich auf alle Universitäten der sowjetischen Besatzungszone erstreckte. Widerstand der Senate gegen die Einrichtung dieser Fakultäten wurde ignoriert; in Halle erfuhren Rektor und akademische Gremien häufig erst aus der Tageszeitung von der Berufung neuer Professoren (vgl. Gebhardt 1988, S. 14). Als die Berufung von Peter Petersen aus Jena zum Gründungsdekan scheiterte – sicher aus Argwohn gegenüber seinen reformpädagogischen Ideen (vgl. Gebhardt 1988, S. 15) – wurde der damals schon sechsfünfzigjährige Hans Ahrbeck erster Dekan der Pädagogischen Fakultät und Direktor der Franckeschen Stiftungen.

Mit der Gründung der Pädagogischen Fakultät der Martin-Luther-Universität schien sich zunächst die alte Sehnsucht demokratischer Schulreformer nach einer akademischen Ausbildung auch für die Volksschullehrer zu erfüllen. Die Fakultät begann mit 200 Studierenden und nahm ein Jahr nach ihrer Gründung noch einmal ebensoviele Studenten auf. Alle Lehrerstudenten besuchten die Vorlesungen und Seminare zur „Allgemeinen Erziehungs- und Unterrichtslehre“ und absolvierten neben ihrer methodischen und schulpraktischen Ausbildung diverse Berufspraktika, und zwar ein Landschul-, ein Sozial- und ein Stadtschulpraktikum, die von den Instituten für Theoretische und Praktische Pädagogik gemeinsam verantwortet wurden. Der erwähnte „Schulaufsichtskreis der Pädagogischen Fakultät“, der die Schulen in den Franckeschen Stiftungen umfaßte und ihre Nutzung als Übungsschulen ermöglichte (und 1950 zum Kummer der Fakultät aufgelöst wurde), gewährleistete eine unmittelbare schulpraktische Ausbildung der Lehrerstudenten.

Gleich zu Beginn gab es eine interessante Kontroverse im Hinblick auf die Lehrerbildung. Während die kommunistischen Bildungspolitiker der Provinzialverwaltung für die Einheitsschule auch den "Einheitslehrer" forderten, also eine durchgehend einheitliche Lehrerbildung durchsetzen wollten, wurde ausgerechnet von der SMAD, unterstützt durch Professoren der Universität, die Auffassung verteidigt, daß die Ausbildung der Oberschullehrer im Anschluß an ein einheitliches Grundstudium getrennt von Grundschullehrern an den Fachinstituten zu erfolgen habe. So kommt es, daß an der neugegründeten Fakultät zunächst alle Studenten ein sechssemestriges Grundstudium absolvieren, das für die Grundschullehrer mit der Lehrbefähigung endet, während die künftigen Oberschullehrer ihre fachliche Ausbildung an der Philosophischen oder der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät fortsetzen (ab 1948 allerdings für die pädagogische bzw. "unterrichtsmethodische" Ausbildung die Pädagogische Fakultät besuchen).

Die 1947 mit dem Ausbau des Lehrkörpers durchgesetzte Institutsstruktur begann zunächst mit einem Institut für Theoretische Pädagogik (Hans Ahrbeck) und einem Institut für Didaktik und Methodik – später Institut für Praktische Pädagogik – (Prof. Dr. Becker). Beide Institute beschäftigten insgesamt zwölf Mitarbeiter – einen ordentlichen und drei außerordentliche Professoren, einen Dozenten, fünf Lektoren für die Methodiken der Fächer und zwei Lehrbeauftragte). Später kam ein Institut für Körperliche Erziehung und Schulhygiene (Prof. Dr. Hinsche, später Prof. Dr. Lucas) hinzu. Am 24. Juli 1948, anlässlich der 250-Jahr-Feier der Franckeschen Stiftungen, zogen die Institute für Theoretische und für Praktische Pädagogik ins Hauptgebäude der Stiftungen ein. Im Wintersemester 1948, nach der Neuaufnahme von weiteren 200 Studierenden, erhöhte sich die Zahl der an der Fakultät eingeschriebenen Studenten auf 600, und 500 weitere Studenten (des Oberstufenlehramts) kamen mit ihrer pädagogisch-methodischen Ausbildung hinzu. Anfang der 50er Jahre gehörte die Fakultät zahlenmäßig zu den größten Fakultäten der Universität. Die Institutsstruktur änderte sich mit dem raschen Anwachsen der Studentenzahlen und der inneren Ausdifferenzierung der erziehungswissenschaftlichen Arbeits- und Lehrgebiete häufig (s.u.).

Mit dem Wachstum der Fakultät wuchsen auch die Auseinandersetzungen mit dem Partei- und Staatsapparat, insbesondere solche, die aus der politischen Funktionalisierung der Fakultät und der Reglementierung ihrer Angehörigen resultierten und auf Widerstand bei vielen Professoren und Mitarbeitern auch der Pädagogischen Fakultät stießen. Der Professor für Geschichte der Erziehung und Pädagogik, Albert Reble, widersetzte sich den ideologischen Vorgaben, erfüllte damit "die in ihn gesetzten Erwartungen" nicht und kehrte der SBZ den Rücken, ebenso wie Professor Lange, Direktor der Soziologischen Instituts. Hans-Herbert Becker, Professor

für Didaktik und Methodik, wurde des Revisionismus bezichtigt und verließ nach jahrelangen Auseinandersetzungen 1958 mit nahezu allen seinen Mitarbeitern die DDR. Der Psychologe Professor Friedrich Winnefeld konnte sich nur unter schwierigsten Bedingungen an der Fakultät halten, er trat 1953 aus der SED aus, ging aber aus einigen Konflikten mit der Partei- und Staatsgewalt sogar gestärkt hervor (vgl. Cloer 1995, S. 45 ff.).

Gegen Ende ihrer Existenz gliedert sich die Fakultät in folgende Institute:

- *Institut für Systematische Pädagogik und Geschichte der Pädagogik* (später gegliedert zwei entsprechende Abteilungen)
- *Institut für Unterrichtsmethodik*, in dem alle Unterrichtsmethoden vereinigt waren (einschließlich einer „Abteilung für Theorie und Methodik der Pionierarbeit und für Familienerziehung“)
- *Institut für Psychologie* (seit 1952 an der Pädagogischen Fakultät)
- *Institut für Körpererziehung*
- *Institut für Musikerziehung* (seit 1949)
- *Institut für Landwirtschaftliche Pädagogik* (seit 1949 an der Pädagogischen Fakultät)
- *Institut für Sonderschulwesen* (1949 als eigenständiges Institut für Sonderschulwesen an der Pädagogischen Fakultät wiedereröffnet)
- *Institut für Sprecherziehung* (bis 1952)

Im September 1955 ist die Pädagogische Fakultät wieder aufgelöst und als „Institut für Pädagogik“ in die Philosophische Fakultät eingegliedert worden, übrigens nach langen Kontroversen, in denen die Pädagogische Fakultät schließlich kapitulierte. Seitdem wurden an den außeruniversitären Instituten für Lehrerbildung (IfL) die Grundschullehrer ausgebildet, Mittelstufenlehrer an den entstehenden Pädagogischen Hochschulen und Lehrer für die Oberstufe (Kl. 5-12) an den Universitäten. Mit der sogenannten III. Hochschulreform Ende der 60er Jahre ging das Institut für Pädagogik in die neue „Sektion Erziehungswissenschaften“ über, die bis zur Wende bestand.

Die Sektion, Bestandteil der Philosophischen Fakultät und weiterhin primär für die erziehungswissenschaftliche Ausbildung der Lehrerstudenten zuständig, gliederte sich in die Wissenschaftsbereiche Allgemeine Pädagogik, Didaktik, Erziehungstheorie (diese beiden waren vorübergehend zusammengefaßt), Geschichte der Erziehung, Pädagogische Psychologie, Rehabilitationspädagogik und Hochschulpädagogik. Nach dem Tod von Rosemarie Ahrbeck, der zweiten Ehefrau und Nachfolgerin von Hans Ahrbeck, im Jahre 1981, wurden die Wissenschaftsbereiche Allgemeine Pädagogik und Geschichte der Erziehung zusammengelegt. Die Unterrichtsmethodiken gliederte man Ende der sechziger Jahre den Fächern zu, sie blieben aber auch dort stark erziehungswissenschaftlich intendiert, zumal sie, wie etwa die späteren Didaktiken der Biologie (bis kurz nach der Wende), Geographie (bis

1995) und Chemie (bis heute) noch lange in den Räumlichkeiten der Franckeschen Stiftungen verblieben.

Aufbruch

Erst am 18. September 1991 konnte das neugegründete Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt die Rechtswidrigkeit und damit Unwirksamkeit der Auflösung der Franckeschen Stiftungen und ihrer Eingliederung in die Universität feststellen. Auf dieser Grundlage gab die Landesregierung den Stiftungen per Beschluß vom 13. Juli 1993 ihre Eigenständigkeit als Stiftung öffentlichen Rechts zurück.

Sowohl für die Erziehungswissenschaften als auch für die wiedererrichteten Franckeschen Stiftungen verbanden sich mit den gesellschaftlichen Veränderungen nach der Wende, der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, der Irritation und Zerrüttung vieler Wertvorstellungen der Menschen in den ostdeutschen Ländern auch viele neuartige pädagogische Problem- bzw. Aufgabenstellungen. Sie resultierten nicht allein aus den formalen Umstrukturierungen im öffentlichen Bildungswesen, sondern ließen auch neue pädagogische und soziale Handlungsfelder außerhalb der Schule entstehen. Dies führte zu weitreichenden Veränderungen auch im Rahmen der universitären Pädagogik. An der Martin-Luther-Universität – zum großen Teil zuvor schon an der Pädagogischen Hochschule – wurde das erziehungswissenschaftliche Lehrgebietsspektrum um einen Diplomstudiengang Erziehungswissenschaft erweitert, der am Institut für Pädagogik seitdem mit den Hauptstudien-schwerpunkten Erwachsenenbildung, Sozialpädagogik und Rehabilitationspädagogik angeboten wird. Zugleich ist Erziehungswissenschaft als Magisterhaupt- und Nebenfach mit verschiedensten Fächern der Philosophischen Fakultät kombinierbar. Die diese Studiengänge begründenden Forschungsfelder bilden wiederum das wissenschaftliche Hinterland für eine einer modernisierte, forschungsnahe und praxisgerechte Lehrerbildung.

Die Sektion Erziehungswissenschaften, die anders als die meisten übrigen gesellschaftswissenschaftlichen Sektionen (und auch die analoge Sektion an der Pädagogischen Hochschule "N.K. Krupskaja") nicht abgewickelt wurde, durchlief vor diesem veränderten Nachfragehintergrund einen weitreichenden Umstrukturierungs- und Modernisierungsprozeß. Dem neuen Fachbereich Erziehungswissenschaften gliederte man zunächst die früheren Sektionen Sportwissenschaft und Polytechnik als Institute an, ehe im Zuge der Integration der Pädagogischen Hochschule im Frühjahr 1993 der Fachbereich noch einmal neu strukturiert wurde.

In seiner *heutigen* Gestalt ist er zum einen aus der DDR-Sektion hervorgegangen, zum anderen gründet er sich auf den nach der Abwicklung der analogen Sektionen Pädagogik bzw. Psychologie der Pädagogischen Hochschule Halle-Köthen dort nach 1990 unter dem Gründungsdekan Prof. Dr. Heinz-Hermann Krüger (Marburg) neu aufgebauten Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften. Mit Wirkung vom 1. April 1993 erfolgte die Integration der Pädagogischen Hochschule in die Universität, und der Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften der PH wurde mit dem ebenfalls im Neuaufbau befindlichen Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität zusammengelegt. Erster Dekan dieses neuen Fachbereiches war von 1993-1996 Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz, der schon vor der Wende als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sektion Erziehungswissenschaften tätig war.

Seit 1993 gehört auch die Grundschullehrerausbildung zu den Aufgaben des Fachbereiches. Das Institut für Grundschulpädagogik "Wolfgang Ratke", ursprünglich Teil der Pädagogischen Hochschule Köthen, die Ende der 80er Jahre mit der Halleschen Pädagogischen Hochschule zusammengelegt worden war, hatte bis 1997 seinen Standort in Köthen.

Im Zuge der Zusammenführung der Institute des Fachbereiches im Herzen der Franckeschen Stiftungen zog das Institut zum Wintersemester 1997/98 in die Stiftungen und hat seitdem sein Domizil in eben jenem ABF-Neubau von 1952, von dem eingangs die Rede war. Künftig wird dieses Gebäude außerdem das Institut für Rehabilitationspädagogik beherbergen, das derzeit noch am Gimritzer Damm residiert, sowie die Bibliotheken des Fachbereiches Erziehungswissenschaften und der Theologischen Fakultät. Von dieser räumlichen Nähe kann man sich das Entstehen ganz neuer, alltägliche Kommunikationsformen zwischen Pädagogen und Theologen erhoffen – und vielleicht auch neue Themen und wissenschaftliche Fragestellungen, die sich mit dem ursprünglichen Stiftungsgedanken enger denn je verbinden lassen.

Der Fachbereich Erziehungswissenschaften umfaßt zur Zeit drei wissenschaftliche Institute – ein *Institut für Pädagogik* (Diplom und Magisterstudiengang Erziehungswissenschaft sowie pädagogisch-psychologischen Begleitstudium für alle Lehramtsstudiengänge), ein *Institut für Rehabilitationspädagogik* (Lehramt an Sonderschulen mit fünf verschiedenen Fachrichtungen und das bereits erwähnte *Institut für Grundschulpädagogik* (7-semesteriges Studium für das Lehramt an Grundschulen).

Bis vor kurzem gehörte noch das aus den ehemaligen Sektionen Polytechnik der Universität und der Pädagogischen Hochschule hervorgegangene *Institut für technische und wirtschaftliche Bildung* zum Fachbereich, das in Zusammenarbeit

mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät die Lehramtsstudiengänge Technik und Wirtschaft an Gymnasien sowie an Sekundarschulen (Haupt- und Realschule) anbietet. Im Zuge der Fach-zu-Fach-Zuordnung der Fachdidaktiken wurde es an den Fachbereich Verfahrenstechnik angegliedert und soll dort Teil der künftigen Technikwissenschaftlichen Fakultät werden.

c) Die Theologische Fakultät

Für die Zusammenarbeit zwischen Universität und Franckeschen Stiftungen nach 1945 ist natürlich nicht allein die Pädagogische Fakultät bzw. die spätere Sektion Erziehungswissenschaften von Bedeutung. Neben dem Engagement der meisten Universitätssektionen bzw. -fakultäten, die im Rahmen der Lehrerbildung ihre unterrichtsmethodischen Wissenschaftsbereiche in den Stiftungen unterhielten und auf vielfältige Weise mit dem historischen Ort kooperierten, müssen auch die nach 1990 neu in die Stiftungen eingezogenen Universitätseinrichtungen Erwähnung finden, die fester Bestandteil sowohl des universitären als auch des stiftischen Erneuerungs- und Entwicklungskonzepts sind. Dazu gehört u.a. die Theologische Fakultät, die – als alteingesessene Fakultät der Universität seit ihrer Gründung 1694 – heute ca. 200 Studierende zählend, mit einem wachsenden Anteil auch an Lehramtsstudierenden (Evangelische Religion) künftig ebenfalls vollständig in den Franckeschen Stiftungen angesiedelt sein wird.

Sie gliedert sich in die Institute für *Bibelwissenschaften* (Seminar für Altes Testament, Seminar für Neues Testament, Corpus Hellenisticum) für *Historische Theologie* (Seminar für Kirchengeschichte, Seminar für Konfessionskunde der Orthodoxen Kirchen) für *Systematisch-Ökumenische Theologie* (Seminar für Systematische Theologie, Seminar für Ökumenik und Allgemeine Religionsgeschichte) sowie dem *Institut für Praktische Theologie und Religionspädagogik* (Praktisch-Theologisches Seminar, Religionspädagogisches Seminar für die Ausbildung von Religionslehrern). Gerade in diesem Zusammenhang wird eine enge Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Erziehungswissenschaften entstehen.

Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994

Peer Pasternack

In den letzten beiden Jahrhunderten war Wittenberg 177 Jahre lang eine Stadt ohne Universität. 1817 hatte der preußische König, dem infolge der Territorialbereinigungen des Wiener Kongresses das zuvor sächsische Wittenberg zugefallen war, die Universität Leucorea faktisch aufgehoben – administrativ vollzogen als Vereinigung mit der Friedrichs-Universität zu Halle/Saale.¹ 177 Jahre später, 1994, erfolgte die Gründung der Universitätsstiftung Leucorea, die sich in der historischen Kontinuität zur Universität sieht (vgl. Schellenberger 1999). Sie operiert als eigenständig verwaltete Außenstelle der Universität in Halle, und als ihre wesentliche Aufgabe wurde formuliert, zur „Wiederbelebung akademischen Lebens in Wittenberg“ beizutragen. Von Interesse ist daher, woran diese Wiederbelebung vor Ort anknüpfen kann. Unsere These hierfür lautet: Es hat sowohl nach 1817 wie auch nach 1945 in Wittenberg zwar kein akademisches Leben im engeren Sinne gegeben, sehr wohl hingegen fanden Wissenschaft und Höhere Bildung in relevantem Umfang statt.

¹ Vgl. Hertzberg (1867, 1-35), dort auch Dokumentation der Vereinigungsurkunde: S. 22-25; Jordan/Kern (1917); Prillwitz (1952); ferner auch Kathe (1995).

1. Die Leucorea im historischen Selbstbild der heutigen Universität Halle-Wittenberg

Das historische Selbstbild der heutigen Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist insbesondere durch zweierlei charakterisiert:² Einerseits wird die reformatorische Glanzzeit der Wittenberger Universität akzentuiert; andererseits wird für die nachreformatorische Epoche die Perspektive auf die Universität Halle (gegr. 1694) umgelenkt, auf die frühaufklärerischen sowie pietistischen Innovationen, die in dieser Zeit von Halle ausgingen, und die frühromantischen Impulse um 1800, die gleichfalls eine Heimstatt in Halle hatten.

Zwar könnte man, was die Aufklärung betrifft, durchaus auch in Wittenberg fündig werden könnte, worauf G. Mühlpfordt (1995, 329) hinweist. Allerdings, so Mühlpfordt, wurde und werde die „Wittenberger Aufklärung, von der außerhalb eines kleinen Kreises von Fachleuten kaum jemand eine nähere, klare Vorstellung hat, ... unterschätzt“. Eine andere, theologie- und kirchengeschichtlich bedeutsame Strömung, die ihre Hauptwirkung von Wittenbergs Universität aus organisiert hatte, spielt gleichfalls keine Rolle in der popularisierten Selbstdarstellung der Geschichte der heutigen Universität Halle-Wittenberg: die lutherische Orthodoxie.

Derart – was die Erinnerung betrifft – ihrer wichtigsten nachreformatorischen Wirkungen entledigt, findet sich in aktuellen Darstellungen dann auch der Niedergang der Wittenberger Universität im 18. Jahrhundert³ unterbelichtet. Dies mag der Neigung entgegen kommen, eine Universitätsgeschichte vornehmlich als Erfolgsgeschichte zu präsentieren, da sie hierdurch gebrauchstauglicher für aktuelle *corporate identity*-Bemühungen erscheint. Abseits solcher Verzweckung scheint es hingegen redlich, Aufstiegs- und Niedergangsphasen gleichberechtigt und in ihrer Verschränktheit zu behandeln. So können dann nicht zuletzt die institutionellen Konsequenzen plausibilisiert werden, die letztlich auch der Grund sind, dass die heutige Universität Halle-Wittenberg ihr dreihundert- und ihr fünfhundertjähriges Gründungsjubiläum im Abstand von acht Jahren feiert.

Die Voraussetzungen für eine solche paritätische Behandlung der glanzvollen und der glanzlosen Zeiten sind vergleichsweise gut. Denn die Wittenberger Universitätsgeschichte auch der nachreformatorischen Zeit bis zu ihrem Ende 1817 ist bereits recht gut erforscht.⁴ Hier wäre also lediglich die Übersetzungsarbeit in die popularisierte Darstellung zu leisten. Etwas komplizierter hingegen verhält es sich

² Vgl. z.B. <http://www.uni-halle.de/MLU/historie.html> (Zugriff 28.6.2000).

³ dazu kann Friedensburg (1917, 518-627) als die bis heute gültige Darstellung gelten.

⁴ Vgl. die „Bibliographie zur Geschichte der Universität Wittenberg“, herausgegeben von der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt (1980).

für die Jahre nach 1817. Das erscheint insofern nicht verwunderlich, als die Universitätsgeschichte damals vorläufig endete. Aus der Sicht von heute stellt es sich gleichwohl als Wahrnehmungslücke dar, wenn dreierlei zusammen gedacht wird: dass die Wittenberger Universität im Anschluss an ihre Aufhebung durchaus ein Nachleben entfaltet hatte; dass – nicht nur als Bestandteil dieses Nachlebens – auch nach 1817 in Wittenberg zwar kein akademisches Leben im engeren Sinne, sehr wohl jedoch Wissenschaft und Höhere Bildung stattfand; und dass die Wittenberger Universitätsgeschichte seit 1994 eine Fortsetzung vor Ort findet.

2. Die Zeit zwischen 1817 und 1994 als Verarbeitungsproblem der Wittenberger Universitätshistoriographie

Wenn sich im Jahre 2002 die Wittenberger Universitätsgründung zum 500. Mal jährt, wird die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg dies mit einer Festwoche feiern, die nicht zuletzt ihren Doppelstandort-Charakter betont.⁵ Dass dieses Jubiläum bislang unter weitgehender Ausblendung der 177 Wittenberger Jahre von 1817 bis 1994 vorbereitet wird, hat seine vordergründige Logik: Eine Universitätsgeschichte kann eine universitätslose Zwischenphase nicht ohne weiteres verarbeiten. Dennoch soll hier dafür plädiert werden, diese Zeit ausdrücklich zu integrieren: in eine damit zur Wittenberger Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte erweiterte Universitätsgeschichte.

Neben den o.g. historischen Argumenten, die dies nahe legen, gibt es auch ein gewichtiges gegenwartsbezogenes Argument: Die Aufgabe der heutigen Leucorea, zur Wiederbelebung akademischen Lebens in Wittenberg beizutragen, scheint kaum zu lösen, wenn damit die ‚unmittelbare‘ Anknüpfung an eine 177 Jahre zurückliegende, zudem zu diesem Zeitpunkt nicht mehr sonderlich glanzvolle Universität gemeint ist. Universitäres Selbstverständnis speist sich immer aus einer doppelten Verankerung: in der überlokalen *scientific community* einerseits und der jeweiligen Stadt andererseits, und zwar im historischen wie im aktuellen Sinne. Daraus ergibt sich, dass eine wiederbelebte Universität sich historisch sowohl in den das Lokale übergreifenden Wirkungen ihrer Vorgängerin wie in der Geschichte und Gegenwart ihrer Stadt verankert wissen muss.

Nun kann auch an Orten ohne Universität Wissenschaft entstehen und Höhere Bildung stattfinden – aus praktischen Gründen, bspw. solchen der technologisch-industriellen Innovation, aus strukturpolitischen Gründen der Ansiedlung nichtuniversitärer Forschungs- und Bildungseinrichtungen, aus kulturellen Motiven bil-

⁵ Vgl. ausführlicher: <http://www.500jahre.uni-halle.de>

dungsbürgerlicher Distinktionsbedürfnisse, aus historischen Gründen etwa des Vorhandenseins überregional bedeutender Archive usw. Soweit in der Stadt Wittenberg Wissenschaft und Höhere Bildung auch ohne Universität stattgefunden haben, bestehen eben auch dort historische Anschlussstellen, die mindestens ebenso produktiv wirken können wie die historische Besinnung auf die 177 Jahre zuvor abgebrochene Universitätsgeschichte. Geschichte kann – sofern sie bewusst ist – sowohl Identitätsstifterin sein wie Anknüpfungspunkte für aktuelle Aktivitäten bieten. Insbesondere dort, wo sich wissenschaftliche Beschäftigungen bürgerschaftlichem Engagement verdanken, bieten sie Schnittstellen für die notwendige lokale Verankerung einer auf regionale wie überregionale Ausstrahlung zielenden Einrichtung wie der heutigen Leucorea.

Wittenberg, Anfang des 19. Jahrhundert noch sächsisch, war seit 1815 Bestandteil der preußischen Provinz Sachsen, hat das Kaiserreich, die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus sowie die DDR erlebt – und jedes neue politische System pflegte einen veränderten Umgang mit dem reformatorischen Erbe Wittenbergs, hinterließ Spuren in der wirtschaftlichen Entwicklung und bewirkte Strukturwandlungen der städtischen Öffentlichkeit:

- das 19. Jahrhundert mit den napoleonischen Kriegen, dem Wiener Kongress und dem daraus resultierenden Wechsel von Sachsen zu Preußen – mit ihren unmittelbaren Auswirkungen auf die Wittenberger Universität, nämlich deren Schließung, und dem Nachleben der Universität über das gesamte Jahrhundert hin,⁶ daneben den ersten Industrialisierungswirkungen (vgl. Kirchner 1936; Lau 1970; Lange/Schöber 1993, 51-69);
- das erste Viertel des 20. Jahrhunderts, politisch geprägt durch das Kaiserreich und die Weimarer Republik, das Wittenberg insbesondere mit der Gründung der Stickstoffwerke Piesteritz (1915) den endgültigen Anschluss an die Industrialisierung und damit auch einen bis dahin in der Stadt völlig unbekanntem Typ von Forschung, nämlich chemische Forschung und Anlagenentwicklung, die auf unmittelbare großtechnische Anwendung zielen;⁷
- die zwölf Jahre Nationalsozialismus mit Judenverfolgung und „Arisierung“ auch des Wittenberger Geschäfts- und Geisteslebens (vgl. Kabus 1984, 35-38; 1988; 1988a; 1989; 1995);
- die Zeit zwischen 1945 und 1990, gekennzeichnet durch den staatssozialistischen Modernisierungspfad, der verbunden ist einerseits mit dem wechselhaf-

⁶ dazu detaillierter unten unter Punkt (3.).

⁷ Vgl., neben Kirchner (1936), allgemein zur Industrialisierung in Wittenberg Schöber (1995); zur Einbettung der wirtschaftlichen in die soziale Entwicklung Schwarz (1985, 41-86) und Lau (1986); zu den Stickstoffwerken im speziellen: Lau (1970 und 1978-1987), Oelschläger (1984) sowie SKW Stickstoffwerke (1995).

ten Umgang mit der reformationsgeschichtlichen Tradition Wittenbergs⁸ und andererseits mit der volkswirtschaftlichen Integration in das Halle-Bitterfelder Chemierevier;⁹

- schließlich die (nicht vollständige, jedoch beträchtliche) De-Industrialisierung sowie die Neuorientierung und Demokratisierung der Stadt ab 1990 (vgl. Lange/Schöber 1993, 107-312; Gilles 1998), in deren Ergebnis – nämlich sowohl aus Gründen lokaler Identitätsstiftung wie aus regionalstrukturpolitischen Gründen – unter anderem 1994 die Universitätsstiftung Leucorea gegründet wird.¹⁰

Sollen in zwei derart bewegten Jahrhunderten historische Kontinuitäten und Diskontinuitäten identifiziert werden und, als Voraussetzung, voneinander unterscheidbar sein, so müssen die zu Grunde liegenden Begriffe geklärt werden. Geht es um Wissenschaft und Höhere Bildung, dann ist bei der Begriffsbestimmung eine Schwierigkeit zu berücksichtigen: Der verhandelte Zeitraum war, neben anderem, auch durch gravierende Verschiebungen des Verständnisses von Wissenschaft und Höherer Bildung geprägt. Innerhalb dieses Zeitraums setzte sich die zunehmende Szientifizierung zahlreicher Lebensbereiche und die (nach wie vor un abgeschlossene) Akademisierung vieler Berufsbilder durch. Der ein wenig barock anmutende Begriff ‚Höhere Bildung‘ sucht dem bereits Rechnung zu tragen. Er kann z.B. nicht umstandslos durch die Beschreibung – bezogen auf das heutige Bildungssystem – ‚Bildung im tertiären Sektor‘ ersetzt werden. Denn genau im 19. und 20. Jahrhundert, also unserem Betrachtungszeitraum, fand die Wanderung wesentlicher Teile der Wissenschaftspropädeutik aus – in heutigen Bezeichnungen – dem tertiären in den Sekundarbereich statt. Auch das Verständnis von Forschung wurde in dieser Zeit grundlegend erweitert, wie sich gerade in Wittenberg plastisch zeigte: nur 100 Jahre lagen zwischen dem Zeitpunkt, zu dem die traditional organisierte Universität das Leitbild des erkenntnissuchenden Akademikers bestimmte, und dem Zeitpunkt, zu dem das Bild des Forschers nun vom Chemiker und Verfahrenstechniker in den anwendungsorientierten Forschungsabteilungen der Stickstoffwerke Piesteritz geprägt wurde.

Mit diesen Verschiebungen im Verständnis der Begriffe soll pragmatisch umgegangen werden. ‚Wissenschaft‘ und ‚Höhere Bildung‘ sind daher bewusst weit zu fassen – nicht zuletzt, um auch Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur mittel-

⁸ Detailliert dazu unten unter (4.1.).

⁹ Vgl. VEB Stickstoffwerk Piesteritz (1965); Lau (1978-1987); Oelschläger (1984); SKW Stickstoffwerke (1995, 38-56); Schöber (1995).

¹⁰ Mit den letzten beiden Punkten unterscheidet sich Wittenberg z.B. von Helmstedt und Duisburg, die von Größe und Struktur vergleichbar sind und deren Universitäten ebenfalls zu Beginn des 19. Jahrhunderts (1802 bzw. 1809) geschlossen worden waren.

terlichen und frühneuzeitlichen Tradition Wittenbergs deutlich und damit Anschlüsse an und Brüche zur Wittenberger Universitätsgeschichte bis 1817 kenntlich werden zu lassen. In diesem Sinne sollen die hier zentralen Leitbegriffe in folgender Weise verstanden werden:

- *Wissenschaft* bezeichnet alle methodisch geleiteten und gesellschaftlich (d.h. nicht allein individuell) relevanten Bemühungen, problembezogen von Nichtwissen zu Wissen zu gelangen, also Forschung im weitesten Sinne.
- *Höhere Bildung* bezeichnet alle wissenschaftsbasierten und in organisierter Form vorgenommenen Anstrengungen, Bildung und Ausbildung zu vermitteln bzw. zu erwerben.
- Gleichsam das Bindeglied zwischen so verstandener Wissenschaft einerseits und Höherer Bildung andererseits stellt das im 19. und 20. Jahrhundert zunehmend breitere Bevölkerungskreise erfassende Phänomen der *Wissenschaftspopularisierung* dar. Es soll daher gleichfalls in die Betrachtung integriert werden.

Seit dem Ende des 16. Jahrhundert lassen sich in Wittenberg zwei Linien wissenschaftlicher und wissenschaftsnaher Aktivitäten unterscheiden: die reformationsbezogenen und die nicht auf die Reformation bezogenen. Wittenberg hatte das städtische Leben gleichermaßen als Erbeverwalterin der Reformation wie als ‚ganz normale‘ Stadt mit jeweils aktuellen und in die Zukunft gerichteten Interessen zu gestalten. Diese Doppelgleisigkeit schlug sich auch in wissenschaftsbezogenen Aktivitäten nieder.

Im folgenden soll dies übersichtsweise vorgestellt werden: einerseits für die Zeit von der Universitätsaufhebung 1817 bis 1945 (Punkt 3.), wobei wir uns diesbezüglich sehr kurz fassen, da es damit in diesem Beitrag nur um die Vorgeschichte des eigentlichen Betrachtungszeitraums geht; andererseits für die Nachkriegszeit 1945 bis 1994 (Punkt 4.), dies ausführlicher, da es sich hierbei um die unmittelbare Vorgeschichte der Gründung der Universitätsstiftung Leucorea handelt, mithin um die Vorgeschichte der Fortsetzung einer 1817 unterbrochenen Universitätsgeschichte, die 2002 im Blick auf 500 zurückliegende Jahre in Erinnerung gerufen werden soll.

All dies bleibt an dieser Stelle in übersichtshafter Kürze. Genauere Erkundungen und Darstellungen müssen künftigen Forschungen vorbehalten bleiben, für die hier lediglich die Leitlinien skizziert werden können.

3. Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817 – 1945

1813 war die Universität infolge der französischen Besetzung der Stadt nach Schmiedeberg (heute Bad Schmiedeberg) verlegt worden und „hielt hier noch den Schein einer gewissen Hochschultätigkeit aufrecht“ (Friedeburg 1917, 621). Auf Grund ihrer unsicheren Zukunft gingen zahlreiche Professoren an die Universitäten Königsberg, Leipzig und Halle oder fanden im Staatsdienst in Dresden und Merseburg neue Aufgaben (Speler 1999, 29). Nach dem Wiener Kongress – Wittenberg war fortan preußisch – gab es kaum noch ernsthafte Stimmen, die für eine Wiederbelebung der Universität plädierten. Als ein Dekret des Königs Friedrich Wilhelm III. vom 6. März 1816 die Vereinigung der Leucorea mit der Universität Halle befahl, regte sich bei den Wittenberger Bürgern kaum Protest:

„die neuen Herren wandelten die Universitätsgebäude in Kasernen und das schwerbeschädigte Schloß in eine Zitadelle um. Die nun hier ansässigen Soldaten schienen bessere Geschäfte zu versprechen als vormals die Studenten.“ (Treu 1999, 25f.)

Unmittelbare Folgen der Universitätsschließung sind, soweit sie das Schicksal von Wissenschaft und Höherer Bildung in Wittenberg betreffen, zweierlei. Zum einen ist über das gesamte 19. Jahrhundert hin, spürbar bis ins 20. Jahrhundert hinein, ein ‚Nachleben‘ der Wittenberger Universität zu verzeichnen, das eine von etwas Wehmut benetzte Erinnerung kontinuiert. Zum anderen gibt es – gleichsam tröstend gemeint – Ausgleichsaktivitäten, die Wittenberg über den Verlust des Status einer Universitätsstadt hinweg helfen sollen.

Beim ‚Nachleben‘ der Universität ging es zunächst um ganz praktische Dinge wie die Aufteilung der universitären Bibliotheks- und Archivbestände und die Bewirtschaftung des universitären Grundbesitzes. Die Lösung für die Bibliothek sollte darin bestehen, die theologischen und philologischen Bestände zur Verfügung des 1817 gegründeten Predigerseminars und der Wittenberger Höheren Schule, des Lyceums, zu belassen. Alle sonstigen Bestände waren nach Halle zu überführen, was mit einigen Problemen¹¹ so auch vollzogen wurde;¹² für das Archiv fand sich erst nach mancherlei Irritationen 1838 eine endgültige Lösung.¹³ Der universitäre Grundbesitz hingegen wurde einer eigens geschaffenen Einrichtung unterstellt: die Königliche Universitätsverwaltung Wittenberg verwaltete von 1817 an diesen Grundbesitz und seine Erträge, die sog. „Wittenberger Foundation“, zugunsten des Predigerseminars, des Wittenberger Gymnasiums und, soweit Überschüsse ent-

¹¹ Vgl. Boehmer (1867); Juntke (1987), 10-14.

¹² Friedensburg (1917, 625f.); vgl. Herricht (1977, 5-8).

¹³ Vgl. Israël (1913, 10ff.); Speler (1999, 30).

stunden, der Universität Halle-Wittenberg. Diese Verwaltung bestand bis zur Enteignung im Jahre 1953.¹⁴ Aus den Stiftungen der Leucorea wurden bis 1954 „Wittenberger Stipendien“ ausgereicht. Deren Betreuung wiederum oblag einem „Kollegium der Professoren der Wittenberger Stiftung“, das einen Ephorus an seine Spitze wählte.¹⁵ Schließlich gehörten zum ‚Nachleben‘ der Wittenberger Universität Feiern zu runden Jahrestagen der Vereinigung von Wittenberger und Hallescher Universität,¹⁶ und nicht verschwiegen werden soll auch ein Versuch der Wiederbelebung der Leucorea, der aus dem Jahre 1848 bezeugt ist (Krüger 1917, 29f.).

Gemeinsam mit bzw. neben diesem ‚Nachleben‘ der nicht mehr existierenden Universität gab es Ausgleichsaktivitäten, die der Stadt Wittenberg den Abschied von der akademischen Bedeutsamkeit erleichtern sollte. Deren wichtigste war die Gründung des Königlichen Predigerseminars im Jahre 1817.¹⁷ Der bereits erwähnte Verbleib der theologischen und philosophischen Bibliotheksbestände ist hier gleichfalls zu nennen, wie auch die „Wittenberger Foundation“.

Da das Predigerseminar erwähnt wurde, soll auch eine Einrichtung vermerkt werden, die zwar nicht der Höheren Bildung zuzurechnen ist, aber in Beziehung zu ihr stand: die 1834 eröffnete Armenfreischule im Lutherhaus, die als „Übungsschule am Evangelischen Predigerseminar“ bis 1937 an der Lutherhalle existierte (Kabus 1987). Diese bald (wenn auch nie offiziell) „Lutherschule“ genannte Einrichtung war gegründet worden, „um den Seminaristen des Königlichen Predigerseminars zu Wittenberg Gelegenheit zu geben, sich mit dem Schulwesen näher vertraut zu machen und sich in der Unterrichtskunst zu üben“.¹⁸ Ihre Besonderheit lag vor allem darin, dass sie zugleich Übungsschule für die Predigtamtskandidaten und Armenfreischule sein sollte, damit an sozial-ethische Postulate Luthers anknüpfend (Kabus 1987, 53).¹⁹

¹⁴ Vgl. Speler (1999, 29f.); zur Geschichte der Universitätsbauten nach 1817 vgl. Bellmann/Harksen/Werner (1979, 223-233).

¹⁵ vgl. Speler (1999, 30); detailliert zur Herkunft und Entwicklung der Wittenberger Stipendien vgl. Robert (1917).

¹⁶ vgl. etwa Beyschlag (1867) und Robert (1917).

¹⁷ Vgl. als geschichtliche Darstellungen Schmieder (1892), Dibelius (1918) und Wätzel (1966); daneben aber auch: Blätter zur Erinnerung an das Stiftungsfest..., 1843; Das Königliche Predigerseminar in Wittenberg. Zur Nachricht für die Predigtamts-Candidaten..., 1862; Krüger (1868); Verzeichnis der Leiter und Mitglieder des Königlichen Predigerseminars zu Wittenberg für die Zeit vom 1. Juli 1817 bis September 1863..., 1883; Nachtrag zum Verzeichnis der Leiter und Mitglieder..., 1892; Bericht über die Hundertjahrfeier des Wittenberger Predigerseminars..., 1918.

¹⁸ Verfügung des preußischen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 12. Dezember 1833, zit. bei Kabus (1987, 52).

¹⁹ Zur Geschichte der Lutherschule vgl. ausführlich Erfurth (1929) und Weimann (1934).

Mit und neben all diesen Gründungen und Entwicklungen vollzog sich im 19. Jahrhundert eine verstärkte ‚Lutherisierung‘ der Stadt: die Rückbesinnung auf die Zeit, als Wittenberg Ort der europäischen Geschichte war, führte städtische Bedürfnisse und königlich-preußische Interessen zusammen (vgl. Treu 1995). Dafür bot Wittenberg zudem Voraussetzungen, die der Stadt auf alle Zeit sicher waren, nämlich insbesondere das Vorhandensein reformationsgeschichtlich bedeutsamer Archive: das Stadtarchiv und das Stadtkirchenarchiv. Damit war Wittenberg zweifelsfrei auch für die Zukunft ein zentraler Ort für entsprechende Forschungsrecherchen. Gestärkt wurde diese Funktion dann 1883 durch die Gründung der Lutherhalle mit eigener Spezialbibliothek und wissenschaftlicher Arbeitsstelle.²⁰

Erwähnt werden sollte in diesem Zusammenhang schließlich, dass Wittenberg im Jahre 1918 auch die Gründung der Luther-Gesellschaft erlebte (vgl. Düfel 1993). Zu deren besonderen Zielsetzungen wiederum zählt die Förderung der Lutherhalle. Dies war nicht zuletzt deshalb nötig, weil der Zusammenbruch des Kaiserreiches die Lutherhalle in ideeller Hinsicht durchaus betraf, denn immerhin war Luther seinerzeit neben Bismarck als deutscher Nationalheros gefeiert worden. Als bedeutsam habe sich die Gründung der Luther-Gesellschaft insofern erweisen, „als hier erste Anfänge gemacht wurden, das Haus neben den musealen auch für Tagungszwecke zu nutzen“ (Treu 1991, 110f.).

Neben den reformationsbezogenen wissenschaftlichen und wissenschaftsnahen Aktivitäten hatte das 19. Jahrhundert und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts auch nennenswerte nichtreformationsbezogene Aktivitäten hinsichtlich Wissenschaft und Höherer Bildung aufzuweisen. Die seit der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert als „Lyceum“ bezeichnete Höhere Schule wurde am 3.1.1828 zum Gymnasium erhoben.²¹ Ein Hebammenlehrinstitut nahm 1818 seinen Lehrbetrieb auf, wurde allerdings 1904 wieder aufgehoben (vgl. Böhmer 1984). 1876 wurde das Paul-Gerhardt-Stift gegründet, das seit 1914 auch eine Krankenpflegeschule unterhält und Fachärzte ausbildet.²²

1915 fand sich Piesteritz, westlich von Wittenberg gelegen und später eingemeindet, als Standort eines neuen Stickstoffwerkes ausgewählt. Mit der damit auch angesiedelten anwendungsorientierten Industrieforschung gelangte ein völlig neuer

²⁰ dazu vgl. Jordan (1924), Thulin (1933; 1953), Starke (1982), Staatliche Lutherhalle Wittenberg (1983); desweiteren die zwischen 1984 und 1989 in fünf Heften erschienene „Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg“, darin insbesondere zur Geschichte der Lutherhalle: Kabus (1984; 1986), Grabowski/Lubitzsch/Stiegler (1987), „Neues Altes“ (1995). Treu (1993); aktuell vgl. <http://www.martinluther.de/homef.htm>

²¹ Bellmann/Harksen/Werner (1979, 74); vgl. desweiteren: Spitzner (1830), Bernhardt (1868; 1888; 1888a); Historische Übersicht (1997).

²² Zur Geschichte der Paul-Gerhardt-Stiftung (1994); vgl. auch Böhmer (1983 und 1988a).

Typus von Wissenschaft in die Stadt (vgl. SKW Stickstoffwerke 1995, 79-92). Der kritischen Begleitung durch solcherart Industrie produzierter Technologiefolgen und Umweltgefährdungen sollte sich später eine Einrichtung widmen, die 1927 von dem Theologen und Ornithologen Otto Kleinschmidt als „Forschungsheim für Weltanschauungsfragen“ gegründet wurde: das Kirchliche Forschungsheim – damals mit der Hauptaufgabe, den Dialog zwischen Theologie und Naturwissenschaften zu befördern, daneben einer umfangreichen Vogelsammlung und einer Ausstellung zur Urgeschichte des Menschen.²³ Ein 1910 gegründeter „Verein für Heimatkunde und Heimatschutz zu Wittenberg“ begann 1911 mit heimatgeschichtlicher Ausstellungstätigkeit, die in die Gründung des Heimatmuseums mündete und der Beschäftigung mit der Stadtgeschichte Auftrieb verlieh (vgl. Krüger 1938).

4. Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994

Das 19. Jahrhundert ist hinsichtlich der Wittenberger Stadtgeschichte bereits recht gut historiographisch dokumentiert; es hält im Vergleich zum darauf folgenden Säkulum auch keine so hohe Ereignisdichte bereit. Im Hinblick auf die erste Hälfte des 20. Jahrhundert dünnt die historiographische Aufarbeitung dann etwas aus. Für unser Thema indes ist vor allem wichtig, dass auch aus den Jahren nach 1945 beträchtliche Mengen an schriftlicher Überlieferung überkommen sind, die Aktivitäten in Bezug auf Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg belegen, diese aber noch einer kritischen Sichtung und Bewertung harren – so dass vorerst festzuhalten ist: Innerhalb der universitätslosen Jahre Wittenbergs ist die bislang am geringsten untersuchte Zeitspanne diejenige, welche der Gründung der Universitätsstiftung Leucorea unmittelbar voranging – die Nachkriegsjahrzehnte 1945-1994.

Die durchaus beträchtliche Fülle an wissenschaftlichen und wissenschaftsnahen Betätigungen in dieser Zeit war teils durch Institutionen verstetigt, teils vollzog sie sich teils als – z.B. jubiläumsbedingte – Einzelaktivitäten. Es sind inhaltliche Schwerpunkte erkennbar, daneben aber auch Zufälligkeiten, wie sich ebenso manche Schwerpunkte glücklichen Fügungen mehrerer Zufälle verdanken. Das kann nicht verwundern, denn die Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte einer Stadt von Größe und Charakter Wittenbergs folgt keinem Masterplan.

Um einen Überblick zu gewinnen, legen wir die Unterscheidung zwischen (a) reformationsbezogenen und (b) nicht auf die Reformation bezogenen wissenschaftlichen und wissenschaftsnahen Aktivitäten zu Grunde. Innerhalb dieser Differenzierung lässt sich zudem zwischen Aktivitäten und Institutionen unterscheiden, die

²³ http://bildung.wittenberg.de/kirchl_forsch.html

(a) direkten oder aber indirekten Reformationsbezug aufweisen bzw. (b) sich naturwissenschaftlich-medizinischen Fragestellungen oder geisteswissenschaftlichen Fragestellungen widmen (Abb. 1). Wir wollen dies für die fünf Nachkriegsjahrzehnte 1945 bis 1994 in drei Schritten näher betrachten:

- Soweit Wittenberg eine ‚ganz normale‘ mittelgroße Stadt war, lässt sich an ihr – durchaus bereits ab 1817 – studieren, wie sich Bedürfnisse nach Wissenschaft und höherer Bildung an einem Ort durchsetzen, der nicht durch eine Universität privilegiert ist (4.1.).
- Der stadtgeschichtliche Reformationsbezug hingegen hob Wittenberg aus der Menge vergleichbarer mittelgroßer Städte heraus: Er machte Wittenberg auch überlokal und überregional bedeutsam für die jeweilige Geschichtspolitik der verschiedenen politischen Systeme, d.h. für historische Vergewisserungen, Aktualisierungen und Inanspruchnahmen für Legitimationsaktivitäten der aufeinanderfolgenden Herrschaftsordnungen (4.2.).
- Mentalitätshistorisch knüpft sich hieran das Interesse nach Beantwortung vor allem einer Frage: Inwieweit wirkt das, was gelegentlich als *genius loci* gekennzeichnet wird, struktur- und handlungsprägend auf eine lokale Öffentlichkeit bzw. einzelne ihrer Teilöffentlichkeiten? (4.3.)

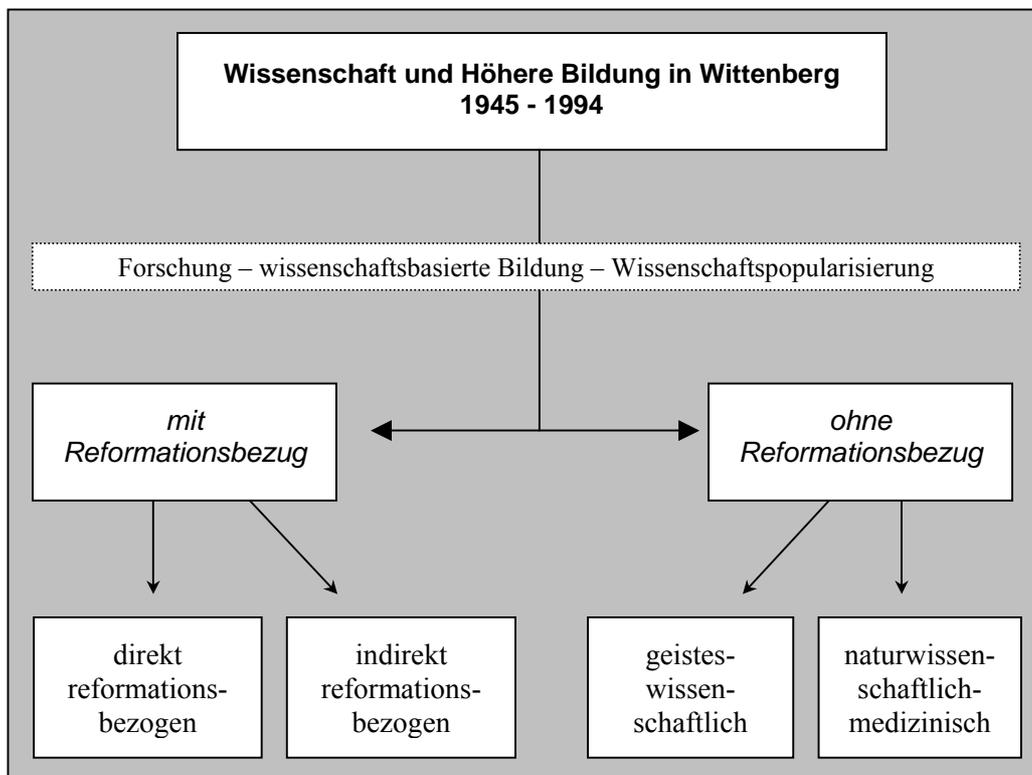


Abb. 1: Systematisierung des Untersuchungsgegenstands

4.1. *Wissenschaftliches Leben ohne Reformationsbezug*

Die Institutionen und Organisationen, die sich Wissenschaft, Höherer Bildung und Wissenschaftspopularisierung widme(te)n, lassen sich nach fachlichen Zugehörigkeiten gruppieren. Wir wollen die Grobunterscheidung zwischen Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften nutzen.

So gab und gibt es eine Reihe von Einrichtungen in Wittenberg, die sich naturwissenschaftlich-medizinischen Fragen widmen. Hier hat zunächst das Paul-Gerhardt-Stift die längste Tradition aufzuweisen. Gegründet 1876, ist es durch seine seit 1914 bestehende Krankenpflegeschule, die 1950 erteilte Berechtigung zur Facharztausbildung (Böhmer 1988a, 53) und seine Funktion als Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Halle-Wittenberg (seit 1992) auch unmittelbar in Ausbildungsprozesse involviert.²⁴

Die gleichfalls oben schon erwähnten Forschungsabteilungen der Wittenberger Industriebetriebe, vor allem des Stickstoffwerkes Piesteritz (gegr. 1915) und der Gummiwerke Elbe (gegr. 1898), waren integraler Bestandteil des städtischen Wirtschaftslebens in den DDR-Jahrzehnten,²⁵ wie sie es in reduziertem Umfang auch heute sind.²⁶ Daneben waren die Stickstoffwerke auch im Bereich der tertiären Bildung unmittelbar engagiert: „im Auftrag und unter Verantwortung von Ingenieur- und Fachschulen“ führte die werkseigene Betriebsakademie Abendstudiengänge durch. Ausgebildet wurden in diesem Rahmen Ingenieure in den Fachrichtungen Chemie, chemischer Apparatebau, Elektrotechnik, BMSR-Technik, Maschinenbau und Bauwesen sowie Fachschulökonominnen (VEB Stickstoffwerk 1965, 49f.).

1975 wurde in der Stadt der Bereich Umweltschutz des Instituts für Wasserwirtschaft Berlin angesiedelt, der später als Zentrum für Umweltgestaltung (ZUG) bzw. Institut für Umweltschutz (1989) firmierte und seit 1991 als Staatliches Amt für Umweltschutz (STAU) tätig ist. Hier wurde anwendungsorientierte Forschung und Analytik betrieben. Seit Beginn der 90er Jahre ist in der Stadt als Außenstelle Wittenberg auch das Dioxinlabor des Landesamts für Umweltschutz Halle/S. beheimatet.

Ein Museum und ein Verein sind dem Aktivitätsbereich Wissenschaftspopularisierung zuzuordnen: Das Museum für Natur- und Völkerkunde „Julius Riemer“ wurde 1948 gegründet und geht auf die Privatsammlung des Berliner Lederhandschuhfabrikanten Riemer (1880-1950) zurück. Im Sinne klassischer Volksaufklä-

²⁴ Vgl. Fußnote 22.

²⁵ Vgl. in SKW Stickstoffwerke (1995) insbesondere das Kapitel „Entwicklungsgeschichte“, S. 37-56.

²⁶ Vgl. ebd. insbesondere das Kapitel „Forschung und Entwicklung“, S. 79-92.

rung widmen sich die naturkundliche und die völkerkundliche Abteilung vor allem der Stammesgeschichte der Tiere einerseits sowie den alten Kulturen Afrikas, Australiens, Ozeaniens und Japans andererseits. Daneben nahm das Museum auch heimatkundliche Aufgaben wahr. So wurde in den 80er Jahren begonnen, in einer eigenen Schriftenreihe entsprechende Erkenntnisse, etwa über die „Geologie des Kreises Wittenberg“ (Richter 1985) oder „Fische im Kreis Wittenberg“ (Zupke 1987), zu publizieren. Der damalige Bürgermeister formulierte die diesbezügliche Aufgabe des Museums so:

„Für viele [Tier- und Pflanzen-]Arten wandelte sich der Lebensraum durch den kapitalistischen Raubbau an der Natur, durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse sowie durch andere Veränderungen in der Landschaft. Die Herausgabe der zusammengefaßten Ergebnisse auf dem Territorium unseres Kreisgebietes ist eine Aufgabe des Museums für Naturkunde und Völkerkunde ‚Julius Riemer‘ in seiner Funktion als Kreismuseum auf naturwissenschaftlichem Gebiet. Damit soll den Wünschen breiter Bevölkerungskreise nach detaillierter Information über die erdgeschichtliche Entwicklung unseres Kreisgebietes und Möglichkeiten ihrer wirtschaftlichen Nutzung, aber auch über die heimatliche Natur mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt und den Umweltschutzmaßnahmen unseres sozialistischen Staates Rechnung getragen werden.“ (Lippert 1985)

Die Wilhelm-Weber-Gesellschaft, ein eingetragener Verein, ist jünger als das Museum. Sie wurde 1990 gegründet und widmet sich seither der Pflege des Andenkens an den Physiker Weber (1804-1891). Dieser war gebürtig aus Wittenberg, gehörte 1837 zu den „Göttinger Sieben“, erfand die erste elektromagnetische Telegrafenanlage und formulierte das Grundgesetz der elektrischen Wirkung; nach ihm ist die Einheit des magnetischen Flusses benannt (vgl. Wiederkehr 1967).²⁷

Eine Wittenberger Einrichtung und eine Organisation fügen sich der schematischen Trennung zwischen Natur- und Geisteswissenschaften nicht: Das Kirchliche Forschungsheim (KFH) war 1927 als „Forschungsheim für Weltanschauungsfragen“ gegründet worden und entwickelte sich in den DDR-Jahrzehnten zu einer Stätte des Nachdenkens über den „Konflikt Mensch - Erde“ – wie es im Untertitel der seit 1980 herausgegebenen KFH-Zeitschrift heißt.²⁸ Hier fand (und findet) eine intensive Auseinandersetzung mit Risiken und Gefährdungen statt, die durch wirtschaftliche und technologische Entwicklungen entstehen bzw. entstehen können.²⁹

²⁷ Zur Weber-Gesellschaft vgl. <http://www.wittenberg.de/seiten/wwgesell.html>. Zu weiteren jüngeren Weber-Aktivitäten mit Wittenberg-Bezug vgl. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Fachbereich Physik (1993).

²⁸ *Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde*; aktuell auch: <http://www.kfh-wb.de> und http://bildung.wittenberg.de/kirchl_forsch.html

²⁹ Vgl. exemplarisch: Kirchliches Forschungsheim (1988).

Einen etwas anderen Charakter hatte der Kulturbund der DDR. Er war organisatorische Heimstatt für zahlreiche Aktivitäten, die im weitesten Sinne mit Kultur zu tun hatten, wozu auch zahlreiche Freizeitforschungsaktivitäten gehörten. Dazu wiederum zählten sowohl naturkundliche wie heimatgeschichtliche Aktivitäten.

So gab es bspw. eine sehr aktive Fachgruppe Feldherpetologie innerhalb der örtlichen Gliederung des Kulturbunds, die systematisch faunistische Daten zum Vorkommen von Lurchen und Kriechtieren in der Region erhob (Berg et al. 1988). Ebenso war aber auch die Gesellschaft für Heimatgeschichte organisatorisch in den Kulturbund eingebunden. Dort wurde professionalisierte historische Forschung betrieben, wobei dem entgegenkam, dass die Gesellschaft wesentlich auch professionelle HistorikerInnen zusammenführte: Ihr umfangreichstes Publikationsergebnis – eine dreiteilige Broschürenreihe „Durch die Jahrhunderte. Aus der Geschichte des Kreises Wittenberg“, erschienen 1983 – nennt als AutorInnen neben zwei Freizeit-historikern den Bodendenkmalspfleger des Kreises, zwei wissenschaftliche MitarbeiterInnen der Staatlichen Lutherhalle, drei Museumsleiter und den Kreisfachberater für Geschichte³⁰ (Kulturbund 1983).

Heimatgeschichte wurde in der DDR immer in zwei Linien betrieben: Neben das übliche Verständnis als Geschichte der Stadt und der Region trat als mindestens gleichgewichtiger Aktivitätsstrang die Erforschung der Arbeiterbewegungsgeschichte. Dieser Strang trug zunächst vorrangig legitimatorische Züge:

„Je weiter wir auf dem Weg des Sozialismus voranschreiten, desto notwendiger wird es, daß sich unsere Menschen mit der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung vertraut machen. Immer neue Generationen wachsen heran, die in einer Zeit geboren wurden, in der die sozialistische Gesellschaft in der DDR bereits Realität war. ... Mit der vorliegenden Arbeit wird uns eine Dokumentation in die Hand gegeben, mit welcher der Nachweis erbracht wird, daß auch hier in Wittenberg die Zeit seit der Herausbildung der Arbeiterklasse bis zur Errichtung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden eine Zeit von Klassenkämpfen war“ (Schulzki 1986),

heißt es im Vorwort einer Broschüre, die einen „Gang durch das revolutionäre Wittenberg“ unternimmt (Lau 1986), herausgegeben von der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund „in Zusammenarbeit mit der Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Wittenberg“.³¹ Da aber solche Darstellungen sinnvollerweise in die Zeitumstände der Untersuchungsgegenstände eingebettet werden mussten, ergab sich

³⁰ eine Funktion innerhalb des DDR-Schulwesens

³¹ Vgl. hierzu auch die von dieser Kommission herausgegebene Broschüre „Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes im Kreis Wittenberg“ (Kreisleitung der S.E.D. o.J.), die insbesondere mündliche Zeugnisse von Zeitzeugen sichert.

daraus auch eine gestärkte Aufmerksamkeit für wirtschafts- und sozialgeschichtliche Fragestellungen. Hierdurch wiederum sind diese Forschungen, abseits ihrer legitimatorischen Funktionen, auch heute noch als quellenerschließende Arbeiten von Interesse. Das betrifft insbesondere betriebsgeschichtliche Forschungen, wie sie z.B. zum Stickstoffwerk Piesteritz veröffentlicht wurden (vgl. Lau 1978-1987).

Über die Arbeiterbewegungsgeschichte hinausgreifend war das – nach kriegsbedingter Schließung 1952 wiedereröffnete – Wittenberger Heimatmuseum³² heimatgeschichtlich engagiert. Später als „Stadtgeschichtliches Museum“ und dann als „Stadtgeschichtliches Zentrum“ firmierend, regte es neben seiner unmittelbaren geschichtspopularisierenden Funktion auch lokalhistorische Forschungen an und publizierte sie in einer eigenen Schriftenreihe. So wurden in diesem Rahmen z.B. eine „Chronik der Stadt Wittenberg“ (Schwarz 1985) und in vier Teilen Beiträge „Zur Geschichte des Wittenberger Gesundheits- und Sozialwesens“ (Böhmer 1982-1988; Böhmer et al. 1984) vorgelegt; insgesamt waren von 1977 bis 1990 13 Hefte der stadtgeschichtlichen Schriftenreihe erschienen. Seit 1992 wird das Zentrum aus Kostengründen ohne öffentlichen Museumsbetrieb aufrechterhalten.

In den DDR-Jahrzehnten trat auch die Staatliche Lutherhalle mit Beiträgen zur nichtreformationsbezogenen Lokalgeschichte Wittenbergs hervor.³³ So wurden materialreiche Untersuchungen anlässlich des 50. Jahrestages des Novemberpogroms 1938 zum Schicksal der Wittenberger Juden vorgelegt (Kabus 1989) – verbunden mit einer Ausstellung „Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung jüdischer Mitbürger der Lutherstadt Wittenberg zwischen 1933 und 1945 vor dem Hintergrund des antisemitischen Mißbrauchs des Reformator Martin Luther“:

„Von allen Expositionen in den letzten Jahren dürfte diese wohl die Wittenberger am meisten erregt und beschäftigt haben, wurde doch hier ein Tabuthema deutscher Geschichte schonungslos offengelegt. Als Politikum verstanden die herrschenden Kreise vor allem die Namhaftmachung der Täter, und so gab es im Vorfeld dieser Exposition seit langer Zeit wieder direkte und massive Zensureingriffe bis hin zu der Tatsache, daß noch kurz vor dem Termin unklar war, ob die Ausstellung wirklich eröffnet werden könnte.“ (Treu 1993, 128)

Andere lokalgeschichtliche Aktivitäten der Lutherhalle waren z.B. eine Ausstellung und entsprechende forschungsbasierte Publikationen zur Armenfreischule im Lutherhaus, eine 1834 eröffnete „Übungsschule am Evangelischen Predigerseminar“, die bis 1937 an der Lutherhalle existiert hatte (Kabus 1987).

Allgemeine, d.h. nicht allein reformationsbezogene stadtgeschichtliche Relevanz und entsprechende Bedeutung für historische Forschungen besitzt ebenso

³² Zur Vorkriegsgeschichte des Museums vgl. Krüger (1938).

³³ zu ihrer reformationsbezogenen Tätigkeit siehe unter 4.2.

auch das Stadtarchiv Wittenberg. Die Kämmereirechnungen, um ein Beispiel zu nennen, dokumentieren fast ununterbrochen die finanziellen Transaktionen der Stadt zwischen 1410 und 1921. Alte Stadtpläne und Steuerregister sind andere wertvolle Bestände des Archivs (Zentrum für Reformationsgeschichte o.J.).

Mit vergleichbarer Funktion wie das frühere Stadtgeschichtliche Museum, doch neueren Datums ist der Pflug e.V., der sich bürgerschaftlichem Engagement verdankt. Dieser Verein erarbeitet seit Beginn der 90er Jahre zeitgeschichtliche Ausstellungen vornehmlich zur Alltagsgeschichte der DDR.

Ein gewisses Einordnungsproblem im Rahmen unserer Systematik bereiten die Gymnasien, deren drei sich in Wittenberg befinden. Das Problem hat eine Ursache in der historischen Entwicklung und eine andere im internationalen Vergleich. Historisch hängt es mit dem oben bereits erwähnten Differenzierungsprozess und Funktionswandlungen der gymnasialen Bildung zusammen. Ursprünglich unzweifelhaft dem „gelehrten Unterricht“ zugerechnet (vgl. Paulsen 1897), erfuhr das Höhere Schulwesen im 19. Jahrhundert nicht nur die neuhumanistisch inspirierte Wandlung zur ganzheitlichen Bildungsorientierung; es differenzierte sich auch in humanistisches, neusprachliches und berufsorientiertes Real-Gymnasium aus (um nur die Grundformen zu nennen). Zugleich fand die Wanderung wesentlicher Teile der Wissenschaftspropädeutik aus – in heutigen Bezeichnungen – dem tertiären in den Sekundarbereich statt, nachdem bereits im 18. Jahrhundert die Artistenfakultät sich zur gleichberechtigten Philosophischen Fakultät emanzipiert hatte. Überdies wurden die zu vermittelnden Unterrichtsinhalte, insbesondere im 20. Jahrhundert, immer stärker verwissenschaftlicht – eine Folge der allgemeinen Szientifizierung weiter Teile des gesellschaftlichen Lebens. Im internationalen Vergleich wiederum vermittelt das bundesdeutsche Gymnasium – ähnlich wie die Erweiterte Oberschule in der DDR – Wissensinhalte, die andernorts erst auf Colleges erworben werden können, die dort dem tertiären Bildungssektor zugeordnet werden. Insbesondere der letztere Umstand soll hier Grund genug sein, die Wittenberger Erweiterten Oberschulen (EOS) bzw. Gymnasien in unserer Darstellung Höherer Bildung nicht unerwähnt zu lassen.

Die am weitesten zurückreichende Geschichte hat das heutige Melanchthon-Gymnasium aufzuweisen. 1522 erfolgte die Gründung durch Ph. Melanchthon, später hieß es „Königliches Gymnasium“, seit 1897 „Königliches Melanchthon-Gymnasium“, dann „Staatliches Melanchthon-Gymnasium“ (1919). 1948 wurde daraus die Melanchthon-Oberschule (MOS), und seit 1960 ist es die „Erweiterte Oberschule Philipp Melanchthon“ gewesen. 1991 erfolgte die Umbenennung in

„Melanchthon-Gymnasium“. Die Namensgeschichte spiegelt die Wandlungen des gesellschaftlichen Umfeldes der Schule.³⁴

Ebenfalls aus einer zuvor bereits existierenden Erweiterten Oberschule (gegründet 1949) ging 1991 das Lucas-Cranach-Gymnasium im Ortsteil Piesteritz hervor, wogegen das Martin-Luther-Gymnasium eine Neugründung des Jahres 1991 ist.³⁵

4.2. *Wissenschaftliches Leben mit Reformationsbezug*

Wittenberg ist seit 1938 mit dem Namenszusatz „Lutherstadt“ versehen. Die reformationsgeschichtliche Prägung der Stadt, die sich darin ausdrückt, blieb auch durch die DDR-Jahrzehnte hin partiell identitätsstiftend. Runde Jubiläen besicherten der Stadt entsprechende Feste, Feierlichkeiten, Ausstellungen und Tagungen.³⁶ Einige Institutionen in der Stadt verdanken ihre überregionale Bedeutung gleichfalls der Beziehung zur reformatorischen Tradition der Stadt.

So kann davon ausgegangen werden, dass dem Nachlass der Wittenberger Universität eine gewisse Pflege vornehmlich deshalb zuteil wurde, weil es sich in erster Linie um die Universität der Reformation handelte. Insofern können auch die Universitätsschließungsfolgen, soweit sie wissenschaftliche Relevanz entfalteten, den hier zu vermerkenden reformationsbezogenen Aktivitäten zugeordnet werden. Das betrifft die Königliche Universitätsverwaltung Wittenberg: deren Tätigkeit ragte für einige Jahre noch auch in den an dieser Stelle interessierenden Untersuchungszeitraum hinein – 1953 wurde sie verstaatlicht³⁷ –; und es betrifft das seit 1817 bestehende Predigerseminar (vgl. Wätzel 1966). Dort absolvieren künftige Pfarrer aus allen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union (EKU) ihre letzte Ausbildungsphase. Dabei

„ging es schon immer darum, den Kandidaten nach der engsten Berührung mit der Praxis, die in einigen Monaten des Vikariats erfolgt ist, Gelegenheit zu geben, praktische Fragen, die nun aufgekommen sind, theologisch exakt zu durchdenken und zu beantworten“; und es „geht um ein Stück Radikalisierung und um den echten Existenzbezug. Was sagt das Evangelium dem Fließbandarbeiter von heute, der arbeitenden Mutter, die ihre Kinder im Kindergarten oder Hort unterbringt, dem Bauern in der Genossenschaft? Was hat die Kirche den jungen Menschen zu sagen? Und *wie* sagt sie das alles?“ (Wätzel 1968, 132f.)

³⁴ Historische Übersicht (1997); vgl. auch <http://www.melanchthon.de/gymnasium/ges-1.htm>.

³⁵ vgl. <http://olsn.st.schule.de/Schulen/Luther-Gym-Wittenberg/htm/historie.htm>

³⁶ dazu vgl. Punkt 4.3.

³⁷ Genaueres vgl. oben unter Punkt 3.

Die Wiederbelebung des seminaristischen Betriebs nach dem Kriegsende erfolgte in drei Schritten. Am 1. Juni 1948 nahm zunächst eine Evangelische Predigerschule ihre Arbeit auf: Dort sollte Spätberufenen auf dem zweiten Bildungsweg ein Zugang zum Pfarramt eröffnet werden, ohne dass sie ein herkömmliches Theologiestudium absolvieren müssen. Der Hintergrund war vor allem der übergroße Pfarrermangel in den Gemeinden. Ausgebildet wurden fortan – bis 1960 – in Wittenberg Prediger (die 1978 den Pfarrern gleichgestellt werden). (Kittel 1996, 260f.)

1949 begann daneben eine von der Kirchenprovinz Sachsen unterhaltene Ausbildungsstätte ihre Arbeit in den Räumlichkeiten des Predigerseminars, deren Aufgabe Katecheten für Oberschulen auszubilden war:

„Das neue Seminar sollte auf akademischem Niveau arbeiten. Die Notwendigkeit war entstanden, weil die Oberschüler in der Sowjetischen Besatzungszone sich mit dem materialistischen Welt- und Menschenbild auseinandersetzen mußten, das in den Schulen zu dominieren begann. Den Oberschülern sollte der christliche Glaube so nahe gebracht werden, daß sie den kritischen Fragen begegnen könnten.“ (Onnasch 1993, 134)

Für dieses „Katechetische Oberseminar“ blieb Wittenberg aber nur Geburtshelfer. Lediglich ein Semester residierte es in der Stadt. Vor allem um die weitere, als unverzichtbar geltende Mitarbeit des „eigentlichen Kopfes des Oberseminars“ (ebd., 135), des Provinzialkatecheten Otto Güldenberg, zu sichern, wurde das Seminar im Jahr darauf nach Naumburg, den Wohnort Güldenbergs, verlegt. Im April 1950 erfolgte der Umzug nach Naumburg, wo wiederum das Seminar sich unter Beibehaltung seines Namens in der Folgezeit zu einer Pfarrerausbildungsstätte entwickelte, die bis 1993 existierte (vgl. Onnasch 1996).

1950 schließlich wurde die durch Krieg und Nachkriegszeit unterbrochene Tätigkeit des Predigerseminars als Stätte der postgradualen Ausbildung von VikarInnen wieder aufgenommen. Zugleich war damit auch die Bibliothek mit ihren wertvollen Beständen erneut öffentlich zugänglich.

Die Lehrkräfte an Predigerschule und Predigerseminar waren teilweise identisch. Beide Institute saßen im Augusteum, dem 1564-86 errichteten Universitäts-hauptgebäude. Es wurde eng. 1952 konnte das dem Augusteum gegenüber gelegene Hotel Klosterhof gemietet und später auch erworben werden, um die Unterbringung der Predigerschüler sicherzustellen (heute sitzt in diesem Haus das Kirchliche Forschungsheim) (Kittel 1995, 12-17). Dennoch blieb es auf Dauer zu eng. Seit 1957 mussten einige Kurse wegen Platzmangel im Augustinerkloster in Erfurt, das sich im Wiederaufbau befand, durchgeführt werden: „So war der Gedanke nicht fern, die Predigerausbildung in Wittenberg zu beenden und sie nach Erfurt zu verlegen, in Wittenberg aber das Predigerseminar zu konzentrieren und auszubauen.“

(Ebd., 21) Daher fand die Tätigkeit der Predigerschule nach 12 Jahren in Wittenberg ein Ende und wurde bis zur Schließung der Schule 1993 in Erfurt fortgesetzt.

Die Umzüge erst des Katechetischen Oberseminars nach Naumburg, dann der Predigerschule nach Erfurt zeigen, dass der *genius loci* Wittenbergs nicht als zwingend erforderlich empfunden wurde, um evangelische religionspädagogische und theologische Ausbildungen durchzuführen. Gleichwohl wird der Bezug zum Ort immer wieder betont: „Wittenberg hat uns geprägt ... Wittenberg und die Reformation haben Wesentliches zu unserer Art beigetragen“, schreibt Propst Staemmler, ehemaliger Rektor der Predigerschule, nach deren Umzug nach Erfurt.³⁸ Stärker aber waren am Ende dennoch praktische Erwägungen der Durchführbarkeit von Ausbildung und Unterbringung.

Unzweifelhaften Bezug auf die von der reformatorischen Geschichte geprägte Stadt weist die Lutherhalle auf. 1883 gegründet, besaß sie 1945 eine inzwischen umfangreiche Spezialsammlung: nur ca. sechs Prozent der Sammlungsbestände können in den Dauerausstellungen gezeigt werden (Treu 1991, 102). Am 18. Februar 1946 konnte das Museum wieder für den allgemeinen Publikumsverkehr öffnen. Fortgesetzt wurde auch die eigenständige wissenschaftliche Bearbeitung der historischen Materialbestände – nicht zuletzt, um die rege Ausstellungstätigkeit³⁹ wissenschaftlich zu fundieren. 1947 konstituierte sich ein Lutherhallenarbeitskreis:

„Thulin [seit 1930 Direktor des Hauses, p.p.] als spiritus rector befähigte Bürger Wittenbergs, in der Runde des Arbeitskreises im Refektorium selbst erarbeitete Vorträge zu reformations- und kunstgeschichtlichen Themen zu halten. Gemeinsame Exkursionen vertieften die Kenntnisse und stärkten das Zusammengehörigkeitsgefühl. Im besten Sinne war in dieser Zeit die Lutherhalle in der Stadt Wittenberg angenommen.“ (Treu 1991, 117)

Durch einen „Handstreich der Verwaltung“ war die Lutherhalle 1946 der städtischen Administration unterstellt worden. Dies sollte sich „als würgende Fessel erweisen, da sie dem Museum direkte Abhängigkeiten von einer ideologiebestimmten Geschichtsschreibung“ bescherte (ebd., 117f.). 1959 versuchte die DDR-Regierung einen Griff nach der Lutherhalle, indem eine „Umgestaltung des Hauses im Sinne der ‚einzig wissenschaftlichen Weltanschauung‘“ geplant wurde:

„Allerdings bekam die westliche Presse von der geplanten Aktion Wind. Offensichtlich war der Ruf der Lutherhalle und ihres Direktors international noch so gewichtig, daß die Herrschenden ihre Pläne ad acta legen mußten.“ (Ebd. 119)

³⁸ zit. bei Kittel (1995, 13).

³⁹ Vgl. z.B. als jüngere Beispiele Der Reformator mit dem Hammer..., 1992; Die Ausstrahlung der Universität Wittenberg nach Nordeuropa..., 1993.

Die evangelische Kirche suchte in „zäh geführten Verhandlungen ..., den verlorenen Einfluß auf das konfessionell bedeutsame Haus zurückzugewinnen“ (ebd., 120). 1966 gab es einen bescheidenen Erfolg mit der Gründung des Lutherhallenbeirats, dem trotz der kommunalen Trägerschaft des Hauses auch drei kirchliche Vertreter angehörten, darunter der Direktor des Predigerseminars. Deren Verdienst vor allem sei es auch gewesen, „daß als Direktor der Lutherhalle ein SED-Mitglied nicht in Frage kam“ (Treu 1993, 132). Ab 1972 musste das Haus seinem Namen das Attribut „Staatliche“ voranstellen, wovon es sich im Dezember 1989 befreite.

1983 war der 500. Geburtstag des Reformators Anlass zahlreicher Veränderungen. Neben baulichen Maßnahmen gab es eine Reihe von Neuerungen, die auch in wissenschaftsbezogener Perspektive bedeutsam waren. Völlig neu konzipiert wurden die Dauerausstellungen, und zwar, wie hervorgehoben wird, selbständig durch die Mitarbeiter des Hauses. Auch war neu für DDR-Verhältnisse, „daß als Gutachter der Konzeption und ihrer Umsetzung neben marxistischen Historikern und Kunsthistorikern auch angesehene Kirchengeschichtler zu Wort kamen“:

„Dieses Spannungsfeld der Kräfte ermöglichte einen bis dahin ungekannten Freiraum in der inhaltlichen Gestaltung des Museums. [...] Die in marxistisch ausgerichteten Geschichtsmuseen beliebten hermeneutischen Erläuterungstexte, wie denn das Dargestellte ideologisch zu verstehen sei, fielen fort zugunsten von knappen Zitaten, die einem mündigen Besucher weiteres Material zur eigenen Urteilsbildung an die Hand gaben. Dieses singuläre Vorgehen führte zwar zu heftigen Diskussionen in den Gutachterkreisen, von eigentlicher Zensur kann jedoch nicht gesprochen werden, sieht man davon ab, daß die Vitrine zu Thomas Müntzer ... das Lutherzitat ‚Der Satan zu Allstedt‘ nicht tragen durfte.“ (Treu 1993, 121)

1990 ergab dann eine „sorgfältige und selbstkritische Prüfung“ der Ausstellung „keinen Änderungsbedarf“: „Das dürfte für ein ostdeutsches historisches Museum weitgehend singulär sein.“ (Ebd., 133)

Die Jahre nach dem Lutherjubiläum brachten für die Lutherhalle widersprüchliche Erfahrungen. Einerseits etwa wurden wieder „Briefe aus dem westlichen Ausland ... auf dem Rathaus geöffnet und, falls mißliebig, unterdrückt. Ein striktes Reiseverbot verhinderte die Annahme von Einladungen“ (Treu 1991, 129). Andererseits konnte im Selbstverlag eine „Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg“ auf den Weg gebracht werden, um eine verstetigte Veröffentlichungsmöglichkeit für die eigenen Forschungsergebnisse zu schaffen, möglichst unter Umgehung der Zensur, und in der Tat: „Bis auf geringfügige Änderungen konnte die Schriftenreihe zensurfrei erscheinen.“ (Treu 1993, 129)⁴⁰ 1989 wurde einerseits auf

⁴⁰ Nach dem politischen Umbruch musste die Schriftenreihe dann „wegen mangelnder Rentabilität und geringem Käuferinteresse“ eingestellt werden“: so lagen 1991 von den ur-

ausdrücklichen Wunsch staatlicher Stellen eine Sonderausstellung „Thomas Müntzer – Schwarmgeist oder Revolutionär: sein Bild in der Geschichte von Martin Luther bis Heinrich Heine“ erstellt und veranstaltet; doch enttäuschte andererseits diese die ‚Anreger‘ tief, „da statt einer Jubelausstellung eine wissenschaftlich solide, nüchtern abwägende Exposition zu den Problemen der Rezeptionsgeschichte entstand, die für propagandistische Zwecke unbrauchbar war“ (ebd., 128-130).

Neben all diesen Aktivitäten hatte und hat die Lutherhalle eine gewichtige Funktion im Forschungsbetrieb, indem sie zahlreiche Dienstleistungen für auswärtige Wissenschaftler und sonstige Interessenten erbringt. So kamen vor 1989 durchschnittlich 120 wissenschaftliche Anfragen pro Jahr, wobei die zahlreichen Unterstützungsersuchen für genealogische Forschungen noch nicht enthalten sind (Treu 1993, 131). 1991 nutzten 81 Personen die Lutherhalle für Recherchen vor Ort, daneben wurde 187 wissenschaftliche Anfragen schriftlich beantwortet (ebd., 136). Seit dessen Gründung 1971 war (und ist) die Lutherhalle jedes zweite Jahr Gastgeber des Theologischen Arbeitskreises für Reformationsgeschichtliche Forschungen (TARF), der Lutherforscher aus ganz Europa vereint – „auch wenn ‚die Obrigkeit‘ diese Tagungen wenig schätzte“ (ebd., 132).

Von der Reflexion des eigenen reformationshistoriographischen Auftrags legen zahlreiche Publikationen Zeugnis ab.⁴¹ Am 31. Oktober 1991 wurde in Wittenberg der „Arbeitskreis deutscher reformationsgeschichtlicher Gedenkstätten“ gegründet. Ihm gehören neben der Lutherhalle und dem Wittenberg Melanchthonhaus die Museen in Eisleben, das Augustinerkloster Erfurt, das Lutherhaus Eisenach, das Stadtmuseum Ingolstadt, das Melanchthonhaus Bretten und die Veste Coburg an (Treu 1993, 136).

Anders als die Lutherhalle war das Melanchthonhaus erst in der DDR ein Museum geworden. Das 1536 erbaute und fast unverändert erhalten gebliebene Wohnhaus Melanchthons diente bis 1953 als Wohnhaus – wobei seit 1810 das Studier- und Sterbezimmer Melanchthons besichtigt werden konnte. Bis 1966 beherbergte das Haus dann das Wittenberger Heimatmuseum. 1967, aus Anlass der 450-Jahrfeier der Reformation, wurde es zum Museum umgestaltet, das Leben und Werk des *Praeceptor Germaniae* erläutert. Das Konzept stammte von dem Hallenser Histori-

spränglich 3000 Stück des Heftes 2 (1986) noch ca. 1.900 Exemplare unverkauft in der Lutherhalle (Treu 1993, 135).

⁴¹ Vgl. für die Zeit vor 1945: Jordan (1924), Thulin (1933), Starke (1982); für die Zeit nach 1945: Thulin (1953), Staatliche Lutherhalle Wittenberg (1983), desweiteren die zwischen 1984 und 1989 in fünf Heften erschienene „Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg“, darin zur Geschichte der Lutherhalle insbesondere Kabus (1984; 1986), Grabowski et al. (1987), „Neues Altes“. Erwerbungen der Lutherhalle Wittenberg..., 1995; Treu (1993); aktuell vgl. <http://www.martinluther.de/homef.htm>

ker Leo Stern: „Der Humanist Melanchthon erschien dem atheistischen Staat weniger problematisch als der Theologe Luther“ (Treu 1991, 120).⁴² Durch Stadtparlamentsbeschluss vom Dezember 1990 wurde das Melanchthonhaus, das über keinen nennenswerten eigenen Fundus verfügt, mit der Lutherhalle organisatorisch vereinigt (Treu 1993, 137f.).

Doch nicht allein die Sammlungen der Lutherhalle machen Wittenberg zu einem lohnenden Ziel reformationsgeschichtlich Forschender. Ebenso sind diesbezüglich das Stadtarchiv und das Stadtkirchenarchiv zu nennen: „Der größte Teil der hiesigen Quellenbestände ist bis jetzt unerforscht geblieben.“ (Zentrum für Reformationsgeschichte o.J.) Das Stadtarchiv verwahrt Urkunden, Akten, Urbare, Rechnungen und Register bis ins Mittelalter zurück. Korrespondenzen zwischen Stadtverwaltung, Kirche und Universität dokumentieren deren teils spannungsvolle Verhältnisse. Die Sozialgeschichte der Stadt lässt sich in wesentlichen Teilen aus Bürgerlisten, Briefen an den Stadtrat und Steuerregistern rekonstruieren. Die im Archiv der Wittenberger Stadtkirche enthaltenen Sammlungen reichen bis ins 13. Jahrhundert zurück. Die Kirchen- und Ordinandenbücher liegen seit der Reformationszeit vor. Im noch nicht vollständig erschlossenen Stadtarchiv helfen „hilfreiche“, im Stadtkirchenarchiv „ausgezeichnete“ Findbücher den Nutzern (ebd.).

Zwei Wittenberger Einrichtungen sollen schließlich Erwähnung finden, von denen zumindest in indirekter Weise auch Impulse in Richtung Wissenschaft und Höherer Bildung ausgehen: die Evangelische Akademie und die Stiftung Cranach-Höfe.

Die Evangelische Akademie der Kirchenprovinz Sachsen und der Landeskirche Anhalt war 1948 in Wittenberg gegründet worden – nach Intention des Lutherhallen-Direktors Oskar Thulin wohl mit dem Ziel, sie auch in Wittenberg anzusiedeln. Tatsächlich fanden die ersten Tagungen auch in Wittenberg statt, und das erste Organisationsbüro hatte seinen Sitz in der Stadt. „Daß es später anders wurde, liegt an den besonderen lokalen Verhältnissen unserer Kirchenprovinz“ (Dittrich 1994, 30). Immerhin tagte unter der Leitung Thulins in den ersten Jahren noch der Leiterkreis der Akademie in Wittenberg. 1993 eröffnete die Akademie in Wittenberg eine Nebenstelle, die von Beginn an mit der Absicht verbunden war, in ihrem Gründungsort ein modernes Tagungs- und Begegnungszentrum aufzubauen.⁴³ Die Evangelische Akademie war und ist keine Forschungsakademie. In der DDR leistete sie politische Erwachsenenbildung (Wüst 1994a, 150), und auch nach 1989 will sie „immer noch keine Fachkongresse ersetzen, aber ... einer interessierten oder

⁴² vgl. <http://www.mv-sachsen-anhalt.de/mw0017.htm>

⁴³ 1997 ist die Akademie auch mit ihrem Hauptsitz nach Wittenberg zurückgekehrt. Aktuell vgl. <http://www.ev-akademie.wittenberg.de>

einer zu interessierenden Öffentlichkeit durch einen qualifizierten Diskurs ein Forum zur Kontrolle und Einmischung anbieten“ (ebd., 164). Doch sie wird, so ihr Wittenberger Studienleiter Friedrich Schorlemmer (1994, 173), der „Tradition des *genius loci* folgend ... sowohl das Fach- wie auch das Gemeindegespräch über das reformatorische Erbe ... zu führen haben“.

Eine weitere Einrichtung, die sich der Pflege und Fruchtbarmachung des reformatorischen Erbes für Gegenwart und Zukunft widmet, ist die 1990 gegründete Stiftung „Cranach-Höfe“ e.V. Zunächst waren ihre Aktivitäten auf die Rettung der sog. Cranach-Höfe konzentriert, also der Wohn- und Werkstatthäuser Lucas Cranachs. Im weiteren sollen diese durch multifunktionale künstlerische, kulturelle und kommerzielle Nutzungen belebt werden.⁴⁴

Weitere Einrichtungen, Initiativen und Institute mit reformationsbezogenen Forschungs- und Bildungsaufträgen kamen nach 1994 hinzu – und wären in einer Darstellung zu beschreiben, die sich der Zeit nach der Wiederbelebung des universitären Standortes Wittenberg widmet.⁴⁵

4.3. *Geschichtspolitik und städtische Öffentlichkeit*

Zu vermuten ist, dass es Strukturwandlungen der städtischen Öffentlichkeit gab, die sich in Folge historischer Vergewisserungen, Aktualisierungen und Inanspruchnahmen der Stadtgeschichte für Legitimationsaktivitäten durch verschiedene politische Systeme vollzogen. Die Prüfung dieser Vermutung soll als eigenständiges Querschnittsthema innerhalb der im weiteren ins Auge gefassten Untersuchungen betrieben werden.

Die Fragen, die dabei interessieren, sind nicht nur zeitlich, sondern auch lokal übergreifender Art, scheinen aber am Beispiel der Stadt Wittenberg exemplarisch bearbeitbar. Zu fragen ist: Wird städtische Öffentlichkeit durch historische Vergewisserung und Aktualisierung geprägt – oder anders: Wirkt das, was durch die Kennzeichnung als *genius loci* einer präziseren Bestimmung enthoben erscheint (es gleichwohl nicht ist), struktur- und handlungsprägend auf eine lokale Öffentlichkeit bzw. einzelne ihrer Teilöffentlichkeiten? Wenn ja: wie vollzieht sich dies unter den Bedingungen unterschiedlicher politischer Systeme? Und konkret auf den Ort der

⁴⁴ vgl. Stiftung „Cranach-Höfe“ (o.J.) und <http://www.wittenberg.de/seiten/cranach/cstift0.html>

⁴⁵ Den Weg zu einigen dieser Neugründungen weist die Wittenberger Homepage unter URL <http://www.wittenberg.de>, die sich allerdings teilweise noch auf dem Aktualisierungsstand von 1997 befindet (Zugriff: 20.12.2000).

Betrachtung bezogen: Welche geschichtspolitischen Inanspruchnahmen der Wittenberger Stadtgeschichte wirkten sich wie auf das städtische Geistesleben aus?⁴⁶

In den DDR-Jahrzehnten war Wittenberg immer ein Referenzort für die diversen Konjunkturen der reformationsbezogenen Geschichtspolitik des Staates gewesen.⁴⁷ Die in Wittenberg vorhandenen authentischen Orte und Zeugnisse der Reformation sicherten der Stadt Besucher, Tagungen und zu gegebenen Anlässen Jubiläumsfeierlichkeiten: Melanchthon-Ehrungen 1952⁴⁸ und 1960,⁴⁹ Reformationsjubiläum 1967,⁵⁰ Cranach-Ehrungen 1953⁵¹ und 1972,⁵² 500. Geburtstag Johannes Bugenhagens 1986⁵³ oder die Universitätsjubiläen 1952 und 1967. Zu letzteren bezeugen die Quellen vornehmlich volkspädagogische Nutzungen, so wenn das 450-Jahres-Jubiläum der Universitätsgründung 1952 dazu diente,

„um die Werktätigen stärker mit dem Kulturerbe vertraut zu machen und ihnen den Zugang zu den Leistungen der Vergangenheit zu erschließen ... Mit einem Umgang und Festakt in Wittenberg beging der Senat der Universität dieses Ereignis. In mehreren Veröffentlichungen wurden sowohl die humanistischen Traditionen der Universität gewürdigt als auch die neuen Aufgaben bei der Heranbildung einer neuen, der Arbeiterklasse treu ergebenen Intelligenz dargelegt.“ (Kulturbund 1983, Teil III, 78)

Beim Reformationsjubiläum von 1967 zeigte sich „die Schizophrenie rigoroser Trennung zwischen Staat und Kirche, zwischen Ost und West“ in Bezug auf das reformatorische Erbe:

⁴⁶ Vgl. zum 19. Jahrhundert Treu (1995) und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Bräuer (1995).

⁴⁷ Die Stadt war damit auch immer in akademische Diskurse integriert, was z.B. für die im übrigen vergleichbare Stadt Frankfurt (Oder), die gleichfalls eine anfangs des 19. Jahrhunderts aufgehobene Universität nach 1989 neu gründete, nicht zutraf.

⁴⁸ „Lichtfigur sozialistischer Traditionspflege wurde der Theologe Thomas Müntzer, den sowjetische Historiker im Anschluß an Friedrich Engels zum Bauernkriegsführer und Berufsrevolutionär hochstilisierten. Allerdings ließen sich solche Thesen in Wittenberg kaum museal umsetzen. So feierte man vorerst 1952 Philipp Melanchthon, der politisch als weniger belastet galt, und 1953 Lucas Cranach als Künstler der ‚frühbürgerlichen Revolution‘.“ (Treu 1991, 118)

⁴⁹ Vgl. Meier/Voigt (1960); Melanchthon-Komitee der DDR (1963); Bräuer (1997); Ellinger (1961).

⁵⁰ Vgl. Steinmetz/Brendler (1967); Götting (1967).

⁵¹ Vgl. Deutsches Lucas-Cranach-Komitee (1953).

⁵² Vgl. Cranach-Komitee der Deutschen Demokratischen Republik (1973).

⁵³ Vgl. Joestel/Kabus (1986).

„Während ostdeutsche Marxisten weitgehend unter sich im Großen Hörsaal der Lutherhalle tagten, wobei die Staatsmacht Flagge zeigte, vereinte eine theologische Tagung über die Reformation die Elite der internationalen Lutherforschung. Positiv allerdings für die Lutherhalle war, daß im Ergebnis der Feierlichkeiten von 1967 der atheistische Staat sich nach anfänglichem Zögern bereitfand, das einseitig negative Lutherbild zu differenzieren. Man nahm ihn als Sprachschöpfer ernst und würdigte seine frühen Reformen.“ (Treu 1991, 120)

Noch sechs Jahre vor dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems verband sich mit Wittenberg im Lutherjahr 1983 auch eine weitgehende Neubewertung der Reformation durch die DDR-Geschichtswissenschaft und -Geschichtspolitik,⁵⁴ unterstrichen z.B. durch die Wahrnehmung des in Wittenberg ausgerichteten Evangelischen Kirchentages in den staatlich gelenkten Medien. Dem 1978 eingeleiteten Entkrampfungsprozess zwischen DDR-Staat und evangelischen Kirchen „korrespondierte auch eine beginnende Zusammenarbeit auf dem wissenschaftlichen Feld der Reformationsgeschichte. Kirchengeschichtler und marxistische Historiographen begannen, aufeinander zu hören“ (ebd., 121f.).

Sechs Jahre darauf, im Dezember 1989, konstituierte sich im Keller der Lutherhalle der Runde Tisch der Stadt Wittenberg.

Untersuchungsbedürftig ist, inwieweit die Einbettung der Stadt in gesellschaftliche Diskurse, die nicht zuletzt Rückkopplungen an die Stadtgeschichte aufwiesen, die devianten, kritischen resp. oppositionellen Teile der städtischen Öffentlichkeit prägte – Teilöffentlichkeiten, die in Wittenberg zwar überdurchschnittlich viele kirchliche Anlaufpunkte bzw. (je nach gegebener oder subjektiv empfundener Situation) Rückzugsorte hatten,⁵⁵ die sich aber auch abseits einer DDR-typischen Ambivalenz entwickelten: Sie waren weder durch die relativen Freiräume einer Universitätsöffentlichkeit („Akademikerszene“) abgestützt noch durch die indoktrinierenden Wirkungen einer Universitätspräsenz herausgefordert.⁵⁶

⁵⁴ Vgl. Beeskow et al. (1983); zum Überblick vgl. Bräuer (1983 und 1985).

⁵⁵ Vgl. Staemmler/Waldmann (1968).

⁵⁶ im Unterschied etwa zu der strukturell vergleichbaren Stadt Jena, die jedoch durchgehend über eine Universität verfügte. Vgl. Scheer (1999) und, aus Sicht der Universität, Böttcher (1994).

Mit dem Systembruch 1989/90 wurde unter anderem der Möglichkeitsraum geöffnet, um an eine Universitätswiedergründung denken zu können, und ab 1992 wurde diese Idee auch ernsthaft in der städtischen Öffentlichkeit ventiliert.⁵⁷ Neujustierung und Pluralisierung der öffentlichen Debatten legen die Frage nahe, inwieweit der Strukturwandel der städtischen Öffentlichkeit auf vorhandenen Latenzen aufbauen konnte oder inwieweit die politische Systemtransformation dafür allein konstitutiv war.

1993 feierte Wittenberg sein 700jähriges Stadtjubiläum. Eine aus diesem Anlass veranstaltete Konferenz bemühte sich um eine Korrektur dominanter Wahrnehmungen innerhalb stadtgeschichtlicher Betrachtungen, indem sie beträchtliche historiographische Kompetenz zusammenführte: Das Ziel der Veranstaltung war, „die Geschichte Wittenbergs umfassend darzustellen und damit die in der Vergangenheit vorherrschende Fixierung auf einige herausragende Persönlichkeiten und Epochen der Stadtgeschichte aufzubrechen“. Die Geschichte Wittenbergs sollte in ihrer „wechselseitigen Verschränkung von Stadtgeschichte, Universitätsgeschichte und Reformationsgeschichte“ besser bekannt gemacht werden, „als dies in der Vergangenheit der Fall war“ (Oehmig 1995, 9).

Soweit die Geschichte von Wissenschaft und Höherer Bildung in Wittenberg seit 1817 wie auch im besonderen seit 1945 in Augenschein genommen wird, gibt es mannigfache Gelegenheiten, solche Verschränkungen zu entdecken und zu plausibilisieren – was zu belegen mit diesem Text im Rahmen eines kursorischen Durchgangs geleistet werden sollte.

5. Ausblick

Vorliegender Text ist ein Zwischenbericht aus einem laufenden Projekt. Aufgezeigt werden sollte ebenso die Fülle zu berücksichtigender Untersuchungsobjekte, wie diese Objekte in einem ersten Schritt zu systematisieren waren. Dies wiederum

⁵⁷ Anders als z.B. in Erfurt, dessen Universität 1816 vom selben preußischen König, der die ‚Vereinigung‘ der Halleschen und Wittenberger Universitäten angeordnet hatte, geschlossen worden war: Dort hatte sich bereits in der Endphase der DDR, nämlich 1987, eine nicht offiziell angeregte, bürgerschaftliche Initiative, die „Interessengemeinschaft Alte Universität Erfurt“, gebildet, um eine perspektivisch Wiedergründung der Universität zu betreiben (vgl. Denkschrift zur Gründung einer Europäischen Universität... (1991), S. 96f.). Auch hatte bereits die Medizinische Akademie Erfurt (MAE) seit ihrer Gründung 1954 kontinuierlich auf eine Wiedererweckung der Universität hingearbeitet, wie eindrucksvoll die in 22 Jahressbänden vorliegende Schriftenreihe der MAE „Beiträge zur Geschichte der Universität Erfurt (1392-1816)“ dokumentiert.

sollte historisch kontextualisiert werden, um die analytischen Fragestellungen zu begründen, die im Rahmen des Projekts – neben der reinen Dokumentationsleistung – beantwortet werden sollen. Auch wenn der Zeitraum, welcher der Universitätsstiftungsgründung 1994 unmittelbar vorgelagert ist, hier besonders interessiert, so ordnet sich die Betrachtung doch in eine weitere Perspektive ein. Die Untersuchungen zielen auf die historiographische Dokumentation und Auswertung der Quellen für die gesamte Zeitspanne von 1817 bis 1994, also zwischen Aufhebung der Wittenberger Universität und Gründung der Universitätsstiftung Leucorea. Dabei sollen die Studien auf die Beantwortung folgender übergreifender Fragen fokussiert werden, um geschichtliche Linien offen zu legen:

- Was sind konkret die – vermutlich komplex verflochtenen – Bedingungen, die von allorts latent vorhandenen Potentialen in einer bestimmten Stadt zu tatsächlichen wissenschaftlichen Aktivitäten führen, obgleich die institutionellen Bedingungen im Vergleich zu Orten mit Universitäten oder Akademien eher ungünstig sind?
- Lässt sich die Verwissenschaftlichung des gesellschaftlichen Lebens in der Moderne auch daran erkennen, dass sich an Orten, die in dieser Hinsicht vergleichsweise unterprivilegiert sind, Bemühungen um Wissenschaft trotz der institutionellen Benachteiligung durchsetzen?
- Wie weit kann der *genius loci* einer Stadt Wirkung als Faktor geistiger Infrastruktur entfalten; was sind die Bedingungen von Wissenschafts- und Bildungsentwicklung in einer Stadt ohne Universität, aber mit bedeutsamer akademischer Geschichte?
- Welche wechselseitigen Bedingungen und Befruchtungen setzten bzw. erfuhren Regionalstrukturentwicklung und Wissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert voneinander?
- Welche Prägungen und Strukturen kennzeichneten die städtische Öffentlichkeit Wittenbergs vor dem Hintergrund geschichtspolitischer Instrumentalisierungen durch die politischen Systeme des 19. und 20. Jahrhunderts?

Ziele des Projekts sind, zusammengefasst,

- die bisherige Wittenberger Stadt- und Regionalgeschichtsschreibung zu ergänzen um das Kapitel „Wissenschaft und Höhere Bildung zwischen 1817 und 1994“ und damit eine chronographische Lücke zu schließen;
- die stadt- und regionalgeschichtlichen Wirkungen nichtuniversitärer Formen von Wissenschaft und Höherer Bildung zu erforschen;
- die sozialen, politischen und ökonomischen Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen von Wissenschaft und Höherer Bildung in einer mittelgroßen

- Stadt vergleichend, nämlich innerhalb verschiedener gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu erkunden;
- den geschichtspolitischen Zugriff unterschiedlicher staatlicher Systeme auf eine Stadtgeschichte, die durch günstige Konstellationen für einen historischen Moment europäische Geschichte – mit auch außereuropäischen Wirkungen – wurde, exemplarisch zu dokumentieren;
 - den Epochenbruch 1989/90 in seinen Wirkungen auf den Strukturwandel der städtischen Öffentlichkeit als Voraussetzung einer Reintegration der in Gestalt der Universitätsstiftung wiederbelebten Universität in das Wittenberger Selbstbild zu erfassen.

Literatur

- Die Ausstrahlung der Universität Wittenberg nach Nordeuropa. Katalog zur Ausstellung vom 15. April bis 20. November 1993 in der Lutherhalle anlässlich des 700. Jubiläums der Stadt Wittenberg, o.O. o.J. [Wittenberg 1993].
- Beeskow, H.-J. /V. Joestel/R. Kabus/Chr. Klenner/J. Pötzschke/E. Stiegler: Martin Luther 1483 bis 1546 in der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg. Katalog der Ausstellung, Wittenberg o.J. [1983].
- Bellmann, Fritz/Marie-Luise Harksen/Roland Werner (1979): Die Denkmale der Lutherstadt Wittenberg, Weimar.
- Berg, Jürgen/Wolfram Jakobs/Peter Sacher (1988): Lurche und Kriechtiere im Kreis Wittenberg, hrsg. vom Museum für Natur- und Völkerkunde „Julius Riemer“, Wittenberg.
- Bericht über die Hundertjahr-Feier des Wittenberger Predigerseminars, erstattet vom Brüderrat, Wittenberg 1918.
- Bernhardt, [Wilhelm] (1868): Das Gymnasium zu Wittenberg in den Jahren 1828-1868. Eine Fortsetzung zu dem Werke von Dr. Franz Spitzner, Wittenberg.
- Bernhardt, [Wilhelm] (1888): Das Gymnasium zu Wittenberg von 1520 bis 1868, in: Festschrift zur Feier der Einweihung des Neuen Gymnasialgebäudes zu Wittenberg am 10. Januar 1888, Wittenberg o.J. [1888], S. 33-67.
- Bernhardt, [Wilhelm] (1888a): Verzeichnis der Schüler, welche seit Ostern 1817 das Gymnasium zu Wittenberg mit dem Zeugnis der Reife für die Universitätsstudien verlassen haben, in: Festschrift zur Feier der Einweihung des Neuen Gymnasialgebäudes zu Wittenberg am 10. Januar 1888, Wittenberg o.J. [1888], S. 145-169.
- Beyschlag, W[illibald] (1867): Die Gedenkfeier der fünfzigjährigen Vereinigung von Halle-Wittenberg am 20. und 21. Juni 1867. Festbericht, im Auftrag des academischen Senates erstattet, Halle.
- Blätter zur Erinnerung an das Stiftungsfest des Prediger-Seminariums zu Wittenberg, gefeiert am 29. und 30. September 1842, Berlin 1843.
- Boehmer, [Eduard] (1867): Bericht über die von Ponickauische Bibliothek der Universität Halle-Wittenberg, in: Zur Feier der fünfzigjährigen Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg, Halle, S. 37-76.

- Böhmer, Wolfgang (1983): Das Krankenhaus Paul-Gerhardt-Stift im Wandel der Zeiten, in: Peter Gierra (Hg.), *Impulse zur Diakonie in der Lutherstadt Wittenberg*, Berlin [DDR], S. 40-103.
- Böhmer, Wolfgang (1982-1988): *Zur Geschichte des Wittenberger Gesundheits- und Sozialwesens – Teil I, II, IV*, hrsg. vom Stadtgeschichtlichen Museum Wittenberg, Wittenberg.
- Böhmer, Wolfgang (1984): Das Wittenberger Hebammenlehrinstitut, in: W. Böhmer/E. Ehrig/H. Kühne, *Zur Geschichte des Wittenberger Gesundheits- und Sozialwesens – Teil III. Das 19. Jahrhundert*, Wittenberg, S. 31-40.
- Böhmer, Wolfgang (1988): *Zur Geschichte des Wittenberger Gesundheits- und Sozialwesens – Teil IV. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts (=Schriftenreihe des Stadtgeschichtlichen Museums Wittenberg H. 8)*, Wittenberg.
- Böhmer, Wolfgang (1988a): Das Krankenhaus Paul-Gerhardt-Stift, in: W. Böhmer, *Zur Geschichte des Wittenberger Gesundheits- und Sozialwesens – Teil IV. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Wittenberg, S. 45-54.
- Böhmer, Wolfgang/Elisabeth Ehrig/Heinrich Kühne (1984): *Zur Geschichte des Wittenberger Gesundheits- und Sozialwesens – Teil III. Das 19. Jahrhundert (=Schriftenreihe des Stadtgeschichtlichen Museums Wittenberg H. 7)*, Wittenberg.
- Böttcher, Hans Richard (Bearb.) (1994): *Vergangenheitsklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena*, Leipzig.
- Bräuer, Siegfried (1983): *Martin Luther in marxistischer Sicht von 1945 bis zum Beginn der achtziger Jahre*, 2. Aufl., Berlin [DDR].
- Bräuer, Siegfried (1985): Das Luther-Gedenkjahr 1983 und die Kirche in der DDR, in: Hans Süßmuth (Hg.), *Das Luther-Erbe in Deutschland*, Düsseldorf, S. 41-66.
- Bräuer, Siegfried (1995): Der urdeutsche und tief christliche Reformator. Zur Planung und Vorbereitung der Wittenberger Luther-Festtage 1933, in: St. Oehmig (Hg.), *700 Jahre Wittenberg. Stadt Universität Reformation*, Weimar, S. 545-563.
- Bräuer, Siegfried (1997): Das Melanchthonjubiläum 1960 in Wittenberg und Halle, in: *Lutherjahrbuch*, Göttingen, S. 87-126.
- Cranach-Komitee der Deutschen Demokratischen Republik (1973): *Lucas Cranach: Künstler und Gesellschaft. Referate des Colloquiums mit internationaler Beteiligung zum 500. Geburtstag Lucas Cranach d.Ä., Staatliche Lutherhalle Wittenberg 1.-3. Oktober 1972*, Wittenberg.
- Denkschrift zur Gründung einer Europäischen Universität Erfurt, o.O. o.J. [Erfurt 1991].
- Deutsches Lucas-Cranach-Komitee (Hg.) (o.J.): *Deutsche Cranach-Ehrung 1953 Weimar und Wittenberg*, o.O. o.J. [Erfurt 1953].
- Dibelius, Otto (1918): *Das Königliche Predigerseminar zu Wittenberg 1817 – 1917*, Berlin o.J. [1918].
- Dittrich, Johannes (1994): *Geschichte der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt 1948 bis 1969*, in: H. Wüst (Hg.), *Einsichten in Evangelische Akademiearbeit*, Magdeburg, S. 19-67.
- Düfel, Hans (1993): Voraussetzungen, Gründung und Anfang der Luther-Gesellschaft, in: *Lutherjahrbuch*, Göttingen, S. 72-117.
- Elliger, Walter (Hg.) (1961): *Philipp Melanchthon. Forschungsbeiträge zur 400. Wiederkehr seines Todestages dargeboten in Wittenberg 1960*, Berlin.
- Erfurth, Richard (1929): *Zur Geschichte der Lutherschule in Wittenberg*, Wittenberg.
- Festschrift zur Feier der Einweihung des Neuen Gymnasialgebäudes zu Wittenberg am 10. Januar 1888. Veröffentlicht vom Lehrerkollegium, Wittenberg o.J. [1888].
- Friedensburg, Walter (1917): *Geschichte der Universität Wittenberg*, Halle a.S..
- Gierra, Peter (Hg.) (1983): *Impulse zur Diakonie in der Lutherstadt Wittenberg*, Berlin [DDR].
- Gilles, Franz-Otto (1998): *Nach Rosskur Aufstieg zum Marktführer. Die Restrukturierung und Privatisierung der Stickstoffwerke Piesteritz (=POLHIST Arbeitshefte der Forschungsstel-*

- le Diktatur und Demokratie am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin Nr. 8), Berlin.
- Götting, Gerald (Hg.) (1967): *Reformation und Revolution*, Berlin.
- Grabowski, Petra/Karin Lubitzsch/Elke Stiegler (1987): Restauriertes Kulturgut in der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg – Bemühungen um die Erhaltung wertvoller Bestände, in: *Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg H. 3*, Wittenberg, S. 14-25.
- Herricht, Hildegard (1977): *Zur Geschichte der Universitätsbibliothek Wittenberg (Schriften zum Bibliotheks- und Büchereiwesen in Sachsen-Anhalt H. 44)*, Halle/S.
- Hertzberg, [Gustav Friedrich] (1867): *Zur Geschichte der Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle*, in: *Zur Feier der fünfzigjährigen Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg*, Halle, S. 1-35.
- Historische Übersicht zur Geschichte des Melanchthon-Gymnasium. Teil I: Von den Anfängen bis zum Jahre 1897. Teil II: 1898-1945, o.O. o.J. (Wittenberg 1997).
- Israël, Friedrich (1913): *Das Wittenberger Universitätsarchiv, seine Geschichte und seine Bestände*, Halle a.d.S..
- Joestel, Volkmar (1987): *Wo wohnte Andreas Bodenstein in Wittenberg. Zu seinem 500. Geburtstag 1986*, in: *Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg H. 3*, Wittenberg, S. 48-51.
- Joestel, Volkmar/Kabus, Ronny (1986): *Johannes Bugenhagen – Ein Reformator an der Seite Luthers. Sonderausstellung anlässlich des 500. Geburtstages Johannes Bugenhagens in der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg vom 24. Juni bis 13. Oktober 1985*, in: *Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg H. 2*, Wittenberg, S. 30-39.
- Jordan, Julius (1924): *Zur Geschichte der Sammlungen der Lutherhalle 1877-1922*, Wittenberg.
- Jordan, Julius/Otto Kern (1917): *Die Universitäten Wittenberg und Halle vor und bei ihrer Vereinigung. Ein Beitrag zur Jahrhundertfeier am 21. Juni 1917*, Halle.
- Juntke, Fritz (1987): *Johann August von Ponickau und seine Bibliothek (=Schriften zum Bibliotheks- und Büchereiwesen in Sachsen-Anhalt H. 60)*, Halle/S..
- Kabus, Ronny (1984): *Staatliche Lutherhalle Wittenberg – 100 Jahre reformationsgeschichtliches Museum (=Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg H. 1)*, Wittenberg.
- Kabus, Ronny (1986): *Schätze der Lutherhalle zwischen Vernichtung und Bewahrung*, in: *Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg H. 2*, Wittenberg, S. 1-6.
- Kabus, Ronny (1986): *Die Wittenberger Lutherschule zwischen 1834 und 1937. Zur Geschichte der im Lutherhaus begründeten Armenfreischule*, in: *Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg H. 3*, Wittenberg, S. 52-62.
- Kabus, Ronny (1988): *Vor 50 Jahren. „Kristallnacht“ in Wittenberg am Geburtstag Martin Luthers*, in: *Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg H. 4*, Wittenberg, S. 1-8.
- Kabus, Ronny (1988a): *Das protestantischste aller Lieder, ein Lutherhandschriftenfälscher und das Schicksal eines deutschen Juden*, in: *Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg H. 4*, Wittenberg, S. 41-45.
- Kabus, Ronny (1989): *Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung jüdischer Mitbürger der Lutherstadt Wittenberg zwischen 1933 und 1945 vor dem Hintergrund des antisemitischen Mißbrauchs des Reformators Martin Luther*, in: *Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg H. 5*, Wittenberg, S. 35-58.
- Kabus, Ronny (1995): *Nationalsozialistische Judenverfolgung in der Lutherstadt Wittenberg. Ergebnisse und Geschichte einer Ausstellung des Jahres 1988*, in: Stefan Oehmig (Hg.), *700 Jahre Wittenberg. Stadt Universität Reformation*, Weimar, S. 565-575.
- Kathe, Heinz (1995): *Festung oder Universität. Die Standortdiskussion der Wittenberger Professoren im Jahre 1813*, in: Stefan Oehmig (Hg.), *700 Jahre Wittenberg. Stadt Universität Reformation*, Weimar, S. 249-254.

- Kirchliches Forschungsheim Wittenberg (1988): Wohin mit den Hochtechnologien? Zum Einsatz von Mikroelektronik und Biotechnologie für eine ökologisch und sozial verantwortbare Entwicklung, Wittenberg.
- Kirchner, Ernst Ludwig (1936): Die wirtschaftliche Entwicklung der Lutherstadt Wittenberg von 1870 bis 1914, Bitterfeld.
- Kittel, Hans-Joachim (1995): Die Evangelische Predigerschule der Kirchenprovinz Sachsen. Wittenberg 1948 - 1960. Erfurt 1960 - 1993. Eine Dokumentation. Erstellt im Auftrag der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. Magdeburg o.J. [1995].
- Kittel, Hans-Joachim (1996): Die Ausbildung an der Evangelischen Predigerschule der Kirchenprovinz Sachsen in Wittenberg und Erfurt 1948-1993. Ein Beispiel für den Zugang zum Pfarramt auf dem zweiten Bildungsweg, in: Peer Pasternack (Hg.), Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR, Berlin, S. 260-267.
- Das Königliche Predigerseminar in Wittenberg. Zur Nachricht für die Predigtamts-Candidaten der Evangelischen Landeskirche Preußens, welche in dasselbe einzutreten gedenken, Berlin 1862.
- Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Wittenberg/Kommission zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Wittenberg (Hg.) (o.J.): Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes im Kreis Wittenberg, Wittenberg o.J. [1977?].
- Krüger, C. L. (1868): Lebenslauf der sämtlichen 683 Mitglieder des Königlichen Prediger-Seminars zu Wittenberg für die Zeit vom 1. Juli 1817 bis Ende December 1866. Gesammelt und herausgegeben in Veranlassung der 50jährigen Jubelfeier des Seminars, Wittenberg.
- Krüger, Gottfried (1917): Das Ende der Universität Wittenberg, in: *Thüringisch-Sächsische Zeitschrift* VII. Bd., II. Heft, S. 21-39.
- Krüger, Gottfried (1938): Das Wittenberger Heimatmuseum. Eine Führung, Lutherstadt Wittenberg.
- Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Kreisvorstand Wittenberg (Hg.) (1983): Durch die Jahrhunderte. Beiträge zur Geschichte des Kreises Wittenberg. 3 Teile, Wittenberg.
- Lange, Elmar/Peter Schöber (1993): Sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. Beispiel: Lutherstadt Wittenberg, Opladen.
- Lau, Kurt (1970): Die Entstehung des Stickstoffwerkes Piesteritz und die Anfänge der Arbeiterbewegung daselbst bis 1923. Dissertation, Philosophische Fakultät beim Wissenschaftlichen Rat der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/S., unveröff.
- Lau, Kurt (1978–1987): Betriebsgeschichte des VEB Stickstoffwerk Piesteritz, 5 Teile, Wittenberg.
- Lau, Kurt (1986): Geschichte vor der Haustür. Ein Gang durch das revolutionäre Wittenberg, Wittenberg.
- Lippert (1985): Vorwort, in: B. Richter, Geologie des Kreises Wittenberg, Wittenberg, S. 3.
- Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Fachbereich Physik (Hg.) (1993): Die Gebrüder Weber – Wegbereiter interdisziplinärer Forschung. II. Weber-Symposium in Halle und Leipzig am 16. Oktober und 18. November 1993, Halle/S.
- Meier, Helmut/Gerd Voigt (1960): Die Melancthon-Ehrung der Deutschen Demokratischen Republik (19. bis 21. April 1960), in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 5/1960, S. 1167-1172.
- Melancthon-Komitee der DDR (Hg.) (1963): Philipp Melancthon 1497-1560, Bd. 1: Philipp Melancthon. Humanist, Reformator, Praeceptor Germaniae, Berlin [DDR].

- Mühlpfordt, Günter (1995): Wittenberg und die Aufklärung. Zu seiner Bedeutung für die Kulturgeschichte der Neuzeit, in: St. Oehmig (Hg.), 700 Jahre Wittenberg. Stadt Universität Reformation, Weimar, S. 329-346.
- Nachtrag zum Verzeichnis der Leiter und Mitglieder des Königlichen Prediger-Seminars zu Wittenberg 1883-1892. Zum 75jährigen Jubiläum des Prediger-Seminars herausgegeben von der Seminargemeinschaft, Wittenberg 1892.
- „Neues Altes“. Erwerbungen der Lutherhalle Wittenberg seit 1983, o.O. o.J. [Wittenberg 1995].
- Oehmig, Stefan (Hg.) (1995): 700 Jahre Wittenberg. Stadt Universität Reformation, Weimar.
- Oelschläger, Walter (1984): Im Archiv geblättert. Beiträge zur Betriebsgeschichte des VEB Agrochemie, Piesteritz.
- Onnasch, Martin (1993): Das Katechetische Oberseminar – die Kirchliche Hochschule. Ein Rückblick und eine Bilanz, in: Vom Menschen. Die letzte Ringvorlesung der Kirchlichen Hochschule Naumburg, Naumburg, S. 134-146.
- Onnasch, Martin (1996): Kirchliche Hochschule in Naumburg, in: P. Pasternack (Hg.), Hochschule & Kirche. Theologie & Politik, Berlin, S. 251-259.
- Pasternack, Peer (Hg.) (1996): Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR, Berlin.
- Paul-Gerhardt-Stiftung Lutherstadt Wittenberg, Wittenberg 1994.
- Paulsen, Friedrich (1897): Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart mit besonderer Rücksicht auf den klassischen Unterricht, 2. erw. Auflage, Leipzig.
- Prillwitz, Friedrich (1952): Die Vereinigung der Universität Wittenberg mit der Universität Halle, in: Leo Stern (Hg.), 450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Bd. 2, o.O. o.J. [Halle/S. 1952], S. 241-256.
- Der Reformator mit dem Hammer. Zur Wirkungsgeschichte von Luthers „Thesenanschlag“ bis 1917. Katalog zur Ausstellung vom 27. Mai bis 29. November 1992 in der Lutherhalle Wittenberg anlässlich des 475. Jahrestages des Beginns der Reformation am 31. Oktober 1992, o.O. o.J. [Wittenberg 1992].
- Rhein, Stefan (Hg.) (1992): Staat und Kirche. Beiträge zur zweiten Melancthonpreisverleihung 1991, Siegmaringen.
- Richter, Burkhart (1985): Geologie des Kreises Wittenberg, hrsg. vom Museum für Natur- und Völkerkunde „Julius Riemer“, Wittenberg.
- Robert, Carl (1917): Die Wittenberger Benefizien. Rede zur 100jährigen Gedenkfeier der Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle am 21. Juni 1917 gehalten von dem Ephorus des Wittenberger Professoren-Kollegiums (=Hallische Universitätsreden 5), Halle (Saale).
- Scheer, Udo (1999): Vision und Wirklichkeit. Die Opposition in Jena in den siebziger und achtziger Jahren, Berlin.
- Schellenberger, Alfred (1999): Die Stiftung Leucorea in Wittenberg 1994 bis 1996, in: Martin Treu/Ralf-Torsten Speler/Alfred Schellenberger, Leucorea. Bilder zur Geschichte der Universität, Lutherstadt Wittenberg, S. 34-38.
- Schmieder, Heinrich Eduard (1892): Das Königliche Predigerseminar zu Wittenberg in seinen ersten Anfängen. Aufzeichnungen aus dem Jahre 1818. Zur Feier des 75jährigen Bestehens des Seminars herausgegeben von der Seminargemeinschaft, Wittenberg.
- Schöber, Peter (1995): Der Wandel der lokalen Wirtschaft der Lutherstadt Wittenberg von der Industrialisierung bis zur Gegenwart, in: St. Oehmig (Hg.), 700 Jahre Wittenberg. Stadt Universität Reformation, Weimar, S. 473-482.
- Schorlemmer, Friedrich (1994): Der besondere Ort Lutherstadt Wittenberg als Standort der Evangelischen Akademie, in: H. Wüst (Hg.), Einsichten in Evangelische Akademiearbeit, Magdeburg, S. 173-176.

- Schulzki, [Albert] (1986): Vorwort, in: K. Lau, Geschichte vor der Haustür. Ein Gang durch das revolutionäre Wittenberg, Wittenberg.
- Schwarz, Hilmar (1985): Chronik der Stadt Wittenberg (=Schriftenreihe des stadthistorischen Museums Wittenberg H. 10), Lutherstadt Wittenberg, S. 41-86.
- SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH (Hg.) (1995): 80 Jahre Stickstoffwerke Piesteritz. Ein Geschichtsbuch zum Chemiestandort, Wittenberg.
- Speler, Ralf-Torsten (1999): Die Vereinigung der Leucorea mit der Universität Halle und das Nachleben der Wittenberger Alma Mater, in: Martin Treu/Ralf-Torsten Speler/Alfred Schellenberger, Leucorea. Bilder zur Geschichte der Universität, Lutherstadt Wittenberg, S. 27-33.
- Spitzner, Franz Ernst Heinrich (1830): Geschichte des Gymnasiums und der Schulanstalten zu Wittenberg, aus den Quellen erzählt, Leipzig.
- Staatliche Lutherhalle Wittenberg (Hg.) (1983): Die Inkunabeln der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg, bearb. von d. Inkunabelabt. der Dt. Staatsbibliothek Berlin, Wittenberg.
- Staemmler, Wolfgang/Hans Waldmann (Hg.) (1968): Wege des Herrn. Ein Buch für die Propsteien Wittenberg und Halle-Merseburg, Berlin.
- Starke, Elfriede (1982): Kostbarkeiten der Lutherhalle Wittenberg, Berlin [DDR].
- Steinmetz, Max/Gerhard Brendler (1967): Weltwirkung der Reformation. Internationales Symposium anlässlich der 450-Jahr-Feier der Reformation in Wittenberg vom 24. bis 26. Oktober 1967. Referate und Diskussionen, 2 Bde., Berlin [DDR].
- Stern, Leo (Hg.) (1952): 450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Bd. 2, o.O. o.J. [Halle/S. 1952].
- Stiftung „Cranach-Höfe“ e.V. Wittenberg, Wittenberg o.J. [1991?].
- Stiftung Leucorea vorgestellt. Ein Wissenschaftsstandort mit regionaler Akzeptanz und überregionaler Bedeutung [Gespräch mit Stiftungsgeschäftsführerin Christine Ferchland und Stiftungsvorstandsvorsitzendem Gunnar Berg], in: *Wittenberg in 3/1997*, S. 22f.
- Süssmuth, Hans (Hg.) (1985): Das Luther-Erbe in Deutschland, Düsseldorf.
- Thulin, Oskar (1933): Das wissenschaftliche Prinzip der Lutherhalle in Wittenberg. Antrittsvorlesung von Lic. Oskar Thulin, Direktor der Lutherhalle, Privatdozent an der Universität Halle-Wittenberg, München.
- Thulin, Oskar (1953): Bilder der Reformation. Aus den Sammlungen der Lutherhalle in Wittenberg, Berlin [DDR].
- Treu, Martin (1991): Die Lutherhalle Wittenberg, Leipzig.
- Treu, Martin (1992): Preußens Ruhm und Luthers Ehre. Die Geschichte des Lutherhauses als Museum, in: St. Rhein (Hg.), Staat und Kirche. Beiträge zur zweiten Melancthonpreisverleihung 1991, Siegmaringen, S. 87-101.
- Treu, Martin (1993): Die Lutherhalle Wittenberg zwischen 1980 und 1991, in: Lutherjahrbuch, Göttingen, S. 118-138.
- Treu, Martin (1995): Die Entwicklung Wittenbergs zur Lutherstadt. Das preußische Jahrhundert 1817-1917, in: Stefan Oehmig (Hg.), 700 Jahre Wittenberg. Stadt Universität Reformation, Weimar, S. 53-65.
- Treu, Martin (1999): Die Leucorea. Ein Überblick über die Geschichte der Universität Wittenberg, in: M. Treu/R.-T. Speler/A. Schellenberger: Leucorea. Bilder zur Geschichte der Universität, Lutherstadt Wittenberg, S. 6-26.
- Treu, Martin/Ralf-Torsten Speler/Alfred Schellenberger (1999): Leucorea. Bilder zur Geschichte der Universität, Lutherstadt Wittenberg.
- Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt (Hg.) (1980): Bibliographie zur Geschichte der Universität Wittenberg. Nachdruck aus Erman, Wilhelm; Ewald Horn: Bibliographie der deutschen Universitäten. – T. 2. – Leipzig, Berlin: Teubner, 1904, S. 1095-1158. Anhang: Hildegard Herricht: Auswahlbibliographie zur Geschichte der Universität Witten-

- berg, Berichtszeitraum 1900-1977 (Schriften zum Bibliotheks- und Büchereiwesen in Sachsen-Anhalt H. 49), Halle (Saale).
- VEB Stickstoffwerk Piesteritz (Hg.) (1965): 1915 – 1965. Anlässlich des 50jährigen Bestehens, Wittenberg.
- Verzeichnis der Leiter und Mitglieder des Königlichen Prediger-Seminars zu Wittenberg für die Zeit vom 1. Juli 1817 bis September 1863 (mit biographischen Notizen) zum 400jährigen Luther-Jubiläum neu bearbeitet und herausgegeben von der Seminargemeinschaft, Wittenberg 1883.
- Vom Menschen. Die letzte Ringvorlesung der Kirchlichen Hochschule Naumburg mit einem Rückblick auf ihre Geschichte 1949 - 1993, Naumburg 1993.
- Wätzel, Paul (Hg.) (1966): Tradition im Wandel. Das evangelische Predigerseminar zu Wittenberg in den Jahre 1919 bis 1966. Festschrift zum 150jährigen Jubiläum, Berlin.
- Wätzel, Paul (1968): Das Wittenberger Predigerseminar, in: W. Staemmler/H. Waldmann (Hg.), Wege des Herrn. Ein Buch für die Propsteien Wittenberg und Halle-Merseburg, Berlin, S. 132-136.
- Weimann, Hans (1934): Die Geschichte der Lutherschule von 1834 bis 1934, Wittenberg.
- Wiederkehr, Karl Heinrich (1967): Wilhelm Eduard Weber. Erforscher der Wellenbewegung und der Elektrizität 1804-1891, Stuttgart.
- Wüst, Heidemarie (Hg.) (1994): Einsichten in Evangelische Akademiearbeit. Gründung und Entwicklung der Evangelischen Akademie in der Kirchenprovinz Sachsen und der Landeskirche Anhalt, hrsg. von der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, Magdeburg.
- Wüst, Heidemarie (1994a): Ansprüche und Einsichten. Akademie im Umbruch zum neuen Aufbruch, in: H. Wüst (Hg.), Einsichten in Evangelische Akademiearbeit, Magdeburg, S. 149-171.
- Zentrum für Reformationsgeschichte und Lutherische Orthodoxie, Stiftung Leucorea (Hg.) (o.J.): Wittenberg: Kirchengeschichtliche Forschung in der Lutherstadt, Wittenberg [1998?].
- Zuppke, Uwe (1987): Fische im Kreis Wittenberg, hrsg. vom Museum für Natur- und Völkerkunde „Julius Riemer“, Wittenberg.
- Zur Feier der fünfzigjährigen Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg, Halle 1867.
- Zur Geschichte der Paul-Gerhardt-Stiftung, in: Paul-Gerhardt-Stiftung Lutherstadt Wittenberg, Wittenberg 1994, S. 16.

Militär- und Polizeihochschulen in der DDR

Anke Burkhardt

Zehn Jahre sind seit der Wiedervereinigung vergangen und noch immer laufen vor den Verwaltungsgerichten Prozesse, in deren Verlauf über die bundesdeutsche Wertigkeit von DDR-Hochschulabschlüssen entschieden werden muss. Die Kläger tragen Titel, wie sie Tausende von früheren DDR-Bürgern tragen: Diplomingenieur, Diplomingenieurökonom, Diplomökonom, Diplomhistoriker... Doch anders als im Regelfall wurde ihren Abschlüssen die Anerkennung als gleichwertiger Fachhochschul- oder Universitätsabschluss von der Kultusministerkonferenz (KMK) versagt.

1. Zur Stellung im DDR-Hochschulwesen

Die Gründe für diese abweichende Behandlung wurzeln in einem strukturellen Spezifikum des DDR-Hochschulwesens: der Untergliederung in zwei Sektoren, die beide Bestandteil des "einheitlichen sozialistischen Bildungssystems" waren, dabei jedoch einen jeweils relativ eigenständigen Bildungs- und Forschungsauftrag erfüllten.

- Zum einen gab es den Sektor der zivilen staatlichen Hochschulen. Er prägte das öffentliche Erscheinungsbild des Hochschulwesens, war Gegenstand der offiziellen statistischen Berichterstattung im nationalen und internationalen Maßstab und entsprach im wesentlichen dem bundesdeutschen Hochschulverständnis.
- Der zweite Sektor umfasste die "Hochschulen der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen der DDR und anderer Schutz- und Sicherheitsorgane sowie der gesellschaftlichen Organisationen" (nachfolgend als Hochschulen mit Sonder-

status bezeichnet). Unter diese Kategorie fielen insgesamt 18 Einrichtungen, die 6 verschiedenen Ministerien bzw. Organisationen¹ zugeordnet waren. Sie hatten mehrheitlich keine direktes Pendant in der Bundesrepublik und wurden, gestützt auf den Einigungsvertrag, nach 1990 abgewickelt.

Bezogen auf die Studienplatzkapazität lag das Verhältnis der beiden Sektoren in den 80er Jahren bei ca. 11 : 1, wobei schätzungsweise 9 von 10 "Sonderstudienplätzen" an Militär- und Polizeihochschulen angesiedelt waren. Das institutionelle Netz der Aus- und Weiterbildung von Offizieren läßt sich wie folgt strukturieren:

Hochschulen des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV)

- 7 Offiziershochschulen der Teilstreitkräfte, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung, darunter eine Spezialeinrichtung für ausländische Militärangehörige,
- eine militärwissenschaftliche Einrichtung mit Hochschulcharakter und Promotionsrecht
- 3 militärakademische Einrichtungen mit Promotionsrecht, darunter eine militärmedizinische Akademie

Hochschulen des Ministeriums des Innern (Mdi)

- eine Hochschule für den Einsatz in Dienststellungen der höheren Laufbahn der Deutschen Volkspolizei mit Promotionsrecht
- eine Offiziershochschule für die Ausbildung von Offizieren der kasernierten Einheiten
- eine Institut für marxistisch-leninistische Weiterbildung.

Offiziere für Spezialverwendungen (z.B. Militärdolmetscher, Militärhistoriker, Militärtopographen, Militärökonom, Offiziere des Meteorologischen Dienstes, Kriminalisten) und Militärmediziner erhielten ihre Ausbildung – aufgrund fehlender Voraussetzungen in der Nationalen Volksarmee (NVA) bzw. der Ineffektivität gesonderter Studiengänge – im Ausland an militärischen Lehrinrichtungen der Vereinten Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages oder in Kooperation mit zivilen DDR-Hochschulen, z.T. in speziellen militärwissenschaftlichen Sektionen (z.B. Militärmedizinische Sektion an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Sektion Militärisches Transport- und Nachrichtenwesen an der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden).

Die Ausbildung an DDR-Hochschulen "erfolgte entweder ausschließlich – soweit keine militärische Sektion eingerichtet war – oder zumindest hinsichtlich der

¹ Ministerium für Nationale Verteidigung/Nationale Volksarmee der DDR (MfNV/NVA), Ministerium des Innern (Mdi), Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS), Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), Freie Deutsche Jugend (FDJ)

gesamten Grundlagenausbildung gemeinsam mit den zivilen Studierenden. Die spezifischen militärischen Ausbildungsanteile wurden zusätzlich während der vorlesungsfreien Zeit und nach Abschluss des Studiums vermittelt, außerdem wurden die in der Ausbildung vorgesehenen Praxisphasen im militärischen Bereich absolviert" (Kultusministerkonferenz 1992, S. 12).

Für Militär- und Polizeihochschulen hatten – wie für Hochschulen mit Sonderstatus generell – die im DDR-Hochschulwesen ansonsten üblichen rechtlichen und administrativen Regelungen nur bedingt Gültigkeit. Im Normalfall trug das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) die Verantwortung für die Verwirklichung einer "einheitlichen sozialistischen Hochschulpolitik" (Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen).

Die für Militär- und Polizeihochschulen zuständigen Minister hatten das Recht, abweichende Regelungen zu erlassen. Dabei musste allerdings die prinzipielle Übereinstimmung mit den im zivilen staatlichen Bereich geltenden Hochschulgesetzen gewahrt werden. Gesetzlich vorgeschrieben war des Weiteren eine Abstimmung bzw. Vereinbarung mit dem MHF. In fachlicher Hinsicht konnte weitestgehend unabhängig agiert werden. Für die zivilen staatlichen Hochschulen galt die jährlich vom MHF in Vorbereitung des neuen Studienjahres vorgegebene und durch die zuständigen Fachministerien zu erlassende Studienjahresdirektive. Die darin enthaltenen zentralen hochschulpolitischen Leitlinien in bezug auf die Gestaltung der Ausbildung in politisch-ideologischer, fachlicher, didaktischer, wissenschaftlich-methodischer und organisatorischer Hinsicht wurden ausdrücklich als "nicht verbindlich" für die Militär- und Polizeihochschulen deklariert.

Die Genesis des nachfolgend dargestellten Hochschulbereichs lässt insbesondere den militärischen Bereich betreffend zum einen die Anlehnung an das sowjetische Modell deutlich werden. Beispiel hierfür ist die Zweistufigkeit der Ausbildung von Führungskräften, die nach dem Hochschulabschluss – der in der Regel an einer Offiziershochschule (OHS) erworben wurde – noch ein weiterführendes, ebenfalls mehrjähriges Studium an einer Militärakademie absolvierten. Auch die eigenständigen Studiengänge für Politoffiziere, denen etwa ein Fünftel der Lehrkapazität zugeordnet war, hatten eine Entsprechung im sowjetischen Militärbildungswesen. Zum anderen ist der Versuch einer stetigen Angleichung an das zivile DDR-Hochschulwesen unübersehbar.

Die Entwicklungsetappen weisen ein analoges Muster auf. So erhielten Offiziersschulen etwa zeitgleich mit dem Aufbau der Ingenieurhochschulen den Hochschulstatus. Und auch hinsichtlich der Einführung von Diplomstudiengängen in den 80er Jahren zeichneten sich Parallelen ab. Den hochschulpolitisch bedeutsamen DDR-Hochschulkonferenzen, an denen Vertreter der Militär- und Polizeihochschulen

bzw. der zuständigen Ministerien offiziell teilnahmen, folgten eigenständige Konferenzen, die vergleichbare Orientierungen (mit hohem Verbindlichkeitsgrad) verabschiedeten. Über die Mitgliedschaft in zentralen Gremien (z. B. Wissenschaftlicher Rat für Imperialismusforschung, Wissenschaftlicher Rat für Soziologie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) und Kooperationsbeziehungen zu zivilen Lehr- und Forschungseinrichtungen wurde ihre Einbindung in das wissenschafts- und hochschulpolitische System abgesichert und dokumentiert.

Dabei trat die – für die DDR-Gesellschaft insgesamt geltende – Vormachtstellung der SED explizit in Erscheinung. Die Beschlüsse des SED-Politbüros hatten de facto Gesetzescharakter. Sie bildeten den Handlungsmaßstab für zivile wie auch militärische und polizeidienstliche Führungsgremien. Die staatstragende Partei maß Sicherheitsfragen oberste Priorität zu, und damit auch der Ausbildung entsprechender Fachkräfte. Dem politischen Interesse an einer Gleichstellung der Militär- bzw. Polizeihochschulen mit zivilen Hochschulen musste sich das MHF im Prinzip beugen.

Im Einzelfall kam es zu Konflikten, und zwar insbesondere im Zusammenhang mit der Einhaltung des wissenschaftlichen Niveaus bei Hochschullehrerberufungen, der Vergabe des Promotionsrechts und der Verleihung des Hochschulstatus. So weit Einsprüche gegen parteipolitisch legitimierte Entscheidungen des MfNV und des MdI dokumentiert sind, führten sie jedoch lediglich zu Verzögerungen, ohne grundsätzliche Änderungen zu bewirken.

So blieb das Qualifikationsniveau der Lehrkräfte und das wissenschaftliche Niveau mehrheitlich hinter dem üblichen Standard zurück. Das betraf insbesondere die zahlenmäßig dominierende Gruppe der Lehroffiziere an Offiziershochschulen, die ihren beruflichen Status eher über Dienstgrade als über wissenschaftliche Leistungen definierten. Eine Ausnahme bildeten die sogenannten, mit Promotionsrecht ausgestatteten militäarakademischen Einrichtungen. Ansonsten wurden auch in bezug auf den Hochschulcharakter der Ausbildung Abstriche in Kauf genommen. Sie entsprach im wesentlichen gehobenem Fachschulniveau.

Lehre und Forschung wiesen einen ausgeprägten Praxisbezug auf und folgte strikt den politisch-ideologischen Vorgaben der SED. Kennzeichnend war eine enge Verflechtung von Militär- bzw. Polizeidienst und Studium. Die "zuversetzten oder zukommandierten Offiziersschüler bzw. -hörer"² waren dienstverpflichtet und damit an Befehle gebunden, über die der gesamte, stark verschulte Studienbetrieb gesteuert

² Als Zuversetzung wird die Delegation eines NVA-Angehörigen an eine Hochschule des MfNV bezeichnet. Angehörige der bewaffneten Organe außerhalb des MfNV (z.B. MdI, MfS) wurden zukommandiert. Bei Offiziersschülern handelt es sich um Studierende im (ersten) militärischen Hochschulstudium. Wer ein (postgraduales) militäarakademisches Studium absolvierte galt dagegen als Offiziershörer. Die gleiche Bezeichnung trugen Studierende an der Hochschule der Deutschen Volkspolizei.

wurde. Das für das DDR-Hochschulwesen generell gültige Prinzip der Einheit von Ausbildung und Erziehung trat prononciert in Erscheinung. Basierend auf der kaser-nierten Unterbringung der Studierenden erstreckte sich der Erziehungsauftrag auch auf den Freizeitbereich, wobei dem Bekenntnis zur SED-Politik und der Bereitschaft, diese aktiv umzusetzen, besondere Bedeutung zugemessen wurde. Die Mehrzahl der Studierenden und fast alle Lehrkräfte gehörten der SED an.

Schätzungsweise jeder zehnte Studienplatz stand für "abkommandierte Kader", mehrheitlich Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), oder ausländische Militärangehörige und Politfunktionäre, insbesondere aus Ländern der "nationa-len Befreiungsbewegung", zur Verfügung. Für diese spezielle Form der "Entwick-lungshilfe" wurde Anfang der 80er Jahre sogar eine Sonderhochschule eingerichtet. Daneben existierte ein differenziertes System der Weiterbildung von Führungskräften, das in dieser Art keine Entsprechung im zivilen Bereich hatte.

Militär- und Polizeihochschulen zeichneten sich in Theorie und Praxis durch ei-nen starken internationalen, allerdings politisch einseitigen Bezug aus. Ausschlagge-bend hierfür war zum einen die Einbindung der NVA in das "Verteidigungssystem des Warschauer Paktes". Zum anderen spielte das sowjetische Mitspracherecht in allen Fragen der inneren Sicherheit, so weit sie eine politisch relevante Dimension besaßen, eine wichtige Rolle. Es bestanden enge Kooperationsbeziehungen zu Part-nerinstitutionen sozialistischer "Bruderländer", wobei die Einrichtungen des soge-nannten großen Bruders (UdSSR) stets einen herausragenden Platz einnahmen. Dem ebenfalls dem zivilen Hochschulbereich entlehnten Prinzip der Einheit von For-schung und Lehre wurde nur bedingt entsprochen. Theoretische Themen bildeten eher die Ausnahme. Die Forschung orientierte sich inhaltlich vor allem am unmittel-baren Bedarf der Ausbildung oder der Einsatzpraxis. Bibliotheksbestände, Schriften-reihen, Publikationen und Konferenzen waren aus Geheimhaltungsgründen zumeist nur einem ausgewählten Personenkreis zugänglich.

Ungeachtet dieser Spezifika lassen sich jedoch auch eine Reihe von Analogien zum zivilen Hochschulsektor ausmachen. Das betraf u.a. die zentrale Planung durch das zuständige Fachministerium, das Prinzip der Einzelleitung in Kombination mit einem beratenden Gremium (Wissenschaftlicher Rat, Räte der Sektionen), die in-stitutionelle Gliederung nach Sektionen, die hierarchische Struktur des wissenschaftli-chen Personals, die Hochschulreife als Zulassungsvoraussetzung, die Studienformen, den Studienjahresablauf, die Lehr- und Studienformen, die für alle Studienrichtungen obligatorischen Fächer Marxismus-Leninismus, Fremdsprachen und Sport sowie die verliehenen akademischen Grade. Nicht zuletzt vermittelte das Studium vergleichbare Kenntnisse und Fähigkeiten, insbesondere in ingenieurwissenschaftlichen Fachrich-tungen, die das Gros der Ausbildung ausmachten. Dem trug auch die KMK nach der

Wiedervereinigung durch die Anerkennung der entsprechenden Abschlüsse Rechnung (vgl. Punkt 4).

2. Hochschuleinrichtungen des Ministeriums für Nationale Verteidigung

2.1. Geschichte und Kontext

Die 1956 auf Beschluss der Volkskammer der DDR gegründete NVA bildete eine tragende Säule des "Systems der Landesverteidigung der DDR", dessen Gestaltung in grundsätzlichen Fragen durch das Politbüro und die Abteilung Sicherheitsfragen des Zentralkomitees der SED über den 1960 gebildeten Nationalen Verteidigungsrat gesteuert wurde. Für die Administration war das MfNV zuständig. Innerhalb der NVA lag die höchste Kommandogewalt beim Minister für Nationale Verteidigung, der den Rang eines Armeegenerals inne hatte. Er führte auch die Zivilverteidigung über den Leiter der Zivilverteidigung der DDR (Gesetz zur Verteidigung).

Mit dem 1962 beschlossenen Wehrpflichtgesetz wurde die bisher als Freiwilligenarmee geführte NVA in eine aus vereidigten Wehrdienstpflichtigen, Zeit- und Berufssoldaten bestehende Gesamtstreitkraft umgewandelt. Sie gliederte sich in die Teilstreitkräfte – Land-, Luft- und Seestreitkräfte – und die gesondert geführten Grenztruppen. Die NVA unterstand dem Oberkommando der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages und war an die gemeinsame Militärdoktrin gebunden. Da Verteidigungsbereitschaft und Schlagkraft der Vereinten Streitkräfte nicht zuletzt von der Passfähigkeit der nationalen Armeen abhingen, waren sowohl Organisations- und Kommandostrukturen als auch die militärischen Aus- und Weiterbildungssysteme der paktgebundenen Staaten aufeinander abgestimmt. Bedingt durch die politische Vormachtstellung der UdSSR fungierten die sowjetischen Streitkräfte insbesondere in den Aufbaujahren als verbindliches Leitsystem.

Durch Entsendung von Gastlektoren, Bereitstellung von Ausbildungsdokumenten und Fachliteratur, Personalaus- und -weiterbildung sowie Beratertätigkeit steuerte die sowjetische Seite auch die Entwicklung des Militärbildungswesens in der DDR. In dem Maße wie sich die NVA zu einer personell und materiell hochwertig ausgerüstete Armee entwickelte, die ihren Platz im Warschauer Vertrag begrenzt eigenständig ausfüllte, wurde das einst prägende sowjetische Aus- und Weiterbildungsmodell im Interesse einer strukturellen Annäherung von zivilem und militärischem Bereich DDR-spezifisch modifiziert. Von einer selbstbestimmten Gestaltung kann jedoch zu keinem Zeitpunkt gesprochen werden.

2.2. System der militärischen Aus- und Weiterbildung

Das System der militärischen Aus- und Weiterbildung zeichnete die Leitungs- und Organisationsstrukturen der NVA nach. Die Zuständigkeit für die zentrale Planung und Leitung lag beim MfNV. Es war an die SED-Beschlüsse und Vorgaben der sowjetisch dominierten Vereinten Streitkräfte gebunden.

Die ministerielle Steuerung über Gesetze, Anordnungen und Befehle betraf insbesondere Umfang und Struktur der Aus- und Weiterbildungskapazität, das institutionelle Netz, den Erziehungsauftrag, die zentralen Forschungsschwerpunkte und die Lehrinhalte in allgemeinverbindlichen Fächern. Für die Bildungseinrichtungen der einzelnen Teilstreitkräfte und der Grenztruppen sowie die entsprechenden Struktureinheiten der sogenannten militärischen Einrichtungen waren die jeweiligen Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung zuständig. Ausgenommen waren die gesellschaftswissenschaftlichen, d.h. marxistisch-leninistischen Lehr- und Forschungsbereiche sowie der gesamte Komplex der Ausbildung von Politoffizieren, für die generell der Stellvertreter des Ministers und Chef der Politischen Hauptverwaltung (PHV) verantwortlich zeichnete.

Auswahl von Lehrkräften und Zulassung künftiger Führungskräfte, den sogenannten Kadern, zum Studium erfolgten streng nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Zwar war die Mitgliedschaft in der SED nicht formal vorgeschrieben, de facto jedoch Voraussetzung einer militärischen Karriere. So führte die Dienstlaufbahnordnung als erste Bedingung für die Ernennung in eine Dienststellung oder einen Dienstgrad die politische Eignung des Armeeinghörigen an, die üblicher Weise an der SED-Zugehörigkeit und dem parteipolitischen Engagement gemessen wurde. Die militärische Befähigung belegte nur Rang zwei unter den aufstiegsrelevanten Rekrutierungskriterien (Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates 1982b, § 3).

Der *Wehrdienst* gliederte sich in den aktiven Wehrdienst – Grundwehrdienst (18 Monate), Wehrdienst auf Zeit, Berufsdienst – und Reservistenwehrdienst. Die Ausbildung im Rahmen des *Reservistenwehrdienstes* vermittelte wehrdienstunerfahrenen Reservisten die erforderlichen militärischen Grundkenntnisse. Sie dauerte bis zu drei Monaten bzw. in der Offiziersausbildung bis zu 6 Monaten. Diensterefarene Wehrpflichtige aktualisierten und ergänzten ihr Wissen und Können über die Teilnahme an der regelmäßigen Reservistenqualifizierung. Im Rahmen des *aktiven Wehrdienstes auf Zeit* erfolgte die Ausbildung von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren. Die Dienstverpflichtung belief sich generell auf drei Jahre. Soldaten und Unteroffiziere auf Zeit qualifizierten sich in Lehrgängen an militärischen Bildungseinrichtungen und in der Dienststellung. Offiziere auf Zeit wurden für die kurzzeitige Verwendung als Zugführer in der ersten Offizierdienststellung ausge-

bildet. Als Offiziersschüler absolvierten sie einen Lehrgang an Offiziershochschulen, dessen erfolgreicher Abschluss mit der Ernennung zum ersten Offiziersdienstgrad verbunden war. Die Ausbildung von *Berufsunteroffizieren bzw. -offizieren* fand auf Meister-, Fachschul- und Hochschulniveau statt:

- Die Ausbildung zum *Berufsunteroffizier* setzte eine mindestens zehnjährige Dienstverpflichtung voraus. In der Dienststellung und in Lehrgängen an militärischen oder zivilen Bildungseinrichtungen erwarben die Unteroffiziersschüler eine staatlich anerkannte Meisterqualifikation. Es folgte die Ernennung zum Unteroffizier.
- Die Qualifizierung für die Dienststellung *Fähnrich* entsprach Fachschulniveau. Sie setzte die Verpflichtung zu fünfzehnjähriger Dienstzeit voraus. Die Ausbildung fand zum einen in Form des Studiums von Fähnrichschülern an NVA-Fach- bzw. -Hochschulen oder zivilen Fachschulen mit militärischem Ergänzungsprofil statt. Zum anderen stand berufserfahrenen Unteroffizieren der Besuch des kürzeren Fähnrichlehrgangs offen. Fähnrichschüler bzw. Unteroffiziere erhielten mit dem Abschluss der Ausbildung eine zivile Berufsbezeichnung und die Ernennung zu einem Fähnrichdienstgrad.
- *Berufsoffiziere* waren Hochschulabsolventen, die sich für eine mindestens 25jährige Dienstzeit entschieden hatten.

Der Berufsdienst schloss die gesetzlich verankerte Verpflichtung zur Weiterbildung auf politischem, militärischem, spezialfachlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet ein. Aktualisierung und Erweiterung der Kenntnisse und Fertigkeiten erfolgten in der Dienststellung, durch den Besuch militärischer Lehreinrichtungen der NVA, der Zivilverteidigung oder anderer sozialistischer Staaten, im Selbststudium bzw. im Fern- oder Direktstudium an zivilen Hoch- bzw. Fachschulen (Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates 1982b, § 24).

Die *Aus- und Weiterbildung von Berufsoffizieren* gliederte sich im wesentlichen in

- das Hochschulstudium mit Hochschul- bzw. Diplomabschluss,
- die sogenannte militärisch-akademische Ausbildung in Form eines postgradualen Studiums mit Diplomabschluss,
- die planmäßige Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie
- die berufsbegleitende Weiterbildung, darunter den "Höheren akademischen Kurs Höheren akademischen Kurs für Führungskräfte für Führungskräfte.

Im Zentrum der *Hochschulausbildung* stand das anfangs drei-, später vierjährige Direktstudium an Offiziershochschulen, dessen Absolventen als Kommandeure, Staboffiziere oder Politoffiziere der Waffengattungen, Spezialtruppen und Dienste der NVA bzw. der Zivilverteidigung eingesetzt wurden.

Im Truppendienst bewährte Berufsoffiziere mit Hochschulabschluss, die Führungsfunktionen übernehmen sollten, wurden zu einem mehrjährigen postgradualen

Studium an eine sogenannte *militärakademische Einrichtung* im In- oder Ausland delegiert. Für die militärakademische Schulung von Politoffizieren unterhielt die NVA eine Spezialhochschule, ebenso für die weiterführende Ausbildung von Militärmedizinern.

Die militärakademischen Einrichtungen waren auch für die *Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses*, im Regelfall über die Aspirantur, verantwortlich. Im Unterschied zu den Offiziershochschulen verfügten sie über das Promotionsrecht. Darüber hinaus stand NVA-Angehörigen die Möglichkeit der Promotion an zivilen Hochschulen offen.

Das *Weiterbildungsspektrum* umfasste im wesentlichen postgraduale Studien, akademische Kurse sowie Weiterbildungslehrgänge (z.B. Verwendungslehrgänge zur Vorbereitung für den Einsatz in höheren Offiziersdienststellungen, Fremdsprachenlehrgänge, gerätetechnische Schulungen, Informatikkurse, Vorbereitungslehrgänge für Studienbewerber an Militärakademien und Einweisungslehrgänge für Absolventen von Militärakademien und ausländische Militärangehörige) für Berufsoffiziere, Reservisten und zivile Kräfte. Im Rahmen eines postgradualen Studiums – mit oder ohne Fachabschluss – erfolgte die Qualifizierung von Offizieren für den Einsatz in höheren Dienststellungen oder Spezialverwendungen. Dazu zählte auch die hochschulpädagogische Qualifizierung der eigenen Lehrkräfte. Die Regelstudiendauer war auf zwei Jahre begrenzt. Militärische *Führungskräfte* machten sich in Spezialseminaren, den "Höheren akademischen Kursen", mit dem neuesten Stand der militärwissenschaftlichen oder gesellschaftswissenschaftlichen Forschung vertraut.

Zum Zeitpunkt der NVA-Gründung besaßen nur knapp drei Prozent der Offiziere Hochschulbildung. Bis 1961 hatte sich der Anteil durch die Ausbildung an sowjetischen Militärakademien und zivilen DDR-Hochschulen auf fast 5 Prozent erhöht. Die Studienmöglichkeiten an der 1959 gegründeten Militärakademie Dresden ließen den Anteil bis Mitte der 60er Jahre auf 10 Prozent steigen. Mit der Umwandlung der Offiziersschulen in Hochschulen Anfang der 70er Jahre wurde das militärische Hochschulsystem wesentlich erweitert, so dass 1975 ein Fünftel der NVA-Offiziere über einen Hochschulabschluss verfügte (Jahn 1975, S. 201). Ende der 80er Jahre stellte der Offizier mit einem – zumeist an einer militärischen Bildungseinrichtung erworbenen – Hochschulabschluss den Regelfall dar.

Tabelle 1: Bedarfsplanung* der Hochschulausbildung von Offiziersschülern

Einrichtung	Planvorgaben	
	jährliche Studienzulas- sungen ab 1982	Jährliche Absolven- ten-Zuführungen zur Truppe ab 1986
OHS Landstreitkräfte	1.630	1.230
OHS Luftstreitkräfte/ Luftverteidi- gung (einschl. Militärflieger)	570	430
OHS Volksmarine	150	120
OHS Grenztruppen	300	220
OHS der NVA insgesamt	2.650	2.000
OHS der sowjet. Streitkräfte	75	75
Militärmed. Ausbildung	80	60
Milit. Ausbildung an zivilen DDR- Hochschulen	185	140
Hochschulausbildung insgesamt	2.990	2.275
Zusätzl. Offiziere auf Zeit	595	585

*einschließlich "zukommandierter" Offiziersschüler des MfS und des MdI

Quelle: MA-F, DVL 4-15/51615

Offiziershochschulen

In Reaktion auf die 3. Hochschulreform (Beschluss des Staatsrates) beschloss das MfNV Ende der 60er Jahre im Interesse der Angleichung an das zivile Hochschulwesen eine erhebliche Erweiterung der bisher auf die Militärakademie Dresden beschränkten Hochschulausbildung. Die gesetzlichen Regelungen – Wehrdienstordnung und Dienstlaufbahnordnung – wurden 1970 per Staatsratsbeschluss derart modifiziert, dass der Dienst als Berufsoffizier künftig eines Hochschulabschlusses bedurfte. Zum Ausbildungsträger wurden ausgewählte Offiziersschulen bestimmt, denen der Minister für Hoch- und Fachschulwesen 1971 den Hochschulstatus verlieh. Entsprechend der Struktur der Landesverteidigung wurden für die einzelnen Teilstreitkräfte sowie die gesondert geführten Grenztruppen Spezialhochschulen eingerichtet:

- Offiziershochschule für Landstreitkräfte "Ernst Thälmann", Löbau/Zittau
- Offiziershochschule für Luftstreitkräfte/Luftverteidigung "Franz Mehring", Kamenz

- Offiziershochschule der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung für Militärfieger "Otto Lilienthal", Bautzen (ab 1986 durch Ausgründung)
- Offiziershochschule der Volksmarine "Karl Liebknecht", Stralsund
- Offiziershochschule der Grenztruppen der DDR "Rosa Luxemburg", Suhl.

Berufsoffiziere der Zivilverteidigung erhielten am Institut der Zivilverteidigung "Otto Grotewohl" in Beeskow, dem 1979 der Hochschulstatus zuerkannt wurde, eine dem Studium an Offiziershochschulen vergleichbare Ausbildung. Anfang der 80er Jahre wurde das institutionelle Netz um die Offiziershochschule "Otto Winzer", Prora erweitert. Dabei handelte es sich um eine Spezialeinrichtung für die gefechtsnahe und kriegsbezogene Aus- und Weiterbildung ausländischer Militär-angehöriger, insbesondere aus den sogenannten befreundeten Nationalstaaten.

Der Leistungsschwerpunkt der neu gegründeten Offiziershochschulen – mit Ausnahme der Ausländereinrichtung in Prora, für die Sonderregelungen galten – lag im Bereich der Ausbildung von "Offizierschülern" in einem vorerst dreijährigen Direktstudium mit Abschluss als "Hochschulingenieur", "Hochschulingenieurökonom" oder "Hochschulökonom". Die Hochschulabsolventen wurden zum Leutnant ernannt und in die erste Offiziersdienststellung eingesetzt.

Prägend für die Entwicklung in den 80er Jahren war der Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 18.3.1980 über die "Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" und die nachfolgende V. Hochschulkonferenz (4./5.9.1980). Sie zogen auch im militärischen Bereich Veränderungen nach sich. Im Interesse einer Angleichung an das zivile Hochschulwesen griff der Minister für Nationale Verteidigung die von der V. Hochschulkonferenz vorgelegten Konzepte auf. Das unter seiner Leitung auf der ersten Hochschulkonferenz der NVA 1982 in Dresden erarbeitete "Leitbild des sozialistischen Offiziers" forderte von den Hochschulabsolventen "Eigenverantwortung, Urteilsfähigkeit, Schöpfertum, Problembewusstsein und Risikobereitschaft". Die Offiziershochschulen erhielten den ministeriellen Auftrag, ab September 1983 das vierjährige Diplomstudium einzuführen und eine "neue Generation von Politoffizieren" heranzubilden (Sachse, S.109). Am 18.5.1982 verlieh der Minister für Hoch- und Fachschulwesen den Offiziershochschulen der Teilstreitkräfte der NVA und der Grenztruppen sowie dem Institut der Zivilverteidigung das Diplomrecht. Mit Beginn des Studienjahres 1983/84 wurde die dreijährige Ausbildung durch das vierjährige Diplomstudium abgelöst. Es schloss mit der Ernennung zum Leutnant und der Verleihung eines zivilen akademischen Grades – "Diplomingenieur", "Diplomingenieurökonom" oder "Diplomökonom" bzw. "Diplomstaatswissenschaftler" (Grenztruppen, Zivilverteidigung) – ab. Zusätzlich aufgenommen wurde die Ausbildung von Politoffizieren mit Abschluss als "Diplomgesellschaftswissenschaftler". 1989 wurde auf Anordnung des Ministers für Nationale Verteidigung ein

18monatiges Externenstudium eingerichtet, das Absolventen des ehemals dreijährigen Hochschulstudiums die Möglichkeit der Nachdiplomierung bot.

Allgemeine Zugangsvoraussetzung für ein Offiziersstudium war das Abitur (Abschluss der Erweiterten Oberschule oder der Berufsausbildung mit Abitur). Im Interesse der Gewinnung junger Facharbeiter führten die Offiziershochschulen für Bewerber mit 10-Klassen-Abschluss und Berufsausbildung einjährige Hochschulreifelehrgänge durch. Diesen Weg ging etwa ein Drittel der Offiziersschüler.

Die Ausbildung vermittelte im wesentlichen Kenntnisse folgender Fachgebiete:

- Gesellschaftswissenschaften (Marxismus-Leninismus),
- Mathematik/Naturwissenschaften und Informationswissenschaften,
- Fremdsprachen (Russisch als Pflichtfach, Englisch für Piloten und Marineoffiziere, um die Teilnahme am internationalen Funkverkehr zu ermöglichen),
- militärische Körperertüchtigung (Sport),
- Militärwissenschaften,
- allgemeine Ingenieurwissenschaften und
- Militärtechnik.

Zur Sicherung einer einheitlichen Ausbildung gab das MfNV für Lehrgebiete, die an allen Offiziershochschulen vertreten waren, verbindliche Rahmenprogramme vor. Die marxistisch-leninistische und physische Ausbildung verteilte sich über die gesamte Studienzeit. Das mathematisch-naturwissenschaftliche, ingenieurtechnische und fremdsprachliche Grundlagenstudium wurde im wesentlichen am Ende des zweiten Studienjahres abgeschlossen. Die militärische und militärtechnische Ausbildung wurde – schrittweise ausgebaut – bis zur Diplomphase im 4. Studienjahr geführt. Etwa ein Fünftel der Studienzeit diente der marxistisch-leninistischen Ausbildung. Das Studium allgemeine militärischer Fächer nahm einen Anteil von ca. 45 Prozent ein. Weitere 15 Prozent des Zeitbudgets wurden auf die militärtechnische Spezialausbildung verwandt. Der Studienplan für das Profil Politoffiziere sah für die marxistisch-leninistische Ausbildung einen 50prozentigen Anteil vor.

Die Festlegung des Studienablaufs erfolgte in Anlehnung an den zivilen Hochschulbereich. Das Studium gliederte sich in Studienjahre, die jeweils im September begannen. Die Lehrprogramme sahen die für Hochschulen üblichen Veranstaltungsformen wie Vorlesungen, Übungen, Seminare, Kolloquien und Konsultationen vor. Im Zusammenhang mit der Einführung des Diplomstudiums wurde das Selbststudium in den 80er Jahren ausgebaut. Das Anforderungsniveau der Ingenieurausbildung entsprach im wesentlichen dem ziviler Hochschulen. Kennzeichnend war ein starker Praxisbezug, einschließlich der Befähigung zur Führung von Truppendeinheiten.

Im ersten Studienjahr absolvierten die Offiziersschüler die mehrwöchige Grundausbildung zum Soldaten. Da allgemeinbildende Schulen ebenso wie Be-

rufs-, Fach- und Hochschulen gesetzlich zur Vorbereitung der Schüler, Lehrlinge und Studenten auf den Wehrdienst verpflichtet waren (Gesetz über den Wehrdienst, § 5), konnte hierbei ein gewisses Maß an Vorkenntnissen vorausgesetzt werden. Es folgte die Qualifizierung zum Gruppenführer. Die Zugführerausbildung fand schwerpunktmäßig im 2. Studienjahr statt. Das 3. Studienjahr diente der Kompaniechefausbildung. Der Offiziersprüfung ging ein mehrwöchiges Truppenpraktikum voraus, das in der Regel den Einsatz als Zugführer einschloss. Bei der Personalplanung setzte die militärische Führung eine 20prozentige Fluktuationsquote von Studienbeginn bis zum Truppeneinsatz der Offiziere an (MA-F, DVL 4-15/51615). Einzelangaben lassen auf eine Studienerfolgsquote von 85 Prozent und damit auf eine ähnliche Situation wie an zivilen Hochschulen schließen.

Ende der 80er Jahre war schätzungsweise jeder zehnte wissenschaftliche Mitarbeiter und jeder fünfte Leiter an den Offiziershochschulen promoviert, wobei B-Promotionen die Ausnahme darstellten. In der allgemeinen Grundlagenausbildung wurden auch zivile Lehrkräfte eingesetzt, die im Durchschnitt über ein höheres Qualifikationsniveau verfügten. Der explizite Praxisbezug der Ausbildung an Offiziershochschulen kam u.a. in einem vergleichsweise geringen Hochschullehreranteil am Lehr- und Forschungspersonal und einer Konzentration auf anwendungsbezogene Forschungsthemen zum Ausdruck. Mit der 1982er Hochschulkonferenz wurde zwar auf die verstärkte Beachtung gesellschaftswissenschaftlicher, militärtechnischer und -wissenschaftlicher Fragestellungen orientiert (Hoffmann, S. 52), trotzdem behielt die Sicherung des wissenschaftlichen Vorlaufs für die Erziehung und Ausbildung Vorrang. Die Forschungsplanung erfolgte wie auch im zivilen Bereich in Form von Fünfjahresplänen und Jahresplänen. Forschungsthemen von besonderer militärischer und politischer Relevanz wurden durch den Zentralen Forschungsplan des MfNV erfasst.

Die Wissenschaftlichen Räte der Offiziershochschulen hatten kein Promotionsrecht, verfügten jedoch über das Recht zur Erteilung der *Facultas docendi*. Die Heranbildung der erforderlichen Nachwuchskräfte über die planmäßige oder außerplanmäßige Aspirantur an militärakademischen Einrichtungen, zivilen Hochschulen, Lehr- und Forschungseinrichtungen der SED wurde über "Kaderentwicklungsprogramme" gesteuert. Themenfindung, Nachwuchsbetreuung und kollektive Beratung der Forschungsergebnisse erfolgte zum Teil vor Ort.

Die Zusammenarbeit mit zivilen Hochschulen basierte auf langfristigen Partnerschaftsvereinbarungen, die durch Maßnahmepläne für das jeweilige Studienjahr untersetzt wurden. Gemeinschaftsvorhaben wurden in der Regel durch die Sektion bzw. die Wissenschaftsbereiche eigenständig realisiert. Die zivilen Hochschulen leisteten ihren Beitrag in Form der Weiterbildung des Militärpersonals auf solchen

Gebieten wie Hochschuldidaktik, Informatik und Methodik der Fremdsprachen-ausbildung sowie der Betreuung von Promotionsvorhaben und Forschungsprojekten. Angehörige der Offiziershochschulen unterstützten die "wehrpolitische Arbeit" im zivilen Bereich und führten Reservistenschulungen durch. Die Kooperation erstreckte sich auf die Mitarbeit in wissenschaftlichen Gremien, den Einsatz von Gastlektoren, die Bereitstellung von Informationen und Publikationen, die Tagungsteilnahme sowie den Erfahrungsaustausch zu Grundfragen der Hochschulentwicklung.

Die Offiziershochschulen führten militärische Fachbibliotheken, gaben eigene Schriftenreihe heraus und schrieben jährlich einen Forschungspreis aus. Die Mitgliedschaft in zentralen wissenschaftlichen Gremien sicherte und dokumentierte ihre Integration in das wissenschaftspolitische System der DDR. Die internationale Kooperation stand im Zeichen der "Waffenbrüderschaft" der Streitkräfte des Warschauer Paktes. Über den Austausch von Delegationen, Gastdozenten, Publikationen und Lehrmaterialien fanden Erfahrungen der militärischen Partneereinrichtungen – insbesondere der sowjetischen Streitkräfte – Eingang in Lehre und Forschung.

Tabelle 2: Stellenplan der Offiziershochschulen der Teilstreitkräfte und der Grenztruppen 1985

	Führungs- kräfte	Lehrkräfte		Sicher- stellungs- kräfte	Insgesamt
		insges.	darunter Zivile		
OHS Landstreitkräfte	380	1.375	215	2.285	4.040
OHS Luftstreit- kräfte/ Luftvertei- digung (einschl. Militärflieger)	250	695	110	530	1.475
OHS Volksmarine	125	235	30	215	575
OHS Grenztruppen	85	200	35	300	585
Insgesamt	840	2.505	390	3.330	6.675

*einschließlich rd. 455 Studienplätzen für "zukommandierte" Offiziersschüler des MfS und des Mdl

berechnet nach: MA-F, DVL 4-15/51615, S. 25/26, S. 36/37

Militärmedizin

Im Zuge des Ausbaus der NVA erfolgte in den 60er Jahren die Anhebung der eigenständigen militärärztlichen Ausbildung auf Hochschulniveau. Die 1964 an der

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (EMAU) gebildete *Militärmedizinische Sektion* übernahm als zentrale Lehr- und Forschungseinrichtung der NVA die Hauptverantwortung für die Ausbildung von Militärärzten, -zahnärzten und -apothekern in einem sechs- bzw. fünfjährigem Studium, die militärmedizinische Fachschulausbildung, die Weiterbildung von Militärmedizinern und die militärmedizinische Forschung. Sie verfügte als Militärmedizinische Fakultät von 1970 bis zu ihrer erneuten Umwandlung in eine Sektion 1981 über das Promotionsrecht A und B auf medizinischem Gebiet. Die Ausbildung wurde arbeitsteilig organisiert. Während Universitätsklinik und -institute die medizinische, stomatologische und pharmazeutische Grundlagenausbildung leisteten, führte die Militärmedizinische Sektion die gesellschaftswissenschaftliche, militärische und spezialfachliche Ausbildung durch. Des weiteren zeichnete sie für die obligatorische Fremdsprachenausbildung und die "Militärische Körperertüchtigung" verantwortlich.

1981 ging die Führungsrolle an die neu gegründete *Militärmedizinische Akademie Bad Saarow-Pieskow* (MMA) über. Als Krankenhaus mit Sonderversorgungsauftrag fungierte sie zum einen als Ausbildungsstätte für den praktischen Teil der militärmedizinischen Ausbildung, zum anderen wurde sie – ausgestattet mit dem Promotionsrecht A und B – mit der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses betraut.

Militärmedizinisches Grundlagenwissen wurde darüber hinaus auch an den anderen Militärhochschulen vermittelt. So war an der Militärakademie Dresden das Lehrfach "Medizinische Sicherstellung" obligatorischer Bestandteil der Grundausbildung in allen Fachrichtungen. Die Offiziershochschule der Landstreitkräfte bildete Offiziere für den Einsatz als Hochschulingenieure im medizinischen Dienst der NVA und der Grenztruppen aus (Zöllner 1981, S. 162).

Für die Weiterbildung des militärmedizinischen Personals und die Schulung ziviler Kräfte war die 1971 gegründete *Gesellschaft für Militärmedizin* zuständig. Ab 1974 übernahm die Abteilung für Militärmedizin an der Akademie für Ärztliche Fortbildung die Koordinierung der militärmedizinischen Weiterbildung.

Die Integration militärmedizinischer Aspekte in den zivilen Bereich erfolgte ab den 60er Jahren u.a. durch entsprechende Schulungen im Rahmen des Reservisten dienstes oder die Einberufung von Medizinern als Offiziere auf Zeit. Beginnend mit dem Studienjahr 1975/76 wurde schrittweise das Lehrprogramm Militärmedizin in das zivile Medizinstudium integriert und innerhalb eines Jahrzehnts als fester Bestandteil der medizinischen Lehre und Forschung etabliert.

Militärakademische Qualifizierung

Die weiterführende Qualifizierung (postgraduales Studium, Promotion) im Truppendienst bewährter Berufsoffiziere mit Hochschulabschluss, die für den Einsatz in höheren Dienststellungen vorgesehen waren, erfolgte über Delegationen an militärakademische Einrichtungen im In- oder Ausland³.

Die 1959 als erste militärische Hochschuleinrichtung gegründete *Militärakademie "Friedrich Engels" Dresden* war anfangs fast ausschließlich mit der Ausbildung von Führungskräften für die Landstreitkräfte befasst. Innerhalb weniger Jahre wurde sie zur fachlichen und politischen Ausbildungsstätte für das gesamte Spektrum der Teilstreitkräfte ausgebaut. Im Kontext der Entwicklung von Offiziersschulen zu Offiziershochschulen gab sie einen Teil ihres ursprünglichen Ausbildungsauftrages an diese ab und widmete sich ab Mitte der 70er Jahre der weiterführenden Qualifizierung von Hochschulabsolventen.

Zum einen bot sie "Offiziershörern", darunter auch ausländischen Militärangehörigen, die Möglichkeit, über ein dreijähriges Direktstudium bzw. vierjähriges Fernstudium den Abschluss eines "Diplommilitärwissenschaftlers", "Diplomgesellschaftswissenschaftlers" oder "Diplomingenieurs" zu erwerben. Zum anderen zeichnete sie weiterhin für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – im Regelfall in Form der Aspirantur – verantwortlich. Im Unterschied zu den Offiziershochschulen verfügte der Wissenschaftliche Rat der Militärakademie über das Promotionsrecht A und B, und zwar auf den Gebieten Gesellschafts-, Militär- und Ingenieurwissenschaften, in genehmigungspflichtigen Einzelfällen auch auf wirtschaftswissenschaftlichem Gebiet.

Bis zu ihrer Auflösung im vereinten Deutschland stellte die Militärakademie die hochrangigste Forschungs- und Bildungseinrichtung des MfNV dar, was u.a. in der Besetzung der Chefposition mit einem Offizier im Rang Generalmajor oder Generalleutnant, einer engen Kooperation mit zivilen wissenschaftlichen Akademien, zahlreichen Auslandskontakten sowie einer intensiven Publikations- und Veranstaltungsaktivität zum Ausdruck kam. Die Forschung konzentrierte sich laut ministerieller Vorgabe auf "die Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Landesverteidigung der DDR und für die Erfordernisse der sozialistischen Verteidigungscoalition" (Hoffmann 1982, S. 52). Bezogen

³ Den Absolventen der DDR-Militärakademie Dresden (jährlich rd. 200) stand in der Regel eine Beförderung bis zum Rang Oberst offen. Generale wurden dagegen zumeist an sowjetischen Militärakademien ausgebildet. Bis 1990 absolvierten rd. 4.800 DDR-Militärangehörige ein Auslandsstudium an militärischen Lehrinrichtungen (Offiziershochschulen, Militärakademien und Militärpolitische Hochschulen) der Staaten des Warschauer Vertrages, vor allem der Sowjetunion (Nagel, S. 300).

auf das Qualifikationsniveau des wissenschaftlichen Personal und den Hochschul-lehreranteil entsprach die Militärakademie – nicht zu letzt auf Grund ihrer 30jäh-rigen Existenz – weitestgehend dem Standard ziviler Universitäten.

Für die zweite, 1970 gegründete militäarakademische Einrichtung, die *Militär-politische Hochschule "Wilhelm Pieck" Berlin-Grünau*, zeichnete sich eine ähnliche Entwicklung ab. Das Leistungsspektrum dieser Spezialeinrichtung für die parteipoliti-sche Schulung von Offizieren mit Truppenpraxis umfasste anfangs im wesentli-chen das vierjährige Diplomstudium von Politoffizieren, einjährige Politschulun-gen von Führungskräften und diverse Weiterbildungslehrgänge. In den 80er Jahren profilierte sich die Hochschule zu einer militäarakademischen Lehr- und For-schungseinrichtung, die zugleich als SED-Parteischule der Streitkräfte fungierte.

Das bisherige Diplomstudium wurde an die Offiziershochschulen verlagert und durch dreijährige postgraduale Studiengänge mit Abschluss als "Diplomgesell-schaftswissenschaftler", "Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus" und "Diplom-kulturwissenschaftler" ersetzt. 1985 erhielt die Hochschule das Promotionsrecht A auf dem Gebiet der Philosophie. Die Anerkennung des Promotionsrechtes B war für Anfang der 90er Jahre konzipiert. Das Forschungspotential wurde planmäßig zur Realisierung zentraler Forschungsvorhaben der NVA und der SED herangezo-gen, wobei der thematische Schwerpunkt im Bereich der nationalen und internatio-nalen Militärpolitik lag. Über die Mitgliedschaft in zentralen wissenschaftlichen Gremien war die Hochschule fest in das wissenschaftspolitische System der DDR integriert. Sie unterhielt Arbeitsbeziehungen zu zahlreichen militärischen und zivi-len Hochschulen und Forschungseinrichtungen, gab eine eigene Publikationsreihe heraus und vergab einen Forschungspreis. Das Qualifikationsniveau des wissen-schaftlichen Personals lag deutlich über dem der Offiziershochschulen. Es erreichte mit einem 50prozentigen Anteil promovierter Wissenschaftler jedoch nicht das Niveau der Militärakademie Dresden.

Neben der Militärakademie und der Militärpolitischen Hochschule, die als mi-litäarakademische Einrichtungen im Sinne der Qualifizierung von Führungskräften für die oberste Befehlsebene einzustufen sind, existierte mit dem *Militärgeschicht-lichen Institut der DDR* in Potsdam eine zentrale Spezialeinrichtung, deren Auftrag u.a. die weiterführende Qualifizierung und Forschung auf militärhistorischem Ge-biet beinhaltete. An dem 1970 zur "wissenschaftlichen Einrichtung mit Hochschul-charakter" avancierten Institut konnte aufbauend auf einem Diplomabschluss als Gesellschaftswissenschaftler oder Historiker in einem dreijährigen postgradualen Fernstudium die zusätzliche Berufsqualifikation "Militärhistoriker" erworben wer-den. Weitere Schwerpunkte des mit Promotionsrecht A und B (Dr. phil. bzw. Dr.

sc. phil.) ausgestatteten Institutes lagen im Bereich der Nachwuchsförderung und der Repräsentanz der DDR in internationalen militärhistorischen Gremien.

3. Hochschuleinrichtungen des Ministeriums des Innern

3.1. Geschichte und Kontext

Die dem MdI unterstellten "Schutz- und Sicherheitsorgane" wiesen eine funktionsbedingte Zweiteilung auf. Die 1945 gebildete Deutsche Volkspolizei (DVP) nahm die international übliche *polizeifachliche Funktion* wahr, die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Land zu gewährleisten. Ihre verschiedenen Dienstzweige waren mit Verbrechensvorbeugung, Aufdeckung und Aufklärung von Straftaten, Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, Abwendung und Bekämpfung von Gefahrensituationen etc. befasst. Feuerwehr und Strafvollzug lassen sich ebenfalls dieser Funktionsgruppe zuordnen. Daneben verfügte das MdI mit seinen Kasernierten Einheiten über einen *paramilitärischen Bereich*. Er umfasste die Volkspolizei-Bereitschaften, die im Zusammenhang mit dem Volksaufstand 1953 "zur Erhöhung der Schlagkraft der Volkspolizei" eingerichtet worden waren, die Kompanien der Transportpolizei, die Offiziershochschule des MdI-Bereitschaften und der Unterführerschule des MdI-Bereitschaften (Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates 1982).

Die Dienstverhältnisse in den *polizeifachlichen Organen* wurden durch eine Dienstlaufbahnordnung geregelt. Die für den zivilen Bereich erlassenen Bestimmungen zu den Arbeitsverhältnissen der Arbeiter und Angestellten hatten keine Gültigkeit. Bei Einstellung wurde ein Vertrag geschlossen, der eine mehrjährige Dienstverpflichtung vorschrieb – mindestens 5 Jahre für Wachtmeister und 10 Jahre für Offiziere. Männer mussten bereits den Grundwehrdienst geleistet haben. Als geeignet für den Dienst galten DDR-Bürger, "die politisch zuverlässig und bereit sind, dem sozialistischen Vaterland, der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung, allzeit treu ergeben zu sein..." (Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates 1976, § 2). Die "Bereitschaft zum Schutz des Sozialismus unter Einsatz des Lebens" war Bestandteil des abzulegenden Eides. Die Dienstlaufbahn gliederte sich in die *untere, mittlere und höhere Laufbahn*. Dienststellungen der unteren Laufbahn wurden von Wachtmeistern eingenommen. Die mittlere Laufbahn umfasste Führungskräfte und Offiziere mit Spezialfunktionen der Dienstgrade Unterleutnant bis Hauptmann sowie Abschnittsbevollmächtigte. Die Dienstgrade ab Major wurden der höheren Laufbahn zugerechnet.

Der Dienst in den *Kasernierten Einheiten* war gesetzlich dem Wehrdienst gleichgestellt. Es galt eine gesonderte Dienstlaufbahnordnung, die sich eng an die gesetzlichen Regelungen für den militärischen Bereich anlehnte. Im Unterschied zur Schutzfunktion der polizeifachlichen Organe des MdI, leisteten die Kasernierten Einheiten "an der Seite der Nationalen Volksarmee und der anderen Schutz- und Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik sowie fest verbunden mit den Armeen und Sicherheitsorganen der Sowjetunion und der anderen verbündeten sozialistischen Länder" (Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates 1982a) einen Beitrag zur "Landesverteidigung". Im Dienstverhältnis standen Wachtmeister, Unterführer auf Zeit, Berufsunterführer und Berufsoffiziere. Der Dienst als Wachtmeister entsprach dem NVA-Grundwehrdienst. Unterführer auf Zeit leisteten freiwillig einen mindestens dreijährigen Dienst. Sie konnten bis zum Dienstgrad Hauptwachtmeister befördert werden. Für Berufsunterführer betrug die Mindestdienstverpflichtung 10 Jahre, für Berufsoffiziere 25 Jahre. Die Dauer der Dienstverpflichtung war deckungsgleich mit Regelungen für Offiziere auf Zeit, Berufsunteroffiziere und Berufsoffiziere der NVA und der Grenztruppen.

3.2. System der polizeidienstlichen Aus- und Weiterbildung

Die o.g. Funktionsteilung hatte eine differenzierte Aus- und Weiterbildung der Schutz- und Sicherheitskräfte des MdI zur Folge. Für den *polizeifachlichen Bereich* war eine Orientierung an hierarchischen Laufbahnstufen kennzeichnend. Das System gliederte sich in den 80er Jahren wie folgt:

- Berufsausbildung für Dienststellungen der unteren Laufbahn,
- Fachschulstudium für Dienststellungen der mittleren Laufbahn,
- Hochschulstudium mit Hochschul- bzw. Diplomabschluss für Dienststellungen der höheren Laufbahn,
- Weiterbildung in Form von Lehrgängen, Zusatz-, Teil- oder postgradualen Studium, darunter der "Höheren akademischen Kurs" für Führungskräfte sowie
- die planmäßige Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, im Regelfall über die Aspirantur.

Die Dienstbefähigung für die *untere Laufbahnstufe* wurde über die mehrmonatige Grundausbildung an Polizeischulen (Volkspolizei-, Verkehrspolizei-, Transportpolizei-, Feuerwehr- oder Strafvollzugsschule), die praktische Ausbildung in ausgewählten Dienststellen und falls erforderlich über die mehrmonatige Zusatzausbildung an Spezialeinheiten des MdI (z.B. Schule des Nachrichtenwesens, Spezialeinheit für Diensthundwesen) erworben. In den Bereichen Versorgungsdienste, Nach-

richtenwesen und Verkehrspolizei war im Anschluss an die Berufsausbildung die Qualifizierung zum Meister möglich.

Offiziere für Dienststellungen der *mittleren Laufbahn* absolvierten ein Fachschulstudium. Studienform und -dauer variierten in Abhängigkeit vom Einsatzbereich:

- Volkspolizei: zweijähriges Direkt- oder vierjähriges Fernstudium in den Ausbildungsrichtungen Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Politikader, Transportpolizei, Verkehrspolizei, Betriebsschutz,
- Abschnittsbevollmächtigte: zweijähriges kombiniertes Studium (Direkt- und Fernstudium),
- Strafvollzug: zweijähriges Direkt- oder vierjähriges Fernstudium in den Ausbildungsrichtungen Operativer Dienst oder Vollzugsdienst,
- Feuerwehr: dreijähriges Direktstudium,
- Versorgungsdienste: dreijähriges Direktstudium in Kooperation mit zivilen Fachschulen in den Ausbildungsrichtungen Intendantur oder Technik,
- Nachrichtenwesen: dreijähriges Direktstudium in Kooperation mit der Ingenieurschule der Deutschen Post,
- Medizinische Dienste: zweieinhalbjähriges kombiniertes Studium in Kooperation mit zivilen Medizinischen Fachschulen in der Ausbildungsrichtung Krankenpflege.

Zugelassen wurden "politisch bewährte" SED-Mitglieder mit abgeschlossener Grundausbildung und mehrjähriger Dienstpraxis. Die Bewerber sollten in der Regel nicht älter als 30 Jahre sein. Abschnittsbevollmächtigte wurden bis zum Alter von 40 Jahren in die Ausbildung übernommen. Sie mussten sich verpflichten, den Dienst als Lebensberuf auszuüben. Der Fachschulzugang war an die Delegation der Dienststelle und den Nachweis der Eignung gebunden. Mit dem Fachschulabschluss wurden zivile Berufsbezeichnungen zuerkannt (z. B. Staatswissenschaftler, Maschineningenieur, Ökonom, Ingenieur für Fernmeldewesen).

Der Einsatz in Dienststellungen der *höheren Laufbahn* setzte ein Hochschulstudium an der Hochschule der Deutschen Volkspolizei (HSDVP) oder einer zivilen Hochschule voraus.⁴ In den 80er Jahren absolvierten etwa zwei Drittel der Offiziere ein Studium an der Polizeihochschule. Ein Drittel studierte an einer zivilen Hochschulen.

⁴ Für Dienststellungen der Kriminalpolizei an der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität zu Berlin, der Versorgungsdienste an der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (Fernstudium), des Organs Feuerwehr am Wissenschaftsbereich Brandschutz der Technischen Universität "Otto von Guericke" Magdeburg sowie des Nachrichtenwesens an der Sektion Militärisches Transport- und Nachrichtenwesen der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden.

Die *Weiterbildung* erfolgte in Form von Schulungen in den Dienststellen, Studium und Lehrgängen an Einrichtungen des MdI und unter Nutzung der Angebote ziviler Träger. Das Themenspektrum war breit gefächert: Marxismus-Leninismus, operative Schulungen und Stabsdienstausbildung von Führungskräften, dienstzweig- bzw. organspezifischen Weiterbildung mit zentraler und territorial-spezifischer Schwerpunktsetzung, Einsatzqualifizierung (z.B. polizei- und spezialtaktische Ausbildung, Schießausbildung, Exerzierausbildung, Nachrichtenausbildung, Militärtopographie, Körperertüchtigung) sowie allgemeinbildende und fach- bzw. funktionsspezifische Kurzlehrgänge. Das Weiterbildungsangebot der Einrichtungen des MdI wurde durch die Verwaltung Aus- und Weiterbildung zentral geplant und koordiniert. Dazu zählten Weiterbildungslehrgänge zum Thema Landesverteidigung für Führungskräfte durch die Polizeihochschule im Rhythmus von 4-5 Jahren.

Für die politische Schulung des Leitungspersonals stand das am 1977 auf Beschluss des Sekretariats des ZK der SED gegründete *Institut des MdI für marxistisch-leninistische Aus- und Weiterbildung in Berlin-Biesenthal* zur Verfügung. Dabei handelte es sich nach offiziellem Sprachgebrauch um eine Lehreinrichtung mit Hochschulcharakter. Schwerpunktmäßig wurden Einjahreslehrgänge auf dem Gebiet Marxismus-Leninismus angeboten, die als gleichwertig mit einem Lehrgang an der SED-Parteihochschule galten. Daneben nahm das Institut Forschungsaufgaben wahr und leistete einen Beitrag zur Traditionspflege im Bereich des MdI.

Hochschulabsolventen mit mehrjähriger Berufserfahrung in Dienststellungen der höheren Laufbahn, die für den Einsatz in *Führungsfunktionen* auf ministerieller oder bezirklicher Ebene vorgesehen waren, wurden zum Studium an der Akademie des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der UdSSR (MfIA) oder zum "Höheren akademischen Kurs" an der Polizeihochschule (Dauer 20 Monate) delegiert.

In Abhängigkeit vom planungsseitig festgeschriebenen Bedarf an promovierten *Nachwuchskräften*, erfolgte die Aufnahme wissenschaftlich befähigter und politisch geeigneter Angehöriger der Organe des MdI in die Aspirantur an der HSDVP, deren wissenschaftlicher Rat das Promotionsrecht A und B auf dem Gebiet der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol./Dr. sc. pol.) besaß.

Das nach Laufbahnstufen strukturierte Ausbildungssystem erstreckte sich *nicht* auf die Kasernierten Einheiten. In Anlehnung an den militärischen Bereich gliederten sich hier die Dienstverhältnisse nach Unterführern auf Zeit, Berufsunterführern und Berufsoffizieren. *Unterführer auf Zeit und Berufsunterführer* wurden als Unterführerschüler im Unterführerlehrgang an Bildungseinrichtungen des MdI oder der NVA und im Rahmen der beruflichen Tätigkeit in der Dienststellung ausgebildet. Für Unterführer auf Zeit bestand die Möglichkeit, durch Absolvierung eines speziellen Berufunterführerlehrgangs die staatlich anerkannte Meisterqualifikation

zu erwerben. *Berufsoffiziere* absolvierten als "Offiziersschüler" an der Offiziershochschule des MdI-Bereitschaften, den Offiziershochschulen der NVA oder zivilen Hochschulen mit anschließendem militärischen Zusatzstudium eine Hochschulausbildung, die mit einer zivilen Berufsbezeichnung und der Ernennung zu einem Offiziersdienstgrad abschloss. Analog der Regelungen für NVA-Angehörige war bei "hervorragenden Leistungen und Verdiensten oder besonderen Fähigkeiten und Spezialkenntnissen" die Übernahme in das Dienstverhältnis Unterführer auf Zeit, Berufsunterführer oder Berufsoffizier auch ohne Ausbildung zulässig.

Der Berufsdienst in den Kasernierten Einheiten war mit der Pflicht zur *Weiterbildung* auf politischem, militärischem, polizeifachlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet verbunden. Im Regelfall wurde dieser Forderung in Form des Selbststudiums, der praktischen Dienstausbildung, des Besuchs von Lehreinrichtungen des MdI, der NVA oder entsprechender Schulen im sozialistischen Ausland und in Ausnahmefällen von zivilen Fach- oder Hochschulen nachgekommen.

Die postgraduale Ausbildung von *Führungskräften*, die bereits ein Hochschulstudium absolviert hatten, und die Förderung des *wissenschaftlichen Nachwuchses* erfolgte im wesentlichen an der Militärakademie Dresden.

Hochschule der Deutschen Volkspolizei

Die Offiziersausbildung in den Richtungen Deutsche Volkspolizei und Strafvollzug fand im Direkt- und Fernstudium an der Hochschule der Deutschen Volkspolizei "Karl Liebknecht" Berlin-Grünau (HSDVP) statt. Die 1962 auf Beschluss des Ministerrats gegründete Hochschule hatte den Auftrag, "Offiziershörer zu Staatsfunktionären zu erziehen, die fähig sind, die Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die gesetzlichen Bestimmungen der Volkskammer, des Staatsrates, des Ministerrates, und die Befehle und Weisungen des Ministers des Innern durchzusetzen" sowie "durch eine systematische Forschungsarbeit die staatliche und gesellschaftliche Tätigkeit zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aktiv zu unterstützen" (BA-DH, 45141).

Über die Lehre und die Einbeziehung der Offiziershörer in den Forschungsprozess sollte eine möglichst zügige Überführung der zumeist anwendungsorientierten Forschungsergebnisse in die polizeiliche Praxis gewährleistet werden. Die Einrichtung unterstand dem Minister des Innern, der auch für den Erlass des Statuts, die Bestätigung der Lehrprogramme und Prüfungsordnungen sowie die Ernennung des Lehrkörpers und die Besetzung der Leitungsfunktionen zuständig war. Ihr Wissenschaftlicher Rat besaß das Recht zur Verleihung akademischer Grade und der *Facultas docendi*. Sie war mit einer Fachbibliothek und einer Informations-

und Dokumentationsabteilung ausgestattet. Es bestanden Kooperationsbeziehungen zu zivilen und militärischen DDR-Hochschulen sowie zu Lehr- und Forschungseinrichtungen des MfIA der UdSSR.

Tabelle 3: *Polizeifachliche Hochschulausbildung von Angehörigen der Mdl-Organen Deutsche Volkspolizei, Feuerwehr und Strafvollzug 1981-1985*

Einrichtung	Studienform	Fachrichtung	Delegierungen (in Pers.)	Anteil (in %)
HSDVP	Direktstudium		655	
	Fernstudium		172	
	Externe		13	
	Höherer akad. Kurs		52	
	Insgesamt		892	66,8
UdSSR	Akad. des MfIA		5	
	Feuerwehrtechn. Ingenieurhochschule		25	
	Insges.		30	2,3
Zivile DDR- Hochschulen	Direktstudium im Rahmen von Vereinbarungen	Gesell.wiss.	24	
		Kriminalistik	84	
		Brandschutz	30	
		Milit. Nachrichtenwesen	17	
		Militärökonomie	19	
		Sprachmittler	25	
	Direktstudium ohne Vereinbarung	Informatik, Medizin, Bauwesen u.a.	42	
	Fernstudium	Gesellschaftswiss., Wirtschaftswiss., Kriminalistik u.a.	172	
Insgesamt		413	30,9	
Hochschulausbildung insges.			1.335	100,0

berechnet nach: BA-DH, 46870

Der Hochschulzugang unterlag generell dem Delegationprinzip. Für die Bereitstellung der Auszubildenden – die sogenannte Schulbeschickung – hatten die Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei gemäß zentraler Vorgaben Sorge zu tragen. Vorausgesetzt wurden SED-Mitgliedschaft und politische Bewährung in Organen des MdI, politische, charakterliche und fachliche Eignung, Versetzungsbereitschaft, Abschluss einer Offiziers- bzw. Fachschule des MdI oder Abitur und Berufsausbildung sowie mehrjährige einschlägige Berufspraxis. Die Auslastung der Ausbildungskapazität lag in den 80er Jahren bei etwa 90 Prozent (BA-DH, 46870).

Im Vorfeld des Studiums fand eine Eignungsprüfung in Form eines einjährigen berufs begleitenden Vorbereitungsprogramms statt. Bis Mitte der 80er verließen die Absolventen die Hochschule als "Staatswissenschaftler". Ab 1987 betrug die Studiendauer für Fachschulabsolventen im Direktstudium zwei und im Fernstudium drei Jahre. Abiturienten mit Berufsausbildung hatten ein dreijähriges Direktstudium oder fünfjähriges Fernstudium zu absolvieren. Das Studium schloss mit dem akademischen Grad "Diplomstaatswissenschaftler" ab (BMI-B, 19.6.1987).

In den beiden Ausbildungsrichtungen Deutsche Volkspolizei und Strafvollzug sah der Studienplan ein Drittel (zweijähriges Studium) bzw. ein Viertel (dreijähriges Studium) der Studienzeit für das Hauptfach Marxismus-Leninismus vor. Der Anteil war damit höher als an Offiziershochschulen der NVA. Das Studium von Theorie und Praxis polizeilicher Führungsarbeit nahm in etwa die Hälfte der Studienzeit ein, Sport und Russischausbildung jeweils vier bis fünf Prozent. Die Berufslaufbahn der Absolventen, die sich durch eine hohe Verbleibsquote im Polizeidienst auszeichnete, wurde über sogenannte Kadereinsatz- und Entwicklungspläne der Verwaltung Kader des MdI gesteuert. Haupteinsatzgebiete waren Leitungspositionen in Volkspolizei-Kreisämtern (VPKÄ) und Bezirksbehörden der DVP (BDVP).

Von den Angehörigen des Lehrkörpers wurde der Abschluss eines Hochschulstudiums erwartet. Die Hochschullehrerberufung setzte wie allgemein üblich die Promotion voraus. Die hochschuldidaktische Qualifizierung der Lehrkräfte erfolgte in einem zweijährigen postgradualen Studium mit Hochschulabschluss auf dem Gebiet Pädagogik/Psychologie an der HSDVP. Im Unterschied zum nichtwissenschaftlichen Personal, für das zur Hälfte Zivilkraftstellen vorgesehen waren, erfolgte die Beschäftigung als Wissenschaftler ausschließlich im Dienstverhältnis. Die Betreuungsrelation bewegte sich in den Größenordnungen des zivilen Hochschulwesens. Der Hochschullehreranteil am wissenschaftlichen Personal entsprach mit rd. 22 Prozent zivilem Standard. Mit einem ca. 45prozentigen Anteil promovierter

Wissenschaftler war das Qualifikationsniveau höher als an Offiziershochschulen, erreichte jedoch nicht das Niveau der Militärakademie Dresden.

Offiziershochschule des MdI-Bereitschaften

Entwicklung und Leistungsprofil der Offiziershochschule des MdI-Bereitschaften „Arthur Becker“ Dresden wiesen deutliche Parallelen zu den Offiziershochschulen der NVA auf. Dienstverpflichtung, Zugangswege, Studiendauer und -organisation, Leitungsstrukturen und Begrifflichkeiten stimmten weitgehend überein. Markante Entwicklungsschritte erfolgten zeitgleich (z.B. Einführung des vierjährigen Direktstudiums und des Diplomabschlusses). Die Hochschule besaß kein Promotionsrecht. Mit den Forschungsvorhaben sollte in erster Linie ein Beitrag zur Verwirklichung des Ausbildungs- und Erziehungsauftrages geleistet werden.

Das praxisnahe Studium vermittelte die Qualifikation für eine klar umrissene berufliche Verwendung. Ausgebildet wurden Berufsoffiziere für die Volkspolizei-Bereitschaften und die Kompanien der Transportpolizei. Die Zulassung setzte das Abitur voraus. In Übereinstimmung mit der Praxis an NVA-Offiziershochschulen konnten Bewerber ohne Abitur die erforderliche Qualifikation in einem einjährigen Hochschulreifelehrgang erwerben. Das zunächst dreijährige Direktstudium schloss mit dem Grad "Hochschulingenieurökonom" ab. Ab Mitte der 80er Jahre erstreckte sich das Studium über vier Jahre. Die Absolventen verließen die Hochschule als "Diplomstaatswissenschaftler". Das Studium beinhaltete die auch an zivilen Hochschulen obligatorische Ausbildung in den Fächern Marxismus-Leninismus, Fremdsprachen und Sport (BMI-B, 25.2.1986). Die fachspezifische Ausbildung trug paramilitärische Züge (Studienfächer z.B.: Kampfeinsatz, Taktik, Ordnungs- und Sicherungseinsatz, Artillerie- und Schießausbildung, Pioniereinsatz, Nachrichtenwesen, Kfz-Technik). Sie war auf Vorbereitung und Durchführung bewaffneter Einsätze ausgerichtet.

Die Lehre wurde im wesentlichen durch Offiziere getragen. Lediglich für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagenfächer, die obligatorische Fremdsprachenausbildung und den Studentensport war die Beschäftigung ziviler Lehrkräfte vorgesehen (BMI-B, 25.2.1986 und 1.7.1989). Die Relation von wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal lag bei 1 : 2,1. Gegenüber dem zivilen Hochschulwesen (ohne Medizin: 1 : 1,2) war der nichtwissenschaftliche Bereich personell überproportional vertreten. Dies erklärt sich aus dem erhöhten Versorgungsaufwand der kasernierten Unterbringung der "Offiziershörer" und der Erfüllung militärischer Dienstpflichten.

4. Bundesdeutsche Bewertung der Hochschulabschlüsse

Nach Artikel 37, Abschnitt 1 des Einigungsvertrages galten DDR-Bildungsabschlüsse im Beitrittsgebiet nach der Wiedervereinigung weiter. Die Gleichstellung mit Abschlüssen, die im alten Bundesgebiet erworben wurden, bedurfte der behördlichen Feststellung der Gleichwertigkeit (Gesetz zum Vertrag). In Zusammenarbeit mit der Hochschulrektorenkonferenz, dem Wissenschaftsrat und den Fakultätstagen sicherte die KMK eine bundesweit einheitliche Bewertung (Kultusministerkonferenz 1992). Berücksichtigung fanden auch die Abschlüsse an Offiziershochschulen und militärischen Einrichtungen sowie der militärischen Ausbildung an zivilen Hochschulen.

Ausgenommen wurde – wie auch im zivilen Kontext – der medizinische und pharmazeutische Bereich. Zuständig hierfür waren die Gesundheitsministerien der Sitzländer der Bildungseinrichtung. Deren Entscheidungen fielen zu Gunsten der Gleichwertigkeit militärmedizinischer Abschlüsse mit entsprechenden zivilen Abschlüssen. Nicht einbezogen in die KMK-Bewertung wurden des weiteren die Abschlüsse als Militärflyer, die Ausbildung zum Offizier auf Zeit sowie die vor 1974 von Offiziersschulen vergebenen Abschlüsse. Für diese empfahl die KMK Einzelfallprüfung und -bewertung. Für die Bewertung der in das allgemeine Prozedere einbezogenen Abschlüsse wurden fünf Fallgruppen gebildet:

Fallgruppe 1: Der Abschluss ist einem Abschluss gleichwertig, der an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule in dem Teil Deutschlands erworben wurde, in dem das Grundgesetz bereits vor dem 3. 10. 1990 galt (nachfolgend als 'alte Bundesrepublik' bezeichnet).

Fallgruppe 2: Der Abschluss ist niveaugleich mit einem Abschluss, der an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule in der alten Bundesrepublik erworben wurde. Die Ausbildung war jedoch unmittelbar auf das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR ausgerichtet, so dass hinsichtlich der Studieninhalte erhebliche systembedingte Unterschiede bestehen.

Fallgruppe 3: Der Abschluss ist einem Abschluss gleichwertig, der an einer Fachhochschule erworben wurde.

Fallgruppe 4: Der Abschluss ist niveaugleich mit einem Fachhochschulabschluss. Die Ausbildung war jedoch unmittelbar auf das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR ausgerichtet, so dass hinsichtlich der Studieninhalte erhebliche systembedingte Unterschiede bestehen.

Fallgruppe 5: Der Abschluss kann keinem Hochschulabschluss gleichgestellt werden, der in der alten Bundesrepublik erworben wurde.

Bei der Gleichwertigkeitsfeststellung wurde in erster Linie von den Ausbildungsinhalten ausgegangen. Hinsichtlich des generell höheren Anwendungsbezuges und des relativ großen militärspezifischen Studienanteils wurde großzügig verfahren.

Ungeachtet systemgebundener Ausbildungselemente bescheinigte die KMK den ingenieurwissenschaftlichen Diplomabschlüssen an *Offiziershochschulen* aufgrund der soliden technisch-technologische Berufsbefähigung mehrheitlich Gleichwertigkeit mit einem Fachhochschulabschluss (Fallgruppe 3). Der Abschluss eines dreijährigen Studium mit Hochschulabschluss wurde mit dem Abschluss einer Fachhochschulvorläufereinrichtung gleichgesetzt. Über eine einjährige Zusatzausbildung oder über den Nachweis dreijähriger einschlägiger Berufserfahrung konnte im Wege der Nachdiplomierung ein Fachhochschulabschluss zuerkannt werden. Die anfängliche Beschränkung auf zivile Berufserfahrung wurde 1994 aufgehoben (Kultusministerkonferenz 1994). Unter Einbeziehung des Bundesministeriums der Verteidigung entschied die KMK, dass "es auch in der Bundeswehr in allen Teilstreitkräften – dienstpostenbezogen – dem Zivilbereich vergleichbare, einschlägige Tätigkeiten, die eine Nachdiplomierung rechtfertigen können", gibt. In bezug auf den Dienst in der NVA wurde die Anerkennung aufgrund des Spezialisierungsgrades der Tätigkeiten an eine Einzelfallprüfung gebunden.

Der Abschluss eines Diplomstudiums im Ausbildungsprofil Kommandeur sowie die Abschlüsse "Diplomökonom" und "Diplomingenieurökonom" wurden in der Regel der Fallgruppe 4 zugeordnet. Abschlüssen der überwiegend politisch-dieologisch ausgerichteten Ausbildung von Politoffizieren – "Diplomgesellschaftswissenschaftler" oder "Diplomstaatswissenschaftler" – wurde die Anerkennung als Hochschulabschluss der Bundesrepublik versagt (Fallgruppe 5).

Hinsichtlich der Abschlüsse des postgradualen Studiums von Hochschulabsolventen an *militärakademischen Einrichtungen* entschied die KMK aufgrund von Staatsnähe und Systemgebundenheit bzw. mangels ziviler Vergleichbarkeit gegen eine Anerkennung. Die an der Militärakademie Dresden erworbenen Abschlüsse für den Einsatz als Kommandeur, Staboffizier ("Diplommilitärwissenschaftler") oder Stellvertreter des Kommandeurs für Technik und Bewaffnung ("Diplomingenieur") wurden in die Fallgruppe 5 eingeordnet. Lediglich der Abschluss als Offizier für Kfz-Dienst ("Diplomingenieur") bescheinigte die KMK Niveaugleichheit mit einem Fachhochschulabschluss (Fallgruppe 4). Der postgradualen Ausbildung von Politoffizieren an der Militärpolitischen Hochschule Berlin-Grünau zum "Diplomgesellschaftswissenschaftler", "Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus" und "Diplomkulturwissenschaftler" sprach die KMK die Gleichwertigkeit ab (Fallgruppe 5).

In bezug auf die *militärische Ausbildung an zivilen Hochschulen* kam die KMK zu dem Schluss, dass es hinsichtlich Dauer, Inhalt und Diplombezeichnungen keine gravierenden Abweichungen vom zivilen Studium gab. Dementsprechend entschied sie sich für eine Gleichbehandlung. In der Regel wurden die Ab-

schlüsse je nach dem Status der Hochschule als Universitäts- oder Fachhochschulabschluss bewertet (Fallgruppe 1 bzw. 3). Ausgenommen wurden die Abschlüsse von Offizieren für Finanzökonomie und Militärökonomie ("Diplomökonom"), die mit Hinweis auf den starken DDR-Bezug – wie zivile wirtschaftswissenschaftliche Abschlüsse generell – in die Fallgruppe 2 eingeordnet wurden.

Bei der Bewertung der Abschlüsse an *Hochschulen des Mdl* ging die KMK von den für die militärischen Abschlüsse aufgestellten Grundsätzen aus. Aufgrund der besonderen Ausrichtung auf das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR und fehlender Vergleichbarkeit wurde gegen eine Anerkennung des an der Hochschule der Deutschen Volkspolizei und der Offiziershochschule des Mdl-Bereitschaften erworbenen Abschlusses "Diplomstaatswissenschaftler" entschieden (Fallgruppe 5). Für den bis Mitte der 80er Jahre nach dreijährigem Studium vergebenen Abschluss "Staatswissenschaftler" (HSDVP) bzw. "Hochschulingenieurökonom" (OHS-Bereitschaften) ließ die KMK in Ausnahmefällen die Anerkennung in Abstimmung mit dem Pädagogischen Zentrum (Gutachterstelle) zu.

Die bisher gültigen KMK-Beschlüsse werden gegenwärtig einer Überprüfung unterzogen, weil das Bundesverwaltungsgerichts 1997 in einem Grundsatzurteil (BVerwG 6 C 10.97) zu Gunsten einer breiteren Auslegung des Begriffs "Gleichwertigkeit" entschieden hat (Kultusministerkonferenz 1998). Mit Verweis auf die grundsätzliche Ausrichtung des Einigungsvertrages, den Prozess des Zusammenwachsens der Bevölkerung Ost und West in einem gemeinsamen Staats- und Wirtschaftssystem anzubahnen, wurde die bisherige Beschränkung der anererkennungswürdigen DDR-Abschlüsse auf fachlich weitestgehend kompatible Ausbildungsgänge gelockert. Gleichwertigkeit ist nach Auffassung des Gerichts bereits dann gegeben, "wenn ein Ausbildungsniveau festgestellt wird, das auch bei der Aufnahme neuer beruflicher Betätigung im weiteren fachlichen Feld, in dem der Abschluss erworben wurde, nach geeigneten individuellen Bemühungen um die Beseitigung vorhandener Defizite eine erfolgreiche selbständige Einarbeitung – ggf. unter Anleitung – in die beruflichen Anforderungen erwarten lässt". (zit. ebd., S. 1).

Zu erwarten ist demnach eine Aufwertung der an Offiziershochschulen erworbenen Abschlüsse als "Hochschulökonom" und "Hochschulingenieurökonom" bzw. als "Diplomökonom" und "Diplomingenieurökonom". Profitieren könnten auch Absolventen ziviler Hochschulen wie die an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Hochschule für Ökonomie Berlin ausgebildeten Offiziere für Finanzökonomie bzw. Militärökonomie und die am Militärgeschichtlichen Institut der DDR ausgebildeten Historiker. Von den Abschlüssen der Militärakademie Dresden wird vermutlich der Abschluss der Offiziere des KfZ-Dienstes auf Grund des relativ hohen ingenieurwissenschaftlichen Ausbildungsanteils als gleichwertiger Fachhoch-

schulabschluss anerkannt. Bleiben wird es dagegen wohl vorerst bei der generellen Ablehnung der in den Ausbildungsprofilen Kommandeur und Politoffizier an Offiziershochschulen und der Militärakademie erworbenen Abschlüsse, weil die geforderte Nähe zu einer bundesdeutschen Ausbildung nicht gegeben scheint. Ebenso zeichnet sich ab, dass die Abschlüsse der Hochschule der Deutschen Volkspolizei und der Offiziershochschule des MdI-Bereitschaften weiterhin für nicht anerken- nungsfähig gehalten werden.

Literatur

- Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über den Dienst in der Deutschen Volkspolizei sowie in den Organen Feuerwehr und Strafvollzug des Ministeriums des Innern (Dienstlaufbahnordnung) vom 3.5.1976, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik vom 16.6.1976, Teil I Nr. 20.
- Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über den Verlauf des Dienstes in den Kasernierten Einheiten des Ministeriums des Innern - Dienstlaufbahnordnung - Kasernierte Einheiten des Ministeriums des Innern - vom 23.4.1982b, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik* vom 19.5.1982, Teil I Nr. 19.
- Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über den Verlauf des Wehrdienstes in der Nationalen Volksarmee - Dienstlaufbahnordnung NVA - vom 25.3.1982, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik* vom 2.4.1982, Teil I Nr. 12.
- Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 18.3.1980, in: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (1980, S. 361-386).
- Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik: Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 3.4.1969, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik* vom 21.4.1969, Teil I Nr. 3.
- Farwick, Dieter (Hrsg., 1992): Ein Staat - Eine Armee: Von der NVA zur Bundeswehr, Frankfurt a. M./Bonn: Report-Verlag.
- Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen vom 25.2.1965, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik* vom 25.2.1965, Teil I Nr. 6.
- Gesetz über den Wehrdienst in der Deutschen Demokratischen Republik vom – Wehrdienstgesetz- vom 25.3.1982, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik* vom 2.4.1982, Teil I Nr. 12.
- Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertrag - vom 31.8.1990 (Verfassungsgesetz) vom 20.9.1990, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik* vom 28.9.1990, Teil I Nr. 64.
- Gesetz zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik (Verteidigungsgesetz) vom 20.9.1961, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik* vom 20.9.1961, Teil I Nr. 18.
- Hochschulkonferenz der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der Deutschen Demokratischen Republik "Hohe Effektivität und Qualität in Erziehung, Ausbildung und Forschung - entscheidender Beitrag zur Verwirklichung des Klassenauftrages des X. Parteitages" vom 1. und 2.7.1982.

- Hoffmann, Heinz (1982): Der Beitrag der militärischen Hochschuleinrichtungen für hohe Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft in der 80er und 90er Jahren, in: Hochschulkonferenz... a.a.O.- S. 11 – 54.
- Jahn, Walter (1975): Zur Entwicklung der Militärakademie "Friedrich Engels" von 1963 bis 1972. Militärakademie "Friedrich Engels", Dresden (Dissertation A).
- Kultusministerkonferenz (1994): Nachweis der Berufstätigkeit bei Inhabern von Abschlüssen ohne Diplom nach dreijähriger Ausbildung an Offiziershochschulen (Abschlussjahrgänge 1974 – 1985), Beschluss vom 28.1.1994.
- Kultusministerkonferenz (1998): Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen im Sinne Art. 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages – Hochschulbereich – Änderung und Ergänzung des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 11.10.1991 i. d. F. v. 18.4.1997, Beschluss vom 24.4.1998 i. d. F. vom 18.9.1998.
- Kultusministerkonferenz (1992): Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen (an militärischen und zivilen Einrichtungen erworbene Abschlüsse von Ausbildungen zum Berufsoffizier der ehemaligen Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen der DDR, der Deutschen Volkspolizei sowie der Volkspolizei-Bereitschaften) im Sinne des Art. 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages, Beschluß vom 31.1.1992 i.d.F. vom 27.3.1992.
- Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg., 1980): V. Hochschulkonferenz der Deutschen Demokratischen Republik am 4. und 5.9.1980 in Berlin, Zwickau.
- Nagel, Bernd (1992): Aus- und Weiterbildung der Offiziere in der DDR, in: Ein Staat – Eine Armee... a.a.O., S. 268 – 300.
- Sachse, Joachim (1988): Historische Erfahrungen und Ergebnisse der Erziehung und Ausbildung von sozialistischen Militärskadern der Landstreitkräfte in der geschichtlichen Entwicklung der Offiziershochschule "Ernst Thälmann" von 1973 bis 1983, in: Thälmanns Vermächtnis... a.a.O., S. 92 – 115.
- Thälmanns Vermächtnis lebt in unseren Taten/Offiziershochschule der Landstreitkräfte "Ernst Thälmann". Löbau, 1988. (Beiträge zur Geschichte der Offiziershochschule der Landstreitkräfte "Ernst Thälmann", Heft 1/1988).
- Zöllner, Erich (1981): Die Gründung der Militärmedizinischen Sektion und ihre Entwicklung als militärmedizinische Hochschuleinrichtung der Nationalen Volksarmee und Struktureinheit der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald in den Jahren 1955 bis 1975, Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald (Dissertation A).

Archivunterlagen

Standort: Militärarchiv Freiburg (MA-F)

DVL 4-15/51615

Offiziershochschule für Luftstreitkräfte/Luftverteidigung "Franz Mehring" Kamenz; Nationale Volksarmee, Kommando der Luftstreitkräfte und Luftverteidigung: Prinzipien für die Organisation und Gestaltung der kombinierten Heranbildung von Offizieren in der Truppe und den Offiziershochschulen ab 1.9.1981.

Standort: Bundesarchiv, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten (BA-DH)

45141

Regierung der DDR/MdI: Statut der Hochschule der Deutschen Volkspolizei, 1962.

46870

MdI, Verwaltung Kader: Einschätzung der Delegierungen von Angehörigen der DVP sowie der Organe Feuerwehr und Strafvollzug zur Ausbildung an die Hoch- und Fachschulen auf der Grundlage des Planes der Schulbeschickung im Zeitraum 1981 - 1985 vom 10.5.1985. Zulassungsgespräche für den 23. Lehrgang (1985/87) der Hochschule der DVP "Karl Liebknecht" vom 25.4.1985.

Standort: Bundesministerium des Innern, Außenstelle Berlin, Schriftgutverwaltung (BMI-B)

Ministerrat der DDR/MdI (19.6.1987): Ordnung Nr. 14/87 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über das System der Aus- und Weiterbildung der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei und der Organe Feuerwehr und Strafvollzug des Ministeriums des Innern - Aus- und Weiterbildungsordnung.

Ministerrat der DDR/MdI (25.7.1972): Statut der Hochschule der Deutschen Volkspolizei.

Ministerrat der DDR/MdI (19.5.1989): Stellenplan der Hochschule der DVP "Karl Liebknecht".

Ministerrat der DDR/MdI (25.2.1986): Stellenplan der Offiziershochschule des MdI-Bereitschaften.

Ministerrat der DDR/MdI (1.7.1989): Stellenplan - Zivil - der Offiziershochschule des MdI-Bereitschaften.

Von Organen zu Diskussionsangebotsunterbreitern

Die geistes- und sozialwissenschaftliche Zeitschriftenlandschaft in der DDR und in Ostdeutschland nach 1989

Peer Pasternack

Wissenschaftliche Zeitschriften sind entweder selbst Institutionen oder beziehen sich auf Institutionen. Die strukturellen und/oder sozialen Bezugspunkte können dabei sehr unterschiedlich sein: Forschungsinstitute, Netzwerke, wissenschaftliche Schulen, dominante Herausgeber, akademische Rebellen, mitunter auch politische Bewegungen oder ambitionierte Verlage. Indem diese qua Zeitschriften bestimmte Ideen transportieren und stabilisieren, werden personelle wie inhaltliche Zusammenhänge verstetigt, d.h. Verbindungen von Akteuren, die an ein bestimmtes Programm gebunden sind, öffentlich dokumentiert und beglaubigt.

Wird der Blick auf Ostdeutschland nach 1989 gerichtet, so lässt sich die Lebendigkeit in einer regionalen Wissenschaftslandschaft, die soeben eine radikale Evaluierung absolviert hat, unter anderem an den dort publizierten Fachzeitschriften ablesen. Ostdeutsche Institute waren nach 1989 in größerem Umfang geschlossen worden, und die bestehen gebliebenen Einrichtungen hatten ebenso wie die Hochschulen in beträchtlicher Zahl ihr Personal ausgewechselt. Das hatte Folgen auch für die wissenschaftlichen Zeitschriften, und aufgrund der stärkeren Sensibilität sozial- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen für Entwicklungen ihres politischen Umfeldes werden solche Folgen in diesem Feld auch deutlicher als im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften.

Zum Zeitpunkt der Grenzöffnung, als die ostdeutschen Journale plötzlich in einen gemeinsamen deutsch-deutschen Marktzusammenhang gestellt wurden, gab es in der dann ehemaligen Bundesrepublik bereits eine ausdifferenzierte Zeitschrif-

ten-Landschaft. Warum, so drängt sich als Frage auf, gibt es Ende der 90er Jahre trotzdem noch einige der früheren DDR-Zeitschriften und konnten zudem neue Zeitschriften in Ostdeutschland gegründet sowie stabilisiert werden? In welchem Umfang spielten hier u.U. historische Gründe hinein? Welche Spezifika einzelner Zeitschriften begründeten mit welcher Berechtigung Renommé-Vorsprünge vor anderen Journalen? Und sind Prognosen hinsichtlich der anhaltenden Vitalität der ostdeutschen Zeitschriftenlandschaft möglich?

1. Wissenschaftliche Zeitschriften in der DDR

Die Situierung der wissenschaftlichen Zeitschriften in der DDR war vorrangig dadurch gekennzeichnet, dass sie dort der Fürsorge des Staates unterlagen, und dass diese ambivalent war – nämlich sowohl inhaltlich wie finanziell. Das zeigte sich besonders deutlich bei den gesellschaftswissenschaftlichen Organen, auf die wir uns daher hier beschränken wollen.¹ Im folgenden soll eine Typologie dieser Zeitschriften vorgestellt werden, die dem Kriterium des auffälligsten Merkmals folgt. Unterschieden werden hier in dieser Perspektive: Zentralorgane, Peripherieorgane, Ersatzorgane, ‚interne‘ Zeitschriften und Quasi-Zeitschriften, Nischenblätter und historische Unangreifbarkeiten.

Zentralorgane:

Eine Besonderheit des realsozialistischen Zeitschriftenwesens bestand in der Existenz wissenschaftlicher ‚Zentralorgane‘. Solche Zentralorgane – eine typische Vertreterin war bspw. die Zeitschrift WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT – existierten in der DDR für zahlreiche Disziplinen. Sie waren entweder die einzige Zeitschrift ihres Faches überhaupt, oder sie hatten eine monopolistische Stellung, mit deren Hilfe sie sonstige Blätter dauerhaft in der Marginalisierung zu halten vermochten.

Voraussetzung dafür, dass ein ‚Zentralorgan‘ etabliert wurde, war eine bestimmte politische Bewertung des von der Zeitschrift zu vertretenden Faches: die-

¹ Zu natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fachzeitschriften in der DDR vgl. folgende nach 1989 erschienenen, resümierenden Publikationen: Tandler (1999, zu CHEMISCHES ZENTRALBLATT und ACTA PHYSICA STATUS SOLIDI), Ciesla (1999, zu DEUTSCHE EISENBAHNTECHNIK), Stache (1998, zur FLIEGERREVUE), Brunne (1999, zu DER NEUERER); Zimmermann (1992, zu THEORIE UND PRAXIS DER KÖRPERKULTUR und WISSENSCHAFTLICHE ZEITSCHRIFT DER DEUTSCHEN HOCHSCHULE FÜR KÖRPERKULTUR), vgl. des weiteren Walter (1999), Czerwon (1991) und Czerwon/Havemann (1993), die übergreifende Fragen zum natur- und ingenieurwissenschaftlichen Zeitschriftenwesen in der DDR behandeln.

sem musste Zentralität zugewiesen werden. Dem entsprach die fachliche Verteilung der ‚Zentralorgane‘. Zu aller erst sind hier die Geschichtswissenschaften mit der ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT (ZFG)² und die Philosophie mit der DEUTSCHEN ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE (DZPH) zu nennen.³ Beide hatten auch in den 50er Jahren auseinandersetzungreiche Zurichtungen erfahren, die nicht zuletzt darauf verweisen, dass sie keineswegs von vornherein schlichte Verlautbarungsorgane mit unterentwickeltem Eigensinn waren.⁴

In einem Punkt lässt sich an ZFG und DZPH die gewichtigste formale Unterscheidung zwischen verschiedenen ‚Zentralorganen‘ erkennen: Erstere war Leitorgan und übte als solches eine Art Richtlinienkompetenz gegenüber zahlreichen anderen Zeitschriften aus.⁵ Letztere konnte andere Blätter inhaltlich nicht majorisieren, da es weitere philosophische Fachzeitschriften in der DDR nicht gab. In dieser Hinsicht ein Fall wie die ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT war die PÄDAGOGIK,⁶ da sich auch im Bereich der Erziehungswissenschaften in der DDR ein durchaus ausdifferenziertes Feld an Fachjournalen fand – Wigger (1994, 164f.) nennt in einer Kurzübersicht elf pädagogische Zeitschriften, ohne damit Vollständigkeit zu beanspruchen.

Neben den typischen Zentralorganen gab es auch untypische. Der EINHEIT z.B., dem theoretischen Organ der SED, wird mancher nur mit Mühe wissenschaftlichen Charakter zusprechen wollen. Gleichwohl: der Umstand, dass sich die SED-Politik als wissenschaftlich begründet verstand, machte die EINHEIT zum wichtigen Veröffentlichungsorgan für WissenschaftlicherInnen wie zu einer unabdingbaren Zitierquelle (vgl. Lokatis 1999).

Unter der Fragestellung, inwieweit sie ein ‚Zentralorgan‘ gewesen seien, bereits explizit untersucht worden sind die WEIMARER BEITRÄGE. Das Ergebnis der Untersuchung (die sich auf die ersten Erscheinungsjahre 1955 bis 1961 konzentrierte) lautet hier: Einerseits sei eine „relative Monopolstellung und Repräsentativität für den Fachdiskurs“ festzustellen, woran sich auch nichts grundlegendes geändert habe, als 1980 die ZEITSCHRIFT FÜR GERMANISTIK zu erscheinen begann

² dazu detailliert Middell (1999; 1999a) und Sabrow (1999).

³ dazu detailliert Trampe (1994), auch Trampe (1993), der in seiner (unveröffentlichten) Magisterarbeit die DZPH als Modell nimmt, um für die 80er Jahre strukturelle Mechanismen der ideologischen Beeinflussung philosophischer Wissenschaftsentwicklung in der DDR zu untersuchen: Themensetzungen, Artikelzulassungen, Autorenprotektion, ergänzt durch einen Vergleich der Redaktionspolitik mit derjenigen in den 50er und 60er Jahren.

⁴ Vgl. zur ZFG Klein (1999) und Neuhäuser-Wespy (1996 oder 1996a, 46-56); zur DZPH Trampe (1993) und Rauh (1999).

⁵ einige werden unten unter den ‚Peripherieorganen‘ genannt.

⁶ vgl. Drefenstedt (1993) und Wigger (1994).

(Schandera et al. 1997, 261); andererseits könne die Zeitschrift „nicht auf den Nachvollzug von Herrschaftsdiskursen reduziert werden“, die Abhängigkeit von politischen Vorgaben sei vielfältig gebrochen gewesen (ebd., 328).⁷

Der Hinweis auf die ZEITSCHRIFT FÜR GERMANISTIK ist an dieser Stelle auch von Interesse, da diese „auf Beschluß des Sekretariats des ZK der SED und des Ministerrates im Zusammenhang mit dem Beschluß zur Arbeit mit der deutschen Sprache im Ausland als zentrales Publikationsorgan der DDR-Germanistik gegründet“ worden war.⁸ Elf Jahre Erscheinen hatten augenscheinlich nicht genügt, diesen politisch formulierten Anspruch gegen etablierte (und auch im Westen wahrgenommene) Journale wie die WEIMARER BEITRÄGE oder SINN UND FORM durchzusetzen.⁹ Aufschlussreich erscheint an diesem Fall auch, dass noch 1980 wissenschaftliche Zeitschriften „auf Beschluß des Sekretariats des ZK der SED und des Ministerrates“ begründet wurden. Andererseits, so eine Redakteurin, habe sich daraus keine dauerhafte unmittelbare Abhängigkeit ergeben. Im Gegenteil: Die ZEITSCHRIFT FÜR GERMANISTIK sei „kaum (und damit anders als andere Redaktionen) beeinflusst“ worden „von Eingriffe der zuständigen Ministerien, der Humboldt-Universität oder anderer Personen/Einrichtungen“:

„Direktiven seitens des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, dem die Zeitschrift mit unterstellt war, gab es in den letzten Jahren immer weniger: Die Redaktion hatte mit Redaktionsschluß dem verantwortlichen Mitarbeiter eine Kopie des Inhaltsverzeichnisses einzureichen. Wenige Male mußten daraufhin ganze Beiträge zur Einsichtnahme übersandt werden.“ (Kunkel 1990, 36).

In welcher Weise systemüberschreitende Üblichkeiten des Wissenschaftsbetriebs politisch kontaminiert sein konnten, sobald sie in der DDR auftraten, schildert die hier zitierte Redakteurin der ZEITSCHRIFT FÜR GERMANISTIK am Rande auch:

„Es hat ... auch ... Versuche direkter, auch politischer Erpressung gegeben, indem uns z.B. ein älterer Autor, der ein Manuskript über das Sumerische im Vergleich zu anderen germanischen Sprachen eingereicht hatte, damit drohte, er werde die Veteranenkommission des ZK mobilisieren, wenn wir diesen Artikel nicht drucken.“ (Ebd.)

⁷ Vgl. des weiteren zu den WEIMARER BEITRÄGEN Schandera (1999) und Nahke et al. (1999).

⁸ zit. bei Kunkel (1990, 34).

⁹ In diesem Zusammenhang sei auch auf Gallée (1996) aufmerksam gemacht, die einige Kapitel DDR-Zeitschriftengeschichte schreibt, indem sie die Lukács-Rezeption in der DDR unter anderem an Hand der Redaktionsstrategien der DEUTSCHEN ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE, der WEIMARER BEITRÄGE sowie von SINN UND FORM systematisch darstellt und analysiert.

Vergleichsweise zu den WEIMARER BEITRÄGEN und der ZEITSCHRIFT FÜR GERMANISTIK lässt sich die ZEITSCHRIFT FÜR ANGLISTIK UND AMERIKANISTIK betrachten: Sie stand nicht im Zentrum kulturpolitischer Debatten, war aber die einzige DDR-Zeitschrift ihres Faches¹⁰ und insoweit gleichsam automatisch ‚Zentralorgan‘ (vgl. Herbst 1992 und Giovanopoulos 1999).

Gründe für die Situation, dass eine ganze Reihe von Fächern lediglich über eine einzige Zeitschrift verfügte, gab es insbesondere zwei, einen inhaltlichen und einen praktischen. Inhaltlich bestand seinerzeit die offizielle Auffassung, dass auf einheitlicher methodologischer Grundlage – der marxistisch-leninistischen – arbeitende Wissenschaften auch keine konkurrierenden Fachjournale benötigten. Praktisch begründete die permanente Ressourcenknappheit, nicht zuletzt bei Papier und Druckkapazitäten, diesen Zustand. Zu erwähnen ist hier schließlich auch, dass es einzelne Fächer in der DDR gab, die nicht einmal über eine, sondern über keine einzige eigene Fachzeitschrift verfügten (dazu genauer unten bei „Ersatzorgane“).

Peripherieorgane:

Unter diese Kategorie fallen zunächst die Journale, die dem normalen verlags-, buchhandels- und pressevertriebsgebundenen Fachzeitschriftenwesen angehörten, aber keine ‚Zentralorgane‘ waren. In der Geschichtswissenschaft etwa differenzierte sich das Feld aus und folgte dabei möglicherweise dem westdeutschen Vorbild.¹¹ Ein JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE (vgl. Roesler 1999) wurde ebenso gegründet wie eine ZEITSCHRIFT FÜR MILITÄRGESCHICHTE (vgl. Nuß 1998; Diesener 1999). „Man kann das genauso zeigen für die Ausdifferenzierung eines wissenschaftlichen Fachorgans [ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT, p.p.] und eines an die Schullehrer gerichteten Organs wie GESCHICHTSUNTERRICHT UND STAATSBÜRGERKUNDE“:

„Da ging es ... um ... Popularisierung von Geschichtsdiskursen durch akademisch gebildete Autoren. Es gab Texte, die sich als wissenschaftliche Neuerkenntnis präsentierten, und solche, die meist einige Jahre später ein Wissensgebiet für Lehrer versuchten plausibel zu machen als nunmehr etabliertes Wissen.“¹²

Unter Berücksichtigung ihrer gesellschaftlich eher marginalen Bedeutung sind schließlich auch Zeitschriften wie DER BIBLIOTHEKAR den Peripherieorganen zu-

¹⁰ oder, wie manche Fachvertreter gern betonen, ihrer Fächer, da Anglistik und Amerikanistik Ausdifferenzierungen hin zur Eigenständigkeit vollbracht haben.

¹¹ gibt jedenfalls Middell (in Brühl et al. 1999, 463) an.

¹² Ebd. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Rolfes (1990), der die inneren Widersprüche der DDR-Geschichtsmethodik an Hand repräsentativer Publikationen und der Zeitschrift GESCHICHTSUNTERRICHT UND STAATSBÜRGERKUNDE herausarbeitet.

zuordnen. Sie galten offenbar als so randständig, dass noch nicht einmal eine systematische Zensur für nötig gehalten wurde, wie der jahrzehntelange Redakteur des BIBLIOTHEKARS, Franz Hannuth, bezeugt:

„Eine Zensur im klassischen Sinne ... gab es nicht. Wir brauchten unsere Beiträge nirgendwo vorzulegen, um sie abzeichnen zu lassen. Doch gab es eine Selbstzensur. Man überlegte sich, ob man mit bestimmten Formulierungen oder Beiträgen irgendwo anecken könnte. Mir wurde zum Beispiel empfohlen, vor der Veröffentlichung einer Sammelbesprechung von jiddischer Literatur, die in der DDR erschienen war, mich mit dem für Bibliotheken verantwortlichen Mitarbeiter im ZK zu beraten, der mir dann einige Hinweise gab. Das war keine Zensur, sondern wo man Zweifel hatte, hat man eben versucht, sich der Zustimmung höherer Instanzen zu versichern.“ (Hannuth 1998, 43)

Aus anderen Gründen kann die SOWJETWISSENSCHAFT/GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE als Peripherieorgan gelten: Sie veröffentlichte deutsche Übersetzungen sowjetischer Fachtexte, und diese stießen erst mit Beginn der Perestrojka in der Sowjetunion auf breiteres Leserinteresse in der DDR (vgl. Damaschun et al. 1993; 1999).

Schließlich können an dieser Stelle die WISSENSCHAFTLICHEN ZEITSCHRIFTEN nicht unerwähnt bleiben. Jede Hochschule in der DDR unterhielt eine solche „WZ“, die größeren Hochschulen in zwei Reihen, einer gesellschaftswissenschaftlichen und einer mathematisch-naturwissenschaftlichen. Diese Journale hatten vorrangig die Funktion, die generell beschränkten Publikationsmöglichkeiten in der DDR zu erweitern. Die WZ produzierten auch Themenhefte, wobei immer darauf geachtet wurde, dass die Autoren möglichst aus der eigenen Hochschule kommen. Dabei konnte es durchaus auch zu inhaltlichen Überraschungen kommen – etwa wenn 1981 und 1988 in Leipzig auch einmal die Theologische Fakultät an der Reihe war, ein Heft der WISSENSCHAFTLICHEN ZEITSCHRIFT DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT LEIPZIG. GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE REIHE zu gestalten.¹³

Manfred Rochlitz, seinerzeit Soziologe an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden (HfV), schildert seine Bemühungen, die WISSENSCHAFTLICHE ZEITSCHRIFT der HfV zu nutzen, um der Studentenforschung am Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig Präsentationsmöglichkeiten ihrer Ergebnisse zu erschließen:

„Die Mitarbeiter des ZIJ waren ja in ihren Publikationsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Ich vereinbarte daher mit dem für solche Aktionen sehr aufgeschlosse-

¹³ „Vom Weltbezug des Glaubens. Aus der Arbeit der Sektion Theologie der Karl-Marx-Universität (=Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Ges.- u. Sprachwiss. R., 30 [1981] 6)“; „Kirche. Gegenstand des Glaubens und soziale Gestalt (=Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch.-wiss. R., 37 [1988] 1)“.

nen Chefredakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift unserer Hochschule, nicht nur spezielle Beiträge in der Zeitschrift zu veröffentlichen, sondern die Herausgabe von ganzen Sonderheften zur Jugend- und Studentenforschung zu ermöglichen. Diese Sonderhefte unterlagen keiner politischen Begutachtung durch zentrale Stellen, dies nutzten wir, um Ergebnisse unterzubringen, die anderswo nicht publiziert werden konnten. Einige dieser Sonderhefte gehören m.E. zu den besten und kritischsten Verlautbarungen der Studentenforschung in der DDR ...“ (Rochlitz 1999, 553)

Die wissenschaftlichen Zeitschriften waren also offenkundig einem geringeren zentralen Zugriff ausgesetzt als andere Fachzeitschriften. Man verließ sich darauf, dass die herausgebenden Hochschulleitungen hinreichendes „politisches Verantwortungsbewusstsein“ besaßen – eine Erwartung, die in der Regel auch erfüllt wurde.

Ersatzorgane:

Einzelne Fächer in der DDR verfügten, wie oben bereits erwähnt, über keine eigene Fachzeitschrift. Das betraf bspw. die Soziologie und die Kunstgeschichte. Die entsprechenden Fachvertreter mussten daher auf Organe ausweichen, die eigentlich andere Zielgruppen hatten: die Kunsthistoriker etwa auf die BILDENDE KUNST (vgl. Vierneisel 1999; Frank 1999), die ARCHITEKTUR (vgl. Flierl 1999), die Design-Zeitschrift FORM+ZWECK (vgl. Petruschat 1999) oder auch die Zeitschrift FARBE + RAUM – letztere ursprünglich ein Periodikum, das sich an Spezialisten für Farben und Lacke richtete, sich aber unter der Leitung ihres letzten Chefredakteurs Wolfgang Kil zunehmend ästhetischen Fragestellungen in weiterem Sinne öffnete (vgl. Kil 1999).

Wo die DDR-Soziologen ersatzweise veröffentlicht hatten, ist in einem „Verzeichnis von für die soziologische Forschung und Lehre relevanten Zeitschriften in die DDR“ bei Best (1992, 307-310) zusammengestellt. Für die in der DDR betriebene Osteuropaforschung und deren (z.T. interne) „Informationsmittel“ findet sich ein ähnliches Verzeichnis bei Crome/Franzke (1991, 45-48).

„Interne“ Zeitschriften und Quasi-Zeitschriften:

„Interne“ Zeitschriften waren Publikationsorgane, die nur beschränkt öffentlich oder gänzlich unöffentlich waren. Dies konnte die Zugänglichkeit betreffen – d.h. dass sie nicht frei abonnierbar waren, sondern nur an ausgewählte Interessenten verteilt wurden –; es konnte aber auch meinen, dass lediglich keine Anstrengungen unternommen wurden, um die Zeitschrift bekannt zu machen. Ersteres traf bspw. auf KURZINFORMATION REKTOREN, INFORMATION LEITENDER KADER, herausgegeben vom Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin, zu: Sie trugen den Vermerk „Nur für den Dienstgebrauch“ – NfD, die niedrigste Geheimhaltungsstufe in der

DDR –, was auf Seite 1 noch ein wenig präzisiert wurde: „Nur zur Nutzung für leitende Kader der Hochschule“. Letzteres galt für die INFORMATIONSBULLETINS und THEMATISCHE INFORMATION UND DOKUMENTATION, wie sie in mehreren Reihen von der Akademie für Gesellschaftswissenschaft beim ZK der SED herausgegeben wurden – etwa das INFORMATIONSBULLETIN WISSENSCHAFTLICHER SOZIALISMUS oder die THEMATISCHE INFORMATION UND DOKUMENTATION REIHE A ANALYTISCH-SYNTHETISCHE INFORMATIONEN.

Mit diesen mehr oder weniger internen Schriften ist auch bereits berührt, was hier als ‚Quasi-Zeitschriften‘ charakterisiert werden soll: Zahlreiche Publikationen erschienen nummeriert, aber nicht regelmäßig, waren also im eigentlichen Sinne keine Periodika; andere erschienen zwar mit periodischer Konstanz, verzichteten aber auf Durchnummerierung und andere zeitschriftentypische Kennzeichen.

Man kann dies exemplarisch für das Publikationsgeschehen in einem Forschungsfeld illustrieren, z.B. die Forschung über Hochschulen. In der DDR hatte das hochschulforscherische Zeitschriftenwesen aus einem Monatsjournal – DAS HOCHSCHULWESEN – und einigen Schriftenreihen bestanden. Die Schriftenreihen wurden von den hochschulpädagogischen Bereichen an den Hochschulen unterhalten (etwa die ROSTOCKER BEITRÄGE ZUR HOCH- UND FACHSCHULPÄDAGOGIK) bzw. vom Zentralinstitut für Hochschulbildung herausgegeben (STUDIEN ZUR HOCHSCHULENTWICKLUNG, BERICHTE UND INFORMATIONEN ZUR HOCHSCHULENTWICKLUNG sowie die oben bereits erwähnten KURZINFORMATION REKTOREN. INFORMATION LEITENDER KADER), oder sie waren Gemeinschaftsprojekte verschiedener Einrichtungen, so die Reihe HOCHSCHULBILDUNG HEUTE beim Deutschen Verlag der Wissenschaften. Die Schriftenreihen fungierten aber nicht nur als publizistische Dächer, um institutionelle Erkennbarkeiten zu sichern, sondern waren auch der in der DDR naheliegendste Weg, mehr oder weniger regelmäßige Veröffentlichungsmöglichkeiten über die einzige existierende Zeitschrift hinaus zu erschließen.¹⁴

Ein vergleichbarer Fall waren die BEITRÄGE ZUR FILM- UND FERNSEHWISSENSCHAFT. „Wir hatten“, so beschreibt deren Redakteur Peter Hoff (1999, 412) den Charakter seiner Schriftenreihe, „darauf zu achten, daß wir uns nicht selbst zur ‚Zeitschrift‘ machten, denn damit hätte sich das Unterstellungsverhältnis unseres ‚Organs‘ geändert.“ Die BEITRÄGE ZUR FILM- UND FERNSEHWISSENSCHAFT hatten eine Redaktion und Abonnenten, und sie erschienen zwar nicht periodisch, aber doch fortlaufend, wobei die gewisse Unregelmäßigkeit mehr technischen Schwierigkeiten geschuldet gewesen sei. Dennoch waren sie keine Zeitschrift, sondern firmierten als Publikationsreihe:

¹⁴ mdl. Auskunft Prof. Gertraude Buck-Bechler, Mai 2000.

„Das war wichtig zu betonen, bewahrte uns diese Charakterisierung doch vor einigen Repressionen.¹⁵ Die Reihe war nicht der direkten Zensurierung durch die entsprechenden Staats- und Parteiorgane der DDR ausgesetzt, der Chefredakteur veranlaßte selbst mit Stempel und Unterschrift die jeweilige Druckfreigabe. Das war in der DDR keineswegs die Regel“ (ebd., 413).

Und um noch ein drittes Beispiel zu nennen: 1986 hatte die Lutherhalle Wittenberg im Selbstverlag begonnen, eine SCHRIFTENREIHE DER STAATLICHEN LUTHERHALLE WITTENBERG herauszubringen. Die Lutherhalle – Museum ebenso wie Archiv und Forschungseinrichtung – war institutionell problematisch verankert zwischen ihrer offiziellen Benennung als „Staatliche Lutherhalle“, kommunaler Trägerschaft und schützender Aufmerksamkeit seitens der evangelischen Kirchen. Ziel der Schriftenreihe war es, eine verstetigte Veröffentlichungsmöglichkeit für die eigenen Forschungsergebnisse zu schaffen, und dies möglichst unter Umgehung der Zensur. Beides gelang tatsächlich: „Bis auf geringfügige Änderungen konnte die Schriftenreihe zensurfrei erscheinen.“ (Treu 1993, 129) Zudem wurde die Autorenschaft prinzipiell auf die Angehörigen der Lutherhalle selbst beschränkt: „damit sollte verhindert werden, nicht zu verantwortende politische Fremdbeiträge aufnehmen zu müssen“ (ebd.). Derart konnten zwischen 1984 und 1989 fünf Hefte herausgebracht werden – vermutlich das einzige kirchengeschichtliche (Quasi-)Periodikum in der DDR, das nicht in kirchlicher Verantwortung (und schützender Obhut) erschien.

Nischenblätter und historische Unangreifbarkeiten:

Nischenblätter waren vor allzu großen politischen Zudringlichkeiten meist dadurch geschützt, dass das jeweilige Terrain, auf dem sie operierten, als abseitig galt. Allzu hohe Kontrollkosten galten den Medienverantwortlichen daher als unverhältnismäßig zum erzielbaren Kontrolleffekt.

Ein Beispiel ist der PHILOGUS, der als Nischenorgan einer Nischendisziplin die DDR überlebt hat. Er zeichnete sich unter anderem dadurch aus, dass er kontinuierlich auch Manuskripte westdeutscher Autoren veröffentlichte. Der Hintergrund ist aufschlussreich: Weil die Anzahl der inländischen Altphilologen über die DDR-Jahrzehnte hin abnahm, war die Zeitschrift durchgehend bis 1989 auf Manuskripte aus dem Ausland, u.a. der Bundesrepublik, angewiesen: „Zu keinem Zeitpunkt gingen bei der Redaktion ... genügend Manuskripte von DDR-Autoren ein, um die Hefte der Zeitschrift zu füllen.“ (Schmidt 1997, 89; vgl. auch Schmidt 1996)

¹⁵ mit denen auch die BEITRÄGE, damals noch als FILM-WISSENSCHAFTLICHE MITTEILUNGEN, ihre Erfahrungen hatten: vgl. Baumert (1991).

Dem PHILOGUS vergleichbare Fälle waren die FONTANE-BLÄTTER, hrsg. vom in Potsdam ansässigen Fontane-Archiv (vgl. Göbel 1995; Biener 1995), das BACH-JAHRBUCH (vgl. Schulze 1995), das GOETHE-JAHRBUCH oder die ALTORIENTALISCHEN FORSCHUNGEN.

Einige der Nischenblätter bezogen beträchtliche inhaltliche Freiheit auch daraus, dass sie aus historischen Gründen – auf Grund ihres weit vor der DDR einsetzenden Erscheinen und ihrer fachgeschichtlichen Rolle – als unangreifbar galten. Kähler (1998) macht darauf aufmerksam, dass das von Schmidt (1997) für den PHILOGUS in Anspruch genommene Muster, von der „Unterwerfung unter die kommunistische Ideologie“ „weit ab“ zu gestanden zu haben, auch für eine Reihe weiterer Zeitschriften gegolten habe. Kähler nennt ohne Vollständigkeitsanspruch, neben einigen bereits erwähnten Journalen, die ZEITSCHRIFT FÜR ÄGYPTISCHE SPRACHE UND ALTERTUMSKUNDE (seit 1863), die ORIENTALISTISCHE LITERATURZEITUNG (seit 1898; vgl. Walravens 1994) und die DEUTSCHE LITERATURZEITUNG FÜR DIE KRITIK DER INTERNATIONALEN WISSENSCHAFT (1880-1993).

Diese Zeitschriften sollten ihre bereits vorhandene Reputation erhalten, um entweder das Selbstverständnis der DDR als Kulturstaat auch nach außen hin deutlich werden zu lassen, oder schlicht um Ärger zu vermeiden. Letzteres betraf z.B. die THEOLOGISCHE LITERATURZEITUNG. Obgleich auch sie nicht gänzlich ohne Anfechtungen durch die DDR gelangt ist (vgl. Bräuer 1994; 1999), konnte sie doch weitgehend unbeeinträchtigt ihre traditionelle Funktion wahrnehmen: die eines Rezensionsorgans für den gesamten deutschen Sprachraum.

Die theologischen Zeitschriften waren naturgemäß ein Sonderfall für die DDR. Trotz deren ideologischen Selbstverständnisses als atheistischer Weltanschauungsstaat gab es eine staatlich alimentierte akademische Theologie an sechs Universitäten und daneben mehrere zwar nicht geförderte, aber geduldete kirchliche Hochschulen (vgl. Pasternack 1996). Folglich musste auch ein entsprechendes akademisches Publikationswesen toleriert werden.

Gleichwohl blieben Versuche der Einflussnahme nicht aus, wie etwa Junghans (1993/94) für die HERBERGEN DER CHRISTENHEIT, das einzige territorialkirchengeschichtlichen Periodikum in der DDR, schildert. Das seit 1958 bei St. Benno in Leipzig erscheinende THEOLOGISCHE JAHRBUCH nutzte sein erstmaliges zensurfrees Erscheinen im Jahre 1991, um die Veröffentlichung von Beiträgen nachzuholen, die zwischen 1973 und 1988 staatlicherseits abgelehnt worden waren (Ernst et al. 1992); Kokschal (1992) erläutert dabei in einem Einleitungsbeitrag die seinerzeitigen Ablehnungsgründe und die Mechanismen der Zensur. Ähnliche zeitschriftenhistorische Aufarbeitungen wurden unterdessen auch für DIE ZEICHEN DER ZEIT (Kaminski 1990; Blauert 1995; Bulisch 1999) und den STANDPUNKT vorgelegt,

letztere eine Monatsschrift, die auch theologische Fachartikel publizierte, doch im wesentlichen ein CDU-nahes Organ der politischen Publizistik war (vgl. Wirth 1996; 1999).

Nicht vergessen werden soll in diesem Kontext auch der Paria der theologischen Zeitschriftenfamilie, die radikalkommunistisch-christlichen WEISSENSEER BLÄTTER – ein Unikum insofern, als sie vermutlich die einzige Zeitschrift in der DDR waren, welche die herrschende SED von links kritisierte (vgl. Henkys 1994; Müller 1999¹⁶):

„So haben die WBl von Anfang an vorsätzlich heiße Eisen angefaßt. Das begann damit, daß sie, was sonst niemand wagte, die ‚Dissidentenfrage‘ nicht zwecks Förderung der Konterrevolution sondern zwecks Verteidigung des Sozialismus zum Thema machten und dabei sogar eine heilige Kuh wie Stephan Hermlin angriffen ... Ebenso griffen sie ... die ‚Religionsfrage‘ auf, die nun nicht zufällig ... im ganzen sozialistischen Lager aufbrach, als Fehlleistungen in der sozialistischen Planwirtschaft Zweifel weckten, ob der Mensch nicht nur zu denken, sondern auch zu lenken vermöge, und so religiöse Geschichtsdeutungen – von Theologen als ‚Kontingenzbewältigung‘ angeboten – wieder aufleben ließen.“ (Müller-Streisand 2000, 11)

So ungewöhnlich wie die WEISSENSEER BLÄTTER innerhalb der theologischen Zeitschriften, so erstaunlich war auch die Existenz eines anderen Blattes, das in der Provinz des notorischen Widerparts der Theologie entstand: Die akademische Samisdat-Publikation SEMINARUM war seit 1985 an der Leipziger Universitäts-Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie erschienen, initiiert und redaktionell betreut von einigen jüngeren WissenschaftlerInnen und Studierenden und in einer Auflage von 99 Exemplaren hektographiert.¹⁷ Nach Auskunft von Klaus-Dieter Eichler (1996, 687) war hierfür „eine offizielle Druck- und Vertriebslaubnis nicht erteilt“ worden. Daraufhin wurde der Ausweg gefunden, den Umstand auszunutzen, dass für Druckerzeugnisse, die an staatlichen Einrichtungen in einer Auflage unter 100 Exemplaren erschienen, in der DDR keine offizielle Druckgenehmigung erforderlich war. Inhaltlich war das Anliegen „ein vorwiegend hermeneutisches: Texte zu interpretieren, Texte anders zu lesen“, „die Dinge etwas gegen den Strich zu lesen“, und „wir wollten unsere philosophischen Gedanken an dem überprüfen, was damals Zeitgeist war oder dafür gehalten wurde“ (Caysa/Eichler 1993, 7).

Das für DDR-Verhältnisse Unerhörte dieser Zeitschriftengründung erschließt sich erst, wenn man sich vergegenwärtigt, wie sich das Publizieren in offiziellen Organen vollzog. Guntolf Herzberg schildert dies plastisch für die DEUTSCHE ZEIT-

¹⁶ Über 50 ausgewählte Beiträge aus zehn Jahrgängen der Zeitschrift sind in dem Band „Wider die Resignation der Linken...“ (1994) dokumentiert.

¹⁷ Vgl. das bibliographische Komplettverzeichnis Seminarum (1993).

SCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE, also die Zeitschrift, in welche die SEMINARUM-AutorInnen gleichsam ‚hingehört‘ hätten:

„... die meisten druckreifen Beiträge haben erst gar nicht das Akademieinstitut, an dem ich arbeitete, verlassen können – sie haben die zahlreichen internen Hürden nicht genommen. Artikel und Rezensionen sind in der Regel erst in der Arbeitsgruppe besprochen, dann im günstigsten Falle dem Arbeitsgruppenleiter vorgelegt worden, der ihn verändern, zurückbehalten oder weiterleiten konnte. Dasselbe noch einmal beim Bereichsleiter, in schwierigeren Fällen mußte der schon konform gemachte Text noch vom Institutsdirektor genehmigt werden (der im Zweifelsfalle bei der Abteilung Wissenschaft des ZK anrief). Dann ging der so abgesegnete und passförmige Beitrag an die Redaktion, die zu jedem Artikel ein bis zwei Gutachten anforderte. Schließlich haftete der Chefredakteur mit seinem Kopf (lies: mit seinem Posten) für die ideologische Reinheit (und geistige Leere) seines Blattes. Der Autor des Beitrages war auf diese Weise zumeist abgesichert, er war – und das bereitete allerdings wenig intellektuelle Freude – für den Inhalt nicht mehr verantwortlich. Eine Nachzensur war auf diese Weise überflüssig. Das Ergebnis jenes Weges war beeindruckend: über lange Jahre keine ‚Fälle‘, wenig Ärger mit dem ZK.“ (Herzberg in Brühl et al. 1999, 458)

Randbemerkung: Organe der DDR-Bürgerbewegung:

Wird von der gesellschaftlichen Funktion wissenschaftlicher Debatten oder einer eingreifenden Funktion der Intellektuellen ausgegangen, dann muss auch nach etwaigen außerakademischen Wirkungen von wissenschaftlichen Zeitschriften gefragt werden. Wird danach gefragt, erinnert man sich sogleich an diverse historische Beispiele und beginnt, nach den Entsprechungen in der DDR zu suchen, die sich den Transfer akademischen Wissens in politisches Meinen zur Aufgabe gemacht haben. Sehr schnell ist jedoch zu entdecken, dass dies dort weithin auseinander fiel. Diejenigen, die über das akademische Wissen verfügten, bemühten sich im besten Fall um wohlervogen dosierte Übersetzungen in kritisch verstehbare Anmerkungen. Diejenigen, bei denen kein Mangel an Kritik herrschte, hatten zum großen Teil einen nur unzureichenden Zugang zu wissenschaftlichem Wissen. Dafür gab es Ursachen: „Die Befehlsausgabe lautete dahin, künftige Abweichler zu sichten und auszustoßen, *bevor* sie ihre ‚Alternative‘ verfaßt hatten ... Mit der Folge, daß der DDR-Dissident der achtziger Jahre politisch von sich reden machte, *ehe* er sich einen Namen als Philosoph, Wissenschaftler ... erwerben konnte“, beschreibt Wolfgang Engler (1993) das dahinter stehende Problem.

Die Fragmentierung der Landschaft zugleich meinungsbildender und intellektuell anspruchsvoller Zeitschriften in der DDR spiegelt diese Situation. Sie kommt insbesondere darin zum Ausdruck, dass es zwar eine erstaunlich lebendige Szenerie staatsunabhängiger Zeitschriften gab, kaum eine davon jedoch dem akademischen Milieu zugerechnet werden konnte. Immerhin aber waren im Laufe der 80er Jahre

über vierzig inoffizielle literarische Zeitschriften und Hefteditionen sowie ein Dutzend politischer Zeitschriften entstanden (Michael 1991, 41).¹⁸

Für letztere können hier exemplarisch die zur Legende gewordenen Ost-Berliner UMWELTBLÄTTER (vgl. Rüdtenklau 1992) und KONTEXT (vgl. Alles ist im untergrund obenauf 1990) genannt werden. Neben diesen Zeitschriften, die mit dem dezidierten Anspruch politischer Aufklärung auftraten und als Materialien „nur für den innerkirchlichen Gebrauch“ erschienen, gab es eine Reihe künstlerisch-literarischer Zeitschriften, die im DDR-Samisdat entstanden.¹⁹ Diese verzichteten teils sogar auf den kirchlichen Schutz.

In bezug auf den ansonsten kaum gegebenen Zusammenhang zwischen diesen Zeitschriften und der wissenschaftlichen Öffentlichkeit in der DDR ist noch eine Marginalie bemerkenswert: Obgleich die Samisdat-Publikationen nach DDR-Recht entweder illegal erschienen oder – soweit sie innerkirchlich verlegt wurden – zwar nicht illegal waren, aber subversive Inhalte verbreiteten, gab es am Ende der DDR doch Bibliotheken, die sich um die Sammlung der Zeitschriften bemühten. Das professionelle bibliothekarische Interesse wog offenbar schwerer als die Staatsloyalität. Uwe Warnke, Herausgeber der Künstlerzeitschrift ENTWERTER/ODER, schildert den seinerzeitigen Vorgang so:

„In der zweiten Hälfte der 80er erreichte mich durch die Vermittlung des in Dresden lebenden Künstlers Micha Brendel, der Usw. herausgab, ein Angebot der Sächsischen Landesbibliothek Dresden, regelmäßig ein Exemplar von ENTWERTER/ODER an sie zu verkaufen. Man bot 150 Mark. Es sprach sich schnell herum, dass dieses Angebot nicht nur an uns ergangen war. Mit der Bedingung, die Ausgaben auch einem interessierten Publikum dort zugänglich zu machen, hatten alle einem solchen Verkauf zugestimmt. Auch die Bibliothek hatte ein gewisses Misstrauen in den Service der Deutschen Post, so dass uns angeboten wurde, unsere Sendungen dem wöchentlich nach Dresden fahrenden Kurier der Akademie der Wissenschaften und der Staatsbibliothek Ostberlins zu hinterlegen.“ (Warnke 2000, 4)

Nur mit der gestellten Bedingung, die neuen Sammlungsstücke auch öffentlich zugänglich zu machen, gab es Schwierigkeiten: „Lag dies am subversiven Gehalt oder, wie sich eine Mitarbeiterin einmal ausdrückte, daran, dass die Ausgaben ja schon beim bloßen Ansehen auseinanderfallen würden und damit eines Schutzes

¹⁸ vgl. zu DDR-Samisdat-Zeitschriften desweiteren Hesse/Tannert (1990), Henkel/Russ (1991), Michael (1991; 1992; 1993), Michael/Wohlfahrt (1992), Günther (1992), Eckart (1993), Grunenberg (1993), Poumet (1996), Drücke (1998), Knabe (1998), Eckert (1999), Mix (1999). Zu ergänzen wären Dokumentationen, die bereits vor 1989 in der Bundesrepublik zum Thema erschienen waren.

¹⁹ Vgl. die bibliografischen Dokumentationen Henkel/Russ (1991) sowie Bestandskatalog der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (1993).

bedurften?“ (Ebd.) Inzwischen jedenfalls wird im Rahmen eines DFG-Projekts die derart entstandene Sammlung – 26 Titel mit insgesamt ca. 10.000 Seiten – digitalisiert und soll demnächst auf CD-ROM erhältlich sein (Bäumel 1999).²⁰

2. Ostdeutsche Zeitschriften nach 1989

1989/90 fanden sich die ostdeutschen Zeitschriften über Nacht in einen deutsch-deutschen Marktzusammenhang gestellt, der sich nicht gerade durch großflächige Leerstellen auszeichnete. Das traf die wissenschaftlichen Zeitschriften naturgemäß stärker als sonstige Druckerzeugnisse. Sie durften, anders als populäre Journale, nicht auf einen anhaltenden Bonus beim Ostpublikum rechnen; Wissenschaft läßt sich schließlich nicht dauerhaft auf einen Regionalbezug begrenzen. Überdies wurde das angestammte akademische Ostpublikum reihenweise aus den Beschäftigungsverhältnissen katapultiert, in denen die Lektüre wissenschaftlicher Zeitschriften angenehme Last ist. Wie konnte mit dieser Situation umgegangen werden, und wie wurde mit ihr umgegangen?

2.1. Systematisierung

Die gravierendste Marktwirtschaftserfahrung war für die meisten ostdeutschen Fachzeitschriften zunächst der Verlust der Leser oder – was insbesondere bei SED-gebundenen Organen nicht immer zusammen fiel – der Abonnenten. Infolgedessen stellten ostdeutsche Fachjournale reihenweise ihr Erscheinen ein – *Fallgruppe 1*. Zu nennen wären bspw. die Zeitschrift WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, zugleich typische Vertreterin der oben beschriebenen ‚Zentralorgane‘.

Ein anderes Beispiel für eingestellte Periodika ist die Zeitschrift MILITÄRGESCHICHTE, die sich 1990 mit einer bizarr anmutenden Begründungsschleife von ihren Lesern verabschiedete: „Historische Wahrheit durfte“, so resümierte die Redaktion die damals jüngsten Entwicklungen,

„nicht mehr als das Monopol einer Partei verstanden werden, sondern ... dem pluralistischen Wettstreit der Meinungen und Ideen entspringen ... Nun sind mit dem 3. Oktober die Würfel gefallen. Im geeinten Deutschland wird es nur eine militär-

²⁰ Neben der Sächsischen Landesbibliothek Dresden hatten sich folgende Einrichtungen darum bemüht, die DDR-Samisdats-Zeitschriften zu sammeln: Deutsche Bücherei Leipzig, Deutsches Literaturarchiv Marbach, Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a.M., Klingspor-Museum Offenbach und Osteuropasammlung der Universität Bremen, so dass dort heute entsprechende Bestände vorliegen. Zu weiteren Zugangsmöglichkeiten vgl. Knabe (1997).

historische Fachzeitschrift geben, nämlich die vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg/Breisgau herausgegebenen ‚Militärgeschichtlichen Mitteilungen‘. ‚Militärgeschichte‘ räumt damit den badischen Kollegen ohne Gram und Groll das Feld und wünscht ihrem ... anspruchsvollen Wissenschaftsjournal auch in den neuen deutschen Bundesländern vollen Erfolg.“²¹

Die Redaktion der MILITÄRGESCHICHTE begann also ihren Abschied von der Leserschaft mit einem monopolkritischen Bekenntnis zum pluralistischen Wettstreit und beendete ihn in der Überzeugung, dass eine einzige Fachzeitschrift ausreichend sei – ein bemerkenswertes Wettbewerbsverständnis.

Aber auch Organe ganz anderer Provenienz waren gleichermaßen betroffen. So musste die SCHRIFTENREIHE DER STAATLICHEN LUTHERHALLE WITTENBERG nach dem politischen Umbruch „wegen mangelnder Rentabilität und geringem Käuferinteresse“ eingestellt werden“: 1991 lagen z.B. von den ursprünglich 3000 Stück des Heftes 2 (1986) noch ca. 1.900 Exemplare unverkauft in der Lutherhalle (Treu 1993, 135).

Einige der Zeitschriften, die anlässlich des DDR-Endes ihr Erscheinen einstellen, verabschiedeten sich mit verdienstvollen Registerbänden; so LATEINAMERIKA, herausgegeben von der (dann abgewickelten) Sektion Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock (Mnich/Kraetsch 1990), und die SOWJETWISSENSCHAFT/GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE (Damaschun/Noack/Schubert 1993). Auch SEMINARUM ist komplett bibliographisch dokumentiert worden (Seminarum 1993). Für die Zeitschriften THEORIE UND PRAXIS DER KÖRPERKULTUR und WISSENSCHAFTLICHE ZEITSCHRIFT DER DEUTSCHEN HOCHSCHULE FÜR KÖRPERKULTUR wurde eine abschließende Bibliographie an der Gesamthochschule Kassel geleistet (Zimmermann 1992).

Neben den verblichenen gibt es aber auch eine Anzahl solcher Zeitschriften, die aus der DDR kamen und nach mehr oder weniger großen Turbulenzen wieder erfolgreich durchzustarten vermochten – *Fallgruppe 2*. In der Regel verband sich der Neustart mit einem veränderten Konzept und Herausbergremium. Hier können exemplarisch ASIEN, AFRIKA, LATEINAMERIKA (AALA) (vgl. Robbe 1997), GEORGICA,²² die ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT (vgl. Middell 1997), das JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE (vgl. Vorwort 1992/1; Grabas 1991;

²¹ Redaktion: [Editorial], in: *Militärgeschichte* 6/1990, S. 515.

²² seit 1978 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von dem Kaukasiologen Heinz Fähnrich herausgegeben, nach Wegfall der staatlichen Zuschüsse („Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft in der ehemaligen DDR im Sommer 1990 erklärte sich die Universität Jena außerstande, die Zeitschrift in ihrer hauseigenen Verlagsabteilung weiterzuführen“; Universitätsverlag Konstanz 1991) vom Universitätsverlag Konstanz übernommen; Fähnrich ist weiterhin verantwortlicher Herausgeber.

Feldenkirchen 1991) oder die DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE (vgl. Dammaschke 1997; Schenuit 1997) genannt werden. Auch im erziehungswissenschaftlichen Feld wurde eine ganze Reihe von früheren DDR-Zeitschriften fortgeführt, wobei deren ursprüngliche Herkunft heute kaum mehr erkennbar ist. Insbesondere durch die teilweise Übernahme des DDR-Verlages Volk und Wissen durch den Luchterhand-Verlag war die Fortführung zahlreicher Periodika ebenso gesichert worden, wie diese Übernahme eine exogene Neubestimmung von Konzept, Themen und Autoren verursachte.²³

Einige wenige Zeitschriften hingegen wurden nur marginal von den deutsch-deutschen Entwicklungen berührt – *Fallgruppe 3*. Das betrifft etwa den PHILOLOGUS, die FONTANE-BLÄTTER oder die THEOLOGISCHE LITERATURZEITUNG.

Der PHILOLOGUS vermochte seinen Nimbus als Nischenorgan, das durch die gesamte DDR hin den Kontakt zur westdeutschen Fachgemeinde gehalten hatte, ins Überleben umzumünzen (vgl. Schmidt 1997, 95f.). Die FONTANE-BLÄTTER, hrsg. vom in Potsdam ansässigen Fontane-Archiv, waren zwar nach 1989 mit den Turbulenzen des Archivs zeitweilig gefährdet; ansonsten aber bot ihnen ihr Gegenstand Schutz vor darüber hinaus gehenden Infragestellungen. Die Funktion der THEOLOGISCHEN LITERATURZEITUNG war auch in der DDR weitgehend unbeeinträchtigt erfüllt worden und infolgedessen für die evangelische Theologie nicht durch eine andere Zeitschrift übernommen worden. Daher konnte die ThLZ das fortsetzen, was sie immer getan hatte: Rezensionsorgan für den gesamten deutschen Sprachraum zu sein.

Im übrigen hat die relativ kleine Familie der in der DDR erscheinenden theologischen Zeitschriften fast vollständig den Systemwandel 1989ff. überstanden (vgl. Junghans 1993/94; Kaminski 1990; Blauert 1995). Nicht überlebt haben hier Journale wie der STANDPUNKT, der ein (Ost-)CDU-nahes Organ war (vgl. Wirth 1996; 1999), oder das bei St. Benno in Leipzig erschienene THEOLOGISCHE JAHRBUCH, welches sich vornehmlich der Verbreitung wichtiger Fachbeiträge aus dem (westlichen) Ausland in der DDR widmete – eine Funktion, die dann selbstredend obsolet war.

Im weiteren nutzten nach 1989 einige Enthusiasten die Offenheit der Strukturen, um etwas zu tun, das in der DDR so nicht möglich gewesen wäre: Sie gründeten Zeitschriften. Dann passierte zweierlei: Die einen plazierten die jeweilige Neu-

²³ Wigger (1994, 163-165) nannte 1994 in einer (keinen Vollständigkeitsanspruch erhebenden) Übersicht elf pädagogische DDR-Zeitschriften, von denen noch neun erscheinen, wenn auch vielfach unter neuem Namen. Aus dem vormaligen ‚Zentralorgan‘ der DDR-Pädagogik, der Zeitschrift PÄDAGOGIK, wurde 1990 die Zeitschrift PÄDAGOGIK UND SCHULALLTAG. Dieser Wandel ist hinsichtlich seiner Spiegelung in der inhaltlichen Gestaltung ausführlich analysiert bei Eichler/Uhlig (1996).

gründung erfolgreich am Markt (*Fallgruppe 4*), und die anderen verschafften sich eine Erfahrung des Scheiterns (*Fallgruppe 5*).

Erfolgreiche Neugründungen sind z.B. das BERLINER JOURNAL FÜR SOZIOLOGIE (vgl. Meyer 1997), BERLINER DEBATTE INITIAL (vgl. Crome/Kirschner 1997), UTOPIE KREATIV (vgl. Adolphi 1997), WELTTRENDS (vgl. Schwarz 1994; Crome 1997), COMPARATIV (vgl. Schmidt-Gernig 1998), GRENZGÄNGE (vgl. Höpel 1997), BISS PUBLIC (vgl. Reißig 1991) oder HOCHSCHULE OST²⁴.

Für die zwischenzeitlich nicht mehr erscheinenden Neugründungen können exemplarisch zwei Titel genannt werden: Vom JAHRBUCH FÜR SYSTEMATISCHE PHILOSOPHIE, hrsg. von der Gesellschaft für theoretische Philosophie e.V., erschien – 1992 bei LIT, Münster/Hamburg – nur ein Band. Die in Leipzig herausgegebene KULTUR UND KRITIK. ZEITSCHRIFT DER LEIPZIGER GESELLSCHAFT FÜR PHILOSOPHIE UND KULTUR (vgl. Caysa/Eichler 1993), verlegt im Forum Verlag Leipzig 1990-1994, verdient auch deshalb Erwähnung, weil sie die Nachfolgerin einer Ungeöhnlichkeit war: Sie setzte die oben erwähnte akademische Samisdat-Publikation SEMINARUM fort, die 1985-1989 in Leipzig erschienen war.

Sodann gab es auch die eine und andere Zeitschriften-Wiedergründung nach zwischenzeitlicher Einstellung – *Fallgruppe 6*. Hier lassen sich exemplarisch drei Titel nennen: die BERLINER DIALOG-HEFTE (BDH), hrsg. von der Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs e.V., Berlin, die BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG (BZG) (vgl. Zimmermann 1997) oder die 1992 wiederbelebten NAMENKUNDLICHEN INFORMATIONEN, herausgegeben von den Onomastikern an der Leipziger Universität (vgl. Eichler/Walther 1992).

Schließlich gab es auch einzelne ost-west-deutsche Zeitschriftenfusionen – *Fallgruppe 7*. Ein Beispiel dafür ist DAS HOCHSCHULWESEN, früher herausgegeben vom DDR-Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und dann fusioniert mit der Zeitschrift HOCHSCHULAUSSCHULE, dem Organ der vormals westdeutschen Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik (AHD) (vgl. Webler 1997).

Es lassen sich also sieben Fallgruppen identifizieren, wenn die ostdeutschen Zeitschriften hinsichtlich ihrer nach-1989er Schicksale gruppiert werden: 1. eingestellt; 2. nach Turbulenzen wieder erfolgreich durchgestartet; 3. kaum von den deutsch-deutschen Entwicklungen berührt; 4. neugegründet und erfolgreich; 5. neu-gründet und gescheitert; 6. wiedergegründet nach zwischenzeitlicher Einstellung; 7. ost-west-deutsch fusioniert.

²⁴ vgl. www.uni-leipzig.de/~hso

2.2. *Zwei Randbemerkungen: Westdeutsche Ost-Zeitschriften und Organe der ostdeutschen Bürgerbewegung nach 1989*

Als Kontrastimpressionen seien zwei Randaspekte vermerkt:

(1.) Der DDR-Zusammenbruch hatte nicht allein für ostdeutsche Zeitschriften Folgen, sondern auch für einzelne westdeutsche Titel, sofern sie sich wesentlich mit der DDR beschäftigt hatten. So hat etwa die in Oldenburg erschienene PÄDAGOGIK + SCHULE IN OST UND WEST den Wegfall der bis 1990 gewohnten Zuschüsse nicht verkraftet. Ebenso stellte der IGW-REPORT (Untertitel bis 1990 „über Wissenschaft und Technologie in der DDR und anderen RGW-Ländern“, dann „... in den neuen Bundesländern sowie mittel- und osteuropäischen Ländern“) Ende 1992 sein Erscheinen ein: Dem ihn tragenden Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg (IGW) war die institutionelle Förderung durch das Bundesforschungsministerium gestrichen worden. Es wurde daher abgewickelt und mit ihm ebenso die Zeitschrift eingestellt.²⁵ Auch die in West-Berlin von der AG für Kirchliche Publizistik herausgegebene KIRCHE IM SOZIALISMUS (zum Schluß unter dem Titel ÜBERGÄNGE) beendete 1990 ihr Erscheinen.

Ein anderer Titel hingegen hat das Ausbleiben der Subventionen des Innerdeutschen Ministeriums vergleichsweise glänzend überstanden: Das in Köln produzierte DEUTSCHLAND ARCHIV vermochte sich erfolgreich zur „Zeitschrift für das vereinigte Deutschland“ (neuer Untertitel) zu profilieren.

(2.) Aus dem Umfeld der DDR-Bürgerbewegungen hatte es seit 1990 kaum Versuche gegeben, akademisch ambitionierte Zeitschriftenprojekte zu starten. Dort blieb es im wesentlichen bei Projekten, die der politischen Publizistik zuzurechnen sind und z.T. DDR-Samisdat-Titel fortsetz(t)en, etwa KONTEXT, DIE ANDERE† oder der TELEGRAPH, letzterer als Nachfolger der zur Legende gewordenen Ost-Berliner UMWELTBLÄTTER. Auch eine politisch wenigstens zum Teil dem Bürgerrechtler-Umfeld zuzuordnende Zeitung erscheint noch, wenngleich nicht als Nachfolgerin einer früheren Untergrundzeitschrift, sondern pikanterweise eines DDR-Kulturbund-Organs (DER SONNTAG) und eines eher DDR-freundlichen westdeutschen Blattes (DEUTSCHE VOLKSZEITUNG): die Wochenzeitung FREITAG (vgl. Kapitza 1997).

Immerhin gibt es dann auch noch die Zeitschrift HORCH UND GUCK, GERBERGASSE 18 und die SKLAVEN. Erstgenannte, hrsg. vom Berliner Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V., befaßt sich mit der MfS- und DDR-Aufarbeitung und publiziert in diesem Zusammenhang auch zahlreiche zeitgeschichtliche Texte. Die GERBERGASSE wird von der Jenaer Geschichtswerkstatt herausgegeben, widmet sich vornehm-

²⁵ Vgl. Materialien: IGW-Forschungsprofil. Vorlage für die Gutachtersitzung am 26./27.11.1991 im IGW; Ziller (1992).

lich DDR-geschichtlichen Fragen, die zugleich stärker auf die Alltagsdimension von Geschichte bezogen werden, als dies in HORCH UND GUCK geschieht: „Eine Art Mittler zwischen akademischer Forschung und den letzten Insiderblättern der politischen DDR-Opposition“ (Rathenow 1998). Die SKLAVEN sind ein anspruchsvolles kulturkritisches Blatt, verortet im Prenzlauer-Berg-Milieu, das die in durchaus sympathischer Weise anhaltend integrationsunwillige Linke des Ex-DDR-Untergrunds repräsentiert. Die Zeitschrift wird im BasisDruck Verlag Berlin verlegt und hatte sich Anfang 1998 gespalten. Das Spaltprodukt hieß konsequenterweise SKLAVEN AUFSTAND, verlegt bei Petersen Press Berlin (vgl. Döring et al. 1998). Gelegentlich heißt es nun von beiden Blättern, dass sie eingestellt seien.

Ein Titel aus der Bürgerbewegung, der auch wissenschaftliche Essays veröffentlichte, vermochte dagegen nicht dauerhaft zu überleben: Die literarisch-publizistische Zeitschrift KONTEXT, Fortsetzung des zuvor innerkirchlich veröffentlichten gleichnamigen Titels, verschwand bereits im Dezember 1990 wieder vom Markt.

Soweit die Debatten aus den früheren Bürgerbewegungen akademisch ambitioniert sind, öffnet ihnen heute am ehesten noch BERLINER DEBATTE INITIAL ihre Spalten.

Wird nach den Ursachen für diese akademische Unbehautheit der früheren DDR-Opposition gefragt, ist vermutlich ein Unterschied zwischen der DDR und anderen vormals sozialistischen Ländern bedeutsam: Anders als diese hatte die DDR keine regimeoppositionellen Exilzeitschriften von expatriierten Bürgerrechtlern hervorgebracht. Die deutsch-deutsche Sondersituation schien dies überflüssig zu machen, denn DDR-Bürgerrechtler konnten, wenn sie vor 1990 in den Westen kamen, auf dort vorhandene Medien zurückgreifen, ohne sich einer Fremdsprache bedienen zu müssen. Während polnische, ungarische und andere Exilzeitschriften nach 1990 mit ihren Herausgebern in die jeweiligen Länder (zurück)gingen, gab es kein DDR-oppositionelles Journal, das dann aus der Bundesrepublik nach Ostdeutschland hätte heimkehren können.

2.3. *Ostdeutscher Wissenschaftsumbau*

Wenn nach der Lebendigkeit der ostdeutschen Zeitschriftenlandschaft und deren Ursachen gefragt wird, müssen wir uns zunächst den Charakter der deutsch-deutschen Wissenschaftszusammenführung vergegenwärtigen.

Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau hatte sich – im Rahmen einer vollendenen Modernisierung Ostdeutschlands – als ein Anpassungsprozeß an das normsetzende und strukturtransferierende westdeutsche Wissenschaftssystem vollzogen. Der Vorgang wurde umgesetzt unter den Bedingungen eines unangemessenen Zeit-

rahmens, defizitärer Kapazitäten der Transformationsbewältigung seitens des politischen Systems sowie rigider Sparzwänge. Er war gekennzeichnet durch Schwächen der Problemdefinition, in ihrem Anspruchsniveau stark differierende Zielsetzungen, Delegitimierungsanstrengungen hinsichtlich der ostdeutschen Ausgangsstruktur, asymmetrische Organisiertheit der konfligierenden Interessen und dadurch dominierenden Einfluss klientelistischer (westdeutscher) Interessenskartelle.

Diese prozessbestimmenden Elemente bewirkten eine Neustrukturierung, die im Vollzug bürokratisch von Steuerungshavarien und demokratisch von Legitimitätsdefiziten geprägt sowie überwiegend innovationsresistent war. In seinen Ergebnissen führte der Vorgang zu einem weitgehenden, aber nicht vollständigen akademischen Elitenwechsel, zur Verwestlichung wie Vermännlichung des Personals und zu einer Struktur, die auch in ihren (beschränkten) Innovationen – Innovation verstanden als Förderung des Noch-nicht-Mehrheitsfähigen – Konventionsverstöße weitestgehend meidet. Strukturbezogen wirkte der Gesamtvorgang ost- und westdeutsche Hochschulkrisen vereinigend, und handlungsbezogen wirkte er auf die fraglose Annahme der neuen Verhältnisse zurichtend.

Soweit die deutsch-deutsche Wissenschaftszusammenführung Personen zusammenführte, war sie wesentlich eine Kollision zweier Wissenschaftskulturen. Wolfgang Kaschuba verdanken wir den Hinweis, dass sich die Situation durchaus im Stile eines ethnologischen Feldtagebuchs beschreiben ließe:

„Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze, begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also eines interethnischen Kulturkonflikts, nur daß sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt, sondern ganz unexotisch nah, in Berlin, Unter den Linden.“ (Kaschuba 1993)

2.4. Ostdeutsche Re(d)aktionsstrategien

Im Umgang mit dieser Kollision zweier Wissenschaftskulturen ließen sich auf ostdeutscher Seite zwei grundsätzliche Strategien erkennen. Diese waren auch anhand der Zeitschriften zu entschlüsseln: Zum einen bemühte man sich, inhaltlich, institutionell wie publizistisch an die westliche *community* anzudocken; zum anderen wurde der eingetragene Verein als Notkonstruktion entdeckt, um Zeitschriften (und anderen Aktivitäten) einen institutionellen Hintergrund zu verschaffen. Betrachten wir diese beiden Strategien etwas detaillierter.

(1.) Wurde der Versuch unternommen, an die westliche *community* anzudocken, so bemühten sich einige existierende ostdeutsche Journale rasch, einen noch un-

besetzten Platz in der westdeutschen Zeitschriftenlandschaft zu identifizieren. Der nächste Schritt war dann die Bildung eines honorig besetzten ost-west-durchmischten Herausbergremiums. Auf diese Weise vermochten sich z.B. die DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE und ASIEN, AFRIKA, LATEINAMERIKA (AALA) gut zu plazieren. Ähnliches gilt für das JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE (Middell 1997, 127f.).

Daneben haben sich auch die meisten der neu entstandenen Zeitschriften aktiv bemüht, Anschluß an die westliche *community* zu finden. Hier kann etwa COMPARATIV genannt werden: Von Beginn an hatte die Zeitschrift „für Universalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung“ (Untertitel) auf Ausgewogenheit und Integration ost- und westdeutscher wie auch ausländischer Beirats- und Redaktionsmitglieder, Rezensenten und Autoren Wert gelegt (vgl. Schmidt-Gernig 1998).

Mitunter wurde es für nötig gehalten, die erfolgreiche Marktplazierung mit einem Ost-West-Wechsel in den Schlüsselpositionen zu verbinden, ohne dabei Ostdeutsche generell von der weiteren Mitarbeit auszuschließen. So ging es im Fall des BERLINER JOURNALS FÜR SOZIOLOGIE (BJS) nicht ohne eine eher unfreundliche Übernahme ab: Gegründet worden war das Journal als Bestandteil von Emanzipationsbemühungen der DDR-Soziologen, denen bis 1989 keine eigene Zeitschrift zugestanden worden war. Doch 1992 fand sich das ostdeutsche Herausbergremium über Nacht ersetzt durch ein westdeutsch dominiertes. Logistisch abgesichert hatte den Vorgang der Akademie-Verlag (Schäfers 1992; Meyer 1997).

Ähnlich verhielt sich das auch beim JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE. Ein Beobachter erklärte dies emotionslos mit verlegerischer Rationalität unter Ausnutzung eines redaktionellen Dilemmas: „Aus Verlegersicht war der Wechsel des Herausbergremiums von den ehemals etablierten ost- zu den führenden westdeutschen Wirtschafts- und Sozialhistorikern ein Glücksfall für den ungebrochenen Erfolg“. Denn: „Dort, wo die Produktionsbedingungen auf dem angenehmen Niveau der DDR gehalten werden sollten ..., waren nur noch westdeutsche Ordinarien mit unvermittelten Zugängen zu Subventionen in der Lage, die Zeitschriften aufrechtzuerhalten.“ Dagegen habe sich der seinerzeitige Herausgeber des JAHRBUCHS FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE, Thomas Kuczynski, in einer Falle befunden: „Leistete er Widerstand gegen seine eigene Entmachtung, gefährdete er die Zeitschrift, die er als Teil des Lebenswerkes seines Vaters und seiner Kollegen empfand, in ihrer Existenz.“ (Middell 1997, 128, 135)

Wie im einzelnen auch immer, DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE, AALA, JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE, COMPARATIV und BJS sind Beispiele dafür, wie ostdeutsche Periodika zu Agenturen des west-östlichen Institutionentransfers geworden sind: Sie wirkten innerhalb des Wissenschaftsumbaus – mit

Abstufungen – ost-west-sozialintegrativ. Die Abstufungen bestanden zuvörderst darin, daß die Integration manches Mal mit einer Neumischung der Hierarchien verbunden war, wie etwa das BERLINER JOURNAL FÜR SOZIOLOGIE und das JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE zeigten. BJS-Gründungsherausgeber Hansgünther Meyer:

”So ... ordnet sich das *Berliner Journal* ein in die Mechanik des gesamten ostdeutschen Institutionen-Umsturzes: Die neuen Strukturen verdrängten die Reste des DDR-Institutionen-Erbes, bei gleichzeitiger Ausgliederung des dort tätigen Personals. Zugleich reichen diese neuen Einrichtungen Subsistenzmittel aus, die eine teilweise Revitalisierung der zerfallenden Potentiale zum Ergebnis haben. Ihretwegen gibt es eine selbständige ostdeutsche Soziologie nicht mehr, aber daß es noch immer Soziologen mit erkennbar ostdeutschen Biographien gibt, ist weitgehend ihnen zu verdanken.” (Meyer 1997, 40)

Die Neumischung der Hierarchien parallelisierte aber lediglich die Entwicklungen der Zeitschriften mit denen in den ostdeutschen Instituten. Jedenfalls: Die an den integrationsorientierten Journalen als Transferagenten Beteiligten waren – wie gesichert oder prekär auch immer – in die neu entstandenen Strukturen eingebunden; sie hatten also Stellen oder Projektanschlüsse.

(2.) Die andere Strategie, mit der Kollision der westlichen und östlichen Wissenschaftskulturen umzugehen, hatte eine gegenteilige, zwar ungewünschte, aber faktische Voraussetzung: die Entinstitutionalisierung von thematischen und personalen Wissenschaftszusammenhängen. Nicht alle, die der Umbruch aus akademischen Beschäftigungsverhältnissen herausgeschleudert hatte, mochten sich damit einfach abfinden. Sie schritten zu Vereinsgründungen: als quasi-institutionalisierende Gegenstrategie zur Entinstitutionalisierung.

Die daraus entstandenen Vereine fungieren ersatzweise als neue akademische Hauptgeschäftsstellen, ohne indes mit der Ausstrahlung der staatlich finanzierten Einrichtungen mithalten zu können.²⁶ In den Vereinen wurde ein reges und anhaltendes Veranstaltungswesen entfaltet. Aus diesem entstand dann auch eine Reihe von Zeitschriften und Schriftenreihen.²⁷ Freilich werden die Veranstaltungen in wie die Publikationen aus den Vereinszusammenhängen vom etablierten Wissenschaftsbetrieb nur ausnahmsweise zur Kenntnis genommen. Die Ausnahmen sind meist sozialwissenschaftlich tätige e.V.s, die stärker als geisteswissenschaftliche Zusammenschlüsse sozialtechnisch verwertungsrelevantes Wissen zu produzieren

²⁶ Vgl. als erste diesbezügliche Übersicht: Förderkreis demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (1992); eine neuere Übersicht enthält Mählert (1997, 209-241).

²⁷ Vgl. zu der diesbezüglichen, unübersichtlichen Publikationslandschaft das dreimal jährlich im *Deutschland Archiv* erscheinende Newsletter „Aktuelles aus der DDR-Forschung“.

vermögen. Zugleich weisen diese Ausnahmen auf den Umstand hin, daß sich zwei verschiedene Gruppen von Vereinen typisieren lassen:

(a) Zum einen können die Vereine derjenigen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zusammengefasst werden, die gleichsam abschließend abgewickelt sind, also eine Reintegration ins etablierte akademische System kaum zu erwarten haben. Deren Vereine lassen sich als Not-Institutionalisierungen charakterisieren, da andere Institutionalisierungsformen nicht mehr zur Verfügung stehen. Aus ihnen werden kaum wirkungsmächtige wissenschaftliche Strömungen, Schulen oder dergleichen hervorgehen: Sie sind soziale Rückzugsfelder aller Voraussicht nach endgültig marginalisierter Wissenschaftler. Inhaltlich beschäftigen sich diese Vereine vornehmlich mit der DDR-Geschichte und aktuellen Fragestellungen politischer Analyse. Entsprechend sind dort auch die Historiker überdurchschnittlich vertreten.

Zugleich unterscheiden sich diese Zusammenschlüsse deutlich von sonst üblichen Vereinen. So sind sie etwa keine Geschichtsvereine im hergebrachten Sinne, denn in den ostdeutschen e.V.s haben sich nicht Laienhistoriker zur historiographischen Freizeitgestaltung versammelt; vielmehr ist ihre Arbeit durch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft von vornherein professionalisiert. Infolgedessen erfüllen die dort entstehenden Produkte auch vielfach die herkömmlichen Standards.²⁸ Als Zerfallsprodukte einer Personen- und Programmabwicklung – Entinstitutionalisierung – stehen die Vereine am Ende von Berufsbiographien, Forschungsrichtungen oder -perspektiven und repräsentieren insoweit ausgelaufene Modelle.

Beispiele hier zu verortender Zeitschriften sind die (professionell gemachte) UTOPIE KREATIV²⁹ und die revitalisierten BERLINER DIALOG-HEFTE (die vom redaktionellen und gestalterischen Stil her eher an den Samisdat erinnern, was noch eine anrührende Note dadurch erhält, daß im BDH-Impressum seit Jahren der hoffnungsvolle Satz steht: „Für die Beiträge können z.Z. noch keine Honorare gezahlt werden“).³⁰

²⁸ Vgl. z.B. die Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen oder die Veröffentlichungen der Berliner Alternativen Enquête-Kommission „Deutsche Zeitgeschichte“ e.V. Deren Publikationen wurden denn auch in der Fach- und Qualitätspresse rezensiert. Auffallend ist dabei, dass diese Vereine am ehesten dann breitere Aufmerksamkeit zu erlangen vermögen, wenn sie sich kommunistischen Häretikern widmen.

²⁹ die aber möglicherweise durch ihre neuerdings erfolgte Anbindung an die PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der entsprechenden Entlastung von permanenten finanziell begründeten Existenzsorgen und getragen vom Engagement einiger WissenschaftlerInnen der mittleren Generation den Sprung in die intergenerationelle Akzeptanz schaffen werden und dann so etwas wie eine linkssozialistische NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE werden könnten.

³⁰ Wolfgang Küttler, Berlin, stellte während einer Leipziger Tagung 1997 die Frage, welche wahrscheinliche Perspektive diesen Vereinen marginalisierter Ostwissenschaftler zu

(b) Zum anderen gibt es die Gruppe der in engerem Sinne sozialwissenschaftlich ausgerichteten Vereine. Sie suchen aktiv empirische Sozialforschung zu betreiben und dadurch Drittmittel zu akquirieren. Ihre Mitglieder sind vielfach im jüngeren oder mittleren Erwerbsalter, nutzen die Vereinskonstruktion lediglich aus pragmatischen Gründen als berufsbiographische Zwischenstation und streben meist ausdrücklich die Rückkehr in Universitäten oder Forschungsinstitute an. Ohne die Arbeit dieser Vereine – und die sie weithin finanzierende KSPW³¹ – wäre z.B. das BERLINER JOURNAL FÜR SOZIOLOGIE in den 90er Jahren inhaltlich nur halb so aufregend gewesen. In diesem Bereich nicht erfolgreiche Vereine sind etwa das Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien e.V. (BISS) mit seiner Zeitschrift BISS PUBLIC und Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin (WiSoS) mit seiner WISOS-SCHRIFTENREIHE. Solche Beispiele hängen und hängen allerdings existenziell an ABM-Stellen und/oder öffentlichen Forschungsaufträgen (vgl. Kollmorgen 1995; Lohr/Simon/Sparschuh/Wilsdorf 1996).³²

Besichtigen wir nun diese Befunde im Überblick, so können wir der Beantwortung einiger Fragen nähertreten. Mit der Zusammenführung der beiden deutschen Wissenschaftssysteme hatte es auch eine in weiten Teilen duplizierte deutsch-deutsche Zeitschriftenlandschaft gegeben. Warum nun existieren trotzdem noch einige der früheren DDR-Zeitschriften und sind gar neue Zeitschriften in Ostdeutschland ge-

prognostizieren sei. Er hielt drei Optionen für möglich: (a) Aussterben, (b) dauerhafte qualifizierte Systemopposition oder (c) Ost-West-Integration im Zuge der Aufhebung einer derzeitigen Ost-West-Zweiteilung der kulturellen Landschaft. – Qualifizierte Systemopposition erscheint mir unwahrscheinlich: Die Vereinsprotagonisten sind in ihrer Selbstwahrnehmung weniger Oppositionelle als vielmehr aufgrund eines Mißverständnisses deklassierte Elite, deren Adressat für politische Kritik und Vorschläge die gegenwärtig amtierende Elite ist, von der man als ihresgleichen anerkannt werden möchte (ich folge hier Bultmann 1997, 35). Ost-West-Integrationswirkungen erwarte ich von den Vereinen gleichfalls nicht (wobei Ausnahmen vorkommen mögen): Es besteht kein hinreichendes Sanktionspotential marginalisierter DDR-Eliten gegenüber der (west)deutschen Gesellschaft, das eine Integration erzwingen oder auch nur – aus Sicht des politischen Establishments – als vorteilhaft erscheinen lassen könnte. Es bleibt folglich – perspektivisch – das Aussterben.

³¹ KSPW = Kommission für sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern e.V., eine 1991-1996 tätige Steuerungs- und Geldverteilungseinrichtung für sozialwissenschaftliche Begleitforschung zur ostdeutschen Systemtransformation mit Sitz in Halle/S.

³² Wie meist, so werden auch hier systematische Trennungen dem realen Leben nicht vollständig gerecht. Daher sei hier darauf verwiesen, dass es auch Vereine gab und gibt, welche die vorgenommene Unterscheidung in vornehmlich historisch und vorwiegend sozialwissenschaftlich tätige Vereine dementieren. Ein Beispiel ist das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e.V., das sich einerseits soziologischer Jugendforschung, andererseits historiographischen Auswertungen des zunächst in seinen Bestand überführten Archivs der DDR-Jugendorganisation FDJ widmete: vgl. Gotschlich (1994).

gegründet worden? Gab es Lücken im westdeutschen Zeitschriftenmarkt, die zuvor unausgefüllt waren: die mithin durch frühere DDR-Titel oder ostdeutsche Neugründungen besetzt werden konnten? Gibt es, schließlich, eine quantitative Sättigungsgrenze für den wissenschaftlichen Zeitschriftenmarkt?

2.5. *Nützlichkeit & Marktsättigung*

„Daß die Gründung einer neuen wissenschaftlichen Zeitschrift einem verbreiteten Bedürfnis endlich Rechnung trage, wird kaum jemand behaupten wollen.“ So Dieter Simon, Berlin-Brandenburgischer Akademiepräsident, als er 1998 – nicht zum ersten Mal – begann, eine neue Zeitschrift herauszugeben (Simon 1998, 2). Immerhin aber kann davon ausgegangen werden, dass die Existenz einer beliebigen Zeitschrift irgendeinen Nutzen stiftet. Ein Fachjournal macht nicht nur wissenschaftliche Ergebnisse zugänglich und legt sie geordnet ab, archiviert sie also. Es füllt auch individuelle Publikationslisten, verschafft u.U. einer Redakteurin oder einem Redakteur ein Auskommen, ermöglicht Herausgebern die Teilhabe an der innerwissenschaftlichen Ressourcensteuerung usw. Die Nützlichkeit muß allerdings, damit das Journal auch existieren kann, beglaubigt werden.

Hier gibt es zwei verschiedene Wege: Zum einen kann die Nutzen-Beglaubigung am Markt erfolgen. Das betrifft die Zeitschriften, die sich (allein) über Abonnements tragen. Zum anderen gibt es die Journale, die – statt der Bewährung am Markt – einen kleinen Kreis von Wissenschaftsnotaren von ihrer Unabdingbarkeit zu überzeugen vermögen. Dabei geht es, während inhaltliche Gründe in Anschlag gebracht werden, um die Erlangung existenzsichernder Subventionen. Die Wissenschaftsnotare sitzen hierzulande meist in der DFG. Die Unabdingbarkeit des jeweiligen Projekts ist nachzuweisen über eine dramatisierende Steigerung der utilitaristischen Argumentation: Es entstünde ein nicht wieder gut zu machender Schaden für die Wissenschaft, wenn das Organ XY keine Förderung erhielte und infolgedessen sein Erscheinen einstellen müßte.

Näherhin finden sich auch Mischungen zwischen diesen beiden genannten Formen der Nutzenbeglaubigung: Eine typische Anordnung der Mischung ist etwa, dass eine Redakteurin institutionell, z.B. als wissenschaftliche Mitarbeiterin, beschäftigt wird, sich die Zeitschrift aber in ihren technischen Herstellungs- und Vertriebskosten selbst tragen muss. Schließlich gibt es dann noch vereinzelt Zeitschriften, die sich weder am Markt behaupten noch sich ihre Unabdingbarkeit von Wissenschaftsnotaren beglaubigen lassen müssen: Sie werden vom Enthusiasmus und dem finanziellen Vermögen ihrer Initiatoren getragen. Dies scheint unter ostdeut-

schen Zeitschriften durchaus häufiger vorzukommen, wobei der Enthusiasmus meist größer ist als das finanzielle Vermögen.

An den verschiedenen Techniken, sich Nützlichkeit beglaubigen zu lassen oder auch darauf verzichten zu können, lässt sich ablesen: So wie es für Wissenschaft im allgemeinen kein rationales Input-Output-Modell der Mittelzuweisung gibt, so kann auch kein Punkt der Sättigung des wissenschaftlichen Zeitschriftenmarkts benannt werden. Das Angebot schafft weithin die Nachfrage, und mangelnde Nachfrage führt nicht automatisch zur Einschränkung des Angebots. Ökonomisch existieren Zeitschriften in einem Gemisch von Markt, Marktsimulation und Subventionswirtschaft. Entstehen dürften wissenschaftliche Zeitschriften dann, „wenn das Defizit an Repräsentanz für eine genügend große Gruppe an Autoren und Lesern in ausreichendem Maße hervortritt und die politischen, organisatorischen und technischen Hindernisse der Veröffentlichung nicht unüberwindlich sind“ (Middell 1997, 120).

2.6. Überlebensgründe

Sonnenklar zutage liegt das „Defizit an Repräsentanz für eine genügend große Gruppe an Autoren und Lesern“ in Ostdeutschland hinsichtlich einer Kohorte: der abgewickelten oder anderweitig aus den konventionellen Strukturen herausgedrängten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Sie haben nur ausnahmsweise Zugang zu etablierten wissenschaftlichen Publikationsmöglichkeiten. Zugleich sind sie aber aus einem aktiven Berufsleben herausgerissen worden, waren mithin auf einen eher passiven Lebensabend (noch) nicht eingestellt. Daneben sehen sie sich auch inhaltlich marginalisiert: Der wissenschaftliche Mainstream, z.B. in bezug auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts, entspricht weithin nicht den von ihnen vertretenen Positionen. Hier kommen kognitive Motivationen mit sozialen zusammen. Es gibt Resistenzen von Milieus, die ihre alten Zeitschriften erhalten oder aber neue als soziales Bindemittel gründen.

So sind etwa die BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG eine Zeitschrift, die ihre Existenzberechtigung wesentlich aus dem Vorhandensein einer ostdeutschen Autoren- und Leserschaft bezieht: „Der Spagat“, so M. Middell über die BZG, „zwischen der eher ideen-, organisations- und politikgeschichtlichen Vorgehensweise vieler Autoren der BZG und den sozial- und kulturgeschichtlichen Methoden der Arbeitergeschichtsschreibung, wie sie sich in Westdeutschland in den siebziger und achtziger Jahren entwickelt hat, ist wohl zu groß, um sich eine mühelose Integration in den bestehenden Blätterwald der vor allem sozialdemokratisch inspirierten Arbeiterforschung vorstellen zu können.“ Und:

„Viele der originellen Untersuchungen bedürfen auch der Einbettung in die Codierungen des Geschichtsbewußtseins, das in der DDR geformt wurde. Es handelt sich um die Zerstörung von Legenden, das Abtragen von Mauern, die um Gegenstände der Arbeiterbewegungsgeschichte in der DDR gezogen wurden, eine Auseinandersetzung um die Geschichtspolitik und ihre Legitimationsabsichten des untergegangenen Staates.“ (Middell 1997, 128f.)

Einzelnen Redaktionen gelang es auch, Lücken in der westdeutschen Zeitschriftenlandschaft überzeugend zu definieren, also im eigentlichen konstruierend zu schaffen, um sie zeitgleich besetzen zu können. Das gilt etwa für die DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE (DZFPH) und ASIEN, AFRIKA, LATEINAMERIKA (AALA). Beide haben an das angeknüpft, was sie bereits in der DDR gewesen waren: Veröffentlichungsorgane für ein gesamtes Fach bzw. Forschungsfeld in seiner ganzen Breite. Die Fragmentierung der westdeutschen Zeitschriftenlandschaften ihrer jeweiligen Fächer bot die entsprechende Chance: Beide konnten die Grenzüberschreitung hinsichtlich der Subdisziplinen, Ansätze, Forschungsrichtungen usw. als Programmatik formulieren. Zwar war eigentlich keine Lücke für sie da, aber sie konnten sich über die zahlreichen anderen Lückenfüller erheben und die Lufthoheit beanspruchen: Denn die war noch frei.

Einen ähnlichen Ansatz hatte auch eine der nach 1989 erst neugegründeten Zeitschriften gewählt. GRENZGÄNGE, Untertitel „Beiträge zu einer modernen Romanistik“ und redaktionell in Leipzig, Potsdam und Frankfurt a.M. verankert, zielt auf eine originelle Verbindung: Die ost-west-deutschen Grenzgänge sollen verbunden werden mit einer „Erinnerung an die Ursprünge der Romanistik“, d.h. die Gleichberechtigung von Sprach- und Literaturwissenschaften einerseits, Geschichte und Kulturwissenschaft andererseits (Höpel 1997, 78).

Eine im Vergleich zur DZFPH und AALA andere Variante, die Entbehrlichkeit abzuwenden, war die Funktionsänderung. So hat sich bspw. die ZEITSCHRIFT FÜR GERMANISTIK vom potentiellen Zentralorgan der DDR-Germanistik zur Fakultätszeitschrift an der Humboldt-Universität gewandelt. (Wenn auch verbunden mit der wortreichen Klage, nun mit nur noch einer – bezahlten – Person statt, wie früher, sechs Redakteuren die ganze Arbeit tun zu müssen:³³ Ein voll nach BAT vergüteter Redakteur ist indessen für zahlreiche andere ostdeutsche Zeitschriften seit geraumer Zeit ein unvorstellbarer Luxus.)

Ein anders gelagertes Beispiel für das Überleben durch Funktionsänderung sind die bis 1991 an der Akademie der Wissenschaften erschienenen ALTORIENTALISCHEN FORSCHUNGEN. Sie haben ihre alte Funktion gleichsam durch ein Missverständnis verloren: Der sowjetisch-ostdeutsche Begriff „Alter Orient“ war stadial

³³ mdl. Auskunft gegenüber d. Verf. 1997.

bestimmt (in Abgrenzung zur Antike des Mittelmeerraums). Dafür ging den Akademie-Evaluatoren jedoch das Verständnis ab, da sie den Begriff geographisch auffaßten. Infolgedessen haben die ALTORIENTALISCHEN FORSCHUNGEN zwar überlebt, aber als nunmehr keilschriftzentrierte Zeitschrift.

Dagegen nehmen BERLINER DEBATTE INITIAL und UTOPIE KREATIV Funktionen wahr, die westdeutsche Zeitschriften gar nicht haben können: BERLINER DEBATTE INITIAL sieht ihre „Ausgangspunkte in den inoffiziellen, damals verdrängten Reformdiskursen in der späten DDR“ und definiert ihr spezifisches Profil über die „Herkunft aus der Wende in der DDR“. Entsprechend verbindet diese Zeitschrift Transformationsanalyse mit darüber hinausführenden philosophischen und sozialwissenschaftlichen Debatten (Crome/Kirschner 1997). UTOPIE KREATIV hingegen nimmt für sich mit einigem Recht die Repräsentanz einer anderen, in INITIAL eher spärlich vertretenen Gruppe in Anspruch:

„Wohl nur selten sonst ist so konzentriert und vielfarbig gesellschaftswissenschaftliches Wissen und Nachdenken derjenigen DDR-Wissenschaftler versammelt, die ‘abgewickelt’ wurden und dennoch aktiv blieben – und zwar nicht, indem sie alte Thesen und Ansichten neu aufgossen, sondern weiterarbeiteten“.
(Adolphi 1997, 63)

Eine andere Spezifik der DDR hat nach dem Ende des Staates merkwürdigerweise nur eine einzige Zeitschrift hervorgebracht: Aus der Einbindung der DDR in den Ostblock und den damit gegebenen Verbindungen nach Osteuropa hatte sich eine massierte Konzentration von Osteuropa-Spezialisten ergeben. Nun ist der Zeitschriftenbereich zwar für ost- und südosteuropäische Geschichte durch westdeutsche Titel recht gut abgedeckt. Doch im Bereich der aktuellen Ost-West-Europa-Beziehungen scheint, angesichts der gestiegenen Bedeutung dieser Beziehungen, das Feld eher dünn besetzt. Hier hätten durch ostdeutsche Zeitschriftengründer mit ihrer Kenntnis osteuropäischer Sprachen, Landeskunde und politischer Kultur Lücken gefüllt werden können. Entstanden ist allerdings bisher nur ein einziges entsprechendes Projekt: WELTTRENDS, eine außenpolitische Zeitschrift, die in Potsdam und Poznan herausgegeben wird (vgl. Schwarz 1994; Crome 1997).

Bei einigen der früheren DDR-Zeitschriften gab es neben inhaltlichen auch kommerzielle Gründe, sie fortzuführen. Hier war es vornehmlich das Interesse der Verlage am jeweiligen Abonnentenstamm, welches das Überleben ermöglichte. Solche Fälle traten nicht zuletzt im natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich auf, den wir hier, um das Feld zu begrenzen, nicht näher betrachten. Dort jedenfalls haben dutzende von DDR-Titeln überlebt.³⁴

³⁴ Vgl. zu den naturwissenschaftlichen Zeitschriften Fußnote 1.

Schließlich kann bei der Erklärung der relativen Vitalität der ostdeutschen Zeitschriftenlandschaft nicht von deren technischen Produktionsbedingungen abgesehen werden. Der ostdeutsche Systemwechsel war für Druckerzeugnisse zeitlich insoweit günstig plaziert, als er mit der allgemeinen Durchsetzung des PCs als Arbeitsmittel und der Entwicklung von so bedienerfreundlichem wie finanziell erschwinglichen Desktop-Publishing (DTP) zusammenfiel. Die Autoren lieferten jetzt Dateien statt Schreibmaschinenmanuskripte, und zuvor nur externalisiert zu bewältigende Produktionsschritte insbesondere im Satz konnten in die Redaktionen hereingeholt werden. Das verringerte den finanziellen und organisatorischen Aufwand der Zeitschriftenherstellung beträchtlich. Mehr noch: Es ermöglichte vielen interessierten Gruppen und Personen überhaupt erst, dem Gedanken einer Zeitschriftenherausgabe näher zu treten.

Zugleich gab es freilich, während dieserart die Produktionskosten sanken, eine gegenteilige Entwicklung auf der Einnahmenseite. Deren Ursache war die Verknappung der Mittel für die öffentlich unterhaltenen Bibliotheken in der Bundesrepublik. Dadurch kam es seit Anfang der 90er Jahre dazu, dass in den Bibliotheken zunächst Dublettenabonnements unüblich, dann keine neue Zeitschriften mehr bestellt und schließlich auch bereits abonnierte Periodika gekündigt wurden. In den Jahrzehnten zuvor hatte in der ehemaligen Bundesrepublik eine Zeitschrift notfalls auf der Basis von Bibliotheksabonnements und Selbstaubeutung ihrer Redakteure finanziell über Wasser gehalten werden können. Dagegen fielen nun für viele der – zunächst naturgemäß unbekannt – ostdeutschen Neugründungen Bibliotheksabonnements als ein wesentliches finanzielles Standbein von vornherein aus.

So betrachtet kann auch vermutet werden, dass die DTP-begründeten Einsparungen bei den Kosten weitgehend neutralisiert wurden durch Mindereinnahmen infolge ausbleibender Bibliotheksabonnements. Dennoch haben Windows® und DTP erheblich dazu beigetragen, das Herausgeben von Zeitschriften zu demokratisieren, da durch sie die produktionstechnischen Hürden deutlich herabgesetzt wurden. Zahlreiche ostdeutsche Redaktionen, die ihrer früheren Verlage verlustig gegangen waren,³⁵ hatten nur auf diesem Wege Kontinuität der Heftproduktion und im weiteren die Fortexistenz ihrer Zeitschrift sichern können.

Soweit einige Begründungen für publizistische Überlebensschicksale. Was nun sagt all das über die Einzelfälle hinweg aus?

³⁵ Die Umbrüche in der ostdeutschen Verlagslandschaft hatten selbstredend gravierende Auswirkungen auf die ostdeutsche Zeitschriftenlandschaft. Zur Entwicklung im Verlagswesen vgl. Rumland (1993) und Kahlefeldt (2000).

3. Fazit

Unsere Darstellung würfelt ziemlich verschiedene Publikationen durcheinander. Sie differenziert insbesondere nicht nach wissenschaftlichem Renommee und Wirkungsradius der einzelnen Titel. Gleichwohl lässt sich schwerlich ignorieren, dass Zeitschriften auch etwas mit wissenschaftlichem Machtkapital zu tun haben. Sie können solches Kapital nicht nur verschaffen; ihnen hilft auch, wenn die verantwortlich Beteiligten es bereits besitzen: Daraus ergeben sich Renommeezuwachs-Chancen für ihre Autoren. Das ließe sich für unser Feld in drei Stufen sortieren:

- (a) In einigen Journalen verschafft eine Veröffentlichung den Autoren und Autorinnen zweifelsfrei einen Renommeezuwachs: Sie dürfen sich durch die Publikation geadelt fühlen und werden in der Disziplin wahrgenommen. Die erstmalige Publikation in einem solchen Organ kommt einer Initiation in die *community* gleich. Von den ostdeutschen bzw. – genauer: – in Ostdeutschland hergestellten Zeitschriften sind etwa die DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE oder das BERLINER JOURNAL FÜR SOZIOLOGIE so hinreichend arriviert, dass sie hierfür als Beispiele genannt werden können.
- (b) In anderen Periodika wird man als AutorIn zumindest in deren (eingeschränkterer) Zielgruppe wahrgenommen. Wissenschaftsintern gilt man durch die Publikation zwar nicht als geadelt, aber als fleißig. Hinsichtlich des Renommeezuwachses sind dortige Publikationen also in jedem Falle für die Publikationsliste hilfreich.
- (c) In einer dritten Gruppe von Zeitschriften zu veröffentlichen kann schließlich als wirkungsneutral in bezug auf das Renommee der Autoren gekennzeichnet werden.

Unterscheiden ließen sich die Zeitschriften aber auch nach dem jeweils betriebenen redaktionellen Aufwand und ihrer sich daraus ergebenden Gestaltung wie inhaltlichen Lebendigkeit. So sind manche Journale lediglich verkappte Sammelbände, in denen sich allein Tagungen dokumentiert finden, die von der jeweils herausgebenden Einrichtung veranstaltet worden waren. Andere Zeitschriften hingegen arbeiten mit Rubriken, öffnen ihre Spalten auch reagierendem Widerspruch und enthalten mehr oder weniger aufwendige Rezensionsteile.

Im übrigen aber sollte es in diesem Beitrag vornehmlich darum gehen, die Vitalität der akademischen Zeitschriftenlandschaft im ostdeutschen Siedlungsgebiet zu ergründen. Dazu müssen die illustrierenden Beispiele insgesamt ein repräsentatives Sample bilden: also Journale unterschiedlichster Herkunfts- und Entstehungs-

geschichten, disziplinärer Verortungen, Wirkungsradien, Renommierkapazitäten, Erscheinungsrhythmen und Gestaltungsweisen berücksichtigen.³⁶

Resümierend lässt sich formulieren: Wo die meisten ostdeutschen Zeitschriften in der DDR ‚Organe‘ waren – Sprecher eines institutionell identifizierbaren Absenders –, dort wirken sie heute als bewusst pluralisierte Anbieter von Diskussionsbeiträgen. Dabei wiederum sind ostdeutsche Zeitschriften entweder zu Agenturen der akademischen Entinstitutionalisierungsprozesse oder des Institutionentransfers geworden. Sie eint mit anderen wissenschaftlichen Periodika eine zentrale Gemeinsamkeit, und es trennt beide ein zentraler Unterschied. Die Gemeinsamkeit: Die Zeitschriften sind sich in wesentlichen Parametern programm-treu geblieben. Der Unterschied: Üblicherweise suchen Journale das von ihnen vertretene Programm inhaltlich und institutionell zu befördern, indem sie entsprechende Markierungen im Wissenschaftsbetrieb setzen; mitunter ergeben sich daraus abgesteckte Claims, d.h. ein Programm wird tatsächlich erfolgreich institutionalisiert. Periodika als *Agenturen von Entinstitutionalisierungsprozessen* hingegen suchen über das Ende der Institutionen hinaus ihr Programm zu kontinuieren, und Periodika als *Agenturen des Institutionentransfers* suchen ihr Programm an die neuen Bedingungen zu adaptieren.

An diesem Punkt treffen sich dann die ostdeutschen Zeitschriften wieder mit anderen. Denn Zeitschriften monopolisieren innerhalb des Printbereichs zunehmend *eine* Funktion: die Funktion der Programmbindung.³⁷ Die beiden anderen

³⁶ Aus dem leitenden Gesichtspunkt der Repräsentativität ergibt sich auch, daß hier nicht alle in diesem Kontext erwähnenswerten, weil ostdeutschen Zeitschriften verzeichnet werden.

³⁷ Es gibt unterdessen auch außerhalb des Printbereichs eine in Ostdeutschland angesiedelte und durch Wahrgenommenwerden ausgezeichnete Zeitschrift: *H-Soz-u-Kult*, betrieben von der Berliner Humboldt-Universität aus (vgl. Hohls/Jaraus 1997, Website <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>). – Für Internet-Journale werden sich vermutlich nur sehr weiche Programmbindungen ergeben, die vor allem thematische Fixierungen leisten. (So auch die *H-Soz-u-Kult*-Herausgeber: „es handelt sich eher um ein fortgeschriebenes, strukturiertes digitales Archiv, das offen ist für jedermann“ – ebd., 97.) Alles darüber hinaus Gehende kollidierte mit dem zentralen Anspruch, der mit dem Internet verbunden wird: die prinzipiell grenzenlose Aufnahmekapazität einzusetzen, um die Kommunikation zu enthierarchisieren und zu demokratisieren. Nun wird deshalb eine Internet-Zeitschrift nicht jeden Unsinn veröffentlichen müssen. Doch vom Prinzip des Netzes her ist sie zur Zensurvermeidung angehalten, wo gedruckte Zeitschriften auf dem Prinzip der Auswahl beruhen. *e-zines* könnten eher mit *Bewertungen* der Beiträge arbeiten – die sich inhaltlich über Kommentare oder Rubrizierungen, aber auch technisch über abgestuft optimierte Zugriffsmöglichkeiten, d.h. Ebenenstaffelung herstellen lassen. Im übrigen jedoch ist im Internet der Träger eines inhaltlichen Programms weniger der Anbieter als vielmehr der Nutzer: Der will sich nichts und niemandem unterwerfen – auch nicht der programmge-

großen Programmträger – Buchverlage und Zeitungen – dagegen folgen vermehrt Trends statt Programmen. Manchen ist das Anlass zur Klage ob der grassierenden Beliebigkeit. Man könnte sich aber durchaus auch freuen: über die Chance, die sich für gedruckte Zeitschriften daraus ergibt, im Printbereich konkurrenzlos Programmverbindungen zu repräsentieren.

Literatur

- Adge, Günter (Hg.) (1991): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin.
- Adolphi, Wolfram (1997): Seit September 1990: UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 57-64.
- Alles ist im untergrund obenauf... Einmannfrei. Ein Auswahl aus Kontext 1-7, Berlin 1990.
- Barck, Simone/Martina Langermann/Siegfried Lokatis (Hg.) (1999): Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin.
- Barck, Simone/Martina Langermann/Siegfried Lokatis (1999a): Abenteuer im Zeitschriften-Leseland DDR, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 13-21.
- Bäumel, Mathias (1999): Subversiv – und ästhetisch innovativ? Originalgrafische DDR-Künstlerzeitschriften werden digitalisiert zur Verfügung gestellt, in: *Dresdner Universitätsjournal* 11/1999, S. 5.
- Baumert, Heinz (1991): Das verbotene Heft: film-wissenschaftliche mitteilungen 2/1965, in: G. Adge (Hg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin.
- Best, Heinrich (Hg.) (1992): Sozialwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern. Ein Vademecum, Berlin 1992, S. 307-310.
- Bestandskatalog der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Teil B: Originalgrafische Zeitschriften im Eigenverlag, Teil G: Materialien aus dem kirchlichen Umfeld, Publikationen der Bürgerbewegung der DDR und politische Literatur im Eigenverlag bis 1989, in: F. Eckart, Eigenart und Eigensinn. Alternative Kulturszenen in der DDR (1980-1990), Bremen 1993, S. 119-145, 194-234.
- Biener, Joachim (1995): Zum 60jährigen Jubiläum des Fontane-Archivs und zu drei Jahrzehnten „Fontane-Archiv“, in: M. Horlitz (Hg.), Theodor-Fontane-Archiv Potsdam 1935-1995, Potsdam 1995, S. 120-122.
- Blauert, Heinz (1995): Kirchliche Publizistik in der DDR: „Die Zeichen der Zeit“, in: *hochschule ost* 4/1995, S. 20-25.
- Bräuer, Siegfried (1994): „... daß die Zeitschrift eine positivere Tendenz erhält“. Der Herausgeberwechsel bei der Theologischen Literaturzeitung 1958 - 1960. Gründe und Hintergründe, in: *Theologische Literaturzeitung* 7-8/1994, Sp. 577-600.
- Bräuer, Siegfried (1999): „Offen antisowjetisch, DDR-feindlich, revanchistisch...“. Die *Theologische Literaturzeitung* im Visier der SED (1963 bis 1971), in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 611-619.

steuerten Artikelauswahl einer Redaktion –, sondern die Suchmaschinen in Gang setzen, um seinem subjektiv-autonom entwickelten Programm zu folgen.

- Brühl, Reinhard/Guntolf Herzberg/Mario Kessler/Martin Sabrow (1999): Vom „Segeln“ nach anderen Landkarten. Aus der Diskussion zu den historischen Fachblättern mit Reinhard Brühl, Guntolf Herzberg, Mario Keßler und Martin Sabrow, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 458-466.
- Brunne, Klaus (1999): Alugroschen für Visionen. *Der Neuerer* war ein echter Zoni, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 516-523.
- Bulisch, Jens (1999): Momentaufnahmen eines Personalwechsels. Die *Zeichen der Zeit* 1969, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 620-626.
- Bultmann, Torsten (1997): Wissenschaft als nationales Hochleistungsprojekt, in: *Forum Wissenschaft* 2/1997, S. 34-37.
- Caysa, Petra/Klaus-Dieter Eichler (Iv.) (1993): Öffentlich reden. Im Gespräch über die Leipziger Gesellschaft für Philosophie und Kultur e.V., in: *Berliner Debatte Initial* 4/1993, S. 7-10.
- Ciesla, Burghard (1999): Zum Geleit: „Ein sieghaftes ‚Fahrt frei!‘“. Die *Deutsche Eisenbahntechnik* bis 1961, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 494-501.
- Crome, Erhard (1997): WeltTrends. Internationale Analyse aus deutsch-polnischer Sicht, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 65-69.
- Crome, Erhard/Jochen Franzke (1991): Die Osteuropaforschung der DDR in den achtziger Jahren: Strukturen und Schwerpunkte, hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.
- Crome, Erhard/Lutz Kirschner (1997): Sozialwissenschaftlicher Diskurs nach der Zeitenwende: Berliner Debatte INITIAL, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 50-56.
- Czerwon, Hans-Jürgen (1991): Quantitative Analysen zur Rolle von naturwissenschaftlich-technischen Zeitschriften in der internationalen Wissenschaftskommunikation, in: W. Neubauer/U. Schneider-Brien (Hg.), Deutscher Dokumentartag 1990. Proceedings, Frankfurt a.M., S. 151-162.
- Czerwon, Hans-Jürgen (1997): Rezeption ostdeutscher Zeitschriften durch die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft. Quantitative Analyse zu naturwissenschaftlichen Journalen, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 137-150.
- Czerwon, Hans-Jürgen/Frank Havemann (1993): Influence of publication languages on the citation rate of scientific articles. A case study of East German journals, in: *Scientometrics* 1/1993, S. 51-63.
- Damaschun, Heide/Andreas Noack/Inge Schubert (Hg.) (1993): „Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge“ (1948 - 1989). Eine Bibliographie, Berlin.
- Damaschun, Heide/Andreas Noack/Inge Schubert (1999): Nur ein „herrenloser Hund“? Die *Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 221-233.
- Damaschke, Mischka (1997): Übergreifender Diskurs und Grenzüberschreitungen: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 21-27.
- Diesener, Gerald (1999): Die Zeitschrift für Militärgeschichte. Zu Aspekten der Institutionalisierung einer Spezialdisziplin in der DDR, in: M. Middell (Hg.), Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich, Leipzig, S. 351-371.
- Döring, St./Th. Martin/St. Ret/K. Wolfram (1998): Brief an die Abonnenten, Beil. zu *Sklaven* 1/1998.

- Drefenstedt, Edgar (1993): Reform oder Revisionismus. Eine Analyse des Jahrgangs 1956 der Zeitschrift „Pädagogik“, in: Wolfgang Steinhöfel (Hg.), Spuren der DDR-Pädagogik, Weinheim, S. 68-102.
- Drücke, Bernd (1998): Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht? Anarchismus und libertäre Presse in Ost- und Westdeutschland, Ulm.
- Dudek, Peter/Heinz-Elmar Tenorth (Hg.) (1994): Transformation der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang, Weinheim/Basel.
- Eckart, Frank (1993): Eigenart und Eigensinn. Alternative Kulturszenen in der DDR (1980-1990), Bremen.
- Eckert, Rainer (1999): Das Programm einer demokratischen Revolution. Debatten der DDR-Opposition in den „radix-Blättern“ 1987-1989, in: *Deutschland Archiv* 5/1999, S. 773-779.
- Eichler, Ernst/Hans Walther (1992): Zum Geleit, in: *Namenkundliche Informationen* 61/62, S. 3.
- Eichler, Klaus-Dieter (1996): Tabula rasa und Kontinuität, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 4/1996, S. 685-691.
- Eichler, Wolfgang/Christa Uhlig (1996): Transformationen in der Pädagogik. Das Beispiel *Pädagogik und Schulalltag* zwischen 1990 und 1995, in: D. Hoffmann/K. Neumann (Hg.), Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und der DDR. Bd. 3: Die Vereinigung der Pädagogen (1989-1995), Weinheim, S. 153-201.
- Engler, Wolfgang (1993): Jenseits des Machtprinzips, in: *Die Zeit*, 9.4.1993, S. 67.
- Feldenkirchen, Wilfried (1991): Das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, in: *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 4/1991, S. 532-548.
- Flierl, Bruno (1999): Anspruchsvoll und waghalsig? Die Zeitschrift *Deutsche Architektur/Architektur in der DDR* (1952 bis 1990), in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 252-257.
- Flierl, Bruno/Wolfgang Kil (1999): Rumpeln in der Blackbox. Aus der Diskussion zu Architektur und Städtebau mit Bruno Flierl und Wolfgang Kil, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 265-268.
- Förderkreis demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler/Netzwerk Wissenschaft (Hg.) (1992): Informationen über Vereine und Projekte 1/92, Berlin [wurde nicht fortgesetzt].
- Frank, Tanja (1999): Auf der Suche nach dem denkenden Künstler. Debatten in der *bildenden kunst* (1947 bis 1949), in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 289-296.
- Friedrich, Walter/Peter Förster/Kurt Starke (Hg.) (1999): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin.
- Gallée, Caroline (1996): Georg Lukács. Seine Stellung und Bedeutung im literarischen Leben der SBZ/DDR 1945-1985, Tübingen.
- Giovanopoulos, Anna Christina: „... and the recent obsession for perverted sexual aspects“? Die *Zeitschrift für Anglistik und Amerikanistik*, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999, S. 367-374.
- Göbel, Joachim (1995): Dreißig Jahre „Fontane-Blätter“. Erinnerungen an den Beginn eines literarischen Vorhabens, in: M. Horlitz (Hg.), Theodor-Fontane-Archiv Potsdam 1935-1995, Potsdam 1995, S. 83-87.
- Göhler, Helmut (Hg.) (1998): Alltag in öffentlichen Bibliotheken der DDR. Erinnerungen und Analysen, Bad Honnef.
- Gotschlich, Helga (1994): Wie gründet man ein Institut? Das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e.V., Berlin, in: P. Dudek/H.-E. Tenorth (Hg.), Transformation der deut-

- sche Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewisem Ausgang, Weinheim/Basel, S. 127-135.
- Grabas, Margit (1991): "Zwangslagen und Handlungsspielräume". Die Wirtschaftsgeschichtsschreibung der DDR im System des real existierenden Sozialismus, in: *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 4/1991, S. 501-531.
- Grunenberg, Antonia (1993): „Vogel oder Käfig sein“. Zur „zweiten“ Kultur und zu den inoffiziellen Zeitschriften in der DDR, in: F. Eckart, Eigenart und Eigensinn. Alternative Kulturszenen in der DDR (1980-1990), Bremen, S. 75-93.
- Günther, Thomas (1992): Die subkulturellen Zeitschriften in der DDR und ihre kulturgeschichtliche Bedeutung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 20/1992, S. 27-36.
- Hannuth, Franz (Iv.) (1998): Dreißig Jahre Redakteur bei der Fachzeitschrift „Der Bibliothekar“, in: H. Göhler (Hg.), Alltag in öffentlichen Bibliotheken der DDR. Erinnerungen und Analysen, Bad Honnef, S. 37-44.
- Henkel, Jens/Sabine Russ (Hg.) (1991): D 1980 D 1990R. Künstlerbücher und Zeitschriften im Eigen-Verlag DDR 1980-1989. Bibliographie, Grifkendorf.
- Henkys, Reinhard (1994): Anmerkung zu Klaus Michaels Aufsatz zur Samisdat-Literatur in der DDR in DA 11/1993, in: *Deutschland Archiv* 1/1994, S. 80f.
- Herbst, Thomas (1992): Die Zeitschrift für Anglistik und Amerikanistik. Profil einer traditionsreichen Zeitschrift, in: Konrad Schröder (Hg.), Situation und Probleme des Fremdsprachenunterrichts und der Fremdsprachenlehrerausbildung in den Neuen Bundesländern, Augsburg, S. 60-65.
- Hesse, Egmont/Christoph Tannert (Hg.) (1990): Zellinnendruck. Eine Übersicht autonomer Zeitschriften und Reihen in der DDR, Leipzig.
- Hoff, Peter (1999): Eine film- und fernsehwissenschaftliche Publikationsreihe. Erinnerungen an das „schwarze Blatt“, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 412-419.
- Hoffmann, Dietrich/Karl Neumann (Hg.) (1996): Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und der DDR. Bd. 3: Die Vereinigung der Pädagogen (1989-1995), Weinheim.
- Hoffmann, Horst (1998): Die Deutschen im Weltraum. Zur Geschichte der Kosmosforschung in der DDR, Berlin.
- Hohls, Rüdiger/Konrad H. Jaraus (1997): H-Soz-u-Kult: ein historisches Forum im Internet, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 97-110.
- Höpel, Thomas (1997): Für eine übergreifende Perspektive auf die Romania: Grenzgänge. Beiträge zu einer modernen Romanistik, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 77-84.
- Horlitz, Manfred (Hg.) (1995): Theodor-Fontane-Archiv Potsdam 1935-1995. Berichte, Dokumente, Erinnerungen, Potsdam.
- Icarus. Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte*, hrsg. von der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., Berlin 1995ff.
- Junghans, Helmar (1993/94): Die „Herbergen der Christenheit“ während und nach der DDR, in: *Herbergen der Christenheit* Bd. 18(1993/94), S. 7-15.
- Kahlefeldt, Nils (2000): Abschied vom „Leseland“. Die ostdeutsche Buchhandels- und Verlagslandschaft zwischen Ab- und Aufbruch, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13/2000, S. 29-38.
- Kähler, Christoph (1998): Zwischenruf, in: *hochschule ost* 1/1998, S. 223-226.
- Kaminski, Anneliese (1990): Rückblick auf „Die Zeichen der Zeit“ – ohne Ausblick?, in: *Die Zeichen der Zeit* 12/1990, S. 298-301.
- Kapitza, Arne (1997): Transformation der ostdeutschen Presse. „Berliner Zeitung“, „Junge Welt“ und „Sonntag/Freitag“ im Prozeß der deutschen Vereinigung, Wiesbaden.
- Kaschuba, Wolfgang (1993): Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kulturkonflikt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20./21.3.1993, S. 49.

- Kil, Wolfgang (1999): In der Rückschau: Der Traum von der idealen Besetzung, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 258-264.
- Klein, Fritz (1999): Erinnerungen an die ersten Jahre der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, in: M. Middell (Hg.), Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich, Leipzig, S. 331-350.
- Knabe, Hubertus (1997): Wo liegen die Selbstzeugnisse der DDR-Opposition? Zugänge zu einem schwierigen Forschungsgebiet, in: *Deutschland Archiv* 4/1997, S. 565-571.
- Knabe, Hubertus (1998): Nachrichten aus einer anderen DDR. Inoffizielle politische Publizistik in Ostdeutschland in den achtziger Jahren, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 36/1998, S. 26-38.
- Kokschal, Peter (1992): Veröffentlichungen unter staatlicher Zensur, in: W. Ernst/K. Feieris/S. Hübner/C.-P. März (Hg.): Theologisches Jahrbuch 1991, Leipzig, S. 16-22.
- Kollmorgen, Raj (1995): Hoffen und Bangen. Einige Daten und Bemerkungen zur Entwicklung freier sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern, in: *hochschule ost* 5-6/1995, S. 9-23.
- Kunkel, Kathrin (1990): 11 Jahre „Zeitschrift für Germanistik“. Rückblick und ein Ausblick mit Fragezeichen, in: Jürgen Erfurt/Joachim Gessinger (Hg.), Gesellschaft und Sprachwissenschaft. Das 'Schrittmaß der achtziger Jahre' in der DDR und BRD (=OBST. Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie H. 43), Oldenburg, S. 33-44.
- Lokatis, Siegfried (1999): Falsche Fragen an das Orakel? Die *Einheit* der SED, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999, S. 592-601.
- Lohr, K./D. Simon/V. Sparschuh/St. Wilsdorf (1996): Wie konstituiert sich sozialwissenschaftliche Forschung auf dem "freien Markt"? Chancen und Risiken neugegründeter Institute und Vereine in den neuen Ländern, in: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 2/1996, S. 100-121.
- Mählert, Ulrich (Hg.) (1997): Vademekum DDR-Forschung, Opladen.
- Materialien (1991): IGW-Forschungsprofil. Vorlage für die Gutachtersitzung am 26./27.11.1991 im IGW, in: *IGW-Report* 4/1992, S.125-149.
- Meyer, Hansgünter (1997): Ansichten zum Berliner Journal für Soziologie. Eine vorwiegend quantitative Analyse, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 35-49.
- Michael, Klaus (1991): Neue Verlage und Zeitschriften in Ostdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 41-42/1991, S. 33-45.
- Michael, Klaus (1992): Papierboote, in: Gabriele Muschter/Rüdiger Thomas (Hg.), Jenseits der Staatskultur. Traditionen autonomer Kunst in der DDR, München, S. 62-82.
- Michael, Klaus (1993): Samisdat-Literatur in der DDR und der Einfluß der Staatssicherheit, in: *Deutschland Archiv* 11/1993, S. 1255-1266.
- Michael, Klaus/Thomas Wohlfahrt (Hg.) (1992): Vogel oder Käfig sein. Literatur und Kunst aus unabhängigen Zeitschriften in der DDR 1979-1989, Berlin.
- Middell, Matthias (1997): Historische Zeitschriften in Ostdeutschland, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 118-136.
- Middell, Matthias (1999): Autoren und Inhalte: Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 1953 bis 1989, in: M. Middell (Hg.), Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich, Leipzig, S. 235-295.
- Middell, Matthias (1999a): Akademische Kommunikation oder gesteuerte Diskurse? Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (1953 bis 1989), in: S. Barck/M. Langermann/ S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 446-457.
- Middell, Matthias (Hg.) (1999b): Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich, Leipzig.

- Mix, York-Gothart (1999): „Unüberhörbar wie Kremlglocken“. Zur inoffiziellen Zeitschriften-szene in der DDR (1979 bis 1989), in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 680-689.
- Mnich, Reiner/Denise Kraetsch (1990): Lateinamerika. Registerband zu den Jahrgängen 1 (1966) bis 24 (1989), Rostock.
- Müller, Hanfried (1999): Vom „offiziellen Samisdat“ zur „registrierten Zeitschrift“. Die *Weißenseer Blätter*, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 648-653.
- Müller-Streisand, Rosemarie (2000): Weißenseer Blätter im Rückblick. Zur Eröffnung des Lesertreffens der WBI am 7. Mai 1994, in: *Weißenseer Blätter* 1-2/2000, S. 3-12.
- Muschter, Gabriele/Rüdiger Thomas (Hg.) (1992): Jenseits der Staatskultur. Traditionen autonomer Kunst in der DDR, München.
- Nahke, Eva/Ursula Reinhold/Siegfried Rönisch (1999): *Weimarer Beiträge* aus Berlin (II). Drei entschiedene Einsprüche, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 474-478.
- Neubauer, Wolfram/Uta Schneider-Brien (Hg.) (1993): Deutscher Dokumentartag 1990. 1. deutsch-deutscher Dokumentartag. Proceedings, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation, Frankfurt a.M.
- Neuhäuser-Wespy, Ulrich (1996a): Die „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ 1956/57. Zur Disziplinierung der Historiker durch die SED in den fünfziger Jahren, in: *Deutschland Archiv* 4/1996, S. 569-580.
- Neuhäuser-Wespy, Ulrich (1996b): Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in den fünfziger und sechziger Jahren, Bonn. „Notizen aus der Wissenschaftspolitik“: „Redaktionswechsel im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“, in: *1999* 2/1992, S. 134f.
- Nuß, Karl (1998): Die Zeitschrift „Militär-geschichte“ (1962-1990), in: Hans-Joachim Beth/Reinhard Brühl/Dieter Dreetz (Hg.), *Forschungen zur Militärgeschichte. Probleme und Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR*, Berlin, S. 213-236.
- Pasternack, Peer (Hg.) (1996): Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR, Berlin.
- Pasternack, Peer (1999): Normalisierung mit verbleibenden Besonderheiten. Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland nach 1989, in: *Bibliothek – Forschung und Praxis* 1/1999, S. 52-61.
- Pasternack, Peer (1999a): Agenturen von Entinstitutionalisierungsprozessen und Institutionentransfer. Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland nach 1989, in: M. Middell (Hg.), *Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich*, Leipzig, S. 373-397.
- Petruschat, Jörg (1999): Quer. form + zweck, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 269-275.
- Poumet, Jacques (1996): Die Leipziger Untergrundzeitschriften aus der Sicht der Staatssicherheit, in: *Deutschland Archiv* 1/1996, S. 67-85.
- Rathenow, Lutz (1998): Gutes aus Jena. Die Zeitschrift Gerbergasse 18, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes* 6 (1998), S. 152.
- Rauh, Hans-Christoph (1999): Hommage. Die Anfangsjahre der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* (1953 bis 1958), in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 434-445.
- Redaktion: [Editorial] (1990): *Militär-geschichte* 6/1990, S. 515.
- Reißig, Rolf (1991): Entstehung und Anliegen des Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS), in: *BISS public* 1/1991, S. 5-8.

- Rochlitz, Manfred (1999): Meine Kooperation mit dem ZIJ, in: W. Friedrich/P. Förster/K. Starke (Hg.), *Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse*, Berlin, S. 550-555.
- Robbe, Martin (1997): Spezialstudie und Gesamtschau. 25 Jahre asien, afrika, lateinamerika, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 70-76.
- Roesler, Jörg (1999): Schon 1960 auf Westniveau? Das *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), *Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“*. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 479-486.
- Rohlfes, Joachim (1990): Geschichtsdidaktik in der Zwangsjacke. Kritische Gedanken zum Geschichtsunterricht im SED-Staat, in: *Ein Jahr danach. Probleme der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsunterrichts in der DDR (=Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 11/1990), Velber 1990, S. 705-719.
- Rüddenklau, Wolfgang (1992): Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989. Mit Texten aus den "Umweltblättern", Berlin.
- Rumland, Marie K. (1993): Veränderungen in Verlagswesen und Buchhandel der ehemaligen DDR 1989-1991, Wiesbaden.
- Sabrow, Martin (1999): Klio mit dem Januskopf. Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, in: M. Middell (Hg.), *Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich*, Leipzig, S. 297-329.
- Schäfers, Bernhard (1992): Notwendige Anmerkungen zum Wechsel der Herausgeber beim „Berliner Journal für Soziologie“, in: *DGS-Informationen* 3/1992, S. 45f.
- Schandera, Gunter (1999): *Weimarer Beiträge* aus Berlin (I). Diskurswandel einer Zeitschrift für Literaturwissenschaft (1962/1963), in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), *Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“*. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 467-473.
- Schandera, G./H. Bomke/D. Ende/D. Schade/H. Steinhorst (1997): Die „Weimarer Beiträge“ zwischen 1955 und 1961. Eine Zeitschrift auf dem Weg zum „zentralen Organ der marxistischen Literaturwissenschaft in der DDR“, in: Petra Boden/Rainer Rosenberg (Hg.), *Deutsche Literaturwissenschaft 1945-1965*, Berlin, S. 261-332.
- Schenuit, Jörg (1997): Zeitschriftenportrait. Deutsche Zeitschrift für Philosophie, in: *Politische Vierteljahresschrift* 2/1997, S. 373-377.
- Schmidt, Ernst Günther (1996): 150 Jahre „Philologus“, in: *Philologus* 1/1996, S. 3-38.
- Schmidt, Ernst Günther (1997): Gefährdung und Wahrung von Tradition. Die Zeitschrift *Philologus* in den Jahren der DDR, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 85-96.
- Schmidt-Gernig, Alexander (1998): Zeitschriftenporträt. Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 1/1998, S. 166-173.
- Schröder, Konrad (Hg.) (1992): Situation und Probleme des Fremdsprachenunterrichts und der Fremdsprachenlehrerausbildung in den Neuen Bundesländern, Augsburg.
- Schulze, Hans-Joachim (1995): Heile Welt der Forschung: Das Bach-Jahrbuch, in: H.-J. Schulze/U. Leisinger/P. Wollny (Hg.), *Passionsmusiken im Umfeld Johann Sebastian Bachs*, Hildesheim, S. 231-241.
- Schulze, Hans-Joachim/Ulrich Leisinger/Peter Wollny (Hg.) (1995): *Passionsmusiken im Umfeld Johann Sebastian Bachs. Bach unter den Diktaturen 1933-1945 und 1945-1989*, Hildesheim.
- Schwarz, Siegfried (1997): „WeltTrends“. Eine neue Vierteljahreszeitschrift aus Potsdam/ Pöznan, in: *Deutschland Archiv* 12/1994, S. 1236-1238.
- Seminarum. Forschungs- und Studienmaterialien, hrsg. von Studenten der Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, in: F. Eckart, Eigenart und Eigensinn, Edition Temmen, Bremen 1993, S. 216-218.
- Simon, Dieter (1998): Editorial, in: *Gegenworte. Zeitschrift für den Disput über Wissen* 1/1998, S. 2f.

- Stache, Peter (1998): Detektivarbeit und Stasiverdacht, in: H. Hoffmann, Die Deutschen im Weltraum, Berlin, S. 522-528.
- Steinhöfel, Wolfgang (Hg.) (1993): Spuren der DDR-Pädagogik, Weinheim.
- Tandler, Agnes (1999): Devisenlieferanten des Akademie Verlages. *Chemisches Zentralblatt* und *Acta Physica Status Solidi*, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 487-493.
- Tiepmar, Stefan (1999): „Eigentümliche Kontaktschwächen“. Das Leipziger *Börsenblatt für den deutschen Buchhandel* (1946 bis 1964), in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 375-385.
- Trampe, Andreas (1994): Philosophie am Gängelband. Die Deutsche Zeitschrift für Philosophie in den 80er Jahren, in: *angebote. organ für ästhetik* 7, Berlin 1994, S. 109-123.
- Trampe, Andreas (1993): Die DDR-Philosophie in den achtziger Jahren. Zur strukturellen Organisation funktionalisierter Wissenschaft. Magisterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Philosophie, Berlin, unveröff.
- Treu, Martin (1993): Die Lutherhalle Wittenberg zwischen 1980 und 1991, in: *Lutherjahrbuch*, Göttingen, S. 118-138.
- Universität Leipzig, der Rektor (Hg.) (1981): Vom Weltbezug des Glaubens. Aus der Arbeit der Sektion Theologie der Karl-Marx-Universität (=Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Ges.- u. Sprachwiss. R., 30 [1981] 6).
- Universität Leipzig, der Rektor (Hg.) (1988): Kirche. Gegenstand des Glaubens und soziale Gestalt (=Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch.-wiss. R., 37 [1988] 1).
- Universitätsverlag Konstanz GmbH (1991): An unsere Leser, in: *Georgica* 13/14 (1990/1991), S. 3.
- Vorwort [der neuen Herausgeber], in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1992/1, S. 7-9.
- Vierneisel, Beatrice (1999): Wechselbäder einer Verbandszeitschrift. Die *Bildende Kunst*, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 276-288.
- Walravens, Hartmut (Hg.) (1994): Die ost- und zentralasienwissenschaftlichen Beiträge in der Orientalistischen Literaturzeitung 1976-1992. Bibliographie und Register, Berlin.
- Walter, Erhard (1999): Hohe Auflagen von A bis Z. Zeitschriften im Leipziger Fachbuchverlag, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 524-534.
- Warnke, Uwe (2000): Wenn Sie so wollen, eine Erfolgsgeschichte: Entwerter/Oder, in: *Horch und Guck* 31=3/2000, S. 1-5.
- Webler, Wolff-Dietrich (1997): Nicht nur fusioniertes, auch vereinigt Hochschulwesen, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 28-34.
- Wider die Resignation der Linken. Stimmen gegen Antikommunismus, Konterrevolution und Annexion. Kirchen- und Zeitgeschichte im Spiegel der *Weißenseer Blätter*. Nachdrucke aus den Jahren 1982-1992. Hrsg. im Auftrag des Weißenseer Arbeitskreises, Köln 1994.
- Wigger, Lothar (1994): Die Wende der DDR-Pädagogik. Eine Inhaltsanalyse von "Pädagogik" und "Pädagogik und Schulalltag", in: Peter Dudek/Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), Transformation der deutschen Bildungslandschaft, Weinheim/Basel 1994, S. 161-180.
- Wirth, Günter (1996): Kulturprotestantische Öffentlichkeit in der DDR: Die evangelische Zeitschrift STANDPUNKT, in: P. Pasternack (Hg.), Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR, Berlin, S. 55-84.
- Wirth, Günter (1999): Nur in „gesellschaftlichem Auftrag“? Zur Rolle der „progressiven“ christlichen Zeitschriften, in: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 627-633.
- Ziller, Gebhard (1992): Brief des Staatssekretärs im BMFT, Dr. Gebhard Ziller, an den Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen e.V., vom 3.9.1992, in: *IGW-Report* 4/1992, S. 125-149.

- Zimmermann, Fritz (1997): Die *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* im 39. Jahrgang, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 111-117.
- Zimmermann, Klaus W. (1992): Bibliographische Dokumentation zweier Zeitschriften. Theorie und Praxis der Körperkultur. Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutschen Hochschule für Körperkultur, hrsg. vom FB 03 – Psychologie, Gesamthochschule Kassel, Kassel o.J. [1992]

Erziehungswissenschaft im Transformationsprozeß

Jan-Hendrik Olbertz

Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten haben sich mit der strukturellen Entwicklung in den neuen Ländern (der gesellschaftlichen Grundstrukturen und ihrer Subsysteme, der Institutionen und auch im Hinblick auf die personelle Dimension) die Bedingungen von Sozialisations- und (Aus)Bildungsprozessen im Erziehungs- und Bildungssystem gravierend geändert. Die Erziehungswissenschaft ist in diese Entwicklungsprozesse vielfältig eingebunden. Dies war u.a. der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) Anlaß, die Transformationsprozesse von der DDR-Erziehungswissenschaft zur Erziehungswissenschaft in den neuen Ländern mit entsprechenden Untersuchungen wissenschaftlich zu begleiten und die relevanten Prozesse zu dokumentieren. 1992 setzte die wissenschaftliche Fachgesellschaft zunächst eine Vorstandskommission und zwei Jahre darauf eine Enquête-Kommission "Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern" ein (letztere unter dem gemeinsamen Vorsitz von Adolf Kell und dem Autor).¹

1. Institutionelle Transformation

Das Fach Erziehungswissenschaft wurde an den Universitäten und Hochschulen der DDR nahezu ausschließlich im Zusammenhang mit dem Lehrstudium gelehrt, als eigenständige akademische Lehrdisziplin (mit eigenen Abschlüssen) gab

¹ Der Text nimmt auf die von diesen Kommissionen vorgelegten Arbeitsberichte und Analyseergebnisse vielfach Bezug (vgl. Kell 1994 sowie Kell/Olbertz 1997).

es das Gebiet praktisch nicht. Allerdings konnte man – anders als heute – das im Rahmen des Lehrerstudiums zu erwerbende Diplom auf einem erziehungswissenschaftlichen Gebiet ablegen, d.h. die Erziehungswissenschaft war in bezug auf die (schriftliche und mündliche) Diplomprüfung wie eines der beiden im Lehrerstudium zu kombinierenden Fächern als Abschlußgebiet wählbar.

1.1. *Lehrerausbildung und Integration der Pädagogischen Hochschulen*

Nach der Wende wurden – mit zwei Ausnahmen – alle erziehungswissenschaftlichen Sektionen der Universitäten bzw. Hochschulen abgewickelt. An den meisten Standorten, wie z.B. an der Pädagogischen Hochschule "N.K. Krupskaja" in Halle, begann man 1990 zunächst mit dem Neuaufbau erziehungs- bzw. sozialwissenschaftlicher Fachbereiche, bis sich alle Länder gegen das PH-Modell der Lehrerausbildung entschieden und die Pädagogischen Hochschulen schlossen oder in die Universitäten (derselben Stadt oder der Region) integrierten. In Halle beispielsweise war der Aufbau des neuen Fachbereiches Erziehungs- und Sozialwissenschaften bereits weit fortgeschritten (fünf erfolgte Neuberufungen), als sich das Land – in diesem Falle gegen eine Empfehlung der Hochschulstrukturkommission – zur Integration der Pädagogischen Hochschulen entschied. So wurde dieser Fachbereich – ebenso wie in Magdeburg – mitsamt dem neuen Diplomstudiengang Erziehungswissenschaft zum 1. April 1993 mit dem ebenfalls im Neuaufbau befindlichen Fachbereich Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität, der ein nahezu identisches Angebotsprofil konzipiert hatte, zusammengelegt. Damit ist der in Ostdeutschland übliche Regelfall beschrieben. Ausschlaggebend war die Grundsatzentscheidung für eine *universitäre Lehrerbildung*, die von allen neuen Ländern getroffen wurde.

Praktisch ist die Umwandlung bzw. Einbindung der Pädagogischen Hochschulen in Universitäten in den neuen Ländern innerhalb weniger Monate vollzogen worden – ein Prozeß, der sich in der alten Bundesrepublik z.T. über Jahrzehnte erstreckte und bis heute kontrovers diskutiert wird, z.B. in Baden-Württemberg (Ministerium für Wissenschaft und Forschung Baden-Württemberg 1993). Dieser Schritt verband sich mit der Hoffnung auf die Entwicklung einer wissenschaftlichen und zugleich professionsorientierten Lehrerbildung für alle Schulstufen. Im Kontext mit den ohnehin prinzipiellen Umstrukturierungen der Universitäten und der Kurzfristigkeit des Integrationsprozesses gab es kaum Anlässe für die ansonsten typischen akademischen Ressentiments zwischen den universitären Erziehungswissenschaften und ihren PH-Pendants.

Im Zuge der Integration der Pädagogischen Hochschulen haben sich zwei verschiedene Wege herauskristallisiert. Einerseits gab es Übernahmen von pädagogischen Hochschulen im Sinne einer Umwandlung zu neuen Fachbereichen der Universität, zum anderen wurden die Fächer der pädagogischen Hochschulen analogen bzw. affinen Fächern der Universität zugeordnet (Fach-zu-Fach-Zuordnung). Nicht zu unterschätzen schließlich sind die Auswirkungen des Übergangs vom DDR-Modell einer einheitlichen und vor allem einphasigen Lehrerbildung hin zum alt-bundesdeutschen Modell der zweiphasigen Lehrerbildung, die zu gravierenden Änderungen auch im Studiengang- und Curricularsystem der Lehrerstudiengängen führten (vgl. Bayer/Wildt 1994).

Im Regelfall wurden die ursprünglich „Unterrichtsmethodiken“ genannten, fachdidaktischen Bestandteile der Lehrerausbildung den entsprechenden Fachbereichen (die für die wissenschaftliche Fachausbildung aufkommen) zugeordnet, während die pädagogisch-psychologische Ausbildung der Lehramtsstudierenden (erziehungswissenschaftliches Begleitstudium) an den Fachbereichen Erziehungswissenschaften zu absolvieren ist. Man erhoffte sich davon eine höchstmögliche Nähe von fachlicher und fachdidaktischer Ausbildung und nahm die potentiellen Risiken dieses Modells („Assimilation“ fachdidaktischer Ansätze und Identitäten durch die Dominanz der Fächer und ihrer Vertreter) in Kauf.

Die Integration der meisten Pädagogischen Hochschulen war in den neuen Ländern von der Besonderheit geprägt, daß die DDR-Lehrerbildung an Pädagogischen Hochschulen *und* Universitäten nach strengen, einheitlichen Studienplanvorgaben völlig identisch verlief (häufig an ein und dem selben Ort mit weitgehend übereinstimmenden Angebotsprofilen), so daß die Integration der Pädagogischen Hochschulen immer auf bereits vorhandene „Anschlußstrukturen“ in den Universitäten zurückgreifen konnte. Praktisch wurde sie über eine strukturelle Expansion vorhandener Lehrerbildungsstrukturen an den Universitäten bewerkstelligt, stets parallel mit der grundsätzlichen Strukturreform der Lehramtsstudiengänge. Sonderfälle innerhalb dieses weitgehend übereinstimmenden Bildes sind die Pädagogische Hochschule Erfurt, die erst jetzt in eine – allerdings neugegründete – Universität eingebunden wird, sowie durch das sogenannte „Potsdamer Modell“, das gegenüber der Lehrerbildung in den übrigen Ländern eine Reihe von Besonderheiten aufweist. Potsdam ist in Bezug auf die Lehrerbildung insofern ein Sonderfall, als an diesem einzigen Standort der Lehrerbildung im Lande Brandenburg (seit 1991 in der ebenfalls neugegründeten Universität) als Kern des „Potsdamer Modells“ Stufenlehrämter und stufenübergreifende Lehrämter gebildet wurden. Das bedeutet, daß unabhängig vom jeweiligen Lehramtsabschluß die Grundlagen des Studiums im lehrerbildenden Bereich für alle Studierenden gleich sind und die Ausbildung

im Sinne eines Komponentenmodells konzipiert ist. Die Potsdamer Landesprüfungsordnung regelt die Bildung von drei Stufenlehrern: Primarstufe, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II. Als stufenübergreifende Lehrämter führt die LPO das Lehramt für die Sekundarstufe I/Primarstufe sowie für Sekundarstufe II/Sekundarstufe I ein (für die es bereits in Nordrhein-Westfalen ein Vorbild gibt). Damit wurde ein viel diskutiertes institutionelles Modell für die Integration der Lehrerbildung in die Universität geschaffen.

In bezug auf die Unterstufenausbildung gilt: Während alle Universitäten und die Mehrzahl der Hochschulen in der DDR ihrerseits bereits über ein breites Spektrum von Diplomlehrerstudiengängen verfügten, befand sich die Unterstufen-Lehrerbildung in gesonderten Instituten für Lehrerbildung (IfL), die gleichwohl z.T. – wie am Beispiel der Pädagogischen Hochschule Halle-Köthen – schon in den späten 80er Jahren in Pädagogische Hochschulen integriert wurden. Mit diesen wurden sie kurze Zeit darauf, nach der Wende, in die Universitäten integriert, so daß heute die Grundschullehrerbildung überall in Ostdeutschland in universitärem Rahmen durchgeführt wird (in der Regel sechssemestrige Studiengänge).

Insgesamt heißt dies, daß keine der Universitäten bzw. Hochschulen in den neuen Ländern der Wissenschaftsratsempfehlung von 1993 gefolgt ist, Fachhochschulen mit Lehramtsstudiengängen, beispielsweise für das Lehramt an Grundschulen, einzurichten bzw. die entsprechenden Lehramtsstudiengänge an Fachhochschulen anzusiedeln.

1.2. *Veränderungen der universitären Fakultäts- bzw. Fachbereichsstrukturen*

Der Neuaufbau der Erziehungswissenschaft hat an den Universitäten und Hochschulen der neuen Länder nicht zeitgleich begonnen und ist unterschiedlich schnell vollzogen worden. Die Ausgangssituation war vor dem Hintergrund der vorhandenen Einrichtungen (Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Institute für Lehrerbildung) recht unterschiedlich. Die größte Spannweite besteht zwischen Berlin (Ost) sowie Jena, wo die Transformationen nur innerhalb *einer* Universität verliefen (die APW in Ostberlin ist gesondert abgewickelt worden) und Magdeburg, wo eine große Technische Universität, eine medizinische Akademie, eine pädagogische Hochschule und zwei Institute für Lehrerbildung (eines in Staßfurt) zu einer neuen Landesuniversität vereinigt wurden.

2. **Zum wissenschaftlichen Personal**

An den 22 Standorten der einheitlichen Lehrerbildung für die Klassenstufen 5-12 (Diplomlehrer) der DDR waren 1989 insgesamt 1760 Personen beschäftigt, darun-

ter 250 Hochschullehrer und 1136 wissenschaftliche Mitarbeiter. Damit betrug das zahlenmäßige Verhältnis von Hochschullehrern zu wissenschaftlichen Mitarbeitern in diesem Bereich etwa 1 : 4,5. An den 33 Standorten der Unterstufenlehrerbildung (Institute für Lehrerbildung) sind 1989 3587 Beschäftigte tätig gewesen, 2139 unter ihnen als Fachschullehrer. (Kell 1994, S. 29ff.)

Betrug der Anteil der wissenschaftlichen Mitarbeiter am wissenschaftlichen Gesamtpersonal der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen der DDR 82 %, so ist dieser Anteil im Bereich der Erziehungswissenschaft an den Universitäten der neuen Länder auf rund 60% gesunken.

2.1. Zu den Beschäftigungsquoten wissenschaftlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit DDR-Biographie

Die Auflösung der Akademie der pädagogischen Wissenschaften mit über 500 Wissenschaftlern und die Abwicklung nahezu aller erziehungswissenschaftlichen Sektionen der Hochschulen und Universitäten, Bedarfskündigungen und Entlassungen im Zuge der Evaluierungen usw. haben dazu geführt, daß die weitaus meisten Erziehungswissenschaftler und Erziehungswissenschaftlerinnen der DDR nicht mehr in ihrem Arbeitsgebiet tätig sind (vgl. Böhnisch u.a. 1994, S. 188ff.).

Daß ihre Chancen insgesamt nicht besonders gut standen und bis heute als entschieden schlecht zu beurteilen sind, hängt auch mit dem Abbauquoten des wissenschaftlichen Personals von DDR-Hochschulen insgesamt zusammen, die nach einem Beschluß der Kultusministerkonferenz von 1992 auf 42,4% des Ausgangsbestandes von 1989 gesenkt werden sollten, so daß für die Hochschulen und Universitäten der neuen Länder ein Gesamtbeschäftigtenbestand von etwa 16.500 Wissenschaftlern (ohne Medizinische Bereiche) (vgl. Kultusministerkonferenz 1992) eingetreten wäre, eine Quote, die sicher in diesem Umfang nicht erreicht wurde (vgl. Burkhardt 1993; Macha u.a. 1994).

Hinzu kommen die wendebedingte Öffnung des Marktes für pädagogische Berufe und damit die Konkurrenz zwischen West- und Ost-Bewerbern. Die Auswirkungen für die ostdeutschen Erziehungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler schlagen sich auch in der Zusammensetzung des Personals der erziehungswissenschaftlichen Fachbereiche, insbesondere in den höheren Statusgruppen, nieder und hinterlassen ihre Spuren auch in der inneren Relation von Forschergruppen und nicht zuletzt in den jeweils bevorzugten Themen, Intentionen, Methoden und Kooperationsformen (siehe Abschnitt 4).

An allen Universitäten und Hochschulen hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß rund zwei Drittel der Mitarbeiterstellen befristet zu führen und für Qualifikationsprojekte zu verwenden sind. Die Rolle des Akademischen Mittelbaus an den

DDR Universitäten ist mit seinem heutigen Funktionsprofil kaum vergleichbar; er bildete praktisch einen eigenen Berufsstand mit hohem Lehrdeputat und hatte einen Großteil der selbständigen Verantwortung für die Lehre wahrzunehmen. Die Aufgaben, die dem Mittelbau heute zgedacht sind, stellen sich weitgehend anders dar, und die Eingliederung von „alten“ Mittelbauern bereitet enorme Schwierigkeiten, insbesondere arbeitsvertraglicher Art. Vielerorts mußten gültige unbefristete Arbeitsverhältnisse in befristete umgewandelt werden, wogegen viele der Betroffenen – meist erfolgreich – arbeitsrechtliche Mittel einlegten. Ihr Verbleib in den ohnehin knappen Mittelbaustellen führte jedoch zu einer „Abriegelung“ dieser Stellen für junge, qualifikationsorientierte Kolleginnen und Kollegen, deren wissenschaftliche Laufbahn damit bis heute erschwert wird.

2.2. Zur gegenwärtigen Personalentwicklung

Von den bis 1994 insgesamt 150 neubesetzten C3- und C4-Professuren für Erziehungswissenschaft wurden 85% der C4-Professuren und 44% der C3-Professuren für Erziehungswissenschaft mit Erziehungswissenschaftlerinnen bzw. Erziehungswissenschaftlern aus den *alten Bundesländern* besetzt (Kell 1994, S. 21).

Angesichts der recht unterschiedlichen Angebotsstruktur für die Lehre (s.u.) nimmt es nicht wunder, daß die Ausstattungen mit Professuren heute sehr unterschiedlich sind. Sie reichen von drei Professuren (mit 8 Mitarbeiterstellen) in Greifswald bis 33 Professuren (mit 32 Mittelbaustellen) in Erfurt.

Das gesamte wissenschaftliche Personal (Professuren und Mitarbeiterstellen) in den erziehungswissenschaftlichen Fakultäten, Fachbereichen und Instituten der elf Universitäten in den neuen Ländern (einschl. Humboldt-Universität zu Berlin), wie es im folgenden ausgewiesen ist, umfaßte 1994 477 Personen auf 198 Professuren und 279 Mitarbeiterstellen, einschließlich der in den Fachbereichen und Instituten für Erziehungswissenschaft ausgewiesenen Stellen für die Nachbardisziplinen Philosophie, Psychologie und Soziologie sowie ggf. für Fachdidaktiken.²

Von den 198 Professuren (93% C4, 40% C3, 7% C2, letztere gibt es nur in Dresden, Erfurt und Leipzig) waren 1994 genau 150 besetzt. Der Besetzungsgrad (insgesamt 76%) lag damit bei den C4-Professuren (80%) deutlich über dem der C2/C3-Professuren (6 %). Inzwischen dürften sich diese Besetzungsquoten kaum

² Aus Fakultäten für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften hat Kell solche Stellen nur berücksichtigt, wenn sie erziehungswissenschaftlichen Instituten zugeordnet sind; zum Teil unberücksichtigt sind Stellen für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, die nicht den Erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen und Instituten zugeordnet sind.

wesentlich verändert haben, weil durch Wegberufungen und Wiederbesetzungssperren an vielen Fachbereichen der Neuaufbau in Stocken geraten ist.

Daraus ergibt sich: 148 Professuren sind im engeren Sinne der Erziehungswissenschaft zuzuordnen (also Allgemeine Erziehungswissenschaft einschl. historische und vergleichende Pädagogik, Schulpädagogik, Sozialpädagogik, Rehabilitations- bzw. Sonderpädagogik, Erwachsenenbildung/Weiterbildung, Berufs- bzw. Wirtschaftspädagogik), die verbleibenden 50 Professuren vertreten für die Erziehungswissenschaft wichtige Ergänzungsdisziplinen wie Pädagogische Psychologie, Bildungssoziologie, empirische Bildungsforschung, Medienpädagogik und Fachdidaktiken (letzteres in der Regel nicht an den erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen).

Auf die bis 1994 besetzten 150 Professuren wurden 47 Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler *aus der DDR* berufen (Anteil 31 %), davon 14 auf C4-Stellen (Anteil 15 %) und 33 auf C2/C3-Stellen (Anteil 56 %). 23 % dieser erfolgreichen Bewerbungen aus Ostdeutschland betrafen Frauen (bei C4-Professuren 7%, bei C2/C3-Professuren 30 %). (Kell 1994, S. 31)

Insgesamt wurden 30 Professuren mit *Erziehungswissenschaftlerinnen* besetzt (rund 20% der Gesamtstellenzahl), davon 12 auf C4-Professuren (Anteil 13%) und 18 auf C2/C3-Professuren (Anteil 31%). Von diesen Erziehungswissenschaftlerinnen waren 11 aus der DDR (37%); darunter eine C4-Professorin (Anteil 8%) und zehn C2/C3-Professorinnen (Anteil 56%). (Vgl. auch Macha u.a. 1994)

120 C-Stellen sind mit Männern besetzt worden (80%), davon 79 auf C4-Professuren (Anteil 87%) und 41 auf C2/C3-Stellen (Anteil 69%). Von diesen Erziehungswissenschaftlern kamen insgesamt 36 aus der DDR (30%); 13 wurden auf C4-Professuren berufen (Anteil 16%) und 23 auf C2/C3-Professuren (Anteil 56%). (Kell 1994, S. 31)

3. Erziehungswissenschaftliche Disziplinen und Studiengänge

Im Mittelpunkt der erziehungswissenschaftlichen Ausbildung stand an allen elf Universitäten bislang die Lehrerausbildung. Es gibt jedoch angesichts der rapide sinkenden Nachfrage (Folge der demographischen Entwicklungen und Prognosen in den neuen Ländern) einen deutlichen Trend der Verschiebung hin zu den erziehungswissenschaftlichen Hauptfachstudiengängen (Diplom und Magister).

Fachrichtungen und Fachgebiete	Gesamtzahl	C4-Professoren	C2/C3-Professoren	Anteil C4-Professoren
<i>Allgemeine Erziehungswissenschaft</i>	28	22	6	79 %
davon: Allg. Pädagogik	15	13	2	87 %
Hist. Pädagogik	8	6	2	75 %
Vergl. Pädagogik	5	3	2	60 %
<i>Schulpädagogik</i>	59	25	34	45 %
davon: Allg. Schulpäd./Allg. Didaktik	17	14	3	82 %
Grundschulpädagogik	40	10	30	25 %
Sekundarstufe I/II	2	1	1	50 %
<i>Rehabilitations-/Sonderpädagogik</i>	24	14	10	58 %
<i>Berufs- und Wirtschaftspädagogik</i>	19	11	8	58 %
<i>Erwachsenenbildung/Weiterbildung</i>	7	4	3	58 %
<i>Sozialpädagogik</i>	11	6	5	55 %
Zwischensummen	148	82	66	55 %
<i>Medien-/Kulturpädagogik</i>	1	0	1	-
<i>Fachdidaktiken</i>	16	6	10	38 %
<i>Pädagogik/Philosophie</i>	1	1	-	-
<i>Pädagogik/Psychologie</i>	18	10	8	56 %
<i>Pädagogik/Soziologie</i>	4	4	-	-
<i>Empirische Bildungsforschung</i>	4	2	2	50 %
<i>Sonstige</i>	6	1	5	-
Summen	198	106	92	53 %

Fachrichtungen und Fachgebiete der erziehungswissenschaftlichen Professuren in den neuen Ländern³

³ Diese Angaben wurden übernommen von Kell (1994, S. 32). Kell stützt sich hierbei auf Datenmaterial der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst.

Folgende Lehramts- und Hauptfachstudiengänge gibt es an den einzelnen Standorten:

Rehabilitationspädagogik (5 Standorte)	Grundschullehrerbildung (9 Standorte)	Berufschullehrerbildung (9 Standorte)	Diplomstudiengang Erziehungswissenschaft (4 Standorte)	Magisterstudium Erziehungswissenschaft
Potsdam Rostock Leipzig Halle Erfurt (nur Aufbaustudien-gang)	Berlin Chemn.-Zwickau Dresden Erfurt Greifswald Halle Leipzig Potsdam Rostock	Berlin Chemn.-Zwickau Dresden Erfurt Jena Leipzig Magdeburg Potsdam Rostock	Dresden - Sozialpädagogik - Berufspädagogik Erfurt - Pädagogik der frühen Kindheit - Bildungsorganisation und Bildungsplanung - Sozialpädagogik - Sonderpädagogik - Erwachsenenbildung - Betriebspädagogik Halle - Sozialpädagogik - Erwachsenenbildung - Rehabilitationspädagogik Rostock - Sozialpädagogik - Sonderpädagogik - Erwachsenenbildung	an allen Standorten (z.Zt. außer Erfurt, hier allerdings sind im Diplomstudien-gang sechs verschiedene Studienrichtungen wählbar, siehe links)

Man kann also festhalten, daß in den neuen Bundesländern an keinem Ort die Lehrerausbildung ohne den Hintergrund eines erziehungswissenschaftlichen Hauptfachstudiengangs durchgeführt wird. Damit sind dementsprechende Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft überall umgesetzt worden.

4. Erziehungswissenschaftliche Forschung

Um Auskunft über die gegenwärtig in den erziehungswissenschaftlichen Instituten der ostdeutschen Universitäten bearbeiteten erziehungswissenschaftlichen Forschungsthemen und die Zusammensetzung der jeweils beteiligten Projektgruppen zu erhalten, hat der Autor im Rahmen der DGfE-Enquête-Kommission "Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern" 1995/96 eine entsprechende Erhebung angestellt und konnte hierbei Informationen über insgesamt 316 zum Untersuchungszeitpunkt bearbeitete Forschungsvorhaben einbeziehen. Die Ergebnisse bieten einen interessanten Einblick in den gegenwärtigen erziehungswissenschaftlichen Forschungsalltag an den Universitäten der neuen Länder nach Themen und

Schwerpunkten, personellen Konstellationen (insbesondere im Hinblick auf die West-Ost-Herkunft der Forscher/-innen), Forschungsintentionen, -methoden, Förderungsbedingungen usw.

4.1. Themen, Projekte, Forschungsgebiete

Die an den erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen bzw. Instituten der ost-deutschen Universitäten in den neuen Ländern gegenwärtig bearbeiteten Forschungsvorhaben sind weitgehend analog zu den etablierten erziehungswissenschaftlichen Arbeitsrichtungen bzw. Subdisziplinen in den alten Ländern identifizierbar. Danach stammen die meisten dieser Vorhaben aus der Schul- und Unterrichtsforschung sowie der Erwachsenenbildung/Weiterbildung (einschl. Hochschulforschung), gefolgt von der historischen & vergleichenden pädagogischen Forschung und der Sozialpädagogik; die wenigsten sind allgemeinpädagogischer Natur ("Pädagogik allgemein").

Schule & Unterricht (Schulforschung/Unterrichtsforschung/ Vorschulpädagogik)	20 %
Erwachsenenbildung/Weiterbildung (Berufs-/Wirtschaftspädagogik, HS-Forschung)	19 %
Sozialpädagogik/Sozialarbeit	12 %
historische Forschung/vergleichende Forschung	14 %
Pädagogische Psychologie	10 %
Rehabilitationspädagogik/Integrationspädagogik	10 %
Sozialisationsforschung (Biographie-, Kindheits/Jugend-, Geschlechterforschung)	8 %
Pädagogik allg. (Allg. Bildungsforschung, erziehungswiss. Theorieforschung)	7 %

Natürlich muß man berücksichtigen, daß bei vielen Forschungsthemen solche subdisziplinären Zuordnungen ineinander übergehen und auch, wie aus obiger Tabelle ersichtlich, Zusammenfassungen vonnöten waren, die eine Zuordnung von Forschungsschwerpunkten "verfremden" können.

4.2. Die personelle Dimension der Forschung

4.2.1. Projektgruppengröße

In bezug auf die Größe der gegenwärtig tätigen Projektgruppen (in Abhängigkeit von verschiedenen anderen Merkmalen) sind interessante Zusammenhänge feststellbar. Ein Drittel aller angegebenen Projekte sind „Eine-Person-Vorhaben“, im folgenden immer "Einzelprojekte" genannt. Je 22% der Projekte werden von zwei bzw. drei Personen bearbeitet, 11% von vier Personen, 12% von 5-7 Personen.

Die Einzelprojekte werden zu je etwa der Hälfte von westdeutschen bzw. ostdeutschen Wissenschaftlern/Wissenschaftlerinnen (48% zu 52%) bearbeitet. Bei den Gruppenprojekten kann man feststellen: *Je kleiner die Gruppe, desto öfter steht sie unter ostdeutscher Leitung – ostdeutsche Einzelprojekte sind signifikant überrepräsentiert – je größer die Gruppe ist, desto öfter wird sie von einem Kollegen bzw. einer Kollegin aus Westdeutschland geleitet* (wobei hier eine Projektgruppengröße von drei signifikant überrepräsentiert ist). Bei den sehr großen Gruppen mit 4 bis 7 Mitgliedern nimmt diese Tendenz jedoch zugunsten einer allmählichen Wieder-Angleichung ab.

Die Eine-Person-Projekte sind auch auf die Forschungsgebiete recht unterschiedlich verteilt. Am häufigsten sind sie im Bereich der Schul- und Unterrichtsforschung, der historischen & vergleichenden Forschung, der Erwachsenenbildung/Weiterbildung und in der Pädagogischen Psychologie anzutreffen; für die Sozialisationsforschung „typisch“ hingegen sind Gruppenprojekte. Unterschiede hinsichtlich der West-Ost-Herkunft der Bearbeiter sind bei dieser Fragestellung nur marginal.

Auch wenn sich, wie später im noch einzelnen gezeigt wird, die ermittelten Einzelprojekte in vielen Merkmalen nur unwesentlich von den Gruppenprojekten unterscheiden, lassen sich unter speziellen Fragestellungen interessante Unterschiede feststellen. Solche gibt es vor allem hinsichtlich der *Förderung* und der *Intentionalität* der Vorhaben. Vorab: Ost-Einzelforscher/-forscherinnen werden öfter gefördert als West-Einzelforscher/-forscherinnen, intentional verfolgen sie häufiger historiographischen Gewinn (zu 33%), während ihre West-Kollegen/-Kolleginnen zu fast 60% überwiegend das Motiv der Praxisaufklärung/Begleitung/Evaluation verfolgen (s.u.). Transformationsprobleme werden von den ostdeutschen Einzelforschern bzw. -forscherinnen häufiger untersucht als von den westdeutschen, wobei *dieser* Befund nicht signifikant ist.

4.2.2. Zusammensetzung der Arbeitsgruppen nach Geschlecht und Herkunft

Von den ostdeutschen Projektleitern bzw. alleinigen -bearbeitern insgesamt sind rund 46% weiblich, der Anteil von Frauen unter den westdeutschen Projektleitern bzw. -bearbeitern hingegen liegt nur bei etwa 15%. Dieser möglicherweise noch aus den DDR-Verhältnissen überkommene, statistisch hochsignifikante Befund wirft ein interessantes Schlaglicht auf die Laufbahnchancen für Wissenschaftlerinnen in der (historischen) Differenz zwischen Ost und West.

Unterscheidet man auch hier zwischen Gruppen- und Einzelprojekten, so stehen von den Gruppenprojekten insgesamt 80 % unter männlicher und nur 20% unter weiblicher Leitung. Die Einzelprojekte werden zu 64% von Männern und zu 36% von Frauen bearbeitet. Wird nun die geographische Herkunft der Projektleiter bzw. -leiterinnen hinzugezogen, so verschiebt sich das Bild wesentlich.

Die Einzelprojekte-Ost sind öfter Projekte von Frauen (zu 61%) als die Einzelprojekte-West (zu 17%), d.h. hier haben wir es mit einem Männer-Anteil von 83% zu tun. Hinsichtlich der *Gruppenprojekte* nach Herkunft der Leitung sind 33% der ostdeutschen Leiter weiblich, aber nur 15% der westdeutschen. Das generelle Geschlechterverhältnis von 3:1 (Männer zu Frauen) für Projektleiter bzw. alleinige Bearbeiter verschiebt sich also bei den „Ost-Einzel-Projekten“ deutlich zugunsten der Frauen.

Ebenso interessant ist die Herkunftszusammensetzung der Gruppenprojekte, betrachtet nach dem/der jeweiligen Projektleiter/-leiterin. Hier wird die Tendenz auffällig, *"unter sich" zu bleiben*, d.h. die Projekte unter westdeutscher Leitung sind auch nur oder überwiegend "westlich" zusammengesetzt. Analoges gilt für die Projekte unter ostdeutscher Leitung.

4.2.3. Dienststellung und Herkunft der Projektleiter/-leiterinnen bzw. alleinigen Bearbeiter/-innen

Zusammengefaßt sind etwa 74% der Projektleiter bzw. alleinigen Projektbearbeiter Hochschullehrer/-lehrerinnen und 26% wissenschaftliche Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen. Gruppenprojekte werden häufiger durch Hochschullehrer/-lehrerinnen geleitet (zu 88 %) als Einzelprojekte, die nur zu 44% von Hochschullehrern/-lehrerinnen bearbeitet werden. Hochsignifikante Unterschiede gibt es zwischen Einzel- und Gruppenprojekten, sowie innerhalb dieser beiden Kategorien zwischen Projekten mit "Ost- oder Westleitung".

Der Anteil der Hochschullehrer ist unter den "westdeutsch" geleiteten Gruppenprojekten am höchsten (96% gegenüber knapp 70% bei "ostdeutsch" geleiteten) und mit nur 17% bei den ostdeutschen Einzelprojekten (gegenüber immerhin 74%

bei den westdeutschen) am geringsten. Hier haben wir es ganz offensichtlich mit einem auffälligen Folgeeffekt der Wende (Abwicklung, Entlassung, Abberufung etc.) zu tun. Auffällig ist ferner, daß der Anteil der *promovierten* Projektleiterinnen bei solchen westdeutscher Herkunft wesentlich geringer als bei den ostdeutschen.

4.2.4. Herkunft der Projektleiter/-leiterinnen bzw. alleinigen Bearbeiter/-innen und Forschungsgebiet

Die Projektleiter/-leiterinnen bzw. alleinigen Bearbeiter/-innen mit ostdeutscher Biographie verteilen sich nach relativer Häufigkeit auf die einzelnen Forschungsgebiete wie folgt:

Projektleiter/-leiterinnen bzw. alleinige Bearbeiter/Bearbeiterinnen aus Ostdeutschland in Abhängigkeit vom Forschungsgebiet (Diff. zu 100% sind westdeutsche Projektleiter/-leiterinnen bzw. Bearbeiter/Bearbeiterinnen)	
Pädagogische Psychologie:	47%
Historische und Vergleichende Pädagogik:	45%
Rehabilitations-/Integrationspädagogik:	42%
Allgemeine Pädagogik:	42%
Schul- und Unterrichtsforschung:	40%
Erwachsenenbildung/Weiterbildung (und Hochschulforschung)	37%
Sozialpädagogik:	25%
Sozialisationsforschung:	8%

In umgekehrter Relation finden sich die relativ meisten Kolleginnen bzw. Kollegen aus Ostdeutschland, die als Projektleiter fungieren oder alleinige Bearbeiter sind, mit 20% in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung, mit 18% in der Historischen und Vergleichenden Forschung und mit 17% im Bereich Schul- und Unterrichtsforschung. Am geringsten vertreten sind sie mit 2% in der Sozialisationsforschung und mit 7% in der Sozialpädagogik, also Gebieten, die es in der DDR so nicht gab.

4.3. *Intentionalität der Vorhaben*

Hinter der Fragestellung nach der Intentionalität der Projekte verbirgt sich einer der interessantesten Aspekte dieser Untersuchung. Die jeweilige Intention wurde aus

dem angegebenen Projektthema und der erbetenen Kurzbeschreibung hergeleitet. Im Ergebnis der Zusammenfassung von ursprünglich neun identifizierten Motiven waren vier "Grundintentionen" identifizierbar, zwischen denen natürlich keine scharfe Grenzziehung möglich ist:

- Theoriegewinn
- historiographischer Gewinn (also Beiträge zur
- erziehungswissenschaftlichen Geschichtsschreibung)
- Entwicklungs- und Begleitforschung (Praxisoptimierung,
- praktisch-pädagogischer Methodengewinn)
- Praxisaufklärung/Evaluation (Beobachtungen/Analysen praktischer Handlungsfelder).

Die Häufigkeitsverteilung dieser Grundintentionen auf die Gesamtstichprobe stellt sich wie folgt dar:

<i>Häufigkeitsverteilung der Intentionalität</i>	
Erziehungswissenschaftlicher Theoriegewinn	13%
historiographischer Gewinn	19%
Entwicklungs- und Begleitforschung	30%
Praxisaufklärung/Evaluation	38%

4.3.1. Intention und Forschungsgebiet

Schaut man sich die vier Grundintentionen getrennt nach den Forschungsgebieten an, so stellt sich heraus, daß 65% der Themen in der Sozialpädagogik, 52% in der Sozialisationsforschung und 43% in der Schul- und Unterrichtsforschung auf Praxisaufklärung und Evaluation von Vorhaben zielen. Andererseits ist diese Intention bei den Themen auf historischem & vergleichendem Gebiet – was niemanden verwundern kann – mit nur 14% vertreten.

Die Intention "Entwicklungs- bzw. Begleitforschung" (Praxisoptimierung) ist mit 50% am häufigsten im Bereich Erwachsenenbildung/Weiterbildung anzutreffen, gefolgt von der Rehabilitations-/Integrationspädagogik (42%), der Schul- und Unterrichtsforschung (40%) und dem Bereich "Pädagogik allgemein" (35%). Mit 27% finden wir diese Intention auch in der Sozialpädagogik, für die allerdings der höchste Anteil (65%) an Themen primär mit dem Motiv Praxisaufklärung/Evaluation (Beobachtungen, Analysen etc.) verbunden ist. Gering vertreten – hier al-

lerdings verständlich – ist diese Intention mit nur 3% in der Sozialisationsforschung mit 2% in der historischen & vergleichenden Forschung.

Die Intention des historiographischen Gewinns, insgesamt von 19% der Projektthemen beansprucht, finden wir mit 77 % natürlich vor allem bei den historischen & vergleichenden Themen vertreten, während sie in den übrigen Forschungsgebieten keine herausragende Rolle spielt: Sozialisationsforschung – 15%, Rehabilitationspädagogik – 13%, Schul- und Unterrichtsforschung – 11%, Pädagogische Psychologie – 0%.

Interessant ist auch die Verteilung der Forschungsintention "erziehungswissenschaftlicher Theoriegewinn". Diese Intention findet sich interessanterweise mit 44% vor allem im Bereich der Pädagogischen Psychologie, in der Sozialisationsforschung sind 30% der Themen primär mit dieser Intention verknüpft, in den allgemein-pädagogischen Projekten 20%. Alle anderen Forschungsgebiete bewegen sich in dieser Beziehung zwischen 3% (Sozialpädagogik sowie Rehabilitationspädagogik) und 10% (Themen der Erwachsenenbildung/Weiterbildung).

Faßt man die (verwandten) Intentionen Entwicklungs- und Begleitforschung sowie Praxisaufklärung/Evaluation als "*praxis- bzw. anwendungsorientierte Forschung*" zusammen, so stellt sich insbesondere für die Sozialpädagogik (hier ergibt die Zusammenfassung beider Intentionen 92%!), die Rehabilitations-/Integrationspädagogik (84%) und die Schul- bzw. Unterrichtsforschung (82%) eine ausgesprochen *hohe Praxisorientierung* heraus. Ähnliches gilt für die Erwachsenenbildung/Weiterbildung (78%), und auch für die Projekte bzw. Themen, die in den Bereich einer "allgemeinen" Pädagogik eingeordnet wurden, ist ein solcher Trend charakteristisch (75%).

Offensichtlich hat sich in der ostdeutschen Erziehungswissenschaft, und zwar insbesondere in den "neuen" Disziplinen wie Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung (aber nicht nur dort) ein Forschungstyp etabliert, der als Entwicklungs- bzw. Anwendungsforschung vor allem auf die pädagogische Praxis und deren Analyse bzw. Veränderung gerichtet ist. Dabei handelt es sich insbesondere um Praxisfelder, die in der DDR nicht (jedenfalls nicht in der heutigen Form) vorhanden und wissenschaftlich kaum erschlossen waren. Der hier beschriebene Trend ist auch an den jeweiligen methodischen Präferenzen der Vorhaben abzulesen, denn in eben diesen Gebieten überwiegen auch deutlich die empirischen Forschungsansätze. Nicht minder interessant sind die Zusammenhänge zwischen intentionaler Ausrichtung und forschungsmethodischer Präferenz (s.u.).

4.3.2. Intentionen nach Einzel- oder Gruppenprojekten und Herkunft

Welche Intentionen werden mit den Forschungsvorhaben nach der personellen Herkunft ihrer Leiter/Leiterinnen bzw. alleinigen Bearbeiter/Bearbeiterinnen (West und Ost) verfolgt? Hierzu können folgende Aussagen getroffen werden.

Innerhalb der Gruppenprojekte gibt es kaum Unterschiede, wohl aber im Hinblick auf die Einzelprojekte. *Die ostdeutschen Einzelprojekte streben signifikant häufiger historiographischen Gewinn an, und viel seltener sind sie auf Praxisaufklärung bzw. Evaluation gerichtet, als dies jeweils bei den westdeutschen Einzelprojekten der Fall ist.* Insgesamt sind ihre Projekte weniger auf Praxis angelegt als die von westdeutschen Wissenschaftlern bzw. Wissenschaftlerinnen bearbeiteten Themen.

4.4. Förderung

Rund 50% der an den Universitäten der neuen Länder bearbeiteten erziehungswissenschaftlichen Forschungsvorhaben genießen eine Förderung durch Drittmittel. Als wichtigste Förderinstitution erweist sich die DFG, deren Anteil unter den geförderten Projekten bei 29% liegt. Es folgen mit 26% die Länder/Kommunen als Förderer und mit 22% der Bund bzw. überregionale Förderer. Die übrigen rund 22% verteilen sich auf die Industrie, Europaeinrichtungen und sonstige Fördereinrichtungen" und fallen mit je 6-8% Förderanteil weit zurück.

Zwischen Ost- und West-Gruppenprojekten (nach der Herkunft der Projektleiter) gibt es hinsichtlich des Anteils der Förderung ihrer Projekte keine nennenswerten Unterschiede, wohl aber hinsichtlich der Förderinstitutionen (s.u.).

4.4.1. Förderung und Forschungsgebiet

Im Bereich der Sozialpädagogik ist der Anteil der geförderten Projekte mit 68% am höchsten, gefolgt von der Sozialisationsforschung mit 59%, der Schul- und Unterrichtsforschung mit 54%, der Erwachsenenbildung/Weiterbildung mit 53% und der historischen & vergleichenden Forschung mit 50%. Die Vorhaben aus den übrigen Gebieten werden zu weniger als 50% gefördert, am wenigsten mit 29% in der Rehabilitations-/Integrationspädagogik.

4.4.2. Förderinstitution und Forschungsgebiet

Zieht man die drei nach der Zahl der Nennungen hauptsächlichen Förderinstitutionen in Betracht (DFG, Bundes- bzw. überregionale Förderung, Förderung durch

Länder/Kommunen), so ergeben sich signifikante Unterschiede der Förderinstitutionen in Abhängigkeit vom Forschungsgebiet.

Danach ist der höchste – und zugleich signifikant überrepräsentative – DFG-Anteil (in der Gesamtstichprobe übrigens fast 15%) mit 55% in der historischen & vergleichenden Pädagogik zu finden, dicht gefolgt von der Sozialisationsforschung mit einem DFG-Anteil von 53%. In der Erwachsenenbildung/Weiterbildung, der Sozialpädagogik und der Rehabilitationspädagogik (dort waren gar keine DFG-Projekte auszumachen) ist er am niedrigsten.

Wechselt man die Perspektive und fragt danach, wie z.B. die DFG-geförderten Projekte insgesamt auf die einzelnen Forschungsgebiete verteilt sind, so stellt sich heraus, daß unter den DFG-geförderten Projekten ebenfalls die meisten aus dem Bereich der historischen & vergleichenden Pädagogik (23%) und der Sozialisationsforschung (21%) kommen (s.o.), gefolgt von der Schul- und Unterrichtsforschung (19%) und der Pädagogischen Psychologie (13%). Landes- bzw. kommunalgeförderte Projekte dagegen verteilen sich mit je 24% auf die Schul- und Unterrichtsforschung und die Sozialpädagogik, gefolgt mit 14% von der Erwachsenenbildung/Weiterbildung und der Rehabilitationspädagogik (12%).

Es ist also anzunehmen, daß sich in der Förderung "anwendungsbezogener" Themen oder solcher von (schul-)politischem Belang ein erhöhtes Landesinteresse niederschlägt. Dies gilt vor allem für die Projekte aus der Rehabilitations-/Integrationspädagogik, der Schul- und Unterrichtsforschung und der Sozialpädagogik. Die DFG dagegen fördert eher theoretische bzw. nicht im engeren Sinne institutionsbezogene Themen, z.B. aus dem Bereich der historischen & vergleichenden Forschung oder der Sozialisationsforschung (s.u.).

4.4.3. Förderung/Förderer und Intention

Da die Verteilung der Förderung auch Rückschlüsse auf die jeweiligen Vergabekriterien der Förderer zuläßt, wurde im Hinblick auf die jeweiligen Förderer auch nach dem Zusammenhang von Förderung und Projektintention gefragt. Im – statistisch allerdings nicht hinreichend gesicherten – Trend stellt sich zunächst heraus, daß Themen mit theoretischer Intention seltener gefördert werden als solche "praktischen" Zuschnitts. In bezug auf die übrigen Intentionen gibt es keine nennenswerten Unterschiede hinsichtlich der Förderung.

Weiteren Aufschluß gibt die Frage nach den jeweiligen Förderern. Es fällt auf, daß die DFG signifikant häufiger historiographisch und theoretisch intendierte Projekte fördert als solche, die Entwicklungs- bzw. Begleitforschung betreiben. Hier treten eher der Bund bzw. überregionale Förderer und die Länder/Kommunen in Erscheinung. Geförderte Projekte, die der Praxisaufklärung bzw. Evaluation gewid-

met sind, genießen allerdings auch zu etwa einem Drittel Förderung durch die DFG. Forschungsprojekte mit der Intention „Theoriegewinn“ werden überwiegend mit europäischen Fördermitteln (ca. 42%) und Mitteln der Industrie bzw. sonstiger Förderer finanziert (je ca. 5%).

Dennoch: Die starke "Theorieorientierung" – Theoriegewinn und historiographischer Gewinn signifikant überrepräsentativ von der DFG gefördert – in der Förderpolitik der DFG steht dem beschriebenen, im Trend eher praxis- und handlungsfeldorientierten Forschungsprofil der – ostdeutschen – Erziehungswissenschaft (s.o.) entgegen.

4.4.4. Förderinstitutionen und Herkunft der Projektleiter/-leiterinnen bzw. alleinigen Bearbeitern/Bearbeiterinnen

Gruppenprojekte werden unabhängig von der Herkunft der Projektleiter annähernd gleich zu etwa 60% gefördert. Bei den Einzelprojekten gibt es deutlichere Unterschiede, denn die Ost-Einzelprojekte werden signifikant häufiger gefördert (immerhin zu 33%) als die West-Einzelprojekte (zu 14%).

Die hier sichtbar Unterschiede lassen u.U. noch die Wirkung spezieller Förderprogramme, zumindest aber eine entsprechend differenzierte Förderungspraxis zugunsten der ostdeutschen "Einzelforscher" vermuten. Um dieser Frage nachzugehen, wurde auch nach den jeweils dominierenden Förderinstitutionen gefragt.

Im Gegensatz zu den geförderten Eine-Person-Projekten gibt es unter den Gruppenprojekten hinsichtlich der Förderinstitutionen interessante Unterschiede. Während die Gruppenprojekte mit west- oder ostdeutscher Leitung zu annähernd gleichen Teilen gefördert werden, zeigen sich beachtliche Unterschiede hinsichtlich der jeweiligen Förderinstitutionen. Gruppenprojekte unter "Westregie" werden signifikant öfter von DFG (40%) und Bund bzw. überregionalen Förderern (26%, zusammen also 66%) gefördert, als dies bei den "Ostprojekten" der Fall ist. Hier überwiegt die Landes- bzw. kommunale Förderung (41%). Der DFG-Anteil ist hier dagegen mit 22% vergleichsweise gering.

Dies ist ein außerordentlich interessanter Befund, der mehrere Interpretationsmöglichkeiten eröffnet. Einerseits kann der geringe Anteil von „Ostprojekten“ unter den DFG-geförderten Forschungsvorhaben mit der unmittelbaren Antragsgeschichte zusammenhängen (die "kürzer" ist, während viele der DFG-Projekte vom bisherigen an den neuen Arbeitsort der – häufig neuberufenen – Antragsteller "importiert" wurden), und der hohe Anteil an landesgeförderten Projekten könnte auf die besseren Verbindungen der Ostkollegen zu den jeweiligen Fördertöpfen der Länder zurückzuführen sein. Im übrigen spiegeln sich hier möglicherweise auch inhaltliche wie politische Landesinteressen in der Forschungsförderung wider. Kri-

tischer interpretiert kann man aber auch in Betracht ziehen, daß möglicherweise die harten Vergabekriterien bei DFG-Drittmitteln für die von ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen – bzw. von wissenschaftlichen Mitarbeitern als Leitern – bearbeiteten Projekte noch unüberwindlich waren (bzw. aus verständlicher Unsicherheit davor zurückgeschreckt wurde), während Projekte mit Landesförderung nicht unbedingt einer mit der DFG vergleichbaren wissenschaftlichen Prüfung (und ja auch formal einem anderen *Procedere*) unterworfen werden. Da die erwähnten Unterschiede signifikant sind, lohnt es sich, über diese Befunde nachzudenken.

Ein interessantes Ergebnis am Rande: Der Förderung durch Europamittel (angesichts des insgesamt geringen Anteils hier unter "sonstige" verbucht) begegnet man vor allem bei den ostdeutschen Einzelprojekten.

4.5. Stichwort "Transformationsprozeß"

4.5.1. Transformationsbezug der Themen („deutsch-deutsch“) und Forschungsgebiet

Am häufigsten findet man Projekte mit Transformationsbezug (*DDR-Bezug, Bezug auf die neuen Bundesländer* oder *Vergleich alte - neue Bundesländer*) im Bereich der Sozialisationsforschung (67% der Themen) und in der Sozialpädagogik (54%), jeweils rund ein Drittel der Projekte im Bereich "Pädagogik-allgemein", der Schul- und Unterrichtsforschung und der Erwachsenenbildung/Weiterbildung beschäftigt sich mit Transformationsproblemen. Am seltensten ist dies im Bereich der Rehabilitationspädagogik (6%) der Fall.

Daß 94% der rehabilitations- bzw. integrationspädagogischen Forschungsthemen keine Transformationsbezüge enthalten, ist ein auffälliger Befund. Im Bereich der historischen bzw. vergleichenden Forschung gilt dies für 72%, im Bereich der Erwachsenenbildung/Weiterbildung für 71%. Diese Ergebnisse scheinen mit der inhaltlichen Relevanz der jeweiligen Forschungsgebiete für innerdeutsche West-Ost-Probleme zusammenzuhängen. Insofern kann es nicht überraschen, daß der Anteil entsprechender Themenstellungen vor allem in der Sozialisationsforschung und der Sozialpädagogik besonders hoch ist. Die umgekehrte Perspektive bestätigt dieses Bild: Die "Transformationsthemen" verteilen sich zu je rund 20% vor allem auf die Schul- und Unterrichtsforschung, die Sozialpädagogik und die Sozialisationsforschung.

4.5.2. Transformation und Förderung

Zwischen Transformationsbezug und Förderung der Projekte besteht ein Zusammenhang. Die Projekte mit Transformationsbezug werden signifikant häufiger

(61%) gefördert als Projekte ohne Transformationsbezug (44%). Umgekehrt behandeln 41% der *geförderten* Forschungsvorhaben Transformationsprobleme – im Gegensatz zu lediglich 33% in der Gesamtstichprobe.

Auffällig ist der Umstand, daß DFG, bundes- bzw. überregionale Förderer und die Länder/Kommunen in etwa gleichen Teilen Fördermittel an Projekte mit und ohne Transformationsbezug vergeben, während sich die Förderer aus der Industrie und europäische Geldgeber bei diesen Themenbezügen (im Vergleich zu den übrigen) in Zurückhaltung üben. Das läßt vermuten, daß die Transformationsproblematik in diesem Fördererkreis noch eher als "innerdeutsches" Problem betrachtet wird.

4.5.3. Die personelle Zusammensetzung der Transformationsprojekte

Transformationsthemen werden überwiegend in Gruppen bearbeitet; hinter 70% der entsprechenden Projekte stehen Gruppen von 2-4 Mitarbeitern, weitere 16% verteilen sich auf sehr große Gruppen mit einer Stärke von 5-7 Mitgliedern. Die verbleibenden 14% sind als „Eine-Person-Vorhaben“ ausgewiesen. Zwischen Transformationsbezug und West-Ost-Herkunft der Projektleiter (Gruppenprojekte) ließen sich kaum signifikante Unterschiede in der Verteilung erkennen. 56 % der in Projektgruppen bearbeiteten Transformationsthemen stehen unter westdeutscher Leitung, die übrigen unter ostdeutscher.

4.5.4. Intentionalität der Transformationsprojekte

Hinsichtlich der Intentionalität streben 55% der Projekte mit Transformationsbezügen primär Praxisaufklärung und Evaluation an, 18% betreiben Entwicklungs- bzw. Begleitforschung, ebenso viele verfolgen primär historiographischen Gewinn, und nur rund 10% widmen sich der systematischen Theoriegewinnung. Die Transformationsthemen verbinden sich signifikant öfter mit dem Motiv der Praxisaufklärung/Evaluation als die Themen, die in keinem inhaltlichen Transformationszusammenhang stehen. Andererseits wird unter den Transformationsprojekten vergleichsweise wenig Entwicklungs- und Begleitforschung betrieben. Transformationsprojekte dienen somit ganz überwiegend der Praxisaufklärung sowie dem historiographischen Gewinn (zusammen 65%) und stehen damit zwar in einem auffälligen Praxiszusammenhang, der sich auch in der Gesamtstichprobe wiederfindet, jedoch ist ihr Praxisbezug in sich nicht differenziert, sondern vor allem auf den Schwerpunkt Praxisaufklärung, nicht auf Evaluation, Entwicklungs- und Begleitforschung fixiert.

Die meisten Transformationsthemen sind so angelegt, daß sie die "Transformationspraxis" voranbringen – die Entwicklung der erziehungswissenschaftlichen Theorie scheint dagegen von den Transformationsprozessen weniger zu profitieren. Das hohe Interesse an praxisgeleiteten Themen in diesem Zusammenhang ist verständlich. Geht man davon aus, daß der Umbau der pädagogischen Praxis in den neuen Ländern auch entsprechend praxisbezogene wissenschaftliche Fragestellungen aufwirft, so ist das vergleichsweise weniger ausgeprägte Interesse an Themen mit in engerem Sinne theoretischem bzw. historiographischem Gewinn zwar verständlich (und sicherlich auch an den Zeitpunkt der Erhebung im Kontext mit der Umgestaltung der pädagogischen Praxis gebunden), muß aber im Hinblick auf die erziehungswissenschaftliche Theorieentwicklung wohl auch als defizitär angesehen werden.

4.6. *Methodische Präferenzen*

Zunächst fällt auf, daß insgesamt überwiegend mit empirischen Methoden gearbeitet wird (74% "überwiegend empirisch" gegenüber 26% "überwiegend theoretisch"). Im Hinblick auf die jeweils dominierenden methodischen Präferenzen in den einzelnen Forschungsgebieten ergibt sich zunächst folgendes Bild.

Danach überwiegen Projekte mit vorrangig empirischem Zugriff vor allem in der Sozialpädagogik (97%), im Bereich der Schul- und Unterrichtsforschung (87%) sowie in der Sozialisationsforschung (85%). Historische und vergleichende Themen bedienen sich dagegen überwiegend (zu fast 79%) theoretischer Forschungsmethoden. Der im Zusammenhang mit der Intentionalität bereits konstatierte Trend zu primär praxisorientierten Forschungsvorhaben bestätigt sich auch im Hinblick auf die bevorzugten forschungsmethodischen Ansätze.

Signifikant ist der Zusammenhang zwischen der primären Intention der Projekte und ihrer jeweiligen methodischen Präferenz. Die Vorhaben, die sich mit der Intention Praxisaufklärung/Evaluation verbinden, werden überwiegend (zu 93%) mit empirischen Methoden bearbeitet, ähnlich wie die Vorhaben, die als Entwicklungs- bzw. Begleitforschung identifiziert wurden (zu 86%). Selbst die primär mit einem Theoriemotiv verknüpften Themen bedienen sich zu zwei Dritteln (66%) empirischer Methoden, die zum Zwecke des Theoriegewinns eingesetzt werden. Die Forschungsprojekte mit historiographischer Intentionalität nutzen hingegen ganz überwiegend theoretische Methoden (78%).

Hinsichtlich der methodischen Präferenzen gibt es zwischen "West-" und "Ostprojekten" zunächst kaum nennenswerte Unterschiede. Auch innerhalb der überwiegend empirischen Projekte sind die konkreten, zum Einsatz gelangenden Me-

thoden auf Ost- und West-Projekte annähernd gleich verteilt. Für beide gilt, daß unter den empirischen Themen häufiger mit qualitativen als mit quantitativen Methoden gearbeitet wird.

Die Vermutung, ostdeutsche Forscherinnen und Forscher würden im Rahmen empirischer Untersuchungen die Erhebung und Auswertung "harter" quantitativer Daten bevorzugen, weil sie diese gegenüber qualitativen Anhaltspunkten (Interviews, hermeneutische Verfahren) für "verlässlicher" und objektiver halten und daher alles meiden, was "subjektive" oder gar "ideologische" Interpretation verlangt, hat sich nicht bestätigt. Qualitative Methoden werden mit großer Aufgeschlossenheit eingesetzt, allerdings am ehesten in Interviews und am wenigsten in Textanalysen.

4.7. *Untersuchungsbereiche und -personen*

4.7.1. Untersuchungsbereiche

Die meisten Forschungsthemen (44%) sind auf den Untersuchungsbereich Schule bezogen (auch wenn sie nicht alle dem Forschungsgebiet "Schul- und Unterrichtsforschung" zugeordnet werden konnten, z.B. in den Fällen "Schulsozialarbeit" und "Umwelterziehung"). Es folgen mit 18% sozialpädagogische Einrichtungen, mit 16% Einrichtungen der Erwachsenen- bzw. Weiterbildung, 12% beziehen sich auf rehabilitationspädagogische Einrichtungen und 10% auf Universitäten, Fachhochschulen, Fachschulen.

Am stärksten vertreten ist der Untersuchungsbereich Schule mit je 86% in der Schul- und Unterrichtsforschung sowie in der Pädagogischen Psychologie, dicht gefolgt mit 75% in der historischen & vergleichenden Forschung. In diesen Forschungsgebieten sind die übrigen Untersuchungsbereiche mit unter 10% vertreten. Die Projekte zur Sozialisationsforschung beziehen sich zu je 42% auf die Untersuchungsbereich Schule und sozialpädagogische Einrichtungen. Auffällig und zugleich einleuchtend ist, daß im Forschungsgebiet Rehabilitationspädagogik mit 79% der Untersuchungsbereich Rehabilitationseinrichtungen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht.

4.7.2. Untersuchungspersonen (-objekte)

Rund ein Viertel aller Themen bezieht sich auf Schüler bzw. Studenten, also Lernende, als Untersuchungspersonen, gefolgt mit rund 20% von der Gruppe der Lehrenden im weitesten Sinne. Es kann nicht überraschen, daß in der Schul- und Un-

terrichtsforschung mit 60% Schülerinnen und Schüler als Untersuchungspersonen überwiegen, während in der Sozialpädagogik zu 30% vor allem Jugendliche untersucht werden. Auch in der Pädagogischen Psychologie stehen mit 57% Schüler und Studenten im Mittelpunkt des Interesses. Am ausgeglicheneren sind die Untersuchungspersonen bzw. -objekte im Bereich der Sozialisationsforschung verteilt, allerdings mit einer Ausnahme: Schüler und Studierende sind hier nur mit 8% vertreten. Daß sie im Bereich der Erwachsenenbildung/Weiterbildung überhaupt nicht auftauchen, dafür aber die pädagogisch Tätigen (Lehrenden) mit 36%, Erwachsene mit 31% und Jugendliche mit 25%, kann nicht überraschen. In der historischen bzw. vergleichenden Forschung sind alle genannten Untersuchungspersonen bzw. -objekte mit je etwa 11% vertreten.

Viele der hier ermittelten Befunde sind nicht überraschend. Die erfragten Zusammenhänge sind aber deshalb von Bedeutung, weil sie für eine gewisse Folgerichtigkeit des Untersuchungsansatzes sprechen, indem sie logische Befunde zutage treten lassen.

4.8. Kooperation

Auf die Frage nach den Kooperationspartnern bzw. kooperierenden Institutionen der Projekte gab es nur auf 90 von 316 Erhebungsbögen entsprechende Angaben (bei mehreren Nennungen zu Kooperationspartnern wurde nur die erste ausgewertet). Man wird daraus schließen müssen, daß nur knapp ein Drittel der Projekte mit relevanten Partnern bzw. Einrichtungen außerhalb der eigenen Universität/Hochschule kooperieren. Interessant ist die Tatsache, daß "keine Angaben" zu Kooperationspartnern bei den Forschungsgebieten historischer & vergleichender Provenienz und „Rehabilitations-/Integrationspädagogik“ signifikant überrepräsentiert waren, d.h. daß hier Kooperation „untypisch“ ist.

Als Kooperationspartner wurden genannt: Universitäten/Hochschulen, Schulen, sonstige Bildungseinrichtungen, außeruniversitäre Forschungsinstitute, Vereine/ Verbände/Stiftungen, Ämter/Behörden sowie Partner aus der Industrie.

Im einzelnen stellte sich heraus, daß rund 80% der historischen & vergleichenden Projekte nicht mit "externen" Partnern außerhalb des Universitäts- bzw. Hochschulsektors kooperieren, und daß die Schulforschungsprojekte überwiegend mit Schulen zusammenarbeiten, während rund ein Viertel der Projekte der Erwachsenenbildung mit Einrichtungen der Wirtschaft kooperiert. Mit Ämtern und Behörden arbeiten nur die sozialpädagogischen Projekte zusammen. Insgesamt wird überwiegend mit anderen Universitäten bzw. Hochschulen kooperiert, was als Normalität universitärer Forschungsk Kooperation gelten kann; am wenigsten mit anderen Uni-

versitäten kooperieren nach unseren Ergebnissen die Projekte der Schul- und Unterrichtsforschung, die sich vor allem auf Schulen als Kooperationspartner konzentrieren.

In Bezug auf die Frage nach der Intentionalität der Projekte und der Wahl der Kooperationspartner stellt sich heraus, daß primär theorieintendierte Forschungsprojekte typischerweise keine Kooperationspartner haben (wenn überhaupt kooperiert wird, dann mit anderen Universitäten) sowie daß – quasi im Gegenzug – praxisintendierte Vorhaben typischerweise kooperieren, vorzugsweise mit Schulen.

5. Konsequenzen und Empfehlungen

Zum Abschluß ihrer Arbeit hat die Enquête-Kommission "Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern" einen Katalog von Empfehlungen zusammengestellt, die dieser Abschnitt aufgreift und in wesentlichen Punkten erweitert. (Vgl. Kell/Olbertz 1997)

Innerhalb der Wissenschaftspolitik ist die Erziehungswissenschaft im Vergleich zu den Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften, Technik- und Naturwissenschaften u.a. nicht zu der Bedeutung gelangt, die der Problemlage im Bereich der pädagogischen und sozialen Praxis im vereinigten Deutschland angemessen wäre, insbesondere was die Probleme in den neuen Ländern anbelangt. Die in den alten Ländern während der letzten 30 Jahre entstandenen "Beziehungsstörungen" zwischen Bildungspolitik und Erziehungswissenschaft auf der einen Seite und die Erfahrungen mit der ideologiefixierten DDR-Erziehungswissenschaft auf der anderen haben offensichtlich eine spürbare Zurückhaltung der Wissenschaftspolitik in bezug auf die Erziehungswissenschaft und deren Einbeziehung bzw. Förderung auch in den neuen Ländern zur Folge.

Von der erziehungswissenschaftlichen Fachgesellschaft DGfE (mit immerhin rund 1.700 Mitgliedern, 22 wissenschaftlichen Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften) ist im Rahmen des Umbaus des Bildungssektors von Seiten der Wissenschafts- und Bildungspolitik in der Regel kein Rat eingeholt worden. Ein gewisser Einfluß auf die Entwicklung ist allerdings über die meist zugleich in der DGfE engagierten Gründungsdekane bzw. -direktoren (mit einer Ausnahme allesamt aus den alten Ländern) genommen worden.

Politischen Verantwortungsträgern ist daher zu empfehlen, *häufiger auf erziehungswissenschaftlichen Sachverstand zurückzugreifen* und vor wesentlichen bildungs- bzw. wissenschaftlichen Entscheidungen durch Begutachtungen, Expertisen usw. *fachlichen Rat einzuholen*. Überregionale wissenschaftspolitische Gremien

(KMK, HRK, BLK, BMBF, Bundes- und jeweilige Landeskommissionen, parlamentarische Arbeitsgruppen usw.) sollten stärker als bislang anerkannte Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler in ihre Arbeit einbeziehen und hierfür entsprechende Personalvorschläge von der DGfE einholen. Auch die Initiierung von wissenschaftlichen Begleitprojekten zu bildungs- oder strukturellen Innovationen unter Nutzung des an den Fachbereichen Erziehungswissenschaften vorhandenen Potentials ist zu empfehlen. Auf diese Weise könnte die Verbindung zwischen Bildungs- bzw. Wissenschaftspolitik und der wissenschaftlichen Fundierung bevorstehender Entscheidungen besser gelingen.

5.1. *Forschung und Forschungsförderung*

Die Transformationsprozesse von Konzepten und Strukturen der Erziehungswissenschaft in den neuen Ländern und der Blick auf gesamtdeutsche Entwicklungsimpulse für die Disziplin haben die Anlässe zur disziplinären Selbstreflexion der Erziehungswissenschaft verstärkt. Hierzu gehört vor allem, sich systematisch und differenziert mit der DDR-Pädagogik bzw. Erziehungswissenschaft auseinanderzusetzen. Anders kann die Disziplin ihren Gegenstand, der in Ostdeutschland gravierende inhaltliche Veränderungen erfährt und sich auf oft gänzlich andere biographische Muster, Sozialisationskontexte, Wertvorstellungen usw. der Menschen gründet, nicht angemessen abgebildet werden.

Die Erforschung der DDR-Pädagogik ist daher explizit wie immanent eine vordringliche Aufgabe nicht nur der Erziehungswissenschaft, sondern auch Verpflichtung der Wissenschafts- und Bildungspolitik. Sie ist deshalb stärker als bisher zu fördern.

Folgende Thesen sollen diese Empfehlung begründen und erhärten:

- Mit der Abwicklung der meisten erziehungswissenschaftlichen Universitäts- bzw. Hochschulsektionen und sonstigen pädagogischen Forschungseinrichtungen der DDR, unvermeidliche Folge der systemfunktionalen politischen Einbindung des Faches, droht zugleich ein *Abbruch von Forschungstraditionen* (in Gestalt spezifischer Sichtweisen, Paradigmen, theoriegeschichtlichen Bezugnahmen, Konzepten etc.), die Teil der Disziplingeschichte bzw. "disziplinären Zeitgeschichte" sind. Damit ist nicht nur der Verlust von dokumentiertem wissenschaftlichem Erbe schlechthin zu befürchten, der durch spätere Arbeit in Archiven noch partiell zu beheben wäre, sondern auch von Reflexions-, Begründungs- und Verständigungspotential im Hinblick auf aktuelle erziehungswissenschaftliche und pädagogisch-praktische Fragestellungen.

- In der Vorstellung der Wende als "Stunde 0" nicht nur für die Erziehungswissenschaft liegen die Wurzeln für einen *verfehlten Transformationsbegriff*, mit dem auf die Anforderungslage der Systemerneuerung und Strukturreform selten mehr angeboten wird als "Übernahmeofferten" westlicher Modelle. Diese in der – historisch gebotenen – Eile der Wende übernommenen Konzepte haben im Westen natürlich ihre Geschichte und sind für sich genommen Ausdruck sinnfälliger Kontinuität ("geordneten Wachstums"), aber im Osten werden sie oft als fremd, "aufgesetzt", spontan und unbegründet erlebt; als "Importgüter" fehlen ihnen nachvollziehbare Herleitungen, was eine Fülle von Mißverständnissen und Reibungen erzeugt. Hinzu kommt, daß die weitere kritische Prüfung und Korrektur von im Westen entwickelten erziehungswissenschaftlichen Theorie- und Praxiskonzepten zu unterbleiben droht, wenn sie durch den Untergang der DDR-Konzepte trügerisch als "bewährt" erscheinen, während sie ihrerseits längst reform- und weiterentwicklungsbedürftig waren. Das Ergebnis dieser Konstellation ist nicht selten verfehlte Bestätigung und "falsche" Stabilität auf der einen Seite, Inkompatibilität und Irrelevanz auf der anderen.
- So wie die DDR-Geschichte insgesamt Ergebnis und Ausdruck der (schwierigen und in mancher Beziehung "typischen") Kontinuität deutscher Geschichte ist, so ist auch die *Geschichte der DDR-Erziehungswissenschaft als Teil der Disziplingeschichte* anzusehen, deren Rekonstruktion die politisch-ideologische Inanspruchnahme und entsprechende theoretische Verwerfungen ebenso wenig ausklammern darf wie zur selben Zeit immer auch entwickelte, tragfähige und innovative (manchmal sogar systemsubversive) Konzepte. Die DDR-Pädagogik konnte in einigen Gebieten auch nach westlichen Maßstäben – vor allem in empirischer Hinsicht – "diskursfähige" Standards vorweisen, die z.T. in relativer Unabhängigkeit von politisch-ideologischen Systemerwartungen bzw. -vorgaben für die internationale Theoriediskussion von Wert sind (und schon zu DDR-Zeiten von Wert gewesen wären, wenn sie auf internationaler Bühne hätten präsentiert werden können). Wer sich auf die Disziplingeschichte berufen oder gar aktuelle Denkansätze auf diese Weise legitimieren will, kann sich also *nicht auf die "halbe" Geschichte beschränken*. Die Geschichte der DDR-Pädagogik bzw. Erziehungswissenschaft ist trotz (vielleicht sogar wegen) der inneren und äußeren Systemabgrenzung in erster Linie "gesamtdeutsche" Geschichte, die in ihrer Ganzheit mit selektiver Rezeption kaum zu bewältigen ist.
- Dabei ist es nicht damit getan, DDR-Kollegen an der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte lediglich zu "beteiligen" (so eine vielgebrauchte, großmütige Formulierung). Wenn die spezifischen Denkweisen und Ansätze der DDR-Pädagogik ernsthaft erörtert und integriert werden sollen, so muß das prinzipiell, also auch unabhängig von entsprechenden Themenstellungen, geschehen. Anders ist Diskurs nicht möglich, und erst recht könnten politische bzw. ideologische Zweck- und Indoktrinationskonzepte der DDR-Pädagogik nicht von theoretisch anspruchsvollen Ergebnissen der Disziplin getrennt wer-

den. Ihr gemeinsames Merkmal, Erbe der DDR-Pädagogik zu sein, hätte ohne eine solche Differenzierung pauschale Disqualifizierung zur Folge. Es geht also darum, die besonderen, historisch vermittelten Wahrnehmungs- und Denkweisen im ostdeutschen Diskurs zur Kenntnis zu nehmen und mit den entsprechenden Traditionen zu kommunizieren. Das ist unverzichtbar, wenn man für aktuelle (oft eben gerade ost-spezifische) Problemlagen neue Lösungsansätze entwickeln will.

- Unabhängig von den jeweiligen Arbeitsgebieten der Erziehungswissenschaft sollten unbedingt die *pädagogischen Reformkonzepte des unmittelbaren Vor- und Umfelds der Wende* gesichtet und wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Diese durch den historischen Gang der Dinge zur Kurzlebigkeit verurteilten Konzepte sind immerhin noch aus der DDR-Pädagogik und ihrem spezifischen Problembewußtsein erwachsen und lassen interessante Rückschlüsse auf das latente Reflexions- und Theorieniveau der Disziplin zu, die plötzlich die kurze, eruptive Chance hatte, innovative Ideen zu verfolgen und in dieser Zeit interessante, spannungsvolle Ansätze produziert hat, auch wenn diese infolge der anschließenden Abwicklung der meisten relevanten Institutionen keine Chance der Realisierung mehr hatten. Letzteres hing fraglos mit dem unvermeidlichen (und letztlich unlösbaren) Problem der Ambivalenz personeller Kontinuität zusammen, denn es hat die Glaubwürdigkeit von Reformvorschlägen natürlich tangiert, wenn aus Theoretikern der kommunistischen Erziehung "über Nacht" Reformpädagogen wurden. Dennoch ist gerade diese kurze Episode der deutschen Erziehungswissenschaft, subjektiv zunächst als hoffnungsvoll erlebt und optimistisch in Angriff genommen, eine Zeit der Experimentierfreude und Alternativensuche gewesen, deren Hinterlassenschaft einer systematische und konzentrierte Betrachtung verlangt. Diese Quellen gehen schnell verloren, denn die damaligen Vorschläge und Konzepte konnten kaum über renommierte Verlage verbreitet werden, sondern belebten als Rundbriefe, Kopien, Entwürfe, Arbeitspapiere usw. den Reformdiskurs.
- Dies alles wirft ein Schlaglicht auf die *Bedeutung der erziehungswissenschaftlichen Transformationsforschung*, die sowohl für die Entwicklung der pädagogischen Berufs- und Handlungsfelder als auch für die erziehungswissenschaftliche Theorieentwicklung nicht hoch genug bewertet werden kann. Der von obigen Analysen zur erziehungswissenschaftlichen Forschung in den neuen Ländern zutage geförderte, *besondere Forschungstyp* der Erziehungswissenschaft in den neuen Ländern mit seinem speziellen Anwendungs- und Entwicklungsbezug stellt dabei keine Alternative oder gar Kontradiktion zur systematischen Grundlagenforschung dar, sondern eröffnet für diese eine neue Perspektive. Praxisorientierte Transformationsforschung wird damit zum Spezifikum und zugleich exemplarischen Keim auch einer neuen erziehungswissenschaftlichen Wissenschaftsforschung und verdient daher verstärkte Förderung. Dies sollte auch für potentielle Drittmittelgeber Anlaß sein, ihre *Förderrichtlinien zu überdenken und weiterzuentwickeln*.

5.2. Lehre

Die der Erziehungswissenschaft von den grundsätzlichen Strukturveränderungen und paradigmatischen Neuentwicklungen *aufgelegte Verstärkung interdisziplinärer Denkansätze* stimuliert zugleich historisch-genetische und *forschungsnahe Lehr- und Lernkonzepte* bzw. -formen. Auch die in diesen Zusammenhang eingebetteten Empfehlungen sollen in Thesenform dargestellt werden:

- Angesichts der Komplexität des realen Transformationsgeschehens in den neuen Ländern und der Interdisziplinarität entsprechender Forschungsansätze sollten verstärkt *fachübergreifende Lehrkonzepte* und Ausbildungsschwerpunkte quer zu den universitären Fächern und Berufsbildern in den Vordergrund von bildungswissenschaftlich und hochschuldidaktisch intendierten Lehr-Lern-Forschungen und Studienreformansätzen gerückt werden.
- Der in den neuen Ländern verbreitete erziehungswissenschaftliche Forschungstyp sollte schnell in die Lehre Eingang finden, denn er kann inhaltlich und methodisch seinerseits neue, praxisgeleitete Lehrkonzepte befruchten. Das gilt vor allem insofern, als praxisbegleitende Forschung dann für die Lehre anregend und innovativ ist, wenn Studierende unmittelbar in Entwicklungs- und Begleitprojekte einbezogen und nicht mehr primär mit Abbildern der pädagogischen Wirklichkeit, sondern mit authentischen, *professionsnahen Anforderungssituationen* konfrontiert werden.
- In einem ähnlichen Zusammenhang steht auch die *Konzipierung und Schaffung von Anreizsystemen für engagierte und erfolgreiche Lehre*. Die Situation und Entwicklung der akademischen Lehre muß (wieder) zum Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung werden. Dazu bedarf es neben der weiterzuführenden bildungskonzeptionellen Grundsatzdebatte zur Universität, die seit Humboldt kaum mehr prinzipiell geführt worden ist, der Entwicklung begründeter Bewertungskriterien und -verfahren zur *Lehr- und Studienevaluation*. Auf die "Lehrqualifikation" ist schon im Rahmen der Nachwuchsentwicklung größerer Wert zu legen. *Viel stärker als bisher sollten überregionale Forschungsförderer Förderprogramme zur Lehrreform und zu entsprechenden wissenschaftlichen Begleitprojekten auflegen.*
- Studienreformbemühungen müssen auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt werden. Damit ist die *Hochschulforschung* angesprochen, die in der DDR ein lange Tradition hatte, derzeit in Ostdeutschland jedoch über nahezu keine institutionelle Basis mehr verfügt (mit Ausnahme des vom Bund und dem Land Sachsen-Anhalt geförderten Instituts für Hochschulforschung Wittenberg e.V.). Die Entwicklung des Hochschulwesens in den neuen Ländern ist von Umstrukturierungen gekennzeichnet, die auf Grund ihrer Rigorosität und Dynamik als *exemplarisch für den Reformbedarf der Hochschulen in Deutschland* gelten können. Gerade in bezug auf die neuen Länder besteht ein unmittelbarer Handlungsbedarf, ein entsprechendes (nicht nur erziehungswissenschaftliches)

Forschungsprofil zu entfalten und damit die Hochschulentwicklung durch Sicherung von Wissensbeständen, Strukturanalysen, Reflexion der sozialen Probleme der Umgestaltung und durch die wissenschaftliche Begründung und Begleitung von Reformprozessen zu stimulieren. Von den Hochschulen selbst werden entsprechende Impulse erwartet, und gerade eine auf solche Erwartungen angelegte und deshalb zu fördernde Hochschulforschung setzt bildungswissenschaftliche Kompetenz voraus, die von u.a. den erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen eingeholt werden kann. Überdies ergeben sich hier neue Chancen differenzierter Profilentwicklung der Fakultäten und Hochschulen im Wettbewerb.

- Für die *Lehrerbildung insgesamt* wird empfohlen, ihre erziehungswissenschaftlichen Grundlagen in Forschung und Lehre auszubauen. Dazu gehört, daß die Landesprüfungsordnungen für Lehrämter zum Examen (Hausarbeit) auch erziehungswissenschaftliche Themen zulassen.
- Die derzeitige demographische Entwicklung (Schülerzahlen) sollte *nicht "linear" in einen Stellen- und Ressourcenabbau übersetzt* werden (hier ist längerfristig zu denken und die prognostizierte Tendenz einer Angleichung der Geburtenzahlen zwischen Ost und West zugrunde zu legen).
- Die *Fachdidaktiken* sollten entgegen einer anderslautenden Empfehlung der Hochschulrektorenkonferenz (1995) *angemessen mit Professuren ausgestattet werden*. Der *Auf- und Ausbau interdisziplinärer Zentren für die Schul- und Unterrichtsforschung* an den Universitäten ist nachhaltig zu empfehlen.
- Für die *Grundschullehrerausbildung* ist auf die Empfehlungen der DGfE (1993) und ihrer Vorstandskommission (vgl. Kell 1994, S. 104-121) zu verweisen. Statt Verlagerungen an Fachhochschulen und Einschränkungen wird eine stufenübergreifende wissenschaftliche Grundschullehrerausbildung in zumindest einem Fach in Verbindung mit einer niveauvollen Befähigung in spezieller Grundschulpädagogik empfohlen (einschließlich der Gestaltung des Anfangsunterrichts sowie der Befähigung in grundschultypischen Lernbereichen). Außerdem sollte die Berufsbezogenheit der Grundschullehrerausbildung durch die Möglichkeit zusätzlicher Qualifikationen ergänzt werden, um die Berufschancen auch in außerschulischen pädagogischen Tätigkeitsfeldern zu erhöhen.

5.3. *Erziehungswissenschaftliches Personal*

Die gegenwärtigen Entwicklungsprogramme der erziehungswissenschaftlichen Fakultäten bzw. Fachbereiche sind durch Haushalts- und Stellenbesetzungssperren (selbst im Falle von Wiederbesetzungen) ins Stocken geraten. Die staatlichen Sparmaßnahmen im Hochschulbereich, die bevorstehende Pensionierungs- und Emeritierungswelle und erste Rückwanderungen von Ost nach West gefährden in

den neuen Ländern den nach der Vereinigung erreichten Ausbau der Erziehungswissenschaft.

- Der nach wie vor hohe *Anteil unbefristeter Arbeitsverhältnisse* im akademischen Mittelbau (größtenteils durch die Übernahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DDR-Mittelbaus, der im DDR-Hochschulsystem ein eigenständiges akademisches Berufs- und Funktionsprofil verkörperte, vgl. Abschnitt 5.3.) führt zur „*Abriegelung*“ *dieser Stellen für junge, qualifikationsorientierte Kolleginnen und Kollegen*, deren wissenschaftliche Laufbahn damit erschwert wird. Neben Einbußen im Hinblick auf die (demographisch veranlaßte) wissenschaftliche Nachwuchsförderung unterbleibt die mit einer sinnvollen Personalfluktuation beabsichtigte „Dynamisierung“ von Forschung und Lehre, wenn Lebenszeitverhältnisse fortgeschrieben werden, während für Qualifikationsstellen praktisch keine Kapazität mehr übrig bleibt.
- Die Forderung des Hochschulrahmengesetzes nach einer *dreijährigen Schulpraxis* für die Besetzung von Professuren, die erziehungswissenschaftliche Aufgaben in der Lehrerbildung wahrnehmen (HRG, § 44, Abs. 3), ist *nicht aufrechtzuerhalten*. Letztlich sind alle erziehungswissenschaftlichen Arbeitsgebiete für die wissenschaftliche Grundlegung der Lehrerbildung bedeutsam, ohne daß sie ihre praktischen Bezüge immer unmittelbar auf die Schule richten können oder gar müssen. Schulpraxiserfahrungen für fachdidaktische Aufgaben sind ebenso wie Erfahrungen aus anderen pädagogischen Praxisfeldern für Erziehungswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen sicher in vielen Fällen zu fordern, aber nicht durch gesetzliche Vorgaben (vgl. Plander 1996). Mit den Denominationen und den Besetzungsverfahren können die Fachbereiche in Ausübung ihrer wissenschaftlichen Autonomie selbst entsprechende Prioritäten setzen.
- Unter Bezugnahme auf Punkt 5.1. wird empfohlen, *ostdeutsche Bewerberinnen und Bewerber bei Stellenbesetzungsverfahren häufiger zu berücksichtigen*. Die Dekane und Fakultäts- bzw. Fachbereichsräte sollten sich stärker dafür einsetzen, daß bei der Ausschreibung von Professuren und Mitarbeiterstellen insbesondere für Allgemeine Pädagogik, Didaktik, Fachdidaktiken, Pädagogische Psychologie und Sonderpädagogik auch Forschungsrichtungen aus der DDR und Osteuropa berücksichtigt werden.
- Im Hinblick auf die *Förderung von Frauen* für den erziehungswissenschaftlichen Nachwuchs wird empfohlen, Benachteiligungen abzubauen, indem insbesondere bei der Besetzung von C4-Professuren junge Erziehungswissenschaftlerinnen verstärkt berücksichtigt werden. Dazu bedarf es zusätzlicher Fördermöglichkeiten (z.B. Promotions- und Habilitationsstipendien) für den weiblichen akademischen Nachwuchs. Zur Förderung von Erziehungswissenschaftlerinnen sollten an allen erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen bzw. Fakultäten Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragte eingesetzt werden, deren

Rechte durch erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten, finanzielle Ausstattung und angemessene Freistellungen auszubauen sind.

- Ein weiteres Problem betrifft die *Mobilität des ostdeutschen wissenschaftlichen Nachwuchses*. Neueste Untersuchungen der DGfE haben gezeigt, daß bei der Einstellung von erziehungswissenschaftlichem Personal aus Ostdeutschland in den alten Ländern noch nicht überall "Normalität" eingetreten ist (vgl. Lehnhardt 1994). Dies gilt für die bescheidenen Zahlen geglückerter Einstellungen ebenso wie für die nach wie vor praktizierten Überprüfungsverfahren, selbst wenn die gesamte wissenschaftliche Ausbildung der Bewerberinnen bzw. Bewerber bereits nach der Wende erfolgte. Ein unbegrenztes Festhalten an diesen Verfahren wird von den jüngeren Stellenanwärterinnen und -anwärtern aus den neuen Ländern zunehmend als diskriminierend empfunden. Sieben Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands sollte sich *eine konsequente Gleichbehandlung aller Bewerberinnen und Bewerber* für den öffentlichen Dienst durch die Einstellungsbehörden, Hochschulen, wissenschaftlichen und beruflichen Fachverbände durchsetzen.

5.4. Institutionelle Strukturen

Gleichwohl es aus vielen Gründen nicht möglich ist, für die erziehungswissenschaftlichen Fachbereiche aller elf Hochschulen in den neuen Ländern zusammengefaßt Empfehlungen zu ihrer institutionellen Struktur zu entwickeln, kann *allen* erziehungswissenschaftlichen Institutionen in den neuen und alten Bundesländern empfohlen werden, zu den eigenen Überlegungen über die Weiterentwicklung ihrer institutionellen und personalen Struktur externen erziehungswissenschaftlichen Sachverstand hinzuzuziehen.

Im Angesicht der entstandenen Vielfalt der Erziehungswissenschaft in den neuen Ländern gibt es heute kaum noch etwas, das sie von der entsprechenden Situation in den alten Ländern unterscheidet. Die Verständigung auf inhaltliche und personale Struktur- und Entwicklungspläne oder gar die Entwicklung einer eigenen "Corporate identity" ist für die Erziehungswissenschaft in Ost und West allenfalls die Ausnahme. Dieser Zustand hat nach den Erfahrungen mit den Vereinnahmungen der Erziehungswissenschaft durch die Politik in unserer Vergangenheit zweifellos eine positive Seite, weil sie Pluralität ermöglicht. Unsere Geschichte zeigt aber auch, wie wenig plurale Vielfalt einmal erreichte Entwicklungsfreiheiten sichert. Deshalb sollte versucht werden, durch längerfristig angelegte Struktur- und Entwicklungspläne wichtige Forschungs- und Lehrgebiete, Theorie- und Forschungstraditionen gegen zufällige, tagespolitische und willkürliche Entscheidungen zu sichern. Mittelfristig angelegte Struktur- und Personalentwicklungspläne und entsprechende Initiativen auf der Basis eigener Evaluationen sind zu empfeh-

len, um ein "Überstülpen" von Strukturplänen von oben auf der Basis von Fremdwahrnehmungen und -evaluationen möglichst zu vermeiden.

In demselben Zusammenhang schließlich ist zu empfehlen, mehr Augenmerk auf die institutionelle Profilierung der erziehungswissenschaftlichen Fachbereiche zu legen, d.h. aus dem Kontext ihrer aktuellen Aufgaben (Studiengänge, Forschungsschwerpunkte), den Besonderheiten der jeweiligen Universität oder Hochschule (Fakultätsgefüge, Fächer- und Studiengangsspektrum, Institutionsgeschichte usw.) und vor allem der eigenen Traditionen spezifisches Potential hervorzuheben und im Rahmen einer eigenen Entwicklungsprogrammatisierung auszubauen. Dies käme dem Wettbewerb der erziehungswissenschaftlichen Fachbereiche um die Ausprägung besonderer Forschungs- und Lehrprofile zugute, wäre der Disziplinentwicklung insgesamt zuträglich und würde überdies auch für die jeweiligen Universitäten bzw. Hochschulen von Nutzen sein. Differenzierte Profilbildung in diesem Sinne kann sich als potentieller Standortvorteil erweisen.

6. Zusammenfassung

Das Fach Erziehungswissenschaft wurde in der DDR nahezu ausschließlich im Kontext mit dem Lehrerstudium gelehrt, als selbständige akademische Disziplin (mit eigenen Abschlüssen) gab es das Gebiet praktisch nicht.

Mit den gesellschaftlichen Veränderungen nach der Wende, aber auch der Irritation vieler bisheriger Wertvorstellungen der Menschen, verbinden sich (speziell in den ostdeutschen Ländern) neuartige pädagogische Problem- bzw. Aufgabenstellungen. Sie sind nicht nur aus Umstrukturierungen im Bildungswesen erwachsen, sondern haben auch außerhalb der Schule neue pädagogische Handlungsfelder aufgetan. An den ostdeutschen Universitäten fand diese Entwicklung ihren Niederschlag u.a. in einer Erweiterung des universitären Lehrgebietsspektrums um erziehungswissenschaftliche Hauptfachstudiengänge (Diplom und Magister), die sich mit Studienschwerpunkten wie Sozialpädagogik, Erwachsenenbildung, Wirtschaftspädagogik, Rehabilitationspädagogik usw. auf neue Handlungsfelder erstrecken. Entsprechende Forschungen liefern die wissenschaftlichen Grundlagen für eine forschungs- und praxisnahe Lehrerausbildung. An keinem Ort in den neuen Ländern wird die Lehrerausbildung heute ohne den Hintergrund eines erziehungswissenschaftlichen Hauptfachstudiengangs durchgeführt.

Dennoch ist innerhalb der Wissenschaftspolitik die Erziehungswissenschaft nicht zu der Bedeutung gelangt, die der Problemlage im Bereich der pädagogischen

und sozialen Praxis im vereinigten Deutschland angemessen wäre, insbesondere was die Situation in den neuen Ländern anbelangt.

Im Sinne der notwendigen Stärkung der Dignität des Faches ist es um so wichtiger, daß sich die Erziehungswissenschaft mit dem Erbe der DDR-Pädagogik auseinandersetzt. Mit der Abwicklung der meisten erziehungswissenschaftlichen Hochschulsektionen und sonstigen pädagogischen Forschungseinrichtungen der DDR droht ein *Abbruch von Forschungstraditionen* (in Gestalt spezifischer Sichtweisen, Paradigmen, theoriegeschichtlicher Bezugnahmen, Konzepten etc.), die Teil der Disziplingeschichte bzw. "disziplinären Zeitgeschichte" sind. Damit ist der Verlust auch von Reflexions-, Begründungs- und Verständigungspotential im Hinblick auf aktuelle wissenschaftliche und pädagogisch-praktische Fragestellungen verbunden.

In der Vorstellung der Wende als "Stunde 0" für die Erziehungswissenschaft (und nicht nur dort) liegen oft auch die Wurzeln für einen *verfehlten Transformationsbegriff*, mit dem auf die Anforderungslage der Systemerneuerung nur mit "Übernahmeofferten" westlicher Modelle reagiert wird. Diese in der – historisch gebotenen – Eile der Wende übernommenen Konzepte haben im Westen natürlich ihre Geschichte und sind für sich genommen Ausdruck sinnfälliger Kontinuität. Im Osten aber werden sie nicht selten als fremd und unbegründet erlebt; als "Importgüter" fehlen ihnen nachvollziehbare Herleitungen, was Mißverständnisse und Reibungen erzeugt. Hinzu kommt, daß die kritische Prüfung von im Westen entwickelten Theorie- und Praxiskonzepten unterbleibt, wenn sie durch das Ende der DDR trügerisch als "bewährt" erscheinen, während sie längst selbst reformbedürftig waren.

Gerade in personeller Hinsicht reicht es deshalb nicht aus, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der DDR an der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte nur zu "beteiligen", ohne ihnen berufliche Chancen zu eröffnen. Wenn man für aktuelle (oft ost-spezifische) Problemlagen neue Lösungsansätze entwickeln will, müssen ihre besonderen, historisch vermittelten Wahrnehmungs- und Denkweisen in den wissenschaftlichen Diskurs integriert werden.

Hier allerdings gibt es gravierende Probleme. Betrug z.B. der Anteil der wissenschaftlichen Mitarbeiter am akademischen Gesamtpersonal der DDR-Hochschulen 82 %, so ist dieser Anteil im Bereich der Erziehungswissenschaft an den Universitäten der neuen Länder auf rund 60 % gesunken. Die Abwicklung fast aller erziehungswissenschaftlichen Hochschulsektionen, Bedarfskündigungen und Entlassungen haben dazu geführt, daß die meisten Erziehungswissenschaftler und Erziehungswissenschaftlerinnen der DDR nicht mehr in ihrem Arbeitsgebiet tätig sind. (Vgl. Böhnisch u.a. 1994, S. 188ff.)

Zudem ist die Rolle des Akademischen Mittelbaus an den DDR-Universitäten mit seinem heutigen Funktionsprofil kaum vergleichbar; als eigener Berufsstand mit hohem Lehrdeputat hatte er einen Großteil der selbständigen Verantwortung für die Lehre wahrzunehmen. Die Inanspruchnahme der knappen Mittelbaustellen des neuen Systems durch die „alten“ Angehörigen des Mittelbaus führt zu einer „Abriegelung“ dieser Stellen für junge, qualifikationsorientierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Dennoch sind die "Leidtragenden" der Umstrukturierung vor allem die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der DDR im mittleren Lebensalter, deren Qualifikation eine einschneidende Entwertung erfuhr, und die in das System nicht mehr richtig "passen". Für die Neubesetzung vakanter Stellen werden sie schon aus strukturellen Gründen selten in Betracht gezogen.

Hinsichtlich der *Professuren* wurde bei rund einem Drittel der Neubesetzungen in Ostdeutschland auf Bewerberinnen und Bewerber aus der DDR zurückgegriffen, wobei ihr Anteil bei den C4-Stellen mit 15 % deutlich geringer liegt als bei den C2/C3-Stellen mit 56 % (Kell 1994, S. 21, 31).

Probleme gibt es auch hinsichtlich der *Mobilität des ostdeutschen wissenschaftlichen Nachwuchses*. Neueste Untersuchungen der DGfE haben gezeigt, daß bei der Einstellung von erziehungswissenschaftlichem Personal aus Ostdeutschland (Absolventen) auch in den alten Ländern keineswegs "Normalität" eingetreten ist (Lehnhardt 1997).

Die gegenwärtigen Entwicklungsprogramme der erziehungswissenschaftlichen Fakultäten bzw. Fachbereiche drohen durch Haushalts- und Stellenbesetzungssperren (auch im Falle von Wiederbesetzungen) ins Stocken zu geraten. Die staatlichen Sparmaßnahmen im Hochschulbereich und erste Rückwanderungen von Ost nach West gefährden den nach der Vereinigung in den neuen Ländern erreichten Ausbau der Erziehungswissenschaft.

Zur erziehungswissenschaftlichen Forschung:

Die meisten der gegenwärtig an den ostdeutschen Universitäten bearbeiteten Forschungsvorhaben stammen aus der Schul- und Unterrichtsforschung sowie der Erwachsenenbildung/Weiterbildung (einschl. Hochschulforschung), gefolgt von der historischen/vergleichenden pädagogischen Forschung und der Sozialpädagogik.

Fast 70 % von insgesamt 312 ausgewerteten Forschungsprojekten wenden sich praktischen, handlungsfeldorientierten Fragestellungen zu (betreiben also Entwicklungs- und Begleitforschung oder sind Evaluationsvorhaben), während rund 30% der Themen theoretisch-systematischen bzw. historiographischen Zuschnitts sind. Damit stellt sich eine ausgesprochen *hohe Praxisorientierung* der Forschung heraus. Vor allem in den "neuen" Disziplinen wie Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung hat sich ein Forschungstyp etabliert, der als *Entwicklungs- bzw. Anwen-*

dungsforschung auf die pädagogische Praxis und deren Analyse bzw. Veränderung gerichtet ist. Dabei stehen Praxisfelder im Mittelpunkt, die in der DDR nicht (jedenfalls nicht in der heutigen Form) vorhanden und wissenschaftlich kaum erschlossen waren. Das weniger ausgeprägte Interesse an Themen mit theoretischem bzw. historiographischem Zugriff ist verständlich, muß aber für die erziehungswissenschaftliche Theorieentwicklung u.U. auch als defizitär angesehen werden.

Die hohe Praxisorientierung hat auch Auswirkungen auf die jeweiligen forschungsmethodischen Präferenzen. Die meisten Projekte (74 %) bedienen sich vorrangig empirischer Methoden. Solche gelangen vor allem in der Sozialpädagogik, der Schul- und Unterrichtsforschung sowie der Sozialisationsforschung zum Einsatz.

In *personeller Hinsicht* sind ein Drittel aller ausgewerteten Projekte „Ei-Person-Vorhaben“. Diese Einzelprojekte werden zu je etwa der Hälfte von westdeutschen bzw. ostdeutschen Wissenschaftlern/Wissenschaftlerinnen bearbeitet. Für die in Gruppen bearbeiteten Projekten gilt: Je kleiner die Gruppe, desto öfter steht sie unter ostdeutscher Leitung, je größer die Gruppe ist, desto öfter wird sie von einem Kollegen bzw. einer Kollegin aus Westdeutschland geleitet.

Der Anteil von Frauen unter den ostdeutschen Projektleitern bzw. alleinigen Bearbeitern beträgt rund 46%, unter den westdeutschen sind es nur etwa 15%. Dieser offensichtlich noch aus den DDR-Verhältnissen überkommene, statistisch signifikante Befund wirft ein interessantes Schlaglicht auf die Laufbahnchancen für Wissenschaftlerinnen in der (historischen) Differenz zwischen Ost und West.

Bei der Herkunftszusammensetzung der Gruppenprojekte, betrachtet nach dem/der jeweiligen Projektleiter/-leiterin, wird die Tendenz auffällig, "unter sich" zu bleiben, d.h. die Projekte unter westdeutscher Leitung sind auch nur oder überwiegend "westlich" zusammengesetzt. Analoges gilt für die Projekte unter Ost-Leitung. Der Anteil der Hochschullehrer ist unter den "westdeutsch" geleiteten Gruppenprojekten am höchsten (96% gegenüber knapp 70% bei "ostdeutsch" geleiteten) und mit nur 17% bei den ostdeutschen Einzelprojekten am geringsten. Dies sind auffällige Folge- bzw. Begleiteffekte der Wende.

Rund die Hälfte der an den Universitäten der neuen Länder derzeit bearbeiteten erziehungswissenschaftlichen Forschungsvorhaben genießt eine *Förderung durch Drittmittel*. Wichtigste Förderinstitution ist die DFG, deren Anteil unter den geförderten Projekten bei 29 % liegt, gefolgt von den Ländern/Kommunen und dem Bund bzw. anderen überregionalen Förderern. Während theoretische bzw. historische Themen vorzugsweise von der DFG gefördert werden, scheint sich in der Förderung "anwendungsbezogener" Themen oder solcher von (schul-)politischem Belang ein erhöhtes Landesinteresse niederzuschlagen. Die starke

"Theorieorientierung" in der Förderpolitik der DFG steht dem im Trend eher praxis- und handlungsfeldorientierten Forschungsprofil der ostdeutschen Erziehungswissenschaft gegenüber.

Trotz der beschriebenen, vor allem personellen Probleme des Neuaufbaus hat die erziehungswissenschaftliche Forschung in den neuen Ländern einen beachtlichen Stand erreicht; sie weist thematisch eine hohe Relevanz auf, und das Spektrum sowohl der aufgegriffenen Themen bzw. Fragestellungen, der angewandten Methoden als auch der Praxisbezüge verdient Beachtung. Es kommt darin die hohe Dynamik einer Entwicklung zum Ausdruck, die noch in vollem Gange ist.

Literatur

- Manfred Bayer / Johannes Wildt: Pädagogische Hochschule zwischen Umwandlung und Integration in die Universität. In: Adolf Kell (Hrsg.): *Erziehungswissenschaft im Aufbruch? Arbeitsberichte*, Weinheim 1994. S. 122-149.
- Lothar Böhnisch / Klaus Drebes / Rudolf W. Keck / Wolfgang Nitsch: Zur Förderung von Erziehungswissenschaftlerinnen/Erziehungswissenschaftlern aus der DDR. In: Adolf Kell (Hrsg.): *Erziehungswissenschaft im Aufbruch? Arbeitsberichte*, Weinheim 1994. S. 188-196.
- Gertraude Buck-Bechler / Heidrun Jahn (Hrsg.): *Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Bilanz nach vier Jahren*, Weinheim 1994.
- Anke Burkhardt: (K)ein Platz für Wissenschaftlerinnen an Ostdeutschen Hochschulen? In: *Beiträge zur Hochschulforschung*. Bayrisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung 3(1993), S. 339-371.
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBWF) (Hrsg.): *Bildungsforschung in den neuen Bundesländern. Situationsanalyse und Dokumentation* (bearbeitet von Regina Kaiser, Sabine Manning und Rudolf Thomas), Bonn 1995.
- Empfehlungen der DGfE zur Grundschullehrerausbildung, in: *Erziehungswissenschaft* 4[1993]8.
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK): *Positionspapier zum Abitur, zur allgemeinen Hochschulreife/Studierfähigkeit vom 18.5.95* (zwischenzeitlich revidiert).
- Adolf Kell (Hrsg.): *Erziehungswissenschaft im Aufbruch? Arbeitsberichte*, Weinheim 1994.
- Adolf Kell / Jan-Hendrik Olbertz (Hrsg.): *Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern*, Weinheim 1997.
- Udo Kuckartz / Dieter Lenzen: Zur Stellensituation in der deutschen Erziehungswissenschaft und zu den Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses, in: *Erziehungswissenschaft* 5(1994)9.
- Kultusministerkonferenz: *Flankierende Maßnahmen zum Personalabbau an den Hochschulen in den neuen Ländern und in Ost-Berlin*, Bonn 1992.
- Volker Lenhardt: *Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler aus der DDR in den alten Bundesländern*, in: Adolf Kell / Jan-Hendrik Olbertz (Hrsg.): *Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern*, Weinheim 1997.

- Hildegard Macha/Monika Klinkhammer/Karin Hildebrandt: Zur Lage der Erziehungswissenschaftlerinnen an den Universitäten der neuen Bundesländer, in: Adolf Kell (Hrsg.): Erziehungswissenschaft im Aufbruch? Arbeitsberichte, Weinheim 1994.
- Gerd Macke: Disziplinierung als Differenzierung und Spezialisierung - Entwicklung der Erziehungswissenschaft unter dem Aspekt der Ausbildung und Differenzierung in Teildisziplinen, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 36(1990)1, S. 51 - 72.
- Ministerium für Wissenschaft und Forschung Baden-Württemberg (Hrsg.): Strukturkommission "Lehrerbildung 2000" des Landes Baden-Württemberg. Abschlußbericht, Stuttgart 1993.
- Jan-Hendrik Olbertz / Adolf Kell: Erziehungswissenschaftliche Forschung an den Universitäten der neuen Länder - Beitrag zu einem Forschungsatlas, in: Adolf Kell / Jan-Hendrik Olbertz (Hrsg.): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim 1997.
- Harro Plander: Schulpraxiserfordernis und Grundgesetz. Ein Rechtsgutachten, der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft erstattet, Hamburg, im Februar 1996.

Die Reflexion der DDR-Wissenschaftsgeschichte in den Einzeldisziplinen

Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster

Peer Pasternack

Wissenschaft ist aus systematischen, hermeneutischen und methodischen Gründen auf zweierlei Betrachtungsebenen angewiesen. Nicht allein die externen Untersuchungsgegenstände sind zu bearbeiten, sondern immer auch die Erkenntnisprozesse selbst, deren Voraussetzungen, Bedingungsgefüge wie ihre externen Wirkungen zu reflektieren. ‚Wissenschaftliche Selbstreflexion‘ ist das diesbezügliche Stichwort. Wenn wir dies voraussetzen, liegt eine Annahme nahe: Ein wissenschaftsgeschichtlich ziemlich beispielloser Vorgang wie der ostdeutsche Wissenschaftsumbau müsste zu besonders intensiver Selbstreflexion Anlass gegeben haben. Betrachten wir jedoch die Debatten in den einzelnen Disziplinen, so ist eine recht differenzierte Diskussionsintensität festzustellen. – Besichtigen wir dies zunächst für die Fächer im einzelnen und fragen sodann nach möglichen Gründen für Unterschiede wie Gemeinsamkeiten.

1. Die Einzeldisziplinen

Die **Erziehungswissenschaft** stellte im Fächerspektrum eine bemerkenswerte Ausnahme dar. Sie hatte sich als einzige Fachdisziplin dazu durchgerungen, ihren Auftritt in Ostdeutschland einer selbstorganisierten Evaluation zu unterziehen: in Gestalt einer entsprechenden Vorstandskommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, 1992 eingesetzt, und einer nachfolgenden Enquête-Kommission, von 1994-1996 arbeitend (vgl. Kell 1994; Kell/Olbertz 1997). Zugleich

kümmerte man sich in diesem Fach intensiv um Bestandsaufnahmen der Disziplin in der DDR. Diese sind ausführlich dokumentiert (vgl. Pasternack 1999, 360-377).

Im übrigen neigt die Mehrheit der westdeutschen ErziehungswissenschaftlerInnen zu einer – „insgesamt betrachtet“ – Erfolgssicht des ostdeutschen Umbaus. Hier nutzte schließlich eine unangepasste Fraktion (noch) Nichtetablierter ihr 1992 gegründetes *Jahrbuch für Pädagogik*, um die Kollegenmehrheit mit aktuellen Stellungnahmen und Dokumentationen zu den problematischeren Aspekten der Vorgänge zu ärgern.¹ Das scheint der disziplininternen Repräsentation des vorhandenen Meinungsspektrums auch bei diesem Thema durchaus förderlich gewesen zu sein. Zugleich wurden damit die Gründe für die Einsetzung der Enquête-Kommission etwas stärker verdeutlicht.

Ein Sonderfall in anderer Hinsicht als die Erziehungswissenschaft war die **Geschichtswissenschaft**. Hier hatten Auseinandersetzungen gleich 1990 begonnen. Das Fach ist dann wie keine andere Disziplin unter einer sowohl regen fachinternen Diskussion wie fachexternen publizistischen Begleitung umgebaut worden, dabei mit gelegentlich nur marginalem Bezug auf wissenschaftsübliche Argumentationsstandards. Beteiligt waren innerhalb des Faches, grob differenziert, drei Gruppen: die etablierten DDR-Historiker; der von jüngeren Historikern gegen die offiziöse DDR-Historikergesellschaft Anfang 1990 gegründete Unabhängige Historikerverband (UHV), der sich durch inhaltliche und politische Bezugnahme auf die DDR-Bürgerrechtsbewegung zu legitimieren suchte; schließlich die etablierte westdeutsche Historikerschaft.

Offen ausgetragen wurden in den Debatten vornehmlich folgende Fragen: Was ist Moral in der (Geschichts-)Wissenschaft, und wie moralisch muss resp. darf die (Geschichts-)Wissenschaft sein? Gibt es einen Strafanspruch der Nichtarrivierten gegenüber den Arrivierten in der DDR-Wissenschaft? Verträgt sich frühere Systemnähe mit heutiger Beschäftigung im öffentlichen Dienst? Wer darf die DDR-Geschichte erforschen?

Ausgiebige Diskussionen zur Geschichte der Geschichtswissenschaft in der DDR verbanden sich also durchgehend mit der Auseinandersetzung um ihre Neugestaltung. Die Grundlinien der Diskussionen verdichtend lässt sich sagen: Von den involvierten westdeutschen Fachvertretern wurden vornehmlich Schuleninteressen verfochten und Ressourcenverteilungskonflikte ausgetragen. Für einige der beteiligten West-Fraktionen waren dabei die ost-internen Auseinandersetzungen

¹ *Jahrbuch für Pädagogik* 1992. Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß, Frankfurt/M. 1992; *Jahrbuch für Pädagogik* 1993, Frankfurt/M. 1993; vgl. auch die nachfolgenden Ausgaben. Zur Sicht der ostdeutschen Betroffenen, die der Umbau aus den Strukturen herausgeschleudert hatte, vgl. exemplarisch Buddin (1994, 250-308).

durchaus den eigenen Anliegen förderlich. Im übrigen gab es eine fraktionübergreifende Fähigkeit zum Kompromiss bei der Aufteilung der Reviere.²

Auch die innerostdeutsche Auseinandersetzung um die Neugestaltung des Faches verharnte nicht bei symbolischer Prestigeverteilung. Zugespitzt in der Frage „Wem gehört die DDR-Geschichte?“ brachte der UHV die Probleme auf einen personenbezogenen Punkt: Wer darf weiterhin öffentlich finanzierte Forschung betreiben? Die Antwort schien nicht schwer. Denn zugleich hatte der UHV eine Gegenpolitisierung der Geschichtswissenschaft zu forcieren gesucht: Arbeiten zur DDR-Geschichte werden unter der politischen, mithin vorwissenschaftlichen Prämisse der Illegitimität der DDR und ihres politischen Systems favorisiert. Auf der anderen Seite beharrten die vormals etablierten DDR-Historiker auf der ebenso vorwissenschaftlichen Prämisse der Legitimität der DDR und ihres politischen Systems. Das schränkt die Reichweite der Fragestellungen naturgemäß ebenso ein.

In solcherart bewegter See konnte die etablierte (West-)Zunft ihre Schiffe recht zielsicher in die ostdeutschen Häfen steuern. Am Ende hat keiner der Kapitäne umkehren müssen. Niemand ist völlig leer ausgegangen.³

Etwas anders verhielt es sich in der **Philosophie**. Hier wurde die Neuordnung erst vollzogen, um sie hernach intensivst zu debattieren. Die Debatte fand mithin statt, als nichts mehr zu ändern war. Im Januar 1996 erst provozierte ein Beitrag in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* eine anhaltende Diskussion.⁴ Die Jahre zuvor hatte dagegen einhelliges Schweigen geherrscht – übrigens bei ost- wie westdeutschen Philosophen. Eine Disziplin, der gemeinhin eine besondere Neigung zum Nachdenken über sich selbst nachgesagt wird, veranstaltete nun also eine nachholende Debatte.

Eine verspätete Diskussion hat freilich auch Vorteile. Die Betrachtung kann von den Ergebnissen her geschehen. Wenn alles gelaufen ist, darf die Umbaufolgenanalyse auf prozessuale Rücksichtnahmen verzichten: Ein „Augias-Stall“ war „auszumisten“, war von der Jenenser Westberufung K.-M. Kodalle (1996, 503) zu vernehmen. Der Ostüberlebende H.-U. Wöhler, TU Dresden, informierte in der gleichen Zeitschriftennummer über die „Ahnungslosigkeit“ von Leuten, die „die

² Vgl. etwa den auf dem Historikertag in Leipzig 1994 gezogenen Schlussstrich um die Diskussion zum Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam, damals unter der Leitung von Jürgen Kocka, und dessen Hintergründe (dargestellt bei p.p.: Editorial, in: *hochschule ost* 6/1994, S. 7-11).

³ Die Debatten und ihre Grundlagen sind zugriffsfreundlich dokumentiert: vgl. den bibliographische Wegweiser in Pasternack (1999, 321-340).

⁴ Schneider (1996). Zur darauf folgenden Debatte vgl. deren Dokumentation: Pasternack (1998).

getane Arbeit mit dem Ausmisten eines Augiasstalles verglichen“ (Wöhler 1996, 508). Das war dann immerhin einmal eine klar benannte Differenz.

Den debattenauslösende Beitrag hatte der aus Amerika nach Leipzig gekommene, in tribalistischer Perspektive westdeutsch einzuordnende Assistent Ulrich Johannes Schneider verfasst. Er hatte nach Veränderungen in der Philosophie infolge des deutsch-deutschen Umbruchs gefragt. Er sah keine. Der akademische Betrieb must go on. Schneider kritisierte, dass die deutsche Universitätsphilosophie „aus einer Selbstverständlichkeit in die andere... geraten (scheint), ohne daß eine nicht bloß lokale Diskussion darüber stattgefunden hätte“ (Schneider 1996, 149). Dass die "Veränderung von den Philosophieprofessoren schweigend akzeptiert wurde, erweist sie alle, in Ost und West, als gute Staatsbürger und disziplinierte Wissenschaftler, zu deren Wissenschaft es offenbar nicht mehr gehört, Probleme einer zwar friedlichen, aber radikalen Revolution aller Verhältnisse, gedanklich und im Hinblick auf das eigene Tun zu begleiten." (Ebd., 158)

Zwar hatte es bis 1996 in der Philosophie keine wahrnehmbare Debatte über ihren eigenen Umbau gegeben. Ihre DDR-Geschichte hingegen war umso intensiver thematisiert worden. Zahlreiche Forschungs- und Publikationsprojekte holten die Leichen der DDR-Philosophie aus dem Keller:⁵ Ernst Bloch, Wolfgang Heise, Peter Ruben, Lothar Kühne, zu nennen auch Günther Jacoby oder Robert Havemann und Rudolf Bahro.⁶ Andere Projekte beleuchteten eine Reihe von Aspekten der politischen Geschichte der DDR-Philosophie. Dabei hatte sich anfangs zunächst eine verstörende Überraschung ergeben: Kaum war die DDR-Philosophie ihres politisch-systemischen Bezugsrahmens verlustig gegangen, lagen zu ihr bereits zwei externe Überblicksdarstellungen vor (Kapferer 1990; Wilharm 1990). Einer ihrer beiden westdeutschen Autoren, Norbert Kapferer, hatte dann auf Kritiken an seiner Arbeit reagiert, indem er ergänzende Sichtweisen einiger ostdeutscher Philosophen publizierte (Kapferer 1994).

Doch, wie gesagt, vom zugleich stattfindenden Umbau des Faches in Ostdeutschland blieben diese Auseinandersetzungen völlig entkoppelt – und die ausführlichste Wortmeldung übrigens war eine belletristische, sinnigerweise wie inhaltlich nachvollziehbar im Eulenspiegel-, einem Satire-Verlag erschienen. (John Erpenbeck: Aufschwung. Roman, Berlin 1996. Beschrieben wird darin der Weg eines einst international angesehenen, nunmehr abgewickelten ostdeutschen Philosophie-Professors hin zum Gründer und Leiter eines kommerziellen „Instituts für

⁵ Vgl. die bibliographische Übersicht bei Pasternack (1998a).

⁶ Bahro und Havemann waren im eigentlichen keine Philosophen, sondern Soziologe bzw. Physikochemiker. Sie werden aber durch den Umstand, dass sie sich mit sozialphilosophischen Thesen dissidentisch profilierten, oft der DDR-Philosophiegeschichte zugerechnet.

wissenschaftliches Handlinienlesen“ mit atemberaubendem Geschäftserfolg, der ihm schließlich als erfolgreichstem Existenzgründer in Ostdeutschland das Bundesverdienstkreuz einträgt. Ein durch und durch satirischer Plot, unaufdringlich gestaltet, der nahezu alle realsatirischen Momente des deutsch-deutschen Vorgangs der letzten Jahre fokussiert, bis hin zu hierzulande ungewohnt neuen Schwerpunkten aufklärerischen Wirkens: Für die durch die Lektüre neu Interessierten ist auch ein „Brevier der Chiromantie“ eingehftet – und für die standhaft Bleibenden dies auf andersfarbigem Papier, des einfacheren Überblätterns wegen.)

Dies – die intensive Bearbeitung der DDR-Fachgeschichte und das gleichzeitige Beschweigen des aktuellen Umbaus – fand und findet sich auch bei anderen Disziplinen.

So liegen für die **Sprach- und Literaturwissenschaften** unterdessen zahlreiche, z.T. anspruchsvolle Darstellungen ihrer DDR-Geschichte vor: Darstellungen, die zugleich allerdings einer reflektierenden Bezugnahme auf die nach-89er Entwicklung vollständig entbehren. Auch aufsehenerregende Kontroversen gab es dabei bislang nicht. Das (anonyme) DDR-Gutachterwesen etwa, eine für die germanistische Literaturwissenschaft in der Tat bestehende politische Hypothek, harrt noch systematischer Aufarbeitung.⁷ Anfangs, 1990/91, waren gemeinsam mit westdeutschen Kollegen Kolloquien zur Geschichte der DDR-Sprach- und Literaturwissenschaften durchgeführt worden, damit wohl nicht zuletzt Informationsbedarf auf West-Seite bedienend. Fachorgane öffneten der Dokumentation dieser Veranstaltungen ihre Seiten, so dass die Dinge übersichtlich vorliegen (vgl. Pasternack 1999, 348-355).

Der Umbau seit 1990 selbst wurde als politischer Vorgang nicht und in fachlicher Hinsicht mäßig diskutiert. Es gab die fachüblichen Debatten über die systematische Ein- und Zuordnung der sprach- und literaturwissenschaftlichen Einzeldisziplinen in den Korpus der Fakultäten. Daneben spielte die kulturwissenschaftliche Öffnung des Faches eine gewisse Rolle. (Vgl. Pasternack 1996b, 125-144) An diesem Punkt fiel zufällig eine aktuelle westdeutsche Debatte mit dem Ost-Umbau zusammen. Mithin war auch dies nicht primär durch die ostdeutsche Entwicklung induziert.

Einerseits ganz ähnlich, andererseits völlig abweichend von den Sprach- und Literaturwissenschaften verhielt es sich bei den **Juristen**. Im Zuge der intensiven wissenschaftlichen Bearbeitung des DDR-Rechtssystems wurden zwar auch einige

⁷ In der Dokumentation von Mix (1993) zur Publikationsgeschichte des Hinze-Kunze-Romans von Volker Braun findet sich schon einmal an einem Einzelbeispiel gezeigt, wie sowohl fördernd als auch behindernd Literaturwissenschaftler in Publikationsvorgänge einzugreifen vermochten.

anspruchsvolle Studien zur DDR-Rechtswissenschaft vorgelegt (vgl. Pasternack 1999, 404-410). Die Neugestaltung des Faches jedoch fand sich nicht streitig gestellt.

Die Gründe dafür sind recht simpel: Zum einen ist die etablierte westdeutsche Rechtswissenschaft sich selbst sehr gewiss. Die Systematik des Faches gilt weithin als unhinterfraglich. Gleiches ist für die curriculare Gestaltung des Ausbildungsganges zu sagen, unbeschadet dessen, dass dieser Ausbildungsgang den außeruniversitären Repetitor zwingend erforderlich macht. Zum anderen galten den westdeutschen Juristen die ostdeutschen Kollegen nicht als solche.⁸ Hierbei trafen sie sich mit den **Wirtschaftswissenschaftlern**. Eine Debatte über die Modalitäten des Umbaus der Disziplinen erübrigte sich damit. Man ging von einem planierten Gelände aus. Auf diesem konnten die rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Landschaftsparks angelegt werden, ohne früheren Bewuchs ins Kalkül ziehen zu müssen.

Schließlich musste zudem eine Anzahl von Professuren besetzt werden, die die beiden Fächer überforderte. Wer westelbisch habilitiert war, konnte in den neuaufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften nicht abgewiesen werden. (Dass sich aber auch unter diesen Bedingungen die paradigmatische Immunität etwa der Wirtschaftswissenschaften bewährte, indem, gleichsam als Konfessionsvorbehalt, ein Bekenntnis zu den normativen Grundlagen des bestehenden Wirtschaftssystems Berufungsvoraussetzung war – dies versteht sich von selbst. Vereinzelt Bewerbungen, die daran scheiterten, berühren – angesichts der verschwindenden Größenordnung diesbezüglicher Vorkommnisse – den Gesamtbefund nur marginal.) Insofern brauchte sich niemand streiten, da (fast) alle zufriedengestellt werden konnten.

Diese Fächer müsste denn auch Dieter Simon, Wissenschaftsratsvorsitzender der Zieldefinitionsphase, gemeint haben, als er 1995 feinsinnig polterte: Heute seien im Westen „auch hintere Ränge völlig geräumt“. Noch „die drittklassigste Begabung (wurde) aus dem Wartestand erlöst und (gibt) sich mit souveränem Schulterklopfen als Kollege zu erkennen, wo sie bestenfalls zum Taschenträger bestimmt schien“. Und die große Chance, die sich im Osten ergab, sei häufig zu groß gewesen „für die geringe Fassungskraft der Begünstigten“ (Simon 1996, 208). Vertreter

⁸ Dabei gab und gibt es einzelne Ausnahmen: Karl Bönninger, Uwe-Jens Heuer, Hermann Klenner, Rolf Lieberwirth und Karl A. Mollnau. Vgl. hierzu auch die von den Fachüblichkeiten etwas abweichende deutsch-deutsche Vereinigungsgeschichte in der Rechtsphilosophie, dargestellt bei Dreier (1996). Sich Respekt zu verschaffen vermochte schließlich auch Rosemarie Will als Übergangsdekanin der Juristen an der Berliner Humboldt-Universität.

anderer Fächer dagegen waren wohl sachlich im Recht, als sie Simon verzerrte Realitätswahrnehmung vorwarfen.

Die Akzeptanz der Ost-KollegInnen war in einer ganzen Reihe von Fächern nicht ungebrochen. Die Umbaumodalitäten freilich gestalteten sich nicht überall gleich. In der **Soziologie** bspw. galten die ostdeutschen Fachvertreter als zwar Schmutzkinder, aber als solche doch irgendwie zur Familie gehörend. Entsprechend war es im gegenseitigen Umgang durchaus etwas zivilisierter zugegangen. (Übersehen müssten wir hier nur einmal die West-Aneignung der Ost-Gründung *Berliner Journal für Soziologie* auf kaltem Wege, ein von stilistischen Verwerfungen nicht freier Vorgang: Über Nacht fand sich dort 1992 das buchstäblich ahnungslose ursprüngliche Herausgeberkollegium durch ein neues, westdeutsch dominiertes ersetzt. Vgl. Schäfers 1992; Hg. Meyer 1997, 38-40)

Nicht dass die Ergebnisse in der Soziologie wesentlich anders aussähen als in vielen anderen Fächern: Ende 1993 waren die erste Welle der ostdeutschen Soziologie-Neuberufungen weitgehend abgeschlossen. Von 38 ProfessorInnen kamen 31 aus West-, fünf aus Ostdeutschland und zwei aus Österreich. Von 72 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen stammten zwei Drittel aus West- und ein Drittel aus Ostdeutschland (Kreckel 1994).⁹ (Bei der Bewertung dieser Ergebnisse der Besetzungsverfahren muss indessen auch berücksichtigt werden, dass es in Westdeutschland weitaus mehr SoziologInnen gab/gibt als in Ostdeutschland, wo die Soziologie geradezu ein Orchideenfach gewesen war.) 1997 hatte sich das Verhältnis bei den Berufenen zugunsten der Ostdeutschen verschoben: Von dann 53 Professoren an ostdeutschen Universitäten waren 11 in der DDR promoviert oder habilitiert worden (wobei zwei sog. Professoren alten Rechts sind). (Kaube 1998, 297) Dennoch verbirgt sich dahinter eine insgesamt nur geringe Verbleibsquote ostdeutscher SoziologInnen im akademischen Bereich. Diese wird vorwiegend der empiristischen Ausrichtung der DDR-Soziologie zugeschrieben (und der entsprechend einseitigen Qualifikation der ostdeutschen Soziologen, die freilich unterdessen vielfach erfolgreich erweitert worden war). Wie sie auch immer bewertet werden, den erzielten Ergebnissen in der ostdeutschen Soziologie waren jedenfalls ebenso ost-westkommunikativ angelegte Bestandsaufnahmen des Faches in der DDR vorausgegangen, wie der Umbauprozess durchgehend unter Beteiligung Ost- wie Westdeutscher debattiert wurde (vgl. Pasternack 1999, 380-396).

Einen Sonderfall in mehrfacher Hinsicht stellt die (evangelische) **Theologie** dar. Sie stand zunächst, unmittelbar nach 1989, unter politischer Protektion. Diese äußerte sich insbesondere im kapazitativen Ausbau des Faches in den ansonsten

⁹ Zu detaillierteren Auskünften über Verbleib und Beschäftigung ostdeutscher SoziologInnen vgl. auch Schlegel (1995) m.w.N.

vornehmlich von Abbau betroffenen Universitäten. Sodann nahmen, wie die Pfarrer in der Politik, zahlreiche Theologen im Wissenschaftsumbau zentrale Positionen ein. Diese Exponiertheit weckte Aufmerksamkeit beim Publikum. Recht bald war die ostdeutsche Theologie in die kircheninternen Stasi-Debatten geraten. Aus dem Berliner Humboldt-Rektor Heinrich Fink hatte sie sich eine zentrale Projektionsfigur erschaffen. An Fink arbeiteten die unterschiedlichen Fraktionen des Faches ihr jeweiliges Verhältnis zur DDR ab. Eine symbolische Überfrachtung war die Folge. Fink war nur noch entweder Lichtgestalt oder der Leibhaftige. Vermischt fand sich all dies mit institutionellen Konkurrenzen durch die Auflösung der Kirchlichen Hochschulen und ihre Überführung in die Universitätsfakultäten. Im übrigen ging die ostdeutsche Theologie Debatten über interne Umgestaltungen eher aus dem Wege. An den fünf Universitätsstandorten der Theologie außerhalb Berlins bemühte man sich um möglichst geräuscharme Entsorgung tatsächlicher oder vermeintlicher politischer Problemfälle.¹⁰

Eine Reihe von disziplingeschichtlichen Studien und Dokumentationen zur DDR-Geschichte der Theologie ist zwar vorgelegt worden. Doch wurden diese kaum in eine Debatte dieses Themas eingespeist. Wo es nicht zu vermeiden war und – ähnlich der Kirche – weitgehend aus einer Abwehrhaltung heraus, stritt man mit externen Anfragern um die Vergangenheit.¹¹ Der Heidelberger Kirchenhistoriker Gerhard Besier etwa gab hier mit seinen umfanglichen Auswertungen von MfS- und DDR-Staatsakten Anlässe zu Richtigstellungen.¹² Solche wurden indes weniger vorgenommen, um die spezifische Akten-Hermeneutik Besiers zu hinterfragen.¹³ Dafür hätte es immerhin einige Gründe gegeben. Vielmehr scheinen die Wortmeldungen aus der ostdeutsch-theologischen Insiderperspektive andere Motive gehabt zu haben: Der aktuelle Ausbau des Faches wurde wesentlich aus den Behinderungen in der DDR legitimiert, Nichtreaktion auf Vorwürfe zur politischen Vergangenheit der ostdeutschen Theologie hätte die augenblicklich erfahrene politische Protektion gefährden können.¹⁴

Inhaltlich beschränkten sich die Neugestaltungsdebatten in der Theologie auf zwei Dinge: Zum einen wurde die Ökumenik als Einfallstor des DDR-Staates in

¹⁰ Vgl. Pasternack (1996b); zu den Quellen vgl. Pasternack (1996a; 1999, 315-320).

¹¹ Vgl. exemplarisch Hildebrandt (1993); Rat der Theol. Fak. der Universität Leipzig (1992).

¹² Vgl. G. Besier: Die kaderpolitische Entwicklung an den theologischen Fakultäten (1952-1963), in ders. (1993, 381-418); ders.: Protestantische Kaderbildung. Zur Geschichte der Theologischen Sektionen (1969-1989), in ders. (1995, 548-589).

¹³ Eine Ausnahme bildete Beyer (1993).

¹⁴ Vgl. etwa Kähler (1994), m.w.N.; Krötke (1994); Rendtorff (1993); Pasternack (1996b).

die Theologie identifiziert. Infolgedessen gibt es diese Teildisziplin heute so nicht mehr bzw. wurde z.T. ersetzt durch Missionswissenschaft. Zum anderen bewährte sich das Fach wie ein Mann in der Abwehr einer offenbar existentiell empfundenen Zumutung: dem Ansinnen, feministischer Theologie und/oder theologischer Frauenerforschung Wirkungsmöglichkeiten und Stellen zu eröffnen (vgl. Klank 1995).

In den anderen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern, die wir bisher noch nicht erwähnt haben, war es fast völlig ruhig geblieben. Es sind das die sog. Kleinen Fächer: **Wissenschaftsgeschichte, Musikwissenschaft, Kunstgeschichte, Orient-, Altertums- und Regionalwissenschaften**, aber auch die **Psychologie**. In diesen Disziplinen gab es lediglich den einen oder anderen einsam bleibenden Artikel, in Orientalistik und Musikwissenschaft auch jeweils eine Dissertation zu deren DDR-Geschichte (Hafez 1995; Klingberg 1997), und es gab vereinzelt Streit um Personen.¹⁵ In der Kunstgeschichte und Musikwissenschaft waren vereinzelt die Arrivierten der Fächer ob ihrer Arriviertheit angegriffen worden. Sie revanchierten sich mit mehr oder weniger subtilen Hinweisen: Bei manchem der Kritiker habe der steckengebliebene Aufstieg auch andere als politische Gründe gehabt.¹⁶

Allerdings: Es konnte noch weitaus ruhiger zugehen. In den **Natur- und Ingenieurwissenschaften** gab es Erneuerung allein als ‚personelle Erneuerung‘. Diese wurde über die Gauck-Überprüfung geregelt. Zu diskutieren fand da niemand etwas. Dass auch die **Mathematik** vom ostdeutschen Wissenschaftsumbau betroffen war, wussten wir überhaupt nicht, wenn Helga Königsdorf dazu nicht einen Roman geschrieben hätte (Königsdorf 1993). Der Fakultätentag **Informatik** und die Deutsche **Veterinärmedizinische** Gesellschaft gaben dann immerhin noch Dokumentationsprojekte zur DDR-Geschichte ihrer Fächer in Auftrag. (Vgl. Pasternack 1999, 428-464).

Sehr ergiebig ist dagegen die Betrachtung der Vorgänge in der **akademischen Medizin** Ostdeutschlands. Hier vereinte sich vieles zu einer hohen Problemverdichtung.

¹⁵ Etwa in der Ethnologie: Die Ethnologen hatten erst einen Leipziger Professor zum Vorsitzenden ihres gesamtdeutschen Fachverbandes gewählt. Dann war die durch diesen Hochschullehrer besetzte Stelle vom sächsischen Wissenschaftsministerium zur Besetzung ausgeschrieben worden. Daraufhin konnten sich die westdeutschen Aspiranten für eine solche Stelle über einen Punkt nicht einigen: Ob man denn nicht gleichzeitig dieses Verfahren der Ausschreibung nicht unbesetzter Professuren „im Prinzip“ ablehnen, sich aber trotzdem selbst auch auf die Stelle des soeben gewählten Verbandsvorsitzenden bewerben könne? Vgl. Pommerening (1993).

¹⁶ Vgl. exemplarisch die Beiträge in *kritische berichte. Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften* 2/1991; insgesamt zu den Kleinen Fächern vgl. die Dokumentation der Quellen in Pasternack (1999, 341-359, 411-413).

Zunächst war die ostdeutsche Medizin zahlreichen Skandalisierungskampagnen ausgesetzt: Benutzung ahnungsloser DDR-Patienten als Testprobanden für in Erprobung befindliche westliche Pharma-Erzeugnisse, Spenderorganentnahme an Lebendpatienten, und zwar zur Verwendung wahlweise für greise Führungsfunktionäre oder devisenbringenden Organhandel, desweiteren systematische Psychiatriisierung politischer Gegner der DDR (prominentestes Beispiel: der frühere sächsische Innenminister Heinz Eggert) und die Ertrückung Frühgeborener in Wassereimern. In überraschender Eindeutigkeit haben sich dann sämtliche dieser Vorwürfe als – neutral formuliert – Recherchefehler herausgestellt.¹⁷

Immerhin aber: Die mit ständig neuen vermeintlichen Enthüllungen fortdauernd am laufen gehaltene Themenkarriere der ostdeutschen Medizin hatte auch etwas für sich. Sie beförderte einige aufschlussreiche Forschungsprojekte zur Geschichte des Faches in der DDR. Die Berliner Ärztekammer gab eine Oral history-Studie zur Charité 1945-1992 in Auftrag; die Medizinische Akademie Dresden nahm ihre Überführung in die Technische Universität zum Anlaß, ihre DDR-Geschichte in einem Publikationsprojekt zu reflektieren; am neugegründeten Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin-Buch wird die Geschichte des Bucher Instituts- und Klinikkomplexes erforscht – um nur drei Beispiele zu nennen. (Vgl. Pasternack 1999, 414-427)

Zugleich lieferte die Medizin auch ein plastisches Anschauungsbeispiel für die aktuelle Richtung der gesamtdeutschen Geschichtspolitik: Anfang 1993 hatte Klaus Dörner, Medizinhistoriker, Psychiater und Klinikchef in Gütersloh, bei der Bundesärztekammer finanzielle Unterstützung für ein ambitioniertes Projekt beantragt. Er wollte die Akten des Nürnberger Ärzteprozesses 1946/47 aufarbeiten und, da bis dahin nicht vorliegend, in deutscher Sprache edieren. Die Antwort erfolgte nach zwei Jahren Zeitspiel im Januar 1995: Dieses Vorhaben sei „weder mit den satzungsgemäßen Aufgaben der Bundesärztekammer noch mit den in den Heilberufs-

¹⁷ Im Gegensatz zu den entkräfteten Vorwürfen fachlichen Missbrauchs der DDR-Medizin erwiesen sich zahlreiche Berichte über MfS-Bespitzelungen innerhalb medizinischer Einrichtungen als stichhaltig. Dies erhält zwar in solchen Institutionen ohne Zweifel eine spezifische Konnotation, vergleichbar jener, mit der das Thema in den Kirchen zu betrachten ist. Doch handelt sich dabei gleichwohl nicht um etwas Medizin-, sondern DDR-Gesellschaftsspezifisches. – Ein möglicherweise tatsächlicher Medizinskandal im übrigen ist nie Gegenstand abschließender Untersuchungen geworden: die wissenschaftliche Hintergrundstruktur des Dopings im DDR-Leistungssport. Das Institut, welches u.U. zur Aufhellung hätte beitragen können, die Forschungsstelle für Körperkultur und Sport (FKS) in Leipzig (aber nicht an der dortigen Sporthochschule DHfK), wurde durch Umwandlung in das Institut für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT), finanziert durch das Bundesministerium des Innern, aus der öffentlichen Schußlinie genommen.

gesetzten geregelten Aufgaben der Landesärztekammern vereinbar.“¹⁸ Nicht lange zuvor indessen, gleich nach der deutsch-deutschen Vereinigung, war von derselben Bundesärztekammer ein anderes Forschungsprojekt in Auftrag gegeben worden: „Ärztliches Handeln und politische Verfolgung von Ärzten in der SBZ/DDR“.¹⁹ Dieses Projekt hatte ohne Zeitverzögerungen, satzungsrechtliche Bedenken oder finanzielle Mangelercheinungen gefördert werden können.

Schließlich hatte es in der Medizin auch einen handfesten Ost-West-Streit gegeben: über die in Westdeutschland üblichen Multiple choice-Prüfungen. Ost-Studierende kämpften einmütig mit ihren Ost-Professoren für die Mündliche Prüfung, wenn auch letztlich erfolglos. Dabei erhielt die Sache freilich auch einen merkwürdigen Beigeschmack: Bald nämlich war die Mündliche Prüfung zum nicht mehr steigerungsfähigen Höhepunkt zwischenmenschlicher Begegnung im Studium hochstilisiert worden. Die Gefahr subjektiver Verzerrungseffekte, wie sie mündlichen Prüfungen notwendig eignet, spielte aus taktischen Gründen keine Rolle mehr. (vgl. Streitfall Multiple Choice 1994; Westhoff 1995).

Die nachhaltigsten Diskussionen lösten jedoch in der akademischen Medizin die Entlassungen zahlreicher medizinischer Hochschullehrer aus. Sie erfolgten meist aufgrund „mangelnder persönlicher Integrität“.²⁰ Hier gab es klare Fronten innerhalb des Faches. Auf der einen Seite standen die sozialistischen Professoren (incl. derjenigen, die das nun gern vergessen gemacht hätten), auf der anderen solche Professoren, die sich in einer bürgerlichen Wissenschafts- und Ärztetradition stehend verstanden (incl. derjenigen, die das erst jetzt so richtig für sich entdeckten). Der ausgeprägte ordinariale Habitus, der beiden Gruppen eignete, machte sie für Außenstehende schwer unterscheidbar. Das hat vermutlich auch begünstigt, daß die Öffentlichkeit regen Anteil an den Einzelfällen nahm, meist unter dem Slogan: „International anerkannter Experte wird seinen Patienten weggenommen.“ Dies war ausnehmend populistisch, da es den eigentlichen Kündigungsgrund schlicht ignorierte, ihn damit bspw. auch nicht kritisierte.

In Einzelfällen zumindest hätte es für diese Kritik gute Gründe gegeben. Denn es passierte bei den mitunter sehr raschen Kündigungen auch manch merkwürdige Entscheidung: etwa, ein Beispiel zu nennen, die Kündigung des renommierten Charité-Urologen Peter Althaus wegen IM-Vorwurfs. Im nachfolgenden Prozess stellte sich heraus, dass das MfS die Unterschrift unter der Verpflichtungserklärung „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ (Urteilsbegründung) gefälscht hatte. Durchaus

¹⁸ Zit. nach Engert (1995).

¹⁹ Als Teilergebnis liegt Müller (1994) vor.

²⁰ Der formalen Korrektheit halber: Der Vorwurf wurde in den meisten nachfolgenden, auf dem Vergleichswege beendeten Verfahren nicht aufrechterhalten.

typisch war an diesem Falle eines: Erst hatten viele Kollegen ihre Betroffenheit über Althaus' vermeintliche IM-Tätigkeit der gleichfalls betroffenen Öffentlichkeit mitgeteilt. Dann war die zugrundeliegende Fälschung bekannt. Nun schwiegen alle zuvor so Mitteilungsfreudigen. Ein anderer solch merkwürdiger Fall war der des Hallenser Internisten F. Eckhard Ullrich, der ein suizidales Ende fand. Hier hätte die Gauck-Behörde durch Eingeständnis eines Irrtums das Schlimmste verhindern können. Dafür fand sie, nach Auskunft Friedrich Schorlemmers, „nicht den Mut“.²¹

Der Personalumbau in der akademischen Medizin lieferte jedenfalls zahlreiche und z.T. auch berechtigte Diskussionsanlässe. Dies traf auf den Umstand, dass es einen organisierten Akteur gab, der entsprechende Sensibilitäten aus der Geschichte der Bundesrepublik verkörperte: den Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VDÄÄ) mit Sitz in Frankfurt a.M. In einem hochskrupulösen Meinungsfindungsprozeß wurde zumindest eine Öffentlichkeit hergestellt, welche die entsprechende Diskussion gegenstandsangemessen führte.²²

2. Erörterung

Unsere disziplinspezifischen Einzelbefunde sollen nun sortiert werden, wobei wir drei Kriterien nutzen wollen: Diskussionsintensität, thematische Debattenrichtungen und beteiligte Akteure. So lässt sich erklären, weshalb in einigen Fächern schon etwas mehr, in anderen beinahe nichts bekannt ist über umbauleitende Interessen, Motive und Deutungsmuster, zentrale wie unterdrückte Fragestellungen, strategische und taktische Koalitionen wie über Verteilungserfolge der disziplininternen Fraktionen usw.

2.1. *Diskussionsintensität*

Die Diskussionsintensität reichte von unterhalb der Wahrnehmbarkeitsschwelle bis zu zeitweilig überdrehter Hysterie.

In den Natur- und Ingenieurwissenschaften herrschte weitgehende Funkstille. Die kleinen geisteswissenschaftlichen Fächer ebenso wie die Psychologie, die

²¹ ausführlicher und Nachweise bei Pasternack (1997).

²² Ohne dabei verhindern zu können, mitunter gewaltig über das Ziel hinauszuschießen: etwa beim Vergleich von den in Rede stehenden Entlassungen mit dem Jahr 1933 und dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, vgl. VDÄÄ (1993, 10). Vgl. desweiteren: Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin (1993); Stein (1993).

Sprach- und Literaturwissenschaften und die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften wurden geräuscharm umgebaut. Auch Bemühungen um ihre DDR-Geschichte blieben hier überschaubar.

Für diese diskursive Stille sind verschiedene Gründe festzuhalten: Rechts- und Wirtschaftswissenschaft sahen sich nicht als eigentliche Erben ihrer DDR-Vorgänger. Das führte zu einer nur gering ausgeprägten Neigung, sich mit deren Vertretern auseinander zu setzen. Hinzu trat: Durch das Überangebot der zu besetzenden Stellen mussten keine westinternen Revieraufteilungskonflikte ausgetragen werden. In den Sprach- und Literaturwissenschaften, Kleinen Fächern, Psychologie sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften indessen hatte die verbreitete Ruhe andere Gründe. Diese Fächer sahen sich hinsichtlich ihrer DDR-Vergangenheit keinen oder mäßigen und dann nur zeitweiligen politischen Anfragen ausgesetzt. Ihr wissenschaftliches Prestige war, im Unterschied zu einigen anderen Disziplinen, zumindest nicht in Grund und Boden diskreditiert. Es mangelte also an unmittelbarem Klärungsdruck.

Einige andere Fächer dagegen wurden – vergleichsweise – geradezu Epizentren disziplinärer Selbstreflexion. Es betraf dies drei geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer: die Erziehungs- und die Geschichtswissenschaft wie die Soziologie, und es betraf die Medizin. Zwei dieser Fächer heben sich von den beiden anderen zusätzlich dadurch ab, dass sie nicht allein wissenschaftsintern umgebaut worden sind: Geschichtswissenschaft und Medizin schafften auch den Zugang auf den freien Markt der Nachrichtenpublizistik.

Inhaltliche Gründe dafür dürften bei der Geschichtswissenschaft in deren zentraler Bedeutung für die Geschichtspolitik liegen. Damit wird auch die außerwissenschaftliche Öffentlichkeit wesentlicher Adressat diesbezüglicher Auseinandersetzungen. Infolgedessen ist insbesondere das Feuilleton dankbarer Abnehmer entsprechender Themen und Texte. Bei der ostdeutschen Medizin war wohl dreierlei wesentlich für ihre publizistische Karriere: Medizinische Themen stoßen grundsätzlich auf ein allgemeines Interesse. In den konkreten Fällen handelte es sich um *Medizinskandale*, und solche sind vorzüglich zur Erhöhung des moralischen Komforts des Publikums geeignet. Desweiteren lassen sich medizinische Themen in aller Regel hinreichend anschaulich, also allgemeinverständlich aufbereiten. Sowohl für Geschichtswissenschaft wie für Medizin dürfte darüber hinaus wesentlich gewesen sein: In beiden Fächern gab es relativ homogene Akteursgruppen, die je eigene Kollektivinteressen formulierten und gezielt auf dem Nachrichtenmarkt platzierten.

2.2. *Thematische Debattenrichtungen*

Thematische Debattenrichtungen waren zweierlei möglich: Die Auseinandersetzungen konnten sich auf die jeweilige DDR-Fachgeschichte und/oder auf den aktuellen Umbauprozess (und damit implizit auch die Zukunft) des Faches beziehen. Von Interesse ist im weiteren, ob auf eines von beiden in einzelnen Fächern verzichtet wurde.

Als auffällig erweist sich in einigen Disziplinen die organische Verbindung der beiden Debattenrichtungen. In all den Fächern, die ihren Umbau intensiver diskutiert hatten, war zugleich auch eine ausgiebige Befassung mit ihrer jeweiligen DDR-Geschichte zu beobachten: Erziehungs- und Geschichtswissenschaft, Soziologie und Medizin. Diesen vier Fächern war auch ein weiteres gemeinsam: Sie sahen sich publizistischen oder politischen Angriffen hinsichtlich ihrer DDR-Geschichte ausgesetzt. Die Philosophie indes, gleichfalls Ziel solcher Angriffe, hatte sich (bis 1995) einer Auseinandersetzung über ihren Umbau entzogen. Hier folgten DDR-Geschichtsdebatte und (nachholende) Umbau-Diskussion zeitlich aufeinander und waren insoweit entkoppelt.

Wo die DDR-Fachgeschichte Gegenstand von intensiveren Aufarbeitungen war, ist bei der Inaugenscheinnahme des entsprechenden Publikationsertrags ein Aspekt nicht zu übersehen: Es war durchaus nicht nur das Motiv „Dies ist Geschichte, und Geschichte hat das Recht, geschrieben zu werden“ forschungsleitend. Eine Spezifik der ostdeutschen Wissenschaftstransformation 1990ff. bestand darin, dass diese eng mit Auseinandersetzungen um die Interpretationshoheit über die Vergangenheit verkoppelt war. Dies ergab sich daraus, dass die Beantwortung der Frage, welcher politische Umgang mit den ostdeutschen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und ihrem Personal angebracht sei, von den meisten Akteuren mit Deutungsmustern zur DDR-Hochschulgeschichte munitioniert worden war: Die Neugestaltung des ostdeutschen Wissenschaftssystems wurde von den Akteuren entweder in rigoroser Abgrenzung zum vorangegangenen DDR-Wissenschaftssystem betrieben oder im Versuch der Fortführung als positiv bewerteter Elemente, bisweilen auch im Streben nach einer Mischung beider Anliegen. Damit entstand ein Zusammenhang zwischen den Auseinandersetzungen um die Deutungskompetenz zur DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte und der aktuellen Gestaltungskompetenz in der ostdeutschen Hochschulpolitik.

Zugleich provoziert ein grundstürzender Vorgang wie die ostdeutsche Systemtransformation auf Grund seiner Konfliktbeladenheit das Bedürfnis, die aktuellen Veränderungen zeitnah zu dokumentieren, sei es zu deren Rechtfertigung oder um sie zu kritisieren. Diese Dokumentationen eines Umbruchs dürfen aber auch in einem weiteren wissenschaftsgeschichtlichen Sinne Interesse beanspruchen. Struktu-

ren – von Rollen ausfüllenden Personen und sozialen Interessen getragen –, neigen dazu, verschleiert, bspw. universalisiert oder naturalisiert zu werden. Der Erfolg dieser Verschleierung kann erheblich eingeschränkt sein, wenn plötzlich ein Bruch des Strukturgefüges auftritt und zu bewältigen ist. Eine solche Situation gab es 1989ff. Der zu bewältigende Gefügebuch machte auch die Tiefenschichten der Wissenschaftsstrukturen sichtbar(er): Die Gestaltbarkeit der Struktur erzeugte eine Dynamik, innerhalb derer ihre Sichtbarkeit deshalb zu Tage treten musste, weil der Zeitdruck Zwänge produzierte, die traditionelle Rücksichten wie akademische Etikette oder Normen wie Kollegialität oder Anciennität nur noch eingeschränkt zuließen. Insofern liefern die Dokumentationen zur Umgestaltung der wissenschaftlichen Disziplinen in Ostdeutschland auch reiches empirisches Material für den Vergleich von Normalphasen und Umbruchphasen in der Wissenschaftsentwicklung.

Insgesamt lässt sich sagen: Wo in den einzelnen Fächern der jeweilige Umbau debattiert worden war, dort spielten regelmäßig *Einzelfragen* wie die nach der fachlichen Kompetenz des ostdeutschen Personals, seiner persönlichen Integrität, der Notwendigkeit von fachinterner Pluralisierung, u.a. durch Ost-West-Durchmischung des Personals, oder die Modalitäten wie Techniken des Umbaus die wesentliche Rolle. Eine systematische Behandlung des Umbaus einzelner Fächer, die inhaltliche, strukturelle und personelle Aspekte verknüpft, ist dagegen nur ausnahmsweise vorgekommen.

Mehrere Fächer betrieben mit der Aufarbeitung ihrer DDR-Geschichte offenkundig Ersatzhandlungen für eine sorgfältig vermiedene Umbaudebatte. Dies betraf nicht nur die Philosophie bis 1995, sondern auch die Theologie, die Sprach- und Literaturwissenschaften sowie die Rechtswissenschaft.

2.3. Akteure

Auseinandersetzungen entstehen zwischen konfligierenden *Akteuren*. Dabei ist es hilfreich, wenn sich die Akteure als mehr oder weniger formelle Gruppen konstituieren. Einzelpersonen vermögen nicht unbedingt, ausdauernd wahrnehmbar zu bleiben. Zur Bildung von Akteursgruppen wiederum braucht es eine kritische Masse, d.h. hier eine Mindestpersonalstärke der jeweiligen Fachdisziplinen. Ohne diese minimale Personalstärke sind dauerhafte disziplininterne Fraktionierungen nur schwer möglich. Dies erklärt zum Teil, warum es in den Kleinen Fächern kaum Diskussionen über ihren eigenen Umbau gegeben hat. Diese Fächer benötigten ihre gesammelten Kräfte, um sich in den Verteilungskämpfen präsent zu halten.

In Erziehungs- und Geschichtswissenschaft, Soziologie und Medizin hingegen gab es relativ festgefügte Fraktionierungen. Diese lassen sich einesteils dies- und

jenseits von Ost-West-Konfliktlinien verorten. Sie wurden andernteils – zumindest in Geschichtswissenschaft und Medizin – gebrochen durch Ost-Ost- wie West-West-Interessenkonflikte. Dabei sich ergebende Schnittmengen partikularer Ost-West-Interessenlagen waren meist nur zeitweilig und eher taktischer Natur. Dies lässt sich bspw. für die Geschichtswissenschaft belegen, wo es anfangs Interessenüberlagerungen zwischen einem Teil der westdeutschen Historiker und dem ostdeutschen Oppositionsverband UHV gegeben hatte.²³

In der Erziehungswissenschaft, Soziologie und Medizin scheint auch ein spezifisches Merkmal der Disziplinen im Westen die Hinterfragung des im Osten Ablauenden befördert zu haben: Dort gibt es fachintern kritische Traditionen, die sich auf 1968 beziehen. Sie erfassen selbstredend nicht das gesamte Fach, sind aber durch identifizierbare Gruppen und Personen präsent. Von ihrem 68er Bezug her sind sie in der Reflexion des Zusammenhangs von Wissenschafts- und Gesellschaftsentwicklung etwas trainiert.

Die oben verhandelte Diskussionsintensität ist zwar ein Indiz für den Umfang selbstreflektorischer Anstrengungen innerhalb einer bestimmten Wissenschaftsdisziplin. Sie sagt gleichwohl noch nichts über den Charakter der Debatten. Waren sie integrierenden oder ausschließenden Charakters? Bezogen sich die Wortmeldungen aufeinander? Waren die Diskussionsbeteiligten gleichberechtigt? Eine Betrachtung der Diskussionsakteure ergibt auch hier Erhellendes.

(1.) In drei der vier Disziplinen, die sowohl ihre DDR-Geschichte wie ihren Umbau seit 1990 intensiver debattiert hatten: Erziehungs- und Geschichtswissenschaft sowie Soziologie, lag die Zieldefinitions-macht für den Umbau nicht bei den ostdeutschen FachvertreterInnen. Sie lag bei ostdeutschen Administrationen und westdeutschen KollegInnen. Gleiches trifft für die Philosophie (mit ihrer seit 1996 geführten nachholenden Debatte) zu. Diese asymmetrisch verteilte Zieldefinitions-macht wirkte sich auch auf die Umbaudebatten aus: Es entstanden Debattantenhierarchien.

Allein die Medizin unterschied sich hier: Dort lag einerseits die Zieldefinitions-macht in bedeutendem Maße bei den ostdeutschen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen selbst. Andererseits war der Umbau des Faches zugleich von Diskussionen begleitet. Alle anderen Fächer mit einem ähnlich hohen Maß an Selbst-

²³ Nach Auslaufen des Wissenschaftler-Integrations-Programms (WIP), von dem sowohl UHV- wie Nicht-UHV-Mitglieder profitiert hatten, zeigt sich: Der weitere Verbleib einzelner WissenschaftlerInnen, nun auf Etat- oder Drittmittelstellen, ist jedenfalls nicht davon abhängig, ob sie nach 1990 Verbündete beim Aufräumen in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft gewesen waren oder aber sich diesbezüglich eher zurückgehalten hatten. Stärker wirkt statt dessen, wieweit der Zugang zu den disziplininternen Netzwerken gelungen ist.

bestimmung hingegen – etwa die Naturwissenschaften – hatten selbstbestimmt auf eine Debatte ihres Umbaus verzichtet. Warum nun ausgerechnet in der ostdeutschen Medizin die Umgestaltung weitgehend autonom verlief und trotzdem nicht flächendeckend beschwiegen wurde? Dies dürfte sich aus den dortigen Akteuren ergeben. Was bspw. in die Erziehungs- und Geschichtswissenschaften von außen hineingetragen wurde, weil es in vier Jahrzehnten DDR verschüttet war, das war in der ostdeutschen Medizin nach wie vor personell und habituell präsent: ein ‚bürgerliches‘ Element. Entsprechend gab es in der Medizin eine nahezu klinisch reine Spaltung der Akteure zwischen den sozialistischen Professoren und den anderen.

Gründe für die unterschiedliche Verteilung der Zieldefinitions-macht sind zunächst im jeweiligen tatsächlichen oder vermeintlichen Professionalitätsniveau der einzelnen Disziplinen zu sehen. Dieses Professionalitätsniveau korrespondierte i.d.R. mit der Bindung der fachspezifischen Methodologie an das politische System: Wurde das methodologische Arsenal vom politischen Umfeld beeinflusst, etwa durch außerwissenschaftliche Grundannahmen, oder nicht? Entsprechend intensiv oder vernachlässigbar gestalteten sich nach 1989 politische Anfragen an die einzelnen Fächer. Dem entsprach, inwieweit die westdeutschen Disziplinen jeweils eine Kontinuitätslinie vom DDR-Fach zum nun in Ostdeutschland zu etablierenden Fach sahen. Am deutlichsten wurde eine solche Kontinuität in der Rechts- und der Wirtschaftswissenschaft bestritten. Entsprechend waren hier im Umbau auch keine relevanten ostdeutschen Akteure zu entdecken.

(2.) Aus der asymmetrisch verteilten Zieldefinitions-macht und den Debattantenhierarchien entstanden in den einzelnen Fächern getrennte Diskussionsstränge. Die Trennung verläuft an zwei Linien: zum einen an der zwischen Ost und West; zum anderen an jener Linie, die Etablierte (aus Ost wie West) und infolge des Umbaus Herausgefallene trennt. Die Herausgefallenen – Abgewickelte, Gekündigte, Vorruhestandler – haben sich vielfach in eingetragenen Vereinen zusammengeschlossen. Dort entfalten sie ein vom etablierten Wissenschaftsbetrieb kaum zur Kenntnis genommenes reges Tagungs- und Publikationswesen, akquirieren z.T. auch erfolgreich Drittmittel. Ihre Aktivitäten beziehen sich zwar nicht nur, doch nicht unwesentlich auch auf die Geschichte der DDR- und den Umbau der ostdeutschen Wissenschaft.

Die strikte Trennung der Diskussionsstränge verdankt sich vielfach auch massiven Außenangriffen, beobachtbar gewesen bspw. an der Philosophie. Die Folge waren Blockbildungen der Ostdeutschen. Früher (wie anhaltend) bestehende interne Differenzen konnten in dieser Situation nicht mehr ausgetragen werden. Sie wären als Solidaritätsverweigerung aufgefasst worden und hätten zur individuellen Marginalisierung innerhalb des marginalisierten Kollektivs geführt. In der Ge-

schichtwissenschaft hingegen gab es einen kombinierten Außen-Innen-Angriff: Nicht allein die westdeutsche Disziplin, sondern auch die ostdeutsche fachinterne Opposition hatten sich hier zu wahrnehmbaren Akteursgruppen konstituiert.

Publikationen sowohl von etablierten Einrichtungen und Verbänden wie aus den eingetragenen Vereinen der Nicht-mehr-Etablierten zeigen zwar immer einmal wieder das Bemühen, die getrennten Diskurse zusammenzuführen. Doch entstehen dabei nur höchst selten tatsächlich gemeinsame, d.h. aufeinander bezogene, aufeinander eingehende Diskussionen. Die Erfahrungswelten sind augenscheinlich kaum miteinander zu vermitteln.

Literatur

- Besier, Gerhard (1993): Der SED-Staat und die Kirche, München
- Besier, Gerhard (1995): Der SED-Staat und die Kirche 1969 - 1990, Berlin/Frankfurt a.M.
- Beyer, Michael (1993): Vergangenheitsbewältigung zu wessen Bedingungen? Gerhard Besier und die Leipziger Theologische Fakultät, in: *Die Zeichen der Zeit* 3/1993, S. 100-109.
- Bolz, Alexander/Griese, Hartmut M. (Hg.) (1995): Deutsch-deutsche Jugendforschung, Weinheim/München.
- Buddin, Gerd/Dahlke, Hans/Kossakowski, Adolf (Hg.) (1994): Unfrieden in Deutschland 3. Weißbuch. Bildungswesen und Pädagogik im Beitrittsgebiet, Berlin.
- Dreier, Ralf (1996): Der Untergang der DDR und die Rechtsphilosophie, in: G. Haney et al. (Hg.), Recht und Ideologie. Festschrift für Hermann Klenner zum 70. Geburtstag, Freiburg/Berlin, S. 263-284.
- Engert, K.: „... nicht vereinbar“, in: *Konkret* 6/1995, S. 28.
- Erpenbeck, John (1996): Aufschwung. Roman, Berlin.
- Hafez, Kai (1995): Orientwissenschaft in der DDR. Zwischen Dogma und Anpassung, 1969-1989, Hamburg.
- Haney, Gerhard/Werner Maihofer/Gerhard Sprenger (Hg.) (1996): Recht und Ideologie. Festschrift für Hermann Klenner zum 70. Geburtstag, Freiburg/Berlin.
- Hildebrandt, Bernd (1993): ‚Wir alle mußten Kompromisse schließen‘. Integrationsprobleme theologischer Fakultäten an staatlichen Fakultäten der DDR, in: T. Rendtorff (Hg.), Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR, Göttingen 1993, S. 136-144.
- Jahrbuch für Pädagogik 1992. Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß, Frankfurt/M. 1992.
- Jahrbuch für Pädagogik 1993, Frankfurt/M. 1993.
- Kähler, Christoph (1994): Wende an den Fakultäten?, in: *Evangelische Theologie* 6/1994, S. 551-565.
- Kapferer, Norbert (1990): Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988, Darmstadt.
- Kapferer, Norbert (Hg.) (1994): Innenansichten ostdeutscher Philosophen, Darmstadt.
- Kaube, Jürgen (1998): Soziologie, in: J. Kocka/R. Mayntz (Hg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin, S. 255-301.
- Kell, Adolf (Hg.) (1994): Erziehungswissenschaft im Aufbruch? Arbeitsberichte, Weinheim 1994.
- Kell, Adolf/Olbertz, Jan-Hendrik (1996): Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft im Vereinigungsprozeß Deutschlands, in: *hochschule ost* 1/1996, S. 9-16.

- Kell, Adolf/Olbertz, Jan-Hendrik (Hg.) (1997): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim.
- Klank, Irene (1995): Erfahrungen mit der Institutionalisierung feministischer Theologie in Berlin, in: *hochschule ost* 4/1995, S. 40-45.
- Klingberg, Lars (1997): „Politisch fest in unseren Händen“. Musikalische und musikwissenschaftliche Gesellschaften in der DDR. Dokumente und Analysen, Kassel.
- Kocka, Jürgen/Renate Mayntz (Hg.) (1998): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin.
- Kodalle, Klaus-Michael (1996): Zur Erneuerung der philosophischen Institute. Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 503-507.
- Köhler, Gerd/Andreas Köpke (Hg.) (1996): "Wissenschaft als Beruf". Die Dokumentation der 15. GEW-Sommerschule '95, hrsg. von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt a.M.
- Königsdorf, Helga (1993): Im Schatten des Regenbogens, Berlin.
- Kreckel, Reinhard (1994): Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn, hrsg. vom Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/S.
- kritische berichte. Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften* 2/1991.
- Krötke, Wolf (1994): Die Kirche im Umbruch der Gesellschaft, Tübingen.
- Meyer, Hansgünter (1997): Ansichten zum Berliner Journal für Soziologie. Eine vorwiegend quantitative Analyse, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 35-49.
- Mix, York-Gothart (Hg.) (1993): Ein 'Oberkunze darf nicht vorkommen'. Materialien zur Publikationsgeschichte und Zensur des Hinze-Kunze-Romans von Volker Braun", Wiesbaden.
- Müller, Klaus-Dieter (1994): Zwischen Hippokrates und Lenin. Gespräche mit ost- und westdeutschen Ärzten über ihre Zeit in der SBZ und DDR, Köln.
- Pasternack, Peer (1996): Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung "Geisteswissenschaften in der ehem. DDR" (Konstanz 1990). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig.
- Pasternack, Peer (1996a): Annotierte Bibliographie: Hochschule & Kirche, Theologie & Politik in der DDR und Ostdeutschland. Erscheinungszeitraum Herbst 1989 - 1996, in: P. Pasternack (Hg.), Hochschule & Kirche. Theologie & Politik, Berlin, S. 361-397.
- Pasternack, Peer (Hg.) (1996b): Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR, Berlin.
- Pasternack, Peer (1997): Risiken und Nebenwirkungen. Die Erneuerung der ostdeutschen Hochschulmedizin nach 1989, in: *hochschule ost* 2/1997, S. 116-143.
- Pasternack, Peer (Hg.) (1998): Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97, Leipzig.
- Pasternack, Peer (1998a): Philosophie & Philosophen in der DDR. Philosophie in Ostdeutschland nach 1989. Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 - 1998, in: P. Pasternack (Hg.), Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97, Leipzig, S. 195-230.
- Pasternack, Peer (1999): Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 - 1998, Weinheim.
- Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin – eine Debatte (1993), in: *hochschule ost* 12/1993, S. 7-41.
- Pommerening, Christian (o.J. [1993]) (Hg.): Der "Fall Treide". Dokumentation einer Debatte, Leipzig.
- p.p.: Editorial, in: *hochschule ost* 6/1994, S. 7-11.
- Rat der Theol. Fak. der Universität Leipzig (1992): Gegendarstellung, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 1/1992, S. 113f.

- Rendtorff, Trutz (Hg.) (1993): Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR, Göttingen.
- Schäfers, Bernhard (1992): Notwendige Anmerkungen zum Wechsel der Herausgeber beim „Berliner Journal für Soziologie“. In: *DGS-Informationen* 3/1992, S. 45f.
- Schlegel, Ute (1995): Wo sind sie geblieben? Berufsbiographien ostdeutscher Jugendforscher seit der „Wende“, in: A. Bolz/H. M. Griese (Hg.), *Deutsch-deutsche Jugendforschung*, Weinheim/München 1995, S. 128-173.
- Schneider, Ulrich Johannes (1996): Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1996, S. 149-159.
- Simon, Dieter (1996): Westliche Theorie – östliche Realität. Zur Neuordnung der Hochschul- und Forschungslandschaft im wiedervereinigten Deutschland, in: G. Köhler/A. Köpke (Hg.), *„Wissenschaft als Beruf“*, Frankfurt a.M. 1996, S. 207-216.
- Stein, Rosemarie (1993): Wie es Ärzten in der DDR erging, in: *F.A.Z.*, 2.6.1993, S. 14.
- Streitfall Multiple Choice, in: *hochschule ost* 2/1994, S. 39-58.
- VDÄÄ (1993) = Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte: Diskriminierende Maßnahmen und Berufsverbote gegen Ärzte in den neuen Bundesländern, in: *hochschule ost* 12/1993, S. 10-15.
- Westhoff, Karl (Hg.) (1995): 1. Symposium zu Prüfungen in der Medizin: Multiple Choice, Lengerich/Berlin u.a.
- Wilharm, Heiner (1990): *Denken für eine geschlossene Welt. Philosophie in der DDR*, Hamburg 1990.
- Wöhler, Hans-Ulrich (1996): Die Erfahrung des Anderen, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 507-513.

Hochschulpädagogik

Hintergründe eines „Transformationsverzichts“

Jan-Hendrik Olbertz

Allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz: Die Hochschulpädagogik war keine DDR-Erfindung. Sie hat im deutschen Universitätszusammenhang eine lange Geschichte, und diese Geschichte ist voller Konflikte und Krisen, sich abwechselnder Hoffnung und Ernüchterung; es gab Phasen relativer Konsolidierung und universitätsöffentlicher Akzeptanz des Faches (in der DDR-Ära eher selten), sogar Zeiten eines gewissen Renommees, und solche der offenen Ablehnung, Verdächtigung und auch Verspottung – vor allem wegen ihrer disziplinären "Anmaßung", die Universität als Ort der wissenschaftlichen Freiheit in ein pädagogisches Korsett zwingen zu wollen. Dies allerdings war – um es vorwegzunehmen – mit dem Abschied von der akademischen Freiheit an der DDR-Universität bereits kein Thema mehr und deshalb in der jüngeren Geschichte auch kein reales Konfliktpotential mehr für die Hochschulpädagogik.

In ihrer Gründerzeit, mit der "Hodegetik" um die Mitte des 18. Jahrhunderts (s.u.), wurde sie von einzelnen, engagierten Professoren gefördert und vorangetrieben, später ist sie vom Staat alimentiert und institutionalisiert worden, der sich nicht zuletzt auch ein (willkommenermaßen pädagogisches) Instrument der Kontrolle über die Hochschulen und die dort ablaufenden Bildungsprozesse davon versprach. Gleichwohl geriet dieses Instrument, wie wir sehen werden, selbst gelegentlich außer Kontrolle und wurde dann seinerseits in die Schranken gewiesen. Die Hochschulpädagogik der DDR steht in einer weit über ihren zeitlichen Existenzrahmen hinausreichenden historischen Traditionslinie, derer man sich verwissern muß, um die anfangs hoffnungsvolle Entwicklung der Disziplin ebenso

wie ihr schließliches Scheitern zu verstehen. Anliegen, Besonderheiten und Geschichte der DDR-Hochschulpädagogik lassen sich nicht nachzeichnen, wenn man sie aus ihrem historischen Gesamtzusammenhang herauslöst.

1. Ausflug in die Geschichte: Von der "Hodegetik" zur "Hochschulpädagogik"

Mit der Hodegetik, abgeleitet vom griechischen "hodos" (der Weg), setzte in der Mitte des 18. Jahrhunderts an den Lehrstühlen für Philosophie mehrerer deutscher Universitäten das Bemühen ein, neuimmatrikulierten Studenten eine "Wegweisung" zu geben und sie in die Kunst des Studierens einzuführen. Ähnliche Ziele wurden mit der allgemeinen Propädeutik, der "Isagogik" (Einleitungswissenschaft), sowie "Paränesen" (Ermunterung, Ermahnungen, Ratschläge als typische Formen der Aufklärungsliteratur) verfolgt. Die Forderung lautete, "daß auf Universitäten öffentlicher allgemeiner Unterricht über den Zweck, die Art, das Ganze und die besonderen Gegenstände des akademischen Studiums erteilt werde" (Scheidler 1839, S. 8). So ging es den Hodegetikern darum, Vorstellungen vom akademischen Studium in ein System zu bringen, "Grundbegriffe, Grundsätze und Maximen oder practische Regeln für die zweckmäßigste Methode des Studirens" (Scheidler) wissenschaftlich zu begründen und an die Studierenden bzw. Studienanfänger weiterzugeben (vgl. dazu Olbertz 1994, S. 234 ff.).

Ihre eigentliche Blütezeit hatte die Hodegetik in der Aufklärung, die Wurzeln aber reichen bis in den Renaissance-Humanismus zurück. Nach den frühen hodegetischen Entwürfen Rudolf Agricolas ("De formando studio", 1484) und Erasmus von Rotterdams ("De ratione studii", 1497) stammt die erste umfangreiche Hodegetikkonzeption (über 700 Seiten stark) von dem Historiker, Juristen und Bibliotheksinspektor Martin Schmeizel (vgl. 1738). Das im beginnenden 18. Jahrhundert aufkommende enzyklopädische Denken bewirkte und förderte die hodegetische Überzeugung, daß die Wissenschaften innerlich zusammenhängen und auch entsprechend zu lehren und zu studieren seien (vgl. Jackstel 1986 a, S.36). Diese aufklärerische Überzeugung schlug sich in diversen Reformimpulsen im Hinblick auf den Vorlesungsstil und die Kommunikation zwischen Lehrenden und Studierenden nieder. Vielzitiertes Beispiel dafür ist die neue, "ohnpedantische" Lehrart des Christian Thomasius, der 1694 in Halle erstmals Vorlesungen in deutscher Sprache ankündigte, „konversatoria“ als dialogische Ergänzung zur Vorlesung einrichtete und Sprechstunden für studentische "dubia" abhielt.

In besonderem Maße angeregt und stimuliert wurde die Hodegetik durch die neuhumanistische Universitätsreform am Anfang des 19. Jahrhunderts, vor allem durch die Vorlesungszyklen Fichtes über die Bestimmung und das Wesen des Gelehrten. Mit der Idee der "universitas litterarum" wurden gemeinsames wissenschaftliches Arbeiten, kommunikatives Lehren und Studieren zum neuen Credo der Universität. Theoretische Basis und (erzieherisches) Leitprinzip aller Erörterungen zur Hodegetik war die Idee der *akademischen Freiheit*, ohne die man nach Schleiermacher zwar u.U. mehr lernen könne, aber weniger erkennen (vgl. 1808, S. 110). Doch zum "vernünftigen" und "würdigen" Gebrauch dieser Freiheit bedürfe es der Anleitung, vor allem aber sei sie an Pflichten gebunden, setze tätige "Verwandlung von Legalität in Moralität" (Scheidler) voraus. So forderte Henrik Steffens die Studenten auf, "durch Selbstbestimmung das Maaß zu erringender Freiheit sich selbst zu erwerben" (1809, S. 84). Vor diesem Hintergrund verstand sich die Hodegetik in ihrem pädagogischen Ansatz als das "nothwendige Correlat" zur akademischen Freiheit (Scheidler 1847, S. XV).

Nach 1848 verlor die Hodegetik an gesellschaftlicher Kritik- und Reformsubstanz und zog sich auf eher defensive Ratschläge zur Anpassung zurück (z.B. in Erdmanns Konzeption einer systematischen "wissenschaftlichen Hodegetik", vgl. 1858). In gewisser Weise war das eine paradoxe Konsequenz des neuhumanistischen Bildungs-, Wissenschafts- und Universitätsbegriffs. Wissenschaft verstand sich nicht mehr als der Lehrkanon des Mittelalters oder als die Gesamtheit des enzyklopädischen Wissens im 18. Jahrhundert; ihre Devise hieß nun Forschung, sie war zur *Methode des Erkenntnisgewinns* geworden, die Lehrende und Lernende im tätigen Miteinander einte (vgl. Schmithals 1990, S. 7 ff.). Die funktionale Differenz zwischen beiden wurde allmählich – zumindest theoretisch – als sekundär empfunden, und für die Pädagogik, die im 18. Jahrhundert noch ganz selbstverständlich die Universitäten in ihren Gegenstand einschloß, hatte das zur Folge, daß Lehrende und Lernende, so Humboldt, nicht mehr jeweils füreinander, sondern "beide ... für die Wissenschaft" da waren (Humboldt 1964, S. 256). Die pädagogische Konstellation schien für die Universität erloschen. Gleichwohl ist allein das quantitative Erbe der Hodegetik ist beachtlich. Eine Bibliographie bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erfaßt nahezu 1000 Publikationen zum Stichwort "Methode des Studiums und Unterrichts, hodegetische und paränetische Schriften" (Erdmann/Horn 1904).

Insgesamt hat sich die Hodegetik, abgesehen von der (zeitweiligen) Verankerung im Lehrangebot einiger Philosophen und im gymnasialen Lehrplan, als hochschulpädagogische Wissenschaftsdisziplin nicht dauerhaft etablieren können. Nach der Wende zum 20. Jahrhundert zersplitterte ihr Anliegen in eine Vielzahl fachrichtungsspezifischer, immer mehr spezialisierter Studieneinführungen, in allgemeine

Übersichten über Studiengänge und in Ratschläge für Techniken geistiger Arbeit. Der damit einhergehende Verlust an Ganzheitlichkeit und gesellschaftlicher Abstraktion führte zum Ende einer im zeitgenössischen Kontext zeitweilig vielbeachteten universitätspädagogischen Episode.

Dennoch wurde die Hodegetik zum historische Ausgangspunkt einer neuen Disziplin, der Hochschulpädagogik. Deren Gegenstand ist mit ihr zuerst aus einem (recht konkreten) Lehr- bzw. Erziehungsbedürfnis heraus aufgearbeitet worden, ehe sich deutlich später – mit der "hochschulpädagogischen Bewegung" der Jahre 1898 bis 1934 (vgl. dazu Lehmann 1964, Olbertz 1989, Leitner/v. Queis/Schmithals 1990) – im Bemühen um eine Wissenschaftssystematik das Bedürfnis nach theoretischer Abbildung des universitären Lehr- und Lerngeschehens niederschlug. Damit wurde auch die Frage einer (an die Lehrkräfte gewandten) hochschulpädagogischen Lehre aufgeworfen, die bis heute immer wieder Kontroversen heraufbeschwört.

Noch in der DDR gab es eine Reihe Reminiszenzen an die Hodegetik, beispielsweise in Gestalt der in den 60er und 70er Jahren erschienenen Broschüren "Studieren, aber wie?" oder "Rationell Studieren". 1983 gaben Hofmann und Mehlhorn das Büchlein "Ich bin Student" heraus, das in neun locker geschriebenen Kapiteln Probleme des Studiums und des studentischen Lebens behandelt und im letzten Abschnitt "10 Goldene Regeln für den Studenten" aufstellt, die das Zentralinstitut für Jugendforschung im März 1980 dem Minister für Hoch- und Fachschulwesen der DDR gewidmet hatte (vgl. ZIJ 1980). Die letzte Publikation dieser Art war 1984 das von Schauer und K. Starke herausgegebene Jugendlexikon "Student im Studium", das alle wesentlichen Begriffe des Hochschulwesens, der Universitätsstrukturen und des Studiums in studentenfreundlicher Form erläutert.

1.1. *Ressentiments mit Tradition*

Im Jahre 1900 gelangte die lakonische Einwortfrage „Hochschulpädagogik?“ zu Ruhm, mit der Friedrich Paulsen einen Aufsatz in der Hamburger Wochenschrift „Der Lotse“ überschrieb (vgl. 1900, S. 256 ff.). Darin entgegnet er nicht ohne Spott dem Astronomen Wilhelm Foerster, der im vierten Heft desselben „Lotsen“-Jahrgangs eine Pädagogik angeregt hatte, die den Hochschulunterricht zum Gegenstande (sowohl wissenschaftlicher Betrachtung als auch methodischer Unterweisung angehender akademischer Lehrer) hat (vgl. Foerster 1900, S. 97 ff.). Foerster nahm engagiert Stellung für das Anliegen der hochschulpädagogischen Bewegung in Deutschland, die 1898 mit der Gründung des „Verbandes für Hochschulpädagogik“ ins Leben gerufen wurde und von 1910 bis 1934 in der damals renommierten „Ge-

sellschaft für Hochschulpädagogik“ um Franz v. Liszt, Karl Lamprecht, Ernst Bernheim und Hans Schmidkunz ihr geistiges und organisatorisches Zentrum hatte.

Der Ruf nach einer Hochschulpädagogik (alias akademische bzw. universitäre Pädagogik, Pädagogik der Wissenschaften und Künste) fand an den deutschsprachigen Universitäten und Hochschulen in dem Maße Verbreitung, wie die expandierende Industrie wachsende Verwertungsbedürfnisse an spezialisierte wissenschaftlicher Bildung artikulierte und der öffentlichen wie studentischen Kritik an der mangelnden Flexibilität und Effizienz überkommener akademischer Strukturen bzw. Lehr- und Lernformen handfeste Argumente lieferte. Wie die Hodegetik in Widerspruch zum neuhumanistischen Universitätskonzept geriet, wollte und mußte sich die Hochschulpädagogik zudem zwischen der abstrakten Humboldt-rezeption der "offiziellen" Universität und der Aufspaltung ihrer Lehre in spezielle Fachausbildung und Akademikererziehung in den Traditionsverbänden der Korporationen positionieren. Sie tat dies u.a., indem sie die freistudentische Bewegung unterstützte.

Unter Berufung auf den 1899 als Beilage zur ersten Ausgabe der Mitteilungen für Hochschulpädagogik" erschienenen „Plan eines Seminars für Hochschulpädagogik" von Hans Schmidkunz (vgl. 1899) hatte Foerster ein Programm für eine pädagogische Qualifizierung angehender Hochschullehrer entworfen und damit an eine bereits 1807 von Johann Gottlieb Fichte in seinem „Deduzierten Plan ...“ zur Berliner Universitätsgründung erhobene Forderung angeknüpft (vgl. Fichte 1807). Schmidkunz und Foerster wollten Lehrveranstaltungen für Hochschullehrer anbieten, damit jene sich in der "Gabe der Mitteilung", der "Kunst des akademischen Vortrags" und des "expressen Dialogs" mit den Studenten ausbilden und üben könnten.

Friedrich Paulsen konnte diesem Vorhaben nicht viel abgewinnen. Die deutsche Universität habe sich bis dato ohne Hochschulpädagogik entwickelt und Fortschritte auf dem Gebiete der Lehrkunst seien nicht das Werk von Hochschulpädagogen gewesen, sondern des spontanen Wachstums unter den Händen von "Meistern der Wissenschaft, die zugleich Meister des Unterrichts waren" (ebenda, S. 257). Diese Kunst aber sei "so sehr bedingt durch die Besonderheit des Gegenstandes und die Individualität des Lehrenden, daß sie sich gegen jede Methodisierung sträubt" (ebenda). Wollte man Professoren in der Lehrkunst unterweisen, so müßten auch die sie lehrenden Hochschulpädagogen einer Schulung unterworfen werden, wofür man, so die spöttische Sequenz, erneut spezielle Lehrer bräuchte: „Lehrer für Lehrer, die Lehrer lehren, wie man Lehrer die Lehrkunst lehrt“ (ebenda).

Die Anlässe solcher Ressentiments und Mißverständnisse scheinen zeitlos zu sein. Vor allem der Vorwurf, die Hochschulpädagogik gründe sich auf eine unzu-

lässige Ausdehnung des Gegenstandes der Schulpädagogik auf den akademischen Bereich, ist älter als die (so benannte und entsprechend institutionalisierte) Hochschulpädagogik selbst. Er wurde zuerst 1836 gegen Diesterweg im Angesicht seiner Streitschrift "... über das Verderben auf den deutschen Universitäten" erhoben (vgl. dazu Jackstel 1986b, S. 62 ff.), ehe Paulsen ihn wiederholte (s.o.) und schließlich, wiederum mehr als ein halbes Jahrhundert später, selbst von Seiten der marxistisch-leninistischen Philosophie der DDR ein solcher Einwand (vgl. Wessel 1975, S. 89) erneuert wurde (vgl. dazu die Entgegnung von Kiel 1984, S. 63 ff.).

Ungeachtet dessen aber war die vor allem von Schmidkunz unternommene Herleitung und Bestimmung der Hochschulpädagogik als "Teil der pädagogischen Gesamtwissenschaft" (vgl. 1907, S. 97) die entscheidende methodologische Vorleistung zu einer systematischen hochschulpädagogischen Theorieentwicklung. Auf dieser disziplinären Grundlage ist sie zugleich konstituierend für die DDR-Hochschulpädagogik gewesen, die sich damit prinzipiell von der (alt-)bundesdeutschen Hochschuldidaktik – ungeachtet aller intentionalen Nähe – unterschied.

Die "hochschulpädagogische Bewegung" und ihr Verband bestanden bis 1933/34. Dem Aufkommen des Faschismus und seiner Verbreitung an den Universitäten und Hochschulen hatten sie nichts entgegenzusetzen. Die Rezeption ihres Erbes in der DDR verlief wohl auch deshalb nicht ohne Zwiespalt. Neben umfanglichen Würdigungen wurde Schmidkunz und seinen Weggefährten vorgeworfen, sie hätten mit ihrer Universitätskritik nicht an die gesellschaftskritische Philosophie und Pädagogik von Fichte, Humboldt und Schleiermacher angeknüpft und "es nicht vermocht(en), sich über bürgerliche Klassenvorurteile hinwegzusetzen und in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einen Bündnispartner im Ringen um bürgerlich-demokratische Freiheiten und Reformen der Hochschulbildung zu erkennen" (Warnecke 1986, S. 89). Diese Kritik mündete in die These, der Schmidkunz'sche Pragmatismus sei als "Absage ... an das überlieferte humanistische Ideal allseitiger Bildung" (ebenda, S. 82) zu bewerten, womit Schmidkunz indirekt zum Wegbereiter des Faschismus an den deutschen Universitäten wurde. Hier allerdings regte sich auch Widerspruch (vgl. Olbertz 1989, S. 45 ff.), der zu einer der wenigen Kontroversen führte, die in der hochschulpädagogischen Geschichtsschreibung der DDR offen ausgetragen wurden.

1.2. *Die nationalsozialistischen "Dozentenakademien"*

Wer über die (ungeschriebene) Geschichte der Hochschulpädagogik nachdenkt, kommt um die nationalsozialistische Machtergreifung an den (oder besser: über die) Hochschulen und damit um faschistisches hochschulpädagogisches Gedanken-

gut nicht herum. Ihren Einfluß auf die Universitäten suchten die Nazis vor allem über die Auswahl und Schulung der Dozenten zu erlangen, aus guten Gründen, denn – anders als die bereits im Amt befindlichen Ordinarien – waren die Universitätsdozenten noch in abhängigen Positionen und für eine Berufung zu Professoren mit Vorbedingungen konfrontierbar. So machte man sich ihr Lebensgefühl als unterprivilegierte Privatdozenten zu nutze, die in „strenger Lebensgemeinschaft“ unter Lagerbedingungen auf das Professorenamt vorbereitet werden sollten (vgl. hierzu Jackstel 1987). Zu diesem Zweck wurden „Dozentenakademien“ gegründet, die zugleich als "Ansatzpunkt der Hochschulreform" (so Ernst Krieck in seiner Frankfurter Rektorenrede vom 23.05.1933, zit. nach ebd.) im nationalsozialistischen Sinne dienen sollten.

Im Rahmen dieser Dozentenakademien, auch „Hochschul-Führerschulen“ genannt und meist in Lagerform durchgeführt, sollte mit der Lehrbefähigung zugleich eine nationalsozialistische „Lehrgesinnung“ erworben werden. Schon im Dezember 1933 begann man mit entsprechenden Vorbereitungen. Erste Kurse gab es 1934 bei Kiel, weitere Einrichtungen entstanden in der Nähe von Berlin, Göttingen und Tübingen. 1936 übernahm das Reichserziehungsministerium die Leitung der „Dozentenakademien“. Nicht zuletzt betrachtete der „NS-Dozentenbund“ die neuen "Stätten eines geistigen Arbeitsdienstes" als seine „wissenschaftlichen Akademien“.

Die konzeptionellen Grundlagen für die Schulung des Hochschullehrernachwuchses stammten maßgeblich aus der Feder von Martin Heidegger. Seine Vorstellungen von einer „Erziehung zum Lehrersein“ an der Hochschule entwickelte er im August 1934. Die Dozenten sollten sich ausdrücklich als Erzieher verstehen und selbst als „neuerzogene Universitätslehrer“ einen Wandel der akademischen Lehre und Kultur betreiben (Die Dozentenakademie 1933/34, Blatt 502, jew. zit. nach Jackstel 1987), und zwar in bewußter Abkehr von der "gelehrten Gesellschaft humanistischen Gepräges" (ebenda, Blatt 464).

Zugleich forderte Heidegger in einer Stellungnahme „Zur Einrichtung der Dozentschule“ die Durchsetzung des Führerprinzips durch die entsprechend geschulten Dozenten. Die Stichwörter waren „Erziehung“, „Jugendführung“, „Führerprinzip“ und eine auf darauf gegründete „neue Pädagogik“ für die Universität (ebenda, Blatt 508). Es gab auch didaktische Kursbestandteile, mit denen die Konzentration der Vorlesungen auf das Wesentliche und der „Innere Bau des Vortrages Lebendigkeit und Schlagkraft“ gewinnen sollte (ebenda, Blatt 502). Die Befähigung zu dieser "neuen Pädagogik für die Universität" war Voraussetzung für die Genehmigung zu Habilitation und nur durch Ableistung eines mehrmonatigen Dienstes in einem der Dozentenlager zu erwerben. Die Verfahren zur Habilitation und zur Erteilung der Lehrbefugnis verliefen getrennt. So erhoffte man sich die

Schaffung eines „neuen Hochschullehrertyps“ (zitiert nach Losemann 1980, 96). Entsprechende Intentionen faschistischer Hochschulpädagogik finden sich auch in der im Auftrag des „Reichsstudentenführers“ herausgegebenen „Allgemeinen Methodik des Studiums“ (Kutzner 1944), insbesondere im Kapitel „Der Wille und seine Schule“ (S. 123-158).

Am Ende der Lagerausbildung wurden die Teilnehmer eingehend und streng nach ihren didaktischen Fähigkeiten, vor allem aber ihren charakterlichen Eignung als „Hochschullehrer des nationalsozialistischen Staates“ geprüft. Eine öffentliche Lehrprobe hatte die Lehrbefähigung unter Beweis zu stellen, Vorlesungen waren in freier Rede zu halten. Im Mittelpunkt der Qualifikation, die übrigens auch „hochschulpädagogisch“ genannt wurde (nach Jackstel gelegentlich sogar unter Bezugnahme auf Fichte und Schmidkunz, vgl. 1987), standen Rednergabe, Vortragsstil und Auftreten in der Diskussion im Sinne der gewünschten „Führungs- und Erziehungseigenschaften“.

1.3. Hochschuldidaktik versus Hochschulpädagogik

Vor dem Hintergrund der Hodegetik und der Auseinandersetzung um eine moderne Hochschulpädagogik im Sinne von Bernheim und Schmidkunz konnte die Hochschulpädagogik nach 1945 zunächst an gemeinsame Wurzeln anknüpfen und verwandte Anlässe geltend machen. Versucht man, den Entwicklungsgang hochschulpädagogischer bzw. -didaktischer Bestrebungen im geteilten Nachkriegsdeutschland nachzuzeichnen, so fallen dennoch gravierende Unterschiede auf. Die Initialphase setzte in West und Ost Ende der 50er Jahre ein.

Im Westen ...

regte 1957 Schwarz die "systematische Grundlegung einer bisher kaum angegangenen Hochschulpädagogik" an (vgl. 1957, S. 5). Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) richtete 1966 ein Expertenseminar zu Fragen der Hochschuldidaktik aus, das nach studentischen Vorschlägen – hier bereits ein grundlegender Unterschied zur DDR – u. a. einen Katalog von hochschuldidaktischen Aufgaben formulierte. Zu den Anregungen dieses Seminars gehörte vor allem ein Positionspapier zum "Forschenden Lernen", das vom 1968 gegründeten "Ausschuß für Hochschuldidaktik" der Bundesassistentenkonferenz (BAK) verabschiedet wurde (vgl. Forschendes Lernen 1970; Huber 1970). Dieses Papier beschäftigte sich erstmals systematisch mit einer Analyse und Mängelkritik von Lehr- und Studienprozessen, der Effizienz- und Erfolgskontrolle der Lehr- und Studienpraxis (speziell Prüfungen), mit neuen Möglichkeiten studentischer Partizipation am Wissen-

senschaftsprozeß und der Ausarbeitung entsprechender Studienreformvorschläge (vgl. Huber 1983, S. 114 ff.).

Im Anschluß an das VDS-Expertenseminar wurde 1967 ein "Arbeitskreis für Hochschuldidaktik" (AHD) gegründet, aus dem 1971 die "Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik" (unter demselben Kürzel) hervorging. Mit über 1200 Mitgliedern stand sie in den 70er Jahre an der Spitze der westdeutschen Hochschulreformbewegung, während sie für die aktuelle Hochschulreformdebatte heute kaum noch eine Rolle spielt. Fortgesetzt wurde diese Institutionalisierung Ende 1969 mit der Gründung eines Instituts für Hochschuldidaktik an der Technischen Universität in Berlin-West, und kurz darauf, im Frühjahr 1970, eröffnete man an der Freien Universität das erste Interdisziplinäre Zentrum für Hochschuldidaktik (IZHD).

In der unmittelbaren Folgezeit beriet ein "Initiativ Ausschuß für Hochschuldidaktik" bei der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) über die Errichtung weiterer Institute für Hochschuldidaktik, und eine Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz (KMK) unterbreitete Vorschläge zum Aufbau hochschuldidaktischer Fachzentren. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) befaßte sich mit der Anregung der Bundesregierung, einen Sonderforschungsbereich Hochschuldidaktik einzurichten und setzte 1971 eine eigene "Senatskommission für Hochschuldidaktik" ein. Analoge Impulse in den USA (Stichwort "faculty development") wurden rezipiert und gaben den Hochschuldidaktikern Anstöße für die eigene Etablierung an den jeweiligen Universitäten bzw. Hochschulen. Alle diese wesentlich von der Studenten- und Assistentenbewegung forcierten Initiativen zum Aufbau reformorientierter hochschuldidaktischer Einrichtungen wurden schließlich auch hochschulrechtlich verankert. In das Hochschulrahmengesetz von 1976 fand der Passus Eingang, wonach durch die Hochschulen "eine fachbezogene und fächerübergreifende Förderung der Hochschuldidaktik" zu gewährleisten sei - eine Forderung, die auch im 1987 novellierten und heute gültigen Gesetzestext wiederzufinden ist (vgl. Hochschulrahmengesetz 1987, § 4, Abs. 2, Ziff. 5).

Im Osten ...

ging der äußere Impuls 1958 von der III. Hochschulkonferenz der SED aus, der sich schon ein Jahr darauf mit einem ersten Signal zur Institutionalisierung verband, und zwar (wie angesichts der staatspolitischen Strukturen nicht anders zu erwarten) in Gestalt einer "Zentralen Kommission für Hochschulpädagogik", die im Mai 1960 beim damaligen Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen ihre Arbeit aufnahm. Das Anliegen dieser Kommission bestand vor allem darin, die Gemeinschaftsarbeit von Fachwissenschaftlern verschiedener Disziplinen und Hochschulpädagogen anzuregen und zu fördern. Ergebnisse der Arbeit waren u.a.

die Aufstellung von "Grundsätzen für die Studienplangestaltung", erste konzeptionelle Vorstellungen für eine hochschulpädagogische Ausbildung des akademischen Nachwuchses sowie ein "Forschungsplan Hochschulpädagogik".

Wegbereiter und erster Vertreter der Hochschulpädagogik in der DDR war Helmut Lehmann. Nach dem Lehramtsstudium ging er 1951 an das neugegründete Staatssekretariat für Hochschulwesen, war dort als hochschulpolitischer Referent bzw. Hauptreferent tätig, ab 1956 als Abteilungsleiter für Studienorganisation und -methodik. 1959 wurde er Leiter der Abteilung "Studienwerbung und Zulassungen" und übernahm im selben Jahr einen Lehrauftrag an der Humboldt-Universität. Dort hielt er erste Seminare für Hochschulpädagogik ab (vgl. Buck-Bechler 1984, Schultz 1984). Die Anregung dazu empfing er u.a. aus der Lektüre der Ziele und Anliegen der erwähnten "hochschulpädagogischen Bewegung" aus den Jahren 1910-1934, über die er 1964 promovierte (vgl. Lehmann 1964). 1961 verließ Lehmann auf eigenen Wunsch den Staatsapparat und wurde zum (ersten) Dozenten für Hochschulpädagogik – an die Humboldt-Universität zu Berlin – berufen. Nach der Habilitation berief ihn der Minister für Hoch- und Fachschulwesen 1968 zum ordentlichen Professor für Hochschulpädagogik. Als Mitglied der Zentralen Kommission für Hochschulpädagogik beim Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, die im Verlaufe der 60er Jahre zu einem Zentralen Arbeitskreis (unter Lehmanns Leitung) umgewandelt wurde, nahm er entscheidenden Einfluß auf den Aufbau und die Anerkennung der Hochschulpädagogik als Wissenschafts- und Lehrgdisziplin.

1961 wurde zuerst an der Universität Rostock ein Institut für Hochschulpädagogik eröffnet; kurze Zeit darauf folgte eine analoge Gründung an der Humboldt-Universität zu Berlin; bereits bestehende Einrichtungen der Ingenieurpädagogik in Dresden bzw. der Erwachsenenpädagogik in Leipzig wandten sich hochschulpädagogischen Aufgaben zu. Insgesamt wurden Anfang der 60er Jahre innerhalb kurzer Zeit an allen 7 Universitäten und an 5 Hochschulen der DDR hochschulpädagogische Einrichtungen aufgebaut. Dem 1969 gegründeten Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen ordnete man ein Institut für Hochschulbildung (seit 1982 Zentralinstitut) nach, dessen Abteilung Hochschulpädagogik ebenso wie ein Wissenschaftlicher Beirat für Hoch- und Fachschulpädagogik, 1983 hervorgegangen aus dem "Arbeitskreis Hochschulpädagogik", bis ins letzte Jahr des DDR-Hochschulwesens die hochschulpädagogische Forschung und Lehre koordinierte und dem Ministerium inhaltliche bzw. lehrkonzeptionelle Empfehlungen zuzuarbeiten hatte. Der Wissenschaftliche Beirat unterhielt spezielle Arbeitsgruppen, zunächst eine AG Forschung und eine AG Lehre, ab Mitte der achtziger Jahre zusätzlich eine Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte der Hochschulpädagogik.

Man kann darüber streiten, ob der ausschlaggebende Unterschied zwischen der DDR-Hochschulpädagogik und der (alt-)bundesdeutschen Hochschuldidaktik darin besteht, daß erstere mit ihrer vergleichsweise frühen Institutionalisierung weitgehend "von oben" verordnet wurde, während die entsprechenden Anstöße in Westdeutschland vor allem aus der Studentenbewegung heraus erfolgten. Fraglos standen sich in dieser grundlegend unterschiedlichen (und bis zuletzt in hohem Maße identitätswirksamen) Ausgangslage alternativlose Systemkonformität und drängende Systemkritik gegenüber, was vielen im Ansatz denkbaren Gemeinsamkeiten – abgesehen von der allgemeinen politischen Abgrenzung – den Boden entzog. Und zumindest "unter der Hand" war der Institutionalisierungsvorsprung der DDR-Hochschulpädagogik wohl auch ein präventiver Vorgriff auf befürchtete Unruhen im Hochschulbereich, denn eine gut ausgebaute Hochschulpädagogik konnte dazu beitragen, das Hochschulstudium im wohlgeordneten Sinne als pädagogisches Verhältnis auszugestalten und durch pädagogische Führung unter Kontrolle zu halten. Die Formierung fester "Seminargruppen" als kleinste Struktureinheiten der gesamten Lehr- und Studienorganisation – identisch mit den Gruppierungen des obligatorischen Jugendverbandes FDJ – sowie das Seminargruppenberatersystem bewährten sich auch als feinmaschiges Netz sozialer Aufsicht, das kalkulierbare Verhältnisse an den Hochschulen gerade in dem Moment aufrechterhalten konnte, als im Westen Deutschlands die Studenten auf die Straße gingen, um mit Vehemenz die ausgebliebene Studien- bzw. Hochschulreform einzufordern.

Doch darf man mit Blick auf die Entwicklung in der DDR die "Eigeninitiative" der Hochschulpädagogen selbst nicht unterschätzen, die Staat und Partei gleichsam zum Handeln aufforderten, für ihr Anliegen, ihre Lehrangebote und für sich persönlich Spielräume einforderten und die Entwicklung durch persönliches Engagement vorantrieben. Bestes Beispiel hierfür ist das Wirken Helmut Lehmanns in Berlin. Stimulus der Institutionalisierung war zudem das Ringen der Hochschulpädagogen um ihre fachliche Legitimation, denn sie waren an den Universitäten denselben Vorurteilen ausgesetzt, die den Verfechtern der Disziplin historisch stets zu schaffen machten. Anders als ihre wissenschaftlichen Vorfahren hatten sie sich aber zusätzlich noch mit einem verbreiteten Argwohn gegenüber ihrem "Erziehungsauftrag" auseinanderzusetzen, auf dessen Betonung sie angesichts politischer Erwartungen und Abhängigkeiten kaum verzichten konnten, z.T. aber auch nicht wollten. Weil sie sich zu großen Teilen als Pädagogen und nicht nur als Didaktiker verstanden, wandte sich z.B. 1971 Kiel dezidiert gegen eine Reduktion des Faches auf eine "Hochschulmethodik", die primär den Hochschulunterricht, nicht aber die Erziehung der Studierenden zum Gegenstand haben sollte (vgl. Kiel 1971). Aber gerade wegen dieses (oft vordergründig ideologischen) Erziehungsansatzes wurde

die Hochschulpädagogik von vielen Professoren anderer Fakultäten als "universitäts- bzw. wissenschaftsfremd" angesehen und mehr oder minder offen ignoriert.

Interessant ist, daß die Ontogenese der DDR-Hochschulpädagogik in gewisser Beziehung analog zur "Phylognese" der Wissenschaftsdisziplin (s.o.) verlief, denn ihr Impuls ist wie im Falle der Hodegetik zunächst von Bedürfnissen der Lehre ausgegangen und hat nicht unmaßgeblich mit "Eigenimpulsen" engagierter Einzelpersonen begonnen, ehe sich der Staat der Initiative bemächtigte und sie seinen Erwartungen und Zwecken unterwarf. Zum Lehrmotiv trat erst in der Mitte der 70-er Jahre – sowohl infolge der selbstgesetzten Ansprüche als Wissenschaftsdisziplin als auch vor dem Hintergrund zunehmender Erwartungen an Ergebnisse einer Hochschulforschung – deutlicher das Motiv der Erforschung der Hochschulwirklichkeit hinzu. Im Rahmen des Fünf-Jahr-Plans 1976-80 gab es 1975 den ersten hochschulpädagogischen Forschungsplan.

In West und Ost ...

gab es also ungeachtet getrennter Entwicklungsgänge von Hochschulpädagogik bzw. -didaktik auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Sie bestanden darin, daß sich beide Impulse als Ausdruck der Notwendigkeit einer – in politischer Beziehung gleichwohl oft gegenläufig motivierten – allgemeinen Studien- bzw. Hochschulreform verstanden, die angesichts der hier wie dort veränderten wirtschaftlich-politischen Bedingungen bzw. Erfordernisse als unumgänglich empfunden wurde und Veränderungen, zumindest aber Anpassungen, im jeweiligen Hochschulsystem verlangte. Gemeinsam ist beiden Entwicklungslinien hochschulpädagogischer bzw. -didaktischer Forschung deshalb die Suche nach praxiswirksameren und effizienteren Gestaltungsformen sowie Methoden akademischer Bildung, die in einer Vielzahl von Konzepten und Projekten Niederschlag gefunden haben und an denen sich häufig auch die Fortbildungsangebote orientierten.

Als weitgehend unvereinbar dagegen erwiesen sich die unterschiedlichen Herangehensweisen an die Gegenstandsbestimmung von Hochschulpädagogik und Hochschuldidaktik. Für erstere wurde unumwunden die "kommunistische Erziehung der Studenten" festgeschrieben und in eine fast scholastische Debatte über die gesellschaftlichen Hintergründe für den Übergang von der „sozialistischen“ zur "kommunistischen Erziehung" nach dem IX. Parteitag der SED verwickelt (vgl. Einführung 1984, S. 17 ff.). Auf den ersten Blick mögen nur einige Schlagwörter genügen, um die Kluft zum Ansatz der (alt-)bundesdeutschen Hochschuldidaktik kenntlich zu machen: didaktisch-methodische Optimierung versus Ausgestaltung eines pädagogischen Führungsverhältnisses, Sozialisation versus Erziehung, pluralistische Vielfalt versus "marxistisch-leninistische Gerichtetheit" bzw. "geschlosse-

ne Konzeption" von Hochschulbildung, Marktorientierung versus Erziehungsplanung bzw. "gesellschaftlicher Bedarf" usw. usf.

Daß diese damit nur oberflächlich angedeutete Unterschiedlichkeit im Selbstverständnis beider Entwicklungslinien – in einem jeweils anderen gesellschaftlichen und politischen Kontext – auch die Begründung für abweichende disziplinäre Zuordnungen lieferte, vermag nicht zu überraschen: Die DDR-Hochschulpädagogik verstand sich von Anfang an als Teildisziplin einer allgemeinen Pädagogik und konnte sich dabei auf Hans Schmidkunz (vgl. 1907) berufen; Erziehung war für sie eine Schlüsselfunktion der Universität. Die Hochschuldidaktik ging, in der Praxis wesentlich verstanden als Wissenschaftsdidaktik, enge Bindungen an die jeweils zu lehrenden Fächer ein und entwickelte sich (inhaltlich wie institutionell) auf einer weitgehend selbständigen, in sich viel stärker ausdifferenzierten – aber kaum verknüpften – Ebenenvielfalt. Zumindest äußerlich hielt man sich an die weitgefaßte, sozialisationstheoretisch begründete Gegenstandsbestimmung durch Huber, die – knapp formuliert – "die Lernsituation und Lernumwelt der Studenten" als Grundthema und Leitmotiv der Hochschuldidaktik beschrieb (vgl. 1983, S. 116 f.). Vorstellungen von Erziehung waren dieser Gegenstandsbeschreibung fremd – kein Wunder angesichts des (begründeten) Mißtrauens linker Universitätsreformer gegen Erziehung schlechthin, zu der eine von der Geschichte diskreditierte oder durch ihre Interessenlage unfähige Professorenschaft weder legitimiert noch befähigt schien, und die selbst mit demokratischen Zielen als erneutes Einfallstor zur konservativen Indoktrination, unvereinbar mit den pluralistischen Strukturen einer Massendemokratie, betrachtet wurde (vgl. dazu Luther 1979).

Auffällig ist, daß sich die weite Begriffs- bzw. Gegenstandsbestimmung der Hochschuldidaktik in ihrer Wissenschaftspraxis bzw. Themen- und Perspektivenwahl häufig wieder "verengte", während die enge (bis sture) Definition der DDR-Hochschulpädagogik mehr oder minder heimlich verlassen und ausgeweitet wurde. So war die ursprünglich breit und potentiell viel eher interdisziplinär angelegte Selbstbestimmung der Hochschuldidaktik in den Ansätzen der Hochschulpädagogik bisweilen deutlicher wiederzufinden – was übergreifende Reflexionen, das Themenspektrum und vor allem den systematischen Zugriff betrifft – als in manchen Zugängen der westlichen Hochschuldidaktik, deren anfängliches Grundmotiv sich bald in eine Vielzahl von Einzelthemen bzw. -projekten verlor.

Parallelen schließlich ergaben sich auch im Hinblick auf die Inanspruchnahme historischer Bezüge, die nicht nur im Hinblick auf ihren Erkenntniswert für aktuelle wissenschaftliche Fragestellungen, sondern auch zur Legitimation des Anliegens bzw. Gegenstandes von Hochschulpädagogik oder -didaktik herangezogen wurden. Auf beiden Seiten fällt auf, daß die Zuwendung zur Wissenschaftsgeschichte der

Hochschulpädagogik in dem Maße Auftrieb erlangte (etwa vom Anfang der 80er Jahre an), wie Reformideen und -motive durch die jeweilige gesellschaftliche bzw. hochschulpolitische Wirklichkeit frustriert wurden. Das Nachlassen des öffentlichen Veränderungsdrucks in Verbindung mit wirtschaftlichen Einflußfaktoren auf der einen Seite und die allgemeine politische Restriktion auf der anderen hatten in West und Ost einen Reformstillstand zur Folge, und die „Flucht in die Geschichte“ scheint vor allem in der DDR ein willkommener (weil wenigstens "lebbarer") Ausweg aus der Lähmung ursprünglicher Reformvorstellungen – und natürlich auch einer entsprechenden individuellen Identität – gewesen zu sein. Die Hochschulpädagogik als Wissenschaftsgebiet ist dadurch in den letzten Jahren entschieden vorangekommen, ihre Impulskraft für praktische Reformen der Hochschulbildung indessen nahm sich hier wie dort eher bescheiden aus.

2. Institutionen und Strukturen der Hochschulpädagogik in der DDR

In der Regel war die Hochschulpädagogik an den Universitäten und Hochschulen in Form von Wissenschaftsbereichen an den Sektionen Erziehungswissenschaft(-en) bzw. Pädagogik institutionalisiert. An den Universitäten Leipzig und Rostock sowie den Technischen Universitäten Dresden und Karl-Marx-Stadt handelte es sich um Wissenschaftsbereiche Hoch- und Fachschulpädagogik.

Als Knotenpunkte der Forschungsplanung und -kooperation fungierten die Wissenschaftsbereiche Hoch- und Fachschulpädagogik an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, der Karl-Marx-Universität Leipzig, der Technischen Hochschule Dresden (hier an der Sektion Berufspädagogik) und vor allem die Abteilung Hochschulpädagogik des Zentralinstituts für Hochschulbildung Berlin (ZHB). Das ZHB als außeruniversitäre, dem Hochschulministerium direkt unterstellte Einrichtung der DDR-Hochschulforschung war erst 1982 durch Zusammenlegung verschiedener Hochschulforschungseinrichtungen gegründet worden und verfügte mit neun wissenschaftlichen Abteilungen und über 300 Mitarbeitern (!) über ein fast gigantisch zu nennendes Forschungspotential. Einrichtungen mittlerer Größe waren die Wissenschaftsbereiche Hochschulpädagogik der Universitäten Berlin (Humboldt-Universität), Jena sowie der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. Eher kleinere Struktureinheiten befanden u.a. sich in an den Universitäten Greifswald und Halle, an den Technischen Hochschulen Magdeburg und Wismar, der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar und an der Pädagogischen Hochschule Potsdam.

Auch im geographischen Sinne waren die Zentren der Hoch- und Fachschulpädagogik in Berlin, Leipzig und Dresden angesiedelt, weil sich dort jeweils mehrere Einrichtungen konzentrierten und in der Regel auch enge Kooperationsformen pflegten. In Leipzig gab es allein an der Karl-Marx-Universität Leipzig

- den Wissenschaftsbereich Hoch- und Fachschulpädagogik an der Sektion Pädagogik
- den Wissenschaftsbereich Landwirtschaftliche Hoch- und Fachschulpädagogik an der Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin
- den Wissenschaftsbereich Bildungssoziologie an der Sektion Marxistisch-Leninistische Soziologie
- das Laboratorium Studentenforschung (ebd.)
- die Sektion Marxismus-Leninismus (ML-Lehrerausbildung)
- die (selbständige) Wissenschaftliche Abteilung Hochschulmethodik.

Hinzu kam die Abteilung Studentenforschung am 1966 gegründeten Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ).

Eine ähnlich weitläufige institutionelle Struktur war in Berlin anzutreffen, und zwar

- das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (inbes. Abt. Hochschulpädagogik)
- an der Humboldt-Universität zu Berlin der WB Hochschulpädagogik, der WB Hochschulmethodik/Fremdsprachenausbildung, das Zentrum für Audiovisuelle Lehr- und Lernmittel, die Arbeitsgruppe Hochschulmethodik/Medizinmethodik, die Sektion Marxismus-Leninismus)
- an der Hochschule für Ökonomie die Abteilung Hochschulpädagogik
- an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) die Arbeitsstelle für Theorie und Methodik der Lehrerbildung

In Dresden angesiedelt waren

- an Technischen Universität (Sektion Berufspädagogik) der Wissenschaftsbereich Hoch- und Fachschulpädagogik, das Forschungszentrum für Lehr- und Lernmittel (FZLLM), die entsprechenden Arbeitsgruppen der Sektion Marxismus-Leninismus
- Arbeitsgruppen der Sektion Marxistisch-leninistische Soziologie an der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List"
- eine analoge Arbeitsgruppen an der Militärakademie Dresden.

1980 gab es 18 hochschulpädagogische Wissenschaftsbereiche bzw. Abteilungen an allen Universitäten und den großen Hochschulen sowie am ZHB Berlin. Allein in den Jahren 1970 - 1980 hatte sich die Zahl der auf dem Gebiet der Hochschulpädagogik tätigen Wissenschaftler mehr als verdoppelt (von 60 auf 145 Personen); sieben Professuren und 23 Dozenturen für Hoch- bzw. Hoch- und Fachschulpädagogik wurden in diesem Zeitraum neu eingerichtet und besetzt (vgl. Lehmann 1980, S. 67f.). Die zu Beginn der 80er Jahre auf dem Gebiet der Hoch- und Fachschulpä-

dagogik tätigen 145 Personen (umgerechnet auf das Forschungspotential waren dies 80 sogenannte "Vollbeschäftigten-Einheiten" - VbE) verteilten sich auf die einzelnen Statusgruppen wie folgt:

- 17 ordentliche bzw. Außerordentliche Professoren
- 22 Dozenten
- 43 Oberassistenten
- 53 Assistenten
- 10 Lehrer im Hochschuldienst

In der Regel gab es also an jeder der Einrichtungen eine Professur (außer in Wismar, Potsdam und Magdeburg, dafür zwei an den Wissenschaftsbereichen in Rostock und Dresden), meist auch einen Dozenten (mehrere in der Abteilung Hochschulpädagogik des ZHB Berlin) sowie je nach Größe der Einrichtung zwischen zwei und fünf Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen. Die Ausnahme: Allein 15-20 Mitarbeiter waren an der Abteilung Hochschulpädagogik des ZHB Berlin beschäftigt. Von den Professuren für Hochschulpädagogik waren zwei mit Frauen besetzt, Dozentinnen gab es überhaupt nicht. Anders sah die Geschlechterrelation in der Gruppe der Mitarbeiter aus: Knapp die Hälfte der Stellen war von Frauen besetzt (der höchsten Anteil mit etwa 75% in der Abt. Hochschulpädagogik des ZHB Berlin). Zu diesem personellen Potential, für das übrigens im Verlaufe der 80-Jahre eine rückläufige Tendenz deutlich wurde, kamen einige (stets wenige) Aspiranten bzw. Forschungsstudenten hinzu.

Jährlich wurden 6-8 Monographien (oft allerdings in Broschürenform) und etwa 60 - 80 Fachaufsätze veröffentlicht. Die einzelnen Hochschulen stellten dafür ihre regulären Reihen zur Verfügung, gelegentlich unterhielten auch die hochschulpädagogischen Einrichtungen eigene Reihen, z.B. die Rostocker Beiträge zur Hoch- und Fachschulpädagogik oder Themenhefte der Zeitschrift Jenaer Erziehungsforschung. Seltener gab es auch hochschulpädagogische Aufsätze in den Pädagogischen Zeitschriften ("Pädagogik", "Pädagogische Forschung"). Als überregional verbreitetes Blatt stand die 1953 gegründete Zeitschrift "Das Hochschulwesen" zur Verfügung, die nach der Wende vom Luchterhand-Verlag übernommen wurde und seitdem gleichzeitig als Mitgliederblatt der AHD fungiert. Fest abonnierbare Reihen gab es mit den Studien zur Hochschulentwicklung ("Blau-weiße Reihe") und den Berichten und Informationen zur Hochschulentwicklung (beides herausgegeben vom ZHB), daneben finden sich viele Themenhefte und Einzelbeiträge unter den Kongreß- und Tagungsberichten bzw. Zeitschriften der einzelnen Universitäten und Hochschulen. Alle Wissenschaftsbereiche veranstalteten in mindestens zweijährigem Rhythmus Kolloquia, Konferenzen bzw. wissenschaftliche Arbeitstagungen, die jeweils mindestens DDR-weit besucht waren, oft aber auch Kooperationspartner aus den "sozialistischen Bruderländern" einbezogen.

2.1. *Hochschulpädagogik in der Krise*

Ende der 70er Jahre gab es zunehmend Unzufriedenheit mit dem "erreichten Stand bei der Vervollkommnung der kommunistischen Erziehung der Studenten", so der stellvertretender Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Peter Fiedler (1980, S. 13). Diese Unzufriedenheit artikulierte sich in z.T. herber Kritik an der Hochschulpädagogik. Das (fast zweistündige) Eröffnungsreferat Fiedlers auf der ersten "Zentralen Arbeitstagung Hoch- und Fachschulpädagogik" am 8. und 9. Februar 1980 an der Karl-Marx-Universität in Leipzig fiel ungewohnt und – jedenfalls für Uneingeweihte – überraschend kritisch aus.

Nachdem er zunächst die für DDR-Verhältnisse erstaunliche Feststellung getroffen hatte, die politische Situation unter den Studierenden sei "im wesentlichen als stabil" (1980, S. 15) zu beurteilen, folgte die Präzisierung, "daß bei der generell positiven Gesamtbewertung der politischen Situation unter unseren Studenten der Grad der bewußten Identifizierung mit der Politik unserer Partei auf allen Ebenen unserer gesellschaftlichen Entwicklung noch differenziert bewertet werden muß" (ebd.). Ähnliche Feststellungen wurden in bezug auf die Hochschullehrkräfte getroffen, und Kiel bezog sich auch auf deren hochschulpädagogisches Interesse und Engagement, als er 1982 bemängelte, "daß die Motivation für die Aneignung der Hochschulpädagogik sehr unterschiedlich, manchmal kaum ausgeprägt" sei (Kiel 1982, S. VI).

Den Hintergrund der Probleme bildete eine neue Studentengeneration, deren gesellschaftlicher und politischer Erfahrungshorizont allenfalls bis in die späten 60er Jahre zurückreichte, und für die, wie Fiedler konstatierte, "die Jahre des schweren Anbeginns und Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus nicht Gegenstand eigenen Erlebens sind" (ebd. S. 34).

Vor allem das Zentralinstitut für Jugendforschung hatte mit Ergebnissen seiner Intervallstudien zur Studentenforschung wiederholt auf den gewandelten Lebensstil, die veränderten Wertorientierungen und den Mentalitätswandel der heranwachsenden Jugend- bzw. Studentengeneration aufmerksam gemacht (vgl. u.a. Starke 1979 und 1983, "Student 79" 1980, Hofmann 1983, Bathke 1984, Starke/Bruhm-Schlegel 1984); die Studierenden waren zu Studienbeginn älter (u.a. durch Vorpraktika in einer gewachsenen Anzahl von Studienrichtungen), selbständiger, anspruchsvoller, weniger gläubig auf die Ideale des Sozialismus als auf private Zielen fixiert (vgl. dazu auch Friedrich 1990, Friedrich/Griese 1991). Sie paßten nicht mehr recht zur teils begeisterungsfähigen, teils zumindest disziplinierteren Aufbaugeneration ihrer Eltern der 50er Jahre. Die DDR-Obrigkeit stand dieser Entwicklung ratlos und vor allem mißtrauisch gegenüber. Um die undankbare Jugend zurückzugewinnen, gab es in den 70er Jahren regelrechte "Jugendkampagnen", die

mit den X. Weltfestspielen 1973 in Berlin eröffnet wurden, mit dem Aufbau von Jugendclubs, Jugendreisebüros (der FDJ), die übrigens auch Jugendreisen als Auszeichnungen für ausgewählte "Kader" in kapitalistische Länder vergaben, Jugendbrigaden usw. einhergingen. Auch die Verabschiedung des Jugendgesetzes der DDR (1974) kann als Ausdruck der neuen Aufmerksamkeit (und Wachsamkeit) der DDR-Regierung gegenüber der Jugend gelten.

Fiedler wies die Hochschulpädagogen zurecht, daß es nicht genüge, "neue subjektive Voraussetzungen lediglich festzustellen, sondern es ist dringend erforderlich, sie gründlich und komplex zu untersuchen und einer tiefergehenden wissenschaftlichen Bewertung zu unterziehen" (ebenda, S. 35). "Vor allem aber", fuhr er fort,

"erwarten wir Vorschläge dazu, welche Konsequenzen für die Gestaltung des pädagogischen Prozesses daraus abzuleiten sind, wie nunmehr praktisch an unseren Hochschulen diesen veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen ist, welche Auswirkungen das auf den Stil der akademischen Ausbildung, auf die massenpolitische Tätigkeit, auf die Gestaltung der selbständigen wissenschaftlichen Arbeit und auf die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie haben muß" (ebenda).

Diese Passagen bieten einen interessanten Einblick in die seitens der politischen Ebene eingenommene Perspektive auf die Hochschulpädagogik. Es ist erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit politische "Erwartungen" an ein Wissenschaftsgebiet wie die Hochschulpädagogik und seine Vertreter formuliert wurden, das für die Politik offenbar nie etwas anderes als ein Instrument für die Durchsetzung politischer und ideologischer Interessen gewesen ist. "Einmal erwarten wir von Ihnen", forderte Fiedler,

"daß Sie an der Herausarbeitung des gesellschaftlichen Maßstabes für die Erhöhung der Qualität der Erziehung und Ausbildung produktiv mitarbeiten und zum anderen die Grundpositionen zur kommunistischen Erziehung der Studenten durch theoretisch anspruchsvolle und praxiswirksame Forschungsergebnisse immer klarer herausarbeiten und an den Hoch- und Fachschulen umsetzen helfen" (ebd., S. 13).

Die Hochschulpädagogik, vom politischen Apparat längst als "Auftragsdisziplin" vereinnahmt, hatte die in sie gesetzten "Erwartungen" nicht erfüllt. Ihre Wirksamkeit ließ zu wünschen übrig, sie konnte für die wahrgenommenen Probleme und beunruhigenden Befunde keine Lösungen vorweisen (wie sollte sie auch?). Die Hochschulpädagogik versagte, sie schien als "Regulativ" für das erwachende, kritische Selbstbewußtsein einer neuen Jugendgeneration, das außer Kontrolle zu geraten drohte, untauglich zu sein.

Helmut Lehmann, der von dem drohenden Ungewitter rechtzeitig erfahren hatte, reagierte in seinem Beitrag mit fast zugespitzter "Selbstkritik". Er warf der Hochschulpädagogik – nicht einmal zu Unrecht – eine "gewisse Praxisferne", die

"Überschätzung der Vorbildwirkung hoch- und fachschulpädagogischer Lehre", eine "dem Anliegen hoch- und fachschulpädagogischer Qualifizierung abträgliche Tendenz der Spezialisierung", das "Nichtabfordern hoch- und fachschulpädagogischer Qualifikation durch die jeweiligen Leiter" und einen "Mangel an theoretischer Bewältigung hoch- und fachschulpädagogischer Grundfragen" vor (Lehmann 1980, S. 47 ff.). Allerdings konnte er seinen für die Arbeitstagung vorbereiteten Beitrag nicht mehr selbst halten. Vierzehn Tage vor der Konferenz erlag er einem Herzinfarkt. Es bleibt die Vermutung offen, daß seine in den letzten Lebensmonaten akut angegriffene Gesundheit auch mit der bevorstehenden Bilanz der "Leistungen" einer im gegebenen gesellschaftlichen System und hochschulpolitischen Rahmen überforderten Disziplin zusammenhing.

Im Kontext dieser Krise bekam auch die Hochschulpolitik offiziell einen neuen Stellenwert. Das Politbüro des Zentralkomitees der SED befaßte sich mit den "Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" (vgl. Beschluß 1980) und kurz darauf fand in Berlin die V. Hochschulkonferenz statt, die die Grundsätze der sozialistischen Hochschulpolitik neu formulierte und mit einer Reihe von Reformvorschlägen eine Flexibilisierung und innere Differenzierung der akademischen Ausbildung zu erlangen suchte (vgl. V. Hochschulkonferenz 1980).

Auch die Hochschulpädagogen gingen in sich und stellten in den Folgejahren vor allem praxisnahe Forschungsthemen wie die "Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen", die "Entwicklung von Aktivität, Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Studenten" und die "erzieherische Wirksamkeit" der Hochschullehrkräfte in den Vordergrund ihrer Arbeit.

2.2. *Hochschulpädagogische Forschung*

Die wichtigsten Forschungsschwerpunkte der Hochschulpädagogik in den 80er Jahren (alles ausgesprochen "pädagogische" Themen) schöpften sich aus der offiziellen bildungs- und hochschulpolitischen Programmatik der DDR, z.B. dem erwähnten Politbürobeschuß oder den Ergebnissen der V. Hochschulkonferenz. Untersucht wurden vor allem solche Fragestellungen wie

- Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen (Didaktik und Methodik des Hochschulunterrichts)
- Aktivität, Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Studenten
- Selbständige wissenschaftliche Tätigkeit der Studenten
- Erziehungswirksames Lehr- und Führungsverhalten
- Kommunistische Erziehung der Studenten (einschließlich Persönlichkeits- und Leistungsentwicklung bzw. -bewertung etc.)
- historische Hochschulpädagogik.

Innerhalb der offiziellen pädagogischen Forschungsplanung spielten die hochschulpädagogischen Themen überraschenderweise kaum eine Rolle. Stattdessen gab es aber einige "Z-Plan-Themen" im Rahmen des "Zentralen Forschungsplans der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1986 - 1990" (vgl. 1986) und hochschulpädagogische Planvorhaben im Rahmen des "Plans der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen" (vgl. 1986), die als sogenannte "M-Themen" unter der Verantwortung des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen standen. Darunter gab es einen speziellen Plan der Forschungen über das Hoch- und Fachschulwesen (vgl. ebd.).

Die in diesen Plänen enthaltenen "Hauptrichtungen der hochschulpädagogischen Forschung" wurden jeweils unter die Leitung eines inhaltlich entsprechend profilierten Wissenschaftsbereiches gestellt. Schaut man sich diese Forschungsrichtungen genauer an (siehe Anlage 1), so fällt auf, daß weniger die "wirklichen", im täglichen Hochschulbetrieb diskutierten Probleme erforscht wurden, als vielmehr häufig künstliche Fragestellungen, die aus der offiziellen politischen Programmatik und dem Erziehungsauftrag der Hochschulen hergeleitet waren, wenn sie nicht unmittelbar aus der disziplinären Nähe zur marxistisch-leninistischen Pädagogik erwachsen. Immer wieder begegnet uns in diesen Forschungsansätzen das Motiv der "Vervollkommnung" von Strukturen, die in der Substanz längst unantastbar geworden waren (des Staates, der Hochschulen, des Wissenschaftssystems, des Primats der "sozialistischen Studentenpersönlichkeit" usw. usf.).

Ungeachtet dessen gab es eine vergleichsweise ausgeprägte Profilbildung an den einzelnen Wissenschaftsbereichen, die sich in ihrer Forschung jeweils spezialisierten und auch angesichts der für die Hochschulpädagogik charakteristische Verbindung von Forschung und Lehre auch entsprechende "Lehrprofile" entwickelten. Die Profilbildung in der Forschung spiegelt sich auch in den entsprechenden Kapiteln der 1984 und 1986 erschienenen, zweibändigen "Einführung in die Hochschulpädagogik" wider, für die jeweils die Leiter der entsprechenden Wissenschaftsbereiche verantwortlich zeichneten. Schon 1978 war, angeregt und initiiert durch H. Lehmann, eine "Vorform" dieser Einführung in Gestalt dreier Broschüren erschienen, und zusätzlich wurde 1978 ein Band zur Gestaltung von Lehr- und Studienprozessen als Einführung in die Hochschuldidaktik herausgegeben (vgl. Graf/Knöchel 1978). Hier wie überall begegnet man der "Binnengliederung" der Disziplin in Grundlagen der Hochschulpädagogik, Aufgaben der kommunistischen Erziehung der Studenten und "Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen", wie sie auch als Gliederungsansätze für die Lehre verwendet wurden. Teil I der "Einführung" allerdings wurde übereinstimmend als unbrauchbar angesehen, jedenfalls für Lehrzwecke, weil sie – vielleicht um überhaupt gedruckt werden zu können – in einem

selbst für DDR-Verhältnisse übermäßig ideologiebefrachteten Duktus abgefaßt war. Teil II hingegen, der die Gestaltung der Lehr- und Lernprozesse an Hochschulen (so die verklausulierte Bezeichnung für eine eigentlich praxis- und anwendungsorientierten Didaktik des Hochschulunterrichts) war durchaus als Arbeitsgrundlage geeignet und wurde auch entsprechend genutzt.

Bei der Umsetzung der Forschungspläne kooperierten die Hochschulpädagogen u.a. mit dem Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig (insbesondere der Abteilung Studentenforschung), mit den Instituten für Berufsausbildung (Berlin) und für Fachschulwesen (Karl-Marx-Stadt), allerdings überhaupt nicht mit den Methodik-Bereichen der jeweiligen Universitäten, wahrscheinlich um keine allzu offensichtliche Nähe der Hochschulpädagogik zur Schulpädagogik bzw. -didaktik aufkommen zu lassen.

2.3. *Hochschulpädagogische Lehre*

Für die Hochschulpädagogik gab es keine grundständigen Studiengänge, und sie verkörperten auch keinen Bestandteil solcher, wenn man von der Diplomlehrer-Ausbildung für Marxismus-Leninismus (Lehrer für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium an den Universitäten und Hoch- und Fachschulen der DDR) an der Karl-Marx-Universität Leipzig absieht.

Die ersten hochschulpädagogischen Seminare (für Assistenten und Aspiranten) wurden 1959/60 von Helmut Lehmann an der Humboldt-Universität zu Berlin abgehalten. Von Anfang an war die hochschulpädagogische Ausbildung als berufsbegleitende Weiterbildung (meist in Gestalt von Abendkursen) konzipiert. Seit Anfang der 70-er Jahre verfolgte man das Modell einer "zweistufigen hochschulpädagogischen Befähigung" (Kiel 1982, S. V), d.h. es wurden Einführungskurse und sogenannte "Hauptkurse" (offiziell "Kurs zum Studium der Hochschulpädagogik" genannt) parallel angeboten, die aufeinander aufbauen sollten. Ein Einführungskurs dauerte in der Regel ein halbes "Studienjahr" (ca. 40 Stunden) und war für junge Assistenten bzw. wissenschaftliche Mitarbeiter ohne Lehrerfahrungen bestimmt. Teilweise gab es besondere Einführungskurse für Forschungsstudenten, die unmittelbar an ihr Studium die Promotion anschlossen. Hochschulpädagogische Hauptkurse zogen sich über ein Jahr (80 Stunden) und sollten erfahrenere Hochschullehrkräfte einbeziehen, und zwar meist solche, die unbefristet beschäftigt und in den "Kaderentwicklungsplänen" der Sektionen für die Besetzung von Dozenten bzw. Professuren vorgesehen waren. Die Einführungskurse kannten in der Regel keinen förmlichen Abschluß (es gab aber eine Urkunde), die Hauptkurse dagegen endeten mit einer Abschluß- bzw. Belegarbeit.

1974 wurde durch den Minister für Hoch- und Fachschulwesen erstmals ein zentrales Programm der hochschulpädagogischen Qualifizierung herausgegeben. Daran anknüpfend legte der Arbeitskreis Hoch- und Fachschulpädagogik beim MHF (der spätere "Wissenschaftliche Beirat") zunächst ein Programm für die hochschulpädagogischen Einführungskurse vor, das sich als Rahmenprogramm verstand und 1980 im Kraft gesetzt wurde (vgl. dazu Kiel 1982). Bis 1985 erfolgte die Lehre in den "Hauptkursen" prinzipiell auf der Basis des alten Programms der hochschulpädagogischen Qualifizierung, vor allem aber einzelner, jeweils hochschulspezifischer Planungen. Dann folgte ein zentrales "Programm für die hochschulpädagogische Qualifizierung von Lehrkräften an Universitäten und Hochschulen" (1985). Zum 1. Dezember 1987 wurde dieses Programm durch einen offiziellen und verbindlichen Studienplan für das postgraduale Studium Hochschulpädagogik (vgl. 1987), herausgegeben vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen, ersetzt. Für den Bereich der Fachschulpädagogik gab es schon seit 1976 einen solchen Studienplan für ein postgraduales Studium.

Zum Abschluß des Studiums im Rahmen der einjährigen Kurse gehörte von Anfang an eine "Lehrprobe", in den achtziger Jahre gelegentlich verbunden mit dem Erwerb der "facultas docendi" (der Lehrbefähigung als Teil des Promotion-B-Verfahrens, d.h. der Habilitation). In den Einführungskursen begnügte man sich mit Hospitationen und deren Auswertung. Die Lehrproben basierten auf der Erstellung eines detaillierten, zuvor ausgearbeiteten (erzieherischen und didaktisch-methodischen) Veranstaltungskonzepts, dem Vollzug der eigentlichen "Unterrichtseinheit" (in der Regel eine Vorlesung oder ein Seminar) und einer Auswertung. Letzteres besorgte eine Kommission aus Hochschulpädagogen und Fachvertretern, die bei der Lehrprobe anwesend waren.

Ab Mitte der achtziger Jahre wurden die "Hauptkurse" – zuerst in Rostock und Leipzig, später auch an einer Reihe weiterer Standorte – zu Postgradualstudiengängen (mit und ohne Fachabschluß) umgewandelt bzw. weiterentwickelt. Das in der Regel einjährige "Postgraduale Studium Hochschulpädagogik" beendete man mit einer Prüfung und einer Abschlußarbeit, die im Rahmen dieser Prüfung zu verteidigen war. In der Abteilung Hochschulpädagogik des ZHB wurde ein zentrales Archiv dieser Arbeiten (ca. 250 pro Jahr) angelegt, um sie späteren Nutzern zugänglich zu machen. Dieses Archiv ist wie die gesamte Bibliothek des ZHB erhalten geblieben und wurde bis 1996 von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (s.u.) betreut. Nach deren Schließung übernahm das Institut für Hochschulforschung Wittenberg e.V (s.u.) die Aufgaben der Bestandspflege und -entwicklung der Bibliothek.

Der Studienplan von 1987 sah insgesamt 80 Stunden Lehrveranstaltungen nach einem vorgegebenen Programm vor (vgl. Anlage 2), Selbststudium in etwa demselben Umfang sowie die Anfertigung einer Abschlußarbeit. Für diese 80 Stunden waren detaillierte Themen vorgegeben, abgesehen von jenen 12 Stunden, die "für obligatorische und wahlobligatorische Lehrveranstaltungen zur freien Verwendung für die betreffenden Wissenschaftsbereiche bzw. Lehrenden zur Verfügung" standen (Studienplan 1987, S. 16). Hinsichtlich der "Zielstellung" des postgradualen Studiums heißt es in dem Studienplan:

"Die an der Qualifizierung teilnehmenden Lehrkräfte eignen sich hochschulpädagogische (einschließlich-methodische) und ausgewählte psychologische Erkenntnisse an, wodurch sie noch besser in die Lage versetzt werden sollen, ihre erzieherische Aufgabe mit bestmöglichen Ergebnisse zu erfüllen. Untrennbar mit der Vermittlung n e u e r Erkenntnisse und Einsichten ist die Aufgabe verbunden

- bereits vorhandenes pädagogisches Wissen und Können theoretisch zu fundieren, zu vertiefen und zu erweitern sowie anwendungsorientiert zu systematisieren,
- pädagogische Einstellungen und Verhaltensweisen zu bestätigen, zu vertiefen oder eventuell zu korrigieren,
- Erfahrungswerte theoretisch zu verallgemeinern und zu einem höheren Grad an Bewußtheit pädagogischen Handelns beizutragen sowie
- die Teilnehmer zu befähigen, die eigene Lehrtätigkeit selbstkritisch einzuschätzen und gezielt unter Anwendung theoretischer Erkenntnisse und Erfahrungen aus erfolgreicher Lehrtätigkeit weiterzuentwickeln" (ebd., S. 3).

In der Diktion dieser Eröffnung war schon damals das Bemühen identifizierbar, die sonst üblichen "Ideologismen" zu vermeiden und eine vergleichsweise neutrale, wenn auch dadurch kaum inhaltsreichere, Darstellungsform zu wählen. Möglicherweise ging es damit auch um einen latenten Hinweis (an das genehmigende Ministerium?) auf den schon erreichten "Persönlichkeitsstand" der Teilnehmer an den hochschulpädagogischen Qualifizierungen, die ja immerhin von ihren Sektionen zum postgradualen Studium "delegiert" wurden und als Kolleginnen und Kollegen anders anzusprechen waren als reguläre Studierende. Dies erklärt solche besonderen Wendungen wie "noch besser in die Lage versetzen", "Einstellungen und Verhaltensweisen zu bestätigen" oder – an anderer Stelle – "Kenntnisse erweitern und vertiefen", ihre "Befähigung vervollkommen" usw. (alles ebd., S. 3f.). Sicher konnten damit auch allzu abschreckende Wirkungen der Lehrankündigungen vermieden werden.

An den großen Universitäten Rostock und Leipzig endete das postgraduale Studium mit einem Fachabschluß gemäß den allgemeinen Bestimmungen über das postgraduale Studium an Hoch- und Fachschulen (Gesetzblatt der DDR I Nr. 31 vom 1.7.1973 und Gbl. I Nr. 8 vom 2.2.1981). Kleinere Wissenschaftsbereiche, wie

z.B. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, boten das postgraduale Studium Hochschulpädagogik ohne Fachabschluß an und bezogen z.B. die Lehrproben auch nur noch auf fakultativer Basis ein. Der Grund hierfür lag allerdings vor allem in der personellen Kapazität, die trotz Einführung der neuen Studienform konstant blieb.

Wer angesichts der enormen Regelungsdichte der verbindlichen thematischen Vorgaben (vgl. Anlage 2) allerdings analoge Kontrollmechanismen erwartete, dürfte in den Veranstaltungen selbst überrascht gewesen sein. Denn das bedruckte Papier des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen wurde von vielen Lehrenden mehr oder minder offen als die eine Seite, die reale Lehr- und Studienpraxis als eine andere angesehen und gestaltet. Ohne weiteres war es möglich, diese Vorgaben "vor Ort" individuell zu modifizieren, sie inhaltlich "auszulegen" (z.B. neben dem Erziehungsimperativ Sozialisationsprozesse zu behandeln), die Relationen zu verändern und den Veranstaltungsverlauf vor allem an den Vorstellungen der Teilnehmer zu orientieren (mit anderen Worten: vieles ganz anders zu machen). Eine "Punkt-für-Punkt-Umsetzung" der Vorgaben des Programms hätte die Veranstaltungen in der Praxis ohnehin zum Scheitern gebracht und wäre auch für die Mehrzahl der Lehrenden unzumutbar gewesen.

Dem Trend, eigene Programme zu entwickeln, kamen vielerorts bereits Versuche entgegen, die Lehrangebote stärker und unmittelbarer an den Bedürfnissen der Teilnehmer zu orientieren, also z. B. hochschulpädagogische Vorlesungen zugunsten von Seminaren und weiteren dialogischen Verfahren zu reduzieren, praktische Übungen einzuführen (u.a. zur Rhetorik im Hochschulunterricht), zu Trainingszwecken Videotechnik einzusetzen usw. So verlor auch das vielgescholtene "Delegierungsprinzip" in der Lehre, das der Hochschulpädagogik ihre Klientel auf administrativem Wege zuführte, ohne daß mit attraktiven Angeboten um sie zu werben war (s.o.), in den letzten Jahren an praktischer Bedeutung. Immer häufiger kam es vor, daß sich Mitarbeiter der Universität von sich aus an die Bereiche Hochschulpädagogik wandten, um angebotene Kurse zu belegen bzw. didaktisch-methodische Beratung einzuholen. Sicher stehen solche neuen (späten) Erfahrungen mit der Hochschulpädagogik noch in einem Zusammenhang mit den heute wieder vermehrten Anfragen an die Universitäten, warum es eigentlich keine hochschulpädagogischen bzw. -didaktischen Kurse vor allem für die jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr gibt. Die Berücksichtigung solcher Wünsche scheitert indessen schon am nicht mehr vorhandenen hochschulpädagogischen Personal.

3. Hochschulpädagogik und Hochschulforschung

Auch wenn die Hochschulpädagogik in erster Linie Teildisziplin der Pädagogik war, verstand sie ihr Anliegen doch immer zugleich als übergreifende Hochschulforschung. Hochschulpädagogik und Hochschulforschung waren in der DDR eng (und bei unvoreingenommener Betrachtung auch sinnfällig) miteinander verbunden. Die Hochschulforschung nicht nur des ZHB, sondern u.a. auch der Abteilung Studentenforschung des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, lieferte die institutionellen und "prozessualen" Basisinformationen, Statistiken, Prognosen, qualitative Erhebungen etc.; die Hochschulpädagogik versuchte, solche Aussagen in gesellschafts- bzw. erziehungswissenschaftliche, politisch-programmatische und auch ideologische Begründungen umzusetzen, sie vor allem aber pädagogisch zu systematisieren und praktisch zu operationalisieren. Ihr Gegenstand war die Ausbildung und Erziehung der Studenten, ihre Sphäre oder ihr Medium der "Pädagogische Prozeß" an den Hochschulen und Universitäten, der als "Einheit von Lehr-, Studien- und wissenschaftlichem Arbeitsprozeß" (vgl. Einführung 1984, S. 28 ff.) definiert und so – zumindest äußerlich – von schulpädagogischen Prozessen abgegrenzt wurde. In dieser weiten Sicht ist die Hochschulpädagogik immer zugleich spezifische Hochschulforschung gewesen, und die Hochschulforschung hatte infolge des "Erziehungsauftrages" der Universitäten und Hochschulen stets eine immanente hochschulpädagogische Dimension. Daraus resultierte die relative Nähe bzw. partielle Identität beider Perspektiven.

In diesem Sinne bestand die Erwartung an die Hochschulpädagogik auch darin, die Entwicklung an den Universitäten und Hochschulen über die unmittelbare Ausbildungs- und Erziehungsebene hinaus zu begleiten und im gegebenen Rahmen mit konzeptionellen Vorschlägen voranzubringen. Gäbe es heute in den neuen Bundesländern Hochschulforschung (der Wechsel in den Konjunktiv erfolgt hier bewußt), stünde sie im Grunde vor analogen Aufgaben, wenn auch vor anderen Bedingungen und Möglichkeiten. Vor allem könnte sie an ein spezifisches Erfahrungspotential des DDR-Hochschulwesens anknüpfen. Zu den interessanten Fragestellungen würde dann der z.B. Umstand gehören, daß die Hochschulen der DDR – ungeachtet ihres rigiden Erziehungsregimes – viel stärker in eine reflektierte Verantwortung und Aufmerksamkeit gegenüber den Studierenden eingebunden waren, als dies heute der Fall ist. Bei aller Ambivalenz dieser Aufmerksamkeit werden gerade ein studentenfreundliches Kommunikationsklima, ein enges Verhältnis von Lehrenden und Studierenden und die Zurkenntnisnahme studentischer Probleme und Sichtweisen von vielen Studierenden heute vermißt.

Anknüpfungen an die vorhandenen (wenn auch differenziert zu betrachtenden) Hochschulforschungstraditionen der DDR nehmen sich heute bescheiden aus. Teile des ZIJ Leipzig bilden heute eine Außenstelle der HIS GmbH (Hochschul-Informationssystem) Hannover. Als einzige Hochschulforschungseinrichtung der neuen Länder ist die durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBWFT) und ergänzend von der Kultusministerkonferenz und der DFG geförderte "Projektgruppe Hochschulforschung" Berlin-Karlshorst zu nennen. Von 1991 bis zu ihrer Schließung 1996 wurden dort u.a. die Ausgangsbedingungen, neuen Struktur- und Organisationsentwicklungen, Studienorientierungen, Lehr- und Lernprozesse an Hochschulen sowie die Beschäftigungssituation von Absolventen untersucht. Im Dezember 1996 wurde mit Unterstützung des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg das "Institut für Hochschulforschung Wittenberg e.V." gegründet, das seinen Sitz in der Lutherstadt Wittenberg hat und inhaltlich, z.T. auch personell, an die Arbeiten der Projektgruppe Hochschulforschung anschließt.

Insgesamt harren die Methoden und Ergebnisse der von der Hochschulpädagogik geleisteten Forschung nach wie vor einer kritischen Analyse und Aufarbeitung, denn ohne eine Auseinandersetzung mit dem hochschulpädagogischen Erbe der DDR können die besonderen Ausgangsbedingungen und Chancen der Hochschulentwicklung in den neuen Ländern nicht produktiv reflektiert, geschweige denn praktisch aufgegriffen werden. Das Defizit der Hochschulforschung in bezug auf die neuen Länder besteht ja vor allem darin, daß die von Westdeutschland aus betriebenen bzw. auf die neuen Länder ausgedehnten Analysen (und die darauf basierenden Gestaltungsvorschläge) auf die besonderen Ausgangsbedingungen, Erfahrungen, Bedürfnisse und spezifischen Probleme und Perspektiven der neuen Länder kaum eingehen können und auf das vorhandene Potential nicht zurückgreifen.

4. Zwiespältiges Erbe

Auf Grund ihrer festen Einbindung in das „sozialistische Hochschulwesen“ stand die Hochschulpädagogik der DDR seit ihrer Institutionalisierung Ende der fünfziger Jahre vor zwei Grundwidersprüchen, die sich vor dem gegebenen gesellschaftspolitischen Hintergrund nicht lösen ließen, und an denen sie schließlich – gemeinsam mit dem politischen System – gescheitert ist.

Erstens: Das der Hochschulpädagogik auferlegte Prinzip der "Einheit von sozialistischer Erziehung und wissenschaftlicher Bildung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus" (vgl. III. Hochschulkonferenz der SED 1958, zit. nach EIN-

FÜHRUNG 1984, S. 13 f.) hat sie, wie andere marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaften auch, von vornherein auf überwiegend eindimensionale, oft apologetische und nicht selten auch indoktrinäre Denk- und Handlungskonzepte fixiert. Vorgaben aus den 50er Jahren behielten im Prinzip bis zum Schluß ihre Gültigkeit und waren damit über mehr als drei Jahrzehnte praktisch keiner nennenswerten Modifikation oder gar grundsätzlichen Infragestellung unterworfen. Die für die ganze DDR-Gesellschaft verhängnisvolle Kopplung von Macht-, Wahrheits- und einem fatalen Endgültigkeitsanspruch der ideologischen Maximen einer "führenden Partei" hat auch im Bereich der Hochschule früh die Suche nach Alternativen oder gar nach Vielfalt und Kontroverse – als lebendige Existenzformen von Demokratie – ersticken lassen. Wissenschaft (zumindest Gesellschaftswissenschaft) sollte bestätigen oder allenfalls „ausgestalten“, optimieren, aber nicht kritisch reflektieren, in Frage stellen oder gar Alternativen entwickeln. Daß sich die Gesellschaft damit ihres eigenen Innovationspotentials beraubte, Kontinuität nicht im Wandel, sondern in der Stagnation bestand, zwang Lehrende wie Studierende (letztere natürlich in besonderer Weise) immer mehr in eine Objektrolle – bei ständiger Beschwörung ihrer Subjektposition – und führte dazu, daß die Universität ihre traditionellen Prämissen von Autonomie, akademischer Freiheit und studentischer Selbständigkeit der politischen Wirklichkeit aufopferte.

Zweitens ist die Hochschulpädagogik auf Grund ihrer funktionellen Einbettung in ein geschlossenes, "gesamtgesellschaftliches" Erziehungskonzept von vornherein darauf angelegt gewesen, lediglich eine „Variante“ kommunistischer Erziehung zu beschreiben, hier in der Realisierungsform Hochschule. Akzente des Besonderen oder gar Eigenständigen ihres Gegenstandes waren vor diesem Hintergrund nur bedingt geltend zu machen, so daß letztlich doch eher schulpädagogische Sichtweisen in die Hochschulpädagogik Eingang fanden und den traditionellen Aversionen der eingesessenen universitären Fächer gegen das Gebiet immer wieder Nahrung gaben. Dies als Widerspruch zu reflektieren, der die Hochschulpädagogik ins Zwielicht rückte und auch ihre wissenschaftlichen Grundlagen in der Pädagogik fraglich erscheinen ließ, war innerhalb des Systems unmöglich, wurde aber auch kaum versucht. Daß solche Probleme in internen Zirkeln natürlich kritisch erörtert wurden, inoffiziell ständig im Gespräch waren, kann die Hochschulpädagogen nicht von dem Vorwurf einer weitgehenden Preisgabe reformorientierter Ansätze für die Herrschaftsansprüche von Ideologie und Politik entlasten.

Dennoch hat die Hochschulpädagogik vor allem in den letzten Jahren wichtige und zeitgemäße (manchmal sogar "systemparadoxe") hochschulpädagogische Stichwörter verfolgt: Aktivität, Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Studierenden, differenzierte und individuelle Studienplangestaltung, Ausbau der

Wahlmöglichkeiten, Vervielfältigung der Lehr- und Studienformen, problem- an- stelle disziplingeleitetes Lernen, neue didaktische Modelle, moderne Unterrichtstechnologien, Erhöhung der Praxisrelevanz und -verbindung des Studiums usw. usf.

Wenn am Ende der Ruf nach mehr Schöpfer- und Selbsttätigkeit (bzw. entsprechenden Bedingungen) meist dennoch in allenfalls halbherzigen Retuschen des verregelten Studiensystems verhallte, so ist dies weniger hochschulpädagogischer Fehlleistung als dem allgemeinen intellektuellenfeindlichen Klima des „Arbeiter- und-Bauern-Staates“ anzulasten, der von einem Ausufer- und kritisch-kreativen Potentials über kurz oder lang die Selbstinfragestellung zu befürchten hatte. Allein die halbherzige Inangriffnahme der (ohnehin bescheidenen) Korrekturimpulse des SED-Politbürobeschlusses über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen (vgl. Beschluß 1980) zeugt davon, daß man Innovationsdefizite eher in Kauf zu nehmen bereit war als unkontrolliertes Schöpfer- und Selbsttätigkeit, das in der Tat schnell zu den Grundwidersprüchen der DDR-Gesellschaft vorgedrungen wäre und womöglich eine forcierte Suche nach Alternativen ausgelöst hätte.

Aus den beschriebenen Entwicklungen wird ersichtlich, daß sich die Leistungen der DDR-Hochschulpädagogik nicht allein aus ihrem in Form öffentlicher Verlautbarungen dokumentierten Erbe ermitteln und beurteilen lassen, die in der Tat von Reformtrends nicht gerade überzeugend künden. Aber es gab in der Forschung wie in der Lehre bereits viele Anzeichen dafür, daß die Hochschulpädagogik auf dem Wege war, sich von einer – von einem Großteil ihrer Adressaten lange Zeit so empfundenen – Instanz der Belehrung hin zu einem Podium des wissenschaftlichen Austauschs über Probleme der Hochschulentwicklung, über Widersprüche und Erfahrungen in der akademischen Lehre bzw. im Studiums zu entwickeln. Wenn auch zunächst eher verhalten als öffentlich bzw. offiziell zielte sie in den letzten Jahren der DDR-Ära längst nicht mehr allein auf die Bestätigung bildungs- bzw. hochschulpolitischer Setzungen und die Verteilung von Rezepten, sondern zunehmend auf kritische Reflexion, Anregung und individuelle Beratung.

In der Forschung kritische und innovative Fragestellungen aufzugreifen und in der Lehre die Kursteilnehmer anzuregen und zu ermutigen, ihren eigenen Lehrstil zu finden und in eine sich verändernde Lehrkultur einzubringen, war für eine gewachsene Anzahl von Hochschulpädagogen und -pädagoginnen längst in den Vordergrund ihres wissenschaftlichen Anliegens und auch ihrer fachlichen Identität bzw. Motivation gerückt. Doch mangelnde, von Mißtrauen getragene Nachwuchspflege ließ neuen Vorstellungen über das Wissenschaftsgebiet zu wenig Chancen. Viele jüngere Fachvertreter empfanden den hochschulpädagogischen Diskurs als verkümmert und sahen sich bestenfalls in der Rolle von Ornamenten für die Ent-

würfe eines fernen hochschulpädagogischen „Denkzentrums“. Die Gründe dafür sind kaum einzelnen Personen anzulasten, sondern gehören in ihrer Verallgemeinerung zu den unweigerlichen Folgen einer von demokratischen Grundsätzen entfernten Gesellschafts- und auch Wissenschaftskultur, die für sich regenerierende intellektuelle Ressourcen keine sinnvolle Verwendung mehr hatte.

Es gehört zur Tragik des Geschehens (nicht nur) im Hochschulbereich der DDR, daß sich der beschriebene Wandel erst im Keime befand, zu spät und zaghaft einsetzte, um noch Wirkung zu zeitigen. Dennoch zählt er – mit allen seinen Anzeichen – zur Geschichte der DDR-Hochschulpädagogik wie ihr schließliches Scheitern im Gefolge des Legitimationszwangs einer restriktiven Bildungs- bzw. Hochschulpolitik vor dem Hintergrund nicht mehr bewältigter gesellschaftlicher Widersprüche und Krisensymptome.

5. Wendezeit – die "Deutsche Gesellschaft für akademische Bildung"

Im August 1990 ergriff eine Reihe von Hochschulpädagoginnen und -pädagogen der DDR die Initiative und gründete die "Deutsche Gesellschaft für akademische Bildung" (DGAB) – als eingetragenen Verein mit anerkannter Gemeinnützigkeit.

Im Gründungspapier der Gesellschaft, zugleich erster Rundbrief an die Mitglieder, heißt es zum Motiv der Gründung:

"Das Anliegen der Gesellschaft besteht darin, als öffentliche Instanz die künftige Entwicklung des Verhältnisses von Hochschule, Wissenschaft, Bildung und Gesellschaft zu thematisieren, für die allgemeine Hebung und Pflege einer zeitgemäßen akademischen Lehr- und Studienkultur wirksam zu werden und als Podium zum Austausch entsprechender Ideen, Erfahrungen, Informationen und Meinungen offen zu stehen. Im Sinne des weltweiten Bemühens um 'Exzellenz in higher education' geht es der Gesellschaft darum, zu Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte, Formen, Methoden und Technologien des Lehrens und Studierens auf der Universität bzw. Hochschule mit beizutragen, Bildungsintentionen qualifizieren und hochschuldidaktische Innovationen zu fördern" (Rundbrief 1/1990).

Mit diesem ostdeutschen Impuls zur Hochschulforschung im unmittelbaren Kontext der Wende rückte zugleich das Problem der West-Ost-Annäherung (und damit des Zusammengehens mit der AHD) auf die Tagesordnung. So sprachen die Initiatoren bereits im Gründungspapier von einer „programmatischen Nähe zur AHD“, um einer späteren, auch institutionellen, „Bündelung des Potentials der deutschen Hochschulforschung im wiedervereinigten Deutschland den Boden zu bereiten“. Die Gründung der DGAB verband sich nicht zuletzt mit dem Motiv, den ostdeutschen Hochschulforscherinnen und -forschern eine Alternative zum „geschlossenen

Übertritt“ in die AHD zu eröffnen und sie anzuregen, zunächst "die eigene Geschichte kritisch aufzuarbeiten, Bewahrenswertes ist darin festzuhalten, um den Weg in eine neue wissenschaftliche Identität selbständig anzutreten – Voraussetzung für eine gleichberechtigte Partnerschaft und produktive Kooperation" (so ein Brief des DGAB-Vorsitzenden vom 07.10.91 an die Hochschulpädagoginnen und Hochschulpädagogen der DDR).

Auf Initiative der DGAB fand am 6. Juni 1991 in Berlin eine gemeinsame Vorstandssitzung von DGAB und AHD statt. Man verständigte sich u.a. darauf, an den Vorstandssitzungen beider Vereine wechselseitig teilzunehmen – ein Vorschlag, der über mehrere Jahre praktiziert wurde. AHD und DGAB empfahlen ihren Mitgliedern ausdrücklich Doppelmitgliedschaften, von denen aber nur wenige Mitglieder beider Gesellschaften Gebrauch machten.

Insgesamt haben sich die Hoffnungen der Gesellschaft nicht erfüllt, und auch die Zusammenarbeit mit der AHD stieß schnell auf Grenzen. Konflikte bahnten sich an, als der DGAB-Vorstand in einer Rezension zur 21. Jahrestagung der AHD am 8. Und 9. November 1991 in Münster („Lehrkultur und Qualität der akademischen Lehre“), wie schon zur 20. Jahrestagung 1990, kritisierte, daß „einerseits die europäische Relevanz von Qualitätsproblemen der akademischen Lehre akzentuiert wurde, während sich andererseits für eine Erörterung von aktuellen Problemen der ostdeutschen Hochschulerneuerung ... so gut wie kein Raum fand“ (Rundbrief 4/1991). Umgekehrt – und nicht zu Unrecht – wurde von seitens der AHD die defensive Haltung der DDR-Hochschulpädagoginnen und -pädagogen kritisiert, die ihrerseits keine offensiven Angebote unterbreiteten. Daraus lernten die Beteiligten, und so bot die DGAB zur 22. Jahrestagung der AHD („Evaluation zur Verbesserung der Qualität der Lehre und weitere Maßnahmen“) am 9. Und 10. Oktober 1992 in Berlin eine eigene Arbeitsgruppe an. An dieser "Arbeitsgruppe Nr. 5" in dessen beteiligten sich ausschließlich Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Ländern.

Kurze Zeit darauf kam als weiteres Erschwernis hinzu, daß die Zeitschrift "Das Hochschulwesen", bisher einziges überregionales Periodikum für die Hochschulforschung der DDR, mit dem Luchterhand-Verlag im Hintergrund von der AHD als Mitgliederzeitschrift übernommen wurde. In diese Entscheidung waren weder Mitglieder noch Vorstand der DGAB einbezogen worden. Den heute beklagten Mangel an Attraktivität und vor allem "gesamtdeutscher" Relevanz der in der Zeitschrift aufgegriffenen Probleme (und unerfüllte Absatzerwartungen gerade in den neuen Ländern) kann man durchaus als Folge einer "Übernahmepaxis" ansehen, der es vor allem an Dialog und ernsthaftem Kooperationsbemühen mangelte. Noch

heute bilden ostdeutsche Hochschulforscherinnen bzw. Hochschulforscher im Herausgeber-Beirat der Zeitschrift eine verschwindende Minderheit.

Konkurrenzbefürchtungen veranlaßten die AHD zu Zurückhaltung, und ihr Vorschlag, die DGAB nach britischem Vorbild zu einem "Regionalverband Ost" der AHD zu profilieren, wiederum stieß auf Skepsis in den Reihen der DGAB. Die Mitgliedschaft beschränkte sich im wesentlichen auf den kleinen Kreis der Gründungsmitglieder, für potentielle Mitstreiter aus den alten Ländern war die Initiative – von Ausnahmen abgesehen – aus verständlichen Gründen nicht interessant.

Aufrechterhalten wurde der Verein bis in unsere Tage. Als eingetragener Verein konnte er ABM-Stellen einrichten, so daß die Gesellschaft, wenn auch nur vorübergehend, die Möglichkeit hatte, arbeitslosen Hochschulpädagoginnen und -pädagogen sinnvolle Beschäftigungsperspektiven zu bieten. Überdies konnten Drittmittel, u.a. der KSPW (mit dem Projekt „Transformationsprozesse der Hochschulbildung im Meinungsspiegel von StudienanfängerInnen und Studierenden“), eingeworben werden. Mit solchen Aktivitäten hat der Verein trotz seiner unspektakulären Geschichte nicht unwesentlich zur Konsolidierung der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst beigetragen, die ihrerseits zum Ausgangspunkt der Gründung des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg geworden ist.

6. Resümee und Ausblick

Alle hochschulpädagogischen Einrichtungen an den Universitäten der neuen Länder sind der "Abwicklung" anheimgefallen; jeder anfängliche Versuch einer institutionellen Neugründung an den Hochschulen ist gescheitert. Zu tief sitzt der Argwohn gegenüber einer Renaissance des "auftragspädagogischen" Blickwinkels auf die Universität, zu lebendig ist – ob in diesem Umfang gerechtfertigt oder nicht – die Assoziation der Disziplin mit ideologischer Indoktrination, politisch funktionalisierter Handlungsanweisung und einer Sprache, die schon zu DDR-Zeiten vielfältige Aversionen weckte.

Leider lassen sich mit dem Scheitern und dem Untergang des "sozialistischen Hochschulwesens" und seines Erziehungsrepertoires heute die traditionellen (oft viel älteren) Vorurteile gegenüber hochschulpädagogischen Denkansätzen "relegitimieren", und der – gleichwohl immer offensichtlicher werdende – Handlungsbedarf im Sinne ihrer ursprünglichen Intentionen läßt sich unter Hinweis auf die Anmaßungen der Disziplin während der DDR-Ära überdecken. Man kann es als ernüchternd empfinden, daß die Hochschulpädagogik selbst, und zwar mit ihrer

eigenen jüngeren Geschichte, die heute wieder willkommenen Anlässe für eine fortgesetzte Ignoranz ihres ursprünglichen Anliegens geliefert hat.

Vor diesem Hintergrund gab es mit der Wende im Osten jedenfalls keine hinreichend starke wissenschaftliche Instanz, die in der Lage gewesen wäre, die rasche Übernahme westlicher Curricula, Studiengangssysteme und Ausbildungsformen zumindest kritisch zu reflektieren, wenn nicht gar mit konzeptionellen Alternativen zu konfrontieren und dabei die spezifischen Ausgangsbedingungen und Potenzen der neuen Bundesländer sachkundig in eine reformorientierte hochschulpädagogische bzw. -didaktische Problemreflexion einzubeziehen. Im Westen, auf Seiten der DGfE, ihres Vorstands und ihrer Kommissionen, mußten entsprechende Impulse bescheiden ausfallen, weil sie schnell von disziplin- und personalpolitischen Interessen (kein Wunder angesichts der Vielzahl und der Attraktivität plötzlicher Vakanzten) überlagert wurden – Hintergründe eines nicht selten auch freiwilligen Transformationsverzichts.

Schaut man sich die heutige Situation im Bereich der akademischen Bildung an, so werden Anlässe genug erkennbar, über den "Gebrauchswert" von Hochschulforschung und auch Hochschulpädagogik neu nachzudenken. Der Anspruch, Lehr- und Studiensituationen sowie hochschultypische Besonderheiten der Sozialisation Studierender wie Lehrender wissenschaftlich zu untersuchen und im Interesse ersterer vor allem entsprechende Veränderungen herbeizuführen, ist nicht dauerhaft von der Hand zu weisen. Der Erhalt bzw. die Entwicklung der Hochschulpädagogik als Wissenschafts- und Lehrgebiet wäre hier als Quelle schon insofern sinnvoll (gewesen?), als für die moderne Universität, die auch sich selbst als Forschungsgegenstand begreift und „annimmt“, eine Instanz der wissenschaftlichen (auch historischen) Selbstreflexion und -evaluation alles andere als verzichtbarer Luxus ist.

Doch sollte man sich keiner Illusion hingeben. Hochschulpädagogik im Sinne ihrer Ansätze im DDR-Hochschulwesen gehört der Vergangenheit an. Sie hat in dieser Form unter heutigen gesellschaftlichen und (bildungs-)politischen Prämissen bzw. Strukturen keine Basis mehr. Zumindest partiell sollte allerdings ihre spezifische Problemsicht aufgehoben werden, denn die Frage, ob die Universität ein pädagogisches (oder vorsichtiger formuliert: pädagogisch beschreibbares) Verhältnis eröffnet oder ob sie wirklich, wie oft behauptet und gefordert, völlig jenseits pädagogischer Überlegungen ihre Funktion ausfüllen kann, ist bisher nicht überzeugend beantwortet worden.

Literatur

- Bathke, G.: Herkunftsbedingungen von Studienanfängern. In: Starke, U./Bruhm-Schlegel, U.: Leistungsstreben von Studienanfängern. Karl-Marx-Universität Leipzig/Zentralinstitut für Jugendforschung. Leipzig 1984.
- Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 8. März 1980: Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In: V. Hochschulkonferenz der DDR. Protokollband. Anhang. Berlin 1980.
- Buck-Bechler, G. (Hg.): Helmut Lehmann (1928-1980). Mitbegründer und Wegbereiter der Hochschulpädagogik in der DDR (aus seinem wissenschaftlichen Nachlaß). Reihe Studien zur Hochschulentwicklung. Zentralinstitut für Hochschulbildung. Berlin 1984.
- Die Dozentenakademie. Zentrales Staatsarchiv der DDR, Dienststelle Merseburg, rep. 76-Va, Sektion 1, Titel IV, Nr. 71: Die Dozentenakademie. Band 1 (Dez. 1933 bis Dez. 1934).
- Einführung in die Hochschulpädagogik, Teil 1. Grundlagen und Aufgaben der kommunistischen Erziehung an den Hochschulen der DDR. Berlin 1984.
- Einführung in die Hochschulpädagogik, Teil 2. Die Gestaltung von Lehr- und Studienprozessen an den Hochschulen der DDR. Berlin 1986.
- Erdmann, J.E.: Vorlesungen über akademisches Leben und Studium. Leipzig 1858.
- Erdmann, W./Horn, E.: Bibliographie der deutschen Universitäten. Systematisch geordnetes Verzeichnis der bis Ende 1899 gedruckten Bücher und Aufsätze über das deutsche Universitätswesen, Bde 1-3. Leipzig 1804/1805.
- Fichte, J.G.: Deduzierter Plan einer zu Berlin zu errichtenden höheren Lehranstalt (1807). In: J. G. Fichtes Sämtliche Werke. Bd. 8. Leipzig o. J.
- Fiedler, P.: Objektive gesellschaftliche Anforderungen an die weitere Erhöhung der Qualität von Erziehung und Ausbildung. In: Materialien der Zentralen Arbeitstagung Hochschulpädagogik/Fachschulpädagogik am 8. und 9. Februar 1980. Leipzig 1980.
- Foerster, W.: Hochschulpädagogik. In: Der Lotse 1(1900)4.
- Forschendes Lernen - wissenschaftliches Prüfen. Ergebnisse des Ausschusses für Hochschuldidaktik. In: Schriften der Bundesassistentenkonferenz (BAK). Heft 5. Bonn 1970.
- Friedrich, W.: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 16-17/90, 13. April 1990.
- Friedrich, W./Griese, H.: Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren. Opladen 1991.
- Graf, W./Knöchel, W. (Hg.): Zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Lehr- und Studienprozessen. Einführung in die Hochschuldidaktik. Sammelband. Berlin 1978.
- Hauptrichtungen der hochschulpädagogischen Forschung (Plan 1986 - 1990) [in der DDR], dok. in: A. Kell/J.-H. Olbertz (Hg.), Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim 1997, S. 282-283.
- Hochschulrahmengesetz (HRG). BGBl. 1, S. 1170. In der Fassung der Bekanntmachung vom 9. April 1987.
- Hoffmann, A./Mehlhorn, G.: Ich bin Student. Berlin 1983.
- Huber, L.: Forschendes Lernen. Bericht und Diskussion über ein hochschuldidaktisches Prinzip. In: Neue Sammlung Heft 10/1970.
- Huber, L. (Hg.): Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. In: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft (hrsg. v. Lenzen, D.), Bd. 10. Stuttgart 1983.
- Humboldt, W.v.: Ueber die innere und äussere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin. In: Werke Bd. IV. Schriften zur Politik und zum Bildungswesen. Berlin 1964.
- "Inhalt des postgradualen Studiums (Themengruppen und Themen)", aus Studienplan (1987), dok. in: A. Kell/J.-H. Olbertz (Hg.), Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim 1997, S. 284.

- Jackstel, K.: Überlegungen zur Methodologie einer Geschichte der Hochschulpädagogik. In: Das Hochschulwesen 34(1986)1. (a)
- Jackstel, K.: Pädagogische Kritik, Konzepte und ministerielle Reglementierung akademischen Lehrverhaltens im Vormärz. In: Jackstel, K. (Hg.): Studien zur Geschichte der Hochschulpädagogik. Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1986/3 (E 73). Halle (Saale) 1986. (b)
- Jackstel, K.: Exkurs: Faschistische "Hochschulpädagogik". Unveröffentlichtes Manuskript. Halle (Saale) 1987.
- Kell, A./J.-H. Olbertz (Hg.) (1997): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim.
- Kiel, S.: Grundfragen der Erziehung und Bildung in den Mittelpunkt rücken. In: Das Hochschulwesen 19(1971)9.
- Kiel, S.: Zum Profil hochschulpädagogischer Einführungskurse. In: Das Hochschulwesen 30(1982)3, Beilage Aus Theorie und Praxis der Hochschulpädagogik 1982/10.
- Kiel, S.: Zum Verhältnis zwischen Allgemeiner Pädagogik und Hochschulpädagogik. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg XXXIII (1984) G, H. 3.
- Kutzner, O.: Allgemeine Methodik des Studiums. Studienführer. Schriftenreihe zur Einführung in das gesamte wissenschaftliche Studium. Sonderband). Heidelberg 1944.
- Lehmann, H.: Die Leistungen der Gesellschaft für Hochschulpädagogik in Deutschland (1910-1934) und ihre Bedeutung für die sozialistische Hochschulpädagogik in der DDR. Inaugural-Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 1964.
- Lehmann, H.: Stand und Aufgaben der Entwicklung der Hochschulpädagogik/Fachschulpädagogik in der DDR. In: Materialien der Zentralen Arbeitstagung Hochschulpädagogik/Fachschulpädagogik am 8. und 9. Februar 1980. Leipzig 1980.
- Losemann, V.: Zur Konzeption der NS-Dozentenlager. In: Heinemann, M. (Hrsg): Erziehung und Schulung im dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung. Veröffentlichungen der Historischen Kommission der deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Band 4.2. Stuttgart 1980.
- Luther, H.: Für ein Geschichtsbewußtsein in der Hochschuldidaktik. Reihe Blickpunkt Hochschuldidaktik, Nr. 55 (1979).
- Olbertz, J.-H.: Hans Schmidkunz' "Einleitung in die akademische Pädagogik" - eine nachträgliche Rezension. In: Jackstel, K. (Hg.): Studien zur Geschichte der Hochschulpädagogik. Teil II. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wissenschaftliche Beiträge 1989/4 (E 93). Halle (Saale) 1989.
- Olbertz, J.H.: "Hodegetik - hallesche Wurzeln einer universitätspädagogischen Denktradition im Licht der akademischen Freiheit". In: Jerouschek, G./Sames, A. (Hg.): Aufklärung und Erneuerung. Beiträge zur Geschichte der Universität Halle im ersten Jahrhundert ihres Bestehens (1694-1806). Verlag Werner Dausien, Hanau und Halle 1994.
- Paulsen, F.: Hochschulpädagogik? In: Spranger, E. (Hg.): Gesammelte pädagogische Abhandlungen von Friedrich Paulsen. Stuttgart/Berlin 1912.
- Plan der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen 1986 - 1990 und Plan der Forschungen über das Hoch- und Fachschulwesen 1986 -1990. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR. Berlin 1986.
- Roegel, O. B.: Student im dritten Reich. In: Kuhn, H. u.a. (Hrsg.): Die deutsche Universität im dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München. Acht Beiträge. München 1966.
- Rundbriefe der Deutschen Gesellschaft für akademische Bildung (DGAB). Berlin.
- Scheidler, K.H.: Grundlinien der Hodegetik oder Methodik des akademischen Studiums und Lebens. Jena 1847 (erste Ausgabe 1932).

- Schmeizel, M.: Rechtschaffender Academicus, oder gründliche Anleitung, wie ein academischer Student seine Studien und Leben gehörig einzurichten habe. Halle 1738.
- Schmidkunz, H.: Plan eines Seminars für Hochschulpädagogik. In: Mitteilungen für Hochschulpädagogik 1(1899) Beilage.
- Schmidkunz, H.: Einleitung in die akademische Pädagogik. Halle a. S. 1907.
- Schultz, H.-J.: In memoriam Helmut Lehmann. In: Buck-Bechler, G. (Hg.): Helmut Lehmann (1928-1980). Mitbegründer und Wegbereiter der Hochschulpädagogik in der DDR (aus seinem wissenschaftlichen Nachlaß). Reihe Studien zur Hochschulentwicklung. Zentralinstitut für Hochschulbildung. Berlin 1984.
- Schwarz, R.: Wissenschaft und Bildung. Freiburg/München 1957.
- Starke, K.: Jugend im Studium. Berlin 1979.
- Starke, K.: Einige Ergebnisse von SIL A (Studenten-Intervallstudie). Einführungsbeitrag. In: Starke, U./Bruhm-Schlegel, U.: Leistungsstreben von Studienanfängern. Karl-Marx-Universität Leipzig/Zentralinstitut für Jugendforschung. Leipzig 1984.
- Starke, U./Bruhm-Schlegel, U.: Leistungsstreben von Studienanfängern. Karl-Marx-Universität Leipzig/Zentralinstitut für Jugendforschung. Leipzig 1984.
- Student 79: Material der wissenschaftlichen Konferenz des Zentralinstituts für Jugendforschung gemeinsam mit dem Zentralrat der FDJ und dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen am 6./7. Mai 1980 an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Leipzig 1980.
- Studienplan für das postgraduale Studium Hochschulpädagogik an Universitäten und Hochschulen der DDR. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Berlin 1987.
- V. Hochschulkonferenz der Deutschen Demokratischen Republik (4. Und 5. November 1980 in Berlin). Berlin 1980.
- Warnecke, H.: Hans Schmidkunz Beitrag zur Entwicklung der Hochschulpädagogik unserer Zeit. In: Jackstel, K. (Hg.): Studien zur Geschichte der Hochschulpädagogik. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wissenschaftliche Beiträge 1986/3 (E 73). Halle (Saale) 1986.
- Wessel, K.-F.: Pädagogik in Philosophie und Praxis. Berlin 1975.
- Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1986 - 1990 (Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 18.06.1986. In: Einheit 41(1986)8.
- ZIJ - Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig: 10 Goldene Regeln für den Studenten. Dem Minister für Hoch- und Fachschulwesen Prof. Hans-Joachim Böhme anlässlich seines Besuchs an unserem Institut gewidmet. Leipzig, den 11. März 1980.

Transformationsbegleiterin und Transformationsgegenstand

Die ostdeutsche Hochschulforschung 1990 – 2000

Peer Pasternack

Im Zuge der ostdeutschen Systemtransformation fand neben anderem auch ein Komplettumbau der ostdeutschen Forschungslandschaft statt, der in der ersten Hälfte der 90er Jahre das DDR-Wissenschaftssystem zu einem unwiderruflichen Ende führte. Der Vorgang war reich an Verwerfungen. Zu diesen zählen auch die institutionellen Konsequenzen für Forschungsgebiete, die sich eindeutiger fachlicher Zuordnung entziehen. Die Hochschulforschung als Forschung über Hochschulen ist ein solcher gegenstandsbezogener Forschungsbereich, in dem sich mehrere Fächer kreuzen. Er kann nicht anders als inter- bzw. polydisziplinär organisiert sein: Empfängt die Hochschulforschung ihre wesentlichen methodischen und theoretischen Anregungen aus der Soziologie, Politikwissenschaft und Pädagogik/Erziehungswissenschaft, so ist sie systematisch zwischen den strukturell ähnlich verfaßten Forschungsbereichen Bildungsforschung und Wissenschaftsforschung angesiedelt und weist Schnittstellen insbesondere zur Verwaltungs-, Rechts- und neuerdings verstärkt zur Wirtschaftswissenschaft auf, daneben aber auch zu vergleichbar interdisziplinär angelegten Bereichen wie der Arbeitsmarktforschung.

Hinsichtlich der transformationsbedingten institutionellen Konsequenzen für die ostdeutsche Hochschulforschung können Gewinne und Verluste konstatiert werden. Für beide ist es aus drei Gründen schwierig, säuberlich die Hochschul- von der Wissenschaftsforschung zu trennen:

- Zum ersten ließ sich das DDR-Hochschulwesen nur unzureichend ohne die verzweigten Systeme von Akademieinstituten und industriellen Forschungsabteilungen (und deren intersektorale Beziehungen) betrachten.¹ Deshalb ergaben sich zwangsläufig Vermischungen der Gegenstände von Hochschul- und Wissenschaftsforschung in der DDR.
- Zum zweiten hatte die Forschung über Hochschulen in der DDR bestimmte Schwerpunkte: Ihre meisten Ressourcen waren in der Hochschulökonomie gebunden, zu einem wesentlichen Teil war sie Studentenforschung, und durch die weitflächige Vertretung der Hochschulpädagogik hatte sie auch einen pädagogischen Schwerpunkt. Viele der Analysen, die diese Horizonte überschritten, fanden dagegen in der sozialwissenschaftlichen *Wissenschaftsforschung* statt.²
- Zum dritten ließ sich auch die nach-1989er Hochschultransformation nur sehr schwierig völlig getrennt von der gleichzeitigen Transformation des außerhochschulischen Wissenschaftssektors analysieren. Daraus resultierten fortgesetzte Überlappungen der Gegenstände von Hochschul- und Wissenschaftsforschung.

Betrachten wir im einzelnen, was die DDR an Hochschulforschung aufbot und was die institutionellen Neuordnungen der Jahre seit 1990 neu entstehen ließen.

¹ Ein Umstand, der im übrigen nur unzureichend erklärt ist, wenn er, wie häufig geschehend, auf die Übertragung des sowjetischen Forschungsorganisationsmodells zurückgeführt wird. Nicht nur hatten es die DDR-Hochschulen vermocht, ihren Status als Institutionen auch der Forschung zu verteidigen, so daß Forschung nicht allein an außerhochschulischen Einrichtungen stattfand; ebenso ist die funktionale Differenzierung von Forschungssystemen in Einrichtungen mit und Einrichtungen ohne Ausbildungsaufgaben kein realsozialistisches Spezifikum: konsequenterweise haben auch zwei Fünftel der MitarbeiterInnen der früheren DDR-Wissenschaftsakademie eine Anstellung in neukonstituierten außeruniversitären Forschungsinstituten (Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Blaue-Liste-Institute) gefunden.

² Indem hier die *sozialwissenschaftliche* Wissenschaftsforschung mit einbezogen wird, ignorieren wir in der hiesigen Betrachtung die *Wissenschaftsgeschichte*, die nach 1989 ihre institutionellen Standorte teils behielt (etwa das Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften an der Universität Leipzig oder die wissenschafts- und technikgeschichtlichen Professuren an der TU Dresden und der Bergakademie Freiberg), sie teils verlor (wie die Technik- und Wissenschaftsgeschichte an der Universität Rostock) und teils neue hinzugewann (etwa das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin, nachdem bereits von Anfang 1992 bis Ende 1994 in Berlin ein befristeter „Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie“ unter dem Dach der MPG gearbeitet hatte). Ebenso unberücksichtigt bleibt die *Wissenschaftstheorie*, die in der DDR ohnehin institutionell wie inhaltlich näher der Philosophie als der Wissenschaftssoziologie stand (vgl. als diesbezügliche Bilanz Mocek 1994).

1. Verluste

Wenn die Verluste betrachtet werden sollen, so ist dies hier im Sinne einer quasi-betriebswirtschaftlichen Gewinn- und Verlustrechnung gemeint, listet also alle Positionen auf, ohne weitergehende Bewertungen vorzunehmen. Ob einzelne institutionelle Bastionen der DDR-Hochschulforschung für die Verhältnisse nach 1989 zu groß dimensioniert waren, wissenschaftlichen Elementaransprüchen genügten oder nicht, strukturell inkompatibel waren oder nur die Phantasie der Entscheidungsträger überforderten, kann hier nicht im einzelnen erörtert werden. (Ersatzweise wird, wo es andernorts solche Erörterungen gibt, mit Literaturverweisen darauf hingewiesen.)

Die weitflächigste Präsenz hatte die DDR-Hochschulforschung in Gestalt der *Hochschulpädagogik* erzielt. Diese war an allen Universitäten und an zahlreichen weiteren Hochschulen, meist innerhalb der Pädagogik-Sektionen, vertreten.³ Anfang der 80er Jahre gab es insgesamt 39 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die für dieses Gebiet berufen waren; hinzu trat ein entsprechender Unterbau an Mitarbeitern (Olbertz 1997, 261). Heute gibt es keine Professuren für Hochschulpädagogik (oder aber Hochschuldidaktik, wie sich das westdeutsche Pendant nennt) in Ostdeutschland mehr. In der Regel gilt das Gebiet als eines, das innerhalb der Erwachsenenpädagogik inhaltlich mit abzudecken ist.

Neben den hochschulpädagogischen Professuren gingen innerhalb der ostdeutschen Hochschulen auch weitere Einrichtungen der Hochschul- und Wissenschaftsforschung verloren, so insbesondere

- an der Humboldt-Universität zu Berlin die Sektion Wissenschaftstheorie und -organisation (WTO), die Diplom-Wissenschaftsorganisatoren (oder wie man heute sagen würde: -manager) ausbildete; sie war ein Konglomerat unterschiedlichster Bereiche von Wissenschaftstheorie und -geschichte über Scientometrie bis Informatik; sie ist 1991 abgewickelt worden;
- kleinere *Forschungsstellen* wie die *für Universitätsgeschichte* an der Humboldt-Universität (die formal innerhalb der Sektion WTO bestand, sich aber auf die Geschichte ihrer Sitz-Universität konzentrierte und die Abwicklung der

³ Vgl. den Abschnitt „Institutionen und Strukturen der Hochschulpädagogik in der DDR“ in Olbertz (1997, 259-262) sowie Krause (1998). Diese beiden Artikel sind auch die bislang einzigen ausführlichen Darstellungen und kritischen Würdigungen der DDR-Hochschulpädagogik, die in die (veröffentlichten) Quellen gehen. Vgl. ergänzend auch Kiel (2000). Daneben hatte es im August/September 1990 eine Bestandsaufnahme der DDR-Hochschulpädagogen gegeben, die unter anderem die eigene Fachgeschichte kritisch bewertete: vgl. Zentrale Arbeitstagung (1991).

Sektion auch um drei Jahre überlebte),⁴ das *Laboratorium für Studentenforschung* an der Universität Leipzig (Starke 1999)⁵ und vergleichbare Einrichtungen etwa an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden (Rochlitz 1999) oder die „Arbeitsgruppe Jugendforschung (Studenten)“ an der TU Dresden (Volprich 1999).

Ebenso sind einige außeruniversitäre Einrichtungen abgewickelt worden, die sich mit Gegenständen befaßten, die im westlichen Sinne vollständig oder teilweise zur Hochschulforschung zu rechnen wären:

- das *Zentralinstitut für Hochschulbildung* (ZHB) Berlin, eine dem DDR-Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) zugeordnete Einrichtung mit 300 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen⁶ (wobei es hier eine kleine Nachfolgelösung gab, dazu siehe unten bei „Gewinne“);
- das *Institut für Fachschulwesen* in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), gleichfalls dem MHF zugeordnet gewesen. Hier befaßte sich bis 1994 noch eine kleine Gruppe als „Arbeitsgruppe Fernstudienbrückenkurse Chemnitz der Technischen Fachhochschule Berlin“ mit der Organisation und Begleitung von sog. Brückenkursen: mithilfe dieser Kurse konnten Absolventinnen und Absolventen von DDR-Fachschulen ein FH-Diplom erwerben (vgl. Arbeitsgruppe Fernstudienbrückenkurse 1992);
- das *Zentralinstitut für Jugendforschung* (ZIJ) Leipzig mit seiner Abteilung Studentenforschung (vgl. Bathke/Starke 1999). Hier wurde durch eine befristete Regionalstelle des Deutschen Jugendinstituts München lediglich noch eine Sicherung der Daten und sonstigen empirisch relevanten Unterlagen vorgenommen;
- das *Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft* (ITW) der Akademie der Wissenschaften, das zusammen mit der Akademie aufgelöst wurde (vgl. Meyer 1996; Institut für Theorie 1990). – wobei es, wie beim ZHB, eine kleine Nachfolgelösung gab,⁷ siehe dazu unten bei „Gewinne“.

⁴ Vgl. die zwischen 1980 und 1994 in 32 Heften erschienenen *Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin*, komplett aufgelistet in: ebd., Heft 32, Berlin 1994, S. 101f.

⁵ Der u.U. mißverständliche Name der Einrichtung ging auf ein ebenso benanntes Institut an der Universität Leningrad zurück, was den Freiraum der universitätsintern nicht unangefochtenen Leipziger Einrichtung wesentlich gesichert habe. Vgl. Starke (1999, 543).

⁶ Vgl. näher zum ZHB: Hildebrandt (1997, 93-95); desweiteren zu einem speziellen Institut für Hochschulbau mit Sitz in Dresden, das formal dem in Berlin ansässigen ZHB zugeordnet war: Rücker (1999).

⁷ In gewisser Weise kann des weiteren auch der 1992 bis 1994 von der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin unterhaltene „Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und

Soweit die institutionellen Verluste. Was nun ist stattdessen entstanden, kann also auf der Seite der Gewinne verbucht werden?

2. Gewinne

Hier lassen sich einige Institute und Forschungsgruppen nennen, daneben aber auch wissenschaftlich aktive Vereine, Zeitschriften und Schriftenreihen sowie temporär mit Hochschulforschung befaßte Einrichtungen. Generell ist darauf hinzuweisen, dass ein Großteil der hochschulforscherischen Aktivitäten seit 1990 der Transformationssituation geschuldet war. Hochschulforschung in Ostdeutschland war in der 90er Jahren wesentlich Hochschultransformationsforschung, indem der Umbau des Hochschulsystems flankiert wurde von intensiven begleitenden Analyse- und ebenso intensiven zeitnahen Dokumentationsaktivitäten. Die Begleitforschung ordnete sich zwei verschiedenen analytischen Feldern zu: entweder der allgemeinen Transformationsforschung, d.h. der Analyse des ostdeutschen (bzw., in weiterer Perspektive, osteuropäischen) Systemwandels, oder sie wurde betrieben als explizite Hochschul- bzw. Wissenschaftsforschung.⁸

2.1. Institute und Forschungsgruppen

Seit 1990 ist eine Reihe öffentlich finanzierter Einrichtungen mit hochschulforscherischer Relevanz neu gegründet worden:

- Die *Projektgruppe Hochschulforschung* Berlin-Karlshorst (vgl. Wagemann 1991; Buck-Bechler 1994; Teichler 2000), institutionell im ZHB wurzelnd, deren Gründung sich wesentlich einer Initiative westdeutscher Hochschulforscher verdankte sowie einem Interesse des Bundesbildungsministeriums, die ostdeutsche Hochschultransformation zu begleiten (Schaumann 1997:2). Die Projektgruppe hatte zeitweise bis zu zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und betrieb 1991-1996 empirische Hochschulforschung mit besonderer Betonung quantitativer Erhebungen. Die erarbeiteten Studien sollten zumeist politischen und administrativen Beratungsbedarf befriedigen. Adressaten waren insbesondere das Bundesbildungsministerium und die hochschulpolitischen Akteure auf Länderebene. In den Studien der Projektgruppe wurden ostdeutsche

Wissenschaftstheorie“ als Nachfolgeeinrichtung des ITW gelten, da einige personelle und inhaltliche Kontinuitäten bestanden. Hochschulforscherisch waren die Arbeiten des Forschungsschwerpunkts nicht relevant; vgl. Förderungsgesellschaft (1992, 1993, 1994).

⁸ Zu deren inhaltlichen Erträgen vgl. Pasternack (2000).

Entwicklungen verdichtend dokumentiert und prognostiziert, so zu hochschulischen Ausbildungsprofilen, studentischem Nachfrageverhalten, Hochschulzugangsentwicklung, Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepten, Studierverhalten, Übergangsprozessen von AbsolventInnen in die Berufstätigkeit, zum personellem Wandel an den ostdeutschen Hochschulen und zu deren Wissenschaftsbeziehungen nach Mittel- und Osteuropa. Daneben wurden als Querschnittsproblematik frauenspezifische Fragestellungen bearbeitet.⁹ Die Forschungsergebnisse der Projektgruppe waren fortlaufend in *Projektberichten* und 1997 in einem umfänglichen „Handbuch zur Hochschulerneuerung“ zusammenfassend veröffentlicht worden (Buck-Bechler/Schaefer/Wagemann 1997).

- Nachdem die Projektgruppe Hochschulforschung 1996 planmäßig ausgelaufen war, schloß sich eine weitere Neugründung an: *HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung* wird gemeinsam von Bund und Land Sachsen-Anhalt getragen und ist als An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert. Es setzt sich teils aus Projektgruppenmitarbeiter(inn)en, teils aus Wissenschaftler(inn)en anderer Herkunft zusammen und hat z.Z. 16 Beschäftigte, davon 9 Forscher und Forscherinnen. Das Institut beschränkt sich – im Unterschied zur Projektgruppe Hochschulforschung – nicht mehr auf die Betrachtung der regionalen Entwicklungen in Ostdeutschland. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen des aktuellen Hochschulreformgeschehens. Die integrierende Forschungsperspektive heißt „Qualitätsentwicklung an Hochschulen in akteurszentrierter Perspektive“ und wird in zwei Untersuchungslinien verfolgt: „Qualitätsentwicklung in Lehre und Studium“ sowie „Steuerung und Selbstorganisation von Qualitätsentwicklung“. (Vgl. Lischka/Olbertz 2000) Gesichert werden konnten mit der Gründung von HoF Wittenberg nicht zuletzt auch die Bestände der Bibliothek des ZHB, darin u.a. eine große Anzahl grauer, d.h. nichtbuchhändlerischer Literatur (Forschungsberichte, Studien, unveröffentlichte Materialien u.ä.) zum DDR-Hochschulwesen sowie – infolge stark ausgebauter internationaler Schriftentauschbeziehungen des ZHB – umfängliche Forschungsliteratur aus den osteuropäischen Ländern zu deren Hochschulsystemen (vgl. Martin/Kohls 1999);
- Die *Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik* bzw., seit 1997, *Wissenschaftstransformation* am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin wurde

⁹ Vgl. dazu das Heft 3/1993 der *Zs. Beiträge zur Hochschulforschung*, das Beiträge von MitarbeiterInnen der Projektgruppe Hochschulforschung enthält, in denen sie die Ergebnisse ihrer jeweiligen Forschungsprojekte fokussiert auf das Thema „Frauen in der Ost-Wissenschaft/ostdeutsche Akademikerinnen“ referieren.

Anfang 1992 aus ITW-WissenschaftlerInnen gebildet, umfaßt(e) zwischen fünf und sieben Wissenschaftler und erstellte in ihren ersten Jahren potentialtheoretisch orientierte, wissenschaftssoziologische, nicht zuletzt statistische Analysen der ostdeutschen Wissenschaftstransformation. Am Prozeß der Herausbildung eines einheitlichen deutschen Wissenschaftssystems wurden die Zusammenhänge zwischen den Veränderungen der Ressourcenströme als wichtigem Instrument der Fremd- und Selbststeuerung von Wissenschaft einerseits und der strukturellen Dynamik des Wissenschaftssystems auf der Makro-, Meso- und Mikroebene andererseits untersucht. Berücksichtigung fanden dabei sowohl die universitäre, außeruniversitäre wie die Industrieforschung.¹⁰ Nunmehr beschäftigt sich die Forschungsgruppe vor allem mit der Wissenschaftssystementwicklung in den osteuropäischen Transformationsstaaten;

- In der *Leipziger Außenstelle der Hochschul-Informationssystem GmbH* (HIS), die ihren Hauptsitz in Hannover hat, waren in den letzten Jahren zwischen zwei und vier Mitarbeiter tätig. Der inhaltliche Schwerpunkt lag und liegt auf empirischer Studentenforschung. Ähnlich der Projektgruppe Hochschulforschung in Berlin zielten die HIS-Untersuchungen vorrangig darauf, politischen und administrativen Beratungsbedarf zu befriedigen. Die Adressaten der an dieser Stelle interessierenden Analysen sind vorwiegend Hochschulpolitiker des Bundes und der Länder sowie Hochschulverwaltungen. Zum Teil wurden durch HIS bereits laufende Untersuchungen auf die ostdeutschen Länder ausgedehnt (Studienanfängerbefragungen, regionale Mobilität von Studierenden, Studienfachwahl und dergleichen), zum Teil auch gesonderte Erhebungen durchgeführt (Studienanfängerprognosen, Studienbefindlichkeit u.ä.);¹¹
- Vereinzelt, z.T. an Personen gebunden, sind hochschulforscherisch relevante Initiativen an Hochschulen entstanden: etwa an der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Geschichtswissenschaften, die neueingerichtete *Professur für Wissenschaftsgeschichte*, die einen zentralen Schwerpunkt auf Universitätsgeschichte legt (jedoch keine Kontinuität zu der früher bestehenden und abgewickelten HUB-Forschungsstelle Universitätsgeschichte aufweist); oder an der Universität Jena ein 1999 gegründetes *Interdisziplinäres Zentrum für Didaktikforschung* mit einem Schwerpunkt auf Hochschuldidaktik; ebenso gibt es an der Universität Rostock eine *Arbeitsstelle für Hochschuldidaktik* als

¹⁰ Vgl. Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik (1994); hochschulforscherisch relevant sind vor allem die Publikationen von Meyer (1993; 1995).

¹¹ Vgl. dazu überblicksweise die jährlich herausgegebenen HIS-Jahresarbeitsberichte, des weiteren die fortlaufend erscheinenden *HIS Kurzinformationen* und die Schriftenreihe des *HIS Hochschulplanung*.

hochschulinterne Dienstleisterin, im Nebenamt geleitet von der Professorin für Religionspädagogik;

- Hochschulforschersch relevant ist im weiteren die *Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung* mit Sitz in Berlin: Als Einrichtung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt a.M. pflegt, sammelt und ergänzt sie diejenigen Bestände, die auf die Bibliothek und das Archiv der DDR-Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) zurückgehen.¹²

Werden die abgewickelten und neugegründeten Institutionen der ostdeutschen Hochschulforschung sowie ihre Personalstellen saldiert, so ergibt sich für die Mehrzahl der früheren DDR-Hochschulforscher und -forscherinnen eine berufsbiographisch und sozial gravierende Entinstitutionalisierung.¹³

2.2. Vereine

Nicht alle indes, die der Umbruch aus akademischen Beschäftigungsverhältnissen herausgeschleudert hatte, mochten sich damit einfach abfinden. Sie schritten zu Vereinsgründungen: als institutionalisierende Gegenstrategie zur Entinstitutionalisierung. Die daraus entstandenen Vereine fungier(t)en ersatzweise als neue quasi-akademische Wirkungsorte – ohne selbstredend mit der Ausstrahlung der staatlich finanzierten Einrichtungen mithalten zu können. In den Vereinen wurde gleichwohl ein reges und anhaltendes Veranstaltungswesen entfaltet, aus dem dann auch eine Reihe von Publikationen entstand und entsteht. Nicht zuletzt fungierten die Vereine vorrangig in der ersten Hälfte der 90er Jahre als Träger von ABM-Stellen und konnten aus Transformationsforschungs-Fonds Drittmittel einwerben. Zu nennen sind hier:

- die *Deutsche Gesellschaft für akademische Bildung* e.V. (DGAB): Sie organisierte vornehmlich Hochschulpädagogen und -pädagoginnen, konstatierte im Gründungspapier eine „programmatische Nähe“ zur westdeutschen Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik (AHD), wobei dann im Laufe der Zeit die Distanz zur AHD eher gewachsen sei. Die DGAB konnte ABM-Stellen unterhalten und Drittmittel einwerben, womit sie „nicht unwesentlich zur Konsoli-

¹² Vgl. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (1994); Bierwagen (1994); Bierwagen/Ritzi (1996); Führ (1996).

¹³ Hildebrandt (1997, 102) gibt exemplarisch für die früher 23 Angestellten der Abt. Bildungssoziologie des Zentralinstituts für Hochschulbildung an: „1995...: sechs im Vor- bzw. Ruhestand, einer verstorben, fünf Steuerberater, sechs in Zeitverträgen, zwei mit unbefristeten Verträgen außerhalb der Forschung, zwei arbeitslos und eine Bürgermeisterin“.

dierung der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst beigetragen (hat), die ihrerseits zum Ausgangspunkt der Gründung des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg geworden ist“ (Olbertz 1997, 275-277; vgl. auch ders. 2000, 18f.). Im Jahr 2000 hat sich die Gesellschaft aufgelöst;

- das *Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft* e.V. Berlin (WIFO) betrieb von 1991 bis 1996 Bildungsforschung auf Projektfinanzierungsbasis, zeitweilig mit bis zu zehn Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen; dabei lag ein Schwerpunkt seiner Arbeit auf der Untersuchung von Europäisierungsaktivitäten der ostdeutschen Hochschulen (vgl. Wissenschaftsforum 1994); heute befaßt sich WiFo vorrangig mit Berufsbildungsforschung;
- die *Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung* e.V. in Leipzig, die sich wesentlich aus früherem ZIJ-Personal rekrutierte – in Hochzeiten mit 40 ABM- und Projektstellen – und teils Untersuchungen der ZIJ-Studentenforschung fortsetzt(e);
- der *Wissenschaftssoziologie und -statistik* e.V. (WiSoS) in Berlin, 1991 als ITW-Ausgründung entstanden, hatte in den ersten Jahren 21 über ABM geförderte Mitarbeiter, die zahlreiche Projekte zur Wissenschaftsforschung betrieben und publizierten, nicht nur, aber auch zu Hochschulen (vgl. Meyer 1996a). Inhaltlich den Beiträgen aus der WZB-Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik ähnlich, mit der es auch personelle Überschneidungen gab, legte der Verein u.a. empirisch fundierte Arbeiten zur Mittelbau-Entwicklung an ostdeutschen Hochschulen vor und bearbeitete als einen Schwerpunkt den Zusammenhang von Wissenschafts- und Wirtschaftsentwicklung.¹⁴ Heute konzentriert sich die Tätigkeit des Vereins auf die Organisation der gelegentlichen Publikation weiterer Bände seiner Schriftenreihe¹⁵;
- die *Gesellschaft für Wissenschaftsforschung*, gleichfalls 1991 in Berlin gegründet, mit personellen Kontinuitäten zum ITW und zur HUB-Sektion WTO: Sie versteht sich im Unterschied zu den anderen Vereinen nicht als institutionelle Plattform für Projektmitteleinwerbungen, sondern als klassische wissenschaftliche Gesellschaft, die fachliche Kommunikation organisiert. Die Gesellschaft ist hier vornehmlich der Vollständigkeit halber erwähnt, da Hochschulen in den Projekten ihrer Mitglieder nur ausnahmsweise explizite Gegenstände sind, vielmehr eher implizit vorkommen: innerhalb von Beiträgen zur Wissen-

¹⁴ Die Ergebnisse wurden in der unregelmäßig erscheinenden Schriftenreihe des Vereins veröffentlicht. Vgl. für unseren Kontext insbesondere Klinzing (1996) und Meyer/Steiner (1998).

¹⁵ Vgl. Meyer/Steiner (1998); für 2001 ist ein weiterer Band in Vorbereitung.

schaftsgeschichte, Scientometrie, Forschungspolitik und Technologieentwicklung.¹⁶

Die Vereinskonstruktion war für die meisten als Projektträger fungierenden Vereine eher ein pragmatischer Ausweg. Sie waren existentiell auf Fördermittel aus Transformationsforschungs-Töpfen angewiesen. Nachdem diese Töpfe erschöpft waren, gingen die Aktivitäten der Vereine stark zurück bzw. führten z.T. zu deren Auflösung.

2.3. Zeitschriften und Schriftenreihen

Neben Instituten und Vereinen sind für die wissenschaftliche Kommunikation und öffentliche Ergebnispräsentation entsprechende Publikationsorgane von herausragender Bedeutung. Als die ostdeutschen Journale durch die Grenzöffnung 1989 plötzlich in einen gemeinsamen deutsch-deutschen Marktzusammenhang gestellt wurden, gab es zwar für die meisten Forschungsfelder in der ehemaligen Bundesrepublik bereits eine ausdifferenzierte Zeitschriften-Landschaft. Doch für die Hochschulforschung war diese Landschaft auch in Westdeutschland ausgesprochen überschaubar. Damit gab es gute Voraussetzungen für das Überleben ostdeutscher Periodika und die Neugründung weiterer.

In der DDR hatte das hochschulforscherische Zeitschriftenwesen aus einem Monatsjournal und einigen Schriftenreihen bestanden. Die Schriftenreihen wurden von den hochschulpädagogischen Bereichen an den Hochschulen unterhalten (etwa die *Rostocker Beiträge zur Hoch- und Fachschulpädagogik*) bzw. vom ZHB herausgegeben (*Studien zur Hochschulentwicklung* sowie *Berichte und Informationen zur Hochschulentwicklung*) oder waren Gemeinschaftsprojekte (so die Reihe „Hochschulbildung heute“ beim Deutschen Verlag der Wissenschaften). Daneben wird auch aus der Hochschulforschung von den Eigenheiten des Publizierens in der DDR berichtet, wie sie unterdessen aus vielen Fächern überliefert sind. So schreibt Manfred Rochlitz, seinerzeit Soziologe an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden, über seine entsprechenden Bemühungen:

„Die Mitarbeiter des ZIJ waren ja in ihren Publikationsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Ich vereinbarte daher mit dem für solche Aktionen sehr aufgeschlossenen Chefredakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift unserer Hochschule, nicht nur spezielle Beiträge in der Zeitschrift zu veröffentlichen, sondern die Herausgabe von ganzen Sonderheften zur Jugend- und Studentenforschung zu ermöglichen. Diese Sonderhefte unterlagen keiner politischen Begutachtung durch zentrale Stel-

¹⁶ Vgl. das seit 1996 erscheinende, von der Gesellschaft herausgegebene *Jahrbuch Wissenschaftsforschung*.

len, dies nutzten wir, um Ergebnisse unterzubringen, die anderswo nicht publiziert werden konnten. Einige dieser Sonderhefte gehören m.E. zu den besten und kritischsten Verlautbarungen der Studentenforschung in der DDR...“ (Rochlitz 1999, 553)

Das wichtigste Organ der Hochschulforschung in der DDR war die seit 1953 monatlich erscheinende Zeitschrift *Das Hochschulwesen*, herausgegeben vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (vgl. Olbertz 1997, 261f.). Überlebt hat von allen genannten Periodika und Schriftenreihen allein eben dieses *Hochschulwesen*. Es war 1991 im Zuge der (Teil-)Übernahme des Verlages Volk und Wissen an den Luchterhand-Verlag gegangen. Zugleich wurde es mit der westdeutschen Zeitschrift *Hochschulausbildung* fusioniert und ist dadurch auch zum Mitgliederblatt der (zuvor westdeutschen) Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik (AHD) geworden. (Vgl. Webler 1997)

Daneben gab es Neugründungen: *hochschule ost* erscheint seit Oktober 1991, widmet sich schwerpunktmäßig der DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte sowie der aktuellen ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung, thematisiert daneben gelegentlich osteuropäische Entwicklungen, transferiert hochschulreformerisches Know-how von West nach Ost wie umgekehrt und erweitert dabei sein Profil ohne Hektik, aber stetig zu gesamtdeutschen Fragen hin. Die Gesellschaft für Wissenschaftsforschung gibt seit 1996 das *Jahrbuch Wissenschaftsforschung* heraus. Dort werden Themen von Wissenschaftsgeschichte über Scientometrie, Hochschulpolitik, Forschungsmanagement und Technologiepolitik bis hin zu Spezialfragen wie Patentwesen verhandelt. Der Lehrstuhl für Wissenschaftsgeschichte an der HU Berlin begann 1997, ein *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* zu publizieren.

Im weiteren produzierte zwar nicht periodisch, aber in schneller Folge die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (1991-1996) *Projektberichte* – vornehmlich mit quantitativen Erhebungen und Forschungsergebnissen zu Hochschulzugang und Studierneigungen, Studienberatung, hochschulischen Ausbildungsprofilen und Berufungsgeschehen, sämtlich bezogen auf den ostdeutschen Transformationsvorgang, daneben auch Untersuchungen zu Hochschulbeziehungen nach Osteuropa. HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg setzt dies fort mit den *HoF-Arbeitsberichten*. Ebenso aperiodisch, doch stetig publiziert WiSoS eine *WiSoS-Schriftenreihe* mit unterdessen 12 Bänden: darin finden sich auch, aber nicht nur hochschulforscherische Beiträge; daneben geht es vor allem um Technologietransfer und Forschungspolitik.

Schließlich kann auch auf die *Brandenburgischen wissenschaftspolitischen Hefte* verwiesen werden, die 1994 bis 1996 vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V. herausgegeben wurden, sowie auf *Lomonos-*

sow: diese Zeitschrift wird von der Deutschen Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e.V. (DAMU) herausgegeben und publiziert Beiträge zur russischen Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte und -entwicklung sowie zu west-ost-europäischen Wissenschaftsbeziehungen.

2.4. *Gelegenheitshochschulforschung*

Neben den bislang genannten strukturierten und auf wenigstens mehrjährige Laufzeit angelegten Formen, Hochschulforschung zu betreiben, hatte es in den 90er Jahren auch eine Reihe von sog. Gelegenheitshochschulforschungen gegeben. „Gelegenheitshochschulforscher“ nennt Ulrich Teichler WissenschaftlerInnen, die das Thema Hochschule für ein einzelnes Projekt oder für eine Phase ihrer Berufsbiographie zum Gegenstand wählen, „besonders häufig zu Zeiten, zu denen das Thema Hochschule in der Öffentlichkeit auf großes Interesse stößt“ (Teichler/Enders/Daniel 1998, 226f.). Die ‚Gelegenheit‘, welche im vorliegenden Fall Hochschul- bzw. Wissenschaftsforschung herausforderte, war die Transformation des ostdeutschen Hochschul- und Forschungssystems. Konsequenterweise erledigten sich mit dem Transformationsabschluß auch die meisten entsprechenden Forschungsinteressen. Erwähnt werden sollen hier die beiden wichtigsten in Ostdeutschland angesiedelten Einrichtungen, die als Institutionen Gelegenheitshochschulforschung betrieben bzw. organisierten (während es daneben selbstredend zahlreiche EinzelwissenschaftlerInnen gab, die hier zuzuordnende Analysen unternommen haben):

- Untersuchungen zu geschlechtsspezifischen Fragestellungen, etwa zu Verbleib und Beschäftigung ostdeutscher Wissenschaftlerinnen, vernetzte das *Zentrum interdisziplinäre Frauenforschung* (ZiF) an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Ergebnisse wurden unter anderem fortlaufend in dem regelmäßig erscheinenden *ZIF Bulletin* publiziert. Hinzuweisen ist daneben insbesondere auf den Sammelband „Ausgegrenzt und mittendrin“ als zwischenbilanzierendem Überblick (Arndt et al. 1993), insbesondere die Präsentation von Ergebnissen des ZiF-Forschungsprojekts „Wissenschaftlerinnen im Transformationsprozeß“ (Felber/Monté/Röhl 1993).¹⁷ Anke Burkhardt leistete verdienstvolle Untersuchungen des ostdeutschen Berufungsgeschehens in geschlechtsspezifischer Perspektive (Burkhardt 1995; 1997), und Karin Zimmermann (1999; 2000) setzte dies ambitioniert theoriegeleitet fort: Sie lieferte eine geschlechtsspezifische, netzwerk- und machtanalytische Untersuchung zur Personalrekrutierung in der Umstrukturierung. Darüber hinaus ist die Gleichstellungsarbeit im Hochschul-

¹⁷ vgl. auch den Abschlußbericht des Projekts: Baume/Felber (1995); desweiteren Baume/Felber/Röhl (1995).

umbau vielfältig¹⁸ untersucht worden.¹⁹ Eine zusammenfassende geschlechtsspezifische Bilanz des ostdeutschen Hochschulumbaus steht allerdings nach wie vor aus. Das dürfte sich wohl nicht zuletzt aus der häufig prekären institutionellen Verankerung der entsprechenden Projekte erklären.

- Ein aufwendiges Forschungsprogramm hatte eine *Arbeitsgruppe „Wissenschaften und Wiedervereinigung“* 1994-97 an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) realisiert. Sie diagnostizierte 1994 eine Forschungslücke hinsichtlich „der kognitiven Dimensionen der Wissenschaften im Vereinigungsprozeß“. (Kocka 1998, 10)²⁰ Daher wollte sie „Fragen nach dem paradigmatischen Zuschnitt und den theoretisch-methodischen Orientierungen der Wissenschaften in den Vordergrund“ rücken und nach dem Schicksal wissenschaftlichen Wissens unter der Bedingung des abrupten politischen Wandels fragen. Indem sich diese Problemstellung auf die ostdeutsche Wissenschaft in Gänze bezog, überschreiten die dort vorgelegten Ergebnisse naturgemäß den engeren Bereich des Hochschultransformation und folgen einer erweiterten Perspektive auf den Wissenschaftsumbau, d.h. zuvörderst unter Einbezug der Akademieforschung. Sieben fachspezifische Einzelstudien (zu den Afrika- und Asienwissenschaften, zur Biomedizin, Mathematik, Rechtswissenschaft, Soziologie, Verfahrenstechnik sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte) sind von der Arbeitsgruppe erstellt worden.

Die Gelegenheitshochschulforschung in Ostdeutschland endete weithin mit dem (vorläufigen) Versiegen spezieller Forschungsgelder und -interessen, die sich auf die Systemtransformation und ihre hochschul-/wissenschaftsspezifischen Auswirkungen richteten.

¹⁸ Die empirisch gehaltvollste Analyse lieferte Adler (1996).

¹⁹ Die genannten Publikationen repräsentieren exemplarisch das Themenspektrum in diesem Untersuchungsfeld. Zur Vervollständigung der Bibliographie vgl. Pasternack (1999a, 140-146).

²⁰ Neben dem großen Projektabschluß-Band Kocka/Mayntz (1998) sind die Arbeitsgruppen-Forschungsergebnisse zu zwei der dort verhandelten Disziplinen noch ausführlicher in gesonderten Publikationen veröffentlicht: vgl. Fratzscher/Meinicke (1997) und Krauth/Wolz (1998).

3. Resümee

Die Forschung über Hochschulen ist in Deutschland generell schwach institutionalisiert. Im Zuge der deutschen Neuvereinigung ist es nicht gelungen, daran grundsätzlich etwas zu verändern.

Institutionelle Absicherungen entsprechender Personen und Forschungszusammenhänge in Ostdeutschland gab es vornehmlich im Rahmen der Hochschultransformationsforschung. Sie profitierten also in erster Linie von politischen und innerwissenschaftlichen Bedürfnissen nach Dokumentation und Analyse eines gesellschaftlichen Großexperiments. Kaum hingegen profitierten sie von spezifisch hochschulbezogenen Aufklärungsbedürfnissen. Ausdruck dessen war zum einen der Umstand, daß vielfach auf die Rechtskonstruktion des eingetragenen Vereins als pragmatischer Ausweg, Institutionalisierungslücken für forschungsaktive Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu schließen, zurückgegriffen werden mußte, und diese Vereine heute im Regelfall nicht mehr aktiv sind. Zum anderen fand dies seinen Ausdruck darin, daß auch die heute noch existierenden Institutionen, die Hochschul- bzw. Wissenschaftsforschung betreiben, über die Jahre nur prekär gesichert waren (und z.T. sind).

Im ganzen bewegt sich die nach zehn Jahren verbliebene Hochschulforschung in Ostdeutschland noch unterhalb der ohnehin schwachen Institutionalisierungsdichte, über die die Hochschulforschung in Westdeutschland verfügt.

Literatur

- Adler, Helga (1996): Gleichstellungsarbeit im Umstrukturierungsprozeß ostdeutscher Universitäten. Instrument oder instrumentalisierte Ohnmacht?, in: *hochschule ost* 4/1996, S. 127-157.
- Arbeitsgruppe Fernstudienbrückenkurse Chemnitz der Technischen Fachhochschule Berlin (Hg.) (1992): Studieninformation für Ingenieure, Ökonomen, Ingenieurökonomen zum Erwerb des akademischen Grades Diplom (FH), Chemnitz.
- Forschungsstelle Universitätsgeschichte (1994): Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Heft 32, Berlin.
- Arndt, Marlies/Magdalene Deters/Gabriele Harth/Gabriele Jähnert/Johanna Kootz/Birgit Riegraf/Manuela Roßbach/Karin Zimmermann (Hg.) (1993): Ausgegrenzt und mittendrin. Frauen in der Wissenschaft, Berlin.
- Bathke, Gustav-Wilhelm/Kurt Starke (1999): Studentenforschung, in: W. Friedrich/P. Förster/K. Starke (Hg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990, Berlin, S. 225-268.
- Baume, Vrita/Christina Felber (1995): Hochschulfrauen zwischen Wende und Erneuerung. Karrierechancen oder unaufhaltsamer Abstieg. Ein Wissenschaftlerinnenreport, Berlin.
- Baume, Vrita/Christina Felber/Sabine Röhl (1995): „Ich möchte ein ganzes Leben“. Zu Diskriminierungserfahrungen von Wissenschaftlerinnen (Ost) im Transformationsprozeß der

- Hochschulen, in: Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität Berlin (Hg.), Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien ..., Pfaffenweiler, S. 89-102.
- Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Hg.) (1993): *Beiträge zur Hochschulforschung* 3/1993, München.
- Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (Hg.) (1994): Zur Geschichte der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (vormals Deutsche Lehrerbücherei, gegründet 1875), bearb. v. Christa Förster, Berlin.
- Bierwagen, Marion (Hg.) (1994): Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt a.M. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin. Wiedereröffnung am 2. März 1994. Dokumentation, Berlin/Frankfurt a.M.
- Bierwagen, Marion/Christian Ritzi (Hg.) (1996): Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin. Bestandsverzeichnis. Teil 1: Archiv des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. Bearb. v. Ursula Basikow. Teil 2: Archivbestände der ehemaligen Deutschen Lehrerbücherei und der Pädagogischen Zentralbibliothek. Bearb. v. Ursula Basikow u. Marion Bierwagen. 25, 16 S., Berlin.
- Bretschneider, Falk/Peer Pasternack (Hg.) (1999): Akademische Rituale. Symbolisches Handeln an Hochschulen, Leipzig.
- Buck-Bechler, Gertraude (1994): Hochschulforschung in Berlin-Karlshorst, in: *hochschule ost* 5/1994, S. 9-15.
- Buck-Bechler, Gertraude/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.) (1997): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim.
- Burkhardt, Anke (1995): „Besser als befürchtet – schlechter als erhofft“. Zum Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen aus Frauensicht, in: *hochschule ost* 2/1995, S. 107-121.
- Burkhardt, Anke (1997): Stellen- und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, Wittenberg.
- Felber, Christina/Krishna Monté/Sabine Röhl (1993): Zur Situation von Wissenschaftlerinnen im Transformationsprozeß der Universitäten und Hochschulen in Ost-Berlin und im Land Brandenburg. Ein Vergleich mit dem männlichen Wissenschaftspotential, in: Arndt et al. (Hg.), *Ausgegrenzt und mittendrin*, Berlin, S. 57-70.
- Förderungsgesellschaft wissenschaftliche Neuvorhaben mbH (Hg.): Tätigkeitsberichte der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte 1992, 1993, 1994, München 1993, 1994, 1995.
- Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (1994), in: *hochschule ost* 5/1994, S. 16-25.
- Fratzscher, Wolfgang/Klaus-Peter Meinicke (Hg.) (1997): Verfahrenstechnik und Wiedervereinigung, Berlin.
- Friedrich, Walter/Peter Förster/Kurt Starke (Hg.) (1999): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin.
- Führ, Christoph (1996): Das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt a.M. und die Integration einer Forschungsstelle sowie der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung in Berlin, in: D. Hoffmann/K. Neumann (Hg.), *Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und der DDR*. Bd. 3: Die Vereinigung der Pädagogiken (1989-1995), Weinheim, S. 83-93.
- Gibas, Monika/Frank Geißler (Hg.) (2000): Chancen verpaßt – Perspektiven offen? Zur Bilanz der deutschen Transformationsforschung, Leipzig.
- Gibas, Monika/Peer Pasternack (Hg.) (1999): Sozialistisch behaut & bekunet. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR, Leipzig.

- Hildebrandt, Karin (1997): Außeruniversitäre Institute der Bildungsforschung in der DDR – Verbleib des erziehungswissenschaftlichen Potentials, in: A. Kell/J.-H. Olbertz (Hg.), Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim, S. 90-122.
- Hoffmann, Dietrich/Karl Neumann (Hg.) (1996): Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und der DDR. Bd. 3: Die Vereinigung der Pädagogiken (1989-1995), Weinheim. Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hg.) (1990): Veröffentlichungen 1970–1989, Berlin.
- Kell, Adolf/Jan-Hendrik Olbertz (Hg.) (1997): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim.
- Kiel, Siegfried (2000): Die hochschulpädagogische Qualifizierung von Lehrkräften in der DDR im Spannungsfeld von Reglementierung und Offenheit, in: *HoF-Berichte* Sonderheft 2000, S. 7-10.
- Klinzing, Klaus (Hg.) (1996): Der universitäre Akademische Mittelbau. Arbeitsaufgaben - Beschäftigungsverhältnisse - Arbeitsbedingungen. Zur Situation an Berliner Universitäten, Berlin.
- Knoll, Jörg (Hg.) (1998): Hochschuldidaktik der Erwachsenenbildung, Bad Heilbrunn.
- Kocka, Jürgen (1998): Einleitung, in: J. Kocka/R. Mayntz (Hg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin, S. 7-19.
- Kocka, Jürgen/Renate Mayntz (Hg.) (1998): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung, Berlin.
- Krause, Konrad (1998): Zur Entwicklung von Hochschulfachdidaktiken als Teilgebiete einer Hochschulpädagogik in der DDR, in: Jörg Knoll (Hg.), Hochschuldidaktik der Erwachsenenbildung, Bad Heilbrunn, S. 130-172.
- Krauth, Wolf Hagen/Ralf Wolz (Hg.) (1998): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch, Berlin.
- Lischka, Irene/Jan-Hendrik Olbertz (2000): Hochschulforschung in den neuen Bundesländern. Wurzeln und Perspektiven, in: Beiträge zur Hochschulforschung 1/2 –2000, S. 21-29.
- Martin, Kerstin/Rosemarie Kohls (1999): Sammlungen zu den Hochschulsystemen der DDR und Osteuropas. Informationsservice des HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, in: *Deutschland Archiv* 4/1999, S. 712f.
- Meyer, Hansgünter (1993): Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, Berlin.
- Meyer, Hansgünter (1995): Die Paradoxien der Hochschulforschung und das Neugestaltungssyndrom, Berlin.
- Meyer, Hansgünter (1996): Statt eines Vorwortes: Ostberliner Wissenschaftsforschung. Rückblicke auf ihr Potential, in: H. Meyer (Hg.), 25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ostberlin, Berlin, S. 5-11.
- Meyer, Hansgünter (Hg.) (1996a): 25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ostberlin. „Wie zeitgemäß ist komplexe integrierte Wissenschaftsforschung?“. Reden eines Kolloquiums, Berlin.
- Meyer, Hansgünter/Helmut Steiner (Hg.) (1998): Wissenschaft und Politik – Diskurs. Kolloquien-Beiträge zu aktuellen Problemen der F&T-Politik, Berlin.
- Mocek, Reinhard (1994): Versuch zur Bilanz der Wissenschaftstheorie in der DDR. Entstehung – Inhalte – Defizite – Ausblicke, in: *Dresdner Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften* H. 22, Dresden, S. 1-30.
- Olbertz, Jan-Hendrik (1997): Hochschulpädagogik – Hintergründe eines „Transformationsverzichts“, in: A. Kell/J.-H. Olbertz (Hg.), Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim, S. 246-284.

- Olbertz, Jan-Hendrik (2000): Gertraude Buck-Bechler und die Deutsche Gesellschaft für akademische Bildung e.V., in: *HoF-Berichte* Sonderheft 2000, S. 18f.
- Pasternack, Peer (1999): Normalisierung mit verbleibenden Besonderheiten. Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland nach 1989, in: *Bibliothek – Forschung und Praxis* 1/1999, S. 52-61.
- Pasternack, Peer (1999a): Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945 - 1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 - 1998, Weinheim.
- Pasternack, Peer (2000): Hochschultransformation – Hochschultransformationsforschung – Hochschulforschung“, in: M. Gibas/F. Geißler (Hg.), Chancen verpaßt – Perspektiven offen? Zur Bilanz der deutschen Transformationsforschung, Leipzig, S. 49-80.
- Rücker, Manfred (1999): Das Institut für Hoch- und Fachschulbau. Entwicklung, Aufgaben, Leistungen und Abwicklung, in: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), Sozialistisch behaust & bekunestet. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR, Leipzig, S. 72-84.
- Rochlitz, Manfred (1999): Meine Kooperation mit dem ZIJ, in: W. Friedrich/P. Förster/K. Starke (Hg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990, Berlin, S. 550-555.
- Schaumann, Fritz (1997): Hochschulforschung und Hochschulinnovation. Erwartungen des Staates und der Hochschulen, in: *HoF-Berichte* 1-2/1997, S. 2-4.
- Starke, Uta (1999): Das Laboratorium für Studentenforschung an der Universität Leipzig, in: W. Friedrich/P. Förster/K. Starke (Hg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990, Berlin, S. 542-549.
- Teichler, Ulrich (2000): Hochschulforschung unter transitorischen Bedingungen. Zum Wirken von Gertraude Buck-Bechler, in: *HoF-Berichte* Sonderheft 2000, S. 19-22.
- Teichler, Ulrich/Jürgen Enders/Hans-Dieter Daniel (1998): „Hochschule und Gesellschaft“ als Gegenstand der Forschung. Bilanz und Perspektiven, in: U. Teichler/J. Enders/H.-D. Daniel (Hg.), Brennpunkt Hochschule, Frankfurt/New York, S. 219-249.
- Teichler, Ulrich/Jürgen Enders/Hans-Dieter Daniel (Hg.) (1998a): Brennpunkt Hochschule. Neuere Analysen zu Hochschule, Beruf und Gesellschaft, Frankfurt/New York 1998.
- Webler, Wolff-Dietrich (1997): Nicht nur fusioniertes, auch vereinigt Hochschulwesen, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 28-34.
- Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V. (1994): [o.T., Präsentationsmappe], Berlin o.J. [1994], o.S.
- Volprich, Elenor (1999): Forschungen zu Technikstudenten – in Kooperation mit dem ZIJ, in: W. Friedrich/P. Förster/K. Starke (Hg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990, Berlin, S. 532-541.
- Wagemann, Carl-Helmut (1991): Die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Zur Geschichte einer ‚Auf‘-Wicklung, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 3/1991, S. 179-184.
- Zentrale Arbeitstagung Hochschulpädagogik am 31. August und 1. September 1990 in Dresden ”Neue akademische Bildungskonzepte und Hochschulpädagogik“, Dresden: Technische Universität, o.J. [1991].
- Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität Berlin (Hg.) (1995): Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisationserfahrungen, Pfaffenweiler 1995.
- Zimmermann, Karin (1999): Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren. Berufungen an ostdeutschen Universitäten, in: F. Bretschneider/P. Pasternack (Hg.), Akademische Rituale. Symbolisches Handeln an Hochschulen, Leipzig, S. 171-195.
- Zimmermann, Karin (2000): Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Paßfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen, Berlin.

Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Hochschulen

Projektbericht

Peer Pasternack

Katja Schulze

1. Die DDR-Forschung in der deutschen Wissenschaftslandschaft

Die DDR ist seit 10 Jahren Geschichte, und ihre Aufarbeitung hat unterdessen eine eigene Geschichte. Zunächst hatten in den ersten Jahren nach 1989 zahlreiche Sozial- und GeisteswissenschaftlerInnen eine Änderung ihrer individuellen Forschungsprogramme hin zu DDR-spezifischen Themen vorgenommen. Das Thema schien interessant, es wurde hinsichtlich bisher unzugänglicher, nun aber sich öffnender Quellen günstig erschließbar, und Projektgelder waren auch vergleichsweise leicht zu akquirieren. Die überhitzte Konjunktur DDR-bezogener Forschungsaktivitäten ist unterdessen vorbei. Einige größere Kontroversen waren unterwegs ausgefochten worden – insbesondere zu Totalitarismus und Charakter der DDR-Gesellschaft, zum Umgang mit dem Kultur-, Architektur-, Gedenkstätten- und sonstigen Erbe der DDR sowie zum Verhältnis von Alltagsgeschichte und Herrschaftsgeschichte in der Erforschung der DDR. Auch diese Dispute haben sich aber insofern beruhigt, als die meisten beteiligten Fraktionen durch institutionelle Lösungen abgefunden worden sind. Deren bekannteste sind der „Forschungsverbund SED-Staat“ an der FU Berlin und das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam.

Neben den größeren thematischen Kontroversen war zudem in der Geschichtswissenschaft als dem zentral involvierten Fach eine Debatte darüber ausgetragen worden, wer die DDR-Geschichte erforschen dürfe. Sie schloss an Fragen der Art an, wie moralisch die Geschichtswissenschaft sein müsse resp. dürfe, ob es so etwas wie einen Strafanspruch der Nichtarrivierten gegenüber den Arrivierten in der DDR-Wissenschaft gebe und wie weit sich frühere Systemnähe in der DDR mit heutiger Beschäftigung im öffentlichen Dienst vertrage.¹ Inhaltlich war hierbei vornehmlich eines von Bedeutung: Seitens des Unabhängigen Historikerverbands (UHV), einer 1990er Gegenründung zur offiziellen DDR-Historiker-Gesellschaft, wurde eine Gegenpolitisierung der Geschichtswissenschaft forciert, indem Arbeiten zur DDR-Geschichte unter der politischen, mithin vorwissenschaftlichen Prämisse der Illegitimität der DDR und ihres politischen Systems favorisiert wurden. Auf der anderen Seite beharrten die etablierten DDR-Historiker auf der ebenso vorwissenschaftlichen Prämisse der Legitimität der DDR und ihres politischen Systems, was die Reichweite der Fragestellungen naturgemäß ebenso einschränkte.² Derart waren die Auseinandersetzungen nicht frei von Episoden, die in wissenschaftsbezogener Perspektive durchaus problematische Implikationen hatten. Diese können hier, obwohl stark stilprägend, nicht weiter erörtert werden können und müssen es im übrigen auch nicht: Die Debatten sind sehr ausführlich und zugriffsfreundlich dokumentiert.³

Inzwischen ist auch in diesem Bereich wissenschaftliche Normalität eingezogen. Die alten Zentren der DDR-Forschung in der früheren Bundesrepublik arbeiten teils weiter,⁴ und daneben hat die DDR-Forschung auch neue institutionelle Heimstätten in den ostdeutschen Bundesländern gefunden. Allerdings wurde die anfangs durchaus naheliegende Empfehlung, an allen Universitäten Professuren für

¹ Ideologiekritische Erkundigungen gegenüber diesen Fragestellungen sind formuliert bei Hettling (1995).

² Eine Zusammenfassung der Debatten liefert Possekel (1995), m.w.N.

³ So repräsentative wie detaillierte Überblicke liefern die Sammelbände Jaraus (1991); Eckert et al. (1992); Jaraus/Middell (1994); Eckert et al. (1994); Eckert et al. (1995); Sabrow/Walther (1995); Corni/Sabrow (1996); Matschütz et al. (1996); Iggers et al. (1998).

⁴ Zwei sind geschlossen worden: das Zentrum für Europäische Sozialforschung an der Universität Mannheim, wo der inzwischen emigrierte Hermann Weber einen größeren Bereich DDR-Forschung mit entsprechenden Sammlungen aufgebaut hatte, sowie das Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) an der Universität Erlangen-Nürnberg, das bis 1992 die DDR- wie die anderen osteuropäischen Wissenschaftssysteme erforscht hatte. Ein weiteres Zentrum der DDR-Forschung stirbt augenblicklich vor sich hin: infolge haushaltspolitischer Sparscheidungen befindet sich das Zentralinstitut (ZI) 6 der FU Berlin mit seinen gleichfalls umfangreichen Sammlungen in Auflösung.

DDR-Geschichte einzurichten, nicht direkt aufgegriffen.⁵ 1995 musste konstatiert werden, dass an den ostdeutschen Universitäten keine einzige für DDR-Geschichte denominierte Professur eingerichtet worden war (Pasternack 1996, 109). Allerdings haben fünf der sechs traditionellen Volluniversitäten in Ostdeutschland geschichtswissenschaftliche Professuren mit einem DDR-Schwerpunkt in Forschung und Lehre: an der Humboldt-Universität zu Berlin, den Universitäten Rostock, Leipzig, Jena und Halle werden entsprechende Projekte betrieben und Qualifizierungsarbeiten betreut – wenngleich in unmittelbarer Abhängigkeit von den Forschungsinteressen der aktuellen Stelleninhaber (ebd., 109-125).

Zwei neue außeruniversitäre Institute haben sich im Laufe der 90er Jahre als Zentren von DDR-historischer Forschung etablieren können: das oben schon erwähnte Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam und das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden. Daneben gibt es an den Hochschulen auch in anderen Fächern zahlreiche – zeitlich befristete – DDR-bezogene Forschungs- und Lehraktivitäten, wie sich auch außerhalb der etablierten Wissenschaft eine unübersichtliche Projektforschungslandschaft findet.⁶

Verstetigte Forschung ist Voraussetzung verstetigter Hochschullehre. Vielfalt der DDR-bezogenen Forschungsaktivitäten und deren Präsenz nicht allein an einigen einschlägigen Zentren sind nicht nur wichtige Voraussetzungen der Pluralität in diesem Feld; gleichermaßen wird damit auch das möglichst flächendeckende Vorhandensein von hochschulischen Lehrangeboten zur DDR-Geschichte gesichert. Davon wiederum sind durchaus sehr praktische Fragen berührt: Wird die DDR-Geschichte künftig eine angemessene Berücksichtigung in schulischen Lehrplänen und Unterrichtsgestaltungen erfahren? Wie werden die heute bzw. künftig auszubildenden Lehrer und Lehrerinnen diesen Teil deutscher Nachkriegsentwicklung verstehen und vermitteln können? Welchen Stellenwert wird die DDR-Geschichte in der politischen Bildungsarbeit einnehmen? Können DDR-Erfahrungen produktiv für Gegenwarts- und Zukunftsbewältigung werden? Um die damit angerissenen Probleme zu lösen, bedarf es an allen Orten, an denen SozialwissenschaftlerInnen sowie Geschichts-, Sozialkunde-, Deutsch- und ReligionslehrerInnen ausgebildet werden, entsprechender und möglichst verstetigter Lehrangebote.

⁵ Vgl. die Empfehlung der Autorengruppe von „Geisteswissenschaften heute“ (Frühwald et al. 1991), die Mitte 1990 eine Evaluierung der ostdeutschen Geisteswissenschaften vorgenommen hatte, und unter anderem zu der „nachdrücklich(en)“ Empfehlung gelangt war, „mindestens einen, wenn nicht zwei Lehrstühle für DDR-Geschichte (z.B. als Stiftungs-Professuren) zunächst an jeder der DDR-Universitäten einzurichten“ (Steinwachs 1993, 40).

⁶ vgl. Mählert (1997) und das dreimal jährlich im *Deutschland Archiv* erscheinende „Newsletter zur DDR-Forschung“.

2. Die DDR in der Hochschullehre – Projektdesign

In Zusammenarbeit mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unternimmt HoF Wittenberg seit Mitte 2000 eine systematische Erfassung der DDR-bezogenen Lehraktivitäten an deutschen Hochschulen. Diese zielt auf dreierlei:

- (a) Die empirische Erfassung soll die Grundlage einer analytischen Interpretation bilden; dabei interessieren vorrangig ablesbare Trends und Fragen der curricularen Einbettung, d.h. insbesondere der zentralen oder peripheren Ansiedlung DDR-bezogener Lehrangebote in den Studienprogrammen.
- (b) Neben der Datenerfassung und deren Interpretation interessieren die Motive, welche zu DDR-geschichtlichen Lehraktivitäten und entsprechende Zukunftsplanungen führen, des weiteren die Zusammenhänge von Lehre und Forschung hinsichtlich solcher Aktivitäten, fördernde und/oder hemmende institutionelle Bedingungen sowie das Interesse unter den Studierenden an entsprechenden Lehrangeboten.
- (c) Aus dem so gewonnenen Situationsbild sollen plausible Prognosen zur künftigen Entwicklung und Präsenz DDR-geschichtlicher Lehraktivitäten formuliert und etwaiger diesbezüglicher Handlungsbedarf bestimmt werden.

Das methodische Design der Untersuchung umfasst zunächst die Auswertung der Vorlesungsverzeichnisse aller 90 deutschen Universitäten einschließlich der Pädagogischen Hochschulen für das Sommersemester 2000 und das Wintersemester 2000/2001 hinsichtlich entsprechender Lehrveranstaltungen sowie die Erfassung der so ermittelten Ergebnisse in einer Datenbank. Diese Erhebung zielt auf eine Erfassung der aktuellen Situation zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des DDR-Systems. Ergänzend wurde und wird das Projekt mit der Bitte um selbständige Meldungen an HoF Wittenberg öffentlich bekannt gemacht, um von weiteren relevanten Lehrveranstaltungen, die ggf. nicht über die Vorlesungsverzeichnisse zu erschließen sind, Kenntnis zu erlangen.⁷

Eine anschließende schriftliche Befragung der Lehrkräfte, die Veranstaltungen zu DDR-Themen durchführen, soll Auskünfte über deren diesbezügliche Zukunftsplanungen ergeben und Aufschlüsse über die Motive für ihre bisherigen und zukünftigen Beschäftigungen mit dem Thema liefern. Zusätzlich sollen die Interessen und Motive, die Studierende für ihren Besuch von Lehrveranstaltungen mit DDR-Bezug haben, per standardisiertem Fragebogen erhoben werden.

Erfasst wird bis zu diesem Schritt der Bearbeitung allerdings nicht, welchen Verlauf die Themenkarriere der DDR-Geschichte in den Lehrprogrammen der

⁷ vgl. etwa die Projekt-Vorstellung im *Deutschland Archiv* 4/2000, S. 703f.

Hochschulen im letzten Jahrzehnt aufzuweisen hatte. Entsprechende Untersuchungen, deren Ergebnisse hierfür vergleichsweise herangezogen werden könnten, existieren nicht. Um dennoch auch dazu mit vertretbarem Aufwand plausible Aussagen zu gewinnen, soll schließlich für einige Universitäten eine Tiefenprüfung unternommen werden. Sie wird an zehn repräsentativ ausgewählten Hochschulen die DDR-geschichtlichen Lehraktivitäten der letzten zehn Jahre in Gestalt einer Retrospektivrecherche erfassen.

3. Erste Ergebnisse

Die Erhebungsphase dauert noch an, doch über Lehrveranstaltungen zur DDR-Geschichte inklusive vergleichende Fragestellungen und Transformationsthemen, die bereits in die Datenbank aufgenommen wurden, können bereits einige Aussagen unter Vorbehalt getroffen werden – in der folgenden Zwischenauswertung werden einige Ergebnisse aus dem Sommersemester 2000 wiedergegeben.

Die recherchierten Lehrveranstaltungen wurden erfasst und verschlagwortet, um neben dem Stellenwert der DDR-Thematik selbst ggf. inhaltliche Trends identifizieren zu können. Jeder einzelnen Lehrveranstaltung konnten so mehrere nicht-hierarchische Schlagworte zugewiesen werden. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die inhaltliche Struktur der bisher recherchierten Lehrangebote; das zu Grunde liegende Kategoriensystem wurde dabei für diesen Beitrag zusammengefasst:

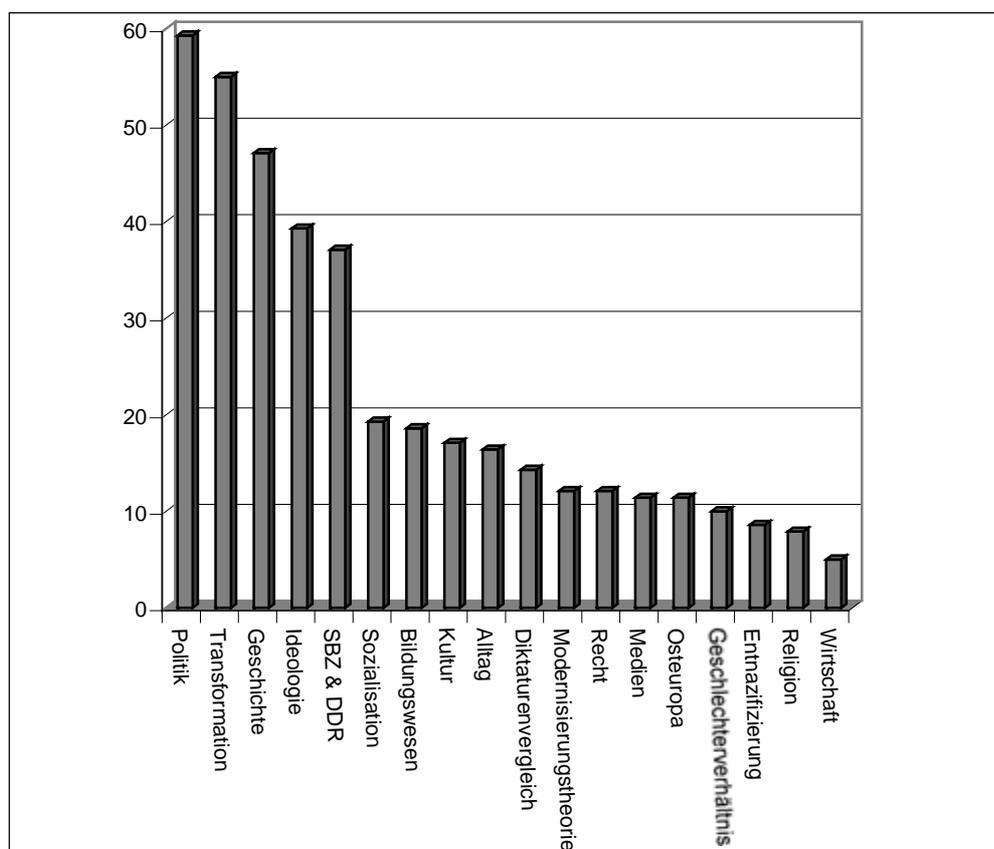
Schlagwort (zusammengefasst)	n	% Schlagw.	% Fälle
Politik	83	14,7	59,3
Transformation	77	13,7	55,0
Geschichte*	66	11,7	47,1
Ideologie	55	9,8	39,3
SBZ & DDR**	52	9,2	37,1
Sozialisation	27	4,8	19,3
Bildungswesen	26	4,6	18,6
Kultur	24	4,3	17,1
Alltag	23	4,1	16,4
Diktaturenvergleich	20	3,6	14,3
Modernisierungstheorie	17	3,0	12,1
Recht	17	3,0	12,1
Medien	16	2,8	11,4
Osteuropa***	16	2,8	11,4
Geschlechterverhältnis	14	2,5	10
Entnazifizierung	12	2,1	8,6
Religion	11	2,0	7,9
Wirtschaft	7	1,2	5
Schlagworte gesamt 563			
Lehrveranstaltungen (SS2000) gesamt 140			

* Lehrveranstaltungen, deren Themenbearbeitung an der Zeitgrenze 1989 endet

** Lehrveranstaltungen, die sich entweder mit der SBZ oder der DDR und dies jeweils allein, d.h. nicht im Kontext von oder Vergleich mit z.B. Osteuropa oder der Bundesrepublik befassen

*** Lehrveranstaltungen, in denen die DDR bzw. Ostdeutschland im Kontext des (früheren) osteuropäischen Machtblocks behandelt wird

Den z.Zt. 140 recherchierten und verschlagworteten Lehrveranstaltungen aus dem Sommersemester 2000 sind insgesamt 563 Schlagworte, im Schnitt somit jedem Lehrangebot vier, zugeordnet worden. Das Schlagwort „Politik“ hebt sich mit 83 Nennungen, ca. 59%, deutlich hervor; bezogen auf die Anzahl aller zugewiesenen Schlagworte (563) entfallen ca. 15% auf diese Kategorie. In absteigender Häufigkeit folgen die Schlagworte „Transformation“ (55%) und „Geschichte“ (47%). Die folgende Grafik stellt die prozentuale Verteilung der Schlagworte bezüglich der Anzahl der Lehrveranstaltungen dar:



Da das Schlagwort „Politik“ hinsichtlich der Häufigkeit der Zuordnung zu DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen an erster Stelle rangiert, führt die folgende Tabelle hierfür exemplarisch eine weitere inhaltliche Differenzierung auf:

Schlusswort Politik	n	% Schlagw.	% Fälle
politische Systeme	49	28,7	59,0
Innenpolitik	29	17,0	34,9
Politik allgemein	28	16,4	33,7
politische Bildung	24	14,0	28,9
Außenpolitik	24	14,0	28,9
Kulturpolitik	17	9,9	20,5
Schlagworte insgesamt zugewiesen 171			
Lehrveranstaltungen mit Schlagwort Politik (zusammengefasst) 83			

Im weiteren fällt der hohe Anteil des Transformationsbezuges auf. Hier bieten sich zwei grundverschiedene Deutungen an: Entweder ist Transformation innerhalb der

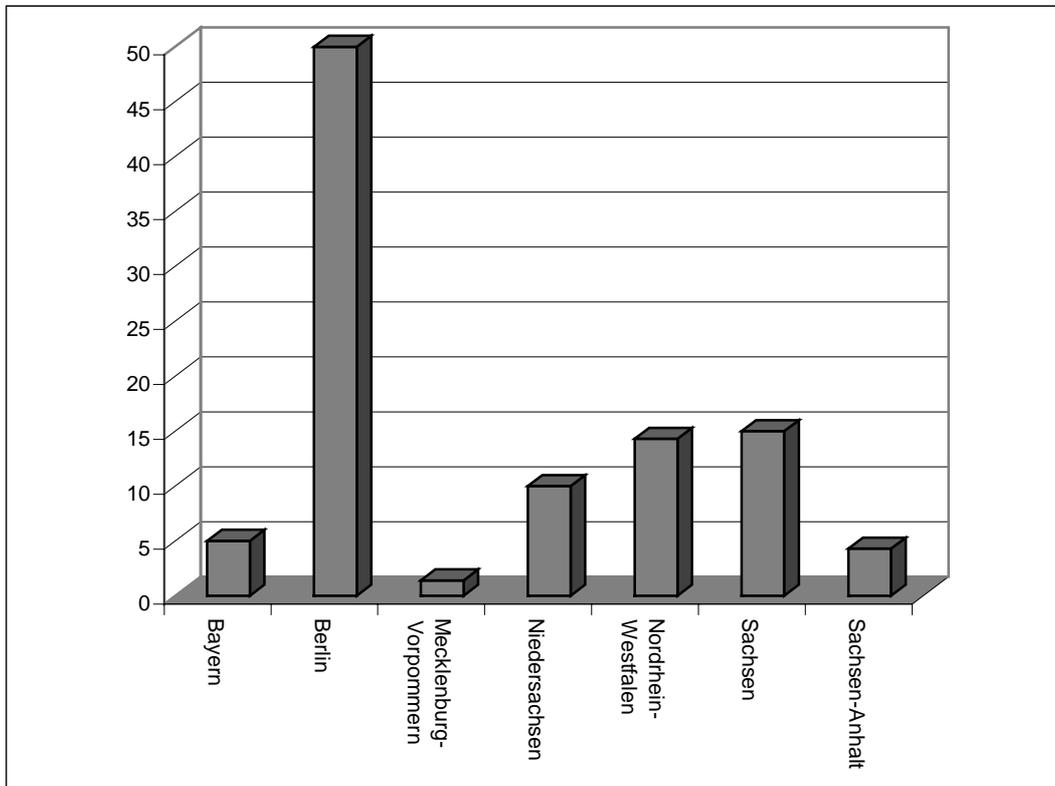
DDR-Thematik in der Hochschullehre auch zehn Jahre nach 1989 noch ein zentrales Thema, oder das Ergebnis hängt mit dem Zeitpunkt der Erhebung, der zu einem Resümee geradezu einlädt, zusammen. Eine Klärung wird erst mit Hilfe der Tiefenprüfung für die zehn ausgewählten Universitäten erfolgen können.

Weitere Fragestellungen in diesem Projekt sind neben der zeitlichen retrospektiven Analyse die der geographischen Verteilung der Lehrveranstaltungen und mögliche inhaltliche Schwerpunktsetzungen: Inwieweit existieren zwischen den Bundesländern bzw. zwischen einzelnen Universitäten Unterschiede im Hinblick auf Anzahl und inhaltliche Struktur der Angebote in der Hochschullehre?

Im Rahmen dieser Zwischenauswertung können die Ergebnisse von sieben Bundesländern einander gegenübergestellt werden. Mit Ausnahme von Berlin sind die anderen Bundesländer nicht vollständig aufgeführt – dieses Manko ist auf den derzeitigen Bearbeitungsstand zurückzuführen. Die folgende Tabelle sowie die daraus abgeleitete Grafik gibt jedoch bereits Auskunft über sich abzeichnende Differenzierungen, so z.B. dass sich in Mecklenburg-Vorpommern nur ein geringer Teil der Lehrenden mit der DDR-Thematik befasst.

Sommersemester 2000	Bayern		Berlin		Mecklenb.-Vorp.		Niedersachsen		NRW		Sachsen		Sachsen-Anhalt		Gesamt	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
	7	5,0	70	50,0	2	1,4	14	10,0	20	14,3	21	15,0	6	4,3	140	100

Grafik: *Prozentuale Verteilung der Lehrveranstaltungen nach Bundesland in Prozent*



In Berlin fanden sich bisher die meisten Veranstaltungen zu diesem Thema, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Sachsen mit einem jeweils ähnlich hohem Aufkommen an Veranstaltungen mit DDR-Bezug. In der abschließenden Auswertung wird die bundesländerbezogene Auswertung die Größe des jeweiligen Bundeslandes, die Zahl seiner Universitäten sowie die Anzahl der zum gegebenen Zeitpunkt immatrikulierten Studierenden berücksichtigen. Damit werden voraussichtlich weitergehende Interpretationen der Ergebnisse möglich.

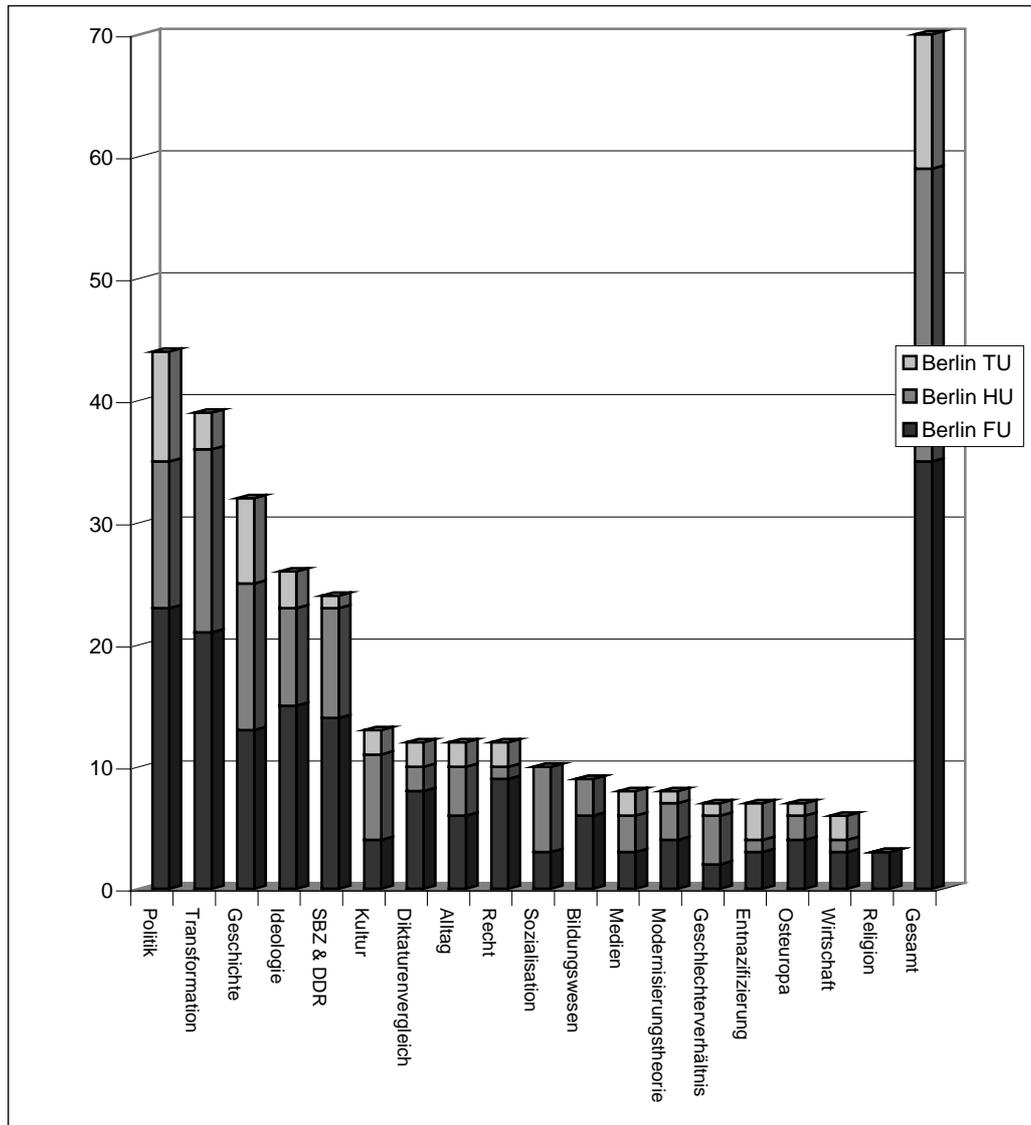
An dieser Stelle kann aber schon einmal eine gesonderte Aufschlüsselung für die Berliner Universitäten erfolgen – was sich auf Grund der herausragenden quantitativen Ergebnisse in diesem Bundesland anbietet:

	Berlin FU		Berlin HU		Berlin TU		Gesamt	
	n	%	n	%	n	%	n	%
Politik	23	65,7	12	50,0	9	81,8	44	62,9
Transformation	21	60,0	15	62,5	3	27,3	39	55,7
Geschichte*	13	37,1	12	5,0	7	63,6	32	45,7
Ideologie	15	42,9	8	33,3	3	27,3	26	37,1
SBZ & DDR**	14	40,0	9	37,5	1	9,1	24	34,3
Kultur	4	11,4	7	29,2	2	18,2	13	18,6
Diktaturen- vergleich	8	22,9	2	8,3	2	18,2	12	17,1
Alltag	6	17,1	4	16,7	2	18,2	12	17,1
Recht	9	25,7	1	4,2	2	18,2	12	17,1
Sozialisation	3	8,6	7	29,2	0	0	10	14,3
Bildungswesen	6	17,1	3	12,5	0	0	9	12,9
Medien	3	8,6	3	12,5	2	18,2	8	11,4
Modernisierungs- theorie	4	11,4	3	12,5	1	9,1	8	11,4
Geschlechterv- erhältnis	2	5,7	4	16,7	1	9,1	7	10,0
Entnazifizierung	3	8,6	1	4,2	3	27,3	7	10,0
Osteuropa***	4	11,4	2	8,3	1	9,1	7	10,0
Wirtschaft	3	8,6	1	4,2	2	18,2	6	8,6
Religion	3	8,6	0	0	0	0	3	4,3
Gesamt							279	398,5
	35	50,0	24	34,3	11	15,7	70	100

* Lehrveranstaltungen, deren Themenbearbeitung an der Zeitgrenze 1989 endet

** Lehrveranstaltungen, die sich entweder mit der SBZ oder der DDR und dies jeweils allein, d.h. nicht im Kontext von oder Vergleich mit z.B. Osteuropa oder der Bundesrepublik befassen

*** Lehrveranstaltungen, in denen die DDR bzw. Ostdeutschland im Kontext des (früheren) osteuropäischen Machtblocks behandelt wird



Grafik: Anzahl der Lehrveranstaltungen mit DDR-Bezug an den drei Berliner Universitäten, differenziert nach Schlagwort

Insgesamt entfallen auf die drei Berliner Universitäten 70 Lehrveranstaltungen mit DDR-Thematik im recherchierten Zeitraum, davon 35 auf die FU Berlin, 24 auf die Humboldt-Universität und 11 auf die TU Berlin.⁸ Den 70 Veranstaltungen wurden 279 Stichworte zugeordnet, im Durchschnitt also ca. vier.

⁸ Die geringe Fallzahl (n=70) lässt eine weitere Differenzierung nach Hochschule *und* zugewiesenen Schlagwörtern fragwürdig erscheinen; auch prozentuale Angaben verbieten sich eigentlich – der leichteren Vergleichbarkeit werden sie jedoch in der zugrundeliegenden Tabelle mit aufgeführt.

Die Schlagworte „Politik“, „Transformation“ und „Geschichte“ stellen die Hauptschwerpunkte der Berliner Universitäten im Rahmen der hier erhobenen DDR-bezogenen Lehraktivitäten dar. Während Lehrveranstaltungen an der Freien Universität Berlin ebenso wie an der TU Berlin am häufigsten das Schlagwort „Politik“ zugewiesen wurde (23 von 35 bzw. 9 von 11 Lehrveranstaltungen), führt „Transformation“ an der HU Berlin die Liste der vergebenen Schlagworte (15 von 24) an – dieses wiederum ist an der Technischen Universität Berlin im Vergleich zu den beiden anderen Universitäten deutlich weniger häufig vergeben worden (3 von 11). Unabhängig von der absoluten Zahl der jeweiligen Codierungen lassen sich (vorläufige) Profile im Vergleich der Humboldt- und der Freien Universität ermitteln; die geringe Anzahl der gefundenen Lehrveranstaltungen an der TU Berlin ermöglicht eine solche Differenzierung (noch) nicht: Den recherchierten Lehrveranstaltungen im Sommersemester 2000 an der Humboldt-Universität wurden überproportional häufig die Schlagworte „Sozialisation“, „Geschlechterverhältnis“ und „Kultur“ zugewiesen, der Freien Universität hingegen „Recht“ und „Religion“.

Aufschlussreich wird sein, inwieweit diese ersten Ergebnisse durch die noch ausstehende Erfassung des Wintersemesters 2000/2001 bestätigt werden, bzw. inwieweit die exemplarischen retrospektiven Tiefenprüfungen für die letzten zehn Jahre – zu den dafür ausgewählten Hochschulen gehören auch die drei Berliner Universitäten – darüber hinaus die Identifizierung von Trends bzw. Profilbildungen im untersuchten Themengebiet ermöglichen werden.

Literatur

- Corni, Gustavo/Martin Sabrow (Hg.) (1996): Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, Leipzig.
- Eckert, Rainer/Ilko-Sascha Kowalczyk/Ulrike Poppe (Hg.) (1995): Wer schreibt die DDR-Geschichte? Ein Historikerstreit um Stellen, Strukturen, Finanzen und Deutungskompetenz. Tagung vom 18.-20.3.94 in Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Historikerverband im Adam-von-Trott-Haus in Berlin-Wannsee, hrsg. von der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg, o.O. [Potsdam].
- Eckert, Rainer/Ilko-Sascha Kowalczyk/Isolde Stark (Hg.) (1994): Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin.
- Eckert, Rainer/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hg.) (1992): Krise - Umbruch - Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, Stuttgart.
- Frühwald, Wolfgang/Hans Robert Jauß/Reinhart Kosellek/Jürgen Mittelstraß/Burkhard Steinwachs (1991): Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift, Frankfurt a.M.
- Hettling, Manfred (1995): Hure oder Muse, Beamter oder nicht?, in: *Comparativ* 1/1995, S. 147-154.
- Iggers, Georg G./Konrad H. Jarausch/Matthias Middell/Martin Sabrow (Hg.) (1998): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, München.

- Jaraus, Konrad H. (Hg.) (1991): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin.
- Jaraus, Konrad H./Matthias Middell (Hg.) (1994): Nach dem Erdbeben. (Re-)Konstruktion ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft, Leipzig.
- Mählert, Ulrich (Hg.) (1997): Vademekum DDR-Forschung, Opladen.
- Matsch, Ingrid/Kurt Pätzold/Erika Schwarz/Sonja Striegnitz (Hg.) (1996): Dokumente gegen Legenden. Chronik und Geschichte der Abwicklung der MitarbeiterInnen des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.
- Pasternack, Peer (1996): Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung „Geisteswissenschaften in der ehem. DDR“ (Konstanz 1990), Leipzig.
- Possekel, Ralf (1995): Der Streit um die DDR-Geschichtswissenschaft – eine Kritik, in: Rainer Eckert et al. (1995) (Hg.): Wer schreibt die DDR-Geschichte?, o.O. [Potsdam], S. 119-129.
- Sabrow, Martin/Peter Th. Walther (Hg.) (1995): Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig.
- Steinwachs, Burkhard (1993) (Hg.): Geisteswissenschaften in der ehem. DDR. Bd. 1: Berichte, Konstanz.

Die DDR-bezogenen Bestände der HoF-Bibliothek

Kerstin Martin

Die bereits seit 1964 existierende Spezialbibliothek zum Hochschulwesen hat seit Ende 1996 eine neue Trägereinrichtung – das Institut für Hochschulforschung (HoF Wittenberg). Durch die Überführung der Bestände und der existierenden Literaturdatenbank nach Wittenberg ergaben sich neue und bessere Möglichkeiten der Bewahrung und Pflege der älteren Literaturbestände. Die Sammlung neu erscheinender Literatur zum Themenkreis und der weitere Ausbau des speziellen Informationsservices wird kontinuierlich fortgesetzt. Daneben ist die HoF-Bibliothek aber auch – auf Grund ihrer Vorgeschichte und der daraus resultierenden Bibliotheksbestände – eine gute Adresse für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die über das DDR-Hochschulsystem forschen.

Fachbibliothek und Literaturdatenbank sind aus den Beständen des Zentralinstituts für Hochschulbildung (ZHB) in Berlin-Karlshorst hervorgegangen, einem selbständigen Institut, das dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR zugeordnet war und im Dezember 1990 abgewickelt wurde. 1982 waren die Forschungspotenziale mehrerer Einrichtungen zusammengeführt worden (Institut für Hochschulpolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin, gegr. 1964, Institut für Weiterbildung beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, gegr. 1968, Institut für Hochschulforschung an der Hochschule für Ökonomie “Bruno Leuschner“ in Berlin, gegr. 1977, Institut für Hoch- und Fachschulbau Dresden, gegr. 1965, sowie Leitstelle für Organisation und Leitung der Forschung und Ausbildung an der TU Dresden, gegr. 1975). Entsprechend bildeten die bibliothekarischen und dokumentarischen Potenziale dann das Informationszentrum des ZHB.

Dadurch finden sich in der HoF-Bibliothek und Literaturdatenbank auch umfangreiche, in heutiger Sicht historische Quellen aus den 60er und 70er Jahren.

Das Statut des ZHB formulierte als Aufgabe des Instituts,

„die Bearbeitung der für die Führung des Hoch- und Fachschulwesens entscheidenden Forschungsaufgaben zu sichern und an der Ausarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die Entwicklung des Hoch- und Fachschulwesens sowie für den beständigen Leistungsanstieg in Lehre, Studium und Forschung mitzuwirken. Es erarbeitet wissenschaftlichen Vorlauf für die Entwicklung des Hochschulwesens; plant und koordiniert die Forschungen zur Entwicklung des Hochschulwesens der DDR, gewährleistet die Sammlung, Auswertung und Verallgemeinerung von Erfahrungen ... der Ausbildung, der Weiterbildung, der Nachwuchsentwicklung und der Forschung sowie bei der Entwicklung der materiell-technischen Basis des Hochschulwesens und nimmt aktiv an der Überführung gewonnener Erkenntnisse in die Praxis teil; sichert die wissenschaftliche Information und Dokumentation zur Forschung über das Hochschulwesen der DDR und des Auslandes; plant und koordiniert die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschungen zu Fragen des Hochschulwesens mit wissenschaftlichen Einrichtungen in der UdSSR, den anderen sozialistischen Ländern sowie mit weiteren Institutionen des Auslandes bzw. internationalen Organisationen; unterstützt die Weiterbildung leitender Kader des Hoch- und Fachschulwesens der DDR, bildet wissenschaftlichen Nachwuchs heran und bietet Fachleuten aus dem In- und Ausland Möglichkeiten zur wissenschaftlichen Qualifikation.“ (Statut des ZHB 1989, 65)

Diesen Aufgaben entsprach auch das Leistungsspektrum des ZHB-Informationszentrums:

- Organisation des Informationsnetzes „Leitung, Planung und Forschung über das Hoch- und Fachschulwesen“. Diesem Netz gehörten alle Universitäts- und Hochschulbibliotheken sowie die Informationseinrichtung des Instituts für Fachschulwesen der DDR an;
- Herausgabe von Publikationen und Informationsmitteln (u.a. „Beiträge zur Hochschulentwicklung“, „Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau“, „Zentrale Bibliographie Hoch- und Fachschulwesen“, „Informationen über hochschulpolitische Entwicklungen im Ausland“, „Studien zur Hochschulentwicklung“, „Berichte und Informationen zur Hochschulentwicklung“);
- fachinformatrische Arbeit für die Forschungsabteilungen des ZHB;
- Führung einer zentralen Datenbank zum Hoch- und Fachschulwesen (s.u.);
- Ausbau der Fonds der Spezialbibliothek zum Hoch- und Fachschulwesen.

Sowohl die Eigenveröffentlichungen des ZHB als auch des Informationszentrums liegen in der HoF-Bibliothek vor. Ferner erwarb die ZHB-Spezialbibliothek kontinuierlich in- und ausländische Literatur zu Fragen der Hochschulbildung, der Wissenschafts- und Hochschulpolitik sowie der Forschung über Hochschulen (ca.

2.300 Bände und ca. 600 lfd. Zeitschriften jährlich). Von besonderem zeithistorischen Interesse sind in diesem Zusammenhang folgende Sammlungen:

1. die Sammlung von Daten zur Hochschulstatistik der DDR für die Jahre 1964-1990. Diese statistischen Angaben gehen über die im „Statistischen Jahrbuch des Hochschulwesens der DDR“ veröffentlichten Daten hinaus, da sie detaillierter und mehrfach sortiert sind;
2. die Sammlung der an den Hochschulen der DDR verfassten hochschulpädagogischen Abschlussarbeiten (diese schriftlichen Arbeiten waren nötig zur Erreichung der *facultas docendi*, dem DDR-Äquivalent zur *venia legendi*);
3. die Sammlung „Först, Albert: Das Fernstudium in der Deutschen Demokratischen Republik 1945/1970 – eine Quellensammlung zur Darstellung der Entwicklung des Fernunterrichts und des Fernstudiums auf dem Gebiet der DDR von 1945 bis 1970“. Albert Först war Leiter der Wirtschaftsoberschule Leipzig und Mitglied des Ausschusses für das Fernunterrichtswesen, einem beratenden Gremium beim Referat für Lehrerbildung der Schulabteilung in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung;
4. die Studien- und Lehrprogramme der DDR;
5. die vielfältige Graue Literatur (nicht konventionelle wissenschaftliche Originalliteratur, die über den Buchhandel nicht beschaffbar ist) zum Hochschulsystem der DDR;
6. die durch den stark ausgebauten internationalen Schriftentausch des ZHB in den Bestand gelangte ausländische Literatur *über* das DDR-Hochschulwesen;
7. die Sammlung der Gesetze und Verordnungen zum Hochschulwesen der DDR und
8. die vom „Rat für akademische Grade“ (einem Beratungsgremium des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR) 1990 übernommenen Buchbestände. Diese Quellen konnten bisher nicht ausreichend gesichtet und in den Bestand eingearbeitet werden.

Nach der Abwicklung des Zentralinstituts für Hochschulbildung im Dezember 1990 wurden die Bestände der Bibliothek zunächst gesichert und in den Jahren 1991-1996 im Rahmen der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst mit Hilfe von Fördermitteln – insbesondere des BMBW/BMBF und der DFG – aktualisiert.

Heute umfasst der Bibliotheksbestand ca. 45.000 Medieneinheiten. In den vergangenen fünf Jahren betrug der jährliche Zugang etwa 800-1.000 Bände. Derzeit werden noch 212 Periodika laufend bezogen. Die gesamte Literatur kann über die

Literaturdatenbank elektronisch recherchiert werden. Diese Literaturdatenbank besteht heute aus zwei Teilen:

- Teil 1 – wie oben erwähnt der schon fast historische Teil – verzeichnet vorrangig den Erscheinungszeitraum von ca. 1979/80 bis 1989/90. Er enthält über 60.000 Literaturnachweise zu Büchern, Grauer Literatur, Hochschulschriften, Beiträgen aus Sammelwerken und Zeitschriftenbeiträgen. Themenbereiche sind Hochschulbildung, Fachschulbildung (DDR) sowie Hochschulwesen im nationalen und internationalen Rahmen. Entsprechend den Herkunftsländern nehmen Quellen aus der DDR (ca. 18.000), der damaligen Bundesrepublik inkl. Berlin-West (ca. 16.000) den größten Umfang ein; aus dem westeuropäischen Ausland und den Vereinigten Staaten sind ca. 10.000 Literaturnachweise, aus den osteuropäischen Staaten ca. 13.500 und von internationalen Organisationen ca. 2.000 Nachweise enthalten. Inhaltlich sind die Gruppen „Anforderungen und Inhalte des Studiums/Studienplanung“ (19 Prozent), „System der höheren Bildung/Bildungsplanung“ (16 Prozent) und „Studium/Lehr- und Lernprozeß/Hochschuldidaktik/Erziehungsfragen“ (14 Prozent) am stärksten vertreten. Von der Gesamtanzahl der enthaltenen Nachweise entfallen ca. 40 Prozent auf Nachweise von Monographien und sog. Grauer Literatur, ca. 60 Prozent auf Zeitschriftenbeiträge und Beiträge aus Sammelwerken. Alle Nachweise enthalten die üblichen bibliographischen Angaben und eine inhaltliche Erschließung (durch Systematik und Deskriptoren eines Fachthesaurus). Ein Großteil der Datenbanknachweise enthält Inhaltsangaben (in Gestalt von Abstracts). In der Datenbank werden vorrangig die Bestände der Spezialbibliothek des ZHB verzeichnet, doch auch durch das bereits erwähnte Informationsnetz lieferten noch ca. 20 Partnereinrichtungen Meldungen (in Form von Titeltkarten oder als detaillierte Erfassungsbelege) an die Literaturdatenbank zu. Diese Titelmeldungen wurden in einem Katalog gesammelt, der in den Räumen der Bibliothek benutzt werden kann. Als Gegenleistung wurden für die Partnereinrichtungen vom Informationszentrum umfangreiche Recherchen (Selektive Informationsprofile) durchgeführt und laufende Bibliographie-Ausgaben aus der Datenbank zur Verfügung gestellt. Die „Zentrale Bibliographie Hoch- und Fachschulwesen“ ist von 1974 bis Heft 12/1990 erschienen und im Bestand der HoF-Bibliothek vollständig vorhanden.
- Teil 2 der Literaturdatenbank umfasst den Zeitraum 1990 bis zur Gegenwart mit ca. 15.000 Nachweisen. Die Datenbankstruktur wurde den Anforderungen entsprechend erweitert und die inhaltliche Erschließung weiterentwickelt. Fast alle Nachweise enthalten heute Inhaltsangaben. Entsprechend den inhaltlichen Schwerpunkten verzeichnet die Datenbank alle Bereiche des Hochschulwe-

sens. Außer den Kernbereichen (wie Studium, Lehre, Hochschulpolitik, Hochschulreform, Hochschulverwaltung, Hochschulökonomie und Hochschulrecht, Weiterbildung an Hochschulen, Berufstätigkeit von Akademikern u.a.) sind insbesondere Fragen der Hochschulerneuerung in den fünf neuen Bundesländern umfangreich dokumentiert und abrufbar.

Im Rahmen der Serviceleistungen erfolgt eine enge Zusammenarbeit vor allem mit Wissenschaftlern und Institutionen der Hochschulforschung und dem Fachinformationssystem BILDUNG, das bundesweit und international agiert. Durch den gegenseitigen Datenaustausch stehen für Recherchen vor Ort zusätzlich auch die in den anderen beteiligten Institutionen aufbereiteten Literaturquellen zu Hochschulfragen zur Verfügung. Die Literaturnachweise aus der Literaturdatenbank/Teil 2 sind über folgende Informationsangebote öffentlich zugänglich:

- die CD BILDUNG (hrsg. von der Koordinierungsstelle FIS BILDUNG, Frankfurt/Main) und das
- aktuelle Angebot der Zeitschriftenbeiträge im Internet (unter der Adresse [www//dipf.de/lars/html/start_fs.htm](http://www.dipf.de/lars/html/start_fs.htm)).

Recherchen im Teil 1 der Datenbank sind derzeit nur in der HoF-Bibliothek möglich.

Die Bibliothek von HoF Wittenberg ist eine Präsenzbibliothek mit Leseraum und üblicher technischer Ausstattung. Neben dem normalen Bibliotheksservice (Beratung, Kopien) werden Recherchen in den eigenen Fonds, CD-ROM's und den einschlägigen Internet-Angeboten durchgeführt. Eine Bestellung der Bestände über Fernleihe ist eingeschränkt möglich. Kontakt: Tel.: 03491 / 466 251 oder -252, Fax: 03491 / 466 255; E-mail: martin@hof.uni-halle.de

Literatur

- Kohls, Rosemarie: Hochschulinformation in Wittenberg, in: Alexander Botte/Diann Rusch-Feja/Ralf Theers (Hrsg.), Schritte zur Qualitätsverbesserung von Bildungsinformationssystemen. Pragmatische Ansätze zur Akzeptanzsteigerung von Online- und Offline-Diensten. 5. GIB-Fachtagung 1. und 2. Oktober 1997 in Halle, Berlin 1998, S. 144-151.
- Statut des Zentralinstituts für Hochschulbildung, in: Hans-Jürgen Schulz (Hrsg.), Zentralinstitut für Hochschulbildung 1964-1989, Berlin 1989, S. 65-68.

Autorinnen & Autoren

Dr. **Gertraude Buck-Bechler**, Professorin für Hochschuldidaktik, seit 1960 in der Hochschulforschung tätig, gehörte von 1996 bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand 2000 dem Institut für Hochschulforschung an. Lebt in Berlin. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Methoden und Formen des Studierens, Curriculaentwicklung, FNL-bezogene Hochschultransformationsforschung, Hochschule und Region.

Dr. **Anke Burkhardt**, seit 1980 in der Hochschulforschung tätig, ist seit 1999 Mitarbeiterin von HoF Wittenberg. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Bildungsstatistik, Leistungsmessung und -bewertung, Hochschulfrauenforschung, Hochschulorganisation.

Kerstin Martin, Diplom-Bibliothekarin, ist Leiterin der Bibliothek von HoF Wittenberg.

Dr. **Jan-Hendrik Olbertz**, Professor für Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung/Wissenschaftliche Fort- und Weiterbildung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, war von 1996 bis 2000 HoF-Direktor. Seit 1.10.2000 Direktor der Franckeschen Stiftungen in Halle/S. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Bildungstheorie und -geschichte, Weiterbildungsforschung, Hochschulsozialisationsforschung.

Dr. **Peer Pasternack** ist seit 1997 Mitarbeiter von HoF Wittenberg, daneben Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig. Seit 1991 Herausgeber von „hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft“. Wissenschaftliche Schwerpunkte: DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte, ostdeutschlandbezogene Hochschultransformationsforschung, Hochschulsystemsteuerung, Hochschulorganisationsforschung.

Katja Schulze, Dipl.-Erziehungswissenschaftlerin, ist seit 2000 Mitarbeiterin von HoF Wittenberg und Lehrbeauftragte am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Halle-Wittenberg. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Hochschulgeschichte, Hochschulsozialisationsforschung.

Text-Provenienzen

Gertraude Buck-Bechler, Die Idee der Hochschule in der DDR: erweiterte Fassung eines bislang unveröffentlichten Vortrags, der am 29.4.1998 an der TU Berlin während des Kolloquiums „Die Idee der Hochschule“, veranstaltet aus Anlass der Verabschiedung von Prof. Dr. Carl-Hellmut Wagemann in den Ruhestand, gehalten worden war.

Peer Pasternack, Sozialistisch behaut. Hochschulbau in der DDR: der Text baut auf Recherchen auf, die im Zusammenhang mit dem Publikationsprojekt: M. Gibas/P. Pasternack (Hg.), *Sozialistisch behaut & bekunetet. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR*, Leipzig 1999, unternommen worden waren. Ein kleinerer Teil des Textes war seinerzeit Bestandteil der Einleitung der Hrsg.

Jan-Hendrik Olbertz, Die Universität Halle und die Franckeschen Stiftungen nach 1945: Nachdruck aus: R.-T. Speler (Hg.), *Die Universität zu Halle und Franckens Stiftungen* (Kataloge des Universitätsmuseums der Zentralen Kustodie, N.F. Nr. 4), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale) 1998.

Peer Pasternack, Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994: Erstveröffentlichung zu diesem Thema; das Thema ist Gegenstand eines am Institut laufenden Projekts in Vorbereitung auf das 500jährige Gründungsjubiläum der Universität Wittenberg im Jahre 2002.

Anke Burkhardt, Militär- und Polizeihochschulen in der DDR: der Text beruht auf der Veröffentlichung: A. Burkhardt, *Militär- und Polizeihochschulen in der DDR. Wissenschaftliche Dokumentation* (HoF-Arbeitsberichte 2'00), Wittenberg 2000, 182 S.

Peer Pasternack, Von Organen zu Diskussionsangebotsunterbreitern. Die geistes- und sozialwissenschaftliche Zeitschriftenlandschaft in der DDR und in Ostdeutschland nach 1989: der Text führt zwei früher erschienene Artikel zusammen, erweitert sie um den historischen Teil zur DDR und aktualisiert sie hinsichtlich der Verarbeitung der neueren Publikationen zum Thema: P. Pasternack, *Normalisierung mit verbleibenden Besonderheiten. Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland nach 1989*, in: *Bibliothek – Forschung und Praxis* 1/1999, S. 52-61; P. Pasternack, *Agenturen von Entinstitutionalisierungsprozessen und Institutionentransfer. Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland nach 1989*, in: M. Middell (Hg.), *Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich*, Leipzig 1999, S. 373-397.

Jan-Hendrik Olbertz, Erziehungswissenschaft im Transformationsprozeß: Gutachten für die Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Nomos-Verlags aus: Deutscher Bundestag (Hg.), Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Band IV, 1.: Bildung, Wissenschaft, Kultur, Baden-Baden 2000.

Peer Pasternack, Die Reflexion der DDR-Wissenschaftsgeschichte in den Einzeldisziplinen. Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster: überarbeitete und aktualisierte Fassung des Artikels: P. Pasternack, Die Schwierigkeiten der Selbstreflexion. Wie die Fachdisziplinen ihren Umbau in Ostdeutschland debattierten, in: Das Hochschulwesen 2/1997, S. 69-78.

Jan-Hendrik Olbertz, Hochschulpädagogik. Hintergründe eines „Transformationsverzichts“: Nachdruck aus: A. Kell/J.-H. Olbertz (Hg.), Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim 1997, S. 246-284.

Peer Pasternack, Transformationsbegleiterin und Transformationsgegenstand. Die ostdeutsche Hochschulforschung 1990 – 2000: gekürzte und überarbeitete Fassung des Artikels: P. Pasternack, Hochschultransformation – Hochschultransformationsforschung – Hochschulforschung, in: hochschule ost 1-2/2000, S. 52-83.

Peer Pasternack / Katja Schulze, Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Hochschulen: Erstveröffentlichung zu diesem Thema; das Thema ist Gegenstand eines 2000 – 2001 am Institut laufenden Drittmittelprojekts, das im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Berlin) bearbeitet wird.

Kerstin Martin, Die DDR-bezogenen Bestände der HoF-Bibliothek: Originalbeitrag.